JAHRBUCH

DER

GESELLSCHAFT FÜR GESCHICHTE DER JUDEN IN DER ČECHOSLOVAKISCHEN REPUBLIK

—

HERAUSGEGEBEN VON Prof. Dr. SAMUEL STEINHERZ

—

FÜNFTER JAHRGANG

PRAG MCMXXXIII · IM SELBSTVERLAG

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

REDAKTIONS-KOMITEE

—

Bergl Josef, Dr., Staats-Archivar (Prag), Archiv des Ministeriums des Innern;
Engel Alfred, Dr., Professor (Brünn);
Kisch Guido, Dr., Univ-.Professor (Halle a. d. Saale);
Lieben Salomon Hugo, Dr., Professor (Prag);
Prokeš Jaroslav, Dr., Obersektionsrat im Archiv des Ministeriums des Innern und Privatdozent der Karls-Universität (Prag);
Steinherz Samuel, Dr., Universitätsprofessor i. R. (Prag).

Druck von Heinr. Mercy Sohn in Prag

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Michael Rachmuth: Zur Wirtschaftsgeschichte der Prager Juden . . . . Seite 9
Tobias Jakobovits: Das Prager und Böhmische Landesrabbinat Ende des siebzehnten und Anfang des achtzehnten Jahrhunderts 79
Josef Jirčák . . . . Beiträge zur Geschichte der Jitschiner Juden im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert. (Deutsch von Dr. Anton Blaschka) 137
Heinrich Flesch . . Aus den Statuten der mährischen Beerdigungsbrüderschaften 157
Václav Žáček . . . Die jüdischen Gerbereien in Mähren zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts. (Deutsch von Dr. Anton Blaschka) 175
Simon Adler . . . . Das Judenpatent von 1797 199
Ludwig Singer . . . Zur Geschichte der Toleranzpatente in den Sudetenländern 231
František Roubík . Drei Beiträge zur Entwicklung der Judenemanzipation in Böhmen. (Deutsch von Dr. Anton Blaschka) 313
I. Die Verhandlungen über die Revision des jüdischen Systemalpatentes vom Jahre 1797 313
II. Die Verhandlungen über die Erweiterung der Prager Judenstadt in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts 338
III. Die amtlichen Enqueten über die Judenemanzipation in Böhmen aus den Jahren 1834 und 1837 392
Emanuel Schwartz: Zur Geschichte der Juden von Prag unter König Wenzel IV. 429
Jaroslav Rokycana: Die Privilegien für Gerson Impressor und seine Söhne 439

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

a.a.O.	am angegebenen Orte
Abt.	Abteilung
A.h.	Allerhöchstes
A.h.R.	Allerhöchstes Reskript
A.h.Resol.	Allerhöchste Resolution
Arch. St.U.	Archiv des Staatsamtes für Unterricht
b	ben
B.	Beerdigungsbrüderschaft
Bd.	Band
Beil.	Beilage
bes. S.	besonders Seite
b.ö.Hofk.	Böhmisch-österreichische Hofkanzlei
Dep. b.ö. Kanzlei	Departement der Böhmisch-österreichischen Kanzlei
exp.d.	expediert den
fl.	Gulden
fol.	folio
Gub. Verord.	Gubernialverordnung
Hb.	Handbuch
hebr.	hebräisch
HD.	Hofdekret
H.H. St. Arch.	Haus-, Hof- und Staats-Archiv
hist. Jahrb.	Jahrbuch der Gesellschaft für die Geschichte der Juden in der Čechoslovakischen Republik
HR	Hof-Reskript
ibid.	ibidem
I.u.Pr.b.ö.Hofk.	Index und Protokolle der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei
Jhdt.	Jahrhundert
jl. Jahrb.	Jahrbuch der jüdisch-literarischen Gesellschaft Frankfurt a. M.
kaiserl. Resol.	kaiserliche Resolution
k.k. Ver. Hofk.	kaiserlich-königliche Vereinigte Hofkanzlei
kr.	Kreuzer
l.c.	loco citato

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Min.	Ministerium
Min. I.	Ministerium des Innern
Min. Unterr.	Ministerium für Unterrichtswesen
MGWJ.	Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums
Mhrr	Titulatur für Gelehrter
Ms	Manuskript
N.Ö.	Nieder-Österreich
O.H.M.	Obersthofmarschall
P.	Punkt
Prot.	Protokoll
Qu. u. Anm.	Quellen und Anmerkungen
Resol.	Resolution
Ref.	Referat, Referent
S.	Seite
s.	siehe
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
Slg.	Sammlung
St. Arch.	Staatsarchiv
St. A. U.	Staatsamt für Unterrichtswesen
St. R.	Staatsratsakten
Stud. Abt.	Studien-Abteilung
T.	Teil
u.	und
u.a.	unter anderem
u. ähnl.	und ähnliche
u.a.m.	und anderes mehr
U. u. A.	Urkunden und Akten
Ver. b. ö.	Vereinigte böhmisch-österreichische
v. J.	vom Jahre
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
Ztschr.	Zeitschrift

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Zur Wirtschaftsgeschichte der Prager Juden

Von Rabbiner Dr. Michael Rachmuth

Aus der enormen Kontribution, welche die Prager Juden im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert an den Fiskus abführten,[1] ist ersichtlich, daß dieselben im wirtschaftlichen Leben Böhmens einen ganz hervorragenden Platz einnahmen. Aus der von Prokeš veröffentlichten Konskription der Prager Judenschaft vom Jahre 1729[2] ersehen wir, daß die Prager Juden in verschiedenen Handwerken und in allen Zweigen des Handels sich betätigten. Wir wissen, daß sie auf den Messen in Leipzig, Breslau usw. ständige Gäste waren.[3] Wir wissen, daß sie den Import von feinen Tuchen, Seide, Seidenwaren und anderen Luxusgegenständen fast ganz in den Händen hatten. Wir wissen auch, daß sie nicht nur in ihren Häusern im Ghetto und auf dem Tandelmarkt in der Altstadt, sondern auch weit und breit auf allen Märkten in Böhmen, Mähren und Österreich ihre Waren feilboten. Doch ist uns ein Einblick in die Art und Weise und in den Umfang ihrer Geschäftstätigkeit noch nicht gegönnt, da bisher fast keine detaillierten Berichte über den Handelsbetrieb derselben veröffentlicht worden sind.

Einen solchen Einblick in eines der wichtigsten Gebiete des Handels der Prager Juden bietet uns ein im Neuhauser Czerninschen Schloßarchiv aufbewahrter Aktenfaszikel enthaltend Briefe und Bittgesuche geschäftlichen Inhalts, welche im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert von Prager Juden hauptsächlich an die Grafen Czernin von Chudenitz und deren Beamten gerichtet worden waren, sowie auch einige Verträge, Rechnungen und Quittungen, die uns einigen Aufschluß über die Handelsbeziehungen bieten, welche die Prager Juden mit dem böhmischen Hochadel unterhielten.

Dieser Aktenfaszikel enthält:

1. Ein in deutscher Sprache geschriebenes Bittgesuch des Prager jüdischen Augenarztes Salomon an Joachim von Neuhaus, den Obersten Kanzler von Böhmen, aus dem Jahre 1559.
2. Ein in čechischer Sprache geschriebenes Bittgesuch der Prager Jüdin und Händlerin Peprle an Wilhelm Grafen Slawata samt Beilagen aus dem Jahre 1641 und die Antwort des Grafen (im Konzepte).
3. Ein in deutscher Sprache geschriebener Brief an Paul Adam Grafen Slawata von seinem Prager Hausjuden Josef Körpel.
4. Briefe Prager Juden an den Freiherrn Johann den Älteren Czernin v. Chudenitz und an dessen Frau Susanna.
5. Beschwerdeschrift des Prager jüdischen Händlers Abraham Czerný

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

an die Statthalter und Landesrichter des Königreiches Böhmen gegen den Freiherrn Johann den Älteren Czernin.

6. Briefe und Bittgesuche Prager Juden an Herrmann Grafen Czernin (gestorben 1654).
7. Briefe und Bittgesuche Prager Juden an Humprecht Johann Grafen Czernin (gestorben 1682) und an dessen Witwe Anna Marie.
8. Briefe und Bittgesuche an Herrmann Jakob Grafen Czernin (gestorben 1710).
9. Briefe und Bittgesuche an den gräflich-czerninschen Oberverwalter später Oberhauptmann Johann Prochazka und andere gräfliche Beamte.

Die Briefe an Johann den Älteren Czernin sind alle in čechischer Sprache, die an den Grafen Herrmann zum geringeren Teil čechisch, die meisten jedoch deutsch geschrieben, während die Briefe an den Grafen Humprecht Johann und Jakob Herrmann sowie auch die an die gräflichen Beamten nur in deutscher Sprache geschrieben sind.

Man darf wohl annehmen, daß nur ein geringer Teil der Briefe, welche Prager Juden in geschäftlichen Angelegenheiten an die Grafen Slawata und Czernin geschrieben haben, zufällig im Neuhauser Schloßarchiv erhalten geblieben sind. Wenn man nun bedenkt, daß man in damaliger Zeit seine Geschäfte in der Regel nicht schriftlich, sondern persönlich von Mann zu Mann abschloß und abwickelte; wenn man weiter bedenkt, daß die Prager Juden nicht nur mit den Grafen Slawata und Czernin, sondern auch mit dem anderen zahlreichen Hochadel Böhmens wahrscheinlich in nicht geringerem Umfange in Handelsbeziehungen standen, so kann auf den Umfang der Geschäfte geschlossen werden, den die Prager Juden mit dem Hochadel Böhmens betätigten. Diese bestanden in Folgendem:

1. Abnahme von Landesprodukten

Die Juden nahmen dem grundherrschaftlichen Adel fast sämtliche Landesprodukte, mit Ausnahme von Getreide und Holz, ab; namentlich waren es Schmalz, Butter, Käse, Eier, Obst, Leinwand, Schafwolle und rohe Häute sowie auch Groß- und Kleinvieh, das die jüdischen Fleischhauer und Viehhändler abnahmen. Die Herrschaften gaben diese Waren auf drei- bis sechsmonatlichen Kredit an Personen, deren Zahlungsfähigkeit außer Zweifel stand, oder gegen gute Bürgschaft, sonst aber nur gegen bare Bezahlung. Handelte es sich um ein größeres Warenquantum, dessen Kaufschilling der Händler nicht auf einmal bezahlen konnte, so wurde ein schriftlicher Vertrag geschlossen, mit der Vereinbarung, daß die Ware zu festgesetzten Terminen partieweise gegen bare Bezahlung übernommen werden sollte. Natürlich war der Warenpreis bei Abnahme

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gegen bare Bezahlung ein billigerer als bei Gewährung von Kredit. So bietet ein Wollhändler für den Stein (20 Pfund) Wolle 4 fl. gegen bare Bezahlung oder 4 fl. 7 kr. gegen einen Wechselbrief auf sechs Monate.

In Zeiten jedoch, wo für manche Landesprodukte aus irgendwelchem Grunde nur schwer ein Käufer zu finden war, gaben die Herrschaften diese Waren auch minder kreditfähigen jüdischen Händlern auf Kredit. Doch konnten sie in der Regel mit Sicherheit auf Bezahlung der kreditierten Ware rechnen. Gegen säumige Zahler war der Schuldnerarrest ein bewährtes Mittel. Für einen jüdischen Fleischhauer, der mit der Bezahlung eines dem Grafen Herrmann Czernin, wahrscheinlich für geliefertes Rindvieh, geschuldeten Betrages von 200 Reichstalern säumig war und daher auf Veranlassung des Prager gräflichen Verwalters in den Schuldnerarrest gesetzt worden war, traten durch Vermittlung des gräflichen Hausjuden Samuel Marek die Prager jüdischen Fleischhauer ein, die sich zur Bezahlung der Schuld verpflichteten.

Es kam jedoch vor, daß auch das Mittel des Schuldnerarrestes versagte, wenn z. B. der Schuldner infolge großer Verluste um sein ganzes Hab und Gut gekommen war und keine zahlungsfähigen Verwandten oder Freunde hatte, die für ihn eingetreten wären. Da gab es für den Adel noch andere Mittel, um auch in diesem Falle die Bezahlung ihrer Forderung zu erzwingen. Das zeigt uns folgender Vorfall:

Ein Prager jüdischer Fleischhauer blieb dem Freiherrn Johann dem Älteren Czernin 54 fl. 40 kr. schuldig, die er zu Georgi (23. April) 1642 hätte bezahlen sollen, doch bis zum August desselben Jahres mit der Bezahlung im Rückstande war. Es ist wohl anzunehmen, daß der Freiherr das Mittel des Schuldnerarrestes angewendet haben würde, wenn er sich hievon einen Erfolg versprochen hätte. Es mag auch sein, daß er dieses Mittel tatsächlich angewendet hatte, trotzdem aber zu seinem Gelde nicht kommen konnte. Da griff er zu folgendem Mittel: Er schrieb am 10. August an die Ältesten der Prager Judenschaft einen Brief in čechischer Sprache folgenden Inhaltes: Der Prager jüdische Fleischhauer Abraham Jekl ist mir 54 fl. 40 kr. schuldig, welchen Betrag er mir, wie aus seinem in meiner Hand befindlichen Briefe und aus den Büchern des Richters der Altstadt zu ersehen ist, am verflossenen St.-Georgstage zu bezahlen sich verpflichtet hat. Da er mir jedoch bisher keinen einzigen Groschen bezahlt hat, so schicke ich Euch, Judenältesten, diesen Brief mit der Mahnung, den Juden zur Bezahlung des mir geschuldeten Betrages in barem Gelde ohne jeden Verzug anzuhalten. Sollte dies jedoch nicht geschehen, so behalte ich mir folgenden Schritt vor: Es fahren und gehen viele Juden nach Linz und anderen Orten, um daselbst ihren Handel zu treiben. Wo immer ich einen dieser Juden antreffen werde, werde ich denselben arretieren und seine Waren im Werte des mir ge-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schuldeten Betrages beschlagnahmen und so lange behalten, bis mir die Schuld samt Spesen und Schaden bezahlt werden wird. Ich glaube jedoch nicht, daß Ihr es dazu werdet kommen lassen; ich hoffe vielmehr, daß ihr wissen werdet, wie ihr dem zuvorkommen könnet, indem ihr nämlich Vorsorge treffet, daß ich sofort zur Begleichung meiner Forderung kommen kann. Ich erwarte Euere Antwort, ehe ich diesen Schritt unternehme." (Vgl. Beil. III.)

Welche Antwort die Ältesten der Prager Judenschaft dem Freiherrn gegeben hatten, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Es ist wohl anzunehmen, daß nur selten ein Herr vom Adel ein derartiges Mittel gegen jüdische Schuldner angewendet hat.

Einen schwunghaften Handel betrieben die Prager Juden mit Schafwolle, die sie von dem Hochadel aus seinen Herrschaften und Gütern bezogen. Als Wollhändler werden in den Akten genannt: die Prager Juden Berhard Fanta Sacerdotte (1643, 1654 und 1665), Salomon Kauder und Mandl Lazarus (1643), Aron Löbl Jeüttel (1696) und Moses Gitschin (1709–1723).

Eine besondere Stelle im Handel der Prager Juden mit dem Hochadel nahm der sogenannte „Lederjud" ein. Es war dies ein Händler mit rohen Häuten, der mit einem der Herren vom Hochadel einen mehrjährigen Vertrag abschloß zur Abnahme der Häute von geschlachteten und gefallenen Rindern, Kälbern, Schöpsen, Schafen, Ziegen, Schweinen, gefallenen Pferden, geschossenen und gefallenen Hirschen auf einigen oder allen Herrschaften und Gütern derselben zu einem vereinbarten Preise, wozu noch die Zahlung eines jährlichen Pachtschillings für den Häutehandel kam, dessen Höhe aus den Akten nicht ersichtlich ist.[4] Solchen „Lederjuden" begegnen wir in unserem Aktenfaszikel in Löbl Katz, der im Jahre 1689 nach dem katastrophalen Brande des Prager Ghettos in einem Gesuch an Johann Prochazka, den Oberhauptmann des Grafen Herrmann Jakob Czernin, um einen Preisnachlaß bei den Schöpsenhäuten ansucht, und in Schimsche Sacerdot, der sich in einem seiner Briefe als „Hoch gräf. czerninscher Led(er) Händler" unterschreibt.

2. Lieferung verschiedener Waren

Jüdische Händler lieferten dem Adel verschiedene Gebrauchsgegenstände, wie Schnitt-, Galanterie- und Kurzwaren usw., sowohl für deren eigenen Bedarf, als auch für ihre Dienerschaft. Sie lieferten die Waren in der Regel auf Kredit und nahmen als Bezahlung statt des Geldes auch Landesprodukte an. Daß der jüdische Händler manchmal schwer zu seinem Gelde kam, zeigt der Leidensweg der Prager jüdischen Händlerin Peprle.[5]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

3. Lieferung von Monturen

Prager Juden lieferten dem Hochadel Monturen für die in Kriegszeiten von den Ständen für das kaiserliche Heer zu stellenden Rekruten. In den Jahren 1695 bis 1702 (zweiter Türkenkrieg, zweiter Raubkrieg Ludwig XIV. von Frankreich und Rüstungen Österreichs wegen des spanischen Erbfolgestreites) herrschte in Österreich großer Mangel an Material für die Ausrüstung und Bewaffnung des kaiserlichen Heeres. Der Preis des für die Monturen erforderlichen Tuches stieg enorm. Für Schafwolle, die um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts 20 bis 24 fl. kostete, zahlte man jetzt 50 bis 60 fl. und sie war auch zu diesem Preise schwer zu bekommen. Nur die Juden konnten infolge ihrer vielseitigen geschäftlichen Beziehungen Wolle für die Tuchmacher und Tuch für die Monturen herbeischaffen. Sie waren daher die zuverlässigsten Lieferanten von Monturen, und nicht nur die kaiserliche Armeeleitung in Wien betraute sie mit Heereslieferungen (S. Oppenheimer, Samson Wertheimer),[6] sondern auch der Hochadel ließ sich die Monturen für das von ihnen zu stellende Rekrutenkontingent von Prager Juden liefern.

Einer dieser Monturenlieferanten, deren in der Judenkonskription vom Jahre 1729 bloß einer angeführt ist,[7] war in diesen Jahren der Hausjud des Grafen Herrmann Jakob Czernin. Aron Löbl Jeüttel, der nicht nur diesem, sondern auch den Grafen Rudolf Mořin, Wurmb und v. Weißen Wolf und dem „Presindenten der Cammer" Monturen lieferte. Graf Czernin hatte zur selben Zeit auch den Prager Juden Israel Karpeles mit der „Anschaffung von Monduren" betraut, doch konnte dieser bloß sechs Monturen abliefern. Monturenlieferant war auch der Großhändler Moses Gitschin. Wahrscheinlich war er ein ständiger Lieferant von Monturen an das kaiserliche Heer.

4. Handwerker liefern eigene Erzeugnisse

Prager jüdische Handwerker lieferten an Mitglieder des Hochadels ihre Erzeugnisse. In unserem Aktenfaszikel begegnen wir folgenden Handwerken: 1 Buchdrucker, 1 Gerber, 1 Knopfmacher, 1 Matratzenmacher 2 Schnürmacher und 1 Tapezierer. Im Jahre 1729 war die Zahl dieser Handwerker im Prager Ghetto: 7 Buchdrucker, 2 Gerber, 20 Knopfmacher (18 Männer und 2 Frauen), 7 Matratzenmacher, 4 Tapezierer, 39 Schnürmacher (32 Männer und 7 Frauen).[8]

Im Jahre 1648 schloß der Sattler Moses Brandeis mit dem Grafen Herrmann Czernin einen schriftlichen Vertrag zur Lieferung eines neuen sechssitzigen Luxuswagens nach dem Muster des Wagens, den Brandeis

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dem Grafen Coloredo geliefert hatte (vgl. Beil. VI). Der Knopf- und Schnürmacher Mirowitz lieferte im Jahre 1665 dem Grafen Humprecht Johann Czernin zu den neuen Livreen der Dienerschaft die Knöpfe, die Fransen für die „Wehrgschenge" und Trompeten, sowie auch „Stöcke und Schlingen für die Mohren und Heyducken". Der Schnürmacher Katz lieferte im Jahre 1686 der Gräfin Anna Marie, der Witwe des Grafen Humprecht Johann Czernin, Schnüre für einige Livreen. Der Matratzenmacher Israel Baroch lieferte dem gräflich Czerninschen Prager Stallmeister Decken und Polster.

Es scheint jedoch, daß das Handwerk die Handwerker des Ghettos nicht ernährte, weshalb sie auch Handel treiben mußten oder Prag verließen, um auf dem Lande leichter fortzukommen. Der Buchdrucker Samuel Wahle handelt auch mit Butter und Käse, der Schnürmacher Löbl Fanta mit Eisen und Metallwaren. Der Gerber Löbl Schebkes bittet den Grafen Humprecht Johann Czernin um die Erlaubnis, sich auf einer seiner Herrschaften niederzulassen, sein Handwerk daselbst auszuüben und einen Kramladen zu eröffnen, da er in Prag mit seinem Handwerk seine Familie nicht ernähren könne.

5. Vermittler

Einen besonderen Erwerbszweig der Prager Juden bildete die Handelsagentur, die Vermittlung von Käufen und Verkäufen von Waren und Realitäten, in welchem Berufe sich laut der Judenkonskription vom Jahre 1729 sechsundzwanzig Männer und drei Frauen betätigten.[9] In unseren Akten gibt es zwölf Briefe von neun Vermittlern, die sich mit der Vermittlung von Gutskäufen und von Käufen von Hypothekarschuldbriefen auf dem Wege der Zession, sowie auch mit Vermittlung von Geldarlehen befaßten. Von diesen Briefen sind sechs an den Grafen Herrmann, zwei an Humprecht Johann und vier an Herrmann Jakob Czernin gerichtet. Einer dieser Vermittler Jakob Levita Tuschkauer war von Beruf „Prokurator" und ein zweiter, Moses Bonaventura Sachs, unterschreibt sich „Kursächsischer Hofjude und geschworener Richter der Prager Juden". In seinem Briefe an den Grafen Humprecht Johann Czernin schreibt er: „Sein Beruf bestehe darin, wichtige Geschäfte (wahrscheinlich Finanzgeschäfte) des Kurfürsten und anderer hohen Personen des Herrenstandes durchzuführen." Er machte daher dem Grafen folgendes Angebot: Gewisse Kavaliere, deren Güter mit sechsprozentigen hypothekarischen Schulden belastet sind, wünschen, diese Schulden auf fünf Prozent zu konvertieren. Falls der Graf seine Kapitalien auf fünf Prozent hypothekarisch anzulegen geneigt sei, so werde er ihm die be-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

treffenden Kavaliere namhaft machen und die Transaktion vermitteln (vgl. Beil. X). In einem zweiten Briefe bietet er dem Grafen den Kauf einer großen Herrschaft in Böhmen an. Salomon Elikum und Salomon Würmbs bieten dem Grafen Herrmann Czernin den Kauf von Hypothekarschuldbriefen auf Güter an. Jakob Levita Tuschkauer bietet dem Grafen Herrmann Czernin den Kauf der Herrschaft Haid in Südböhmen an, Adam Götzl Lichtenstadt und Baruch Weiszl bieten ihm den Kauf der Herrschaft Jitschin vom Grafen Tiefenbach um den Preis von 310.000 fl. an. Götzl Mandl Lichtenstadt bietet demselben Grafen im Jahre 1674 den Kauf von zwei Herrschaften des Grafen Millesimo und drei Herrschaften des Grafen Morin an.

Aron Porgis bietet dem Grafen Herrmann Jakob Czernin den Kauf der Herrschaft Nebilov und Kbel und Veitl Fanta den Tausch des Gutes Landstein (bei Neubistritz) gegen die Herrschaft Smiřic gegen eine entsprechende Aufzahlung von Seiten des Grafen an, während ihm Israel Zappert den Kauf einer Herrschaft in Niederösterreich nicht weit von Wien anbietet. Israel Zappert verhandelt auch mit dem Grafen brieflich wegen eines Darlehens von 100.000 fl.; doch will der Graf nur fünf Prozent Zinsen bezahlen, während Zappert erklärt, daß es nicht unter sechs Prozent zu erlangen sei.

6. Hausjuden

Aus unseren Briefen gewinnen wir auch Einblick in die Tätigkeit der sogenannten Hausjuden. In der Judenkonskription vom Jahre 1729 ist bei 100 Männern und 28 Frauen der Beruf als Hausjude bzw. Hausjüdinnen angegeben.[10] Und doch war Hausjud kein eigentlicher Beruf, der Hausjude war ein Geschäftsmann wie jeder andere, der Waren kaufte und verkaufte und mit jedem Geschäfte machte, der sich ihm hiezu darbot. Doch war sein bester und einträglichster Kunde der adelige Herrschaftsbesitzer, der ihn zu seinem Lieferanten und Vertrauensmann machte und dem er alle möglichen Dienste leistete. Der Hausjude war immer am laufenden, ob und welche Landesprodukte sein „Patron" – so nannte er seinen Herrn – zu verkaufen hatte, die er selbst zu einem guten Preise abnahm, wenn er sie mit Nutzen absetzen konnte, oder er machte für sie einen anderen guten vertrauenswürdigen Käufer ausfindig. Er lieferte seinem Patron auch Waren für den Hausbedarf, wenn er sie selbst im Verschleiß hatte, oder er verschaffte sie zu einem billigen Preise. Wenn der Herr Geld benötigte, so gab er ihm selbst ein Darlehen, wenn es sich um kleinere Beträge handelte, oder verschaffte ihm ein größeres Darlehen bei einem reichen Glaubensgenossen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zuweilen betraute ihn der Patron auch mit Interventionen in finanziellen Angelegenheiten bei anderen Herren vom Adel. Der Hausjud des Grafen Adam Paul Slawata, Josef Körpel, wurde vom Grafen mit einer solchen Intervention bei dem Grafen Hrzán betraut. Körpel handelte mit Schwefel, den ihm der Graf lieferte, und wurde beauftragt, Musketen und Pistolen des Grafen in Prag zu verkaufen. Jakob Tille, der Hausjud des Freiherrn Johann des Älteren Czernin (später auch des Grafen Humprecht Johann) vermittelt den Verkauf von Butter und Käse des Freiherrn an einen Prager Händler, kauft für seinen Herrn in Prag ein Pfund Silber und Gold und sendet ihm verschiedene Gegenstände für seinen eigenen Bedarf und Seiden- und Harrasfransen für die Freifrau Susanna. Als Hausjude des Grafen Humprecht Johann liefert er Leinwand, Flor, Schleier und andere Gegenstände für den Bedarf des gräflichen Haushaltes und besorgt den billigen Einkauf des für die Beerdigung der Mutter des Grafen, der Freifrau Susanna, erforderlichen schwarzen Tuches, wobei er den hiezu erforderlichen Betrag von 120 fl. dem gräflichen Kammerdiener vorstreckt. Er gibt dem Grafen ein Darlehen von 151 fl., dann ein zweites Darlehen von 70 fl. Als Rückzahlung nimmt er auch Schmalz, Butter oder Wolle aus den gräflichen Herrschaften.

Samuel Marek, der Hausjude des Grafen Herrmann Czernin, bietet diesem im Jahre 1646 drei große schöne Zobelfelle zum Kaufe an, die in der damaligen Kriegszeit eine Rarität waren. Fürst Lobkowitz habe zwar, so schreibt er an den Grafen, die Felle haben wollen, doch habe er sie ihm nicht gegeben, da er wisse, daß der Graf sie brauchen werde. Er gebe sie dem Grafen, auch wenn dieser jetzt kein bares Geld haben sollte.

Im Jahre 1654 hatte Graf Humprecht Johann bereits einen neuen Hausjuden, und zwar den Ältesten und geschworenen Richter der Prager Judenschaft, Bernhard Fanta Sacerdotte.[11] Dieser betrieb bereits im Jahre 1643 großen Wollhandel. Er verpflichtet sich, die Wolle von den gräflichen Herrschaften zu einem um einen halben Gulden höheren Preise, als der Marktpreis ist, abzunehmen, und liefert ihm Tuch und Pay (grobes Tuch) so billig, daß er dabei 60 fl. verliert, um sich den Grafen „als seinen Patron" zu erhalten.

Als er im hohen Alter keinen Wollhandel mehr betrieb, vermittelte er den Verkauf der gräflichen Wolle an gute Käufer. Er teilte dem Grafen auch mit, daß er ihn beim Herrn Krotzin (wahrscheinlich in finanzieller Angelegenheit) vertreten habe, worüber ihm der Sekretär das Nähere berichten werde. Fanta blieb bis zu seinem Tode Hausjude des Grafen, wie aus einem Bittgesuch seines Sohnes Salomon an den Grafen Herrmann Jakob hervorgeht.[12]

Als Hausjude des Grafen Herrmann Jakob, des Sohnes Humprecht Johanns, liefert Aron Löbl Jeüttel in den Jahren 1695 bis 1702 dem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Grafen Monturen, und zwar immer um einige Gulden per Stück billiger als anderen Herren vom Adel. Schon im Jahre 1684 vermittelte er den Verkauf der Zwetschken aus den gräflichen Herrschaften. Im Jahre 1709 scheint der Großhändler Moses Gitschin Hausjude des Grafen Herrmann Jakob gewesen zu sein, der sich von ihm von der Leipziger Messe acht Stück „Carmesien Liberetuch" (Livreetuch) bringen ließ. Gleichzeitig brachte Gitschin für den Grafen „12 Stück eingemachte Muscatnuß" (wahrscheinlich als Geschenk) aus Leipzig mit.

Der Hausjude machte seinem Patrone, so oft dieser nach Prag kam, seine Aufwartung und stellte sich ihm zur Verfügung. Samuel Marek entschuldigt sich bei dem Grafen Herrmann, als er dies krankheitshalber nicht tun konnte. Jakob Tille nimmt als Hausjude an dem Leichenbegängnis der Freifrau Susanna Czernin „mit seinem schwarzen Kleide gebrauchsmäßig" teil. Zum Osterfeste schickte er dem Grafen Humprecht Johann fünf Zitronen mit dem Wunsche, der Graf möge sie „mit Gesundt verzähren". Der Ton des brieflichen und wahrscheinlich auch persönlichen Verkehres des Hausjuden mit seinem Patrone und dessen Familie war einigermaßen familiär. Ein Brief des Bernhard Fanta an den Grafen Humprecht beginnt: „Wünsche Euer Hoch Gräfl. Excellenz sambt die gnädige Frau Grätin undt den Herrem Junge Printzen von Gott dem Allmächtigen Gesundtheit bey nebens alle Wohlfahrten." Jakob Tille schließt einen seiner Briefe an denselben Grafen: „Hiemit E. G. sambt der Gemahlin Undt Khinder Göttliches Protection befehlend und ehest Antwort gewertig." In einem anderen Briefe schreibt er als Postskriptum: „Der Frau ehegemahlin thun ich gehorsambst salutiren."

Der Herr trat für seinen Hausjuden im Bedarfsfalle bei den Behörden als Protektor ein. So wandte sich Baruch,[13] der Vater des Jakob Tille, welcher auch beim Vater des Grafen Humprecht Johann, dem Freiherrn Johann dem Älteren Czernin, Hausjude gewesen war, im Jahre 1650 mit einem Bittgesuch an den Grafen, er möge für ihn bei der böhmischen Kammer, an welche er ein Bittgesuch in einer für seine Existenz sehr wichtigen Angelegenheit überreicht hatte, „dero hochansehnlichen Intercession bey bringen, auf daß meinem allunthänigsten Bietten stattgegeben . . . werden möchte und mir alter kranker Mann und derohalben alter Diener . . . billigermaßen in meine höheren Jahre geholfen werden möchte und von der Eyßersten Noth Errettet werde". Es scheint jedoch, daß die Bittschrift von der Kammer nicht zu seinem Gunsten erledigt worden war. In einem Briefe an den Grafen vom 13. November 1654 schreibt er, der gräfliche Sekretär, dem er sein „Suppliciren an Ihr kays. Mayst. mit gegeben, habe ihm sagen lassen, daß der Graf für ihn bei dem Kaiser einzutreten bereit sei, wofür er „gehorsamb Undt schuldig dankbahr" sei. Der Hausjud protegierte oft seine Verwandten und Freunde

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bei seinem „Patrone". So trat der Hausjude Samuel Marek beim Grafen Herrmann Czernin für die Prager jüdischen Fleischhauer ein.[14] Salomon Fanta berief sich in einem Bittgesuch an den gräflich Czerninschen Oberhauptmann Prochazka darauf, daß sein Vater als Hausjude sein Leben lang ein treuer Diener des verewigten Grafen Humprecht Johann gewesen war. Um dessen Willen möge er seiner Bitte stattgeben.[15] Der Hausjude Aron Löbl Jeüttel protegiert seinen Schwager bei demselben Oberhauptmann, daß er die Wolle keinem anderen als diesem verkaufen solle.[16]

Mancher Hausjude mißbrauchte jedoch die Gunst seines „Patrons" dazu, um andere Juden, die mit diesem in irgend welcher geschäftlichen Verbindung standen, zu verdrängen und das Geschäft selbst zu machen. So klagte der Prager Jude Israel Karpeles, der vom Grafen Herrmann Jakob mit der Anschaffung von Monturen betraut worden war, in einem Bittgesuch an den Grafen gegen dessen Hausjuden A. L. Jeüttel, daß dieser ihn an der „Verschaffung" der Monturen verhindert habe, um ihn bei dem Grafen „in einem Discredito zu bringen" und sich so eines Konkurrenten zu entledigen. Derselbe Jeüttel machte auch im Jahre 1699 vor Ablauf des von Schimsche Sacerdot mit dem Oberhauptmann auf fünf Jahre abgeschlossenen Vertrages zur Abnahme der Rohhäute auf den gräflichen Czerninschen Herrschaften demselben das Angebot, daß er an jährlichem Pachtschilling für die Häute um 100 fl. mehr zahlen möchte. Der Oberhauptmann möge ihm die Preise mitteilen, zu welchen „der Lederjud" bisher die Häute abgenommen habe, er werde dann ein genaues Angebot machen.[17]

7. Umfang der Geschäfte

Welchen Umfang die Geschäfte eines Prager jüdischen Großhändlers einnahmen, sehen wir an dem Beispiele des Moses Gitschin, der in einem Bittgesuch als seinen Beruf „Monduren Lieferant" angibt. Derselbe betrieb auch einen Großhandel mit feinen Tuchen, Seide und Seidenwaren, die er aus dem Auslande einführte. Im Jahre 1709 hatte er in Linz Tuche im Werte von 9000 fl. für den Bartholomäi-Jahrmarkt auf Lager.[18] Auf die Leipziger Messe fuhr er alljährlich mit seinem Diener.[19] Er war in dieser Zeit auch beständiger Abnehmer der Schafwolle aus den gräflich czerninschen Herrschaften, die Prager jüdischen Kaufleute beschränkten sich eben damals nicht auf den Handel mit einer einzigen bestimmten Ware oder Warengattung, sie handelten vielmehr mit mehreren Waren und Warengattungen. Jakob Tille verkaufte Leinwand, Flor und Schleier, handelte aber auch mit Eiern, Schmalz, Butter und Wolle. Bernhard Fanta Sacerdot handelt mit Wolle, Tuchen und Eisen. Der Geld-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

verleiher Götzl Lichtenstadt, der dem Grafen Herrmann Czernin ein Darlehen von 20.000 fl. gegeben hatte, handelt auch mit Wolle, Tuchen, Pay (grobes Tuch), Schnüren und Knöpfen. Der Monturenlieferant Aron Löbl Jeüttel handelt auch mit Schafwolle und Rohhäuten. Der Häutehändler Schimsche Sacerdot handelt auch mit Vieh und Leinwand, die Roßhändler Jakob Teplitzer und Jekusiel Gerstel handelten auch mit Landesprodukten. Selbst jüdische Handwerker trieben, wie wir oben gesehen haben, auch Handel. Die Juden Prags handelten, wie es scheint, damals, wie dies noch heutzutage in den Städten Osteuropas der Fall ist, mit allem, was sich ihnen darbot und woran etwas zu verdienen war. Dieser Umstand ist auch aus der Prager Konskription vom J. 1829 ersichtlich.[20]

Die Findigkeit der Prager Juden im Handelsbetriebe und deren Bestreben, sich neue Erwerbsquellen zu erschließen, zeigen folgende Vorschläge und Projekte einzelner Prager Juden. Der Hofjude und kaiserlicher Faktor Löbl Mirowitz unterbreitete um das Jahr 1670 dem Grafen Humprecht Johann Czernin ein Projekt, betreffend die Nutzbarmachung neuer nützlicher Erfindungen, die er auf seinen Reisen in fremden Ländern kennen gelernt hatte (vgl. S. 40 u. Beil. IX). Ein anderes Projekt zur Hebung der fiskalischen Einnahmen unterbreitete um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts der Jude Perl Lazarus der böhmischen Landesregierung. In manchen Ländern der österreichischen Monarchie nämlich wurde damals von den die Jahrmärkte besuchenden Juden eine Leibmaut eingehoben, welche in Brünn 17 kr. täglich betrug.[21] Perl Lazarus schlug der Landesregierung vor, daß die Einhebung einer solchen Leibmaut von täglich 17 kr. auch in Böhmen eingeführt und diese Judensteuer verpachtet werden möchte. Möglich, daß er selbst der Pächter werden wollte, um dadurch sein Einkommen zu vergrößern. Über diesen Vorschlag gab ein Mitglied der Landesregierung ein Gutachten ab, dessen Konzept wir in seinem vollen Wortlaute im Anhange als Beilage wiedergeben (vgl. Beil. XII). Schließlich sei noch auf folgenden Vorschlag hingewiesen, den der Häutehändler Sacerdot dem Oberhauptmann Prochazka unterbreitete. Auf allen gräflich Czerninschen Herrschaften wurden die Kälber den Fleischhauern stückweise zum Preise von 1 fl. 25 kr. bis höchstens 1 Taler verkauft. Der Häutehändler schlug den Abschluß eines sechsjährigen Vertrages vor zur Abnahme der Kälber per Gewicht, u. zw. à 3 kr. per Pfund Lebendgewicht. Der Preis des einzelnen Kalbes würde dann auf 2 bis 3 fl. und darüber kommen, wovon sich der Oberhauptmann durch das probeweise Abwiegen einiger Kälber überzeugen könne. Doch müßten ihm die Kälber von der Herrschaft durch deren Untertanen nach Prag zugeführt werden. Durch diese, für den Grafen nützliche Neuerung wollte sich der Antragsteller die Abnahme der Kälber auf sämtlichen Herrschaften für sechs Jahre sichern.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

8. *Abwicklung der Geschäfte*

Den Abschluß der Geschäfte mit den Juden vollzogen Graf Paul Adam Slawata, der Freiherr Johann der Ältere Czernin und die Grafen Herrmann und Humprecht Johann Czernin persönlich, weshalb die Briefe der Juden auch direkt an ihre Adresse gerichtet sind. In seinem letzten Lebensjahre übergab der Letztere die wirtschaftliche Leitung in allen seinen Herrschaften und Gütern seinem Oberverwalter, später Oberhauptmann Johann Prochazka, der dieses Amt auch unter dem Grafen Herrmann Jakob bis zu seinem Tode ausübte, weshalb die Juden in dieser Zeit ihre Geschäfte nur mit diesem abschlossen und abwickelten. Die Abwicklung der Geschäfte ging in der Regel glatt, das ist ohne Differenzen vonstatten. Die jüdischen Händler waren bestrebt, die Herrschaften in jeder Hinsicht zu befriedigen, um sich auch weiterhin die Geschäftsverbindung mit ihnen zu erhalten. Nur in *einem* Falle ist in einem Briefe des Grafen Herrmann Jakob an seinen Prager Kassier Zeidler von einem betrügerischen Beginnen der jüdischen Roßhändler Jakob Teplitzer und Jekusiel Gerstl die Rede.[23] Doch nicht ohne Reibungen ging die Abwicklung der Geschäfte mit dem Freiherrn Johann dem Älteren Czernin vor sich, wie aus seinem Verhalten gegen Abraham Czerny und Samuel Wahle hervorgeht.[23]

Unfreundlich war das Verhalten eines Teiles der herrschaftlichen Beamten gegen die jüdischen Händler. Der Häutehändler Sacerdot klagt in Briefen an den Oberhauptmann Prochazka über unkorrektes Vorgehen der Beamten auf den gräflichen Herrschaften bei der Ablieferung der Rohhäute, indem sie die besten Stücke anderen Händlern zu erhöhten Preisen verkauften und ihm nur die schlechten und minderwertigen ablieferten. Er beschwert sich auch über unkorrektes Vorgehen des Amtmannes der Herrschaft Kost, bei dem er ein Quantum herrschaftlicher Leinwand gekauft hatte; ja selbst über Mißhandlungen durch den gräflichen Stallmeister und Amtschreiber in Mělník beschwert er sich. Auch der Matratzenmacher Israel Baroch beklagt sich in einem Bittgesuche an den Grafen Humprecht Johann über Mißhandlungen durch den Prager gräflichen Stallmeister.[24] Im Gegensatz hierzu steht das höfliche Vorgehen des gräflich Czerninschen Neuhauser Oberhauptmannes Kölsche v. Kölschheim gegen den Monturenlieferanten und Großhändler Moses Jütschin, den er in einem Briefe mit „Lieber Jütschin" anspricht und seine Unterschrift mit den Worten „Euer williger" einleitet.

In einem Gesuch des Prager jüdischen Eisen- und Metallwarenhändlers Salomon Fanta an Johann Prochazka erfahren wir auch einiges über das Verhalten der Prager Bevölkerung gegen die unglücklichen jüdischen Abbrändler nach dem katastrophalen Brande des Prager Ghettos im Jahre 1689. In dieser Bittschrift schreibt Fanta: „Er und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sein Vetter, der Schnürmacher Löbl Fanta, seien durch den Brand um ihr ganzes Vermögen gekommen, das sie in Eisen und Metallwaren in einem Gewölbe innerhalb des Ghettos auf Lager hatten. Nur etwa der zehnte Teil der Waren, bestehend aus zerschmolzenem Zinn und etwas altem Eisen und Messing, konnte mit Mühe und Unkosten gerettet werden, die jedoch auf der Gasse lagen, da sie kein Lokal hatten, um sie unterbringen zu können. Da stellte ihnen die Frau Hauptmann Kron „auß großen Erbarmen und um Gottes Lohn" ein Gewölbe in ihrem Hause (wahrscheinlich in der Altstadt) zur Verfügung, wo sie die geretteten Sachen vorläufig aufbewahren konnten. Nach drei Wochen mußten sie jedoch das Gewölbe räumen, da es die Frau Hauptmann für ihren eigenen Bedarf benötigte. Da erfuhren sie, daß im gräflich Czerninschen Hause in der Altstadt ein ganz dunkles Gewölbe oder Keller leer stand, weshalb sie sich an die Hausmeisterin mit der Bitte wandten, ihnen diese Räumlichkeit gegen Bezahlung auf einige Zeit für die Sachen zu überlassen, was diese auch tat. Als sie nach fünf Wochen kamen, um die Sachen abzuholen, verlangte der Hausmeister für die Benützung des Lokales bis zum nächsten St.-Galli-Termin drei Reichstaler, bis zu welchem Termine die Sachen im Gewölbe liegen bleiben können. Diesen Betrag mußten sie „zum Unßeren höchsten Schaden" erlegen und sie ließen etwas Messing und altes Eisen im Gewölbe zurück. Als sie „nach zwei bis drei Wochen" auch diese Sachen abholen wollten, verweigerte ihnen der Hausmeister den Eintritt ins Lokal, indem er noch einen Reichstaler „vor seine Schengage" (?) verlangte. Er bitte daher, der Oberverwalter möge in Anbetracht dessen, daß der Vater des Bittstellers dem verstorbenen Grafen Humprecht Johann sein Leben lang treu und aufrichtig gedient hatte, „daß niemahlen einige Klag wider ihme eingelaufen wäre", dem Hausmeister anbefehlen, daß er ihm die Sachen ausfolgen soll, damit er (der Bittsteller) nicht gezwungen wäre, „weg(en) dieser Pagatell Ihro Excell. H. Graffen" zu belästigen. Wir sehen, daß manche christliche Bewohner Prags sich den unglücklichen Juden gegenüber liebevoll und hilfreich verhielten, während manche derselben die Notlage der Abbrändler eigennützig mißbrauchten.

*

Bemerkenswert ist es, daß während des Dreißigjährigen Krieges Juden auch in der Prager Altstadt wohnten und ihr Gewerbe daselbst ausübten. Der Hausjude Samuel Marek datiert seinen Brief an den Grafen Herrmann Czernin „Datum v Starém Městě Praž(ském)", woraus geschlossen werden muß, daß er in der Altstadt seinen Wohnsitz hatte, da er, wenn er im Ghetto gewohnt hätte, seinen Brief, wie es alle anderen Juden des Ghettos taten, einfach mit „Prag" datiert hätte. Der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Vertrag der jüdischen Fleischhauer mit dem Grafen Herrmann Czernin beginnt mit den Worten: „Wür unterschrieben „*Juden Fleischhacker d. Alten Stadt Prag* bekennen, daß . . .“[25] Es ist also ausdrücklich von den jüdischen Fleischhauern der Altstadt im Gegensatz zu denen des Ghettos die Rede (vgl. Beil. V). Auch im Vertrage desselben Grafen mit Mojses Brandeis heißt es: „1648, 29. January habe ich unterschriebener mit dem Mojses Brandeis Sattler *in der Alten Stadt* einen Vergleich getan . . . (vgl. Beil. VI). Brandeis hatte demnach seine Werkstatt und wahrscheinlich auch seine Wohnung in der Altstadt, worunter sicherlich nicht die sogenannten Lichtensteinschen Häuser der Altstadt gemeint sind, da diese im Jahre 1648 bereits ins Ghetto einverleibt waren und nicht mehr zur Altstadt gezählt wurden.[26]

INHALT DER BRIEFE, BITTGESUCHE, VERTRÄGE usw.

1. Der jüdische Augenarzt Salomon an Joachim von Neuhaus (1559)[27]

Der Augenarzt Salomon war kein gebürtiger Prager, sondern, wie es scheint, aus einem anderen Lande, wahrscheinlich aus Deutschland oder Italien, nach Prag eingewandert, wo er die ärztliche Praxis bei Juden und Christen ausübte. Als zu St. Georg des Jahres 1559 die Juden zum zweiten Male Prag verlassen mußten, bemühte er sich es zu erreichen, daß auch er mit seiner Familie zu den sechzig Personen[28] gehöre, die, um die allfälligen Geschäfte der Juden abzuwickeln, in der Stadt noch zurückbleiben durften. Doch wurde ihm dies, trotzdem für ihn der Probst und die Priesterschaft auf dem Hradschin eintraten, nicht bewilligt, weil sein Ansuchen zu spät gekommen war. Er wandte sich daher an den Obersten Kanzler von Böhmen, Joachim von Neuhaus, mit der Bitte um die Erlaubnis, sich mit seiner Familie auf einer seiner Herrschaften oder, wenn dies nicht gehen sollte, ihm dazu zu verhelfen, daß er sich in einer benachbarten Herrschaft eines anderen Grundherrn niederlassen dürfe. Er erinnert den Obersten Kanzler daran, daß er es war, der ihm „vor allen anderen Juden“ vom Kaiser die Erlaubnis erwirkt hatte, sich in Prag niederzulassen und seine ärztliche Praxis auszuüben. Er erinnert ihn auch daran, daß er niemals „wucher oder Kaufmannschaft“ getrieben, sondern sich mit seiner „Kunst so ihm Gott der Herr verliehen hatt“ ernährte. Er begebe sich „als seinem eußersten trost und Patron in seinen Schutz“ (vgl. Beil. I).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

2. *Jüdische Händlerin Peprle*

an den Grafen Wilhelm Slawata (1641)

Im Jahre 1631 starb Joachim Slawata, ein leiblicher Bruder des Grafen Wilhelm Slawata. Zur Veranstaltung einer pompösen Beerdigung benötigte die Witwe Anna Susanna schwarzes Tuch für die Totengewänder, für die Dienerschaft und die Dekoration, das sie sich von einer Prager jüdischen Händlerin, der Witwe Peprle, liefern ließ, und zwar 170 Ellen gutes Tuch zum Preise von 1 fl. per Elle und 30 Stück Futtertuch à 4 fl. per Stück, was zusammen den Betrag von 318 fl. 20 kr. ausmachte. Die Witwe des Verstorbenen stellte einen Schuldschein[29] aus, wornach sie diesen Betrag nach dem Begräbnisse, spätestens binnen vier Wochen zu bezahlen sich verpflichtete. Die Verlassenschaft bestand bloß in dem stark verschuldeten Gute Nový Stranov, welches nach der Beerdigung des Verstorbenen sequestriert und der Verwaltung der Herren Peter Švihovsky v. Rosenberg und Friedrich Špetl v. Janowitz anvertraut wurde. Doch die Sequester beeilten sich nicht, der Peprle diese Schuld zu bezahlen, trotzdem sie hierzu von den Landesrichtern des Königreichs Böhmen (Saudcové zemští království českého) aufgefordert wurden, indem sie die Ausrede gebrauchten, daß die Bezahlung der Schuld aus den Einkünften des Gutes derzeit nicht möglich sei. Es vergingen Monate und Jahre, in welchen die Witwe Peprle mit den Waisenkindern in großer Not lebte, ohne daß sie zu ihrem Gelde kommen konnte.

Zu Beginn des Jahres 1637 überreichte sie an die Landesrichter ein Gesuch, worin sie ihre Notlage schilderte, und bat, dieselben mögen veranlassen, daß ihr die Sequester endlich die Schuld bezahlen. Hierauf erging an die Sequester eine Zuschrift der Landesrichter de dato 12. Feber (in deutscher Sprache)[30] des Inhaltes, daß sie (die Richter) der Jüdin Peprle in Anbetracht ihrer und der Waisenkinder Notlage zur Erlangung des ihr geschuldeten Betrages aus den Einkünften des Gutes gern verhelfen möchten. Und da diese Schuld ein „privilegirtes debitum" ist, welches von Rechts wegen vor allen anderen Schulden bezahlt werden muß, so ergehe an dieselben im Namen Sr. Majestät des Königs der wiederholte Befehl, die Jüdin nach so lange gehabter Schuld zu befriedigen.

Da jedoch diesem Befehle bis zum August keine Folge geleistet wurde, richteten die Landesrichter nach einem abermaligen Ansuchen der Peprle am 28. August eine zweite Zuschrift an die Sequester mit dem Auftrage, den Richtern unverzüglich mitzuteilen, weshalb sie die Bittstellerin laut dem letzten an sie gerichteten Befehle nicht befriedigt hätten.[31] Die Sequester beeilten sich nunmehr, den Richtern in einer Zuschrift die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gründe darzulegen, weshalb die Schuld noch immer von den Einkünften des Gutes nicht bezahlt werden könne. Doch die Richter anerkannten diese Gründe nicht und schon am 2. September erging ein neuer Zahlungsauftrag.

Inzwischen war das Gut in den Besitz des Michael Slawata, eines Bruders des Verstorbenen, übergegangen. Doch auch dieser dachte nicht daran, der Jüdin die Schuld zu bezahlen, trotzdem auch er von den Landesrichtern hiezu aufgefordert wurde, weshalb Peprle eine neue Eingabe an die Richter überreichte, worin sie sich über das Verhalten des neuen Besitzers des Gutes beschwerte. Die Bittschrift wurde von den Richtern am 12. Feber 1638 dem Michael Slawata zur Kenntnisnahme mit einem neuen Zahlungsauftrage übermittelt, worin sie ihm zum *letzten Male* befahlen (*a to na konec* poraučíme), endlich die Schuld zu bezahlen und ihnen nicht überflüssige Arbeit zu machen. Michael Slawata rechtfertigte sich am 26. Feber in einem Briefe an die Richter, indem er verschiedene Gründe anführte, weshalb er der Peprle nicht vor der Ernte bezahlen könne. In einer weiteren Zuschrift vom 9. März schreiben ihm die Richter, daß sie seine Gründe zwar zur Kenntnis nehmen, da aber die Jüdin in ihrer großen Not nicht aufhöre, sie mit Gesuchen zu überschütten, so erteilen sie ihm nochmals den Befehl, daß er, wenn es ihm tatsächlich und im Ernst (bezelstně) nicht möglich sei, die Schuld auf einmal zu bezahlen, wenigstens die Hälfte oder einen Teil gleich und den Rest nach der Ernte bezahlen solle. Doch Peprle bekam von ihm keinen Groschen. Am 9. Juli übersandten die Richter dem Michael Slawata eine neue Beschwerdeschrift der Peprle mit einem neuen *letztmaligen* Befehle, die Schuld, da doch die Ernte bevorsteht, sofort und unbedingt zu bezahlen, damit die Jüdin keinen Grund mehr habe, sich mit Eingaben an Seine Majestät oder an die Richter zu wenden.[32]

Doch alle gerichtlichen Befehle und Zahlungsaufträge waren vergeblich. Es vergingen wieder drei Jahre und Peprle konnte nicht zu ihrem Gelde kommen. Als letztes Mittel überreichte sie im Jahre 1641 ein Gesuch an den Grafen Wilhelm Slawata, worin sie ausführte: Der Graf werde sich wohl erinnern, daß, als er nach dem Ableben seines Bruders Joachim mit dem Grafen Michna v. Waźinov zu Kommissaren eingesetzt worden war, er seiner Schwägerin, der Witwe Anna Susanna, den Auftrag erteilt hatte, die zur ehrenvollen Bestattung des Toten erforderlichen Gegenstände zu besorgen und sich wegen der Bezahlung keine Sorge zu machen, da er selbst alles bezahlen werde.[33]

Obwohl die Witwe sich laut beiliegendem Schuldschein verpflichtet hatte, den schuldig gebliebenen Betrag von 402 fl. 32 kr.[34] gleich nach dem Begräbnis zu bezahlen, könne sie trotz der Zahlungsaufträge, welche die Landesrichter den Sequestern und insbesondere dem Michael Slawata

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zugeschickt hatten, nicht zu ihrem Gelde kommen. Gott weiß, in welch großer Not und Elend sie und die Waisen leben, in einem Elend, das größer ist, als das eines Bettlers. Der Graf möge bedenken, welche große Wohltat dem Verstorbenen von ihr erwiesen worden war, da, abgesehen von den von ihr zur Trauerfeier gelieferten Gegenständen, er selbst in den ihr noch nicht bezahlten Trauergewändern im Grabe ruht. Sie werde daher um Gottes Barmherzigkeit und den letzten Tag des Gerichtes nicht aufhören, den Grafen zu bitten, daß er veranlassen möge, daß ihr der geschuldete Betrag samt den gewöhnlichen Zinsen für die Zeit von 1631 bis 1641 bezahlt werde.

Die Antwort des Grafen vom 8. November lautet dahin, daß nach dem Ableben seines Bruders weder er, noch der inzwischen verstorbene Graf Michna zu Kommissaren eingesetzt wurden, noch habe er der Witwe einen Auftrag zur Anschaffung der zur Beerdigung erforderlichen Gegenstände gegeben, noch auch habe er sich zur Bezahlung derselben verpflichtet. Wäre das der Fall gewesen, so hätte es die Bittstellerin nicht versäumt, gleich damals oder seit der Zeit öfters mit ihrem Anliegen an ihn heranzutreten. Aus den dem Bittgesuche beigeschlossenen Auszügen (Beilagen) ist ersichtlich, daß die Statthalter den Befehl erteilt hatten, daß die Schuld aus dem zur Verlassenschaft gehörenden Gut Nový Stranov bezahlt werden solle. Die Bittstellerin möge daher auch weiterhin ihr Recht auf die Bezahlung der Schuld aus den Einkünften dieses Gutes bei den Statthaltern geltend machen. Wenn diese Einkünfte hiezu nicht ausreichen, so könne ja das Gut jeden Tag verkauft werden; es möge daher der Verkauf angeordnet und aus dem Erlöse die Schuld bezahlt werden.[35] Er jedoch sei durch keinerlei Recht zur Bezahlung dieser Schuld verpflichtet.

Nichtsdestoweniger jedoch habe er aus Mitleid (ex Commiseratione) angeordnet, daß der Bittstellerin durch den Herrn Samuel Franz Hradčansky in Prag gegen eine Quittung 100 fl. rhein. für seine Rechnung ausgezahlt werden sollen. Ob und wann der Witwe Peprle der Rest der Schuld zurückgezahlt wurde, ist aus den Akten nicht zu ermitteln.

3. Josef Körpel

an Adam Paul Slawata (1643)[36]

Josef Körpel war ein Faktotum (wahrscheinlich Hausjude) des Grafen Adam Paul Slawata, der ihn zur Durchführung verschiedener Geschäfte verwendete. In seinem Briefe vom 18. Juni 1643 schrieb er dem Grafen, daß er mit Herrn Hrzán „wegen Euer gräflichen Gnaden Schuld" das

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Erforderliche vereinbart habe, wie es ihm Herr Hrzán selbst sicherlich schon berichtet haben werde. Graf Slawata lieferte ihm Schwefel,[37] womit er handelte. In demselben Briefe bittet er, der Graf möge verordnen, daß ihm wenigstens ein Wagen Schwefel „mit ehester Gelegenheit" nach Prag geschickt werden möchte, wenn eine größere Lieferung nicht möglich ist, welche Ware „dankbarlich bezahlt werden solle", damit er „auß der Handlung mit dem Schwefel nit gantz kommen und seine Kaufleuthe nicht Verschlagen möchte". Als Postskriptum bemerkt er: „Bezl. der Musketen und Pistolen ist hier nichts mit zu handeln, weill sie hier wohlfeiller zu bekommen sindt."

4. Abraham Czerny

an die Statthalter und Landesrichter des Königreiches Böhmen.

Beschwerden

gegen den Freiherrn Johann den Älteren Czernin (1631)

Der Prager Jude Abraham Czerny kaufte am 7. Oktober 1631 vom Freiherrn Johann dem Älteren Czernin v. Chudenitz 4 Schock Käselaibe à 4 Schock meiß. per Zentner und 12 Tonnen (Fässer) Butter à 18 Schock meiß. per Tonne. Den Käse, welcher ihm in ganzen und unbeschädigten Laiben[38] aus der Herrschaft Radenin nach Prag gebracht werden sollte, war er verpflichtet gleich zu übernehmen und zu bezahlen, die Butter sollte jedoch, falls er nicht genug Geld haben sollte, vereinbarungsgemäß im Czerninschen Hause in der Prager Neustadt liegen bleiben, bis er sich das nötige Geld verschafft haben werde. Diese Bedingungen wurden in einem vom Freiherrn in čechischer Sprache eigenhändig geschriebenen Vertrag festgesetzt.[39] Als Angabe sollte Czerny dreißig Reichstaler geben. Da er jedoch momentan nicht genug Geld hatte, gab er bloß fünf Taler und einen silbernen Gürtel im Gewichte von über vierzig Lot (několik a čtyřicet Lotův).

Am 14. Oktober wurden der Käse und die Butter nach Prag gebracht. Bei der Übernahme des Käses stellte es sich heraus, daß in einem Fasse im Gewichte von fünf Zentnern eine größere Zahl Laibe sich befand, von denen viele gesprungen und daher in alten Tüchern eingebunden waren. Nach dem Abwiegen befahl der Freiherr seinen Leuten, die Tücher zusammenzunehmen, so daß die gesprungenen Laibe beim Herausnehmen aus den Tüchern zerbröckelten, wodurch dem Czerny ein großer Schaden zugefügt wurde. Die Butter ließ er bis zum nächsten Tage im Czerninschen Hause liegen, an welchem Tage er daselbst erschien, um vorläufig sechs Tonnen gegen bare Bezahlung zu übernehmen und um die Erlaubnis zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bitten, die restlichen sechs Tonnen erst in einigen Tagen bezahlen zu dürfen. Da wurde ihm erklärt, daß der Freiherr, der gerade nicht zu Hause war, die Butter zu demselben Preise anderweitig verkauft habe. Der enttäuschte Czerny fügte sich in sein Mißgeschick, verlangte jedoch die Rückgabe der als Angabe gegebenen fünf Taler und des silbernen Gürtels, was ihm aber verweigert wurde mit der Behauptung, die Angabe sei verfallen,[40] da er die Bedingungen nicht eingehalten habe.[41] Als er auf die Rückgabe bestand, wurde er beschimpft, ja der Freiherr, der inzwischen nach Hause gekommen war, drohte, ihn mit der Peitsche aus dem Hause zu jagen, und verbot ihm unter Drohungen das weitere Betreten seines Hauses.

Czerny überreichte daher an die Statthalter und Landesrichter ein Gesuch, worin er den Sachverhalt und das vertragswidrige Verhalten des Freiherrn schildert und bittet, die Statthalter mögen dem Freiherrn befehlen, daß er in Anbetracht dessen, daß er die Butter dem anderen Käufer zu demselben Preise wie ihm verkauft und daher keinen Schaden erlitten habe, ihm die fünf Taler samt dem silbernen Gürtel zurückgeben solle.

Diese Bittschrift wurde am 20. Oktober von den Statthaltern dem Freiherrn zur Rückäußerung übermittelt. Schon am folgenden Tage überreichte er an die Statthalter seine Antwort, worin er zuerst sein Erstaunen darüber äußert, daß der Jude die Statthalter in so überflüssiger, nutzloser und unbegründeter Weise (tak zbytečně, darcmně a nedůvodně) zu belästigen wage, mit der Behauptung, er (der Freiherr) habe die Butter dem anderen Käufer um denselben Betrag wie ihm verkauft. Er sei sicherlich glaubwürdiger, als dieser jüdische Menschenfopper (Betrüger, pokladač lidskej) und er könne behaupten und erforderlichen Falls auch beweisen, daß er dadurch, daß der Jude sein Wort nicht gehalten habe,[42] an jeder Tonne Butter einen Verlust von 1 Schock meiß. gehabt habe. Er würde es sich wohl überlegen, dem Juden den Gürtel so ohne weiters zurückzugeben. Um jedoch die Statthalter, die doch sicherlich mit anderen wichtigeren Angelegenheiten beschäftigt seien, nicht mit dieser Sache in Anspruch zu nehmen, wäre er bereit, dem Juden den silbernen Gürtel – die fünf Taler übergeht er mit Schweigen – zurückzugeben, wenn ihm dieser den an der Butter erlittenen Schaden ersetzen würde. Er hoffe, daß die Statthalter dem Juden einen solchen Befehl erteilen werden.

In einer zweiten Eingabe (ohne Datum) dankt Czerny den Statthaltern dafür, daß sie ihm die Rechtfertigungsschrift des Freiherrn zur Kenntnisnahme eingesandt haben. Die Behauptung des Freiherrn, so führt er weiter aus, daß er an der Butter einen Schaden erlitten habe, sei ganz unbegründet. Aus dem Umstand, daß der Freiherr gleich am zweiten Tage, wo er (Czerny) mit dem Gelde kam, um die Butter vertragsgemäß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zu bezahlen, diese bereits an einen anderen verkauft gehabt habe, mögen die Statthalter den Schluß ziehen, daß er sie eher teuerer als billiger verkauft haben müsse. Der Freiherr sei nicht so dumm, daß er sich so sehr damit beeilt hätte, die Butter billiger zu verkaufen und dadurch sich selbst einen Schaden zuzufügen, als vielmehr um daraus einen Gewinn zu erzielen. Nicht der Freiherr, sondern er habe an dem Geschäft Schaden erlitten, da durch die Zurücknahme der alten Tücher, die keine 10 kr. wert waren, die Käselaibe zerbröckelt wurden, wodurch ihm ein Schaden von zehn Talern verursacht wurde. Da er wegen der Drohungen des Freiherrn dessen Haus nicht betreten darf, und der Freiherr sich anschickt, Prag zu verlassen, richte er an die Statthalter die untertänigste Bitte, sie mögen die Anordnung treffen, daß der Freiherr, bevor er aus Prag abreise, die fünf Taler und den silbernen Gürtel entweder bei den Statthaltern in der Kanzlei erlegen oder seinem Pförtner (Tyrhütterovi) übergeben solle, damit sie ihm ausgefolgt werden können.

Am 24. Oktober wurde dem Freiherrn diese Eingabe Czernys mit folgendem Urteil als Nachschrift zugeschickt: „Dem Herrn Johann Czernin abzusenden, mit der Anordnung, daß er dem Juden in der Streitsache, die sie mit einander haben, befriedigen und es nicht zulassen soll, daß die Statthalter sich mit dieser Sache noch weiter befassen müssen."[43] (Es ist bemerkenswert, daß die Richter ihre Entscheidung zu Gunsten des Juden gegen den Freiherrn fällten, der ihnen als händelsüchtig wohl bekannt war.)

5. Jakob Baruch Tille (Tilles)

a) an den Freiherrn Johann den Älteren Czernin (1636)

Jakob Tille, der Hausjude des Freiherrn, schreibt diesem am 7. Jänner 1636: Als er gestern aus Radenin, dem Wohnsitze des Freiherrn nach Prag kam, ging er gleich zu dem Kaufmann, dem er die dreißig Zentner Käse zum Kaufe anbot; dieser möchte den gesamten Vorrat des Freiherrn, und zwar fünfzig Zentner Käse und hundert Zentner Butter, abnehmen. Der Freiherr möge ihm den Preis mitteilen, doch müsse er einen billigen Preis machen, um dem Kaufmann den Kauf zu erleichtern, da ihm von vielen Herrschaften Käse und Butter angeboten wird, er werde dann mit ihm nach Radenin hinauskommen. Auch bitte er, der Freiherr möge ihm wegen des Juden mit dem Silber schreiben. Er habe bereits ein Pfund Silber und Gold „mit der wag P. 24 Fl." gekauft und hinausgeschickt. Auch habe er für die Freifrau Susanna Seiden- und Harrasfransen geschickt und hoffe, daß sie damit zufrieden sein werde. Er lege die Rechnung für die Fransen und die sonstigen für den Herrn gesandten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gegenstände bei. In einem zweiten Briefe beanstandet er die Rechnung auf 16 Schock weniger 7 Eier. Die Schafferin müsse sich geirrt haben, da er bloß 15 Schock weniger 7 Eier übernommen habe.

b) An Humprecht Johann Grafen Czernin

Jakob Tille war auch Hausjude bei dem Sohne des Freiherrn, dem Grafen Humprecht Johann. Am 23. Juni 1651 schreibt er: Der Graf werde sich wohl erinnern, daß er (Tille) ihm einen Betrag von 51 fl., die er selbst von einem Geldverleiher „gegen Wucher (auf Zinsen) übernommen", gegen eine schriftliche Versicherung geliehen hat, der gräfliche Inspektor Gersdorf werde ihm diesen Betrag von der Schafwolle der gräflichen Herrschaften zurückzahlen. Nun ist die Wolle bereits verkauft, doch der Inspektor verweigert die Bezahlung ohne die Vorlage einer Zahlungsanweisung des Grafen. Er bitte daher, der Graf möge seinem Inspektor diese Anweisung zukommen lassen, damit er (Tille) den Betrag seinen Gläubigern zurückzahlen könne.

Am 31. März 1654 schreibt er dem Grafen: Obwohl ihm dieser die Weisung erteilt hatte, ohne seinen schriftlichen Auftrag keinem seiner Beamten oder Diener Waren für seinen Haushalt auszufolgen, habe „er (Tille) doch, da ihm der ‚Tafeldecker' (des Grafen) so hoch geschworen habe, es sey dero gnädiger Befelch (Befehl)," 20 Ellen Leinwand à 30 kr. per Elle ausgefolgt. Vorher hatte er auch 10 Ellen „Flohr" à 24 kr. und einen Schleier à 4 fl. dem Kammerdiener ausgefolgt und ihm zum Einkauf der Tuche (es handelt sich um schwarzes Tuch für die Trauer anläßlich des Ablebens der Mutter des Grafen, der Freiherrin Susanna) 120 fl. gelichen und zum billigen Einkaufe derselben verholfen. Er hoffe, daß ihm der Graf „nicht ungehalten sein wird, daß er als dero gehorsamb willigster Hauß Judt geliehen", er bitte jedoch, wenn der Graf „künftighin mehreres gebrauchen", daß er ihm „schriftlichen gnädigen Befelch erteile".

Zum Schlusse gibt er noch seinem Beileide über das Hinscheiden der Freifrau Ausdruck mit den Worten: „Und dann mich als dero in Gott ruhenden Frau Muttern seel (deren tötliches hinscheiden ich mich ziemblich sehr bekümmert) gewesten und Euer hochgräfl. Gn. noch verbleibenden getreuen Hauß Juden mit meinem schwarzen Kleid gebrauchmessig betheillen lassen", und er fügt noch hiezu: „Zu deren lieben Feiertagen sende ich 5 Citronen wollen solche mit gesundt verzähren". Als Postskriptum: „dero Frau ehegemahlin thue ich gehorsambst salutiren".

Am 31. März 1655 schreibt er dem Grafen: „da er in dieser Zeit des Geldmangels „ohnentpörlich Geld vonnöthen habe, weil er sein „Capital" zur Bezahlung von Schulden verwenden mußte, so bitte er, der Graf möge

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ihm die hohe Gnade erweisen und ihm den geliehenen Betrag von 70 fl. sowie auch den auf in zur Bezahlung entfallenden Teil der Schuld seiner verstorbenen Mutter im Betrage von 50 Schock Groschen und 18 Schock aufgelaufenen Interessen, welche Beträge ihm auch von des Grafen Bruder bezahlt worden sind, bezahlen lassen. Sollte der Graf momentan nicht im Besitze von barem Gelde sein, so möge er anordnen, daß ihm diese Beträge („ohne Maßgeben") in Schmalz, Butter oder Schafwolle von der Herrschaft Gießhübel oder einer anderen Herrschaft beglichen werden. Sollten die ihm zu liefernden Waren die Höhe seiner Schuldforderung übersteigen, so möge ihm der Graf den Überschuß kreditieren.

6. Aron Hradištsky

an Johann den Älteren Czernin (1637)

Im Jänner 1637 erschien der Prager Verwalter (hospodář) des Freiherrn bei Hradištsky und teilte ihm mit, sein Herr habe ihn brieflich beauftragt, ihn (den Hradištsky) aufzusuchen und zu fragen, ob er nicht Schmalz (Womastek)" kaufen möchte, in welchem Falle er nach Radenin hinausfahren möge. Hradištsky schrieb hierauf dem Grafen: Obwohl zu dieser Zeit in Schmalz kein Absatz ist, so wäre er doch nicht abgeneigt, es zu kaufen. Der Freiherr möge ihm mitteilen, zu welchem Preise er es abzugeben gewillt sei, damit er sich darnach richten kann und sich nicht umsonst hinausbegeben müsse. Es ist zu verwundern, daß der Freiherr sich in dieser Angelegenheit nicht an seinen Hausjuden Tille gewendet hatte, wie es damals die Herrschaften in der Regel zu tun pflegten.

7. Salomon Buchtrucker

an Herrmann Grafen Czernin (1640)

S. Buchtrucker schuldete dem Grafen Herrmann, wahrscheinlich für gelieferte Landesprodukte, einen Betrag, dessen Höhe nicht angegeben wird und den er nicht bezahlen konnte. Er wurde daher auf Veranlassung des Grafen in den Schuldnerarrest gesetzt, worin er bereits längere Zeit verblieb. Im Jahre 1640 überreichte er an den Grafen ein Gesuch, der Graf möge die Erlaubnis erteilen, daß er aus der langen Haft auf vier Wochen freigelassen werde. Zur Begründung seines Ansuchens führt er an: Durch die lange Haft werde dem Grafen nicht geholfen sein, da er, wenn er nicht freigelassen werde, die Schuld niemals werde bezahlen können; je länger die Haft, um so größeren Schaden und Unkosten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

werde sie dem Grafen verursachen, da er seinem Handel nicht nachgehen und die ihm geschuldeten Beträge nicht eintreiben könne.[45] Deshalb nehme er zu ihm als zu einem christlichen und gnädigen Herrn seine Zuflucht mit der untertänigsten Bitte, er möge gnädigst die Erlaubnis geben, daß er auf vier Wochen aus dem so lange dauernden Arrest entlassen werde. Während dieser Zeit werde er bestrebt sein und in irgend einer Weise dafür sorgen, daß er den Schuldbrief von Geizfogel bekommen und dem Grafen ausfolgen könne.[46] Sollte ihm dies jedoch wider Erwarten nicht gelingen, so gebe er sich der Hoffnung hin, daß der Graf mit ihm gnädig verfahren und ihm mäßige und erschwingliche „Termine" zur Bezahlung der Schuld bewilligen werde.

Auf der Rückseite des Bittgesuches schrieb der Graf am 3. November 1640 eigenhändig in čechischer Sprache: „Diese Bittschrift des Juden Buchtrucker ist mir vom Herrn kaiserlichen Richter der Altstadt durch seinen Stadtschreiber in Prag eingehändigt worden. Ich habe folgende Resolution gefaßt und dem Herrn Richter bekannt gegeben: Ich lasse mich auf keine Termine ein und lasse mich auch nicht mehr von dem Juden bei der Nase herumführen. Wenn es dem kaiserlichen Richter genehm und erwünscht ist und er dafür einstehen will, so will ich die Bewilligung erteilen, daß er auf zwei Wochen aus dem Arrest entlassen werde. Falls er mich jedoch nicht befriedigen wird, soll er in denselben Arrest zurückkehren und verbleiben, bis er mich befriedigt haben wird."[47]

8. Josef Joachim

an die Freifrau Susanna Czernin (1642)

Josef Joachim schreibt der Freifrau am 29. März 1642 nach seiner Rückkehr aus Radenin, wo er mit der Freifrau einen Vertrag auf Abnahme von Käse und Butter abgeschlossen hatte, er sei auf dem Wege von dem ihn begleitenden Boten abgewichen und über Wottitz früher als jener in Prag angekommen. Er habe vertragsgemäß ihrem Prager „Hoffmeister alsbald hundert gewichtige Dukate in specie darauf geben". Er hoffe, daß sie dem Vertrage gemäß den Käse und die Butter „eylendts" und unversäumt nach Prag schicken und ihm „gegen völliger Bezahlung überlieffren" werde. Zum Schlusse bemerkt er noch: „Muß Ihre Gnaden auch berichten, daß des Baruchs Weib zwey briegel (?) zugeschickt hat, weil er sollang außer bleibt, welches ich Ihre Gnaden zur Nachrichtung und in eyll nicht verhalten wollen." Er unterschreibt sich: „Josef Joachimb Judt des Hirschels Sohn" und fügt als PS. hiezu: „mein Vatter lasset Ihr Gnaden fleißig grüßen undt seine Gehorsambe Dienste vermelden."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

9. Salomon Elikum

an Herrmann Grafen Czernin (1642)

Am 12. Juli 1642 kaufte Frau Margarete Mezerode, geb. Svatkovská v. Dobrohost das landtäfelische Gut Zruč im Časlauer Kreise. Einen Teil des Kaufschillings bildete die Bezahlung einer auf dem Gute lastenden hypothekarischen Schuld von 5000 fl., die gleich erfolgen mußte. Da die Käuferin jedoch das ganze Geld nicht auftreiben konnte, suchte ihr Sohn einen Kapitalisten, der den hypothekarischen Schuldbrief auf dem Wege der Zession übernehmen möchte. Salomon Elikum bot dieses Geschäft dem Grafen Herrmann an, der bereit war den Schuldbrief zu kaufen, doch nicht gegen bare Bezahlung, sondern gegen Lieferung von 1300 Wagen Eisen[48] à 1 Reichstaler per Wagen „und den Überrest bis 2500 fl. an schönen Weizen und Butter". Darauf wollte jedoch Herr Mezerode nicht eingehen. Am 15. August schrieb Elikum dem Grafen, daß er weiterhin mit Herrn Mezerode in Verhandlung stehe und „verhoffe es nun darauf zu bringen, daß gemelte 5000 fl. gegen obgedachte Lieferung E. gr. gn. in dero Landtafel abgetreten werden können". Der Graf möge daher, wenn es ihm beliebt, seinem „Altstädter Würthen" in Prag schreiben, daß er ihm gegen Einhändigung des „Haupt Kauf Contractes" 200 Wagen Eisen ausfolgen möchte, die er Herrn Mezerode im Namen des Grafen „darauf geben könnte". Besser wäre es jedoch, wenn der Graf in Prag „eine vertraute Persone" hätte, welche die Ablieferung der Waren und die Durchführung der „Abtretung" besorgen könnte. Zum Schlusse bittet er um „die große und hohe Gnade", falls eine andere Person sich zur Vermittlung in dieser Sache anbieten sollte, ihr kein Gehör zu geben „und mich bey meiner so lang darinnen gehabten Mühewaltung nicht verdringen lassen".

Auf der Rückseite die Bemerkung des Grafen: „Die Sachen wo möglichen Zu accomodieren zue meiner nächsten ankunfft." (in Prag)

10. Bernhard Fanta Sacerdos[49] (Sacerdotte), Salomon Kauder[50] und Mändl Lazarus[51]

Schuldbrief für den Grafen Herrmann Czernin (1643)

Diese drei Prager Juden, welche damals Älteste der Prager Judenschaft waren, stellten am 7. Juli 1643 dem Grafen Herrmann Czernin einen Schuldbrief auf 1920 fl. rhein. aus, welchen Betrag sie ihm für ihnen gelieferte 240 Stein (à 20 Pfund) Wolle auf sechs Monate Kredit schuldig

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

blieben. Der vom Grafen eigenhändig in čechischer Sprache geschriebene Schuldbrief lautete in freier deutscher Übersetzung:

Wir Bernhard Fanta Sacerdos, Salomon Kauder, Mändel Lazarus, Älteste der Prager Judenschaft, alle drei in solidum (Všichni tři rukau společní a nerozdílnau) bekennen mit diesem Schuldbrief vor allen im allgemeinen und insbesondere da, wo dies hingehört (vůbec přede všemi a zvláště tu, kdež náleží), daß wir in solidum dem edelgeborenen Herrn Herrn Herrmann Czernin v. Chudenitz, Herrn auf Petersburg, Gießhübel, Neudek, Kost und Schmiedeberg, S. G. E. dem wirklichen Kämmerer, Obersten der Kavallerie (nařízenému nad Reytharstvem) und Landesrichter im Königreich Böhmen, seinen zukünftigen Erben und jedem, dem dieser Schuldbrief ordentlich gegeben oder abgetreten werden wird, eine richtige und gerechte Schuld für 240 Stein Wolle, jeden Stein zu 8 fl. rhein. gerechnet, wofür in Summa 1920 fl. rhein., jeden Gulden zu sechzig Kreuzer gerechnet, schulden, welchen Betrag wir in solidum vom Datum dieses Briefes an in sechs fortlaufenden Monaten zu bezahlen versprechen, ohne Beschwerde, Beanständung und irgend welchen weiteren Verzug, ohne Einwand und Vorwand, sei es einer Requisition durch ins Land eingebrochenes Militär oder was immer in der Welt eintreten und sich ereignen könnte.

Sollten wir das nicht tun und mit der Bezahlung dieser Summe säumig sein, dann soll nach dem abgelaufenen sechsmonatigen Termine die Pflicht zur Bezahlung der üblichen sechsprozentigen Zinsen von diesem Betrage in Kraft treten. Auch wird unser Herr Gläubiger sofort und unverzüglich die volle Macht und das Recht auf unsere Person haben, uns verhaften zu lassen, während unserer Haft sich unserer Waren und unserer Habe, wo und wann immer wir solche haben werden, zu bemächtigen, sie, auch wenn es nur zu sehr billigen Preisen sein könnte, zu verkaufen und (von dem Erlöse) seine Forderung samt Zinsen und den ihm entstandenen Auslagen und Schaden zu begleichen und erst dann uns enthaften zu lassen. Daran soll uns weder ein natürliches oder geschriebenes, geistliches (kirchliches) oder weltliches Recht noch irgendwelche Landesnovellen oder Begnadigung, kurz nichts auf der Welt gegen unseren Herrn Gläubiger Hilfe und Milderung gewähren, da wir uns derselben durch diesen Schuldbrief freiwillig, gänzlich und vollkommen begeben und entsagen. Wir haben uns auch bei dem Herrn kaiserl. Richter präsentiert und ihm erklärt, daß wir Willens sind, ohne jede weitere Belästigung (der Richter) zu bezahlen (beze všýho dalšího zaneprázdnění platiti chceme).

Zur Bestätigung und Einhaltung all dessen so und nicht anders haben wir diesen unseren Schuldbrief mit unserem Siegel versehen und eigenhändig unterschrieben, was geschehen ist in Prag am 7. Juli des Jahres 1643.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

11. Salomon Würmbs[52]

an Herrmann Jakob Grafen Czernin (1644)

Salomon Würmbs hatte dem Grafen brieflich den Kauf einer Schuldverschreibung vom Grafen Vertugo angeboten. Graf Herrmann antwortete ihm in einem Briefe, daß er nicht abgeneigt wäre, auf den Kauf einzugehen, wenn er den Kaufschilling nicht ganz in barem Gelde, sondern teilweise mit Eisen und Getreide bezahlen könnte. Am 4. Mai 1644 schreibt Würmbs dem Grafen, daß er den Brief dem Hausjuden des Grafen Vertugo zu lesen gegeben habe, der ihm sagte, daß sein Herr mit dem angebotenen Zahlungsmodus zufrieden sein werde, doch möchte dieser ehestens erfahren, wieviel bares Geld und welches Quantum von Eisen und Getreide er bekommen, und zu welchem Preise er diese Waren anzunehmen haben würde. Zugleich teilt er dem Grafen mit, daß der Oberste Landschreiber, der, wie der Graf wohl wisse, die auf 3000 fl. lautenden drei Schuldbriefe[53] zu kaufen beabsichtige, für diese 1900 fl. in barem Gelde anbiete. Es sei „sein einziger Rat", daß der Graf dieselbe erwerben möge, da er nur auf diesem Wege „zu des Juden 3000 fl. Schuldt gelangen möchte, so sonsten E. gr. gn., welches mir sehr leidt wäre, schwerlich ein Kreuzer bekommen werden". Der Graf möge ihm daher seine Resolution ehestens zukommen lassen, bevor andere Käufer „sich dafür finden".

12. Samuel Marek

an Herrmann Grafen Czernin (1646)

In einem am 10. Dezember 1646 čechisch geschriebenen Briefe schreibt er: Der Graf möge entschuldigen, daß er ihm während seiner letzten Anwesenheit in Prag nicht aufwarten und zu Diensten stehen konnte, da er krank darniederlag. Doch als er nach des Grafen Abreise genas und von der Inhaftsetzung des jüdischen Fleischhauers erfuhr (vgl. o. S. 11), habe er sich sofort mit den jüdischen Fleischhauern[54] in Verbindung gesetzt und mit ihnen wegen Bezahlung dieser Schuld verhandelt. Das Ergebnis war, daß diese den Betrag von 100 Reichstalern gleich beim Richter der Altstadt erlegten, und sich verpflichteten, auch den Restbetrag von 100 Reichstalern baldigst zu begleichen, worauf der Fleischhauer bis zur „glücklichen Wiederkehr" des Grafen nach Prag aus dem Arrest entlassen wurde.

Nun bitten die Fleischhauer den Grafen um Gottes Willen, daß er als gütiger und christlicher Herr ihnen die Frist zur Bezahlung des Rest-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

betrages von 100 Talern erstrecken möge, in Anbetracht dieser, für sie so schweren Zeit, wo kein Vieh vom Lande zugeführt wird und sie für das Fleisch und die Häute keinen Absatz haben. Er werde bis zur glücklichen Rückkehr des Grafen nach Prag nicht aufhören ihn zu bitten, daß er den Fleischhauern die Gnade erweisen und ihnen mit der Bezahlung warten möge, und dies um so mehr, als er (Marek) wisse, daß sie den guten Willen haben, die Schuld zu bezahlen.

Zum Schlusse bietet er dem Grafen drei große schöne Zobelfelle an.

13. Jüdische Fleischhauer der Prager Altstadt

Vergleich mit dem Grafen Herrmann Czernin (1647)

Die jüdischen Fleischhauer der Prager Altstadt schuldeten dem Grafen Herrmann Czernin, wahrscheinlich für geliefertes Schlachtvieh, einen Betrag, dessen Höhe nicht genannt wird, wovon zu Galli 1647 300 Reichstaler und die aufgelaufenen Zinsen im Betrage von 45 Reichstalern zu bezahlen waren. Da jedoch die Fleischhauer beide Beträge zu bezahlen nicht in der Lage waren, kam ein Vergleich zustande, wornach der Termin zur Bezahlung der 300 Reichstaler bis Galli des künftigen Jahres erstreckt wurde und die fälligen Zinsen von 45 Talern durch die tägliche Lieferung von gutem Rindfleisch à 3 kr. per Pfund und von Kuttelfleck für den Prager gräflichen Haushalt abgezahlt werden sollten. Die Vergleichsurkunde wurde am 10. Dezember 1647 vom Grafen und von vier jüdischen Fleischhauern (in hebräischen Lettern) unterfertigt. (Vgl. Beil. V.)

14. Mojses Brandeis, Sattler

Vertrag mit Herrmann Grafen Czernin (1648)

Graf Herrmann Czernin schloß am 29. Jänner 1648 mit dem jüdischen Sattlermeister der Prager Altstadt einen Vertrag, wonach dieser sich verpflichtete, dem Grafen binnen sechs Wochen einen neuen, sechssitzigen (an den Seiten je zwei, vorn und hinten je ein Sitz) Luxuswagen[55] zu liefern, dessen komplizierte innere Ausstattung und das hiezu zu verwendende Material im Vertrage genau beschrieben ist (vgl. Beil. VI), und zwar nach dem Muster des Wagens, den er dem Grafen Coloredo geliefert hatte. Die Höhe des für den Wagen ausbedungenen Preises wird in dem Vertrage nicht genannt, doch wird bemerkt, daß dem Brandeis als

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

„Zuegab" ein anderer (wahrscheinlich ein älterer) Wagen gegeben und der Kaufschilling bar bezahlt wurde, bis auf 100 fl., die ihm erst bei der Ablieferung des Wagens bar ausgezahlt werden sollten.

15. Jakob Levita Tuschkauer, Prokurator,[56]

an Herrmann Jakob Czernin (1650)

Tuschkauer beschäftigte sich mit der Vermittlung von Käufen und Verkäufen von Herrschaften und Gütern. Im Jahre 1650 hatte er dem Grafen Herrmann Czernin den Kauf der Herrschaft Haid (in Südböhmen) angeboten, worüber er mit ihm in Budweis und Prag verhandelte. Der Graf beauftragte ihn, sich die „Taxa" (die Beschreibung der zur Herrschaft gehörigen Dörfer, Höfe, Regalien usw. und die Schätzung ihres Wertes) zu verschaffen und ihm einzuhändigen. Am 20. Mai dieses Jahres sandte er dem Grafen durch einen Boten, den sein Sohn mit einem Briefe geschäftlichen Inhaltes abfertigte, einen Brief mit der Mitteilung, daß er die Taxa bereits in Händen habe; der Graf möge ihm durch denselben Boten „eine gnädigst gründliche Anthwort" zukommen lassen, ob er seinen Sohn mit derselben hinausschicken solle, damit der Graf, der jetzt gerade in der Nähe der Herrschaft Haid weilte, diese besichtige, oder ob er die Taxa aufbewahren solle, bis der Graf wieder nach Prag komme.

16. Götzl Mändl Lichtenstadt[57]

Spezifikation

der ihm vom Grafen Herrmann Czernin zurückgezahlten Beträge (1650)

und zwei Briefe an Humprecht Johann Grafen Czernin

Graf Herrmann Czernin schuldete dem Götzl Lichtenstadt 20.000 fl. rhein. Am 13. Juli 1650 folgte ihm der Prager gräfliche Kassier im Auftrage des Grafen eine Spezifikation der ihm zurückgezahlten Beträge und des noch restierenden Schuldbetrages aus. Darnach hatte Lichtenstadt bereits in barem den Betrag von 14.500 fl. rhein. und in gelieferter Wolle 4496 fl. 57 kr. erhalten. Es blieb noch ein Restbetrag von 1003 fl. 3 kr. Mit den von Lichtenstadt gelieferten Waren (Pay, runde Schnüre und Knöpfe) betrug der Schuldrest 1045 fl. 11 kr.

Als Nachschrift schreibt der Graf eigenhändig in čechischer Sprache: „Sowie ich dem Prager Juden Götzl Lichtenstadt laut der ihm ausgefolgten Spezifikation 1045 fl. und 11 kr. noch schuldig bleibe, verspreche

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ich, daß ich ihm diese Schuld längstens im laufenden Halbjahre richtig bezahlen werde, was ich mit meiner eigenen Unterschrift hiemit bestätige. Datum in meinem Hause auf der Prager Kleinseite am 12. August 1650." (Vgl. Beil. VII.)

Götzl Lichtenstadt befaßte sich auch mit der Vermittlung des Kaufes von Realitäten. Am 20. Oktober 1674 schreibt er an den gräflichen Wirtschaftsverwalter Johann Prochazka[58] nach Mělník: Es sei diesem wohl bekannt, daß er dem Grafen Humprecht Johann Czernin den Kauf „bewußter Güter" vom Grafen Millesimo angetragen habe. Der Graf erklärte damals, daß er sie zu kaufen geneigt wäre, „wenn sie versichert sein sollten".[59] Damals habe er nicht gewußt, daß Graf Thun mit dem Verkäufer wegen des Kaufes derselben bereits in Verhandlung stand. Nun habe er in Erfahrung gebracht, daß Graf Thun vom Kaufe zurückgetreten sei, weil Graf Millesimo die Güter nur mit dem Přibramer Hause verkaufe, während Graf Thun das Haus nicht haben wolle.

Da er jedoch wisse, daß Graf Czernin keinen Kreuzer für die Güter geben würde, solange er (Prochazka) nicht erklären werde, daß sie versichert seien und daß er „den Handel so stellen wollte, daß es 8 per Cento tragen würde", so möge er in diesem Sinne dem Grafen „vortragen" und ihm (dem Lichtenstadt) den Entschluß desselben mitteilen; er werde dann „Ihre Exzellenz persönlich aufwarten und andere Anschläge, so ich annach beihändig ehestens bekommen soll, mit hinaus bringen".

Am 9. November desselben Jahres schreibt er dem Grafen Humprecht Johann, er habe dessen Antwort dem Grafen Mořin mitgeteilt, daß er die beiden Herrschaften Unter-Lukawitz mit Rentsch und Wopalka (im Klattauer Bezirke) kaufen wolle, daß er jedoch einen Auszug „aus der Landtafel" verlange, um zu sehen, wie sie gekauft worden waren. Dieser „sei damit gar wohl zufrieden" und freue sich, „mit Ihro Excell. gern zu Thun (zu) haben, habe sich auch Reserfiret (reserviert) Ihr Excell. selbst auf zu wartten". Er hoffe, daß die Verhandlung zu des Grafen Nutzen gereichen werde. In demselben Briefe bietet er dem Grafen „ein unbeschnittenes Schmerakh (ungeschliffenen Smaragd?), daß Ihro May. Mattiass auf seinem Huet getragen hat", zum Kaufe an.

17. Adam Götzl Lichtenstadt[60] und Baruch Weissl an Humprecht Johann Grafen Czernin (1650)

Diese Prager Juden hatten den Kauf des Gutes Schönhof in Nordwestböhmen durch den Grafen Humprecht Johann Czernin vermittelt. Im Jahre 1650 boten sie demselben den Kauf der Herrschaft Jitschin vom Grafen Tiefenbach an, welchen Kauf er unter gewissen Modalitäten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

abzuschließen gesonnen war. Am 28. Mai desselben Jahres sandten sie dem Grafen durch Eilboten einen Brief mit der Mitteilung, daß sie mit dem in Prag eingetroffenen Hofmeister des Grafen Tiefenbach wegen des Gutskaufes eine Unterredung gehabt hätten. Da sie informiert seien, daß „Euer Excell. einer bewußten Persohn am Guet per 12.000 nit weniger auch ihme Hoffmeister selbst 3000 zu präsentieren gnädig gewöllt sein, was, wenn es gehörigen Orthen kuntbar werden sollte" der Sache nicht förderlich sein würde, so können sie den Inhalt der Unterredung nicht „der Feder trauen", weshalb sie ihm denselben mündlich mitteilen werden.

Sie bitten, der Graf möge ihnen, da der Hofmeister sich nur drei Tage in Prag aufhalten werde, gleich mit demselben Boten „in großer Geheimb" eine schriftliche Information zusenden, „waß, wie oder welcher gestalten wir sich in dieser Sache gebrauchen lassen sollen, oder aber waß bey dem mehr gemelten Hoffmeister dieß Falß, so lange er noch bey händig sein möchte, Zu thun wehre". Sie hoffen, daß der Graf mit ihnen auch diesmal zufrieden sein werde, wie er es beim Kaufe des Gutes Schönhof gewesen war.

18. Simon Markus Lipowitz und Phillip Kollinsky

Vertrag mit dem Grafen Herrmann Czernin (1650)

Die Prager Juden Lippowitz und Kollinsky schlossen am 12. Dezember 1650 mit dem Grafen einen Vertrag, wornach sie sich verpflichteten, ein Quantum Butter, welches im gräflichen Hause der Prager Altstadt lagerte, innerhalb zwölf Wochen nach und nach gegen Barzahlung zum Preise von 12 fl. per Zentner abzunehmen. 50 fl. mußten die Käufer als Pfand erlegen, welcher Betrag verfallen sollte, wenn die Käufer nach Ablauf der zwölf Wochen die gesamte Butter nicht übernommen haben sollten. Die Käufer sind verpflichtet, das Ungelt und die Mautgebühren aus eigenem zu entrichten. Der Vertrag ist mit dem Siegel und der Unterschrift des Grafen und der beiden Käufer (in hebräischen Lettern) versehen (vgl. Beil. VIII).

19. Samuel Wahle, Buchdrucker,[61]

an Humprecht Johann Czernin (1652)

Der Buchdrucker S. Wahle, der von dem Freiherrn Johann dem Älteren Czernin vertragsgemäß ein größeres Quantum Käse abnehmen sollte, verweigerte die Übernahme, da er schlechter Qualität war. Doch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

durch ein gerichtliches Urteil gezwungen, mußte er, um aus dem Arreste befreit zu werden, in welchen er auf Veranlassung des Freiherrn wegen seiner fortgesetzten Verweigerung der Übernahme gesetzt worden war, den Käse übernehmen, doch mit der Erleichterung, daß er den Kaufschilling in halbjährigen Raten per 50 Schock Gr. abzahlen könne.

Er hatte erst eine Rate bezahlt, als der Freiherr am 22. November 1652 starb. Er wandte sich hierauf mit einer Bittschrift (ohne Datum) an dessen Sohn und Erben, den Grafen Humprecht Johann, den er um die Ermäßigung der Halbjahresraten auf einen geringeren Betrag bat, da er an dem Käse große Verluste erlitten hatte, von dem er noch immer 70 bis 80 Zentner unverkauft liegen habe und die er ins Wasser werde werfen müssen. Der Graf möge berücksichtigen, daß er mit dessen verstorbenem Vater „um viele Tausend gehandelt und alle Zeit redlich bezahlt hat". Er habe den besten Willen, die Raten pünktlich zu bezahlen, „allein wenn mir mehr alß möglich aufgeladen sein sollte, ist es mir allzuschwehr einzuhalten".

20. Bernhard Fanta Sacerdotte

an Humprecht Johann Grafen Czernin (1654 und 1665)

Wie oben erwähnt wurde, hatte B. Fanta bereits im Jahre 1648 in Gemeinschaft mit zwei anderen Prager Juden vom Grafen Herrmann Czernin 240 Stein Wolle auf sechsmonatlichen Kredit gekauft. Er handelte auch mit Tuchen und wahrscheinlich, wie aus einer Bemerkung in einem seiner Briefe zu schließen ist, auch mit Eisen.[45] Am 14. Oktober 1654 schreibt er dem Grafen: Der gräfliche Sekretär habe ihn aufgefordert, sich zu erklären, ob er die Wolle übernehmen wolle oder nicht. Der Graf wisse, daß er an den gelieferten „Tüchern und Pay" über 60 fl. verloren und dabei erklärt habe, daß er, um sich den Grafen „als gnädigen Patron" zu erhalten, die Wolle zu einem um einen halben Gulden höheren Preise, als der Marktpreis gilt, zu übernehmen bereit sei. Er lasse es dabei verbleiben, wenn der Graf darauf bestehen sollte. Doch stelle er solches dem Grafen „zur Discernation", der es sicherlich nicht verlangen werde, daß er an dem Handel Schaden erleiden solle. Der Graf möge ihm gleich noch 200 Stein Wolle über das Quantum geben, das abzunehmen er verpflichtet sei, doch „mit der Weisung", daß er sie nach zwölf Wochen zu bezahlen habe. Schließlich teilt er dem Grafen mit, daß er ihn „bei Herrn Krotzin" vertreten habe, worüber ihm sein Sekretär berichten werde.

Im Jahre 1665 scheint er keinen Handel mit Wolle mehr betrieben

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zu haben. Am 22. November dieses Jahres schrieb er dem Grafen, daß er einen Kaufmann gefunden habe, der 300 bis 400 Stein Wolle gegen bare Bezahlung zum Preise von 4 fl. per Stein oder gegen einen Wechselbrief auf ein halbes Jahr zum Preise von 4 fl. 7 kr. vom Grafen abzunehmen bereit sei, welche Wolle nach Pilsen oder Eger geliefert werden solle. Er möge ihm sogleich seine Resolution durch einen Boten mitteilen; den Botenlohn werde er selbst bezahlen. Der Graf möge ihm berichten, wieviel „einschörige" Wolle er noch auf allen Herrschaften habe, „er unterstehe sich", den ganzen Vorrat „durch zue bringen mit der obbemelten genugsamben Caution Und genugsamben Versicherten Bezahlung".

21. Josef Rubin Mirowitz, Knopf- und Schnürmacher, an Humprecht Johann Grafen Czernin (1670)

In einem Briefe (ohne Datum) an den Grafen schreibt er: Er habe im vorigen Jahr 1669 für die neuen grünen Livreen der gräflichen Dienerschaft die Knöpfe, die Fransen für die Wehrgehänge und die Trompeten, „Stöcke von Schlingen für die Mohren und Heyducken und sonst alles, was von nöthen gewesen und der Hoffschneider von ihm verlangt hat" angefertigt und geliefert. Den mit der Unterschrift des Hofschneiders versehenen Auszug (die Rechnung), welcher auf den Betrag von 104 fl. $7^1/_2$ kr. lautet, habe er dem gräflichen Sekretär für den Grafen eingehändigt. Der Sekretär habe ihm jedoch bloß 94 fl. ausbezahlt, während er ihm den Restbetrag von 10 fl. $7^1/_2$ kr. zu bezahlen sich weigert. Da bereits eine geraume Zeit verflossen sei und er „gar wenig gewinn darbey gehabt", so bitte er untertänigst, der Graf möge dem Sekretär den Auftrag erteilen, daß er ihm den Restbetrag ausfolgen lassen solle.

22. Hofjude Löbl Mirowitz an Humprecht Johann Grafen Czernin (ca. 1670)

Im Neuhauser Czerninschen Schloßarchiv (Abt. IV E) ist ein Akt aufbewahrt, auf den mich Herr Archivar Franta aufmerksam zu machen die Freundlichkeit hatte. Es ist dies ein Gesuch des Löbl Mirowitz, der sich als „Befreiter Hofjud und kaiserlicher Faktor in Polen"[63] unterschreibt. Dem Gesuche sind drei Beilagen (ABC) beigelegt, wovon die Beilagen A und B von derselben Hand wie das Gesuch geschrieben sind, während die Beilage C, die in kalligraphischer Rundschrift von einer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

anderen Hand geschrieben und mit drei Kupferstichen versehen ist, offenbar, wie wir sehen werden, apokryph und irrtümlich in den Akt eingelegt worden ist, da die echte Beilage C in Verlust geraten ist.* Das Gesuch (ohne Angabe des Ortes und des Datums) wurde von Mirowitz im hohen Alter in Prag[64] um das Jahr 1670[65] geschrieben und dem Grafen Humprecht Johann Czernin überreicht. Mirowitz hatte bereits ein unruhiges, bewegtes Leben hinter sich. Im Jahre 1631 hielt er sich als Salzfaktor in Schlesien auf, wo er auch die Meth- und Branntweinsteuer gepachtet hatte. Er unterbreitete damals der böhmischen Landesregierung ein Projekt, wie das Salzgefälle in Böhmen gesteigert werden könnte und erhielt im Vereine mit einem Prager Bürger ein Patent, die Elbe, Moldau und Eger schiffbar zu machen. Er machte 1647 einen Vorschlag, wie der schlesische Salzhandel um einige 100.000 fl. ergiebiger gemacht werden, und 1648, wie aus der polnischen Salzeinfuhr ein größerer Nutzen gezogen werden könnte. Diese Vorschläge wurden aber 1649 vom Kaiser verworfen und der Salzhandel dem Grafen Wrzesovez überlassen, über den sich bald die Stände Schlesiens beschwerten. 1652 war er in Prag und 1656 in Brelau, wo er wegen Schulden, in welche ihn seine Projekte gestürzt hatten, in den Schuldnerarrest gesetzt wurde. Doch trat er in den folgenden Jahren immer wieder mit neuen Projekten hervor. Nach dem Jahre 1660 unterbreitet er und der Bürger Thomas Mayer nochmals einen Entwurf, „den Handel in Flor zu bringen",[66] und auch noch im hohen Alter tritt er mit dem neuen Projekt hervor, das er dem Grafen Czernin in einer Bittschrift vorlegt.

In dieser gibt er einleitend einige Daten aus seinem Leben. Er sei, so führt er aus, viele Jahre hindurch im Dienste des Kaisers in Polen gestanden. Er habe auch anderen hohen Persönlichkeiten (Fürsten, Grafen und Freiherren) gedient, in deren Dienst er ein großes Einkommen und die Gelegenheit hatte, Reisen zu Wasser und auf dem Lande zu machen und fremde Länder und Städte kennen zu lernen, wo er Kenntnisse und Erfahrungen gesammelt und neue wertvolle Erfindungen kennen gelernt habe, aus deren Nutzbarmachung sich für den Kaiser und dessen Landstände ein neues Einkommen ergeben würde, das er auf „einige Tonnen Goldes" jährlich einschätzt.

Zur Nutzbarmachung dieser Erfindungen sei es jedoch nötig, daß eine hohe Persönlichkeit, u. zw. einer der kaiserlichen geheimen Räte,

* Während des Druckes habe ich zufällig die echte vermißte Beilage C der Bittschrift in einem Aktenfaszikel, wohin sie nicht gehört, gefunden. In dieser Beilage macht Mirowitz seine Schuldner namhaft, die ihm den Betrag von 356.100 fl., was ungefähr 200 Reichstaler (den Reichstaler zu 1¾ Gulden gerechnet) ausmacht, schulden. Es sind dies die Erben des polnischen Adeligen Boleschnik in Schlesien, dessen Vermögen bereits „durch Kay. und Oberamts Befelch" zu seinem Gunsten mit Beschlag belegt wurde, und die Jacob Bassewischen Erben in Prag.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ihn in seinen Schutz und treue Dienste nehme und ihm durch seine Macht und Autorität[67] „neben der löblichen Justitia" zur Einbringung seiner Schuldforderung – der Name des Schuldners wird nicht genannt – im Betrage von 200.000 Reichsthalern (eine enorme Summe für die damalige Zeit) verhelfe. Mit diesem Kapital werde er in der Lage sein, die Kosten für die Exploitierung der neuen Erfindung zu bestreiten. Denn im hohen Alter stehend, sei er durch Neid und Haß um alle seine Habe gebracht worden, und in drückender Armut lebend, könne er weder die Mittel zur Prozeßführung mit seinen Schuldnern noch auch zur Nutzbarmachung der Erfindungen aufbringen.

Es sei ihm daher geraten worden, und er habe auch selbst schon daran gedacht, sich an keinen anderen, als an den Grafen Czernin um Schutz und Beistand zu wenden und ihm die wertvollen neuen Erfindungen „zu offenbaren", damit dieser, wenn es ihm belieben sollte in Gemeinschaft mit anderen hohen Persönlichkeiten, Seiner Majestät hierüber einen Bericht unterbreite und die Förderung „des Werkes" bei ihm erwirke, worin ein so großer königlicher Schatz enthalten sei, wie ihn „von Anfang der Welt bishero kein Kaiser und König genossen haben", weil solche neue Erfindungen noch nicht bekannt waren.

Er wende sich daher an Seine Excellenz mit der gehorsamst untertänigsten Bitte, ihm, in Anbetracht des großen Nutzens, der sich hieraus Seiner Majestät und dem ganzen Lande ergeben würde, in seinen Schutz und treue Dienste zu nehmen und ihm zur Einbringung des Guthabens, was durch des Grafen Macht und Autorität „ex officio" ohne Prozeßführung geschehen könnte, zu verhelfen. Er werde dann „das Werk" aus eigenen Mitteln „aufrichten" und nutzbar machen und von dem sich ergebenden Nutzen die Hälfte in die gräflichen Renten abführen, über welche Verpflichtung ein für ihn und seine Erben gültiger Vertrag auszufertigen sein werde.

Über die Erfindungen und deren Anwendung sei Dr. Solari[68] in Prag genügend informiert, doch könne der Graf, wenn es ihm beliebe, sie auch durch seine Bedienten (Beamten) oder durch andere beliebige Personen prüfen und begutachten lassen (vgl. Beil. IX).

Über die Art der neuen Erfindungen gibt uns die Beilage B mit der Überschrift: „Vorschlag der neuerfundenen Mitteln und Inventionen" Auskunft. Es handelt sich um ein neu erfundenes „Werk" oder „Instrument" (Maschine), das in Verbindung mit einem Wasserrad, das damals in Österreich wahrscheinlich nur zum Mühlenbetrieb verwendet wurde, als Druckpumpe für Wasserleitungen, als Pumpwerk für Bergwerke und Feuerspritzen, sowie auch zu Eisenhämmern, Pochwerken etc. verwendet werden kann. Doch unterläßt er es, die Bestandteile und Zusammensetzung der Maschine auch nur anzudeuten, wahrscheinlich aus Angst,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dadurch das Geheimnis der „Erfindung" vorzeitig zu verraten. Die Maschine kann in folgender Weise verwendet werden:

1. An ein bestehendes Wasserrad, das ein Mühlwerk treibt, wird, ohne den Mühlbetrieb zu verhindern, das „Werk" oder „Instrument" wahrscheinlich mittels einer Transmissionsvorrichtung angeschlossen, durch welches das Wasser aus einem „Zwingkasten" (Pumpstiefel?) durch 100 und mehr Röhren in hochliegende Festungen, Städte und Ortschaften getrieben werden kann, ohne daß ein Wasserturm dazu nötig wäre.
2. Die Maschine kann als Pumpwerk zum Auspumpen des in Silber- und Eisenbergwerken eingebrochenen Wassers dienen.
3. Durch dieses Werk können bei einem Teiche gleich zehn Mühlen oder noch mehr Tag und Nacht ununterbrochen getrieben werden, ohne daß es hiedurch dem Teiche an Wasser mangeln soll.
4. Durch diese Maschine kann das stille Wasser in Stadt- oder Schloßgräben lebend (fließend) gemacht und zum Mühlenbetriebe verwendet werden.
5. Das Brunnenwasser eines Schlosses oder Meierhofes wird in den Zwingkasten geleitet, woraus es durch die Maschine mittels Röhren auf das Dach, in die Zimmer, Küche und den Stall geleitet wird, und es kann auch zum Löschen bei Feuersbrünsten verwendet werden.
6. Das Werk kann auch als Feuerlöschmaschine verwendet werden, durch die das Wasser in einem Zuge durch 25 und mehr Röhren in die Höhe getrieben werden kann.
7. Durch die Maschine können bei eben gelegenen Städten und Festungen die faulen Wässer, worin die Fische zugrunde gehen, frisch gemacht und die Gräben gereinigt werden.
8. Eine andere Invention: das Hauptrad eines Mühlenwerkes kann in Verbindung mit einer neuerfundenen Maschine gleichzeitig zwölf weitere Mühlen treiben, die als Säge- und Stampfmühlen, als Eisenhammer- und Wasserkunstwerke verwendet werden können. In diesem Fall kann das Hauptrad durch Wasser, Menschen oder Ochsen getrieben werden.
9. Diese Mühlwerke können auch bei Eisen- und Erzgruben errichtet und als Eisenhammer- und Pochwerke betrieben werden.
10. Die Maschine kann auch als Fallhammer beim Schatzgraben, Brücken- und Wasserwehrbau bei Mühlen verwendet werden, wodurch ein Joch von sechs Pfeilern in einem Schlag „in das Wasser kann gerichtet werden", so daß was sonst 60 Personen in acht Tagen nicht richten können, mit dieser Maschine in einem Tage vollzogen werden kann. Zum Schlusse die Bemerkung: „Diese obbesagten Instrumenten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

seindt allbereits schon Modell gemacht, probirt Und Just befunden worden."

In der Beilage A mit der Überschrift: „Anschlag der Mittlen" wird angegeben, wo und mit welchen Hilfsmitteln diese Werke errichtet werden können.

Die Beilage C enthält: 1. die genaue Beschreibung einer Feuerspritze (Schlangen-Spritzen) in ihren Bestandteilen und in ihrer Zusammensetzung; 2. Anleitung zur Bedienung und Konservierung derselben, wozu drei Zeichnungen als Illustrationen dienen. Diese Beilage ist, wie bereits oben bemerkt wurde, apokryph, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die von den Beilagen A und B abweichende Schrift und der Stil dieser Beilage weisen auf das Ende des achtzehnten Jahrhunderts hin. 2. Die erste Illustration, welche eine ziemlich moderne Handkraftspritze mit zwei Druckstangen für die pumpende Mannschaft darstellt (fast in derselben Konstruktion wie die Handkraftspritzen, welche noch im vorigen Jahrhundert von den Feuerwehren kleinerer Orte verwendet wurden), setzt einen Fortschritt der Technik voraus, wie er im siebzehnten Jahrhunderte kaum denkbar ist. 3. In der Beilage A ist als sechste Verwendung „des Instrumentes" von einer Wasserspritze die Rede, welche durch „*24 rohren Und mehr*" das Wasser in die Höhe spritzt, während die Schlangenspritze in der Beilage C nur *einen* „Wasserschlauch" hat. 4. Die Feuerspritze in der Beilage C wird als „*Schlangenspritzen*" zu wiederholten Male mit dem Worte „*Machine*" bezeichnet, während in der Beilage A nur von einer *Wasserspritze* die Rede ist und das Wort „*Machine*" überhaupt nicht vorkommt. 5. Es wäre unerklärlich, weshalb Mirowitz nur die „Wasserspritze" genau und ins Detail beschreibt, während er sich über die Konstruktion der anderen neuen Anwendungsarten „des Werkes" ausschweigt.

Aus all dem ist ersichtlich, daß die Beilage C nichts anderes ist, als eine wahrscheinlich aus dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts stammende Anleitung zum Gebrauche und zur Konservierung einer damals für das Neuhauser Schloß angeschafften Feuerspritze, die in späterer Zeit von irgend einem Neuhauser Archivar, der in derselben die in Verlust geratene Beilage C gefunden zu haben glaubte, in unseren Akt eingelegt worden ist.

Über den realen Wert dieser „neuen Erfindungen" ein Urteil zu fällen, ist auch für den Fachmann nicht leicht, da es Mirowitz vielleicht mit Absicht unterlassen hat, die Konstruktion des „Werkes" zu beschreiben, um nicht das Geheimnis vorzeitig preiszugeben. Doch auch dem Laien ist es klar, daß diesen „Erfindungen" mehr Phantasie als technische Realität zugrunde liegt. Es ist wohl anzunehmen, daß Mirowitz in seiner Unwissenheit in technischen Dingen an den realen Wert der Erfindungen,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

deren Modelle ihm wahrscheinlich auf seinen Reisen von einem Schwindler für teueres Geld verkauft worden waren, geglaubt hat. Und so ist ihm wohl auch im hohen Alter eine Enttäuschung mit seinen immer wieder auftauchenden Projekten nicht erspart geblieben.

23. Löbl Schebkes, Gerber

Gesuch an Humprecht Johann Grafen Czernin (ohne Datum)

In dem Gesuch schreibt Schebkes: obwohl er in Prag „im Hauß angesessen und solvendo" sei, habe er doch in der Stadt nicht die Gelegenheit, sich und seine Familie mit seinem erlernten Gerberhandwerk zu ernähren. Da er „als ehrlicher Leute Kind und von Kindheit auf wohlverhalten" ein Mittel suche, sich mit Weib und Kind „ehrlich Undt richtig zu Erhalten", so habe er sich an des Grafen Hauptmann von Mělník gewendet, der ihn „wohl kennt und es weiß, wie aufrichtig er sein Stück Brodt ehrlich zu verdienen verlange". Er bitte daher, der Graf möge ihm die Erlaubnis zur Niederlassung auf einer seiner Herrschaften gnädigst erteilen und ihm „gegen ein gebührendes Schutzgeld" ein Häuschen geben, worin er „ein Kramel mit allerley sach errichten" möchte. Daß ihm ferner gegen bare Bezahlung „die Fallenden Häuth" (die Häute des gefallenen Viehes, Pferde etc.) in Petersburg (Bez. Podersam) und den „herumliegenden Herrschaften" gegeben, und die Erlaubnis erteilt werde, für sein Haus „nach jüdischen Zeremonien" zu schlachten.

In einem zweiten Briefe dankt er dem Grafen für die gnädige Mitteilung, daß der Graf geneigt sei, ihn vorläufig auf ein Jahr in seiner Herrschaft Cosmanos aufzunehmen, doch bitte er um die gnädige Erlaubnis, sich statt in Cosmanos lieber in der zur Herrschaft Petersburg gehörenden Ortschaft Rudig (Vroutek) niederzulassen, wo das für sein Handwerk erforderliche Wasser in wünschenswerter Weise vorhanden sei „und nicht von noth währe das Wasser allwo Erst zu suchen".

24. Israel Baroch, Matratzenmacher

Gesuch an Humprecht Johann Grafen Czernin (ohne Datum)

J. Baroch schreibt in seinem Gesuch: er habe dem gräflichen Stallmeister in Prag vor drei Monaten, als dieser seinen Dienst antrat, auf dessen Bitten eine Matratze, Decken und Polster auf acht Tage kreditiert, die ihm der Stallmeister jedoch bis zum heutigen Tage nicht bezahlt habe. Er habe gehofft, durch gütliche Mahnung zu seinem Gelde zu kommen,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

doch habe ihn der Stallmeister nicht nur immer wieder von einem Tag auf den anderen vertröstet, sondern habe ihn gestrigen Tages, wie es die gräflichen Bediensteten bezeugen können, mit Schlägen traktiert, „ja sogar zu Blut geschlagen". Er bitte daher, der Graf möge ihm die Gnade erweisen, dem Stallmeister anzubefehlen, daß er ihm den geschuldeten Betrag bezahlen solle „und ich hiefüro aller weiteren Gefahr von ihme sicher bleiben könnte".

25. Feitl Guthmann,

Gesuch an Humprecht Johann Grafen Czernin (ohne Datum)

In dem Gesuche führt er aus: er habe in Prag „stark gehandelt und sei in Schulden geraten, die er aber mit Göttlicher Hilfe durch Fleiß abgestattet" habe. Auf dem Lande würde er sich „mit geringerer und leichteren Zährung hindurchbringen" können. Der Graf werde sich wohl erinnern, daß sein Schwager, der Prager Jude Jakob Salomon, seine Fürbitte für ihn eingelegt, damit es ihm (dem Guthmann) erlaubt sein möchte, sich unter des Grafen Schutz in Altstadt niederzulassen, worauf der Graf geantwortet hatte, daß er nichts dagegen hätte, wenn der Altstädter Jude[69] nicht dagegen sein sollte. Er (Guthmann) zweifle nicht daran, daß der letztere ihn nicht gern in Altstadt sehen und gegen seine Aufnahme sein werde. Doch habe er dazu keine Ursache, da „ich ihme in Prandwein Im Fleischhacken oder Schniermachen um keinen Kreuzer Einthrag thun werde" und nur „mit allerhand Versilberung von gnädiger Herrschaft auß [70]. . . prosperieren" werde.

Sollte der Graf keine Wohnung für ihn in Altstadt haben, so werde er sich eine solche bei einem dortigen „Innwohner" mieten. Gleichwohl werde er „wegen gnädigen Schutzes und Aufenthaltung besser als der allda wohnende Judt" bezahlen, so daß „sr. Excell. kein Schaden sondern wirklicher Nutzen sein würden". Da sein Schwiegervater und auch er bereits „ethliche Jahre auf sr. Excell. anderen Gütern aufgehalten und ganz wohlverhalten haben", so habe er die beste Hoffnung, daß er den Leuten, die ihn gut kennen, „nicht zuwider seyn werde". Er bitte daher, ihm die Erlaubnis hierzu zu erteilen. Zum Schlusse die Frage, ob der Graf etwas Schmalz zu verkaufen habe, er werde es à 13 fl. per Zentner in der Weise abnehmen, daß er 100 fl. gleich bei der Wage bezahlen und den Rest „gegen gewisser Pirkschaft auf den gesetzten Termin abstatten". Gleichzeitig bittet er den Landsteiner Hauptmann des Grafen in einem Briefe um seine Protektion bei der Erstattung seines Gutachtens „um sich allda in der Altstadt meine stiekl Brodt mit Ehren zue suchen".

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

26. Mojses bona Ventura Sachs,
Kursächsischer Hofjude und Judenrichter,[71]
an Herrmann Jakob Grafen Czernin (1685)

Wie bereits oben erwähnt wurde, hatte Bonaventura im Jahre 1681 dem Grafen Humprecht Johann den Kauf von Hypothekarschuldbriefen angeboten, welche die Schuldner von sechs Prozent auf 5 Prozent zu konvertieren beabsichtigten (vgl. o. S. 14 u. Beil. X).

In einem Briefe vom 14. Jänner 1685 schreibt er dem Grafen Herrmann Jakob: Der Graf werde sich wohl erinnern, daß er ihm vor seiner Abreise nach Wien den Kauf einer Herrschaft angeboten habe, doch konnte er wegen dessen eiliger Abreise nur flüchtig mit ihm darüber sprechen, weshalb er ihn mit diesen Zeilen belästigen müsse, um ihm zu berichten, daß die betreffende Herrschaft in den besten vier Kreisen Böhmens, u. zw. in dem Neubunzlauer (Jungbunzlauer), Leitmeritzer, Saazer und Königgrätzer Kreise liegende Herrschaft mit 18 Hauptmeierhöfen, 70 bis 80 Dörfern und allen zu einer vortrefflichen Herrschaft gehörenden Regalien mit einem Jahresertrag von 30.000 bis 40.000 fl. um einige hunderttausend Gulden zu kaufen wäre. Wenn der Graf es wünsche, werde er ihm eine genaue Beschreibung der Maierhöfe, Dörfer und Regalien schicken. Was den Kaufschilling betrifft, werde er sich bemühen, daß die Schuldobligationen auf die Güter des Grafen Franz Gallas und andere Obligationen, sowie auch die $\frac{m}{1000}$ (eine Million) Gulden, welche Graf Czernin dem Kaiser vorgeschossen, an Geldes Statt angerechnet werden. Als Provision verlange er nur $^1/_2\,\%$ des Kaufschillings, worüber ihm der Graf einen „Recompenszettel" einschicken möge. Im Postskriptum bemerkt er, daß noch eine andere Herrschaft im Leitmeritzer Kreise um 400.000 fl. zu verkaufen sei.

Es ist bemerkenswert, wie gut Bonaventura in die finanziellen Verhältnisse des Grafen eingeweiht war. Er wußte, daß dieser dem Kaiser eine Million Gulden vorgeschossen hatte und welche hypothekarische Obligationen er besaß.

27. Aron Porgis
an Johann Adalbert Zeidler, „Hoff Cassier" des Grafen
Herrmann Jakob Czernin (1685)

Am 15. April 1685 schreibt er: Der Hofkassier werde sich erinnern, daß er dem Grafen die Herrschaft Nebilov und das Gut Kbell zum Kaufe angeboten habe. Der Verkäufer Baron Engelsfluß warte auf Antwort,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ob der Graf mit ihm in Verhandlung wegen des Kaufes eintreten wolle oder nicht. Er übermittle beigeschlossen eine genaue Beschreibung von Kbell, dessen Verkaufspreis in der Weise bestimmt werden solle, daß ein Verzeichnis der „Reittung" der letzten zehn Jahre vorgelegt wird und der zehnjährige Durchschnitt des Ertrages als Grundlage für die Preisbestimmung dienen soll. Er bitte um baldige Antwort, „denn sie sagen, es hätte sich noch ein Käufer gemeldet".

28. Karpel Leibl

an die Gräfin Anna Maria Czernin (1686)

Die Gräfin Anna Marie, die Witwe des 1682 verstorbenen Grafen Humprecht Johann, hatte bei dem Prager jüdischen Schnürmacher Katz Schnüre für einige Livreen bestellt und ihm 10 fl. als Vorschuß ausgezahlt. Katz starb jedoch bald darauf kinderlos. Unter den Erben des Verstorbenen befand sich auch der Prager Jude Karpel, der am 8. Juni 1686 der Gräfin mitteilt, daß der Schnürmacher Katz gestorben sei und dessen Verlassenschaft ehestens unter die Erben verteilt werden solle; da jedoch bei einer solchen Verteilung oft „einige Confusion vorzugehen pfleget", möge die Gräfin an die Prager Judenältesten „einen Befehl" ergehen lassen, daß ihr die 10 fl. zurückgezahlt oder die bereits angefertigten Livreeschnüre von der Verlassenschaft „extradiert werden möchten".

29. Godl Israel Zappert

an den Grafen Herrmann Jakob Czernin (1686)

In einem Briefe vom 13. September schreibt er: der Graf werde sich wohl erinnern, daß er während seines Aufenthaltes in Prag ihm den Auftrag gegeben habe, ihm zu melden, falls eine Herrschaft in Österreich in der Nähe von Wien zu kaufen wäre, da er eine solche zu kaufen beabsichtige. Er wisse jetzt von einer solchen Herrschaft. Falls der Graf inzwischen seine Absicht nicht geändert habe, werde er ihm die „Taxa" einsenden. Ferner schreibt er: Des Grafen Verwalter Prochazka habe ihm geschrieben, daß der Graf ein Darlehen von 30.000 fl. benötige. Sollte dies noch der Fall sein, so möge er es ihm mitteilen, er werde ihm nicht nur diesen Betrag, sondern auch 50.000 oder 100.000 fl. zu besorgen wissen.

In einem zweiten Briefe vom 23. September bestätigt er dem Grafen den Empfang seines Schreibens. Er stehe ihm betreffend des Darlehens von 100.000 fl. zu Diensten, doch nur auf sechs Prozent Zinsen, „denn in dem ganzen Königreich Böheimb ist nicht ein einziger Cavalier, der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gegen 5 Procento Eingeliehen hatte". Der Graf würde den geliehenen Betrag nicht auf einmal, sondern nach Belieben in Teilbeträgen zurückzahlen können. Was die Bemerkung des Grafen betrifft, daß er das Darlehen auch in Österreich bekäme, so sei daran sicherlich nicht zu zweifeln, doch müsse er daran zweifeln, ob er es zu den im Briefe angegebenen Konditionen bekommen würde, da doch des Grafen Herrschaften und Güter alle in Böhmen und nicht in Österreich liegen. Der Graf möge ihm seine „Cathegorische Resolution und Antwort" mit der eigenhändigen Unterschrift zukommen lassen, mit der Mitteilung, „was Euer hochgräfl. Gn. mir Zue meine Discretion (Provision) vor meine Mühe Waltung gnädig verwilligen Thuen"; er werde es dann nicht unterlassen, dem Grafen „die Taxa samt einen Aufsatz des Discretions Zettel, wie viel ich mir darbay zue verdienen Tröste, gehorsambst zu überschicken".

30. Löbl Katz, Lederhändler,
an Johann Prochazka (1689)

Löbl Katz hatte mit dem gräflich Czerninschen Wirtschaftsamte einen Vertrag abgeschlossen, wornach er auf den Herrschaften die Häute zu einem festgesetzten Preise abzunehmen sich verpflichtete. Nach dem Brande des Prager Ghettos (1689) überreichte er eine Eingabe an den Grafen Herrmann Jakob mit der Bitte um einen Preisnachlaß. Der Graf verwies ihn jedoch an seinen Oberverwalter Prochazka, dem er hierauf seine diesbezügliche Bitte in einer Eingabe unterbreitete, worin er schreibt: Er bitte „umb Gottes Willen" nochmals um einen Preisnachlaß, da er in den „Contract in Purlauterer Unwissenheit eingegangen" und an den Häuten große Verluste erleiden mußte. Er möge sich eines „abgebrannten Juden" erbarmen und ihm entweder den begehrten Nachlaß gewähren, oder „in Ansehung meiner großen Armuth mir meine daraufgegebenen 30 fl. ohnmaßgeblich zustellen zu lassen". Wenn ihm der Nachlaß bewilligt werden sollte, so habe er „einen Consorten", welcher mit ihm den Kontrakt einhalten und das Geld für die gelieferten Häute bezahlen werde.

31. Jakob Teplitzer und Jekusiel Gerstl, Roßhändler
Gesuch an Jakob Herrmann Grafen Czernin (1691)

Diese beiden Roßhändler[72] schuldeten dem Grafen, wahrscheinlich für geliefertes Vieh oder für Landesprodukte, 800 fl., die sie in zwei Jahresraten zu 400 fl. zu bezahlen hatten, von denen die erste Rate am 11. Juni 1691 fällig war. Sie bezahlten jedoch bloß 45 fl. im baren Gelde, ein Pferd

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

im Werte von 33 fl., Tuch im Werte von 24 fl. 45 kr. und Soldatenmonturen für 40 fl., zusammen 162 fl. 45 kr., während sie den Rest von 237 fl. 15 kr. „auf keine Weiß" bezahlen wollten. Sie wurden daher geklagt und gerichtlich zur sofortigen Bezahlung der gesamten Schuld, also auch der zweiten Jahresrate von 400 fl., verurteilt, welche Beträge sie teils in barem Gelde, teils durch Lieferung verschiedener Waren bezahlten. Doch der Prager gräfliche Kassier Zeidler verlangte von ihnen auch noch die Bezahlung von Verzugszinsen im Betrage von 21 fl. und drohte ihnen, die im Begriffe waren, auf die Leipziger Messe zu fahren, mit der Erwirkung eines Befehles, daß man sie bei den Stadttoren nicht hinauslassen solle, wenn sie den Betrag nicht erlegen sollten. Sie mußten daher, da sie kein bares Geld hatten, dem Prokurator des Grafen eine silberne Uhr als „Unterpfand" geben, und überreichten am 5. Oktober an den Grafen ein Gesuch, worin sie um den Nachlaß der Verzugszinsen baten, da sie „an dem Handel" Schaden erlitten und die Schuld ein Jahr vor der Fälligkeit bezahlen mußten, welchem Ansuchen der Graf trotzdem „Sie bemelte Juden einige Gnade nicht würdig sein... aus Gnaden" stattgab. Trotz diesem Konflikte teilen sie dem Grafen mit, daß sie in drei bis vier Tagen nach Leipzig fahren werden: Falls „Euer hochgr. Excell. Etwan waß von nöthen haben uns anzubefehlen belieben wollen".

32. Schimsche Sacerdott, Häutehändler

Briefe an Johann Prochazka und Gesuch an den Grafen Herrmann Jakob Czernin (1695 bis 1702)

Schimsche oder Sambson Sacerdot, der von den Beamten der „Lederjud" genannt wurde, war durch einen fünfjährigen Vertrag verpflichtet, auf den gräflich Czerninschen Herrschaften Chrustenitz, Kost, Mělník, Milčoves, Petersburg, Schönhof und Sedčice sämtliche Häute der geschlachteten und gefallenen Rinder, Kälber, Schafe, Schöpse, Ziegen, Schweine und der gefallenen Pferde zu einem festgesetzten Preise abzunehmen. Am 6. September 1691 schreibt er an Oberhauptmann Prochazka nach Mělník: Der fünfjährige Vertrag gehe zu Ende, während welcher Vertragszeit er „auch Gottlob mit der Bezahlung sich richtig eingefunden... Er wolle daher um die Erneuerung des Vertrages auf weitere fünf Jahre bitten, welchem Ansuchen auch stattgegeben wurde.

Doch während der neuen Vertragszeit sah er sich oft veranlaßt, sich an den Oberhauptmann mit Beschwerden gegen die gräflichen Beamten zu wenden, die zu seinem Nachteile die Bedingungen des Kontraktes nicht

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

einhielten. Durch derartige Beschwerden erregte er den Unwillen der Beamten, die sich ihm gegenüber unfreundlich verhielten und ihn zuweilen sogar mißhandelten. In einem Briefe an Prochazka vom 31. Juli 1699 brachte er folgende Beschwerde vor: Als er am 28. Juni im Schlosse zu Mělník in der Kanzlei des Burggrafen erschien, um Häute zu übernehmen, faßte ihn der Stallmeister beim Bart und verlangte von ihm 4 fl. als Schadenersatz, weil er in der Fastenzeit drei Roßhäute nicht übernommen hatte, wodurch ihm (dem Stallmeister) angeblich dieser Schaden verursacht worden wäre. Als er sich damit rechtfertigte, daß ihm damals der Amtschreiber wegen der Abwesenheit des Stallmeisters die Häute nicht herausgeben wollte, wie dies „der Bäck zu der Zschopke"[73] bezeugen könne, „so hat er mich bey den Barth stark gezogen und das spanische rohr auf den Kopf geschlagen und auf die Brust gestoßen, daß ich bald zur erden gesunken war, welches alles in des H. burgg(rafen)ambtzimmer geschehen". Auch der Amtschreiber habe ihm folgenden Montag eine Ohrfeige gegeben wegen der abgegebenen Erklärung, daß er ihm die Roßhäute nicht habe ausfolgen wollen. Er müsse sich auch darüber beschweren, daß in Mělník die Häute der geschlachteten Schafe ihm überhaupt nicht geliefert, sondern anderweitig verkauft werden. Von den Kalbshäuten „klaubt der Fleischhauer die besten heraus" und nur „die schlimmen" werden ihm geliefert, die kaum die Hälfte des Preises wert sind, „die schweine heüth" müsse er zu 12 kr. bezahlen und sie seien nicht 8 kr. wert. Die Häute von Schafen, welche nur um zwei bis drei Wochen älter als ein Jahr waren, werden ihm zu den vollen Preisen der zweijährigen angerechnet, während nach seiner „unmaßgebender" Meinung der Preis proportionell für ein Jahr und zwei bzw. drei Wochen berechnet werden müßte. Auch von den „Köplingen" (Kipshäuten) werden ihm nur die schlechten geliefert, nachdem man die besten herausgeklaubt und anderen Händlern verkauft hatte. Er sei gewillt, den Vertrag bis zu dessen Ablauf ehrlich zu halten und er bitte daher um Schutz, damit er fernerhin keine Ursache zu Beschwerden habe.

Dieser Schutz wurde ihm jedoch nicht zuteil, so daß er, wie es scheint, die Abnahme der Häute einstellen mußte, was daraus hervorgeht, daß er am 13. August an Prochazka schrieb: Der Burggraf habe ihm geschrieben, daß er die auf dem Chriehof liegenden Häute sofort abholen solle, da sonst großer Schaden entstehen würde. Er könne jedoch, wie er bereits geschrieben habe, keine Häute übernehmen, solange der Vertrag nicht eingehalten werde.

Schon am 15. August schreibt ihm Prochazka: Er möge ihm doch die betreffenden Beamten namhaft machen, wie er ihm schon früher auf die summarische Beschuldigung derselben aufgetragen habe, dann werde er (Sacerdott) „nach Befundt gerechte Ausrichtung haben". Er glaube

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

jedoch nicht, „daß alle Beamte damit sich interessirt gemacht haben". In seinem Antwortschreiben dankt Sacerdotte dem Oberhauptmann dafür, daß er ihm zu antworten „sich gewürdigt haben". Er erklärt, daß zwar nicht alle, doch immerhin „ettliche von den Herren Ambtleuten dem Contract nicht nachleben", wie insbesondere die Verwalter von Chrustenice, sowohl der gewesene als auch der jetzige, die ihm nur die schlechten Häute liefern, die guten jedoch anderen Händlern verkaufen. Man sieht, daß er es nicht wagte, alle Beamten, wie z. B. die von Mělník, gegen die er doch in seinem Briefe vom 3. Juli Beschwerde geführt hatte, zu nennen, da er wahrscheinlich fürchtete, seine Lage dadurch nur noch zu verschlechtern. Er nannte nur diejenigen, die es hierin am ärgsten trieben. Zugleich bittet er, daß ihm auch die Häute der auf den Jagden geschossenen Hirsche geliefert werden, wenn er die der gefallenen, zu deren Abnahme er vertragsgemäß nicht verpflichtet ist, abnehmen müsse.

Am 3. Oktober desselben Jahres fragt er bei dem Oberhauptmann an, ob auf der Herrschaft Neuhaus Mastochsen zu verkaufen wären; er würde in diesem Falle nach den jüdischen Feiertagen mit einem Kaufmann hinkommen, der dieselben à 5 kr. per Pfund Lebendgewicht abnehmen möchte. Sollten gegenwärtig dort keine vorhanden sein, so bitte er, sobald solche vorhanden sein werden, ihm dies durch den Prager gräflichen Hausmeister Hans Heinrich mitteilen zu lassen, er würde dann hinauskommen, wann es dem Oberhauptmann belieben werde. In einem weiteren Briefe (ohne Datum) bedankt er sich für die Antwort und meldet sein Eintreffen in Neuhaus mit einem jüdischen Fleischhauer für die nächste Woche an.

Daß er auch mit Leinwand handelte, ist aus einem dem Grafen Herrmann Jakob Czernin überreichten Gesuch zu ersehen, worin er ausführt: Er habe auf der Herrschaft Kost sämtliche Leinwand gekauft, u. zw. 104 Stück „Klare" und 168 mittlere; mit der Bedingung, daß er diese „nach und nach" gegen bare Bezahlung übernehmen solle. Als er nach acht Tagen kam, um für 300 fl. Leinwand zu übernehmen, erklärte ihm Herr Em, daß er die Leinwand dem Juden Isak von Kost verkauft habe, da dieser um 30 kr. per Stück der klaren und um 15 kr. per Stück der mittleren Leinwand mehr angeboten habe.

Er lasse es dahingestellt sein, ob man eine und dieselbe Sache nacheinander an zwei Parteien verkaufen dürfe, und ob der Koster Jude berechtigt war, die bereits verkaufte Leinwand durch Preisüberbietung zu erwerben. Er bitte, da der Koster Jude bisher nur 60 Stück dieser Leinwand übernommen habe, der Graf möge anordnen, daß ihm als dem ersten Käufer wenigstens die Hälfte der noch nicht abgelieferten Leinwand gegeben werde, er verpflichte sich, sie bis Pfingsten gegen bare Bezahlung zu übernehmen.[74]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

33. Aron Löbl Jeüttel

an Prochazka und andere gräfliche Beamte (1684 bis 1702)

Von Jeüttel, der sich auf einem seiner Briefe als „Tscherninscher Haus-Jud" unterschreibt, sind im Neuhauser Schloßarchiv fünfzehn Briefe aufbewahrt, von denen zwölf an den Oberhauptmann Prochazka, einer an den gräflichen Rentmeister Richtersohn nach Wien und einer an denselben nach Neuhaus gerichtet ist. Einer ist ohne Datum und Angabe des Adressaten (Wohledler Gestrenger). In den Jahren 1695 bis 1702 lieferte er einigen Herren vom Hochadel Monturen für die von ihnen für das kaiserliche Heer zu stellenden Rekruten. Am 2. Juli 1684 schreibt er an Prochazka nach Vinoř, daß die zwei Juden, welche die Zwetschken gekauft hatten, den Vertrag nicht eingehalten haben; er habe drei andere Juden gefunden, welche die Zwetschken abnehmen werden und dem Verwalter Steinmetz 10 fl. als Angabe gegeben haben. Als Postskriptum schreibt er, Prochazka möge ihm mitteilen, „ob er etwas von nöthen habe, viel (will) weiter getreu dienen".

In einem Briefe an Prochazka vom 4. März 1695 verteidigt er sich gegen den Vorwurf, daß er Monturen mangelhafter Qualität geliefert habe. Man möge den „Herrn Commissario" in Prag befragen, ob irgend einem Herrn bessere Monturen geliefert werden, als er dem Grafen Czernin à 22 fl. liefere. Es werde sich ergeben, daß sonst Monturen geliefert wurden, welche die Soldaten nur „Etzliche (ettliche) Tag auf den Halß gehabt haben", was von den von ihm gelieferten nicht gesagt werden könne. Er habe bereits 50 Monturen geliefert und habe noch weitere 10 auf Lager, doch habe er Mangel an Geld, weshalb er um die Überweisung von 400 bis 500 fl. und um die Mitteilung bitte, wieviel Monturen er auf Vorrat halten solle.

Am 9. März schreibt er: Der Oberhauptmann habe gewiß seine Mitteilung erhalten, daß er bereits 50 Monturen geliefert habe. In dieser Woche würde er noch weitere drei nach Mělník und fünf nach Neuhaus zu liefern haben. Er bitte, ihm durch Hans Heinrich (den gräflichen Hausmeister in Prag) 500 bis 600 fl. auszahlen zu lassen, da er diesen Betrag „sehr von nöthen habe".

Am 15. März verteidigt er sich wieder in einem Briefe an Prochazka gegen den Vorwurf, daß er Monturen minderer Qualität liefere und die Rekruten bei der Ausfolgung der Monturen aufhalte. Gott weiß, so schreibt er, daß diese Vorwürfe unbegründet sind, da er die Soldaten immer am selben oder am nächsten Tage frühmorgens ankleide. Was jedoch den Vorwurf „der untüchtigen Mondierung" betrifft, so bezeugen die Soldaten, welche „dieselbe am Leibe haben", das Gegenteil. Trotzdem

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

er dem Grafen Czernin die Monturen zum Preise von 22 fl. per Stück liefere, während ihm andere Herren 23 bis 24 fl. bezahlen, liefere er dem ersteren bessere Ware als allen anderen. Hans Heinrich könne bestätigen, daß die nach Neuhaus gelieferten Monturen ihn um 1 fl. 15 kr. mehr kosten als die an andere Herren gelieferten. Dazu kommen die blauen Aufschläge und großen Messingknöpfe, die per Dutzend 12 kr. kosten. Am vierzehnten wurden ihm drei Soldaten zur Bekleidung „vorgestellt, 2 auf Neuhaus und 1 auf Mělník". Ferner habe er drei Monturen nach Cosmanos und zwei nach Kost geschickt. Er habe bereits 700 fl. zu fordern, doch verlange er nur 500 bis 600 fl., er werde auch weniger nehmen, doch müsse er Geld haben, sonst „bleibe ich stecken".

Am 24. März bedankt er sich bei Prochazka für die überwiesenen 500 fl. und bittet um die Mitteilung, wieviel Soldaten „sie bereits vorgestellt (ausgehoben) haben und wieviel sie noch von nöthen haben werden und auf welchen Herrschaften". Zum Schlusse schreibt er: „Ich schicke Ihro gestreng Zwey Pohr (paar) seyden Strimpfe" (wahrscheinlich als Geschenk).

Jeüttel handelte in Gemeinschaft mit seinem Jungbunzlauer Schwager Eldbogen auch mit Schafwolle. Am 9. November 1695 schreibt er dem Oberhauptmann nach Neuhaus: Sein Bunzlauer Schwager schreibt ihm, daß er (Prochazka) die herrschaftliche Wolle „dem Leipener Juden" à 52 fl. per Zentner verkauft habe. Da er jedoch vor einem Jahr seinem Schwager versprochen habe, einen Teil der Wolle ihm zu überlassen, so bitte er, die Wolle nicht ganz dem Leipener Juden, sondern den dritten Teil derselben seinem Schwager zum gleichen Preise zu geben; dadurch werde die Lieferung der Monturen rascher vonstatten gehen, da er die seinem Schwager gelieferte Wolle bei den Tuchmachern gegen Tuche werde eintauschen können. Am 23. Dezember schreibt er wieder: Von seinem Bunzlauer Schwager habe er erfahren, daß die Reichenberger Tuchmacher für die Wolle der fünf Herrschaften Kost, Kosmanos, Vinoř, Kostenblat (Kostomlaty) und Schmiedeberg 58 fl. für den Zentner angeboten haben, daß jedoch der Bunzlauer kaiserliche Richter sich an ihn (Prochazka) mit dem Ansuchen gewendet habe, diese Wolle seinem Hausjuden zum selben Preise zu geben. Er bitte daher „weillen ich mit d. kaisel Richter Judten als Einß (als Gesellschafter) bin und dadurch die dicher (Tücher) zur Mondierung bekommen solle, als bitte solche mir zu lassen, Vor einem anderen". In einem weiteren Briefe vom 27. Dezember erinnert er Prochazka an sein Schreiben vom 23. Dezember wegen der Wolle von den fünf Herrschaften und bemerkt, daß er dadurch, daß er keine Antwort erhalten hat, „mit den Tüchern für die Mondierung aufgehalten wird". Er bietet für die Wolle 60 fl. per Zentner und schließt mit den Worten: „biet (bitte) noch mohlen (noch einmal) mich dvon nicht

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zu verstoßen". Auch bitte er um Resolution wegen der Montierung, die er zu 22 fl., mit zwei Paar Schuhen und Leinwandstrümpfen zu 26 fl. per Stück liefern werde, was kein anderer unter 28 bis 30 fl. tun könne.

Am 4. Jänner 1696 bestätigte er dem Oberhauptmann dankend den Empfang seines Schreibens mit der Resolution betreffend die Wolle. Sein Prinzipal werde nach dem Markte mit dem Hausjuden des Bunzlauer kaiserlichen Richters nach Neuhaus kommen, um den Kaufkontrakt abzuschließen. Er bitte nochmals „die Wolle lieber ihme als einem anderen Zu gunnen". Was die Montierung betrifft, so mache er schon die zwanzigste fertig, „damit die Leuthe Von Hals sollen kohmenn". Er werde nächsten Montag zwölf Monturen nach Mělník schicken, doch könne er jetzt nicht mehr zum Preise von 22 fl. per Stück liefern, da eine Elle Tuch nicht, wie er (Prochazka) schreibe, 48 kr., sondern 1 fl. 15 kr. kostet und zu einer Montur mit „überschlagenen Sortut (Surtout, Überrock) elf Ellen erforderlich sind. Diese kosten ihn selbst 23 fl. Er bitte um die Überweisung von 500 fl.

Trotzdem erfuhr er vom Hans Heinrich, daß ihm Prochazka für die gelieferten Monturen nicht mehr als 22 fl. per Stück zu bezahlen gesonnen sei, wogegen er sich in einem Brief vom 4. Feber verwahrt, indem er schreibt: Er glaube nicht, daß ihm ein Abzug von dem vereinbarten Preise gemacht werden wird. Hans Heinrich habe ihn „mit ein höchst bedrohung" zur weiteren Monturlieferung gezwungen mit der Versicherung, daß man ihm den Preis bezahlen werde, wie er jetzt allgemein bezahlt wird. Trotzdem habe er in seinem „Expensi-Schreiben" (Rechnung) den Preis auf 23 fl. ermäßigt. Er könne durch die Kontrakte beweisen, daß ihm „Graf Wuhrmb der Presindet der Cammer und Graf v. Weißen Wolf" 24 fl. bezahlen, und da müßte ihm Prochazka eigentlich 30 fl. bezahlen, da ihn die Studenten, die „einer nach dem anderen zur Bekleidung komme" bei der Auswahl der Monturen ganze Tage aufhalten, während „der Unterthan nehmen muß, was man ihm gibt und alle auf einmal gebracht werden". Gott weiß, daß er bei der Teuerung „nicht 30 kr. bey eine Mahn (Mann) verdient". Er bitte daher, ihm keinen Abzug zu machen, da er der Obrigkeit zum Nutzen arbeite. Haben ja die Statthalter und sechs Schneider, „welche in dießem unß Kein gutes gunnen" bekannt, daß keine bessere Montierung geliefert werden könne.

In einem Briefe am 19. Jänner hatte nämlich Jeüttel dem Prochazka mitgeteilt, daß ihm der Kommissar Degrosi, der bei der Bekleidung der Mannschaft die Monturen zu prüfen hatte, Schwierigkeiten bereiten wollte, indem er deren Qualität beanstandete. Jeüttel ließ jedoch die Monturen von einer Kommission, bestehend „aus Statthaltern und 6 geschwohrenen ältisten Schneider" überprüfen, welche dieselben „als gantz gut und tauglich" erklärten, so daß „der Commissario die Leute

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mit höchsten Spotten hat annehmen müssen". Er habe bereits 40 Mann „mondiert" und habe 1000 fl. zu fordern. Er bitte um die Auszahlung dieses Betrages, „damit er nicht stecken bleibe". Schließlich teilt er mit, daß er seinen „Prinzipal" allein nach Neuhaus wegen der Wolle schicke. „Euer gestreng wollen Einmahl Ein Ende drauß machen, damit Er nicht umbsonst hinreißen soll... Er werde sich als Eldbogen melden, der eigentlich mein Schwager ist."

Zwei Tage darauf, am 21. Jänner, teilt er Prochazka mit, welche neue Schwierigkeiten ihm Kommissar Degrosi bereiten wollte. Vorigen Freitag habe er demselben 16 Mann, die er für den Grafen Mořin mit Monturen bekleidet hatte, „vorgestellt", die er ohne jeden Anstand angenommen habe. Hingegen verlangte er von Hans Heinrich, daß er die zur Anfertigung bestimmten vier Stück „siegler Tücher einwaken" (einweichen, walken) lassen solle. Er sehe nicht ein, warum bei den für den Grafen Czernin bestimmten Monturen anders verfahren werden solle, als sonst im ganzen Königreich Böhmen. Wenn man gewalkte Tuche haben wolle, so müsse man dieselben um ein Viertel Jahr früher bestellen, zumal im Winter, – wie solle man da soviel Tuch trocknen, wo selbst ein Hemd schwer trocknet? Übrigens habe ja die „Atterationscommission" (Adjustierungskommission?) seine „Mondierung" durch sechs „Elste (älteste) geschwohrene Meister" besichtigen lassen „und kein Mangel dbey außgesetzt werden köhnen". Gott weiß, da er die besten „4 siegler Tücher", die in Reichenberg zu bekommen waren, gekauft habe. Ihre Beanständung geschehe nur „Ihro Excell. zu trutz". Er bitte daher, Prochazka möge Hans Heinrich schreiben, daß er auf die Forderung des Kommissars nicht eingehen solle, damit ihm dadurch keine Schwierigkeiten bereitet werden. Zum Schlusse bittet er um die Überweisung von 1000 fl., da er bereits 39 Mann bekleidet hat, und daß die Wolle seinem Schwager gegeben werde.

In einem Briefe vom 17. Feber 1699 erinnert Jeüttel Prochazka daran, daß er ihm in Mělník für das Lederwerk (Abnahme der Rohhäute) ein um 100 fl. jährlich höheres Angebot gemacht habe, als der bisherige „Lederjude" bezahlt hat, worauf er die Antwort bekam, daß er in diesem Falle „den Vortritt haben soll". Er bitte um einen Bericht, welchen Preis der Lederjude bisher für die Häute bezahlt hat. In einem Briefe vom 29. Feber bedauert er, auf sein Schreiben vom Siebzehnten keine Antwort bekommen zu haben, und bittet nochmals um die Zusendung des Verzeichnisses, „wie teyer der Judt den Contract zuvor gehabt hat", worauf er ein schriftliches Angebot machen werde. Er würde 200 bis 300 fl. im Wirtschaftsamte (als Kaution?) liegen lassen, „damit sie noch bößer verwahrt sein möchten". Zum Schlusse bemerkt er: er habe für Monturen bereits 700 fl. zu fordern, er „bitte um die Anschaf-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

fung von 400 bis 600 fl., damit er den Leuten (den Tuchmachern und Schneidern) bezahlen könne, da er doch Monturen auf Vorrat anfertigen lassen müsse. In einem Briefe an Richtersohn, den Nachfolger Prochazkas, vom 31. Oktober 1702 bietet er für die Kalbfelle acht Groschen per Stück, zu welchem Preise er sie auch im Winter abnehmen werde. Zugleich bemerkt er, daß es ihm „mit der Mondierung guet von Statten gehet".

In einem Briefe (ohne Datum) an den Wiener Rentmeister des Grafen Czernin urgiert er die Bezahlung des „Restes" für die gelieferten Seidenschnüre und in einem zweiten Briefe dankt er ihm für die Bezahlung. In einem weiteren undatierten Briefe an den Nachfolger Prochazkas schreibt er: er habe vernommen, daß der Hauptmann Dauda aus Kost nach Mělník versetzt werden wird; er bitte, daß diesem der Befehl erteilt werde, ihm den für die Herrschaft Kost angewiesenen Betrag (wahrscheinlich für gelieferte Monturen) zu bezahlen. Er fahre künftigen Montag nach Breslau, sollte „Euer gestreng" etwas brauchen, so werde sein Weib ihn schon bedienen.

34. Israel Karpeles

an Herrmann Jakob Grafen Czernin (1702)

In einem Gesuche vom 3. Oktober 1702 erinnert er den Grafen daran, daß, nachdem sein Vater Löbl Karpeles vor seiner Abreise nach Jerusalem seine Fürbitte (Implorierung) für ihn beim Grafen eingelegt hatte, der Graf ihm „bishero gnädig gewest", wie er ihm denn auch im vorigen Jahre einen Auftrag zur Anschaffung und Lieferung einiger Monturen erteilt hatte, die er auch angeschafft hätte, wenn nicht „Löbl Jeittels sonst Anron genannt" ihn daran gehindert hätte, „wie bereits alles umbständiglich in seinen vorhin eingewendeten (überreichten) Schriften enthalten". Nur sechs Monturen habe er anschaffen können, doch nachdem er „die ersten 2 abgetragen (abgeliefert), hat er mir die übrigen 4 auch entzohen, um mich zu verhintern (verhindern) und in einem Discredito bey Euer Excell. zu bringen können", so daß ihm nur die zwei Monturen bezahlt wurden, während die übrigen vier in des Grafen Haus unbezahlt liegen geblieben seien.

„Weilen in Kürze die Landes Recruten zu verschaffen sein werden" so bitte er, der Graf möge ihm „um Willen meines nunmehr Entlebten Vaters Lebel Karpel die Monturen dero Recruten in Gnaden Zukommen lassen, auch gnädigst zu befehlen, daß mir die rückständigen Mondurn in Natura zurückgegeben werden sollen, mit Unterthänigster Versicherung, daß weilen ich die fyloure (?) Tücher von der ersten Hand überkomme, als auch in billigeren Preiß alß ein anderer solche erlassen kann".

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

35. Abraham Aron, Primas der Landesjudenschaft in Böhmen (1702)[75]

In einem Briefe vom 26. Oktober 1702 trat Abraham Aron bei dem gräflich Czerninschen „Amtmeister" Jakob Malý für den Juden Mandl Löbl in Rudig (Vroutek, Herrschaft Petersburg) ein, der bereits sieben Wochen lang im Arrest saß, wo er hart und streng behandelt werde. Der Grund seiner Arretierung muß kein besonderes Vergehen gewesen sein, denn aus der Stelle des Briefes: „Indehme er über alle Unsere Feuer Tag so sitzen thut alß ein Criminal Persohn, welches doch Ihr Hochgraff Excell. Nicht verlangen Mit die arme leite also Zu verfahren" läßt sich schließen, daß der Verhaftete keine „Criminal-Persohn" gewesen ist. Vielleicht war er schuldenhalber in Arrest genommen worden. Er bitte daher „gantz dinst (schuldigst)", der Amtmeister möge sich des armen Juden erbarmen und ihm zu seiner Entlassung aus dem Arreste verhelfen, da dessen Schwiegervater Adam Koníř zu Milčoves Bürge sein wolle, daß er ihn jederzeit dem Gerichte stellen werde (vgl. Beil. XIII).

36. Moyses Gitschin (Jütschin)

Gesuch an Herrmann Jakob Grafen Czernin mit drei Beilagen (1709)

Moyses Gitschin, der sich in seiner Unterschrift als „Monduren Lieferant" bezeichnet, führte einen Handel en gros und en detail mit inländischen und ausländischen Tuchen, Seiden und Seidenwaren sowie auch mit Schafwolle und anderen Waren. In einer Bittschrift, die er im Sommer 1709 an den Grafen Herrmann Jakob Czernin, den damaligen Oberstburggrafen, überreichte, führt er aus: Seit mehr als zwölf Jahren betreibe er frei und ohne jeden Anstand den Ausschnitt von Schnittwaren, insbesondere von ausländischen kostbaren Tuchen auf den Linzer Jahrmärkten. Nun habe er erfahren, daß die Landeshauptmannschaft in Linz im Begriffe sei, ein Verbot des Tuchausschnittes auf den Linzer Jahrmärkten für die Juden zu erlassen. Da von seinem Handel seiner Kaiserl. Majestät an Zoll und Maut, und zwar 1. an den Grenzen, 2. an Ungelt in Prag, 3. unterwegs, 4. in Linz und 5. andere Abgaben, wie sie in den dem Bittgesuche beischlossenen drei Beilagen enthalten sind, überaus große und namhafte Beträge entrichtet werden, und da er allein in Linz an Maut mehr als alle anderen Kaufleute zusammen abführt, so könnte ihm der ellenweise Verkauf der Tuche auch weiterhin erlaubt werden, zumal er durch seinen „Stichhandel" viel Tuch verkaufe und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

für den Erlös andere Ware einkaufe, wovon er abermals Akzise und andere Abgaben entrichte. Überdies komme noch in Betracht, daß er in Linz angeschnittene Tuche im Werte von ca. 9000 fl. auf Lager habe, von denen er bereits die Zoll- und sämtliche andere Abgaben abgeführt habe, abgesehen von dem noch zugekauften Quantum Tuch, das er nach Linz auf den bevorstehenden Bartholomäimarkt zu schicken im Begriffe sei. Wenn ein solches Verbot erlassen werden solle, so wäre es doch billig, daß man es ein halbes Jahr früher kundmache, damit man sich danach richten könne, um die vorrätigen Tuche zu verkaufen und keine anderen einzukaufen. Da jedoch eine solche rechtzeitige Verlautbarung nicht erfolgt sei, begreife er nicht, wie man, da der Jahrmarkt vor der Tür steht, ein solches Verbot erlassen könne, ohne daß man ihn darüber gehört und vernommen habe; er hätte nachgewiesen, daß das Verbot der Allgemeinheit durchaus nicht zum Nutzen gereichen werde.

Da er sich durch ein solches Verbot „höchst gravirt zu seyn" erachte, sei er bemüßigt, zu dem Grafen, zu dessen Ressort das Mautwesen gehöre, seine Zuflucht zu nehmen mit der Bitte, er möge den Sachverhalt der kaiserlichen Regierung darlegen und erwirken, daß das „unter der Feder seyn sollende Inhibitons-Decret möchte zurückgehalten werden, biß so lang man mich darüber nach Nothdurft würde verhört und vernohmen haben", damit er unterdessen das Tuch in Linz ellenweise verkaufen könne. Dem Bittgesuche liegen ämtliche Bestätigungen des Prager Grenzzoll- und Ungeltamtes sowie auch des Akzisamtes der Prager Altstadt bei, daß Gitschins Angaben betreffend die beträchtlichen Abgaben an den Fiskus von seinem Handel auf Wahrheit beruhen (vgl. Beil. XI).

Daß er ausländische Tuche stückweise auch für den Bedarf des Hochadels lieferte, ist aus seinem Briefe vom 11. Juni 1709 an den gräflich Czerninschen Rentmeister in Wien zu ersehen, worin er ihm schreibt, er möge über die vom Grafen bestellten, nunmehr aus Leipzig mitgebrachten acht Stück „Carmesien Liberetuch" verfügen oder ihm mitteilen, ob er sie „in Ihro Excell. Behausung ablegen" solle. Er habe für den Grafen auch zwölf Stück „Eingemachte Muscatnuß" mitgebracht, ob er dieselbe nach Wien schicken solle.

Daß er Jahre hindurch die Wolle aus den gräflichen Herrschaften abnahm, geht aus einem Briefe des Neuhauser Czerninschen Hauptmanns Kölsche v. Kölschheim vom 9. November 1723 an Gitschin hervor, worin er ihm mitteilt, daß er ihm die Wolle mit einem anderen Fuhrmann nach Prag geschickt habe, da der vorige mit anderen Fuhrleuten „den Venetianischen Botschafter mit der Bagage von Prag nach Wien abzuführen haben".

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

37. Baruch Neustädtl

Quittung (1723)

Neustädtl bestätigt am 21. April 1723 den Betrag von 13 fl. 35 kr. vom gräflich Czerninschen Haushofmeister für „Zu Ihro Hochgräfl. Excell. Frantz Joseph Tscherninschen Hofstatt Bedürffnuß gelieferte Sechzehn Pinth (1 Pinth = 1·3 bis 1·5 Liter) Spiritus vini (Weinspiritus) Baar und richtig empfangen zu haben".

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

BEILAGE I (Zu Seite 22)

Bittgesuch des Prager jüdischen Augenarztes Salomon an den Obersten Kanzler von Böhmen Joachim v. Neuhaus (1559)

Hochgeborener gnadiger Her

E. G. Haben ansondern Zweifel in guetter Gedechtnus was massen uns armen Betruebten und verlassenen leutten den Juden von Rö. Khay. May. unseren allergnedigsten Herren auff verschinen S. Georgitag von Prag weg Zu ziehen ernstlich aufferlegt ist worden, so habe ich mich Höchst gedachter Rö. Khay. May. bevehl nach aller Untertenigst und gehorsambst verhalten. Sein gleichwohl Bey 60 Juden in d. Statt Bliben die unsere schulden einnemen sollen Beliben, hat mir nicht wollen gelingen daß ich auch in ir Zal genomen Hett mögen werden wiwol ich Herren Schenfeld offt und vill überloffen und umb Gottes willen gebetten, das ich auch da mocht bleiben, Hab ich armer betruebtter mensch dennoch fort mießen. Dartzu hatt auch d. Herr Probst und Priesterschafft auff den Ratschin (Hradschin) für mich gebetten Ir F. D. (Ihre Fürstliche Durchlaucht?) aber die antwort geben wen sy ehr (eher) gebetten Hetten so hetts sein megen Jetzt aber ists lang geharret.

Langt derhalben an E. G. als meinen gnedigen Herren und Höchste Zuflucht mein undtenigste Bitt umb Gottes willen den Gott weis daß ich khein weittere Hilffe in dieser Welt Zu suchen weiß als bey E. G. Demnach E. G. auch wol weiß daß ich gesinnet* (?) gewesen wucher oder Khauffmanschaft Zutreiben sond. mich mitt meiner Khunst so mir Gott der Herr verlihen hatt Jederzeitt genert, Verner so Hatt E. G. auch vor ettlicher Zeitt von Kö. Khay. May. ein Begnadung *vor allen anderen* Juden erlangt, ds ich mein Kunst mag üben und die Leutt zu Prag und anderswo Heilen und mich heuslich nidersetzen.

E. G. wollen mich armen noch nit verlassen und mir . . .** helfen wo es under E. G. nit sein khundt doch etwa under einen anderen Herrn nit weit von E. G. mich sambt meinen weib und meines Weibs khleinen Khindern nider Zulassen.

Wollt gleich so Lang mir Gott das Leben verleicht wie vor mich mit meiner kunst mit der ich den noch vielen nutz mag sein hertiglich (?) nehren. Solches will ich Unwirdig diener umb E. G. die tag meines Lebens verschulden. Thue mich Hirmit E. G. als meinen eussersten trost und Patron in seinem Schutz undthenigst befelchen und bin von E. G. einen gnedigsten Bescheidts gewartendt

E. G.

Undtenigster
gehorsamster
diener
Salomon Jud Augenartzt.

—

BEILAGE II (Zu Seite 24)

Bittgesuch der Prager Jüdin Peprle an Wilhelm Grafen Slawata (1641) und dessen Antwort

Vysoce Vrozené Swaté Římské Říše Hrabě
a Pane Pane Milostivý.

K milostivé Paměti Přiwozuji, když jest W. H. Excell. po smrti J. M. Pana P. Joachyma Slawaty, Spolů Z dobré a Wzácné Paměti Jeho milosti Panem P. Pawlem Michnau Sv. Římské Říše Hrabětem Z Wacinowa Za Commisáře nařízeny býti ráčily že jsou W. H. Excell. Její milosti Vrozené Paní Paní Annie Zuzanie Slawatové rozené Z. Raupowa*** jakožto Paní Wdowě o tom laskavě Poručet

* Soll wahrscheinlich heißen: nicht gesinnet. – ** Ein unleserliches Wort. – *** Raupowá falsch statt Rapachowá.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

ráčili, aby ke Poctiwosti Těla jeho mi. Pana Pana Manžela Svého mrtvého náležející Smutek oppatřiti dáti ráčila a w Zaplacení takowého Smutku, aby nic starati neráčila, Že jej W. H. Exc. Zaplatiti chtíti ráčí.

J ačkoliw Její milost Pan Zatakowi Smutek 402 fl. 32 kr. dlužna Zůstati a ihned po Pochowání Zaplatiti se Zapsala, o kteréžto Jich milosti Nejvyšší Páni Páni úředníci a Saudcowé Zemští w králowstwí Českém ráčili jsou jménem a namístě J. M. Cz. milostiwé poručení jak Pánům Sequestratorům Statku Nového Stranowa tak také obzwláště Jeho milosti Pánu Pánu Michalowi Slawatowi (o čemž přileżící particulare sub L. ABCDEF znamenané šíř sebou přínášejí) Včiniti, a toho abych w takovém dluhu ihned náležitě bezewší k tomu slušné k dalšímu J. M. C. buď Jich milostí Zanašeny příčiny neměla Spokojena byla, Při Závěrce Posledního poručení Doložiti.

Ale když Statkové po Smrti J. M. Páně Zůstaly, Z Wladařství Její milosti Paní vyňaty byly, Tehdy jak Já tak ani Syrotci přijíti k svému nemůžeme, Pánbůh wšemohaucí nejlépe Znáti a wěděti ráčí w jakých Přílišných nedostatcích bídě a auzkostí bídněji nežli mnohý žebrák Zůstáwáme.

J nechť se tehdy W. H. Exc. milostivě rozpomenauti ráčí jaké weliké dobrodině odemně Supply. Jeho milosti Pánu mrtvému (Pánbůh rač dáti lehké odpočinutí) prokázáno bylo, Že w tých Šatech mimo jiné potřeby k Smutku sprawené w Prachu Země odpočíwá.

Protož W. H. Ex. pro Milosrdenství boží a poslední den saudný prositi nepřestávám, že o tom aby mně, Syrotkům mým těch 402 fl. 22 kr. i s aurokem obyčejným od vyš psaného Letha 1631 až do leta nyní jdaucího dáno bylo Laskavě opatriti, aneb odkuď by dáné a zaplacené jměly byti milostivě ráčíte poručiti. S tím od W. H. Ex. Milostivé Resoluti očekáwám.

Za W. H. Ex

Pánu Bohu se modlící

Pepel Židowka Pražská i jiní Sýrotci Zůstalí.

Antwort des Grafen

Odpověď na Supplikaci Peprli Židowky Pražský y jiných Syrotkův Zůstalých.

Já jsem Po Smrti dobré paměti Pana Joachyma Slawaty Pana Bratra mýho Za Commisáre s Pánem Hrabětem Pavlem Z Waczynowa, nikdy nařízen nebyl a po Smrti téhoz pána Bratra mého Já jsem se ničehož Nedotejkal O ničemž nic nenařízowal a owšem za Sukna, které k smutku brány byly platiti se nezakazoval a nepřipovídal. Neb Sice kdyby takowa má Připowěď se nacházela, tehdy byliby tito Supplicanti Nepochybně Jhned tehdáž anebo toho času častěji kemně o to hleděli. Ale z Weypisůw při této Supplikaci přiložených Poznáwá se že jsou w Statku Pozůstalím Nowýho Stranowa a od Jich Mti Panůw Místodržících rozdílná Poručení dostáwali aby ztéhož Statku ten dluh Zaplacen byl, Pročež ještě dále tito Supplicanti a wěřitelowé Při Jich Mti Páních Místodržících to Wyhledáwati Mohau, Aby Jich Mti Ráčili o tom nařídíti aby Páni Sequestratoři z důchodůw téhož Statku ten dluh za Platili. Pakliže w důchodech tak mnoho se nenachází, Tehdy, Poněwadž týž Statek Co Nejdříve bejti může prodán bejti má budau musiti to Wyčkati, Aby z NejPrwnějších Peněz, které Zaten Statek dany byly, tento dluh Zaplacen bejti Může. Ja pak Zaplacení takowýho dluhu Žadným Práwem Powinen bejti se neuznáwám. K tomu také Praetensi Židúw a Schuldbrieff její M. paní Anny Zuzany Slawatowej rozenej z Rapachu se nesrownáwá, že lidé praetendirují záplatu dluhu 402 fl. 32 kr. a Schuldbrieff swědčí tolíko na 318 fl. 20 kr.

Však nic méně Já Ex Commiseratione Při P. Samuelowi Františkowi hradčanskýmu W Praze jsem Nařídil, aby tyto Supplicantce Peprli Židowce Proti její Kwitanci Sto Reynských Zlatých na Místě Mým Wydáno bylo.

Actum na Zámku W Hradci 8ho dne 9bris A 1641.

—

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

BEILAGE III (Zu Seite 11)

Brief des Freiherrn Johann Starší Czernín
an die Judenältesten in Prag

Starší Židi pražští. Oznamuji wám kterak Jeden Žid jménem Abraham Jekl řezník Mně na Místě Jednoho Poddaného mého dluhu prawého a sprawedlivého – ještě 54 fl. 40 kr., kteryžto dáwno zaplatiti měl dlužen pozůstáwá, Jakž ze psaní jeho kteréž před rukami jest ukazuje a Nato wejše také w knihách J. M. pana Richtáře Starého Města Pražského, že táž wejš dotčena suma Hned při času Sv. Jiří jminulého od něho dána a zaplacena býti mněla se zapsal. J Nemohúce ja až Posawád od něho w té pozůstáwajíce summě kzaplacení přijíti, Wám Jakožto Staršim Židům toto psaní* ... a napomínám, že téhož wejš jmenowaného Žida ktomu skutečně přidržíte, aby na takowé pozůstáwající summě totiž 59 fl. 40 kr. ihned bezewšech dalších odkladův na hotowě složil a odwedl, Jestly že by se pak toho nestalo ajá w takowé summě ihned spokojen a zaplacen nebyl, tehdy se wám tímto psaním odpowídám a ohrozuji Poněwadž Mnozí Židé jak do Lince takž jinšich Semotamo Měst poswých handlech a obchodech jezdí a chodí kdebych kolivec kterého koliw Žida postihl a podpadl že jeho obstawiti Neb zatuž sumu zboží jeho se ujíti a arestírowati dám dokudž atak dlouho dokudž by mi takowá summa i s škodami a autraty kteréby vzešly zcela a zauplné dána a zaplacena nebyla. Ale nesmejšlím abyste ktomu přijíti dopustiti dáti mněli, Nýbrž sem té naděje, že to budete wěděti jak předejíti a opatříti, kterak bych já k swému zaplacení ihned přijíti mohl.

A tak odpowědi Než bych se Sprawil Na konec očekáwám.

Datum w Nowém městě pražském 10. Aug. 1642.

Jan Starší Czernin Svobodny pán z Chudenic Na Radeníně, Choustníku, Pacowě, Mitrowicích a Kostumblatech.

Auf der Rückseite: Purgkmístrů a Staršim Židům Pražským k dodání.

BEILAGE IV (Zu Seite 33)

Schuldbrief für den Grafen Herrmann Czernin

My Bernart Fanta Sacerdos Žid Pražsky Salomoun Kauder, Mandl Lazarus starší Židé Pražští, Všichni tři rukau společní a nerozdílnau Wyznáwáme tímto listem dlužním Wůbec předewšemi a zwláště tu kdež náleží,

že jsme dlužni rukau společní a nerozdílnau Vrozenému Pánu Pánu Heřmanowi Czernínowi Hraběti z Chuděnic na Petersburku Kysybly Neydecku Kosti a Schmitberce J. M. E. radě Skutečnému Komorníku nařízenému nejwyššímu nad Reythařstwem a Saudci Zemskému w Králowstwí Českém dědicům a budaucím J. M. Páně i tomu každému kdožbykoliw tento list dlužní sobě pořádně daný a postaupeny měl, prawého a sprawedliwého dluhu za dwě stě čtyřiceti kamenův Wlny, jeden každý kamen po osmi Zlatejch Rejnskejch, za kteroužto w jedné summě jeden tisíc dewět set dwaceti zlatejch rejnskech, jeden každý zlaty po 60 kr. počítajíc,

Kterauž to Summu peněz připowídáme dáti a zaplatiti rukau společní a nerozdílnau od datum tohoto listu w šesti měsících pořád zběhlích konečně bez zmatku a odporu dalšího prodlewání wšelijakého nižádním příročím, ruinou, spálením Pobráním, wojenskými nepřileżitostmi do země wtrženim a in Summa ničímž jiným což by se na swětě najíti a přihoditi neb jmenowáno byti mohlo se nebráníce nezastírajíce. – Paklibychom toho neučinili a s placením té Summy prodlelí tehda ihned potom po vyjíti těch šesti měsícův pořád zběhlých na tauž summu Ourok obyčejný šest ze sta počítajíc jíti má. – Jako také bude míti Pan wěřitel náš plnau

* Folgen zwei unleserliche Worte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

moc a právo ihned neprodleně na osoby naše sáhnouti, nás arestirowati dáti zatím pak kdybychom my w arestu byli zboží a jmění našeho jaké a kdekoliw bychom jmíti mohli, se ujíti je jak moha byt dost lacino bylo spenéžiti, Summu swau i s aurokem škodami a náklady na to wzešlými sobě zaplatiti a po zaplacení sobě teprwe nás z Arestu propustiti dáti w čemž nám proti pánu wěřiteli našemu nižádné právo přírozené aní psané duchowní neb swětské Zřízení zemské nowelli nižádná milost a summau nic na světě ku pomoci a pohodli býti a postačiti nemá, Nebo se toho tímto listem sami dobrowolně zcela a zouplna zbavujeme a odříkáme. J též před pánem císařským Rychtářem (tit) jsme se presentirowali ajemu že bezewšýho dalšího zaneprázdnění platiti a u něho skládati chceme (pod nahoře dotyčenými pokutama) připověděli.

Na potvrzení a zdržení toho wšeho tak a nejinač jakž se nadpisuje sekryty swými wlastními tento náš list dlužní jsme spečetili a rukama svými wlastními a wněm se podepsali. Jehož datum w Praze 1. July léta 1643.

—

BEILAGE V (Zu Seite 35)

Ausgleich der Judenfleischhauer
mit Herrmann Grafen Czernin (1647)

Wür unterschrieben Juden Fleischhacker d. Alten Stadt Prag Bekennen, daß wür schuldig sein von die verßeßene (?) Zusammen gerattn (?) Zinßen, welche bieß Auff verschienen Gally auße geblieben Undt nicht bezahlt worden benantlichen fünf undt vierzig Reichsth. vor welches geldt wier geloben undt versprechen, bey unßeren wahren worden (Worten) mit Gueten Rindfleisch nach undt nach Zu bezahlen, daß Pfundt gerattet (gerechnet) umb 3 kr. betrieft in d. wochen (täglichen Zehen Pfundt) 50 Pfundt solle Ir Excell. freystehen Zu Zehen pfunden od. auff einmahl in einen stukh bieß weillen nehmen, Auch kudtl flekh immer 1 pfund Zu geben, solle von den 45 Reitt. (Reichstaler) bieß Zu Auß Zahlung geben werden.

Weiter haben wier von Ihr Excell. die Gnadt erhalten, daß sie Unß die haubt suma In unßerer starker verschreibung weiter benantlich drey hundert Reicht. (Reichstaler) mit landt üblicher Zinß bieß nechst künftig Georgi wardten thuet, wollen Es Zu d. Zeit dankbarlichen bezahlen.

Datum prag d. 10. Decemb. 1647.

Herrman Czernin

נאום ישר׳ בר׳ צבי סגל זל
ונאים יעקב בר׳ שלמה זל
ונאום אברהם בן יעקב קצב זל
נאום מרדכי זמלין

—

BEILAGE VI (Zu Seite 35)

Vertrag des Grafen Herrmann Czernin
mit dem jüdischen Sattler Mojßes Brandeis, betreffend die Lieferung eines neuen Wagens (1648)

1648, 29. January hab ich unterschriebener, mit dem Mojses Brandeiß Sattler In d. Alten Statt einen Vergleich wegen eines Neues wagens Zu nehmen gethan.

Alß nemblich der wagen Solle von schönsten und besten rotten Jachleder inwendig außgemacht werden, und auf die weiß, wie des Herrn graffen Coloredo sein wagen ist sollen die Siz (Sitze) sein, auf sechs Personen auf den Seiten zu Zwen Personen graum Sizen Sollen hindten und vorn bloß Zu einer Personen, die Siez schön bequem, Sauber, sollen gemacht werden, wie auch außen von den besten bewerten Leder — Soll auch aufs schenste und beiwerts (?) mit ploben

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Zweken beschlagen sein, doch alß der Coloredisch der Himell von einander gehet, So soll meinige ganz woll (wohl) Proporcioniret die rechte Höhe und lenge sein, und nit Zue niedrig werden, Sollen auch wegen der Wein Flaschen alß in den Coloredischen, oder ob mans beßer anstellen khan einsezen oder darin schaffen und Ins wergk sezen, wo ein khalte khuehl sein khan einerem (?) Schloß machen In wagen die etliche Haken 6 oder 4 alß derer von nöthen die zwey lange röher (?) daraufflegen Zue richten Und in Suma wies dazu in allen gebiert und zugehört soll er es machen und darzu Franzen geben, wo aber ein Mangel erscheinet er aufs neue einen anderen verfertigen und den ich nit schuldig aufzunehmben eine Zu laßen und auf eine ander warten, den er schuldig in sechs Wochen frist zumachen und verfertigen.

Der Bezahlung halber ist alles neben der abredt Paar (=bar) und Sonsten Zue gaab einen anderen wagen außwexlung bezahlt und abgefort (abgeführt?) worden biß auff ein hundert Gulden Zu 60 Kreuzer welche sollen unfeelbar bei abfürung des rollend (vollend?) Sauber starkh Zum innigen od. eher außgemachten wagen paar bezahlt werden. Zubeßerer Versicherung Zwa Skon (?) Zetl beeden thailen einen beihanten . . .*

Herman Tschernin Graf.

Auf der Rückseite: Mojßes Jhudtt Sattlers verschreibung.

BEILAGE VII (Zu Seite 36)

Laut dieser Verzeichnuß oder Specification nach habe Ich dem Götzell Lichtenstadt Prager Juden auf die von mihr ihme annach gebührende Zwanzig Tausend gulden Rein. in allem unterschittlich geliefert auch noch restiren thue wie folget:

Letztlich in Bahrem Gelde in specie ihme geliefert . . .	5000	fl.	
Mehrens in Bahrschaft	4000	„	
Item Laut meiner Verschreibung von Herrn Obristen Landschreiber an statt meiner geben	5500	„	
Mehr eine eigene Winter Wolle 332 Stein 4 Pfund Jeden Stein pro 6 fl. 30 kr.	2159	„	57 kr.
Item Sommer Woll 140 Stein 18 Pf. pro 8 fl. 30 kr. . . .	1207	„	
Mehr Einscherrige Woll 192 Stein 5 Pf. p. 5 fl.	961	„	15 „
Weiter derselben Wolle 33 Stein 15 Pf. p. 5 fl.	168	„	45 „
	18996	fl.	57 kr.
dieses restire annoch Zu bezahlen	1003	„	3 „
Erstlich auf diese obenbesagte Summa die Unkosten im tein (?) wegen der Waag	25	„	
Vor 6½ Elen tuch dem Reidt Knecht g. 1 fl. 36 kr. . . .	10	„	34 „
Mehr vor 7 Elen Pay Zu 36 Kr.	4	„	22 „
Item vor 44 Elen Runde Schnüre Zu 2 kr	1	„	28 „
Mehr vor 2 tutzet große Knöpfe Zu 12 Kr			44 „
	1045	fl.	11 kr.

Actum Prag den 13. July Anno 1650.

Paul Wentzel Nigrin táborský
auß befehl Ihr Excell. Subscribiret.

Eigenhändige Bemerkung des Grafen:

Tak jakož yeczlowi Lichtenstatu Žydu Pražskému (dle Znění jemu wydané Specificati) Jeden tisíc Čtyřiceti Pět Zlatých a 11 kr. ještě dlužen Pozůstáwám, Že takový dluh nejdéle wpůl lethě Prošlím náležitě zaplatiti Připowidám, Což Podpisem ruky swé wlastní tuto Stwrzuji.

Datt- wdomě mém wMenším Městě Pražském dne 12. Měsíce augusti 1650.

Heřman Czernin Hrabě
Z Chudenicz.

---

* Folgen noch zwei unleserliche Worte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

BEILAGE VIII (Zu Seite 38)

Kaufkontrakt

Heudt dato den 12. X bris Ao. 1650 hat sich ein gewißer vergleich getroffen Zwischen Ir Excell Herrn Herrn Herman Tschernin graf Von Chudenitz (Tytl) eines, dan Simon Markus und phillip Kollinsky, Beyde Prager Juden and. theils demnach Ihnen Ihre Exell. Herr Graff all dero habende Butter in ihren Hauß auff der Alten Stadt Prag liegendt verkaufft Undt d. gestaldt überlassen haben, Nemblich daß sie Juden gedachte Butter so viel der ist od. sich ietz da befinden wirdt in Zwölff wochen nacheinander verfließend, den Zentner Pro Zwölf gulden Rein weg nehmen sollen Und so viell sie iedes mahl bies Zur außgang der Zeit nehmen werden mit Paarem geldt Bezahlen, undt noch Fünfzig gulden drüber Zum pfandt undt Zu dießem Ende wan sie solche Butter in ermelten Zwelff wochen nicht weg nehmen undt Bezahlen würden sollen solche 50 fl. verfallen und nimmer von Ihr Excell. Begehrt werden, Sobald aber die Zwelf wochen vergangen und sie die Butter gar weg genohmen, sollen Ihnen jedten die 50 fl. alßobalden Von Ihr Excell herrn graffen herauß gegeben werden, wie den auch die Juden Von solcher Putter schuldig sein in Ungelt und wo es vonnöthen die mauth Abzuführen, Welches alles von Beeden seithen, dießen Vergleich nach fest gehalten werden soll. Zu Becreftigung deßen haben sich Beede theil unterschrieben, und einen ieden ein gleiches Exemplar gegeben worden, so geschehen Dat. ut supra.

נאום שמעון בן ר׳מאיר ז״ל נקרא L. S.
שמעון ליפאוויץ

L. S. Herman Tschernin.

תאום משה אלישר המכונה ליפמן קאלינסקי L. S.

BEILAGE IX (Zu Seite 40)

Lebel Mirowitz an Humprecht Johann Grafen Czernin

Hoch und wohl gebohrner Graff.

Gnädig Hochgebietender Herr Herr. Ewer Excell: Khan Ich gehorsamb und Unterthänig Zuberichten nit Umbgehen, Waß gestalten Ich Viellange Jahr Ihro Kayl. May. wie auch Ihr Königl. May. in Pollen und andern fürsten graffen Und freyherrn gedienet und durch solche meine getrewe Dienste Und Mittel Und zwar zuvor dato wie zuerweißen große Einkhommen geschaffet, deßenthalben Ich weithin frembde Konigreich und orth zu Wasßer und Land gereiset darbey gewiße Khundschaft eingezohen und befunden, wie Ihro Kay. May. sowohl derselben getrewer fürsten graffen Und Landständten durch gewiße mittel Und newerfahrene Inventionen mit gutten gewißen ohne alle Verle (= Verlegenheit?) oder einige Beschwerdte der Unterthanen auch aufwendung der Unkosten Ein Newes Einkhomben (so sich Jährlich auf etliche Tonnen goldes Belauffen wirdt) auf gericht Und angepflanzet werden möge. Nun ist mir Zu solchen hohen Und reichen Werkhes-Aufrichtung bloß und allein Von Ihrer May. getrew und geheimben Räthen ein hoher vornehmer Herr Vonnetten (= vonnöten) der mich unter seinen Schutz und getrewe Dienste annehme, und durch seine Macht und authorität mir Zu mein gewißen und aufrichtigen Schulden so sich auf $\frac{m}{200\ R}$ (= 200000 Reichstaler) belauffen neben der Löbl. Justitia verhelfen thette, dargegen were ich erbietig, mit desßen großen nutzen solche newe Mittel und Inventionen (wie auß beylag A: B: und C: zu ersehen) darmit zuerlegen und aufzurichten, zu mahlen ich nun zimblich alt und täglich meine gruben zugewarthen durch Neidt haß Umb das meinige khomben auch in die höchste Armuth Undt Verderben gerathen, daß Ich alßo kheins Mittel die Process zuführen und ermelte Schulden Einzubringen, auch die Newe Inventiones und Mittel auf zurichten habe, bey nebens aber Vor Gott

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und Ihr May. nit verantworten khönte, solche reiche Schätze Zugrundt khomben zulaßen Und nicht Ihro May. Und dero geheimben Räthen Offenbahr zumachen.

Ist mir demenhero gerathen worden habe auch in meiner schlechten Betrachtung selbst befunden in dießen Löbl. Königreich Böheimb bey kheinen anderen alß Ewer Excell. gr. schutz manutenenz und beystand mit Unterthänigkeit zuersuchen und deroselben solches newerfundene reichliche Werkh (da es Derselben beliebig) getrewlich Zuoffenbahren wodurch nit allein Ihro May. sondern derselben hohen und Niedrigen Landtständten und gemeindten großer Nutz und aufnahmb geschafft und gemacht werden solte. Es khönten auch sodan Ewre Excell. wenn ihnen belieben werde Von anderen Ihrer May. getrewen geheimben Ministria zusich in die gesellschaft ziehen, die Sache bey Ihro Maye anzugeben Und Beförderung Vermöglich außzuwirkhen denn dießes ein Solches großes werkh und königl. Schatz, dergleichen von anfang der Welt bishero khein Kayser noch König *(weillen von solchen newer Inwention nichts offenbar worden)* genoßen haben.

Gelanget derohalben an Ewre Excell. mein gehorsamb Untertheniges Bitten die geruhen (doch ohne maßgeben) Ihr May, deß gantzen Landes, wie auch derselben hierauß zum theill Khommenden großen Nutzen Zu betrachten, mich in dero Schutz Unterthenigkeit Und getrewe Dienste an und aufzunehmen Und mir zu meinen aufrichtigen und gewißen Schuld (so durch dero Macht und Authoritet ex officio ohne ferneren prozeß-führungen Zubringen sein) hochwomöglich Zuverhelffen, Sodan Ich solchen meine aigene mittel die Vorgeschlagene werkh aufzurichten anwenden will, beyneben gegen Ewre Excell. Erbietig bin, von allen hiervon mir gebührenden Einkomben den halben theill in dero Ränte abzuführen, hierüber auch deßen alßbaldt doch gegen billiche Conditionen Vor mich und meine Erben gewiße Instrumente außzufertigen. In dießer mehrbemelten Haubtsach ist zwar titul Herr Dr Solari alhier Von mir satsamb informiert, doch stehet es Ewer Excell zu dero genadigen Belieben Von dero Bedienten oder wer sonsten dißhalb derselben beliebig eine andere Persohn die sache nach bedirfftigkeit zuerfaßen mit- und bey zu ordnen, Verhoffe dahero es Werde Ewer Excell dießer mein nit geringer Vorschlag nit unangnehm sein dan dieselbe sich gewiß zu Versichernden, sobald dieses Werkh nur seinen anfangen erreichen wird, Umb der stets erfolgenden hochnutzbahren Consequentz die mir und dero Erben Ewig zu dankhen haben werden, bin derohalben hierüber dero gr. ehester Resolution gewertig Und nechst gehorsa. Empfehlung Verbleibe

Ewer Excell.

Gehorsamb Unterteniger Diener
Lebel Mirowitz Kay befreyter
Hoff Jud Und Ihrer May. in
Pollen Factor.

Litt. A.

Anschlag der Mitlen.

Daß Erste mittel Und Wexel (?) khan in hiesigen Konigreich Böh. durch den trib der fließenden Waßer Und dieselben beyliegenden Wäldern mit denen *hollendern (?)* Und *Meixnern (?)* angestölt Werden, So sich Jahrlich auf etliche Tonnen goldes einkhomens belaufen solle.

Daß andere Mittel khan gleichfahl in diesen Konigreich Boheimb Und Hertzogthumb Schlesien, mit dem Konigreich Pollen *mit Wexlung (?)* auf gericht Und angestölt Werden, So auch einen Königl Schatz außtragen khan, maßen destwegen schon allbereith beederseits nachricht gegeben

Drittens khan alhier in dieser Statt Prag ohne Beschwer der Unterthanen ein mittel angestölt Und Von Ihr May. in Bestandt genohmen Werden so Jahrlich Über $\frac{m}{100\,R}$ (100000 Reichstaler) eintragen wird, darvon bißhero Ihr May. nichts sondern theilß beambte Und gemeine Leithe genießen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Litt. B.

Vorschlag der neüerfundenen Mittlen Und Inventionen.

Erstlich wirdt ein Instrument von der Wasserkunst gemacht, welches bey einen Mihlradt daß Mihlwerkh Unverhindert treiben khan Undt an denselben Waßerradt wirdt ein Werkh gemacht durch ein Zwingkasten Von gleicher Erden daß es keines Waßerthurms Vonnöthen, gleichwohl in die 100 Rören Und mehrer durch solche Macht dießes Instruments das Waßer überalle berg und thal in Statt Vestungen Und dergleichen orthen mit geringen Unkosten khan getrieben Werden.

Anderten können durch solches Instrument die Silber Eißen Und andere Bergwerkh so bißhero wegen überfallenen Waßer nit gebauet werden können Von Jeztbemelten Waßer getrucknet Und mit ein Zug durch Rören das Waßer auf gezogen außgeführt werden.

Drittens khönnen durch dießes Werkh gleich 10 Mihlen und mehr bey einen teich aufgericht werden welche stets tag und nacht einen Ewigen trib haben khönnen dem sonst aber hierdurch gleich wohl khein Waßer mangeln soll.

So khönnen Viertens in einen Statt od. Schloßgraben die ruhende und stille Wasser durch dießes Instrument Lebend gemacht, Und Mihlen getriben werden.

Es khan auch fünfftens dießes Werkh in einen Schloß oder Meyerhoff bey einen Brunen oder Rohrkasten gerichtet, durch ein Persohn das radt dießes Instrument gezohen Und durch die in den Zwingkasten gelegte rören daß Waßer von vierseiten an den graben des Schloßes Under das Tach (= Dach) auch in Zimmer Kuchl und Stall, wo es von nöthen gezohen und in Feuers nöthen hierdurch große hilff geschafft werden.

Ebenfalls Sechstens khönnen durch daß Instrument Wasserspritzen gemacht und durch 24 rohren Und mehr daß Waßer in einen Zug in die Höhe daß fewer zu dempffen getriben werden.

Ittem Sibentens khönnen bey denen Eben gelegenen Vestungen oder Stätten die faulle Waßer worinnen die fische sterben frisch gemacht und die gräben gereiniget werden.

Die *andere* Invention ist ein Mihlwerkh mit einen Haubtrad aufzurichten, so gleich 12 Mihlen bey einen fließenden Waßer zugenießen Und Wo man will khann angerichtet: Und bey Seegemihlen, Schmeltzhütten, Eißenhammer Stampfmihl Und Waßerkhunst alles Zugleich khan getriben, daß Haubtradt aber entweder durch Waßer, Leith oder ochsen khan bezwungen Werden.

Ittem khan dießes mihlwerkh auch bey Eißen oder andern Ertzgruben gerichtet auch Eißenhammer und Bochwerkh hierdurch getriben Werden.

Dieses Instrument khan auch bey allen Schatzen groben, Brückhen, Ittem bey den Mihlwerkh die Wehr Zumachen angerichtet, auch ein solches Instrument ist wordurch ein Joch von Sechs Pfeillern in einen Schlag in das Waßer khan gerichtet werden, Und also waß sonsten 60 Persohnen in 8 Tagen nicht richten khönnen durch Solches Instrument in einen tag khan Vollzohen und großer Unkosten Verspart werden.

Dieser obbesagten Instrumenten seindt allbereits schon modell gemacht, probirt Und Just befunden worden.

Litt. C.

Bericht meiner aufrichtig und gewißen Schulden.

Erstlich habe ich an die boleschnikische polnische Herren Erben zu fordern ein Summa von $\frac{m}{247}$ fr., destwegen der prozessi schon bey den löb. hoffmarschal Ambt wie auch bey den hoch. löb. Ober Ambt in Schlesien geführet und der Beweiß produciret worden, maßen auch albereith durch Kay. und Ober Amtbs. Befelch deren Vermögen in Verbott genohmen und bloss die Sach auf den sententz oder Außspruch bemühet

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Ittem habe ich an die Jacob Posewische (Bassewische) Erben zu praetendiren ein Schuldt so von Fürst Carl von Lichtenstein herriert betreffendt an Capital und Interesse $\frac{m}{115}$ fr. Nun haben sie Posewische Erben an die Michnische Verlassenschafft $\frac{m}{60}$ fr. zu fordern, anderen ich mich in Zwischen halten kan. Den haben sie Pasewische Erben dem Grafen Eustachi an einen Schuldtbrieff von ermelten Fürst Carl herrirendt abgetretten.

Verbleibet ihnen noch herauß zugeben $\frac{m}{4750}$ fr. Capital anbetr. der aber den Schuldtbrieff herauß zugeben.

Diese obbemelte 2 Posten belauffen sich auf 107.500 fr. So ist mir mein Ayd(em) Abrahamb Tabor Prager Jud, so ich auf seinen Haus zu fordern schuldig 1600 fr. Summa aller meiner Schulden (= Forderungen) 356.100 fr. Solches bin ich erbietig so vil vonnetten in den Verlag zu geben und den halben Theil in Ihr Excell. Rent abzuführen.

Lebel Mirowitz Kay. befreyter
hoff Judt und Ihrer Kay May
in Pollen Factor.

BEILAGE X (Zu Seite 14)

Bonaventura Sachs an Humprecht Johann Grafen Czernin

Hoch Undt wohlgeborner Reichsgraff.

Gnädig Undt Hochgebittender Herr Herr.

Hochgräff. Excell. thue Ich von Gott dem allmächtigen Winschen glückseel. Wohlgang Undt glückseel. ewige Regierung, Undt Jeder Zeith gesundt bewohr. Ewer Hochgreffl. Excell. wollen mir gndigst Verzeihen, daß Ich mich mit diesen gehorsambsten brieffl dieselbe Zu molestiren Unterstehe; demnach meine profession stetts, daß ich mich Ernähre, zwischen Churfürsten Und Fürsten Graffen- undt Herrnstandes Persohnen, Ihro groswichtige negotionen Zu negotiren, welches ich auch die Zeith hero ohne Ruhm Zu melden mit Willen hohen Ministris in Villen (vielen) thonen Goldes betr. Effectuiret habe, derowegen thue ich mich gantz unterth. gegen Ewer Hochgräffl. Excell mit diesen gehorsambsten wenigen Zeilen auch aufwarten. Undt thue hiemit Einen gehorsambsten Vorschlag proponiren, daß gewiße Cavaglier, welche auf Ihre Herrschaften mit gewiesen Schuldt Posten auf 6 per Cento Zubezahlen Verobligiret Undt wollen sich gern Von der 6 per Cento Interesse ablödigen (?), Sich auf 5 per Cento auf zunehmen incliniret sein, Und wollen Ihre andern schulden alle, welche die auf 6 per Cento stehen ablösen, Alßdan Wan Ewer Hochgreffl Excell. Ihre bahr Müttel gewiesen Cavaglieren auf 5 p. C. Creditiren, so wollen Sie mirs in hoc caßu gnedigst wissen machen, so wolte ich mit meinen Unterth. gehorsambsten Dienst interweniren Ihme treülich Undt fleißig Zudienen, Undt etwelche Cavajlier nahmhaftig machen, worüber mich Einer gnädigsten andtworth getröste, Und gehorsambst bitte, mich In dero gnädigsten Schutz Zu halten, nebst Verbleibung

Ewer Hochgraffl Excell.

Unter thänigster gehorsambster
Mojßes bona Ventura Sachß,
Chur Sachsescher Hoff Judt Undt
Juden Richter in Prag.

—

BEILAGE XI (Zu Seite 58)

Mojßes Gitschin an Herrmann Jacob Grafen Czernin

Hoch- Und Wohlgebohrener Reichs Graff.

Gnadig-Hochgebiettender Herr Herr Ewer Hochgraf. Excell gehorsambst Beyzubringen nicht umbgehen kan, waß gestalten ich schon über 12 Jahre lang auf den Lintzer Jahr markh den Auschnitt der wahren undt in sonderheit die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Verkaufung der außländischen undt kostbahren Tücher Ehlen weiß frey gehabt u. ohne männigliche Hinderniß öffentlich und frey Verkaufet habe, so muß aber schmerzlich wahrnehmen, wie daß man Löbl. Königl. Lands Hauptmanschaft zuletz persvadiret haben sollte, daß sich die Juden des Auschnitts der Tücher begeben = ein folgentlich in Ansehung sothaner persvadirung berührter Ausschnitt der Tücher inhibiret werden wolte

Nun Verhalte gehorsambst nicht, wie daß ich durch diesen meinem Tuchhandel Ihro Kay. undt König. May. an Zoll undt Mauth ein über aus großes und nahmhaftes Ja fünffaches Quantum undt zwahr 1.) auf denen Gränzen 2.) in Königl. Ungeldt Ambt zu Prag 3.) Unterwegs und 4.) in Lintz, nicht minder 5.) wegen Jetziger Universal auf alles mehreren Inhaltes Lit. A, B undt C einbringen, desto (?) Intuite (?) deßen undt absonderlich, daß ich allein in Lintz fast mehr an Mauth als alle andern Kaufleuthe abführen Thue, mir der Auschnitt undt Verkauffung des Tuches Ehlen weiße (ellenweise) noch länger Vergönnet werden könnte, zumahlen ich durch den Stiech handel viel Tuch verschleiße undt dagegen andere wahren wo von ebenfahls zoll acciß undt andere prestanda prestire, erhandlen thue, über dieses Kommt gnädig zubehertzigen, daß ich in Lintz gegen 900 fl. Betreffend angeschnittene Tücher (wo von aldorten d. zoll schon gegeben, undt wie oben gedacht fünfferley nutzen eingekommen ist) liegen habe, zugeschweigen von denen die Ich zugekauffet in procinctu (im Begriff) stehe dorthin abführen zulassen, damit Sie in den Bevorstehenden st. Bartholomai Jahrmarkh Zeitlich aldorten wehren, wan mir wird verhoffen (?) d. Auschnitt solte Inhibiret werden, Ich necessario dem publico enthalten müste. Dan hätte man einen solchen Verboth Thuen wollen, so wehre Ja billig u. recht geweßen, das man zum wenigstens Ein halbes Jahr zu vor Kundt machen sollen, auff das ich mich dar nach richten undt die in Lintz stehen habende angeschnittene Tücher pro 9000 fl. versilbern undt keine frische zukauffen Können, weillen aber solches nicht geschehen, alßo finde nicht wie man improviso, da der Jahrmarkh fast vor d. Thür, den Auschnitt der Tücher untersagen Können in noch mehrer gnädigsten Consideration das man mich herüber nicht gehöret noch vernohmen hat, zumahlen ich hinwied. verschiedene Erhebliche Ursachen Bevor ob das es dem publico ex privato zu einen unersätzlichen Nachtheil und Notabene den Mauthweßen zu einen allzu großen abfall gereichen, einzuwenden haben. Sintemahlen nun gantz gewiß, daß die diesfällige Inhibition-Expedition albereits, unter der Jeder seyn soll, ich mich aber darwide höchst graviret zu seyn Befinde, ds umb willen dessen zu Ewer Hochgraf. Gnad. alß welche das Mauthweßen haubtsächlich betrifft einen Unterthänigsten Recursum zunehmen nothdringendlich gemüßiget werde.

Derohalben an Ewer Hochgräff Gnad mein Unterth. gehorsambste Bitte gelanget, dieselben geruhen all obstehendes zu behertzigen undt derselben gnädig nicht gefällig wehre, dieses Einer Hochlöbl. Kay. Regierung wissend zumachen, damit das Jenige Unter der Feder seyn sollende Jnhibitions Decret möchte zuruckgehalten werden biß so lang man mich darüber nach Nothurft würde gehöret undt Vernohmen haben, damit ich doch unterdeßen ds Tuch in Lintz auschneiden undt Ehlen weiß Verkauffen darff. Getröste mich Ewer gnadigen Erhör- undt Bittgewehrung und Verbl.

Ewer Hochgref. Exc. Unterth. gehor.

Mojßes Gitschin Prager Judt undt
Mond. Lieferant.

Attest Lit. A.

Von diesen Königl. Prager Granitz zoll Ambt wirdt auf Inständiges Anhalten und bitten Moises Gitschins handelnden Prager Juden d. wahrheit gemäß attestiret, ds. selbter noch von Jahr zu Jahr wegen der durch und außer Landes nacher Lintz verschickten Stück wahren u. Centner wolle Ihre Kay. May. an der Granitz zoll gefällen nebst anderen gleichwohlen auch Ein merkliches abgeworfen, dahero zu Vergunstigen wäre in seine Handlung gestärket zu werden.

Actum Prag d. 6. July 1709.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Attest Lit. B.

Bey den Königl. Prager Ungeldt Ambt hat alhiesiger Prager Judt Moises Gitschin gehor. angebracht und gebetten, waß maßen Er eines glaubwürdig attesti bedürftig wäre, Krafft deßen zu Erweißen, daß er Von vielen Jahren hero von verschiedenen Maßen theils ausländischen Tuches theils inländischer Tücher undt Landt wolle anhero zu verungelten gebracht undt hier durch Ein Nahmhaftes Quantum zu Vermehrung Ihrer Kay. May. gefälle abzuführen pflegen thäte.

Wann nun dieses des Ermelten Judens vorgeben unß Bester maßen bekandt undt in wahrheit gegründet ist, alß haben wir solches unter Unserer Ambtes fertigung bekräfftigen wollen sich deßen nach Nothurft zugebrauchen.

Actum Prag d. 6 July 1709.

L. S. Pr. Königl Ungeldt Ambts Leuthe.

Attest Lit. C.

Nach dem Moises Gitschin Prager Judt undt handelsmann zu Vernehmben gegeben, welcher gestalten ihme zu Beförderung seiner ordentlich treibenden handelschafts Eines Attesti, was selbter an Verschiedenen Königl. gefällen durch seinen negotium Beytraget, nöthig wäre, Alß haben wir d. wahrheit zu Stewer hiemit Bezeugen wollen, ds bemelter Gitschin seith dehnen die Accisen im Königreich Böheimb Interduciret seind, so wohl von seinen vorräthigen wahren als auch von denen neu eingeführten Tüchern, Seyden undt seidenen wahren ein ansehnliches an accisen zu hiesiger Acciß Cassa eingebracht habe.

Datum Königl. Altstätter Acciss Ambt

Prag d. 5 July 1709. L. S. Accis Deputirte.

BEILAGE XII (Zu Seite 19)

Referat

betreffend den von dem Juden Perl Lazarus unterbreiteten Vorschlag zur Einführung und Verpachtung einer „siebenzehner" Abgabe für die die Jahrmärkte in Böhmen besuchende Juden

Die in Königreich Böhem so wohl in Haubt Städten Stadteln und Märkten dann Dorfschaften sich auf haltende Judenschaft hat zum größten Theil keiner anderen Nahrung sich zu erfreuen, als des Handels, dann einiger betreibenden Handwerkern, die mit dem ein- und Verkauf genaue Verbindung haben.

Das ist also die Haubtquäle wovon Sie förderist ihre Nahrung ziehet und woher diese mit Kay. u. König. gaaben beleget sind.

Wollte man nun diese die zusammen Künfte, wo Handl und Wandl auf gewiese Täge bestimmt ist, und weliches eigentlich die Jahrmärkte sind, durch eine neüe auflage von täglichen 17 ern Hemmen oder wenigstens erschwören, So würde es eben so viel heißen als die Hauptquäle Verstopfen und dannach einen Brunnen Von Weniger ergebigkeit haben wollen, allermaßen

1.° die Staats Kunst Lehret den Handl und Wandl mit Vortheile zu begünstigen damit er ein (?) aufnahme wenigstens erhalten, wo nicht mehr befördert wird.

2.° ist bies hieher je, und alleweil die oftmahlige Verkaufung oder umsetzung des geldes einem Staate für Nützlich angesehen worden, wo gegentheilig hir solches zu hemmen des abgehen ist.

Dies sind also nur die wenigste ursachen, warum ich der Meinung bin, daß die von dem Juden Perl Lazarus projectirte Verpachtung des von der, auf den Jahr-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

märkten erscheinender Judenschaft abnehmenden Siebenzehners Vom Hofe nicht benehmigt werden wird, allermaßen Ihro May. frey stehet, wenn sie es möglich zu seyn findeten Von der Judenschaft eine jährliche abgabe Zu mehr, denn 60, 70 und $\frac{m}{100}$ Fr abzufordern, ohne solche zu Verpachten, und andurch den Handl und Wandl nachtheilig zu werden.

Und gesetzet es würde um $\frac{m}{60}$ Fr verpachtet, was würden nicht die Pachterer für einer gefahr Laufen das Pacht Quantum auf zu bringen?; Der Projectant saget: wenn ein Creyß 700 Märkte hätte und diese 4 Mahl gehalten würden des Jahres und jeder Markt nur Viert halb Hundert gerechnet würde, so betrageten diese 13220 Fr und gehet als dann mit abfall 100 und so weither; saget aber immer, wenn so Viel Jahr Markte wären, und diese so viel eintrageten.

Zu 13220 Fr wären 46658 Siebenzehnter, und also auch so Viel Jüdische Personnen nöthig, wenn mann aber zu 4 mahliger frequentirung Sie annehmen und sagen wollte, daß eine Personn mehreren Jahrmärkte besuchet und also auch mehr Siebenzehner Zahlen müssen, so frage ich, ob nicht diese Zahlung Viele zuruck bleiben machete? besonders da bekannt ist, daß manche Juden an einen Marckt Kaum einen Siebzehner gewinnen, und viele wohl dahin nur gegangen sind, um von denen Vermöglicheren was zu erbetteln.

Bei so beschaffenen umständen also würde diese anlaage eine Personn oft treffen müßen und da mahls würde Sie empfindlich, und die Juden Von besuchung der Jahrmärkte gantz gewiß abschröcken; woher also würde der Pachter das Pacht Quantum erreichen?

dieses würde wohl zu stand Kommen, daß kein Jud keinen Jahr Markt besuchen, und dennoch zu Hauß Viel als jehmahls Handlen möchte. Wie aber ein Pachter dabey nur bestehen möchte, da kann ich das Ende nicht ersehen.

BEILAGE XIII (Zu Seite 58)

Abraham Aron, Primas der Landesjudenschaft an den gräfl. czerninschen Amtmeister Jacob Malý

Hochgebietenter Herr Der Mandl Judt Zu Rudig so schon 7 Wochen in Eißen Und bandt sitzet, welcher ein bluet armer Judt ist, und weil dieser Judt ein Comision ver langet hat, also thut Man Ihm also truken, Nun hat dieser Judt sein Schwehr Vatter so barmherziglich an mir geschrieben, weillen Ihr gest. (gestreng) von dem Mandl Löbl Zum Theyl Informirt seien, d. Ihr gest. doch dießes Werk der barmherzigkeit thäten, undt ein gnadigen befehl außwürken, damit der arme Man nicht gar Crepiret, wen der Herr Müller gar Zu ricros (rigoros) undt scharff verfahret.

Solches ich auch hätte, wan Ihr gest. hier geweßen, Müntlich gethan hätte, den vor biten ist erlaubet, Indehme er über alle unsere feuer Tag so sitzen tuth alß ein Criminal person, welches doch Ihr Hochgraff. Excell Nicht ver langen, Mit die arme leit also Zu ver fahren, bite dahero gantz Dienst. (dienstschuldigst?) sich Zu Erbarmen undt Euer gest. belieben, diesen armen Judten Sich Zu der barmen Undt außer Arrest ver helfen, da sein Schwehr Vatter Adam Konirsch zu Milschaffs (Milšoves) bürg will sein Ihme alzeit Zu Stellen. Ich verbleibe Euer wohl Edel gest.

dinstschuldigster diner
Abrahamb Aron Primas
der Landeß Judenschafft.

Prag den 26 october 1702.

P. S. Der Herr ober Reviser der Ist doch von diesen in allen bewußt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Anmerkungen

[1] Vgl. Käte Spiegel, Die Prager Juden zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges (in der Festschrift: Die Juden in Prag, Prag 1927) S. 129 u. 166ff.

[2] Prokeš, Die Prager Judenkonskription vom Jahre 1729 (im hist. Jahrb., IV,) S. 297ff.

[3] Vgl. Freudenthal, Leipziger Meßgäste, Frankfurt a. M. 1928; Billing, Der Prager Schames in Breslau (in Ztschr. für d. Gesch. d. Juden i. d. ČSR, Brünn 1931, 1. Jahrg., 3. Heft, S. 139ff).

[4] Vgl. Bretholz, Die Juden in Pirnitz im hist. Jahrb., II, S. 403. – [5] Vgl. unten S. 23.

[6] Vgl. Kaufmann, Samson Wertheimer, Wien 1888; Grunwald, Samuel Oppenheimer, S. 68ff.; Jakobovits, Die Judenzeichen in Böhmen, im hist. Jahrb., III, 163. Heilig, Die Vorläufer der mähr. Konfektionsindustrie im hist. Jahrb., III, 387.

[7] Prokeš, l. c. S. 326. – [8] Ibid. S. 319ff. – [9] Ibid. S. 319 u. 327ff. – [10] Ibid. S. 319.

[11] Berhard Fanta gehörte im Jahre 1655 zu den Ältesten der Prager Judenschaft (vgl. Jakobovits, Die Erlebnisse des Oberrabbiners Simon Spira Wedeles in Prag 1640–1679, im hist. Jahrb., IV, S. 206, u. Anm. 24. Er unterschreibt sich „geschwohrener Richter der Prageischen Judenschaft". Das Judenrichteramt bestand aus dem Judenrichter und einem beeideten Schreiber. Beim Judenrichter pflegte man Geld, Pfänder und kostbare Gegenstände zu deponieren (vgl. Jakobovits l. c. S. 258).

[13] Baruch Tilles gehörte im Jahre 1655 zu den Ältesten der Prager Judenschaft. (Vgl. Jakobovits l. c. S. 295, Anm. 24.) Er starb im Jahre 1666 (Hock-Kaufmann, Die Familien Prags, S. 152).

[12] Vgl. unten S. 21. – [14] Vgl. unten S. 34. – [15] Vgl. unten S. 21. – [16] Vgl. unten S. 54. – [17] Vgl. unten S. 56. – [18] Vgl. unten S. 59. – [19] Vgl. Freudenthal, l. c. S. 184. – [20] Prokeš l. c. S. 297ff.

[21] Vgl. Billing, Die Handelsbeziehungen mähr. Juden in Breslau (Zeitschr. für d. Gesch. d. Juden i. d. ČSR, Jahrg. II, Heft 1, S. 3). d'Elvert, Zur Geschichte der Juden in Mähren und Österr.-Schlesien, Brünn 1899, S. 99ff.

[22] Vgl. unten S. 50 u. Anm. 74. – [23] Vgl. unten S. 26 u. 38. – [24] Vgl. unten S. 45. – [25] Vgl. unten S. 35 u. Beil. V. – [26] Vgl. Käte Spiegel, l. c. S. 109f.

[27] Das Bittgesuch ist ohne Datum und ohne Angabe der Person, an welche es gerichtet war. Aus dem Inhalt desselben geht jedoch hervor, daß es im Jahre 1559 geschrieben worden war, wo die Juden zum zweiten Male Prag verlassen mußten und in der Stadt nur einige jüdische Familien zur Ordnung der jüdischen Angelegenheiten zurückbleiben durften (vgl. Grätz, Gesch. d. Juden, 1. Aufl., Bd. 8, S. 388), in welchem Jahre Joachim v. Neuhaus Oberster Kanzler von Böhmen war, an welchen das im Neuhauser Schloßarchiv aufbewahrte Gesuch gerichtet worden sein dürfte.

[28] Irrtümlich ist die Angabe des Josef Kohen im Emek Habacha (deutsche Übersetzung von M. Wiener), S. 111, daß 200 Familien in Prag zurückblieben. Hingegen stimmt die Angabe des David Gans in seiner Chronik Zemach David, daß in Prag 12 Familien zurückbleiben durften, sowie auch die Angabe der Urkunde bei Bondy-Dvorsky, wonach den Juden am 4. Mai 1659 gestattet worden war, einen Ausschuß von 10 bis 12 Personen zu wählen, die in Prag zurückbleiben durften, um die Geschäfte der gesamten Juden abzuwickeln, mit der Angabe des Augenarztes Samuel überein, da die 10 bis 12 Personen des gewählten Ausschusses auch ihre Familien in Prag behielten, welche zusammen 60 Seelen zählten.

[29] Der Schuldbrief lautet: Ich Anna Zusanna Karolina Slawatin geborene Herrin zu Rappach Bekhenne, daß ich von der Jüdin beberlin (Peprle) 170 Ellen gutes Tuch genomben, die Elle per 1 Schock Meiß. Und 30 Stück Fueter Tuch daß Stück P. 4 Gulden. Im Fahle aber ich so viel nicht bedürffen werde, so gib ich ihrs

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

wüderumben, welches in einer Summa bringt drey Hundert Achtzehn Gulden 20 kr. Versprich solches gelt (Geld) nach der Begrabnuß Zuebezahlen, Zue Urkundt habe ich mein angeborenes Petschaft darauf getruckt und mit eigne handt Unterschrieben.

Datum Prag den 29 July 1631.

die bemelten Sachen Alle laut d. Register auf lengste in Vier wochen bezahlt werden gewißlich.

Anna Zusanna Fraw Slawatin.

[30] Der erste der dem Bittgesuche in Abschrift beigelegten sechs Zahlungsaufträge der Landesrichter an die Sequester, welche in deutscher (während die übrigen fünf in čechischer) Sprache geschrieben ist, lautet:

An die Herrn Sequestratores des Gutes Stranow.

Hochgeborene und Edle Besonders liebe Herrn und Freundt.

Wier haben und resciren (?) auch der nach die Peperle Prager Jüdin bestanden lassen*, Waß unß die Herren Ihrer Außforderung halber, dieselbe derzeit auß dem Guett Stranoff abzuestatten nicht möglich seyn berichtet. Was nun hierauff bey Unß Ernannte Jüdin Supplicando angebracht Und gebetten, Vernehmen die Herren ob dem einschlues mit mehren. Wan Wier dan Umb der von Ihr Undt anderer diesfahls interessirten armen Waisen angezogenen bedurfftigkeit willen. Undt dießes ein privilegirtes debitum ist Von rechtes wegen Vor allen anderen Zuebezahlen, hierzu gehrn Verhölfen sehen wolten.

Alß ist anstadt Undt in Nahmen der Zue Hungarn Undt Böheimb Khönigl. May. Unseres gnedigsten Herrn Unser wieder holten Befehl an sie hiemit, daß sy darob Undt daran sein, damit Supplicirte Jüdin nach solange gehabter gedulde dermahl einsten Contentiret Undt befrüdiget werden möchten, Solches gedacht Zue gehorsambster erstattung höchstbesagter Ihrer Königl. gnedigsten willen Undt meinung.

Geben Prag den 12. Feber 1637.

[31] Pánům Sequestratorům Statku Nového Stranowa totiž Vrozeným Pánům Pánům Petrowi Švihowskýmu Z Rýzmberka a Z Švihowa a Bedřichovi Špedlowi Z Janowicz obojím Pánům (Titul) o Sprawu neprodlenou Proč tyto Supplikující wedle Prošlého k nim Poručení oba Páni Sequestores nepokojí, odeslati. 28. Augusti A. 1637.

[32] Dieser letzte Zahlungsauftrag an Michael Slawata lautet:

Pánu Michalowj Slawatowj Vrozený P. P. (Titul).

Jaky jesti nám opět Spis Peprle Židowka w Příčině 427 fl. 33 kr. Peněz odní někdy na pohřeb Vrozeného Pána P. Jachyma Slawaty bratra wašeho wynaložených a jí k zaplacení Z Statku Stranowského, jehož wy Poněm wzdržení a Užíwámí Zůstáwáte, Powinných, nemajíce jich sobě od wás až Posawád, dle nejednoho jménem a na místě J. M. C. Krále a Pána P. nás Všech nejmilostivějšího kwám o to Prošlého Poručení našeho Zaplacených jmíti Pokládá, ten My wám Přiležitě Pro wyrozumění odsýlame.

I poněwadž již Žien (žeň), na kteraužo wodpowědi wašj jste Vkazowaly před rukama jest

Protož ještě jménem J. M. C. wám o tom dostatečně a na konec poraučíme, abyste jí wtakowém dluhu Ihned náležitě, tak aby ona Žádné slušné Příčiny k dalšímu buď J. M. C. neb nás tím Zanášení neměla, spokojiti a kontentirowati hleděly. Wědoucze.

Dán 9. July A. 1638.

[33] Peprle scheint erst in diesem Jahre von jemanden, vielleicht sogar von der Witwe des verstorbenen Joachim Slawata selbst, erfahren zu haben, daß Wilhelm Slawata dieses Versprechen gegeben hatte. Sonst wäre es unbegreiflich, weshalb sie erst nach zehn Jahren wegen der Bezahlung der Schuld an Wilhelm Slawata sich gewendet hatte.

---

* Dieser Satz ist mir ganz unverständlich.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[34] Der Schuldbrief lautet bloß auf 318 fl. 20 kr.; es scheint jedoch, daß Peprle außer dem Tuche noch andere Gegenstände im Werte von 84 fl. 12 kr. nachträglich geliefert hatte.

[35] Hiemit verlangt Wilhelm Slawata, daß zu dem Mittel gegriffen werde, welches die Landesrichter gegen ein Mitglied des Hochadels zu Gunsten einer Jüdin anzuwenden sich gescheut hatten, nämlich zur exekutiven Eintreibung der Schuld durch den zwangsweisen Verkauf des Gutes.

[36] Adam Paul Graf Slawata, der einzige Sohn Wilhelms, seit 1652 „Regierer des Hauses Neuhaus".

[37] In der von Adam v. Neuhaus gegründeten Ortschaft Adamsfreiheit bei Neubistritz wurde damals, wie in dieser Gegend noch heute erzählt wird, Schwefel gewonnen, welcher wahrscheinlich dem Josef Körpel geliefert wurde.

[38] Die Bedingung, daß die Laibe ganz sein müssen, ist im Vertrage nicht enthalten, sondern das wurde ihm, wie Czerny in seiner Eingabe behauptet, vom Freiherrn mündlich zugesichert.

[39] Der von dem Freiherrn eigenhändig geschriebene, die Bedingungen des Kaufes enthaltende „Zettel" (Vertrag) lautet: Já níže Poznamenaný Prodal sem Čtyři Kopy Seyrů a dvanácte tun Máslo ato Czernýmu Abrahamowi Židu, a to jeden Každý Centnýř Seyra Po čtyřech Kopách A jednu Každau tunu Másla Po wosmnácti Kopách Myšenských, Ungeldt (städtische Gebühr) sám dole i nahoře Vyprawiti Powinnen jest, Ato za hotowý penize jich se přiveze a odwažen Jest mi Powinnen zaplatiti, A Pokudž by Peněz wšech předrukami neměl Jest povinen Seyry zaplatiti docela cobudaukoli wáziti A namístě těch dwanácti tun třiceti šírokých tolaru zawdati A másla wdomě mým zanechati A je sobě neprodleně Vyplatiti s tím neodkládajíc. Actum W domě mým v novým městě pustým (?) na Křižalovic ulici 7. dne oktobris 1631.

[40] Prawíc že bych to propadl, ježto w též Cedulce (im Vertrage) toho se nachází, Kdybych za dwa neb tři dni toho neplatil abych to měl propadnouti (Diese Bedingung ist im „Zettel" nicht enthalten), a tak Pán to sobě smí osobowati.

[41] Diese Bedingung hat im Vertrage den nicht klar gefaßten Wortlaut: „Sollte er (Czerny) nicht das ganze Geld zur Hand haben, so ist er verpflichtet, den Käse ganz zu bezahlen ... und die Butter in meinem Hause liegen zu lassen und sie unverzüglich zu bezahlen ohne Aufschub" (Vgl. den čechischen Text in Anm. 39), worin ein Widerspruch enthalten ist, da er doch, wenn er das ganze Geld nicht zur Hand hat, sich dasselbe erst besorgen muß, so daß er die Butter nicht „unverzüglich" bezahlen kann.

[42] In welchem Punkte und inwiefern Czerný sein Wort nicht gehalten hat, übergeht der Freiherr mit Schweigen.

[43] Pánu Janowi Czerninowi odeslati s tím při tom nařízením, aby tohoto Žida w tom, oč tak mezi nimi činiti jest, spokojil a jich Milosti více tou věci zanášeti nedopauštěl. Ex consilio cancellarie Bohemicae Pragae.

[44] Mit dem Worte „omastek" bezeichnete man damals auch Butter und Käse.

[45] Poněwadž kwaši Hr. m. tímto mým dlouhým Arrestem málo spomoženo jest a já ním Waši Hraběcí milosti nejsouce na swobodě nikoliw platiti nemohu, nybrž jím dále vždy k větším škodám a autratám, nemohouce obchodu svého provozowati ani dluhůw mně powinných wejpomínati přichazím.

[46] Es handelt sich hier wahrscheinlich um einen bei dem damaligen Primator der Prager Judenschaft Moses Israel Geizvogel (vgl. Jakobovits, l. c. S. 255) deponierten Schuldbrief eines dem Buchdrucker geschuldeten Betrages, der ihm aus irgendwelchem Grunde nicht ausgefolgt werden konnte. Er hoffte, daß es ihm gelingen wird, in den Besitz desselben zu gelangen und mit demselben den Grafen zu bezahlen.

[47] Graf Herrmann hatte die Gewohnheit, sämtliche eingelaufenen Briefe, Gesuche usw. selbst zu erledigen und auf der Rückseite die Art der Erledigung in wenigen Worten oder Sätzen zu bezeichnen. Auf der Rückseite dieser Bittschrift schrieb er folgende Bemerkung: 3. Novembris 1640. Tato Supplikace Strany

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Žida Buchtrukera jest mi od Pána Císařského rychtáře Staroměstského Skrze jeho Městského Písaře krukám wpraze dodáno.

Takovau resoluti sem nani včinil A zas Pánu Císařskému Rychtáři skázal: Na termíny a Za nos Wodění já se nedám navésti Židem víceji. Jestli se widí (?) Pánu Cís. Rychtáři a on zato Státi chce do dwau neděl Powoluji aby byl Puštěn Zarestu a zas nespokojíli mně aby do tohož arrestu sedostawil atam zůstawil domého kontentirování mně dluhu.

[48] Wahrscheinlich aus seinem Neudecker Eisenhammer.

[49] Sacerdos = hebr. כהן. Bernhard Fanta ist identisch mit dem im Jahre 1676 verstorbenen Judenrichter Beer Fanta Kohen (dessen Grabsteininschrift in Gal-Ed Nr. 147). Da er dem Geschlechte der Priester (Kohanim) gehörte, fügte er seinem Familiennamen Fanta noch das schön klingende lateinische „Sacerdos", in seinen späteren Briefen Sacerdot oder Sacerdotte zu, wie Jakob Tuschkauer aus dem Geschlechte der „Leviten" seinen Familiennamen das Wort „Levita" zufügte. In seiner Grabschrift wird er als Fürsprecher und Anwalt der Gemeinde, als Mäzen und Wohltäter gerühmt. Im Jahre 1654 gehörte er zu den Ältesten der Prager Judengemeinschaft (vgl. Jakobovits, l. c. S. 260 u. Anm. 24).

[50] Salomon Kauder starb im Jahre 1652. Laut Angabe auf seiner Grabinschrift war er mehrere Jahre Vorsteher der Prager Judenschaft (vgl. Hock-Kaufmann l. c. S. 309).

[51] Mendel Lazarus war Vorsteher der Klaussynagoge. Er starb 1651. (Vgl. Hock-Kaufmann l. c. S. 182.)

[52] Salomon Würmbs ist vielleicht identisch mit dem späteren Hofjuden Salomon Wurmb, der im Jahre 1661 in Wien 200 Stück Tuch für die kaiserliche Armee lieferte (vgl. Grunwald l. c. S. 12).

[53] Es handelt sich hier um drei von Frau Liduška v. Hradišť ausgegebene Schuldbriefe, wie dies aus folgender Bemerkung des Grafen auf der Rückseite des Briefes hervorgeht: „Ob es eine richtige Schuld bei der Frau Liduška v. Hradischt zu erfragen damit ich khan von ihr bezahlt werden, wie auch wegen des Herrn Graf v. Verduco.

[54] Ob hier von den jüdischen Fleischhauern des Ghettos oder von denen der Altstadt die Rede ist, wo damals wie wir sehen werden, einige jüdische Fleischhauer wohnten und ihren Beruf ausübten, ist aus dem Akte nicht zu ersehen.

[55] Ob Brandeis sich den Wagen von einem jüdischen Wagenmacher des Ghettos – im Ghetto gab es im Jahre 1729 zwei jüdische Wagenmacher (Prokeš l. c. S. 326) – oder von einem christlichen Meister anfertigen ließ, ist aus dem Akte nicht ersichtlich; Brandeis hatte natürlich bloß die Tapezierarbeit auszuführen.

[56] Im Jahre 1729 gab es im Prager Ghetto „5 geschworene Procuratoren, deren einer bei den Judenältesten wirkte, während ihnen einer als Actuar diente" (Prokeš l. c. S. 329 ff).

[57] In dem Briefe vom 20. Oktober 1674 unterschreibt er sich Götzl Mändel Lichtenstadt, während sein Name in dem Briefe vom 20. November 1674 und in der Spezifikation bloß Götzl L. lautet. Mändel ist wahrscheinlich der Name seines Vaters, da die Juden damals bekanntlich, wenn sie keinen Familiennamen führten, ihrem Vornamen den Vornamen ihres Vaters zufügten, was zuweilen auch diejenigen taten, die einen Familiennamen führten. Mendel Lichtenstadt gehörte im Jahre 1655 zu den Ältesten der Prager Juden (Jakobovits l. c. S. 295, Anm. 24). Er starb im Jahre 1660 (Hock-Kaufmann l. c. S. 193).

[58] Johann Prochazka zuerst Amtschreiber, dann Wirtschaftsverwalter und schließlich Oberhauptmann in Mělník und Neuhaus war Vertrauensmann des Grafen Humprecht Johann Czernin, der auf seine Ratschläge großes Gewicht legte. Dieselbe Stellung nahm er dann auch bei dem Grafen Herrmann Jacob ein.

[59] Der Sinn des Wortes „versichert" in diesem Satze ist mir unverständlich.

[60] Es ist nicht ausgeschlossen, daß Adam Götzl Lichtenstadt mit dem obengenannten Götzl Mändel Lichtenstadt identisch ist, da die Juden damals bei der Schreibung ihres Namens ganz willkürlich verfuhren. Jakob Tille unterschreibt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

sich auch Jakob Baruch Tille, während sein Vater sich Baruch Tilles unterschreibt; Bernhard Fanta unterschreibt sich Fanta Sacerdos, Sacerdot und Sacerdotte, Jakob Tuschkauer auch Tuschkauer Levita und Aron Löbl Jeuttel auch Löbl Jeuttel, Löbl Jeittels, Aron Löbl Jeitteles, Aron Mojßes Jeuttel und Aron Mojßes Löbl Yeüttel.

[61] Das Wort Buchtrucker in der Unterschrift bezeichnet wahrscheinlich den Beruf des Bittstellers, der wie manche andere Handwerker des Ghettos einen Butterhandel betrieb.

[62] Die Bemerkung: „doch mit dem Eißen ist mir gantz nicht gedient" läßt darauf schließen, daß er auch mit Eisen Handel trieb; doch kann dieselbe auch einen anderen Sinn haben.

[63] Befreiter Hofjude nannte er sich deshalb, weil er als Hofjude von einigen die Juden erniedrigenden Abgaben befreit war und manche andere Freiheiten genoß. Den Titel „kaiserlicher Polnischer Faktor" führte auch der Hofjude Samson Wertheimer (vgl. David Kaufmann l. c.). Über die befreiten Hofjuden vgl. Grunwald, Sam. Oppenheimer und sein Kreis, S. 9ff.

[64] Daß das Bittgesuch in Prag geschrieben wurde, ergibt sich aus der Stelle in der Beilage A: „Drittens kann allhier in dieser Statt Prag . . .".

[65] Mirowitz hatte diese Bittschrift, wie er in derselben ausdrücklich bemerkt, in seinem hohen Alter geschrieben. Und da er laut einer Eintragung im „Liber Judaeorum albus (II Nr. 2170, fol. 49 im Prager Stadtarchiv), die mir Herr Tobias Jakobovits mitzuteilen die Freundlichkeit hatte, im Jahre 1673 im 80. Lebensjahre stand, so kann angenommen werden, daß er das Bittgesuch in der Zeit 1770–75 überreicht hatte.

[66] Grunwald, Samson Oppenheimer S. 12. Herr Dr. Tobias Jakobovits teilt mir mit, daß er im Prager Staatsarchiv „Vieles" über Mirowitz gefunden hat. Doch sind mir diese Akten leider nicht zugänglich.

[67] Humprecht Johann Graf Czernin, der Erbauer des Czerninschen Palais auf der Kleinseite in Prag, war Ritter des goldenen Vließes, Wirklicher geheimer Rat, erster Kämmerer, königl. Statthalter und „des großen Landrechts Beisitzer". Er war Jahre hindurch kaiserlicher Gesandter in Venedig und intimer Freund des Kaisers Leopold I., von dem eine Anzahl von Briefen an den Grafen im Neuhauser Schloßarchiv aufbewahrt sind. Diese einflußreiche Persönlichkeit suchte Mirowitz für sein neuestes Projekt zu gewinnen.

[68] Dr. Solari muß in Prag ein Gelehrter und technischer Fachmann von Ruf gewesen sein, da Mirowitz sich auf ihn als Autorität beruft.

[69] Es ist hier von dem Altstädter Juden die Rede. Sollte in Altstadt, wo im achtzehnten Jahrhundert eine größere jüdische Gemeinde sich befand, in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts nur eine jüdische Familie gewohnt haben?

[70] Die Worte „durch Versilberung von der Herrschaft aus" sind wohl so zu verstehen, daß er den Verkauf von Landesprodukten aus der Herrschaft als Erwerb zu betreiben beabsichtige.

[71] Bona Ventura muß bereits in hohem Alter gestanden sein, da er im Jahre 1645 zu den fünf Opponenten gehörte in einem Streite, der damals zwischen den Judenältesten und angesehenen Männern des Prager Ghettos entstanden war (Jakobovits l. c. S. 255 u. Anm. 12).

[72] Auf dem Bittgesuche geben sie als ihren Beruf „Roßhändler" an, doch handelten sie auch mit Tuch und anderen Waren und waren auch Besucher der Leipziger Messe.

[73] Schopka, ein Dorf bei Mělník.

[74] In Erledigung dieses Gesuches schreibt Graf Herrmann Jacob an seinen Prager Kassier Zeidler: „Obwohl Sie bemelte Juden einige Gnaden nicht würdig sein, sondern wegen ihres Betrügerischen Beginnens Vielmehr Zur Abstattung der Vermöge aller Rechte Zu Bezahlen schuldigen Völligen Interessen anzuhalten wären, daß Ihnen nichts desto weniger auf den Fahl, dafern sie die Prozeßkosten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

würklich bezahlt und den Procurator Soffky contentiret haben, die schuldigen Interessen auß Gnade geschenkt und nachgelaßen sein sollen. Wien, 16. November 1691.

[78] Der Schreiber dieses Briefes ist identisch mit dem fürstlich niedersächsischen Hofjuden und geschworenen Landesdeputierten Abraham Aron Lichtenstadt, dem Primas der, soweit bisher bekannt ist, ersten ordentlich gewählten Deputierten der Landesjudenschaft in Böhmen (vgl. Jakobovits, Jüdisches Gemeindeleben in Kolin, im hist. Jahrb. I, S. 299 u. Anm. 27).

Im Jahre 1693 wurde er von seinen Feinden einer Blasphemie beschuldigt, weswegen sich ein langwieriger Prozeß gegen ihn entwickelte. Er erlegte eine Kaution von 20.150 fl., wovon die Hälfte seine Denuntianten Elias Backofen und Berl Tabor erhielten. Doch schließlich stellte sich dessen Unschuld heraus. Im Jahre 1701 ersuchte er um die Restituierung in seine Primaswürde, die, wie wir aus unserem Briefe ersehen, auch erfolgte. Er starb wahrscheinlich gegen Ende des Jahres 1702, wo (am 3. XII.) Isak Sacerdot zum Primator ernannt wurde (vgl. Grunwald, Sam. Oppenheimer und sein Kreis, S. 331 ff., und Jakobovits l. c.).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Das Prager und Böhmische Landesrabbinat Ende des siebzehnten und Anfang des achtzehnten Jahrhunderts

Von Dr. Tobias Jakobovits

Über die Geschichte des böhmischen Landesrabbinates während seines Bestandes von 1689 bis 1749 und des Prager Oberrabbinates vom Tode des R. Simon Spira-Wedeles bis zu R. David Oppenheim ist in der jüdischen Literatur nur sehr wenig bekannt. Selbst das Wenige, das darüber geschrieben wurde, entspricht vielfach nicht den Tatsachen. Der Grund hiefür ist, daß in den jüdischen Quellen über jene Ereignisse kaum irgendetwas zu finden ist und daß die in den Prager Archiven zerstreuten, einschlägigen Akten den Geschichtsschreibern nicht bekannt waren.

Die vorliegende Arbeit beruht auf diesem Aktenmaterial[1] und gewährt so einen Einblick in das Arbeitsfeld jener Rabbiner und in die Verhältnisse der böhmischen Judenschaft in diesem Zeitabschnitte.

Die Akten, zumeist ein Produkt leidenschaftlich geführter Wahlkämpfe und Rechtsstreite, sagen nur wenig aus über das innere Leben der streitenden Personen, nichts über die Geistesarbeit der Rabbiner, ihr Streben nach Hebung des sittlich-religiösen Lebens, ihre Fürsorge für Kranke, Arme und Bedrückte, nichts über das, was sie ihren zahlreichen Schülern des In- und Auslandes bedeuteten. Auf diese Lichtseiten hinzuweisen erfordert die Gerechtigkeit des Geschichtsschreibers, der das Häßliche jener Streitigkeiten nicht bemänteln darf und will.

I. DAS BÖHMISCHE LANDESRABBINAT

(I. TEIL)

a. Wahl und Bestätigung Abraham Brodas zum Landesrabbiner

Das selbständige Amt des Landesrabbiners in Böhmen, der die religionsgesetzlichen und judiziellen Entscheidungen zu treffen und für die sittlich-religiöse Lebensführung der Landesjudenschaft zu sorgen hatte, hängt mit der Institution der „Deputierten und Beisitzer der Landesjudenschaft in Böhmen" eng zusammen. Wie der Vorstand der Prager

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Judengemeinde bis zum Ausgange des Dreißigjährigen Krieges der Regierung gegenüber die einzige Repräsentanz der gesamten Judenschaft Böhmens bildete, war auch der Prager Oberrabbiner in der Regel das einzige von den Behörden anerkannte religiöse Oberhaupt aller Juden Böhmens. Eine Änderung im Verhältnis zwischen den Juden Prags und der Provinz trat erst ein, als sich gegen Ende der ersten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts die Judenschaft des Landes stark vermehrte und deswegen verpflichtet war, mehr als ein Drittel zur böhmischen Judenkontribution beizutragen. Die Landjuden fühlten sich bei der Aufteilung der Kontribution durch die Prager Judenältesten benachteiligt und beschwerten sich wiederholt darüber bei der böhmischen Kammer und auch bei den Statthaltern, die wieder alles Interesse hatten, daß der Apparat zur Eintreibung der Judensteuer reibungslos arbeite. Die häufigen Klagen veranlaßten die Statthalter im Jahre 1654, aus der Provinz Landesälteste mit besonderen Rechten in Bezug auf die Steuer zu ernennen. In der Ernennung der Landesältesten erblickten aber die Prager Judenältesten eine Beeinträchtigung ihrer „von altersher verliehenen und gnädigst confirmirten Privilegien". Sie befürchteten eine Loslösung der Landjuden, die sogar zur Aufnahme eines eigenen Landesoberrabbiners führen könnte, was sie auch in den vielfachen Eingaben an die Behörden ausdrückten. Die böhmische Kammer beschwichtigte die Prager Judenältesten in einer Zuschrift vom 7. September 1656: die Landesältesten seien nur wie Kontributionseinnehmer zu betrachten, die auch weiterhin keine „Macht haben sollen, einen Obristen Rabbiner ... anzunehmen".

Die Loslösung der Land- von der Prager Judenschaft ging jedoch so rasch vor sich, daß schon im Jahre 1659 die vorher ernannten Deputierten und Beisitzer der böhmischen Landesjudenschaft ihren dauernden Wohnsitz nur in der Provinz haben durften. Eine Verbindung zwischen der Judenschaft in Prag und der Provinz bestand nur noch in der Person des gemeinsamen Oberrabbiners Aron Simon Spira-Wedeles,[2] der Oberrabbiner Prags und des Landes war. Auch nach dessen Tode im Jahre 1679 hatte die Landesjudenschaft nicht die Absicht, einen anderen als den zukünftigen Prager Oberrabbiner für die Provinz aufzunehmen. Sie wartete daher mit der Wahl des Landesrabbiners bis zur Besetzung des Prager Oberrabbinates. Als diese jedoch lange nicht erfolgte und nach der großen Brandkatastrophe der Prager Judenstadt vom 21. Juni 1689[3] hiefür in absehbarer Zeit keine Aussicht vorhanden war, schritt die Landesjudenschaft zur Wahl eines eigenen Landrabbiners. Hiefür kamen in Betracht: R. *Wolf Wedeles* in Prag und R. *Abraham Broda* in Lichtenstadt.

R. Wolf, Sohn des obgenannten Oberrabbiners Simon Spira-Wedeles,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

geboren um 1640, widmete sich ursprünglich nicht dem Rabbiner-, sondern dem Handelsberufe. Er verkaufte Edelsteine und Perlen und machte Geldgeschäfte, wodurch er sich ein großes Vermögen erwarb. Er hatte zwei Söhne: Elias und Jechiel Michl, sowie vier Töchter.[4] *Elia* heiratete Dobrisch,[5] Tochter des einflußreichen Prager Primators *Esriel Bondi*. Diese Verwandschaft spielt im Laufe unserer Darstellung öfter eine Rolle. Auch sonst hatte R. Wolf in Prag eine weitverzweigte Verwandschaft. Nach dem Tode seines Vaters wurde er zum ersten Oberjuristen gewählt und war auch seither Stellvertreter des Oberrabbiners. Er besaß ein bedeutendes jüdisches Wissen und war auch außerhalb Böhmens als Gelehrter anerkannt; dies geht aus den zahlreichen Approbationen[6] hervor, die im Laufe der Jahre viele Gelehrte bei der Veröffentlichung ihrer Werke von ihm verlangten.

R. Abraham Broda (auch Brod, Brodt), geboren gegen 1650, war der Sohn des *Saul*, der mit seiner Frau *Ziperle* in Prag lebte und noch am 30. Juni 1679 als „Präger Jud" verzeichnet ist.[7] Saul ist der Pest vom Jahre 1680 zum Opfer gefallen, seine Frau heiratete wieder. „Zipperle, vorhero des verstorbenen Schaul Brodt, jetzt des Moyses Priseks Weib" heißt es am 3. November 1682 von ihr. *Prag* dürfte Abraham Brodas Geburtsort gewesen sein; er fügt nämlich stets, auch bevor er nach Prag übersiedelte, seinem Namen „aus Prag" hinzu. Im Liber Judaeorum Albus[8] wird er am 10. Jänner 1679 als Verlobter genannt: „Abraham Schaul Brodt und dessen künftiges Eheweib Reikh, des Raby (in Jungbunzlau) Lippmann Graetz Tochter". Nach seiner Verheiratung siedelte er zu seinem Schwiegervater nach Jungbunzlau[9] über und leitete dort eine Talmudschule, die von den vornehmsten Jünglingen aufgesucht wurde. Nach einigen Jahren nahm er das Rabbinat in Lichtenstadt an und gründete auch hier eine bedeutende Talmudschule.[10] Seinen Ruf dankte er der großen Gelehrsamkeit und der ausgezeichneten Leitung der Talmudlehrstätten. Sein berühmter Schüler R. Jonathan Eibenschütz behauptet,[11] die meisten jüdischen Gelehrten seiner Zeit seien Schüler Abraham Brodas gewesen.

R. Wolf Wedeles hatte bei den Landesdeputierten[12] eine große Anhängerschaft. Als sich nun die Landesrabbinerwahl zu seinen Gunsten zu neigen schien, trat der *Primator Abraham Aron* aus Lichtenstadt, der seit dem 20. November 1672 der Landesjudenschaft vorstand, in einem Memorandum an die Landesdeputierten entschieden für Abraham Broda ein; er legte dessen Würde, Gelehrsamkeit, Frömmigkeit, Rechtschaffenheit und Uneigennützigkeit in überzeugender Weise dar, behauptete dagegen von Wolf Wedeles, dieser zeige weniger Eifer zum Studium, als großen Hang zum Handel, sei auch zanksüchtig, bestechlich und unredlich in seiner Amtsführung. Dieses Schreiben, das auch zur Kenntnis

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der Behörden gebracht wurde, war für die Aufnahme Abraham Brodas zum Rabbiner der Landesjudenschaft entscheidend.

Die Wahl Brodas zum Oberrabbiner der böhmischen Landesjudenschaft erfolgte am 9. August 1689. Von den damaligen fünfzehn Kreisen der böhmischen Provinz wurde der Bunzlauer Kreis ausgenommen. Dieser sollte nicht dem Landesrabbiner, sondern dem Rabbiner von Jungbunzlau, R. Lippmann Wolf Graetz, Abraham Brodas Schwiegervater, unterstehen (vgl. Beil. I). Man wollte nämlich den angesehenen, greisen Rabbi seinem Schwiegersohne gegenüber nicht zurücksetzen und seine Einkünfte nicht schmälern. Auch besaß die Judengemeinde Jungbunzlau, eine der ältesten Böhmens, stets Rabbiner, die schwierige religionsgesetzliche Fragen selbständig entscheiden konnten und daher auf den Landrabbiner nicht unbedingt angewiesen waren.

Als eine hauptsächlich finanziellen Angelegenheiten gewidmete Institution unterstand die Landesjudenschaft der Aufsicht der böhmischen Kammer. Als ihr die Deputierten der Landesjudenschaft in einem Memorial vom 22. August 1689 die Wahl Brodas zur Kenntnis brachte, erklärte die Kammer in ihrer Zuschrift vom 14. September die Wahl für ungültig und beauftragte die Landesdeputierten, den gewählten Landrabbiner wieder abzusetzen. Sie begründete dies damit, daß die Wahl ohne Hinzuziehung der Prager Judenältesten und ohne ihre eigene – der Kammer – vorherige Genehmigung erfolgt sei.

Der Primator der Landesjudenschaft, Abraham Aron Lichtenstadt, gab sich mit dem Bescheid der böhmischen Kammer nicht zufrieden und legte in seiner Entgegnung die Notwendigkeit der Besetzung der Landrabbinerstelle dar und wies auch auf die vollständige Unabhängigkeit der böhmischen Landesjudenschaft von der Prager Judengemeinde hin, die eben in der Wahl eines eigenen Landrabbiners der Provinz zum Ausdruck gebracht worden sei. Er hob darin auch die vorzügliche Qualifikation des gewählten Landrabbiners Abraham Broda und die Befriedigung hervor, mit der alle Landjuden die Wahl aufgenommen hätten. Auch teilte er der böhmischen Kammer mit, daß das Gehalt des Landrabbiners nicht aus den Kontributionseinnahmen der Landesjudenschaft, sondern aus freiwilligen Beiträgen der Landjuden gedeckt werden solle. Wir nehmen an, daß Abraham Broda in den späteren Jahren, wie die nachfolgenden Landrabbiner, ein Jahresgehalt von 150 fl. von der Landesjudenschaft bezogen hatte. Scheinbar ist ihm bei seiner Aufnahme auch diese Summe als Gesamtjahreseinkommen für seine Amtführung zugesichert worden, darin waren jedoch die Gebühren für Hochzeiten, Beschneidungen, sowie für seine Jurisdiktion nach jüdischem Rechte mitinbegriffen.

Da nun die „Besoldung" des Landrabbiners nicht aus der Kontri-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bution erfolgen sollte, erließ die böhmische Kammer am 23. Oktober 1689 an den Landprimas ein Dekret, wonach sie Abraham Broda als Landrabbiner unter der Bedingung bestätigte, daß, wenn irgendwelche erhebliche Gründe gegen Brodas Person vorgebracht werden würden, „mit ihm eine Veränderung vorgenommen werden solle" (vgl. Beil. II).

Abraham Aron reichte hierauf an Kaiser Leopold I. ein Gesuch um Konfirmation des gewählten Landrabbiners Abraham Broda ein und legte die erfolgte Bestätigung seitens der böhmischen Kammer bei. Leopold I. erließ d. d. Augsburg am 4. Jänner 1690 an die böhmische Kammer ein Dekret, worin er Abraham, Sohn des Schaul Broda, zum Rabbiner über die gesamte Landjudenschaft Böhmens bestätigt. Die Deputierten der Landesjudenschaft sollten hievon verständigt und Broda in seiner rabbinischen Tätigkeit geschützt werden. Die kaiserliche Bestätigung erfolgte mit denselben Vorbehalten wie die der böhmischen Kammer (vgl. Beil. III.).

R. Wolf Wedeles, der seit dem Tode seines Vaters das Amt eines ersten Oberjuristen und des Stellvertreters des Oberrabbiners unentgeltlich versah, hegte die Hoffnung, der Nachfolger seines Vaters im Prager und Landesoberrabbinate zu werden. Das Landrabbinat glaubte er umsoeher zu erreichen, als er dieses bisher vermutlich über Auftrag der Landesdeputierten und mit Genehmigung der böhmischen Kammer versehen hatte. Die Wahl und Bestätigung Abraham Brodas zum Landrabbiner traf ihn daher sehr schwer. Er trachtete, seine Ansprüche auf die Nachfolgeschaft seines Vaters im Landrabbinate bei den Behörden, zu denen er große Beziehungen hatte, auf schriftlichem und mündlichem Wege geltend zu machen. Sie sollten Abraham Broda trotz der kaiserlichen Konfirmation vom Landrabbinate absetzen und ihn selbst dafür einsetzen. Die kaiserliche Hofkammer in Wien, zu der als der Oberbehörde die Reklamationen des Wolf Wedeles gelangten, forderte von der böhmischen Kammer wiederholt einen Bericht über die Vorgänge bei der Wahl ein. Um aber „nit mehr angeloffen und behelligt" zu werden, ersucht sie am 4. März 1690 die böhmische Kammer, die ganze Angelegenheit durch eine Kommission untersuchen zu lassen und darüber ein „verläßliches" Gutachten abzugeben. Die Ältesten der Prager Judengemeinde, wie auch die Landesdeputierten erhielten den Auftrag, sich über die Rechtsansprüche des Wolf Wedeles auf das Landesrabbinat zu äußern.

Der Vorstand der damaligen Judengemeinde war, wie stets, aus zwei Parteien (Faktionen) zusammengesetzt, die sich hinsichtlich der Ansprüche des Wolf Wedeles feindlich gegenüberstanden. Die eine Partei[13] mit dem Primator der Prager Judenschaft Esriel Bondi, Schwiegervater des Elia, Sohn des Wolf Wedeles, an der Spitze (Bondische Faktion

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

genannt), trat entschieden für die Ansprüche des R. Wolf ein. In ihrem Berichte wies sie auf die große Gelehrsamkeit des R. Wolf hin, bestätigte, daß er die ihm seit zehn Jahren aufgetragenen rabbinischen Ämter zur vollen Zufriedenheit aller Prager Juden versehe und empfahl ihn wärmstens für das Amt des Landrabbiners. Die Gegenpartei mit Moses Abeles-Bunzlau als Führer (auch Abelesische oder frühere Lichtenstädtische Faktion genannt) trat als „Teils Elteste“[14] in einem vom Vorstande gesonderten Berichte ebenso entschieden gegen die Aufnahme des Wolf Wedeles zum Landrabbiner ein. Als Begründung für ihren Sonderbericht gaben sie die Parteilichkeit des Primators Bondi an, der bishin an den Verhandlungen über eine Angelegenheit des Wedeles wegen der Verwandschaft niemals teilgenommen hätte; diesesmal wäre er nicht nur bei den Verhandlungen gewesen und habe mitgestimmt, sondern hätte dem Wedeles die Zuschriften zum Lesen gegeben und mit ihm vorher alles besprochen. In der Sache selbst seien sie gegen Wedeles, der sich ganz dem Handel hingebe und Wucher treibe, sich aber nicht dem Studium widme. In einigen Gemeinden Polens – führen sie u. a. an – sei Wedeles zwar zum Rabbiner gewählt worden, aber nur wegen seines Geldes, jedoch nicht wegen seiner Gelehrsamkeit. Des Wedeles Angabe, er stamme von Rabbinern ab, könne sich nur auf seinen Vater, nicht aber auf seinen Großvater beziehen, der kein Rabbiner gewesen sei. Voll des Lobes äußern sie sich dagegen über den Landrabbiner Abraham Broda: „Hingegen ist bekannt, daß wer nur zum Studieren tauglich Kind hat und studieren lassen will, der hat es vorher, als der Abraham Schaul zu Jung Bunzel gewesen, dahin geschickt und anjetzo schickt man sie aus entlegenen Ländern nacher Lichtenstadt“.

Die Deputierten der Landesjudenschaft wandten sich gleichfalls gegen Wolf Wedeles, namentlich der Primator Abraham Aron, dessen Memorandum an die Landesdelegierten den Behörden zur Kenntnis gebracht wurde und so jeden Anspruch des R. Wolf Wedeles zunichte machte. Die böhmische Kammer wies ihn am 1. September 1690 mit seinen Ansprüchen auf das Landesrabbinat gänzlich ab.

b. Teilung des Landrabbinates

Wolf Wedeles Landrabbiner über die Hälfte Böhmens

In der Angelegenheit des Landrabbinates trat nach kurzer Zeit ein wesentlicher Umschwung ein. Abraham Aron Lichtenstadt kam nämlich im Jahre 1691 in verwandschaftliche Beziehungen zu R. Wolf Wedeles. Sein Sohn Salomon heiratete Schifra, die jüngste Tochter des

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

R. Wolf.[15] Bei der Verlobungsfeier soll sich der Landprimas verpflichtet haben, seinem nunmehrigen Verwandten die Hälfte des Landrabbinates zu verschaffen. Außerdem dürfte sich auch bald gezeigt haben, daß der Wohnsitz des Landrabbiners in Lichtenstadt doch zu weit nach Westen gelegen und für die meisten Landjuden schwer erreichbar gewesen sei, auch bereitete es dem Landrabbiner Schwierigkeiten, die entlegenen Kreise zu bereisen. Primas und Deputierte der böhmischen Landesjudenschaft waren nunmehr einig, R. Wolf Wedeles als Landrabbiner über die Hälfte Böhmens aufzunehmen.

Die Deputierten der Landesjudenschaft im Königreiche Böhmen reichten nunmehr an den Kaiser ein Bittgesuch ein. Darin berichteten sie, daß es dem Landrabbiner Abraham Broda unmöglich sei, von seinem im äußersten Westen befindlichen Wohnsitze aus seinen Amtspflichten in den weitab liegenden Kreisen nachzukommen, zumal er an einer dauernden Unpäßlichkeit leide. Die Landjuden, die viel Mühe und Unkosten aufwenden müßten, um zu ihm zu gelangen, hätten sich darüber schon öfters beschwert. Daher hätten sie einhellig beschlossen, dem Abraham Broda das Landrabbinat nur über eine Hälfte Böhmens zu belassen, für die andere Hälfte, u. zw. für *acht* Kreise, jedoch den Wolf Wedeles als Landrabbiner aufzunehmen. Wolf Wedeles, für dieses Amt „allzuwohl qualifiziert", sei ohnehin schon ehedem von einem großen Teil der Deputierten als Landrabbiner gewählt worden. Durch seinen Wohnsitz in Prag sei es ihm leicht, sein Amt in den um Prag liegenden Kreisen zu versehen. Sie richteten deswegen an den Kaiser die Bitte, Wolf Wedeles als Landrabbiner über die Hälfte Böhmens zu bestätigen.

Um den Behörden ihre Sinnesänderung in der Angelegenheit des Landrabbinates zugunsten des Wolf Wedeles verständlich zu machen, hatten die Landesdeputierten in ihrem Gesuche an den Kaiser die Beschwerden der Landjuden gegenüber dem jetzigen Zustande, als auch die Schwierigkeiten Abraham Brodas selbst bei der Ausübung seines Amtes, ebenso seine „Unpäßlichkeit" vorgebracht. Damit wollten die Deputierten gleichzeitig darauf hinweisen, daß erhebliche Gründe gegen die Weiterbelassung Abraham Brodas in seinem Amte bestehen und somit die in der Bestätigung Abraham Brodas zum Landrabbiner seitens der böhmischen Kammer vom 23. Oktober 1689, wie in der Konfirmationsurkunde des Kaisers gemachten Vorbehalte tatsächlich eingetreten seien. Es lag jedoch die Befürchtung nahe, die böhmische Kammer könnte sich bei der Nachforschung nach der Richtigkeit der gemachten Angaben auch an den bereits konfirmierten Landrabbiner um seine Meinungsäußerung wenden und dieser könnte dann gegen die Überlassung eines Teiles von seinem Landrabbinate an Wolf Wedeles Widerstand entgegensetzen, ja sogar einige der vorgebrachten Tatsachen als unwahr

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bezeichnen. Um dem vorzubeugen, gab der Primator der Landesjudenschaft im Einvernehmen mit Wolf Wedeles im Namen Abraham Brodas ein *fingiertes* Bittgesuch an den Kaiser ein.

In diesem Falsifikate stattet Abraham Broda dem Kaiser seinen Dank für die Konfirmation zum Landrabbiner ab. Wegen seiner dauernden Unpäßlichkeit und seines entlegenen Wohnsitzes sei es ihm aber unmöglich, das ganze Landrabbinat zu behalten. Er begnüge sich gerne mit der einen Hälfte, während er für die andere Hälfte den hiezu geeigneten Wolf Wedeles vorschlage, der ohnehin „bei der kaiserlichen Hofstadt" darum angehalten habe. Hiedurch würden auch alle Streitigkeiten, wie auch die befürchteten Beschwerden der Landjuden verhütet werden. Mit dem Ersuchen um Gewährung seiner Bitte schließt dieses Schreiben.

Diese beiden Zuschriften sandte die kaiserliche Hofkammer am 29. April 1691 (sub. praes. 7. Mai) an die böhmische Kammer mit einem Begleitschreiben, aus dem ihr Mißtrauen gegen die gemachten Angaben hervorgeht. „Nun ist zwar die Beschaffenheit der Sachen unbekannt, nicht destoweniger und im Falle sich die Sache angebrachter Massen verhält, so hätten wir derbei kein Bedenken, dass es bei gedachter Einteilung gelassen werde." Die böhmische Kammer wurde nun ersucht, sich über die Richtigkeit der Angaben Sicherheit zu verschaffen und Bericht zu erstatten. Am gleichen Tage verlangt die Hofkammer auch von den Statthaltern einen Bericht und ein Gutachten über die Angelegenheit des Landrabbinates.

Die böhmische Kammer richtete am 8. Juli 1691 an die Prager Judenältesten ein Schreiben mit dem Auftrage, Wolf Wedeles wegen Übernahme des Landrabbinates über acht Kreise zu befragen und darüber eine Bericht einzuschicken.

Zur Beratung über die Landrabbinerfrage wurden die Prager Judenältesten am 11. Juni abends zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, wobei die alten Gegensätze der Parteien wieder stark zum Vorscheine kamen. Da keine Einigung erzielt werden konnte, wurden abermals zwei gesonderte Berichte abgegeben. Der Primator Esriel Bondi mit den Ältesten berichten der böhmischen Kammer, R. Wolf Wedeles wegen Übernahme des Landrabbinates befragt zu haben, der sich hiezu ohneweiteres bereit erklärte. Wedeles, fügen sie hinzu, sei auch würdig und infolge seiner großen Gelehrsamkeit wie kein anderer befähigt, die Stelle eines Landrabbiners zu bekleiden, wie er dieses in den elf Jahren seiner Prager rabbinischen Tätigkeit vollauf bewiesen habe. Seine Bestätigung zum Landrabbiner möge jedoch mit dem Vorbehalte erfolgen, im Falle der Aufnahme eines Prager Oberrabbiners sei diesem, dem Herkommen nach, das ganze Landrabbinat zu übertragen. Die Ältesten berichten auch von der Nichtbeteiligung des Moses Abeles und seines

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Anhanges an der Abstimmung, obwohl durch Teilung des Landrabbinates „die jüdischen Zeremonien" umso besser versehen werden könnten; dem Abeles käme es offenbar nur auf Hervorrufung neuer Zänkereien an.

Anders lautet der Bericht der „Teils Älteste, Gemein Älteste und Kassiere der Prager Judenschaft", wie sich die Partei des Moses Abeles unterschreibt. Sie legen zunächst die Gründe des plötzlichen Umschwunges der Deputierten dar, die auf die neuen verwandtschaftlichen Beziehungen Abraham Aron Lichtenstadts zu Wolf Wedeles zurückzuführen seien. Ebenso sei auch der günstige Bericht der Bondischen Partei durch Wedeles Verwandtschaft mit Bondi begründet. Die Aufnahme eines Landrabbiners erachten sie als überflüssig, da von „uralten Zeiten observirt worden", daß sämtliche Landjuden dem Prager Oberrabbiner unterworfen gewesen seien. Die Bestellung Brodas erfolgte nur zur Verbesserung seines Lebensunterhaltes mit Rücksicht auf seinen Fleiß und seiner weltbekannten Gelehrsamkeit, was bei Wedeles in keinem Falle zutreffe. Sie bestreiten entschieden die Angaben der Landesjudenschaft, Abraham Broda sei irgendwie unpäßlich oder die Landjuden hätten sich wegen der weiten Entfernung beklagt, da ihnen im Osten des Landes mehrere Rabbiner (von Jung Bunzlau, Nachod und Neu Bidschof) zur Verfügung stünden. Sie wenden sich daher gegen die Aufnahme des Wolf Wedeles zum Landrabbiner.[18]

Bevor diese Berichte des Prager Vorstandes abgegeben wurden, hatte Wolf Wedeles an die böhmische Kammer eine Erklärung gesandt, daß er das Landrabbinat annehme. Die Aufnahme solle ohne Rücksicht auf eine eventuelle Besetzung des Prager Oberrabbinates erfolgen, wie dieses auch bei der Aufnahme Abraham Brodas geschehen sei, „welcher mir jetzt daselbst die Hälfte Teils seiner Landt Rabbiner Stell überlasset". Wedeles weist noch auf seine vor Jahren erfolgte Aufnahme zum Landrabbiner hin und ersucht um schleunigste Durchführung seiner Installation.

Die Angelegenheit wurde von der böhmischen Kammer tatsächlich mit großer Beschleunigung erledigt. Am 18. Juni 1691 erließ sie an die Landesjudenschaft ein Dekret, wonach sie infolge des Gesuches der Landesdeputierten und des Landrabbiners Abraham Brodas, den *Wolf Wedeles* zum *Landrabbiner* für folgende *acht Kreise* Böhmens bestätigte. Für den Jung Bunzlauer, Kaurimer, Chrudimer, Bechiner, Czaslauer, Schlaner, Leitmeritzer und Königgrätzer Kreis. Diese Bestätigung sei in allen Judenschulen der acht Kreise zu publizieren und Wolf Wedeles in seiner rabbinischen Funktion gegen jeden zu schützen (vgl. Beil. IV).

Da in den späteren Akten bei Erwähnung des Landrabbinates von

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Wolf Wedeles immer nur *sieben* Kreise genannt werden, dürfte doch auch nach der neuen Einteilung der Bunzlauer Kreis dem Jungbunzlauer Rabbiner Lippmann Graetz verblieben sein. Für Abraham Broda blieben noch folgende sieben Kreise übrig: der Pilsner, Prachiner, Saazer, Elbogener, Rakonitzer, Podbroder und Moldauer Kreis.

Das schöne Verhältnis zwischen R. Abraham Broda und dem Primator Abraham Aron Lichtenstadt hatte seit der Verlobung Salomon Levi Lichtenstadts mit Schifra Wedeles eine starke Trübung erfahren, weshalb sich Broda in Lichtenstadt nicht mehr wohl fühlte. Als er nun noch von den Einwendungen vernahm, die die Landesjudenschaft gegen seinen Wohnsitz vorbrachte, entschloß er sich, Lichtenstadt zu verlassen und ein anderes Rabbinat zu suchen, das sich mehr im Mittelpunkte des Landes befinde. Ein solches bot sich ihm bald in der alten Judengemeinde Raudnitz, die auch schon vorher bedeutende Gelehrte als Rabbiner gehabt hatte.[18]

Abraham Broda pflog mit dem Raudnitzer Judenvorstand wegen Übernahme des Rabbinates Verhandlungen und kam Dienstag den 25. Juni 1691 nach Raudnitz, um diese zum Abschlusse zu bringen. Gleich bei seiner Ankunft mußte er erfahren, daß Wolf Wedeles schon Freitag zuvor einen Boten mit der Abschrift seines Ernennungsdekretes zum Landesrabbiner zum Raudnitzer Vorstand geschickt hatte, um Brodas Aufnahme zu verhindern, „weil das sein Revier sei".

Niedergeschmettert von dieser Nachricht schreibt Abraham Broda gleich am Mittwoch den 26. Juni einen Brief voll Erbitterung an seine Verwandten Moses und Lazar Bunzl[19] in Prag. Er klagt darin Wolf Wedeles als den Urheber aller Zänkereien in Prag an, der die Einhaltung der Heiligen Schrift hemme und jetzt auch noch das „Lernen" auf dem Lande zugrunde richten wolle. Sie möchten in seinem Namen an die böhmische Kammer eine Eingabe machen, „als ich mich beklage, er (Wedeles) hat eingeben ein Memorial und mich unterschrieben mit falscher Unterschrift und scaliret mit großer Schmach und Lügen". Die Zuschrift an die böhmische Kammer sollten sie dem Landschreiber R. Elias Bunzl übergeben, damit er sie überreiche. Die Antwort auf seinen Brief sollten sie nicht nach Raudnitz, von wo er bald abreise, sondern per Post nach Lichtenstadt schicken. Abraham Broda hatte die Überzeugung, daß ihm noch Höheres bestimmt sei: „Will verhoffen, wann Gott auf mich mit dem Leben gebieten wird, daß alle meines Geschlechts ein groß Belieben von mir haben werden, ... will hoffen, daß der allmächtige Gott, gelobt sei er, mich und meine (Schüler), die von mir lernen, und meinen ganzen Anhang nicht verlassen werde, will mir meine Sachen auf ein anderes Landt stellen."

Das Protestschreiben Abraham Brodas blieb, genau wie das zu sei-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nen Gunsten abgegebene Gutachten des Prager Teilvorstandes, natürlich ohne Erfolg. Die Behörden waren froh, den seit Jahren um das Landrabbinat wogenden Kampf durch die Teilung aus der Welt geschafft zu haben. Das Landrabbinat blieb von nun ab bis zum Ableben der beiden Landrabbiner geteilt. Abraham Broda übernahm bald das Rabbinat der Judengemeinde in Raudnitz und vermehrte auch dort durch seine Lehrtätigkeit an der von ihm gegründeten Talmudschule den Ruhm seines Namens.[20] Er erfreute sich dort wieder der Gewogenheit des Primators und der Deputierten der Landesjudenschaft. Aus der Anklageschrift im großen Prozesse gegen Abraham Aron Lichtenstadt wissen wir, daß die Landesjudenschaft seine Talmudschule in Raudnitz durch Geldbeiträge förderte und daß Abraham Aron zur Verheiratung von Brodas Schwester 30 fl. beisteuerte.[21]

Wenn auch dem Landrabbiner Abraham Broda ohne sein Wissen und gegen seinen Willen die Hälfte des Landrabbinates abgenommen wurde, war doch der um das Landrabbinat geführte Kampf nicht ohne zukünftige Vorteile für ihn.

Dieser Kampf mit seinen Winkelzügen lieferte den Gegnern des Wolf Wedeles eine scharfe Waffe, die sie gelegentlich der Besetzung des Prager Oberrabbinates mit Erfolg verwerteten. Hierüber ist nunmehr zu berichten.

II. DAS PRAGER OBERRABBINAT GEGEN ENDE DES SIEBZEHNTEN JAHRHUNDERTS

a. Die Wahl von zwei Oberrabbinern

Wie schon anläßlich der Besetzung des böhmischen Landrabbinates hervorging, war die Prager Judenschaft am Beginne des letzten Jahrzehnts des siebzehnten Jahrhunderts in Parteien und Gruppen zerklüftet, die sich einander heftig befehdeten und selbst vor Denuntiationen bei den Ämtern und Behörden nicht zurückschreckten, wenn es galt, dem Gegner zu schaden. Der äußere Druck gegen die Judenschaft des Prager Ghettos wurde damals immer stärker; dies wirkte sich innerhalb dieses Ghettos aus durch zunehmenden Streit und Hader. Sicherlich hätte ein Oberrabbiner infolge seines Amtes und seiner persönlichen Autorität bedeutend zur Beruhigung der Gegensätze beitragen können. Das Prager Oberrabbinat war jedoch seit dem Tode des R. Simon Spira-Wedeles (i. J. 1679) nicht besetzt worden. Dessen Sohn R. Wolf Wedeles war nur Stellvertreter des Oberrabbiners; als solcher hatte er hauptsächlich die obligaten zwei Predigten im Jahre abzuhalten und Trauungen zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

vollziehen, während die auftauchenden religiösen Fragen von ihm, als erstem Oberjuristen, und den fünf anderen Oberjuristen gemeinsam entschieden wurden. Er hatte daher weder die Befugnis, noch die Macht, durch Anwendung von Strafen die Streitigkeiten aus der Welt zu schaffen. Über die Aufnahme eines neuen Oberrabbiners konnten sich aber die Parteien nicht einigen. Die Bondische Faktion, die während des letzten Jahrzehnts die Führung in der Gemeinde inne hatte, war durchaus für die Aufnahme des Wolf Wedeles zum Prager Oberrabbiner. Wegen stärkster Gegnerschaft der andern (Lichtenstädter oder Abelesischen) Faktion wagte sie jedoch nicht, seine Kandidatur durchzudrücken. Diese Gegnerschaft hatte sich Wolf Wedeles nicht so sehr wegen seines allzu intensiv betriebenen Handels zugezogen, an den man ja schließlich auch bei den früheren Prager Oberrabbinern gewöhnt war, sondern hauptsächlich deshalb, weil er als Gläubiger unnachsichtig aufgetreten war und auf die Volksstimmung zu wenig Rücksicht genommen hatte. So schritt er nach den Verheerungen des großen Brandes gegen die Erlassung eines Moratoriums für die Prager jüdischen Handelsleute beim Kaiser ein.[22] Wedeles schloß sich auch zu sehr der Bondischen Faktion an und wurde als ihr eigentlicher Berater angesehen.

Auch der innerhalb des Prager Judenvorstandes geführte Kampf um das böhmische Landrabbinat zeigte seine ungünstigen Wirkungen in der Prager Oberrabbinerfrage. Als nämlich im Jahre 1690 die Ansprüche Wolf Wedeles auf das Landesrabbinat, trotz des zu seinem Gunsten abgegebenen Gutachtens der Bondischen Faktion, abgewiesen wurde, befürchtete diese, die Gegenpartei würde auf die Aufnahme eines Fremden als Prager Oberrabbiner dringen. Deshalb ersuchte sie die böhmische Kammer, zu verordnen, daß „keinerseits" ein Oberrabbiner gewählt werden dürfe. In ihrer Verordnung vom 22. August 1690 ging die böhmische Kammer noch weiter, indem sie dem Vorstande untersagte, „jemandem einigen actum eines Oberrabbiners zu verstatten". Worauf die Judenältesten am 31. August der böhmischen Kammer mitteilten, daß doch jemand die täglich vorfallenden „Rabbinergeschäfte" versehen müsse und sie ersuchten, es bis zur künftigen Wahl bei der bisherigen „Observanz" bewenden zu lassen.

Scheinbar nicht ohne Zusammenhang mit der erzwungenen Ernennung des Wolf Wedeles zum Landrabbiner über die Hälfte Böhmens, zu der auch die Bondische Partei beigetragen hatte, steht die Auflösung des Prager Vorstandes, die am 19. Juli 1691 durch Leopold I. erfolgte. Der Kaiser ernannte gleichzeitig „Regierer" der Prager Judenschaft und schrieb Neuwahlen aus. Das Ergebnis der Neuwahlen dürfte aber keineswegs zur Beruhigung der Prager Judenschaft beigetragen haben, da auf Grund einer kaiserlichen Resolution im Jahre 1692 die Faktionen ab-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

geschafft wurden. Am 21. Juli 1692 fand die Wahl ohne Rücksicht auf die Faktionen statt. Dadurch trat in der Leitung der Prager Judengemeinde ein wesentlicher Umschwung ein. Moses Abeles, der Führer der früheren Abelesischen Faktion, wurde Primator der Prager Judenschaft und ein großer Teil seines Anhanges war im Vorstande vertreten.

Das erste Bestreben der neuen Judenältesten war, die Stelle des Prager Oberrabbiners mit einer geeigneten Persönlichkeit zu besetzen. Die darüber innerhalb des Vorstandes und mit den maßgebensten Männern geführten Verhandlungen und Besprechungen brachten das Ergebnis, daß die Prager Judenältesten die Wahl für den 31. Dezember 1692 im jüdischen Rathause festsetzten. An der Wahl beteiligten sich außer den Ältesten, Gemeinältesten, Beisitzer und Kassiere der Prager Judenschaft noch etwa fünfzig Personen. Darunter waren alle „Ober, Müttler und Niedere Juristen", die Schulverwalter[23] vornehme Privatpersonen und hohe Kontribuenten,[24] zusammen etwa achtzig Personen. Diese beschlossen einhellig, gleichzeitig *zwei Oberrabbiner* aufzunehmen. Als *erster* Oberrabbiner wurde R. *Gabriel*, Rabbiner in Olkusz (Polen) gewählt. Dessen Aufgabe war: „so die Leute bestraffen, von allen Übel abhalten, auch die jüdische Jura tradiren könnte", er sollte das Recht haben, die Trauungen zu vollziehen und die Ehrentitel „Morenu" und „Chower" zu verleihen. Zum *zweiten* Oberrabbiner wurde R. *Abraham Broda*, böhmischer Landrabbiner und Rabbiner in Raudnitz, gewählt, der „die Lehr, die jüdischen Studenten und Schulmeister zu unterrichten und zu versehen haben möchte".

Die Aufnahme von zwei Rabbinern sei, nach einem Berichte der Judenältesten, in Prag „nichts Neues, sondern von ewigen Zeiten her übig gewesen". Der frühere Prager Oberrabbiner Simon Spira war bis 1647 auch nur „Oberrabbiner über die jüdischen Studenten" und wird im Sitzbuch der Pinkas-Synagoge[25] im Jahre 1644 im Hebräischen genannt: הגאון הגדול ר"ש מתיבתא האלוף המרו' מוהר"ר שמעון י"ץ. „Der große Gaon, Haupt der Lehrstätte, der erhabene Fürst Rabbi Simon, der Gerechte lebe". Eine solche Stelle hatte auch, zumindest am Anfang der Hohe Rabbi Löw in Prag inne.

Bei der jetzt durchgeführten Wahl scheint jedoch die Teilung des Oberrabbinates hauptsächlich aus dem Grunde erfolgt zu sein, weil sich der Vorstand, der kein einheitliches Gepräge hatte, auf einen der beiden Rabbiner nicht einigen konnte. R. Gabriel aus „Elkesch", Sohn des R. Löw aus Krakau und ein Enkel des Koliner Rabbiners und Prager Oberjuristen R. Chaim S. Sinai, der ein Neffe des Hohen Rabbi Löw war, hatte in Prag einige Verwandte, die sich für ihn einsetzten. Zu diesen gehörte hauptsächlich der willensstarke Judenälteste R. Chaim Toders[26], auch Chaim Mesia genannt, Rabbiner der Pinkas-Synagoge.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

R. Gabriel Elkesch, im Rufe eines großen Gelehrten und eines bescheidenen aber tüchtigen Rabbiners, erschien auch den anderen als der geeignete Mann für das Prager Oberrabbinat, doch glaubten sie, ihren Talmudschulen erst durch die Wahl des schon damals gefeierten Lehrers R. Abraham Broda den höchsten Glanz verleihen zu können.

Die Freude über die getroffene Wahl war bei den Prager Juden im allgemeinen groß, nur die Verwandten und Freunde des zurückgesetzten R. Wolf Wedeles waren über den Ausgang der Wahl empört. Sie beschlossen, alle nur möglichen Schritte zu unternehmen, um das Ergebnis der Wahl zunichte zu machen. Der neue Vorstand hat sogar R. Wolf Wedeles von seinem seit dem Tode seines Vaters innegehabten Amte eines ersten Oberjuristen abgesetzt und an seine Stelle R. Feisch Lichtenstadt,[27] Verfasser des „Dat Esch", eingesetzt.

Die Prager Juden Juda Porges, Joachim Pohl und Joseph Löbl Weltsch, Verwandte und Freunde von Wedeles, verfaßten gleich nach dem Bekanntwerden des Wahlresultates ein Protestschreiben, das sie an die kaiserliche Hofkammer sandten. Darin werden besonders folgende fünf Punkte hervorgehoben: 1. Die gewählten Rabbiner hätten in Prag viele Verwandte und Freunde, denen sie zu Ämtern verhelfen und bei der Entrichtung der Kontribution verschonen würden. 2. Die Wahl wäre überflüssig gewesen, weil das Oberrabbinat durch R. Wolf Wedeles ohnehin seit zwölf Jahren würdig versehen worden sei. 3. Infolge Aufnahme der Rabbiner werde das Obersteueramt durch das Rabbiner-Geld (Akzidentien), das bisher in die Kontributionskassa gekommen sei, verkürzt, die müßten überdies noch entlohnt werden. 4. Durch die Aufnahme zweier Rabbiner würden Parteiungen und Zwiespälte entstehen. 5. Seien die beiden Rabbiner für das Amt „incapabl" und die Parteien wollen sich durch sie nur stärken.

Die von der böhmischen Kammer am 2. Jänner 1693 an die Prager Judenältesten[28] zur Berichterstattung übersandte Eingabe der Privatjuden beantworteten sie am 9. Jänner. Nach einem Rückblick über die Vorgeschichte, die die Besetzung des Oberrabbinates als wünschenswert erscheinen ließ, schildert der Vorstand den Vorgang der Wahl und ihre Bedeutung für die Prager Judenschaft, um dann schließlich die vorgebrachten Einwände Punkt für Punkt zu widerlegen. Die Rabbiner seien ausschließlich zur Verrichtung ihrer Amtspflichten da und hätten mit der Wahl der Beamten oder mit der Kontributionsanlage, bei denen nur die Fähigkeit zu einem Amte, bzw. die Vermögensverhältnisse maßgebend seien, nicht das geringste zu tun. Es sei übrigens nicht möglich, sobald einen Rabbiner zu finden, der in der großen Prager Judengemeinde keine Verwandte hätte. Das Oberrabbinat wäre durch R. Wolf nicht besetzt, er wäre nur der erste der sechs Oberjuristen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gewesen, die aber den Zwiespalt in der Gemeinde nicht bannen konnten. Wedeles wäre sogar selbst Urheber vieler Streitigkeiten gewesen. Die Akzidentien gehören rechtmäßig dem Rabbiner und nicht in die Kassa. Die beiden Rabbiner sollten zusammen nicht mehr Gehalt haben als früher einer gehabt habe. Es sei nicht anzunehmen, daß zwischen den Rabbinern oder deren Anhängern Zwiespalt entstehen werde, „in deme dieselben die Gemeinde in einer Richtschnur zu erhalten sich angelegen sein lassen müssen". Es sei allgemein bekannt, welch gelehrte und berühmte Männer die erwählten Rabbiner seien, „und solche Subjekta seint, deren gleichen in der Weiten und Breiten Judenschaft nicht zu finden". Die Prager Judenältesten ersuchten nun die böhmische Kammer, die Wahl der beiden Oberrabbiner zu bestätigen.

Um den Vorgang bei der Aufnahme und Bestätigung des Prager Oberrabbiners zu erfahren, ließ die böhmische Kammer in ihren alten Akten nachsuchen und fand die Wahl des Oberrabbiners Simon Wedeles vom Jahre 1647 durch die Ältesten, ihr Gesuch an den Kaiser sowie dessen Konfirmationsdekret hiefür als das Vorbild. Sie gab daher den Prager Judenältesten am 19. Jänner den Bescheid, sich wegen der Bestätigung so zu verhalten, wie es im Jahre 1647 bei der Wahl des Oberrabbiners geschehen sei. Sie sollten zu diesem Zwecke ein Gesuch an den Kaiser eingeben.

Über Aufforderung der kaiserlichen Hofkammer gab die böhmische Kammer am 14. Feber ein Gutachten über die Prager Oberrabbiner-Angelegenheit ab. Darin führt sie die Angaben der Privatjuden und die Entgegnung der Judenältesten an. Da das Gehalt für die beiden Rabbiner aus der Kontributionskassa entnommen, dieses Geld jedoch zur Abstattung der großen Privatschulden und zur Bezahlung der über 30 Tausend fl. betragenden Kontributionsrestanten verwendet werden müßte, schlägt die böhmische Kammer vor: Das zu erwartende Gesuch der Prager Judenältesten an den Kaiser um Konfirmation ihrer Rabbiner abzulehnen und sie auf den Eintritt besserer Zeiten zu vertrösten.

Die oberste Finanzbehörde des Reiches, die kaiserliche Hofkammer, beurteilte die zu erteilende Bestätigung der Prager Rabbiner vom Gesichtspunkte der Finanzgebahrung und erblickte in der Aufnahme der beiden Rabbiner nur Vorteile. Als angesehene Autoritäten werden dieselben für die friedliche Entwicklung der Prager Judengemeinde sorgen, was für die pünktliche Ablieferung der Judenkontribution nur Vorteile bringen kann. Die Bezahlung der beiden Rabbiner erfordert keinen größeren Betrag als ehedem und der Ertrag der Akzidentien war geringfügig. Mit dieser Begründung schrieb die kaiserliche Hofkammer am 22. Feber 1693 an die böhmische Kammer, daß sie gegen die Aufnahme der beiden Rabbiner kein Bedenken habe und sie daher in ihrem Amte *bestätige*. Daraufhin gab die böhmische Kammer dem Altstädter Richter Georg Ludwig

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kutschera von Osterberg am 3. März den Befehl, den Ältesten der Prager Judenschaft das Schreiben der kaiserlichen Hofkammer zuzustellen und ihnen mitzuteilen, daß auch die böhmische Kammer es bei der Aufnahme der beiden Rabbiner bewenden lasse. Gleichzeitig solle der Altstädter Richter diese Bestätigung der Rabbiner in allen Prager Juden-Schulen (Synagogen) publizieren.

Die unerwartet rasche Bestätigung der gewählten beiden Rabbiner durch die kaiserliche Hofkammer, der sich auch die böhmische Kammer anschließen mußte, dürfte ihren Grund in der Befürchtung gehabt haben, daß sich die Streitigkeiten um die Besetzung des Prager Oberrabbinates vertiefen und die politischen Behörden, die ohnehin in der Aufnahme der auswärtigen Rabbiner eine Stärkung des Prager Ghettos sahen, zum heftigsten Widerstande gegen diese Rabbiner veranlassen könnte. Wie begründet diese Befürchtung war, zeigte schon das Schreiben des Erzbischofs von Prag Johann Friedrich an die Statthalter vom 2. Jänner 1693, worin er gegen die Wiedereröffnung der Altschul und gegen die Aufnahme des Oberrabbiners protestiert und ersucht, daß „der junge fremde Rabbiner von hier weggeschafft werden möge" (vgl. Beil. V). Ebenso protestierte auch der Magistrat der Prager Altstadt bei der Appellationskammer gegen die Aufnahme der zwei auswärtigen Rabbiner, da sich hiedurch die Zahl der jüdischen Familien in Prag vermehren würde, was dem kaiserlichen Reskripte vom 1. Oktober 1689[29] widerspreche.

Eine bedeutende Verschärfung des Kampfes um das Prager Oberrabbinat verursachte ein Gesuch, das zehn Prager maßgebende Juden[30] am 6. Feber an den Kaiser sandten. Die großen Verdienste des Rabbiners Wolf Wedeles, die er sich während seiner zwölfjährigen Amtstätigkeit als Stellvertreter des Oberrabbiners und als erster Oberjurist um das Prager Judentum erworben hat, werden darin ausführlich geschildert und durch ein Zeugnis, das ihm seinerzeit der Prager Vorstand ausgestellt hat, belegt (vgl. Beil. VI). Daß es nicht nur eine moralische, sondern auch eine rechtliche Pflicht sei, R. Wolf Wedeles als Oberrabbiner von Prag zu bestellen, versuchen sie durch ein Zitat aus dem Tur Jore Dea[31] zu beweisen, wo es heißt: „Wenn ein Oberrabbiner verlasset einen Sohn, der nur etwas zur Rabbiner Stelle tauglich wäre, so gebühret die Rabbiner Stelle dessen Sohn vor allen anderen, obwohl ein anderer mehr studiert sein möchte." Mit scharfen Worten wenden sie sich nun gegen die jetzigen Judenältesten, die die Judengemeinde zugrunde richten und „aus pur lauter Passion" den Wolf Wedeles verstoßen und einen Fremden aus Polen einem Einheimischen vorziehen. Sie bitten nun den Kaiser, den Wolf Wedeles, der viel kontribuiere, große Verdienste habe und in sieben Kreisen Landrabbiner sei, als Oberrabbiner von Prag zu bestätigen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Unterdessen langte an den Kaiser auch das Gesuch der Prager Judenältesten sub praes. 16. Feber um Konfirmation der gewählten Rabbiner ein. Zum großen Teile stimmt dieses mit dem Gesuche der Ältesten vom Jahre 1647 wörtlich überein. Sie legen darin die dringende Notwendigkeit der Wahl und die Nützlichkeit der Besetzung des Oberrabbinates dar und ersuchen den Kaiser, die beiden Oberrabbiner in Protektion und Schutz zu nehmen, „damit die arme Gemeinde ferner in Fried, Einigkeit und guter Ordnung wäre".

Als Folge dieser Eingaben erließ Leopold I. d. d. Wien 17. Feber an die Statthalter ein Dekret, worin er seiner Verwunderung Ausdruck gibt, daß die Prager Judenältesten den Wolf Wedeles, „ungeachtet er die Verdienste seines Vaters vor sich habe" und selbst sein Amt ordentlich versehe, verstoßen und ihm einen Ausländer aus Polen vorziehen. Die Statthalter mögen sich darüber, wie über das Konfirmationsgesuch der Ältesten gründlich informieren, sich diesbezüglich mit der Appellationskammer und der böhmischen Kammer in Verbindung setzen und ein Gutachten an die böhmische Hofkanzlei einschicken.

Kurz bevor dieses kaiserliche Dekret in Prag bekannt wurde, war die bereits erwähnte Bestätigung der Wahl durch die Hof- und böhmische Kammer in den Synagogen verlautbart worden, wovon die böhmische Kammer den Statthaltern gleich Mitteilung machte und sie ersuchte, die Rabbiner in ihren Schutz zu nehmen. Als die Anhänger des Wolf Wedeles vom Eintreffen des kaiserlichen Dekretes erfuhren, gaben Lazarus Michl Wiener, Aaron Schlackenwerth, Isak Pschibram und Wolf Raudnitz (Spira) am 5. März die „fußfallende Bitte" an die Statthalter ein, „den vermeintlichen an und aufgenommenen" Oberrabbiner, der zur „Installierung seines Oberrabbiner Ambts" nach Prag berufen wurde und auch „stündlich erwartet wird", den Eintritt in die Prager Städte zu verwehren. Es möge alles bis zur Erledigung der kaiserlichen Resolution in statu quo verbleiben.

Nach der damaligen Sitte wurde nämlich dem neugewählten Oberrabbiner gleich nach der Wahl durch eine Abordnung der Gemeinde der Rabbiner-Brief (Aufnahmsschein) überreicht und gleichzeitig ersucht, sich persönlich seiner neuen Gemeinde vorzustellen.[32]

Am 5. März 1693 übersandten die Statthalter eine Abschrift des kaiserlichen Dekrets und der Beilagen zur Begutachtung an die Appellationskammer und an die böhmische Kammer. Während sich die Appellationskammer diesbezüglich mit dem Altstädter Richter in Verbindung setzte, übersandte die böhmische Kammer das Dekret und das Gesuch der zehn Prager Juden vom 6. Feber an die Prager Judenältesten zur Meinungsäußerung.

Die Antwort der Ältesten an die böhmische Kammer am 9. März 1693

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

zeigt die Erregung, die innerhalb des Vorstandes und der Prager Judenschaft geherrscht hat. Nachdem sie die Dringlichkeit der Besetzung des Oberrabbinates und die Berühmtheit der erkorenen Rabbiner ausführlich geschildert haben, greifen sie den Wolf Wedeles aufs heftigste an. Sie bezeichnen ihn als einen ruhelosen Menschen, Gesetz- und Zeremonienfälscher, als Wucherer, der die Leute aussauge; er sei wie eine giftige Wurzel, aus der alles Unheil herauswachse, und sie sprechen ihm die Fähigkeit ab, auch nur Oberjurist in Prag zu sein. Das von seiner Partei seinerzeit ausgestellte Attest spricht von Wedeles nur als Oberjuristen, nicht aber als Oberrabbiner, weil ihn auch die eigene Partei während ihrer zwölfjährigen Herrschaft nicht zum Oberrabbiner wählen wollte. Auch der verstorbene Oberrabbiner habe in einer Predigt in der Synagoge gesagt: „Es wäre ihm sehr lieb, wenn er ein taugliches Subjektum wüßte, der dieses Ambt von ihme als einen alterlebten Mann übernehmen könnte." Dieser hätte sicherlich seinen Sohn vorgeschlagen, wenn er ihn hiezu für geeignet gehalten hätte. Wedeles besitze über hunderttausend Gulden und bezahle doch keinen Perdon, durch Erlangung des Oberrabbinates wolle er sich auch von der Kontribution befreien. Mit besonderer Ausführlichkeit verbreiten sich die Ältesten über die Erlangung des Landrabbinates, das er sich durch die nachträgliche Verwandtschaft mit dem Landesprimator „strafenmäßig" erschlichen hätte. Sie legten auch eine Abschrift von dem Memorandum bei, das Abraham Aron seinerzeit an die Landesdeputierten gegen Wolf Wedeles geschrieben hatte. Die Ältesten schließen ihr sehr weitläufiges Schreiben mit der Bitte, das Gesuch der Privatpersonen gänzlich abzuweisen und Wolf Wedeles vom Landesrabbinate abzusetzen. Es dagegen bei der bereits publizierten Bestätigung der beiden Rabbiner bewenden zu lassen, da es sonst ein Skandal für die Hofkammer wäre.

Diese Zuschrift der Judenältesten machte sich die böhmische Kammer in ihrem Gutachten, das sie am 12. März 1693 an die Statthalter sandte, zu eigen, die sie darin fast wörtlich anführt. Sie ist entschieden gegen die Aufnahme des Wolf Wedeles zum Prager Oberrabbiner schon aus dem Grunde, da er dadurch von der Zahlung der Kontribution befreit werden möchte.

Diese Gutachten und die Meinungsäußerung der Prager Judenältesten schickte die böhmische Kammer auch der kaiserlichen Hofkammer nach Wien. Die Hofkammer kannte die Stimmung der politischen Behörden in Prag und wußte, daß diese ihr Gutachten gegen die Bestätigung der erwählten Rabbiner abgeben werden. Um diesem vorzubeugen, wandte sich die Hofkammer am 31. März 1693 mit einem Schreiben an die böhmische Hofkanzlei. Alle wesentlichen Tatsachen, die gegen die Aufnahme des Wolf Wedeles sprechen, führt sie darin an. Besonders verbreitet sie sich über seinen Handel und seine Kontributionszahlung, die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mit der Übernahme des Oberrabbinates aufhören möchte. Zu Wedeles Nachteil bringt sie auch, daß „sein Vater, auch gewesener Oberrabbiner, bei der vor einigen Jahren vorbei gegangener homicidie des getauften Judens Winborsky interessiert zu sein beschuldigt worden".[33] Der von den Judenältesten erwählte Oberrabbiner aus Polen, der keine Verwandten mit sich führt und durch den dem Kontributionswesen nichts entzogen werde, möge vom Kaiser bestätigt werden, damit unter den Juden Frieden gestiftet werde.

Um die Heimatszugehörigkeit R. Gabriels nachzuweisen, legten die Ältesten der Statthalterei am 7. April 1693 eine Bestätigung von zwei greisen Prager Juden, Simon Sacerdot und Moyses Liberles, vor. Demnach sei R. Gabriel ein Enkel des R. Chaim Sohn Sinais, der in Prag ein Ältester und Oberjurist war. Nach seinem Tode heiratete seine Witwe R. Moses Brodt,[34] der ein Ältester und ein Primas gewesen sei. Ebenso sei auch sein Vetter R. Bezalel (R. Chaim) R. Sinais ein Ältester und ein Primas gewesen. (Vgl. Beil. VII.)

Über Auftrag gab am 14. April der Altstädter Richter Georg Ludwig Kutschera von Osterberg über eine erfolgte Verurteilung des R. Wolf Wedeles folgenden Bericht ab: Nach einer jüdischen Polizeiordnung durfte kein Ehehimmel aufgestellt und keine Trauung vollzogen werden, bevor nicht der Morgengabs-Star (Ehekontrakt, Kethuba) vom Schulklopfer und vom geschworenen Schreiber rechtmäßig unterschrieben und 5 Rth. in die Gemeindekassa abgeführt wurden. Wolf Wedeles habe jedoch vor zwei Jahren über Wunsch des Hersch Klaber und des Jonas Jeiteles in der Meisl-Schul einen Morgengabs-Star, der nicht rechtmäßig geschrieben und überhaupt nicht unterschrieben war und für den die 5 Rth. nicht entrichtet worden waren, vorgelesen. Nach gründlicher Untersuchung sei er deswegen zu einer Geldstrafe von 25 fl. verurteilt worden.

Am 24. April gab nun auch die Appellationskammer das verlangte Gutachten ab. Sie faßt zuerst in sechs Punkten die uns bereits bekannten Angaben zusammen, die für die Aufnahme der beiden gewählten Rabbiner sprechen. In weiteren sieben Punkten führt sie die Gründe an, die die Aufnahme des Wolf Wedeles als Oberrabbiner als wünschenswert erscheinen lassen. In ihrem Resumé stellt sie sich ganz auf Seite des Wolf Wedeles. Gabriel von Elkesch sei ein Ausländer, dessen Abstammung von Prag durch den Domizilwechsel seines Vaters hinfällig geworden sei. Dagegen sei Wolf Wedeles durch seinen Vater ein Prager und habe nebst den Verdiensten seines Vaters noch seine eigenen Verdienste. Nach jüdischem Brauch und Recht sei er als Nachfolger in das Amt seines Vaters einzusetzen. Durch die auswärtigen Rabbiner würde die Zahl der jüdischen Familien im Prager Ghetto zunehmen, wogegen auch der Altstädter Ma-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gistrat feierlichst protestiert hätte. Die Ernennung Wedeles zum Oberrabbiner kann nicht der kaiserlichen Kontribution, höchstens der jüdischen Kassa zum Nachteile sein, die dem Oberrabbiner Vergünstigungen gewähre. Die böhmische Kammer würde aber schon diesbezüglich wissen, ihre Rechte zu wahren. Daher sei die Bestätigung der Oberrabbiner durch die Hof- und böhmische Kammer, welche die Prager Judenältesten durch ihre Vorwahl erwirkt hätten, aufzuheben und Wolf Wedeles zum Oberrabbiner der Prager Judenschaft durch den Kaiser zu ernennen. Jedoch mit der ausdrücklichen Bedingung, daß der Oberrabbiner Wolf Wedeles vor Antritt seiner Stelle beide in Zwietracht stehende Faktionen abschwöre und sich verpflichte, die Prager Juden in gutem Einvernehmen zu erhalten.

Diesem Gutachten schlossen sich die Statthalter in ihrem Berichte vom 5. Mai 1693 vollinhaltlich an und beantragten die Ernennung Wolf Wedeles zum Prager Oberrabbiner.

b. Die Bestätigung der beiden Oberrabbiner

Die Entscheidung der böhmischen Hofkanzlei wäre sicherlich zu Gunsten des Wolf Wedeles ausgefallen, wenn nicht die kaiserliche Hofkammer in letzter Minute mit ihrem ganzen Einflusse eingegriffen hätte. Sie wendet sich am 27. Mai in einem Schreiben an die böhmische Hofkanzlei gegen die „wie verlautet" zu Gunsten des Wolf Wedeles abgegebenen Berichte der Appellationskammer und der Statthalter und verweist auf ihre eigene Zuschrift vom 31. März und auf die wiederholten Eingaben der Prager Judenältesten, welche die Bestätigung des Gabriel von Elkesch fordern. Die böhmische Hofkanzlei möge den Standpunkt und die Argumentation der rechtmäßigen Vertreter der Prager Judenschaft beim Kaiser vertreten, da sonst zu befürchten sei, daß sich der Zwiespalt unter den Prager Juden nur noch erweitern, das ganze Kontributionswesen in Unordnung geraten und die noch rückständigen, namhaften Kontributionsbeträge der Kammer „entgehen" würden.

Dieser wichtigen Argumentation konnte sich auch die böhmische Hofkanzlei nicht verschließen und so erfolgte am 6. Juni 1693 tatsächlich die kaiserliche Konfirmation des R. Gabriel zum Prager Oberrabbiner. In der Resolution an die Statthalter erklärt Kaiser Leopold I., sich „aus erheblichen Ursachen" für R. Gabriel entschieden zu haben und nimmt darin auf die Proteste des Prager Erzbischofs und des Altstädter Magistrats insoferne Rücksicht, als er dem bestätigten Oberrabbiner ausdrücklich verbietet, außer seinem Weibe und seinen Kindern, keinen einzigen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Juden aus Polen mitzubringen. Die Statthalter mögen über ihn ihren Schutz halten.[25] (Vgl. Beil. VIII.)

In dieser kaiserlichen Resolution lag jedoch der Keim für neue Zwistigkeiten, da sie nur R. Gabriel, nicht aber den gleichzeitig mit ihm gewählten R. Abraham Broda erwähnte. Die Anhänger Brodas sahen sich dadurch gegenüber den Anhängern des Gabriel Elkesch im Nachteile und die bei der Wahl getroffene Einigung der Prager Judenältesten drohte zu zerfallen. Dieses veranlaßte die böhmische Kammer am 21. August 1693 dem Altstädter Richter anzubefehlen, in allen Judenschulen zu verlautbaren, daß jeder Jude den „nitermelten Brodt" als einen Oberrabbiner anerkennen müsse und keiner ihm die Vorrechte eines Oberrabbiners entziehen dürfe.

Um auch dem erwählten Abraham Broda ein legales Recht zu seinem Rabbineramte zu verschaffen, ersuchten die Judenältesten am 30. September 1693 den Kaiser, den gleichzeitig mit R. Gabriel Elkesch aufgenommenen R. Abraham Broda, „zur Verhütung aller neuen Zwistigkeiten und Erhaltung des Ruhestandes" in der Gemeinde, zu bestätigen und in Schutz zu nehmen. Der Kaiser entsprach schon am 5. Oktober 1693 dem Gesuche der Prager Judenältesten und erließ an die Statthalter das entsprechende Dekret. (Vgl. Beil. IX.)

Diese kaiserliche Bestätigung Abraham Brodas ist lange Zeit hindurch nicht zur Kenntnis der böhmischen Kammer und der Prager Judenältesten gelangt, was die ganze künftige Stellung des neuen Prager Oberrabbiners Gabriel Elkesch entscheidend beeinflußt hat. R. Gabriel wurde von den Prager Judenältesten von seiner erfolgten Bestätigung des Kaisers zum Prager Oberrabbiner gleich verständigt und veranlaßt, sein Rabbinat in Olkusz aufzugeben und die Reise nach Prag anzutreten. Über sein Ansuchen erhielt er vom polnischen König einen Paß, durch den er in Polen ungehindert reisen konnte, erst an der Grenze der böhmischen Länder tauchten die Schwierigkeiten auf. „Gabriel Elkösch Ober Rabiner der Prager Judenschaft", wie er sich unterschrieb, reichte sub praes. 16. Oktober 1693 an den Präsidenten der böhmischen Kammer, Graf Franz Joseph Schlick, ein Gesuch ein, die Anordnung zu treffen, daß er alle Ortschaften des böhmischen Königreichs sicher, ohne Maut und Zoll „(in deme nichts anderes als meine benötigten Mobilien und mir zu meinen Studys taugliche jüdische Bücher hereinbringe)" passieren könne. Diesem Gesuche des neuen Prager Oberrabbiners kam die böhmische Kammer nicht nach; sie verständigte ihn vielmehr, seine Reise bis zur erfolgten Bestätigung des zweiten Oberrabbiners Abraham Broda zu unterbrechen.

Dagegen übersiedelte Abraham Broda in aller Eile von Raudnitz nach Prag noch lange bevor Gabriel Elkesch sein Amt antreten konnte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Er übte nicht nur seine Lehrtätigkeit aus, sondern versah auch inzwischen die Funktionen, die dem ersten Oberrabbiner vorbehalten waren.

Wie überstürzt die Übersiedlung Abraham Brodas vor sich ging, geht schon daraus hervor, daß er diese ohne die zur Ausreise nötige Bewilligung des Raudnitzer Schutzherrn Dom. Andreas Reichsgraf von Kaunitz unternahm. Allerdings ließ ihn deswegen Graf Kaunitz durch den Magistrat der Prager Altstadt inhaftieren und wurde erst nach Bürgschaftleistung von vier Prager Juden aus dem Arreste entlassen (am 22. Jänner 1694).[86] Doch erst am 24. Feber 1694 entließ ihn Graf Kaunitz aus seiner Untertänigkeit und gab die gestellte Kaution frei.

Brodas vorzeitiger Amtsantritt hatte auch den Nachteil, daß er längere Zeit ohne Gehalt und Einkommen in Prag leben mußte, da die Ältesten nicht befugt waren, ohne Bewilligung der böhmischen Kammer über Gemeindegelder zu verfügen. Wohl bemühten sich die Ältesten diesen Übelstand abzustellen. Sie berichteten am 17. Dezember 1693 der böhmischen Kammer, daß R. Gabriel aus Polen noch nicht erschienen sei, dagegen versehe Abraham Broda „fleißig" beide Stellen. Trotzdem könne er seine ordentliche Besoldung von 3 fl. wöchentlich und die ihm in Vertretung des ersten Oberrabbiners von den Ehepakten gebührenden Akzidentien nicht erhalten und müsse von seinen Ersparnissen leben. Dies wiederholten die Ältesten am 19. Jänner 1694. Jedoch erst am 25. Jänner 1694 trug die böhmische Kammer dem „teutschen Buchhalter" (Rentmeister) Andreas Opitz auf, jedem der beiden Rabbiner einen Wochenlohn von 3 fl. und den gleichen Anteil an den Akzidentien gegen Quittung auszuzahlen, u. zw. dem R. Gabriel von der Zeit seiner Ankunft, da er von der Konfirmation an keine Funktionen versehen habe, dem Abraham Broda aber von der Zeit seiner Konfirmation an. Bis zur Ankunft R. Gabriels seien Broda auch alle Akzidentien auszuzahlen, weil er bis zu dieser Zeit beide Rabbiner-Stellen allein versehen habe.

Der Amtsantritt R. Gabriels fand unter keinen günstigen Verhältnissen statt. Seit Monaten von Prag fernegehalten, wandert er in der Fremde umher; als er endlich Mitte Jänner 1694 in Prag anlangte, fand er fast nur Gegner vor. Die Wedeles-Anhänger waren natürlich im vorhinein gegen ihn; die Partei des Abraham Broda trat ausschließlich für dessen ungeschmälerte Rechte ein, die vielfach den Interessen des Oberrabbiners zuwiderliefen. Seine geringe Anhängerschar bestand hauptsächlich in der Person des Joachim Toders, der aber infolge seiner Gegnerschaft mit dem einflußreichen Samuel Isak Taussig-Sachsel nicht mehr viel zu sagen hatte. Hiezu kamen noch die Gegensätze der beiden Rabbiner, die bei der Auszahlung der Akzidentien durch die Engherzigkeit der böhmischen Kammer erst recht zu Tage traten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gabriel Elkesch hatte auf Vergütung seiner Reiseauslagen Anspruch; als ihm diese von der Prager Judengemeinde nicht ersetzt wurden, wandte er sich am 20. März 1694 mit einem Gesuch an die böhmische Kammer. Außer um Rückerstattung seiner Reisekosten ersucht er auch um Auszahlung seines Gehaltes von der Zeit seiner Amtsbestätigung durch den Kaiser, da er, ohne eigene Schuld, die Stelle erst zu einem späteren Zeitpunkte antreten konnte. Er wandte sich auch gegen die Zuweisung der Akzidentien an den Unterrabbiner Abraham Broda, „da doch derbei unsere Ceremonien nicht von ihme Brodt (in deme die Ober Rabiner Stelle in der Schull, auf welcher der Ober Rabiner zu sitzen pfleget, bis erfolgter allergnädigsten Kaiserlichen Resolution verschlagen gewesen, also weilen er Brodt die stell nicht betreten durfte, viel weniger er die Funktion versehen hat), sondern von den Oberjuristen administriert und versehen worden seient". Wie einsam er sich in Prag fühlte, zeigen die Worte: „ammeisten weilen ich ein frembder Mann und niemand habe, der vor (für) mich solicitiren thete".

Am gleichen Tage übersandte die böhmische Kammer dieses Gesuch an den Raitdiener Opitz, um nach Vernehmung der Ältesten ein Gutachten abzugeben. Opitz ließ die Ältesten zu sich kommen, diese erklärten aber, ihm ihre Meinungsäußerung schriftlich einzuhändigen. Fast zwei Monate dauerte es, bis die Prager Judenältesten einen einheitlichen Vorschlag über die Forderungen ihres Oberrabbiners abgegeben hatten. Sie anerkannten darin die Ansprüche R. Gabriels auf Ersatz der Reiseauslagen, die 600 fl. betragen hätten. Der Rabbi hätte während der langen Reise sein ganzes Geld verzehrt und könne sich durch den geringen Wochenlohn von 3 fl. nicht erholen, „in deme derselbe mit seinem Gesindl mehr denn doppelt soviel wochentlich verzehren muß". Die Ältesten schlagen daher vor, ihm wenigstens 200 fl. aus der Gemeindekassa zu geben. Opitz übersandte diesen Vorschlag am 15. Mai 1694 an die böhmische Kammer mit dem Ersuchen, ihn zu bestätigen.

Nach einiger Zeit gab die böhmische Kammer den Auftrag, dem Oberrabbiner die 200 fl. auszuzahlen. Opitz ließ auch die strittigen Akzidentien zwischen beiden Rabbinern teilen. Damit unzufrieden, legte Abraham Broda auf 50 von den 200 fl. beim jüdischen Kassier Joachim Fauwer-Taussig ein Verbot ein, wogegen sich der Oberrabbiner bei der böhmischen Kammer am 17. August 1694 beschwerte. Opitz, mit der Ordnung dieser Geldangelegenheit betraut, schlichtete nach wiederholter Rücksprache mit den beiden Rabbinern den Streit in der Weise, daß der Oberrabbiner von dem strittigen Gelde 35 fl., Abraham Broda aber nur 15 fl. erhielt.

R. Gabriel Elkesch konnte sich in die Parteiverhältnisse der Prager

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Judengemeinde nicht einleben und entschloß sich nach einer halbjährigen Tätigkeit in Prag, die Stätte seiner Wirksamkeit zu verlassen. Der Ruf seiner Gelehrsamkeit und seines bescheidenen Wesens war weithin gedrungen und so wurde er an Stelle des verstorbenen Rabbiners Gerson Aschkenasi als Rabbiner nach *Metz* berufen. Um sich seiner neuen Gemeinde vorstellen zu können, ohne das Anrecht auf das Prager Oberrabbinat zu verlieren, erschien er am 4. August 1694 vor den ernannten vier Regierern der Prager Judenschaft und erklärte ihnen, er müsse eine Reise unternehmen, die zumindest ein halbes Jahr beanspruchen werde. Während der Zeit seiner Abwesenheit möge ihm das Prager Oberrabbinat vorbehalten bleiben und seiner Frau das Wochengehalt von 3 fl. und alle Nebengefälle ungeschmälert ausbezahlt werden. Die Regierer fanden sein Vorbringen für billig und versprachen mit Genehmigung der böhmischen Kammer seinem Wunsche zu entsprechen. Am 9. August gaben sie dem jüdischen Rentmeister Lazar Cantor Perls und dessen Gegenhändler Jakob Dworeles den Auftrag, der Frau des Oberrabbiners während dessen Abwesenheit das Gehalt und die Akzidentien auszuzahlen.

Gleichzeitig reichte Gabriel Elkesch bei der kaiserlichen Hofkammer um Bewilligung ein, damit er seine Reise ohne Nachteil für seine Stelle als Prager Oberrabbiner unternehmen könne, ebenso um Erteilung eines Passes, was ihm diese am 9. August bewilligte.

Wegen Genehmigung der Auszahlungen richtete „Estera[37] des Gabriel von Elkisch Ober Rabiners zu Prag Eheweib" am 19. August an die böhmische Kammer ein Gesuch, dem sie eine Abschrift des Protokolls über die Vorsprache ihres Mannes beim Vorstande und dessen Zustimmung beilegte. Die Ältesten, von der böhmischen Kammer befragt, äußerten sich für die Auszahlung, „weilen es altershero so gebräuchlich und observirt worden, wann ein Rabiner wegen gewisser Geschäften auf eine Zeit abreiset, unter dessen dem Rabiner die Besoldung und Accidentien gereicht werden". Am 30. August gab auch die böhmische Kammer ihre Zustimmung dazu.

Ester sah sich noch einmal veranlaßt bei der böhmischen Kammer einzureichen, als die halbjährige Frist für die Reise ihres Mannes zu Ende ging. R. Gabriel könne, wie sie mitteilt, „wegen groß eingefallener Kälte, als ein alter Mann (welcher, wie notorium, noch dazu fast alle Tag fasten tuet)[38] seine Reiss anjetzo so geschwindt anhero nicht bewerkstelligen". Sie ersucht am 14. Jänner 1695 um Verlängerung der ihm zugesicherten Rechte bis zum Eintritt der wärmeren Jahreszeit. Gabriel Elkesch kam zwar wieder nach Prag zurück, doch nur um es im Sommer 1695 mit Frau und Kindern für immer zu verlassen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

c. Abraham Broda alleiniger Oberrabbiner der Prager Judenschaft

Infolge der Wahl durch die Judenältesten und der kaiserlichen Bestätigung war Abraham Broda der zweite Oberrabbiner der Prager Judenschaft, dessen Hauptaufgabe die Unterweisung der Lehrer und Schüler an den Prager Talmudhochschulen bildete. Nebstdem entschied er auch in religiösen Fragen und war bei Abwesenheit des ersten Oberrabbiners dessen Stellvertreter. Er führte zwar den Titel und hatte auch die Befugnisse und die Machtvollkommenheit eines Oberrabbiners, nahm jedoch niemals die Ehrenstellung eines wirklichen Oberrabbiners in Prag ein. Durch Fleiß und völlige Hingabe an sein Amt erwarb er sich die Achtung fast aller Prager Juden und wäre infolge seiner Gelehrsamkeit und seiner persönlichen Vorzüge und Fähigkeiten befähigt gewesen, die Stelle eines ersten Oberrabbiners in Prag zu bekleiden. Damals jedoch kam es in Prag mehr auf die Beziehungen zu den einflußreichen Personen und zu den Parteien an, wie sich dies bei R. Gabriel Elkesch (oder Eskeles) zeigte. Die wiederholt vorgenommenen Neuwahlen des Prager Vorstandes brachten auch die anderen, ihm von früher nicht wohlgesinnten Parteien ans Ruder, so daß Abraham Broda um seine bisherige Stellung zu kämpfen und manche Widerwärtigkeiten zu bestehen hatte.

Nach der Abreise R. Gabriels versah Abraham Broda alle Amtsgeschäfte des Oberrabbiners, und die Ältesten beschlossen, entsprechend dem Kammerdekrete vom 25. Jänner 1694, ihm alle Akzidentien des Oberrabbiners zu überlassen. Chaim Toders, der Broda wegen R. Gabriel nicht wohlgesinnt war, nahm diesen Beschluß zum Anlaß, um im Dezember 1695, als er Monatshalter war, gegen Broda zu demonstrieren. Er befahl dem Schulklopfer Koppel Brandeis, die eingelaufenen Akzidentien nicht Broda, sondern ihm abzuliefern. Als der Schulklopfer, entgegen diesem Befehle, sie dem Rabbiner ausfolgte, ließ Toders ihn durch das Gericht arretieren. Toders, deswegen von den Ältesten am 20. Dezember 1695 bei der böhmischen Kammer angeklagt, verantwortete sich dahin, er habe, da in der laufenden Woche sehr viel Akzidentien eingekommen seien, einen Teil für die leere Gemeindekassa retten wollen. Um jeden Zweifel wegen der Zuteilung der Akzidentien auszuschalten, gab die böhmische Kammer am 6. Oktober 1696 dem Altstädter Richter und dem Raitdiener Andreas Opitz den Auftrag, den Ältesten der Prager Judenschaft aufzuerlegen, alle Akzidentien dem Abraham Broda zu geben, solange er alleiniger Rabbiner bleibe; Toders aber sei wegen seines eigenmächtigen Handelns zu bestrafen. (Vgl. Beil. X.)

Chaim Toders hatte den Prager Judenältesten auch schon früher viel

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zu schaffen gegeben. Nach dem Tode des früheren Primators Moses Abeles[39] berief der Monatshalter Aron Katz Reiterles für den 11. November 1694 den gesamten Vorstand zu einer Sitzung ins jüdische Rathaus, um einen „Interims-Primas" zu wählen, dem das Gemeinde-Insigel zu übergeben wäre. Samuel Isak Sachsel-Taussig wurde hiezu per maiora vota gewählt. In derselben Sitzung wurde anstatt des ersten Oberjuristen Feisch Lichtenstadt, der als Rabbiner nach Jungbunzlau ging, R. Jakob Reischer-Backofen,[40] ein Schwiegersohn des R. Wolf Wedeles, und an Stelle des Oberjuristen Lippmann Wolf Graetz, der im Jahre 1694 als Rabbiner in Jungbunzlau gestorben ist,[41] R. Isak Salomon Moscheles-Schulhof, bekannt durch seine Erlebnisse bei der Erstürmung Ofens im Jahre 1689,[42] zum Oberjuristen gewählt. Chaim Toders, mit den Vorschlägen unzufrieden, warf während der Wahl das „Ballerle" weg, verließ das Rathaus und erstattete bei der böhmischen Kammer sofort die Anzeige über die Wahl, die ohne deren vorherige Genehmigung erfolgt wäre. Daraufhin ließ die böhmische Kammer eine strenge Untersuchung durchführen, in deren Folge jedes Mitglied des Vorstandes protokollarisch aussagte, es hätte sich nur um die Wahl eines Interims-Primas zum Zwecke der Aufbewahrung des Gemeindesiegels gehandelt, ebenso sei die Wahl der beiden Oberjuristen nur mit nachheriger Genehmigung der böhmischen Kammer gedacht gewesen.

Die Folge jener Anzeige war, daß die Wahl der beiden Oberjuristen zunächst von der böhmischen Kammer nicht genehmigt wurde. Erst als die gewählten zwei Oberjuristen am 6. September 1695 selbst bei der böhmischen Kammer um Genehmigung ihrer Wahl einreichten, erteilte diese den Prager Judenältesten den Konsens zur Wahl zweier Oberjuristen. Doch erst am 5. Juni 1696 entschlossen sich die Ältesten, um Bestätigung der gewählten beiden Oberjuristen anzusuchen. Zur Begründung ihres Ansuchens führten sie an, daß von den sechs Oberjuristen nur noch einer übrig geblieben sei und überdies Oberrabbiner Abraham Broda demnächst nach Hamburg zur Hochzeit seines Sohnes[43] verreisen werde. Tatsächlich ersuchte Abraham Broda am 18. Juni 1696 die böhmische Kammer um Bewilligung der Reise und um Ausstellung eines Passes für sich und seinen Sohn: „... er wolle 16 Wochen von Prag ferne sein und nur Kleider und Mobilien mitnehmen". Auf die Frage der böhmischen Kammer, wer während der Abwesenheit des Oberrabbiners die rabbinischen Funktionen ausüben und wieviel Abzugsgeld dessen Sohn bezahlen werde, antworteten die neuen Regierer: Esriel Bondi, Chaim Mesia (Toders), Israel Levi Horowitz und Jossel Libochowitz, daß die Schulrabbiner die rabbinischen Funktionen unentgeltlich versehen würden und der Sohn Brodas keine Abzugsgelder zu bezahlen verpflichtet sei.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Brodas Abwesenheit nutzte die große Anhängerschaft des R. Wolf Wedeles, die in der Gemeindeleitung wieder das Übergewicht erlangt hatte, zu ihrem Vorteile aus. Die Stelle des ersten Oberjuristen, die Wolf Wedeles bis zum Jahre 1693 inne hatte, wurde seinem gelehrten und bedeutenden Sohne R. *Elias Wedeles* verliehen.[44] Außerdem wurde sein nächster Anverwandter R. Anschel, Sohn des Michl Wiener-Spira[45] zum Oberjuristen aufgenommen. Elias Wedeles, der nach seinem Werke der „Elia Rabba" genannt wird und dessen religionsgesetzliche Entscheidungen noch heute als bindend angesehen werden, tritt nunmehr in den Vordergrund. Bei einem großen Teile der Judenältesten herrschte nun das Bestreben, R. Elia zum ersten Oberrabbiner der Prager Judenschaft zu wählen.

Um diese Wahl unmöglich zu machen, richteten Löbl, Sohn des Todrot Brodt, und Judl, Sohn des Abraham Judeles, am 12. Oktober 1696 ein Gesuch an den Kaiser, worin sie gegen die beabsichtigte Wahl des Elias Wedeles zum Prager Oberrabbiner protestierten. Sie führen die Gründe an, weswegen seinerzeit Wolf Wedeles nicht zum Prager Oberrabbiner gewählt worden sei und belegten dies mit der Abschrift des Schreibens der Hofkammer an die böhmische Hofkanzlei vom 27. Mai 1693. Wolfs Sohn Elias sei noch weniger für dieses Amt geeignet, da er minder gelehrt und Bondis Schwiegersohn sei. Es möge überhaupt „keiner aus der Prager jüdischen Gemeinde" zum Oberrabbiner gewählt werden. Der Kaiser beauftragte daraufhin am 15. Jänner 1697 die Statthalter, über diese Beschwerde einen Bericht an die böhmische Hofkanzlei einzuschicken.

R. Elias Wedeles bemühte sich nun, seine Qualifikation für das Prager Oberrabbinat durch Beibringung zweier Zeugnisse nachzuweisen. In dem einen vom 19. Feber 1697 bestätigt der Vorstand der Judengemeinde in Kolin, daß Elias Wolf Wedeles seit Feber 1685 als Rabbiner in Kolin zur vollsten Zufriedenheit der Gemeinde wirke. Durch seine „Aussprüche und Vergleichungen" habe er es jederzeit verstanden, die Gemeinde in Ruhe und Einigkeit zu erhalten. „Dem Gebrauche nach" sollte er zwar als ihr Rabbiner in Kolin wohnen, in Anbetracht seiner moralischen und rabbinischen Qualifikationen willigten sie jedoch ein, daß er von Prag aus das Koliner Rabbinat versehe (vgl. Beil. XI). Das andere Zeugnis stammte von den Prager Ober- und Unterjuristen[46]. Diese bezeugen am 12. Feber 1697, daß „der Rabbiner R. Elias, Rabbiner der Judenschaft in Kolin, auch Rabbiner der weithen Hoff Schule und Ober Jurist der Prager Judenschaft" ein wahrhafter und aufrichtiger Mann sei, das Studium mit großem Eifer betreibe und daß dessen Predigen und Disputationes „mit gutem Fundament" seien, gleichwie denen von vornehmen Oberrabbinern. Mit Genehmigung des

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Konsistoriums habe er ein Buch „Über unsere Lehre, Ceremonien und Gesetz" herausgegeben, das überall gelobt und gepriesen werde und sogar vom Oberrabbiner zu Jerusalem approbiert worden sei.

Elias Wedeles dürfte durch diese Zeugnisse wohl einen moralischen Erfolg erzielt haben, aber nicht mehr; von seiner Wahl zum Prager Oberrabbiner war weiterhin keine Rede.

Um diese Zeit dagegen wurde Simson Wertheimer[47], kaiserlicher Hoffaktor in Wien, der auch den Titel eines Landesrabbiners von Ungarn führte, zum Prager Oberrabbiner gewählt. Wertheimer lehnte jedoch diese Wahl ab. In der Überschrift zu seiner Approbation des Werkes „Wajakhel Mosche" von Moses, Sohn des Menachem Graf aus Prag, wird Wertheimer als der gewählte Oberrabbiner von Prag und Böhmen bezeichnet. In den uns vorliegenden Akten aus dieser Zeit geschieht hievon nur einmal eine Erwähnung, wir sind jedoch darüber auch durch einige Aktenstücke aus dem Jahre 1718 unterrichtet. Gemäß diesen erhob Simson Wertheimer und seine Freunde im Jahre 1718 auf Grund der seinerzeitigen Wahl, und seiner guten Beziehungen zum kaiserlichen Hofe, Anspruch auf das Prager Oberrabbinat, trotzdem dieses längst durch Oberrabbiner David Oppenheim besetzt war. Die Prager Judenältesten schritten aber dagegen bei den Statthaltern energisch ein und erklärten, daß Wertheimer zwar nach dem Weggange von Gabriel Elkesch zum Prager Oberrabbiner gewählt worden sei, er hätte jedoch die Wahl abgelehnt und dadurch jedes weitere Anrecht darauf verloren. Die Statthalter wiesen daraufhin Wertheimers Ansprüche ab.

d. Scharfe Gegensätze zwischen Abraham Broda und der Familie Spira

Abraham Broda hat seine bisher innegehabte Stellung trotz allen Wechselfällen ungeschmälert aufrechterhalten; welch scharfe Gegensätze aber zwischen ihm und der ihm feindlich gesinnten Familien Spira-Wedeles bestanden haben, beleuchten am besten folgende Ereignisse. Am Samstag[48] den 14. Juni 1698 heiratete, den Akten gemäß, Samuel,[49] der Sohn des Elias Wedeles, seine Verwandte Chaie, die Tochter des Anschel Michl Wiener-Spira. Elias Wedeles wäre nun verpflichtet gewesen, dem Oberrabbiner Abraham Broda fünfzig Kreuzer von jedem Hundert Gulden, die sein Sohn als Mitgift erhalten, als Heiratsgebühr (Akzidenz) zu geben. Er ließ ihn aber durch den Schulklopfer Löbl Wahle ersuchen, ihm die Heiratsgebühr bei seinem Sohne nachzusehen, da er als Vertreter des Oberrabbiners selbst auf Akzidentien Anspruch hätte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Broda lehnte dies rundweg ab. Daraufhin beschwerte sich Wedeles beim Monatshalter, dem Regierer Selig Jossl Libochowitz, und erklärte, daß er nach den Rechtsgutachten des Moses Alscheich, Nr. 52, als ein Gelehrter, der die Belehrung des Ortsrabbiners nicht nötig habe, nicht verpflichtet sei, die Rabbinergebühren zu bezahlen. Nach einer Beratung beauftragten die Regierer den R. Elias, bis zur Klärung der Angelegenheit ein Pfand zu erlegen und gestatteten daraufhin die Vollziehung der Trauung. Das Bedecken der Braut und die Trauung führte der Brautvater R. Anschel Wiener durch, ohne die hiezu notwendige Erlaubnis des Oberrabbiners erhalten zu haben. Auch war es in Prag Sitte, von dem am Samstag stattfindenden Hochzeitsmahle dem Oberrabbiner ein „Bescheid Essen" (eine Mahlzeit) zu schicken, was aber der Vater der Braut diesmal unterlassen hat.

Moyses Süßkind Bunzel, Isak Knina und Jakob Grünhut zeigen sub. praes. 17. Juni 1698 der böhmischen Kammer an, daß Elias Wedeles und Anschel Wiener entgegen der kaiserlichen Konfirmation und des Kammerdekretes dem Oberrabbiner die Gebühr für die Aufstellung des Ehehimmels nicht entrichtet, nur ein Pfand von geringem Werte erlegt, die Trauung ohne Ermächtigung selbst vollzogen und die dem Oberrabbiner gebührende Mahlzeit nicht geschickt hätten. Auch hätte Anschel Wiener seiner Tochter eine größere Summe als Heiratsgut mitgegeben, als im Heiratskontrakt angegeben. Sie ersuchten die Kammer, die beiden Rabbiner deswegen zur Verantwortung zu ziehen und sie über die Höhe der Mitgift zu vereiden. Die böhmische Kammer befahl gleich dem Altstädter Richter, Wedeles und Wiener in dieser Angelegenheit zu vernehmen.

Elias Wedeles und Anschel Wiener legten ihre Gegenäußerung der böhmischen Kammer schriftlich dar. Die Anzeige der drei Prager Juden, die mit der Angelegenheit nichts zu tun hätten, gehe von Broda aus, der dadurch Uneinigkeit stifte und die Kammer behellige. Broda sei nur Unterrabbiner, „der auf die Studia Obsicht haben solle". Dagegen habe er – Wedeles – vor zwei Jahren als erster Oberjurist die Funktionen des Oberrabbiners versehen und auf die ihm zukommenden Akzidentien zugunsten Brodas verzichtet. Obwohl er als Gelehrter nach jüdischem Rechte von der Entrichtung der Rabbinergebühren enthoben sei, habe er mehr als nötig sei getan und ein Pfand hinterlegt. Jetzt wolle Broda von ihm durch ein Jurament, das in Prag nie üblich war, noch mehr erpressen. Zum Beweise seiner Gelehrsamkeit legte er die von uns bereits erwähnten Zeugnisse vom Vorstande der Koliner Gemeinde und der Prager Juristen bei.

Bezüglich der selbst vorgenommenen Trauung erklärte Anschel Wiener, der im April 1688 von der böhmischen Kammer zum Rabbiner der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zigeiner Schul konfirmiert wurde, daß er seit seiner rabbinischen Tätigkeit in der Zigeiner Synagoge die Trauungen vollzogen habe, ohne jemals eine Erlaubnis des Oberrabbiners zu verlangen, wie dies auch alle Synagogen-Rabbiner zu tun pflegen. Er habe trotzdem in der Alt-Neuschul, die der Rabbi besuche, die Trauung durch den Schulklopfer publizieren lassen und den Rabbi selbst hiezu eingeladen.

Die Zusendung einer Mahlzeit, erklärte Anschel Wiener, sei keine Pflicht, sondern nur freier Wille, hievon stehe auch nichts in der „Instruction" des Rabbiners. Jonas Jeiteles, Liberle Oberjurist, Moyses Doktor u. a. hätten sie dem Rabbi auch nicht geschickt. Auch der Oberrabbiner Simon Wedeles hätte die Sendung einer Mahlzeit dem freien Ermessen der Leute überlassen.

Ihre Angaben belegen sie durch schriftliche Zeugenaussagen der Kantoren und Diener der Synagogen. Diese bestätigen, daß die Schulrabbiner meistenteils das Bedecken und die Trauung ohne Erlaubnis des Oberrabbiners vornehmen. Ebenso sagten die „geschworene Schulklöpper der Prager Judenschaft" aus, daß nicht mehr Ehehimmelgeld, als in der Heiratskondition angegeben, gefordert und niemals deswegen ein Juramент abgelegt worden sei.

Bevor noch diese Angelegenheit erledigt worden war, sahen sich Bunzel, Knina und Grünhut neuerlich veranlaßt, gegen die Wedeles bei der böhmischen Kammer am 3. Juli 1698 eine Anzeige zu erstatten. Isak Wedeles aus Hamburg,[50] ein Enkel des R. Wolf Wedeles, hielt am Sabbat eine Predigt, ohne den Oberrabbiner Abraham Broda gefragt zu haben. Auch wurde ihm über Auftrag des R. Wolf Wedeles, der damals Regierer der Prager Judenschaft war, beim Aufrufen zur Thoravorlesung der Titel „morenu horav" verliehen, wozu ausschließlich der Rabbiner das Recht hatte. Die böhmische Kammer wies den Altstädter Richter an, über die Vorfälle Abraham Broda zu vernehmen. Dieser gab über die Angelegenheiten Aufklärung und versprach eine schriftliche Beantwortung aller an ihn gestellten Fragen.

Dieses Schriftstück überreichte Abraham Broda am 7. Juli 1698 der böhmischen Kammer. Er widme sich ausschließlich, so heißt es, dem Studium und seinem Rabbineramte, führe gar keinen Handel und gehe niemals aus der Judenstadt. Da es ihm bei seinen Studien schwerfalle, sich mit den strittigen Vorfällen zu befassen, habe er seine Freunde beauftragt, zur Wahrung seines Ansehens gegen das Vorgehen des Wedeles und des Wiener Einspruch zu erheben. Auf die Heiratsgebühren sei er angewiesen, weil er mit 3 fl. Wochengehalt seine Frau und Kinder nicht erhalten könne. Die Wedeles und ihr Anhang geben in ihren Heiratspakten nicht den vierten Teil des wirklichen Betrages an, so daß er (Broda) um vieles geschädigt werde. Das Amt eines ersten Oberjuristen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

berechtige den R. Elias Wedeles noch nicht zu einem Anteil an den Akzidentien, da er seit der Abreise des Gabriel Elkesch nicht ein einzigesmal die Funktionen eines Rabbiners versehen habe. Auch der frühere erste Oberjurist Feisch Lichtenstadt, vorher Rabbiner in Kolin, jetzt in Jung Bunzlau, habe ihm, wie viele andere, bei der Verheiratung seiner Kinder die Gebühr bezahlt. Dies bezeuge sein Schwager, der Kassier Selig Bischitz[51] schriftlich. Die Behauptung R. Elias, er sei nach den jüdischen Gesetzen von Zahlungen an den Rabbiner befreit, sei unrichtig. Denn nach den Rechtsgutachten des R. Moses Isserles, pag. 243,[52] brauche nur derjenige die Rabbinergebühren nicht zu entrichten, der auch von der Bezahlung der kaiserlichen Kontribution befreit sei. Das angeführte Rechtsgutachten des Moses Alscheich wieder lasse sich auf die kaiserlichen Erbländer gar nicht anwenden. Daher sei Elias Wedeles, der Handel treibe und Kontribution bezahle, nicht unter den Befreiten.

Die Durchführung der Trauungen sei Sache des Oberrabbiners, der auch andere Rabbiner damit betrauen kann, Wedeles-Wiener hätten sie jedoch ohne seine Einwilligung vorgenommen. Die beigebrachten Atteste der Schulklopfer und Schuldiener seien unwahr und nur durch Faktionen erzwungen. Die ihm gebührende Mahlzeit, die der Rabbi stets den Studenten und den armen Leuten gebe, sei ihm nur aus Mißachtung nicht geschickt worden. Aus demselben Grunde habe der junge Isak Wedeles am Samstag ohne seine (Brodas) Zustimmung gepredigt und es sei ihm, über Auftrag des Regierers R. Wolf Wedeles, ohne die notwendige schriftliche Erlaubnis des Oberrabbiners, der Titel „morenu" verliehen worden.

Abraham Broda beantragt, daß Wedeles-Wiener, die nur 1000 fl. als Mitgift angegeben hätten, von 4000 fl. Akzidentien zahlen sollten; Isak Wedeles aber sei „wenigstens mit 14tägigem Arrest im Ketzl" zu bestrafen. In allen Judenschulen sei überdies zu publizieren, daß ihm als Oberrabbiner in allen Punkten das Recht zuteil werden müsse.

In diesem Sinne berichtete auch der Altstädter Richter am 7. Juli der böhmischen Kammer. Er beantragte dem Elias Wedeles, Anschel Wiener und Isak Wedeles einen Verweis zu erteilen und dies in allen Synagogen zu publizieren. Als die drei Beschuldigten von „Lazarus Bunzel, als Beschickter beim königl. Richter, Bruder des Denuntianten Moyses Bunzel, Vetter des Rabiners Abraham Brodt" von dem ihnen drohenden Verweis erfahren haben, baten sie am 21. Juli 1698 die böhmische Kammer, bei ihnen mit Rücksicht auf ihre Stellung von einem Verweise abzusehen. Broda sei nur zweiter Rabbiner, deswegen sei „auch nach Abreise des Oberrabbiners Gabriel Elkesch der Sambson Wertheimber zu einem Ober Rabiner aufgenommen worden, weilen die Ge-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

meinde auf ihme, Brodt allein, nicht verbleiben wollen, auch Er, Brodt, allein der Gemeinde nicht vorstehen kann". Sie führen abermals alle uns bereits bekannte Argumente an, die für ihre Unschuld sprechen. Ob es zum Verweise gekommen ist? Die Akten schweigen darüber.

e. Abraham Brodas Wirksamkeit in den letzten Jahren seines Prager Aufenthaltes

Wie schwierig die Lage Abraham Brodas auf dem Prager Boden geworden, geht aus seinem, der böhmischen Kammer am 10. Dezember 1699 überreichten Schreiben hervor: Seit seiner Prager Amtstätigkeit habe er für den Lebensunterhalt seiner Familie sein ganzes Vermögen aufgebraucht; er bekomme nur 3 fl. Wochenlohn und die Akzidentien betrügen durchschnittlich 6 fl. wöchentlich, dagegen benötige er für seinen Haushalt und für die mit seinem Amte zusammenhängenden Ausgaben 18 bis 20 fl. wöchentlich. Vergeblich habe er um eine Erhöhung der Bezüge angesucht. Jetzt sei er von den polnischen Juden zu Briskh in Litauen (Bresk-Litowsk) zum Rabbiner gewählt worden[83], die zwei Abgeordnete der Gemeinde zu ihm geschickt und vortreffliche Bedingungen für das sich auf 150 Meilen erstreckende Rabbinat mitgebracht hätten.

Um sich der dortigen Gemeinde vorzustellen und eine Probe abzuhalten, wolle er nach Polen reisen, was ein halbes bis dreiviertel Jahr in Anspruch nehmen würde. Er ersuche daher die böhmische Kammer, ihm die Zusicherung zu geben, daß er durch seine Abwesenheit weder an der Land- noch an der Prager Rabbinerstelle irgendeine Einbuße erleiden und daß seine Frau und Kinder bis zu seiner Rückkehr das Gehalt und die Akzidentien beziehen würden.

Dieses Gesuch übersandte die böhmische Kammer an die Regierer der Prager Judenschaft mit dem Befehle, „daß sie die Gemeinde vorhero hierüber auch verhören und sodann ... diesfalls Bericht erstatten" sollen. Als dieser nicht einlangte, trug die böhmische Kammer über Urgenz Brodas am 8. Feber 1700 den Regierern auf, „ohne ferneren Umstand" den Bericht abzugeben. Über das zu erstattende Gutachten waren aber innerhalb der Gemeindeleitung große Streitigkeiten entstanden; der eine Teil wollte auf die vom Rabbi gestellten Bedingungen nicht eingehen, während der andere, namentlich die Kassiere, entschieden dafür waren. Die Gegner Brodas wollten die Kassiere nicht zur Abstimmung zulassen, weil die böhmische Kammer in ihrem Befehle unter „die Gemeinde" die Kassiere nicht mitgemeint hätte. Um die Bericht-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

erstattung zu erzwingen, teilte Brodas am 15. März 1700 der böhmischen Kammer den Zweifel mit, ob die Kassiere zur Beschlußfassung heranzuziehen seien und ersucht um eine darauf bezügliche Verordnung. Mit Strafandrohung forderte die böhmische Kammer den bei der nächsten Session zu erstattenden Bericht ab.

Am 18. März 1700 gaben die Regierer den Bericht ab; darnach hätten sie, die Kassiere und einige Personen aus der Gemeinde per maiora vota beschlossen, während der Abwesenheit Brodas dessen Frau Gehalt und Akzidentien ein halbes Jahr lang auszuzahlen. Die Verzögerung des Berichtes käme daher, weil Broda dem früheren Monatshalter Aron Katz gesagt habe, er hätte über seine Abreise noch keinen Entschluß gefaßt. Weil der abgegebene Bericht aber den Kassieren[54] weder vorgelesen, noch zur Unterschrift vorgelegt wurde, sahen sich diese veranlaßt, der böhmischen Kammer am 23. März einen eigenen Bericht zu erstatten. Sie heben darin die großen Verdienste des Rabbi um das Unterrichts- und Erziehungswesen hervor und stimmen für die Zusicherung aller Genüsse bis zu dessen Rückkehr.

Die Erledigung seines Ansuchens erfolgte jedoch nicht sobald, denn Broda ersuchte erst am 19. November 1700 als böhmischer Landrabbiner um Bewilligung seiner Reise nach Polen. Diese kann er demnach erst im Jahre 1701 angetreten haben. Seine Abwesenheit benützten scheinbar seine Gegner, um R. David Oppenheim, der damals Landesrabbiner von Mähren war, zum Oberrabbiner der Prager Judenschaft zu wählen. Oppenheim wurde am 5. August 1702 von Kaiser Leopold I. bestätigt, doch trat er das Amt erst Ende 1703 an. Abraham Broda fühlte sich durch die Wahl Oppenheims sehr zurückgesetzt. Er gründete im Jahre 1702 ein eigenes Lehrhaus[55] für seine Talmudhochschule mit einer dazugehörigen Synagoge und verließ daraufhin die Alt-Neusynagoge. Seine Tätigkeit beschränkte er fast ausschließlich auf die Leitung und Unterweisung der jüdischen Studenten. Sein Verhältnis zum Oberrabbiner David Oppenheim war dauernd getrübt.

Als die Metzer Gemeinde wegen ständiger Abwesenheit ihres Rabbiners R. Gabriel Eskeles[56] das Rabbinat dem R. Abraham Broda antrug, nahm es dieser an und siedelte im Jahre 1709 nach Metz über. Sein Prager Rabbinat und das der böhmischen Landesjudenschaft gab Broda nicht ganz auf, ließ sich vielmehr abermals das Anrecht zum Wiederantritt der beiden Stellen zusichern. Wegen dieser Zusicherung kam es im Jahre 1710 zu einem heftigen Streit zwischen den Prager Judenältesten und den Anhängern Brodas. Diese wurden beschuldigt, mit Broda in engster brieflicher Verbindung zu stehen und ihm sogar das Prager Oberrabbinat angetragen zu haben. Wiederholt klagten die Ältesten diese „Privatjuden" bei der Statthalterei und der böhmischen Kam-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

mer wegen Auflehnung gegen die eingesetzte Obrigkeit an. Es bedurfte das strenge Einschreiten der Behörden, um die Anhänger Brodas „von ihren sträflichen Zusammenkünften und Korrespondentien" abzubringen.

Bald nach der Übersiedlung Abraham Brodas nach Metz suchte der frühere Prager Primator Esriel Bondi beim Kaiser an, die zweite Oberrabbinerstelle in Prag seinem Schwiegersohne Elias Wolf Wedeles zu übertragen. Kaiser Joseph schickte am 20. Feber 1711 dieses Gesuch, wie auch das Ansuchen Abraham Brodas vom Jahre 1709 um Zusicherung seiner Oberrabbinerstelle, an die Statthalterei, um die königliche Appellation und die böhmische Kammer darüber zu vernehmen. (Vgl. Beil. XII). Am 14. Mai 1711 erließ Kaiserin Eleonora an die Statthalterei ein Reskript, die Prager Judenältesten zu beauftragen, den Esriel Bondi wegen seines Gesuches zu vernehmen und dann selbst darüber ein Gutachten abzugeben. Dieses Gutachten fiel zu Gunsten des Wedeles aus, denn am 8. Jänner 1712 ernannte Kaiser Karl VI. den Wolf Wedeles zum zweiten Oberrabbiner in Prag, an Stelle des nach Metz abgereisten Abraham Broda. Irrtümlicherweise wurde im kaiserlichen Reskripte diese Stelle statt dem Elias Wolf Wedeles, dessen Vater Wolf Wedeles übertragen. Als nun Esriel Bondi in einer Zuschrift an den Kaiser auf den Irrtum hinwies, erließ Karl VI. am 29. Jänner 1712 abermals ein Dekret an die Statthalterei, die Stelle dem Elias Wolf Wedeles zu übertragen. (Vgl. Beil. XIII.) R. Elias Wedeles konnte sich dieser Würde nur einige Wochen erfreuen; er starb bereits am 13. April 1712.[57]

Nach seinem Tode wurde die zweite Oberrabbinerstelle mit der ersten vereinigt und dem Prager Oberrabbiner David Oppenheim übertragen. In dem Konfirmationsprivilegium[58] David Oppenheims zum böhmischen Landesrabbiner von Kaiser Karl (d. d. 19. September 1718), werden seine Verdienste um das Prager Oberrabbinat hervorgehoben. Dabei wird erwähnt, daß er „... nicht allein die Ober-, sondern auch die zur Unterrichtung der jüdischen Studenten angestellte Rabbinerstelle in Prag versehen" hat.

III. DAS BÖHMISCHE LANDESRABBINAT

(II. TEIL)

a. David Oppenheims Wahl zum böhmischen Landesrabbiner

Die Aufnahme der Landesrabbiner erfolgte stets für eine begrenzte Zeit, zumeist für fünf Jahre, die dann automatisch verlängert wurde. Als Kaiser Leopold I. in seiner Resolution vom 30. August 1704 den Deputierten und Beisitzern der Landesjudenschaft und ihren Beamten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die „Perpetuität" ihres Amtes auf Lebenszeit verlieh, bestätigte er dies auch ausdrücklich für die beiden Landrabbiner Wolf Wedeles und Abraham Broda.[59] Die Verleihung der Perpetuität bedeutete zwar für die Landrabbiner eine Festigung ihrer Stellung, keineswegs aber eine Sicherung oder gar Verbesserung des Gehaltes, das nur selten ausgezahlt wurde. Abraham Broda war oft genötigt, bei der böhmischen Kammer darum einzukommen. Diese beauftragte laut Dekret vom 22. Jänner 1706 die Landesdeputierten, für Abraham Broda anläßlich „der Ausheiratung seines Kindes" 400 fl. als Anzahlung auf seine rückständige Besoldung in die nächste Repartition einzustellen, „wegen des Übrigen aber demselben zur weiteren Geduld zu verweisen". Die Restschuld beglich die Landesjudenschaft selbst bis zur Abreise Brodas nach Metz im Jahre 1709 nicht ganz. Dies geht hervor aus einer Abschrift des erwähnten Kammerdekretes, die sich Broda am 9. November 1709 als Beleg für seine Forderungen anfertigen ließ. Er faßte die lebenslängliche Bestätigung seines Rabbinats wörtlich auf und wollte auch nach seiner Übersiedlung nach Metz nicht davon ablassen. Zu jener Zeit war es übrigens keine seltene Erscheinung, daß Rabbiner ein Gemeinderabbinat in einem entfernten Lande versahen.

Wegen dieser erteilten Perpetuität ließ auch die Landesjudenschaft das nach Broda freigewordene Landesrabbinat einige Jahre unbesetzt. Erst im Jahre 1713 entschloß sie sich, zur Wahl eines Landrabbiners für die Hälfte Böhmens zu schreiten. Hiezu wurde – anläßlich der Anlagserneuerung in Brandeis – der Prager Oberrabbiner David Oppenheim gewählt, u. z. von den Deputierten und Beisitzern der Landesjudenschaft, von den Bevollmächtigten aus allen Kreisen Böhmens und hohen Kontribuenten, und im Beisein des Vertreters der böhmischen Kammer. Nicht leicht entschloß sich die Landesjudenschaft zu dieser Wahl, da sie auf die Wahrung ihrer Unabhängigkeit von der Prager Gemeinde peinlichst bedacht war und in der Vereinigung der beiden Rabbinate ein Präjudiz befürchtete. Welche Kämpfe dieser Wahl, trotz des einhellig gefaßten Beschlusses, vorausgingen, geht schon daraus hervor, daß der angesehene Solizitator der Landesjudenschaft, Benjamin Günzburg, wegen seiner Opposition gegen die Wahl Oppenheims mit einem zehntägigen Arrest bestraft wurde. Nur die allgemeine Verehrung, die der Prager Oberrabbiner bei allen Beteiligten genoß, überwand jenes Bedenken. Viel mag auch der Landrabbiner Wolf Wedeles, dessen Tochter Schifra R. David Oppenheim nach dem Tode seiner ersten Gattin[60] geheiratet hatte, zur Wahl seines Schwiegersohnes beigetragen haben.

Gleich nach vollzogener Wahl wurde der neugewählte Landesrabbiner wegen der Übernahme seines Amtes nach Brandeis berufen. Er erklärte die Wahl anzunehmen, wenn die Behörden sie bestätigten. Die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Landesjudenschaft teilte der böhmischen Kammer am 11. März 1713 das Resultat der Wahl mit und ersuchte um deren Konfirmation durch den Kaiser. Erst am 2. Feber 1715, auf Veranlassung der kaiserlichen Hofkammer erließ Karl VI. das Konfirmationsdekret.[61] Darin bezieht er sich auf die in Brandeis durchgeführte Wahl Oppenheims zum Landesrabbiner an Stelle Brodas, verweist auf die allgemeine Zufriedenheit mit Oppenheims Wirken als mährischer Landesrabbiner und Prager Oberrabbiner, bestätigt die erfolgte Wahl, „jedoch ohne Consequenz, daß es jedesmal ein Prager sein müsse" und befiehlt der böhmischen Kammer, zur Publizierung dieser Bestätigung bei den Kaiserrichtern in den Kreisen und anderwärts alles Erforderliche zu veranlassen. (Vgl. Beil. XIV.)

Diese kaiserliche Konfirmation war nur auf Veranlassung der Finanzbehörden, nicht aber der politischen Behörden, die über die vollziehende Macht verfügten, erfolgt. Das genügte aber dem erwählten Oppenheim noch nicht. Über Verwendung seiner Wiener Verwandten teilte die Hofkammer am 2. Feber 1715 der böhmischen Hofkanzlei die Wahl Oppenheims und deren Bestätigung durch den Kaiser, die an die böhmische Kammer gerichtet sei, mit und ersuchte sie, auch ihrerseits dem Kaiser die Konfirmation Oppenheims vorzuschlagen, damit er in Protektion und Schutz genommen werde. Die Hofkanzlei entsprach zwar nicht gleich diesem Wunsche, veranlaßte aber den Kaiser, der Statthalterei in Prag am 7. März 1715 aufzutragen, sich über die Gepflogenheiten, die bishin bei der Wahl eines Landrabbiners eingehalten wurden, und über die Vorbedingungen für deren Bestätigung zu informieren. Hierüber solle sie dann einen Bericht an die Hofkanzlei erstatten. Die Statthalterei ließ zunächst dieses kaiserliche Schreiben unbeantwortet.

Am 11. Jänner 1715 starb der Landrabbiner Wolf Wedeles,[62] wodurch das Landrabbinat über die andere Hälfte Böhmens frei wurde. Obwohl über den Nachfolger in diesem Amte volle Einmütigkeit herrschte, fand doch dessen Wahl erst nach Verlauf von über zwei Jahren statt. Was veranlaßte die Landesjudenschaft, diese Wahl solange hinauszuschieben? Wir gehen in der Annahme nicht fehl, daß die kaiserliche Konfirmation vom 2. Feber 1715 mit dem Tode des R. Wolf Wedeles, und die Besetzung des Landrabbinates über die zweite Hälfte Böhmens mit dem Tode R. Abraham Brodas, der am 12. April 1717 in Frankfurt am Main erfolgte,[63] in Zusammenhang steht. Die Behörden, in der Folge auch die Landesjudenschaft, trugen doch dem Standpunkte Brodas Rechnung, nach welchem die Landrabbiner dem Wortlaute der kaiserlichen Resolution vom 30. August 1704 gemäß auf Lebensdauer angestellt seien. Mag es wohl in der kaiserlichen Bestätigung Oppenheims „an Stelle Abraham Brodas" heißen, so erfolgte diese doch erst nachdem das Absterben des Wolf Wedeles bekannt und eine Hälfte des Landrabbinates frei geworden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

war. Die Wiederbesetzung dieses Landrabbinates dürfte auch nicht durch einen bloßen Zufall zwei Wochen nach Brodas Tod stattgefunden haben. In diesem Sinne ist auch der Wortlaut eines Berichtes zu verstehen, den die Landesjudenschaft im Jahre 1736 erstattete: „... wir den Oppenheimer als dazumal bereits gewesenen Prager Oberrabbiner nach Absterben unseres Oberrabbiners Abraham Broda und Wolf Wedeles vor (für) Landes Oberrabbiner zu zweimalen nach Jedwedern gedachten zweien Absterben aufgenommen ..."

Wie die Wahl eines Landrabbiners im Jahre 1713 für die eine Hälfte, fand auch diese für die andere Hälfte Böhmens in Brandeis Ende April 1717 unter den gleichen Formalitäten statt. Es beteiligten sich daran abermals die Deputierten und Beisitzer der Landesjudenschaft, je drei Bevollmächtigte aus jedem der zwölf Kreise, einzelne hohe Kontribuenten, ebenso war auch eine Kommission der böhmischen Kammer anwesend. David Oppenheim wurde von diesen einhellig als Oberrabbiner für die gesamte Landesjudenschaft Böhmens auf zehn Jahre gewählt. Gleichzeitig wurde mit dem Landesrabbiner ein Übereinkommen getroffen, nach welchem dieser die Einwilligung gab, in allen Kreisen Böhmens *Kreisrabbiner* anzustellen. Die neue Einführung erfolgte wegen der an Zahl stark zunehmenden Landjuden, die ihre Wohnsitze im ganzen Lande zerstreut hatten und denen es nicht möglich war, mit jeder Kleinigkeit zum Landrabbiner nach Prag zu kommen, genau so wie es diesem nicht möglich war, stets zu ihnen zu gelangen. Die Kreisrabbiner sollten berechtigt sein, Trauungen zu vollziehen und alle rabbinischen Funktionen zu versehen. Der Landesrabbiner verzichtete zu ihren Gunsten auf die Hälfte der ihm zukommenden Gebühren. Nach Empfang seines Aufnahmsbriefes gab Oppenheim hiezu der Landesjudenschaft am 19. Ijar (30. April) 1717 schriftlich seine Zustimmung. Zur Bedingung stellte er, daß jeder Kreisrabbiner nur auf Grund einer von ihm und der Landesjudenschaft eigenhändig unterfertigten schriftlichen Erlaubnis angestellt werden könne. (Vgl. Beil. XV.) Die Einführung der Kreisrabbinate hat im Laufe der Zeit die Aufrechterhaltung des Landesoberrabbinates überflüssig gemacht.

War nun zwar die Wahl Oppenheims von Seiten der Landesjudenschaft erledigt, so bedurfte sie doch noch der Zustimmung der Behörden und der Konfirmation des Kaisers. Die bei der Wahl anwesende Kommission der böhmischen Kammer verständigte sogleich ihre Oberbehörde. Dies hatte zunächst zur Folge, daß die Statthalterei das kaiserliche Reskript vom 7. März 1715 wegen Nachforschungen über den üblichen Vorgang bei der Wahl und der Bestätigung eines Landrabbiners der „Zu Untersuch- und Einrichtung des jüdischen Öconomie- und Politzei-Wesens allergnädigst verordnete Kommissarien" zur Durchführung übergab.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Trotz eifrigen Nachforschens konnte diese hierüber in den vorhandenen Akten nichts Authentisches finden, was die Statthalterei am 29. Juli 1717 nach Wien berichtete. Am 30. August kam darauf von Wien die kaiserliche Verordnung, zur Aufklärung der Fragen den Oberrabbiner David Oppenheim sowie einige alte Prager und Landjuden mündlich zu vernehmen.

Die „jüdische Kommission" ersuchte am 17. September 1717 die Landesjudenschaft und die Prager Judenältesten, zu ihr für den 6. Oktober alte Juden, die sich an die Durchführung der früheren Landrabbinerwahlen noch erinnerten, zum Zwecke der Auskunftserteilung zu bestellen, wozu sie auch den Oberrabbiner David Oppenheim berief. Von den Prager Juden erschienen: der Primator Samuel Taussig-Sachsl, der Älteste Veitl Fanta, die beiden geschworenen Perdonsdeputierten Hersch Klaber und Jakob Pržibram; von der Landjudenschaft: der „angesetzte" Primator Benjamin Meyerle von Přestitz," der Sollizitator Benjamin Günzburg, Joachim Schmul und Abraham von Lieben.

Nach den Aussagen dieser Delegierten ging die *Wahl* eines Landrabbiners in folgender Weise vor sich: Die Landesjudenschaft wählte einige geeignete Kandidaten für die Landrabbinerstelle, die sie den Behörden zur Genehmigung unterbreitete. Nachdem diese erfolgt war, wurde eine Zusammenkunft der Landesjudenschaft und der hohen Kontribuenten zur Durchführung der Wahl veranstaltet; sofern aber die alle drei Jahre stattfindende „Verneuerung der Quote", an der auch noch die Vorsteher der Gemeinden und die Kreisbevollmächtigten teilnahmen, nicht ferne war, wurde die Wahl bis zu diesem Zeitpunkte verschoben. Nach der per maiora vota erfolgten Wahl wurde der „*Rabonem*- oder *Aufnahmsbrief*" ausgefertigt, ordentlich unterschrieben und dem gewählten Landrabbiner überreicht.

Die bei der Wahl anwesenden Vertreter der Behörden teilten das Wahlresultat der böhmischen Kammer mit, die es der kaiserlichen Hofkammer in Wien weitergab, durch die dann die *Konfirmation* des Kaisers eingeholt wurde. Manche Landrabbiner begnügten sich mit der auf diese Weise erfolgten Konfirmation, um weitere „Sollizitierungs-Unkosten" zu ersparen. Einige Landrabbiner, wie David Oppenheim im Jahre 1713, wünschten noch überdies die Konfirmation auf dem Wege der anderen Behörden. Die Landrabbiner wurden gewöhnlich auf vier bis fünf Jahre, David Oppenheim jedoch in Anbetracht seiner im Rabbineramte bereits erworbenen Verdienste auf zehn Jahre gewählt. Zuweilen gab es *einen* Rabbiner für die ganze böhmische Provinz, manchesmal *zwei*, deren *Wohnsitz* in Prag, zuweilen auch in der Provinz zu sein pflegte. Das *Gehalt* wird nach vollzogener Wahl mit dem Landrabbiner vereinbart. David Oppenheim erhalte 150 fl. jährlich, die ihm quartalweise mit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

25 Rth. ausbezahlt werden. Außerdem erhalte er nach altherkömmlicher Weise die Gebühren von jeder Hochzeit und Beschneidung usw.

Über die *Aufgaben* des Landrabbiners wird angeführt,[65] daß er darauf zu achten habe, daß die Landjuden ihre Lebensweise gemäß den mosaischen Gesetzen und den jüdischen Zeremonien gestalten sollten, die Widerspenstigen aber durch eine Bestrafung zur Besserung veranlasse. Er habe auch die unter Privatjuden oder innerhalb der jüdischen Landgemeinden vorkommenden Streitigkeiten nach mosaischem Gesetze zu schlichten und für Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen.

Diesen Angaben stimmten auch die Vertreter der Prager Judenschaft zu, nur behaupteten sie, daß sich ehedem auch die Prager Judenältesten an der Wahl eines Landrabbiners beteiligt hätten, was die Landjuden in Abrede stellten, da sich auch die Landjudenschaft an der Wahl des Prager Oberrabbiners nicht beteilige.

Die jüdische Kommission sandte am 8. Oktober über die Ergebnisse der Aussagen einen Bericht an die Statthalterei. Diese wieder erstattete auf Grund dieses Berichtes am 11. November 1717 der böhmischen Hofkammer ein Gutachten über die Landrabbiner-Wahl. Sie „findet kein Bedenken, warum dem Supplizierenden Juden David Oppenheim die ansuchende Confirmation über die erhaltene ganze böhmische Land Rabbiner-Stelle vermittelst der böhmischen Hofkanzlei nicht erteilt werden könnte".

Kaiser Karl VI. erließ am 8. Juni 1718 an die Statthalterei ein Dekret, wonach er David Oppenheim „anstatt des vorgewesten Wolf Wedeles für einen Ober Rabiner auch über die anderte Hälfte, mithin nunmehro über die gesammte Landes Judenschaft" konfirmierte und sie aufforderte, wegen der notwendigen Assistenz und Protektion alles Nötige zu veranlassen. Der Kaiser erteilte aber dem David Oppenheim am 18. September 1718 ein „besonderes Confirmations Privilegium",[66] das er mit einem Reskripte der Statthalterei einsandte. (Vgl. Beil. XVI.) Diese richtete am 18. Oktober 1718 an alle Kreis- und Stadthauptleute ein Rundschreiben, worin sie ihnen mit Bezug auf das kaiserliche Privileg den Schutz Oppenheims auftrug.

Diese vielfachen Dekrete und Konfirmationsurkunden erfolgten nicht allein über Verwendung der Wiener Familie Oppenheim, sondern auch wegen der bereits erwähnten Ansprüche, die Simson Wertheimer oder dessen Anhänger auf das Prager Oberrabbinat erhob.

David Oppenheim hielt das Landesrabbinat fest in Händen und ließ sich in seinen Rechten in nichts und von niemanden verkürzen, was er besonders durch das Einschreiten gegen den Jungbunzlauer Rabbiner Moses Jakob Brandeis zum Ausdrucke brachte. R. Moses Brandeis wurde im Jahre 1717 von der Jungbunzlauer Judengemeinde als ihr Rabbiner

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und der des ganzen Bunzlauer Kreises aufgenommen, wozu auch die böhmische Kammer ihre Bestätigung erteilt hatte. Nebst 3 fl. Wochengehalt, das nach jahrelangem vergeblichen Kämpfen im Jahre 1731 mit Genehmigung der böhmischen Kammer auf 5 fl. erhöht wurde, erhielt er auch alle Akzidentien. Moses Brandeis glaubte, wie dies der Bunzlauer Vorstand in seinem Aufnahmsschein vermerkte, vom Landesrabbiner David Oppenheim unabhängig zu sein und suchte daher niemals bei ihm um Bestätigung seines Amtes an. Als ihm nun die Bunzlauer Kreisjudenschaft in Anbetracht seiner Leistungen ein Jahresgehalt von 50 fl. aussetzte, wie dies auch die übrigen Kreisrabbiner erhielten, erblickte David Oppenheim darin eine Hintansetzung seiner Person und schritt dagegen am 8. Jänner 1733 bei der böhmischen Kammer energisch ein.[67] Diesem Proteste schloß sich auch die Landesjudenschaft am 9. Jänner an. Vergeblich berief sich die Bunzlauer Judenschaft auf ihre alte Ausnahmsstellung gegenüber dem Landrabbinate, die böhmische Kammer entschied (laut Dekret vom 6.Feber 1733) zu Gunsten Oppenheims. Dieser sei seinerzeit von der Landesjudenschaft als Rabbiner aller Kreise, der Bunzlauer Kreis inbegriffen, gewählt und vom Kaiser konfirmiert worden. Da Brandeis jedoch bona fide gehandelt habe, könne er sich die bishin erhaltenen Akzidentien behalten, wegen der weiteren müsse er sich mit dem Landesrabbiner ins Einvernehmen setzen. Die Bezahlung der 50 fl. wurde der Kreisjudenschaft strengstens untersagt. R. Moses Brandeis wollte sich dem Landesrabbiner nicht unterwerfen und nahm bald darauf das Rabbinat zu Mainz an.

Dieser Entscheidung der böhmischen Kammer unterwarf sich zunächst die Bunzlauer Judenschaft, wie sie dies bei der Bestellung des im Jahre 1734 als Bunzlauer Rabbiner aufgenommenen Veit,[68] Sohn des Bunzlauer Primators Noach Veit, zum Kreisrabbiner zeigte. R. Veit oder Feisch wurde mit Einwilligung des Landesrabbiners und der Landesjudenschaft am 12. Mai 1735 auf sechs Jahre zum Kreisrabbiner bestellt, mußte jedoch die Hälfte der Akzidentien von Hochzeiten und Beschneidungen dem Landesrabbiner abgeben und durfte auch ohne dessen Wissen den Kreisjuden keine Ehrentitel verleihen, wofür eine Gebühr zu entrichten war. (Vgl. Beil. XVII.) R. Veit Noe bekam dann tatsächlich gemäß Kammerdekret vom 21. Mai 1736 von der landjüdischen Hauptkassa 52 fl. jährlich ausbezahlt.

Als nach dem Ableben David Oppenheims ein neuer Landesoberrabbiner aufgenommen werden sollte, versuchte die Jungbunzlauer Judenschaft durch eine Eingabe vom 29. April 1737 an die böhmische Kammer ihre ehemalige Unabhängigkeit wieder zu erlangen. Jungbunzlau, nach Prag die größte Judengemeinde Böhmens, sei das Handelszentrum und der religiöse Mittelpunkt des Kreises, deren Rabbiner seit uralter Zeit die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

religiösen Angelegenheiten der Kreisjudenschaft erledigt hätten. Deswegen seien auch die Jungbunzlauer Rabbiner niemals dem Landrabbiner unterstanden, wie dies der Aufnahmsschein des Landrabbiners Abraham Broda vom Jahre 1689, den sie in Abschrift beilegten, klar besage. Die Bunzlauer Kreisbevollmächtigten hätten auch aus diesem Grunde den ersten Aufnahmsbrief Oppenheims nicht unterschrieben. Die Unterschrift auf dem zweiten Aufnahmsbrief vom Jahre 1717 sei auch nicht über Auftrag der Kreisjudenschaft, sondern aus persönlicher Verehrung Oppenheims von den damals nur anläßlich der Quotaerneuerung anwesenden Kreisvertretern erfolgt. Über einen Erfolg dieser Eingabe des Bunzlauer Judenvorstandes wird in den Akten nicht berichtet.

b. Isak Spira-Wedeles, böhmischer Landesoberrabbiner

Nach dem am 12. September 1736 erfolgten Tode David Oppenheims befürchteten die Deputierten der Landesjudenschaft, wahrscheinlich nicht ohne Anlaß, die Prager Judenältesten könnten einen neuen Oberrabbiner wählen und ihn auch, ohne ihre (der Landesjudenschaft) Einwilligung, als Landesoberrabbiner konfirmieren lassen. Sämtliche Deputierten und Beisitzer, die deswegen zu einer Sitzung nach Prag berufen wurden, machten bei der böhmischen Kammer am 5. November 1736 eine Eingabe, in der sie darauf hinweisen, daß die Landesjudenschaft mit der Prager Judenschaft in keinerlei Verbindung stehe und von ihr ganz unabhängig sei. Die Landesjudenschaft hätte stets einen eigenen Oberrabbiner gehabt, der von ihr sein Gehalt bezog. Die beiden Wahlen des Prager Oberrabbiners David Oppenheims zum Landesrabbiner, die jedesmal nach dem Tode der beiden Landrabbiner erfolgt sei, sei nur wegen seiner besonderen Eignung geschehen, was keine weitere Konsequenz nach sich ziehen könne. Sie behalte sich daher das Recht der freien Wahl eines eigenen Oberrabbiners vor.

Am 16. November 1736 sandte die böhmische Kammer sowohl an die Prager Judenältesten wie an die Landesjudenschaft wegen baldiger Besetzung des Oberrabbinates zwei gesonderte Zuschriften. Die Landesdeputierten sollten, da schon über acht Wochen seit dem Tode Oppenheims vergangen seien, die Wahl eines Oberrabbiners für die gesamte Landesjudenschaft vornehmen, „jedoch ohne Consequenz, daß es jedesmal ein Prager sein müßte", und ihr das Wahlresultat zur Einholung der kaiserlichen Ratifikation „je ehender, je besser", überreichen.

Die Prager Judenältesten zeigten aber keine Neigung, dem Wunsche der böhmischen Kammer nachzukommen und gaben eine für die Prager Judenschaft vieler Jahrhunderte bezeichnende Antwort: Es sei „von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

alters Zeiten nicht gebräuchig gewesen, daß beim Absterben eines Ober Rabbiners bald darauf ein anderer eingesetzt worden war, sondern jedesmal viele Jahre zugewartet worden ist, in mittelst aber von den hier befindlichen jüdischen Gelehrten versehen worden, welches annoch ad interim geschehen kann".

Die Deputierten und Beisitzer, infolge des Kammerschreibens dringend nach Prag berufen, beschlossen der böhmischen Kammer drei Prager Juden als Landesoberrabbiner in Vorschlag zu bringen: 1. R. *Isak Wedeles* oder Spira, der uns bereits anläßlich seiner im Juli 1698 gehaltenen Predigt als Enkel des Landrabbiners Wolf Wedeles begegnet ist. 2. R. *Jonathan Eibenschütz*,[69] Oberpredikant der Prager Judenschaft, Schwiegersohn des erstgenannten R. Isak Wedeles. 3. R. *Samuel Levi Lichtenstadt*[70] oder Wedeles, Sohn des Salomon und der Schifra, der zweiten Frau David Oppenheims, ein Enkel des Landesprimators Abraham Aron Lichtenstadts und des Landrabbiners Wolf Wedeles. Außerdem kamen noch in Betracht: R. *Baruch Austerlitz*,[71] Rabbiner in Kolin, und R. *Abraham Katz Popper*,[72] Leitmeritzer Kreisrabbiner, mit dem Sitze in Teplitz.

Die Deputierten begünstigten am meisten die Wahl des Jonathan Eibenschütz, mit dem auch schon der Landesprimator Hirsch Kalmus Lichtenstadt[73] und der Sollizitator Benjamin Günzburg über die Bedingungen der Übernahme verhandelten. Vermutlich hatte jedoch Eibenschütz wenig Aussicht bei der böhmischen Kammer durchzudringen, weswegen der Primator überhaupt gegen jede Wahl eines Landrabbiners Stellung nahm und in diesem Sinne die böhmische Kammer zu beeinflussen trachtete.

In der am 4. und 5. März 1737 abgehaltenen Beratung über die Landrabbinerfrage kam es nun zur Spaltung innerhalb der Landesjudenschaft. Über die vorhandenen Gegensätze unterrichtet uns ein Protokoll dieser Beratung, worin der Standpunkt jedes einzelnen genau verzeichnet ist. Die Wahlgegner führen als Grund ihrer Opposition an: es sei jetzt eine Zeit der Geldknappheit, die durch die dreißigtausend Reichstaler betragenden Schulden der Landeskassa verschärft sei; man müsse daher mit der Ausgabe des Rabbinergehaltes, das hundert Reichstaler jährlich betrage, sparen, zumal der Landrabbiner außerdem den Privatleuten noch viel Kosten verursache. Aus diesem Grunde zögere auch die Prager Judenschaft mit der Aufnahme eines Oberrabbiners. Die fast in allen Kreisen angestellten Kreisrabbiner sollten auch das Landrabbinat versehen. Es sei übrigens ein alter Brauch, nach dem Tode des Oberrabbiners mit der Wiederbesetzung ein Jahr lang zu warten. Dagegen vertraten die Wahlanhänger den Standpunkt: Der bereits gefaßte Beschluß der Wahl eines Landoberrabbiners müsse durchgeführt werden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Immer sei ein Landrabbiner gewesen, der im kaiserlichen Dekrete genau so wie die zwölf Deputierten und Beisitzer für die Landesjudenschaft vorgeschrieben sei. Überall herrsche Geldmangel, deswegen gebe es doch kein Land ohne einen Landrabbiner. Es sei übrigens ein Spott, mit der Gehaltssumme für den Rabbiner sparen zu wollen. Die Kreisrabbiner können ohne Landrabbiner nicht sein, da sie ihn oft selbst benötigen. Einige Deputierten beantragten, die Entscheidung über die Wahl der böhmischen Kammer anheimzustellen.

Erwähnenswert ist die Ansicht des Sollizitators Benjamin Günzburg, der entschieden für die Wahl eines Landrabbiners eintritt. Die Prager Juden könnten ihnen sonst zuvorkommen und ihnen ihren Oberrabbiner als Landrabbiner aufzwingen, wie dies schon einmal der Fall gewesen wäre. Als nämlich seinerzeit die Landesjudenschaft unbedingt einen eigenen Rabbiner haben wollte, sei sie von den Prager Juden gezwungen worden, David Oppenheim aufzunehmen. Weil er (Günzburg) sich dagegen gewehrt habe, hätte er zehn Tage im Arreste verbringen müssen. Vom Lande würden viele Fragen zu den Oberjuristen nach Prag geschickt, diese lehnen aber deren Erledigung ab, weil sie nicht honoriert werden. Diesen Ausführungen widersprach der Primator: Niemals hätten die Prager Juden der Landesjudenschaft einen Landrabbiner aufgenötigt. Nicht wegen der Prager Juden, sondern wegen der Wiener Oppenheims, die die Aufnahme ihres Verwandten bei den Behörden urgierten, habe der Sollizitator die Arreststrafe bekommen. Von Fragen der Landjuden an die Prager Oberjuristen sei ihm nichts bekannt. Seitdem der Deputierte Rubin Michl aus Kolin, obwohl er kein Monatshalter gewesen sei, ein Kammerdekret betreffs der Wahl vorgezeigt habe, sei er ein Gegner der Wahl. Der Oberlandesrabbiner hätte auch für die Landjuden nichts geleistet.

Ein Teil der Deputierten[74] versuchte durch ein Schreiben an die böhmische Kammer sub praes. 7. März 1737 bei ihr die Vornahme der Wahl zu erwirken. Der Landesprimator versuchte die Wahl eines Landrabbiners bis zur Besetzung des Prager Oberrabbinates hinzuziehen, wodurch die Landesjudenschaft in vollkommene Abhängigkeit von Prag gerate. Damit die Landesjudenschaft in guter Ordnung erhalten bleibe, erachten sie die Aufnahme eines Landoberrabbiners als unumgänglich notwendig.

Währenddessen verfügte die böhmische Kammer (laut einer Zuschrift vom 5. März an die Landesjudenschaft), die angeordnete Wahl eines Landesrabbiners „aus erheblichen Ursachen" bis auf weitere Verordnung in suspenso zu belassen, beauftragte sie jedoch anzuzeigen, ob und was für nützliche Dienste David Oppenheim der Landesjudenschaft geleistet habe und ob dessen baldige Ersetzung notwendig sei. In einer neuen Zuschrift vom 7. März fügt die böhmische Kammer noch die Frage hinzu, wieviel

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

die Kosten für den Landesoberrabbiner jährlich ausmachten. Die Beantwortung müsse unbedingt bis zur nächsten Kammer-Session (am Montag) erfolgen. Im Falle keine Einigkeit bezüglich der Aufnahme erzielt werden könne, sei das Protokoll der Sitzung über alle für und wider abgegebenen Stimmen einzusenden.

Die Uneinigkeit der Landesjudenschaft zeigte sich wieder bei der Beantwortung dieser Fragen, die geteilt erfolgte; jeder Zuschrift wurde jedoch das gleichlautende Protokoll beigelegt. Die Anhänger der Wahl hielten die Aufnahme für unerläßlich, „weil bei den einfältigen Landjuden fast täglich casus vorfallen, welche nach mosaischem Gesetze allein vom Oberlandesrabbiner entschieden werden könne". Die schwierigen Fragen, die auch die Kreisrabbiner nicht entscheiden könnten, müßten an ausländische Oberrabbiner gesandt werden, was auch große Auslagen verursache. Die Kosten für den Landrabbiner betrügen nur 100 Rth. jährlich und ein geringes Akzident bei Hochzeiten und Beschneidungen, so daß auf jeden Landjuden nur ein Pfennig entfiele.

Der Landesprimator und einige Deputierte[75] sagen in ihrer Antwort vom 14. März über die Leistungen Oppenheims: Er hätte seine Funktionen fleißig und emsig versehen und der Landesjudenschaft auch dadurch ersprießliche Dienste geleistet, indem er ihre Angelegenheit, die in Wien zu erledigen gewesen seien, an seine einflußreiche Verwandten empfohlen, die sich stets mit Erfolg dafür eingesetzt hätten. Als Aufgabe des Landrabbiners bezeichnen sie: „Wenn sich ein Zwist in jüdischen Ceremonien-Sachen oder ein casus in Rechtsangelegenheiten ereignet, welcher sonsten so leicht nicht entschieden oder erörtert werden kann, daß solche zum Ober Rabiner zur Entscheidung oder gehörigen Beilegung eingesendet zu werden pfleget." Die Besetzung sei zunächst nicht notwendig, da auch ehedem viele Jahre hindurch das Landrabbinat unbesetzt gewesen wäre, jetzt seien in jedem Kreise, mit Ausnahme des Prachiner, Kreisrabbiner angestellt, die selbst alle rabbinischen Agenda besorgen könnten. Die schwierigsten Fragen sollten, wie dies bei den christlichen Universitäten üblich sei, den Oberrabbinern des Auslandes vorgelegt werden. Mit der Wahl sei bis zur Aufnahme eines Prager Oberrabbiners zu warten.

Die Entscheidung der böhmischen Kammer fiel zu Gunsten der Wahl eines Oberrabbiners für die gesamte Landesjudenschaft aus. Gemäß den Kammerdekreten vom 8. und 12. November 1737 sollte diese am 3. Feber 1738 in Prag vorgenommen werden. Da die Wahlgegner auch weiterhin die Wahl zu vereiteln trachteten, erklärte die Hofkammer am 7. Dezember 1737 die angeordnete Wahl für unaufschiebbar, „es sollen hierzu zwei taugliche und wohlverhaltene Subjekte vorgeschlagen werden".

Über die Vorgänge bei der Wahl sind wir zwar nicht unterrichtet, wir wissen jedoch, daß *Isak Wedeles-Spira* am 12. Feber 1738 als der gewählte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Landesoberrabbiner hervorging. Laut kaiserlichem Reskripte vom 18. September 1738 und dem Dekrete der böhmischen Kammer vom 6. November 1738 wurde er zum Oberrabbiner über die gesamte Landesjudenschaft bestätigt und sein Gehalt, wie es seine Vorgänger erhalten hatten, für zehn Jahre festgesetzt.

Landesoberrabbiner Isak Wedeles übernahm gleich nach seiner Wahl das Rabbineramt, mußte jedoch, wie seine Amtsvorgänger, auf die Auszahlung seines Gehaltes lange warten. Erst eine Verordnung der böhmischen Kammer vom 2. Oktober 1739 trug dem Rechnungsrat Christoph Cardell auf, dem Landrabbiner die jährliche Besoldung von 150 fl. für die Zeit vom 12. Feber 1738 bis 1739 auszuzahlen. In Zukunft sollte die Gehaltsauszahlung in jedem Quartal gegen eine Quittung erfolgen.

Es wäre noch zu erwähnen, daß die Prager Judenältesten im Jahre 1749 den Landrabbiner Isak Wedeles der Repräsentation und Kammer als Prager Oberjuristen in Vorschlag gebracht haben. Diese lehnte jedoch am 12. August 1749[76] den Vorschlag ab, weil ein Landrabbiner nicht gleichzeitig das Amt eines Oberjuristen in Prag versehen könne, es sei denn, daß Wedeles auf sein Landesrabbinat verzichte.

Moses Isak Wedeles-Spira, der einige nicht erhalten gebliebene Werke verfaßt hat, starb am 27. Dezember 1749.[77] Mit ihm hörte auch das Amt des Landrabbinates auf. Die Kreisrabbiner besorgten fernerhin allein alle rabbinischen Funktionen. Die schwierigen Fälle entschied der nachmalige Prager Oberrabbiner *Ezechiel Landau* unentgeltlich; die Entscheidungen sind auch teilweise in seinem Responsenwerke „Noda bi-Jehuda" enthalten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

BEILAGE I (Zu Seite 82)

Abraham Broda wird Landrabbiner,
der Bunzlauer Kreis verbleibt seinem Schwiegervater

In deme wir undterschriebene schriftlich aufgesetzet, zugleich aufgenommen zum Ober Rabiner der behm. Landes Judenschaft dem Abrahamb Brodte, jetziger Rabiner in Lichtenstadt, allein aber in diesem forumb undt beding, alß der Buntzlauer Creyß solle verbleiben dem Abrahamb Brodt sein schwehr Vatter Liebmann Graetz Jung-buntzlau Rabiner und alle Einkünften des buntzlau Creys solle dem Liebmann als Buntzlau Rabiner allein zu geherig und gegeben werden. den 9. August 1689.

saget Abrahamb Lichtenstadt Geschlecht Levit
Ethingen
saget Eljokum Getschell Torner
Jakob Sißkind Buntzlau.

Daß obstehender aus dem Jüdischen Original Extractive abgeschrieben undt der Inhalt also lauthet, bezeiget unser Eigener handt unterschrift.
Actum Jungbuntzlau April 1737.

saget Losers Postelberg, geschwohrener Schreiber
Simon Tuschkau, geschwohrener Schreiber
und Schulklöpfer.

—

BEILAGE II (Zu Seite 83)

Die böhm. Kammer bestätigt die Wahl Abraham Brodas
zum Landrabbiner

Dem Primas und Deputierten der Landt Judenschaft hiemit anzuzeigen. Demnach der köngl. böhm. Camer berichtet worden, daß der von ihnen zum Landt-Rabiner vorgeschlagener Abrahamb Schaul zu solcher Funktion tauglich, auch Ihr der Landt Judenschaft angenehmb, auch nit von den gemein Einkünften, sondern von einem jeden Juden, was er aus gutherzigkeit freywillig Ihme geben wird zu unterhalten seyn solle. Und nun bey so benannt sach die kögl. böhm. Camer ad interim lediglich bis auf weitere Verordnung, resolviret, daß Er Schaul nunmehro zu einem Landt Rabiner, jedoch dergestalten an- undt aufgenommen werde, daß wan ein oder andere erheblichkeit wider Ihme umlauffen möchte, mit Ihme eine Veränderung vorgenommen werden solle.
Als werdet Ihme Primas undt Deputirte zur Nachricht, Abrahamb Schaul zum Landt Rabiner zu bestellen. Prag, 23. Oktober 1689.

—

BEILAGE III (Zu Seite 83)

Kaiser Leopold I. konfirmiert Abraham Broda zum Landrabbiner
(Kopie)

Leopoldt etc.
Demnach Uns durch dero Einschlusses, der in Unsern Erb Königreich Böhmen wohnenden Land-Judenschafft, bestellten Primas Abraham Aaron gehorsambst beygebracht hat, wie daß selbige Judenschafft, Ihren jüdischen Ceremonien nach, und mit Einwilligung selbiger Gemeindsamb, einen Land Rabiner, Abraham Schaul Brodt genannt, biß auf weitere bestätigung erkieset hatten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Und nun auß der beylage zu ersehen gewesen, daß von Euch der Schaul den 3. Oktober erst verwichenen 1689. Jahres dergestalt approbiret worden, daß wenn künftig ein oder andere Erheblichkeit wieder Ihn einlaufen möchte, mit demselben ein Veränderung vorgenommen werden solle. Und Wir, als des erkiesten Persohn halber, kein bedenken gefunden, sondern demselben hiermit unter der obigen Clausel in Gnaden bestätiget und confirmirt haben. Als ist Unser gdster Befehl hiermit an Euch, daß Ihr solches gehorsamst vermerken, Und diesemnach gesambte Land Judenschafft bescheiden, auch ihm Schaul künfftig bey dieser seiner Rabiner Verrichtung schützen, und nichts Widriges geschehen lassen soll. Daran etc.

Geben Augspurg den 4. January 1690.

An die Böhm. Cammer.

Collationiret, und ist diese Abschrift seinen wahren Original gleichlautendt. Augspurg den 7. January 1690.

Georg Sigmund von Sebes,
Kaiserl. Hoff Cammer Registrator.

—

BEILAGE IV (Zu Seite 87)

Die böhm. Kammer bestätigt Wolf Wedeles zum Landrabbiner Die Kreise

Deme Primas und Deputirte der Landesjudenschaft hiemit anzuzeigen. Demnach bei Ihro Kays. u. Köngl. Mtt. Sie Landes Deputirte, wie auch Abraham Schaul Brodt Landt Rabiner alleruntertänigst einkommben, und damit der Wolf Wedeles nebst ihme Schaul Brodt, in erwägung derselbe das gantze Landt als Rabiner seiner Unpäßlichkeit und der dabei wegen allzu großer entlegenheit der örther vorfallenden schweren bemühung halber, nicht versehen könne, in der Rabiners Funftion in denen acht Creisen dieses Königreichs Böheimb benanntlichen in Jung-Buntzlauer, Kaurimer, Chrudimer, Bechiner, Czaslauer, Schlaner, Leitmeritzer und Königgrätzer Creis confirmirt werden möchte, gebetten. Und nun hierauf die löbliche Kais. Hof bei der Königl. Camer laut des copeilichen Inschlusses Sub Nr. 1 die erinnerung getan, daß wann die sach angebrachter maßen sich verhaltet, es bei gedachter einteilung gelassen werden könne, wo wider Sie köngl. böhm. Camer dann gleichfalls Ihres Orths kein Bedenken hat, bevorab er Wedeles schon vorhero einmahl für einen völligen Landt Rabiner erküst gewesen.

Als wird er Primas und Landts Deputirte der Landt Judenschaft solches wie gebräuchig in bemelten 8 Creisen in allen Juden Schulen publizieren, auch bemelten Wolf Wedeles bei dieser seiner Rabiners Verrichtung als wie ein Land Rabiner wider männiglich, zu schützen und nichts widriges geschehen zu lassen wissen.

Prag, 13. Juny 1691.

Jacob Leopold Graf Halleweil.

—

BEILAGE V (Zu Seite 94)

Schreiben des Prager Erzbischofs gegen die Aufnahme des Oberrabbiners

Hoch und Wohlgebohrene, Wohlgebohrene, Grafen und Herrn, auch wohl Edle und Gestrenge Ritter.

Hochgeehrte Herren, Euer Excell. und Unseren hochgeehrten Herren können wir nit bergen, waß maßen wir in Erfahrung kommen, als wann die Prager Juden Ihre alte Schule nit allein wiederumb aufzubauen, sondern auch einen Ober-Rabinen in derselben einzusetzen sich unterstehen wollen.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Wann aber dadurch nit allein eine bishero niemals verstattete erneuerung nach sich ziehet, sondern auch denen vorherigen Kays. Gnädigsten Rescripten zuwider lauffet. Als ersuchen wir hiemit Euer Excell. und Unsere hochgeehrten Herren ganz inständig, gehörigen orthen die gemessene Verordnung ergehen zu lassen, damit solches gebär nachdrücklichst verbotten, sondern auch der junge frembde Rabiner von hier weggeschaft werden möge. Und Erwartung einer gewährigen Resolution verbleiben Wir Euer Excell. und unsere hochgeehrten Herren

dienstwilliger

2. Jänner 1693.

Hans Friedrich Erzbischof zu Prag.

BEILAGE VI (Zu Seite 94)

Zeugnis der Prager Judenältesten für Wolf Wedeles. 1691

Wir N. N. Eltiste. Gemeind Eltiste, Beysitzer der Prager Judenschaft urkunden und attestieren hiermit auf Instanz und Anlagen des Raby Wolf Wedeles, Ober Jurist, Prager Judens gegen jedermäniglich, absonderlich wo von nöten, daß bemelter R. Wulf, dessen Vater Simon Wedeles als Prager Judenschaft 40 Jahr continue gewester Ober Rabiner allhier in Prag und aller in Böheimb wohnenden Juden a. 1680 Todes verblichen, alle zeit der Erster – auch die nechste Stelle nach dem Ober Rabiner gewesen und zu dato annoch ist, die Funktion und Stelle des Ober Rabiners, sowohl mit Predigen zu gebührender Zeit, das den Ober Rabiner gebühret, also auch in allen anderen rabbinischen Verrichtungen und Unterweisungen der jüdischen Ceremonien, also vertreten und versehen, daß die hiesige jüdische Gemeinde ein Wohlgefallen und Vergnügen dabei haben. Daß deme also und nicht anders – haben wir solches Ihme Wedeles der Wahrheit zu steuern attestiert und zu urkundt das jüd. Gemein Insigel wissentlich beidrucken lassen.

L. S.

Aron Katz Reiterls, Jonas Jeuteles, Israel Bondi, Libermann Katzenellenbogen, Salomon Bondi, Juda Löbl Neustädtl, Jakob Strakonitz, Lipmann Porges, Jakob Jerusalem, Sender Schirmer, Juda Löbl Katz Fanta, Salomon Koref, Benjamin Utitz, Wolf Libeschitz, Sanwel Schable, Moyses Sathan.

Abschrift aus dem Prag. Juden Ältesten Buch fol. 56 wegen eines Befehls der böhm. Cammer wegen Wolf Wedeles, ob sie ihn zu einen Ober Rabiner nehmen wollen. Als Antwort, wenn einer genommen wird, so gebührt die Stelle ihm.

Isak Seckel, geschworener Schreiber, Hirsch Kadesch, geschworener Schreiber, Salomon Jadl, geschworener Schreiber.

BEILAGE VII (Zu Seite 97)

Bestätigung über Gabriel Elkesch Prager Abstammung

Zu sagen in Wahrheit, daß uns wohl bewußt ist, daß der Rabiner R. Gabriel von Elkesch, so man itzt aufgenommen von einem Rabiner hier in Prag, der ist R. Chaimb (Sohn) R. Sinais Enikel, und R. Chaim R. Sinais ist gewesen alhier in Prag ein Eltister und Ober Jurist, und nach diesem ist R. Chaim R. Sinais mit todt abgegangen, hat sein Weib genommen R. Moyses brodt, ist alhier zu Prag

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

gewesen ein Eltister und Primas. Und der gedachte Rabiner R. Gabriel sein Vätter ist gewesen hier in Prag Raby Bezallel (R. Chaim) R. Sinais auch ein Eltister und Primas.

Zu urkund und wahrer Zeugnis haben wir dieses eigenhändig unterschrieben.

den 7. April 1693.

Simon Sacerdot
Moyses Liberles

—

BEILAGE VIII (Zu Seite 99)

Kaiser Leopold I. bestätigt Gabriel Elkesch zum Oberrabbiner

Leopold von Gottes gnaden Erwehlter Römischer Kayser, auch zu Hungarn und Böheimb König.

Hoch undt Wohlgebohrene, Würdiger, Wohlgebohrene undt Gestrenge, Liebe Getreue. Wir haben aus Euren Unterthänigsten Bericht vom fünften May gegenwerttigen Jahres, gnödigst in mehreren vernommen, waß Uns Ihr, nach Vernehmung Unserer Königlichen Appellations Cammer in sachen, die ersetzung der Obristen Rabinerstelle bey der Judenschaft zu Prag betreffendt, guttachtlich gehorsamist einrathen wollen, wie auch waß diesfalls bey Euch, sowohl der hochwürdige, Unser Fürst, Andächtiger undt Lieber getreuer, Johann Friedrich Ertzbischof zu Prag, Legatus Natus, Primas Unsers Erb Königreichs Böheimb, undt des Kreutz Ordens mit dem Rothen Stern Großmeister, als auch der Magistrat Unserer Königlichen Alten Stadt Prag angebracht undt gebetten haben.

Wann Wir Uns dann, aus erheblichen ursachen, auf den Gabriel Raby resolviret undt bewilliget, daß derselbe der Prager Judenschaft, als ein Ober Rabiner vorstehen möge, Jedoch unter diesen ausdrücklichen Verboth, daß Er mit sich auß Pohlen keinen eintzigen anderen Juden, sein Weib und Kinder ausgenommen, mit sich bringen oder da Er einige mitgebracht dieselbe alsogleich ab- undt ausschaffen, im widrigen undt da Er jetzt oder künftig einigen frembden herein ziegten würde ipso facto dieser Stelle entsetzet seyn solle.

Als thuen Wir Euch solches zur nachrichtlichen wissenschaft undt zu dem ende, damit Ihr über Vorernannten Gabriel Raby gebührenden Schutz zu halten wissen möget, hiemit in Gnaden bedeuten. Daran beschieht Unser gnädigster will undt meinung. Geben zu Laxenburg den sechsten Monatstag Juny, im Sechszehenhundert drey undt Neuntzigsten Unserer Reiche, des Römischen, im fünf und dreißigsten, des Hungarischen im Acht undt dreißigsten undt des Böheimischen im Sieben undt Dreißigsten Jahr.

Leopold
Franz E. Graff Khinsky
Reg Boh. Sup. Cansell.

Ad mandatum Sac. Caes. Reg. Mattes proprium: Thomas Gr. Tschernin
G. Bechinie von Laschansky.

—

BEILAGE IX (Zu Seite 99)

Leopold I. bestätigt Abraham Brodas Prager Rabbinat

Leopold...

...Ihr ersehet ob dem Inschluß gehorsambst in mehreren, welcher gestalt bey Uns Älteste der Prager Judenschaft alleruntherthenigst Supplicando eingekommen undt umb Unsere gnädigste Verordnung, weilen in Unserem vorherigen Rescript wegen confirmation der Ober Rabiner, des mit vorgeschlagenen Abrahamb brodts, specificé keine Meldung beschehen, damit auch derselbe in billichen Schutz genommen werden möchte, in unterthenigkeit bitten thuen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gleichwie nun auch zur Verhüttung aller neuen Zwistigkeiten und erhaltung des ruhestandtes unter der Prager Judenschaft dienlich und von nöten, daß die Ober Rabiner bey sich ereigneten Zufällen in protection genommen werden;

Also werdet Ihr (wie Unser gnädigster befehl hiemit ist) auch über denselben hand und schutz halten, Und daran Unsern gnädigsten willen und Meinung gehorsambst vollbringen. Geben zu Ebersdorff den fünften Monatstag octobris, im Sechzehnhundert drey undt Neunzigsten, Unserer Reiche des Römischen im Sechs undt Dreißigsten, des Hungarischen im Neununddreißigsten und des Böheimbischen im achtunddreißigsten Jahr.

Leopold.

—

BEILAGE X (Zu Seite 103)

Auftrag der böhm. Kammer
zur Auszahlung der Akzidentien an Broda

Dem Richter der Alten Stadt Prag Herrn Georg Ludwig Kutschera und dero selben deutschen buchhalterei Raithdiener Ondrae Opitz zuzustellen und anzuzeigen.

Die böhm. Camer resolviret, daß gleich wie Abraham Brodt Prager jüdischer Rabbiner bis zu des anderen Raby Gabriel Elkesch Ankunft aus Pohlen, weillen er diese Funktion inmittels allein versehen, die völlige accidentien passiert worden, also auch ihm Brodt, ex paritate ratione von der Zeit an, als bemelter Elkischer zu seinem anderwertigen accomodation von hier wiederumben abgereiset u. zw. insolang er allein Rabiner hier ferner verbleiben würdt, gleichfalls die völlige Accidentien gereichet werden sollen. Dahero würdet Ihr Richter und Opitz hiemit anbefohlen, den Eltisten der Prager Judenschaft die Befolgung dessen aufzuerlegen. Den Toders aber ob und warumben er wider... gehandelt befragen... und auch bestrafen...

6. Oktober 1696.

—

BEILAGE XI (Zu Seite 105)

Zeugnis der Koliner Judengemeinde für Elias Wedeles

Wir N. N. Eltiste, Gemeind Eltiste und Beisitzer der Kolliner Judenschaft tun hiemit auf Anlangen, dem Elias Wolf Wedeles, Prager jüd. Ober Jurist und Rabiner der weithen Hoff Schull in Prag, hiemit attestiren, daß derselbe bei uns im a. 1685 im Monath February für einen Rabiner ordentlich erküset worden, welcher nun die ganze zeithero dieser seiner Funktion wohl vorgestanden, und annehmliche genüge geleistet, derselbe nun ist, soviel wir gesehen und eigentlich Wissenschaft haben, ein überaus sehr wohl studierter und mentierter Rabiner, wie nicht weniger aber von allen aus Pohlen und anderen Ländern durchreisenden vornehmen Rabinern mit seiner lehr zimblich gerühmt worden, consequenter auch ist er mit solcher guten Vernunft beschaffen, daß derselbe vermittelst wohlgenügende Aussprüche und Vergleichungen die Gemeinde alzeit hero in geliebter Ruhe und guter Einigkeit erhalten tut, und obwohlen sich gebühret, daß er als unser Rabiner den Gebrauch nach, alhier bei uns wohnen solle, in ansehung aber, dessen gute Worte, Sitten und Zeugnis, auch seiner wohl Capacität halber, thun wir ihme, ungeachtet seiner zu Prag Verbleibung, für einen Rabiner halten und gebührend respektiren, und daß nun deme also und nicht anders ist, haben wir dieser unsern Attestation unsern Gemeinde Insigl wissentlich beidrucken lassen so geschehen in der Köngl. Stadt Kollin a. d. Elbe. 19. February A. 1697.

L. S.

—

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

BEILAGE XII (Zu Seite 112)

Dekret Kaiser Josephs über die freigewordene zweite Oberrabbinerstelle

(Kopie)

Joseph etc.

Liebe getreue, etc. Waß maßen bey Uns der Israel Bondi Prager Jud allerunthst. supplicando eigekommen, und Uns, womit Wir seinem Aydam Wolf Wedeles die anderte Ober Rabinerstelle zu Prag, anstatt des zu Metz sich befindlichen Abraham Broths, allergdst. zu conferiren geruhen wolten, allergehorst. gebetten, und welchergestalten herentgegen der Abraham Broth, alß er von Prag a. 1709 abgereist, umb die confirmation seiner Ober Rabinerstelle allerunterthst. angehalten, solches geben die Beyschlüsse des mehreren zu vernehmen, die Wir an Euch remittiren, gdst. Befehlende, daß Uns Ihr darüber, nach Vernehmung Unserer Königl. Appellation und Böhmischer Cammer, mit dem nechsten Euer guttachtl. mainung gehorst. eröffnen sollet. Hieran etc. Wienn, den 20 Febr. 1711.

An die Königl. Statthalterey zu Prag.

—

BEILAGE XIII (Zu Seite 112)

Kaiser Karl ernennt Elias Wolf Wedeles zum zweiten Oberrabbiner

(Kopie)

Carl etc.

Liebe getreue; Euch ist wissendt, welcher gestalten die durch des Abrahamb Brodts ad hostuum vorgenommene abreys vacirende Ober Rabinerstelle dem von Euch in Eurem vorigen Bericht sogenandten Wolf Wedeles allergnädigst conferiret worden.

Wann dann anjetzo vorkommet, daß der Impetrant nicht Wolf Wedeles sondern Elias Wolf Wedeles sich nennet, auf diesen Elias Wolf Wedeles auch diese Conferirung gemeinet gewesen

Alß werdet Ihr Ihme Elias Wolf Wedeles sothame Rabiner Stelle, so wie obbesagter Abrahamb Brodt dieselbe gehabt genüssen und sonsten alles Lauth des de dato den achten dieses sich Endigenden Monaths Januar ergangenen allergdsten. Rescripts bewürkhen lassen; Hieran etc.

Wien den 29. Januar A. 1712.

Carl.

—

BEILAGE XIV (Zu Seite 114)

Kaiser Karl VI. bestätigt David Oppenheim über die Hälfte Böhmens

(Abschrift)

Carl

Uns hat Unsere Kays. Hofcammer gehorsambst zu vernehmben gegeben, waß noch untern 11. Marty 713. wegen der durch die gesambte landes Deputierte und Beysitzer bittlich ansuchende Confirmation Ihres über die Hälfte der landes Judenschaft anstadt des vormahls gewesten, vor etwelchen Jahren nacher Metz emigrirten Prägerischen ober Rabiners Abraham Brodts, neuerkisten ober Rabiners David Oppenheimers Ihr anhero gelangen lassen, undt was die aus Euerem mitel zur lands jüdischen Quota damahls allergdigst denominirten Commissarien über diesen passum in ihrer erstatteten Relation erwehnen, wie nehmblichen Sye nicht allein die Deputierte und Beysitzer, sondern auch die mit denen

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

gevollmächtigten zu Brandeys bey vollzogener quota Verneuerung gegenwärtig geweste Privat Juden vernohmen und befunden, daß Sye Juden insgesambt nullo excepto, mit ihme David Oppenheimb. als von ihnen elequirten Ober Rabiner über die Helfte der landes Judenschaft gar wohl zufrieden wären, auch denselben qua talem nacher Brandeys beruffen, und es nur an Unsern allergnädigsten bequämb- und bestättigung, worumben Sye sambentl. Juden allerunterthänigst gebetten Erwinden(!) thätte.

Wann nun bey sogestalten Dingen, und da auf besagten Oppenheimer die unanimia vota zu mehrberührter ober Rabiner stöll aus gefahlen, Ihr auch Eueres orths wieder sothanne aus wahl oder die Persohn des electi nichts einwendet, und anbey Er David Oppenheimber schon vormahls seiner guten Conduite und Integritet, und daß Er seinen ober Rabiner ambt in Unsern Erbmargraffenthumb Mähren zu Nicolspurg in die 15 Jahr sehr wohl und ohne Klag vorgestanden, gelobt worden, auch bishero in ebenmäßig seinen ober Rabiner ambt zu Prag sich allerdings wohl verhalten habe.

Als thuen wür sothame Elektion hiemit gnädigst approbiren, und Ihme David Oppenheimber anstatt des vorgewesten Abraham Brodt für einen ober Rabinern über die Helfte der landes Judenschaft (jedoch ohne Consequenz, da es jedesmahl ein Prager sein müßte) in gnaden confirmiren, Euch darauf gdigst befehlend, daß ihr hierüber das behörige der notwendigen Assistenz und protection halber, an Unsern Kaiser-Richter in denen Creysen oder was sonst diesfahls üblich und erforderlich ist, gewöhnlicher maßen ergehen lassen sollet. Dann daran beschieht etc. Wien d. 2. Febr. 715.

An die Königl. böhm. Cammer.

—

BEILAGE XV **(Zu Seite 115)**

Oberlandesrabbiner David Oppenheims Schreiben über die Einführung der Kreisrabbinate

בהיות שנתקבלתי למו"ץ לאב"ד ור"מ בכל מדינת פריהם. ככל תוקף שטר הרבנות מהאלופי' קצינים מנהגי מדינה יצ"ו ומחובר להם כ"ו אנשים אנשי שם הפומדים על המשמר הפקודים שלשה שלשה הנבחרים מכל גליל וגליל שנים עשרה גלילי' ושארי יחידי סגולה מבני המדינה יצ"ו. ירגן כי הרחיב ה' את גבול בני המדינה שיחי'. בקירוב וברחוק מקום ואין יד כל משגת ליכך ולבא למקום תחנותי שם כל דבר קטן. לכן עלתה המכמת דעתי עם דעת הקצינים' מנהגי מדינה הי' להושיב רבנים בהגלילי' הי' שיעמדו על המשמר כל אחד ואחד בגליל הנמסר לי להשגיח בכל ענינים ותיקונים הן בעניני שחטות ובדיקים ושערי דברים הנוגעים אל דת ודיני תורתינו הקדושה. וכמו כן בעניני התרות קידושין. והנני מחזל ומויתר החצי' ממעית התרה המגיע לי כמשמיי' התקנה לאותו הרב שיהי' ממונה בהגליל ההוא. אכן התניתי בפירוש ובתנאי בפיל כשאותו הרב שיתמנה בהגליל יהי' דוקא נכון ומרוצה לדעתי ורצוני ולדעת ורצון הקצינים' מנהגי מדינה יצ"ו ושיהי' בידו הרב הוא כתוב חתום בהתימות ידי ממש עם חתימות מנהגי המדינה יצ"ו כתב ראי' שנתמנה על הגליל ההוא. ונעשה בשטי בטבת תשעה עשר יום לחדש אייר תי"ו עי"ן זי"ן לפ"ק. נא' דוד הקטן אופנהיים חפק"ק פראג והמדינה יצ"א.

—

BEILAGE XVI **(Zu Seite 117)**

Reskript Kaiser Karl VI. an die Statthalterei über die Konfirmation Oppenheims zum böhm. Landesoberrabbiner (Kopie)

Carl der Sechste

Liebe geteue. Demnach wir den Juden David Oppenheimber der Prager Judenschaft Ober Rabiner, welcher lauth eines copeylichen hiebeiliegenden an unsere Königl. Böhm. Hof Cantzley de dato 8. Juny inlebenden Jahres ergangenen intimati

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

von denen gesambten Deputirten und Beysitzere der Böhmbischen landes Judenschaft zugleich für ihren Ober Rabiner erwehlet worden, Inhalt eines von gedachter Unserer Königl. Böhm. Hof Cantzley hierüber ausgefertigten Diplomatis Confirmiret.

Als haben Wir euch solches hiemit zur Nachricht bedeutten wollen, mit gnädigsten Befehl, gehörigen orthen hierüber die weithere Verfügung zuthuen, und darob zu sein, damit er Jud David Oppenheimber bey dieser ihm auch ertheilten und confirmirten Landes Ober-Rabiner Funktion den alten gebrauch nach in allen geschützet, und in die allgemeine Landes Protection genohmen, mithin alle gebührende Hilf und Assistenz geleistet werden solle; Hieran beschiht Unser allergnädigster Will und Meinung. Geben Wien den 19 ten Monathtag Septembris Anno 1718.

Carl
Leopoldus Comes Schlik
Reg. Boh. Sup. Cancellarius
Frantz E. Graff Kinsky

Ad Mandatum Sac. Caes. Reg. Mattis proprium
Joseph Graff von Würben und Freydenthall.

—

BEILAGE XVII (Zu Seite 118)

Bestellung Veit Noas zum Bunzlauer Kreisrabbiner

Translation

Demnach der Prager Ober Rabiner Davidt Oppenheimer bey der gantzen böhm. Landes Judenschaft, Crafft dessen in Kosorz (Košíř) bey der Quota Verneuerung von denen Deputirten und Beysitzer dann Creys Gevollmächtige ausgefertigten undt eigenhändig unterschriebener Contractsbrief, für ein Landes Ober Rabiner auf undt angenommen; Dieweillen aber die weit abliegende Juden mit Ihren vorhabenden Kleinigkeiten zu dem Ober Rabiner nicht allezieth nacher Prag reisen können; Demenhero haben wür, undt zwahr mit Consens des obgedachten Ober Rabiner, einstimmig eingewilliget, dem Jung Buntzlauer Rabiner mit nahmens Feuwel, auf 6 Jahr lang in des Buntzlauer Creis vorzustellen, daß er Rabiner Feuwel anstatt undt in Nahmens des Ober Rabiner Oppenheimer sowohl auf das Koscheren als auch auf andere derley jüdisches Ceremonium, in Specie wegen der zusammen geben, oder copuliren, die Obsicht darauf tragen solle, zwahr mit dieser würkl. Abrede, daß der Buntzlauer Rabiner Feuwel von denen zusammen geben oder Copulirungs Einkünften, soviel in des Buntzlauer Creys, von Erlaubnis der Hochzeithen empfangen wirdt, so Er dem Oppenheimer die Helfte Einkunft zu geben schuldig sein solle, desto gleichen auch den jüdischen gewöhnlichen Respect mit hebräischen Nahmen chower oder Morena zu der Zehen Gebot anzuruffen, solches der Rabinner Feuwel ohne Consens des Ober Rabiner Oppenheimer, in des Buntzlauer Creys nicht ertheillen oder ausgeben dörffe, solte gestalten gleichwohl geschehen so ein solcher von Ihm Rabiner Feuwel ertheilter Chower oder Morena nulla undt nichtig gerechnet sein solle. Zur Bekräftigung dieses, hat sich der Ober Rabiner selben auch unterschrieben. So geschehen Prag den 12. May 1735.

Davidt Oppenheim Prager undt Landt Rabiner
Hirschl Moyses Ulma Lichtenstadt
Rubin Michael Kollin
Salomon Joachim Klaber von Wotitz
Abrahamb Janowitz
Wolf Poppers von Brzesnitz
Berrl Ahron Kralowitz
Kauffmann Katz von Raudnitz
Löbl Marcus Münchengraetz
Herschl Moyses von Töplitz
Lazar Isaac von Flehau

—

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Anmerkungen

[1] Quellen zur vorliegenden Darstellung: Die Faszikel st. m. J 4/7, J 4/23, n. m. J 7/61, J 7/63, Pl 7/12, Č. D. K., IV. T. 5. Prot. u. Dekretenbücher der Statthalterei, nach Jahren geordnet, im Arch. des čsl. Min. I.; B. H. 15 u. 16 (Akten der Hofkammer) im Arch. der Prager Burg; Akten der böhm. Landesjudenschaft Db Nr. 1 bis 41 im Arch. der Prager jüd. Kultusgemeinde.

[2] Vgl. Tobias Jakobovits, Die Erlebnisse des Oberrabbiners Simon Spira-Wedeles in Prag (1640 bis 1679) im Jahrbuch GJČ, IV., 1932, S. 253 bis 296; Michael Rachmuth, Die Juden in Neuhaus (ebenda S. 226).

[3] Vgl. S. H. Lieben, Die Prager Brandkatastrophen von 1689 und 1754 (jl. Jahrb. 1927); Jaroslav Prokeš, Der Antisemitismus der Behörden und das Prager Ghetto in nachweißenbergischer Zeit, im Jahrbuch GJČ, I, 1929, S. 111 ff.

[4] Die Töchter werden aufgezählt in: Tobias Jakobovits, Die Verbindung der Prager Familien Oettingen-Spira(Wedeles)-Bondi. Monatsschrift GWJ, 76. Jahrg., 1932, S. 512, Note 1.

[5] Elias W. war der zweite Mann der Dobrisch. Ihr erster Mann war Simon, Sohn des Aron Prädikant Theomin-Neustadtl, der nach Hock-Kaufmann S. 84, im Jahre 1673 im Alter von 20 Jahren starb. Liber Judaeorum albus-LJA, III., fol. 145b, im Prager Stadtarch.

[6] Vgl. L. Loewenstein, Index Approbationum, Frankfurt a. M. 1923, S. 191 ff.

[7] LJA., III., fol. 211 u. 210b. Saul war vermutlich ein Sohn des Moses Brodt, von dem weiter die Rede ist, und ein Bruder des Todrot Brodt, worauf schon die gleichen Namen in den beiderseitigen Familien hinweisen. Vgl. Tobias Jakobovits, Die Abstammung Max Brods, Selbstwehr, 26. Jahrg., 1932, Nr. 52.

[8] V., fol. 5.

[9] LJA., V., fol. 100 steht v. 17. Juni 1681: „Abraham Schaul Brodt und Ehefrau Reikh leben in Jung Buntzlau". Deswegen dürfte Schudt (Jüd. Merkwürdigkeiten, Frankfurt a. M. 1717, IV. T., S. 82) u. a. der Meinung gewesen sein, Broda sei in Bunzlau geboren.

[10] Diese erwähnt: B. Ziemlich, Eine Bücherkonfiscation zu Fürth i. J. 1702. In Kaufmanns Gedenkbuch, Breslau 1900, S. 458.

[11] In der Approbation zu A. Brodas Werk „Eschel Abraham", Frankfurt a. M. 1747.

[12] Im Jahre 1689 waren 4 Landesdeputierte: Abraham Aron Lichtenstadt, Primator der Landesjudenschaft, Elias (Eljokum Götzel) Tornau Lochowitz, Jakob Süßkind aus Jung Bunzlau, Faltin (Paltiel) Hirschl aus Nachod und 6 Beisitzer: Löbl S. Simon aus Laun, Jakob Juda aus Polnau, Josef (Chaim Josua) Winternitz aus Neuhaus, Benjamin Meierle aus Přestitz, Scholem Jakob aus Blowitz und Osser Löbl aus Lieben.

[13] Zu dieser gehörte: Esriel Bondi, Jonas Jeiteles, Libermann Lichtenstadt-Katzenellbogen, Sender Schirmer, Löbl Wiener, Juda Löb Katz Fanta, Wolf Libeschitz, Benjamin Utitz, Moses Raudnitz, Lippmann Pories.

[14] Als „Teils Elteste" unterschreiben: Moses Abeles-Bunzlau, Jakob Sgl. Brandeis, Moses Süßkind Bunzel, Selig Marle Sgl., Jeruchem Altschul, Jakob Grünhut, Mendel Itzeles, Meier Jeral, Kaufmann Sgl. Epstein, Baruch Schefteles, Löbl Chaim Graf.

[15] Vgl. T. Jakobovits, Die Verbindung der Prager Familien usw. a. a. O.

[16] Jecheskel Kindeles, Verfasser des Werkes Mareh Jecheskel Katon, Prag 1695, war damals Rabbiner in Nachod.

[17] Von dem fingierten Gesuche Brodas hatten sie keine Kenntnis.

[18] Vgl. Richard Feder, Raudnitzer Rabbiner, Kalendář česko-židovský, 43. Jahrg., 1923/24, S. 125 ff.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[19] Abraham Brodas Schwiegermutter Sarl, Frau des R. Lippmann Graetz und Tochter des gewesenen Prager Primators R. Süßkind Bunzl, war eine Schwester des Moses und Lazar Bunzl. Vgl. Hock-Kaufmann, S. 31.

[20] Sch. Ochser, Der Pinkas der Gemeinde Kuttenplan (S. -A. aus M. Grunwalds Mitteilungen zur jüdischen Volkskunde, Leipzig 1910) behauptet irrtümlich, Abraham Broda wäre um 1690 drei Jahre lang in Kuttenplan Rabbiner gewesen. Dieser hat jedoch die von ihm stammenden Takkanot (S. 6, Note 2) als Land-, nicht aber als Ortsrabbiner erlassen.

[21] Von den 70 Punkten der Anklageschrift gegen Abraham Aron Lichtenstadt lautete Nr. 68: „Ein Zettl des Abraham Arons eigene Handt samt andere Landt Deputirten Unterschrift, daß man dem Rabbiner zu Raudnitz wegen Studenten auf 2 mahlen 100 fl. geben solle, wobei keine Meldung ist von Kgl. Cammer Decret". Nr. 69 lautet: „Des Rabiners zu Raudnitz seiner Schwester auf ihre Hochzeit 30 fl. zu schenken, auch ohne Meldung des kgl. Cammer Decrets". Abraham Brodas einzige Schwester hieß Chajele, deren Tochter Vögele, die Frau des R. Nessanel Weil, Verfasser des Korban Nessanel, war. Vgl. L. Loewenstein, Nessanel Weil, Frankfurt a. M. 1898, S. 8. Über den Prozeß berichtet: Tobias Jakobovits, Wer ist Abraham Aron Lichtenstadt? in der Monatsschrift GWJ., 74. Jahrg., 1930, S. 35 ff.

[22] Leopold I. schreibt am 23. Mai 1690 an die Statthalterei: „Wolf Wedeles Spira ersucht, daß den Prager Juden kein Moratorium gewährt werde, vielmehr durch Exekution angehalten werde". Der Kaiser erbat sich hierüber ein Gutachten. (Protokolle der Statthalterei Nr. 758, fol. 179.)

[23] Früher wurden diese den Behörden gegenüber „Kirchenväter" genannt, bis die böhm. Hofkanzlei am 4. Juni 1690 anordnete: „die Synagogen-Vorsteher dürfen sich nicht den Titel Kirchen Väter anmaßen, überhaupt keinen mit dem Christenthum Gemeinschaft habenden Titel". (Č. D. K., IV. T., 5.)

[24] „Moyses Jescheye Liberles, Todres Brodt, Chaske Karpeles, Sallomon Bondi, Simon Lowositz, Moyses Stumb, Berl Taussekh, Moyses Neugröschl, Cheim Isserles, Elias Brandeis, Isak Löbl Wöhle, Joachimb Porges, Meyer Lichtenstadt, Hirsch Kadesch, David Wahle, Lipmann Lichtenstadt, Elias Landschreiber, Moyses Faubers, Joseph Chayes, Cheim Auerbach, Isachar Bunzel, Moyses Karpeles, Lasser Perls Cantor, Benjamin Poper, Moyses Bekh, Jossel Petsche, Kalman Bresitz, Jechesky Mislap".

[25] Fol. 41.

[26] Chaim Toders Mutter Judith war eine Schwester von Löw aus Krakau, Vater des Gabriel. Er starb 1709 (Gal Ed Nr. 83).

[27] Er unterschreibt sich im Hebräischen: Uri Schrage Feibisch Sohn des R. Elieser Maneles in Wien, aus der Familie Chalfan. Den Namen Lichtenstadt führt er nach seinem Schwiegervater. Er war bis 1684 Rabbiner in Kolin, von 1694 in Jungbunzlau, dann in Ung. Brod; er starb 1707 in Prag (Gal Ed Nr. 87).

[28] In den Akten stehen als Älteste unterschrieben: Chaim Mesia (Toders), Moses Abeles Bunzlau, Samuel Isak Sachsl, Moses Süßkind Bunzl, Selig Marle Sgl., Abraham Lasch, Moses Isak Knina, Aber Schnürdreher, Bezalel Schüttenhofen, Salomon Straschitz, Jakob Elbogen, Löb Wehle, Lippmann Karpeles (Bunzlau), David Torni, Joseph Marle, Jakob Grünhut, Mendl Itzeles, Hirsch Schefteles, Abraham Kinschberg, Schmelke Winternitz.

[29] Vgl. Prokeš a. a. O. S. 121.

[30] Juda Wiener, Meier Schulhof, Löbl Thein, Isak Back, Hersch Klaber, Wolf Libeschitz, Wolf Frankl, Joachim Pohl, David Wiener, Benjamin Wolf.

[31] Schulchan Aruch Joreh Dea, Cap. 245, 22.

[32] In der Überschrift zu seiner Approbation des Werkes „Ale de-Jona" von Jona b. Moses (Fürth 1694) d. d. 3. Tamus = 7. Juli 1693 wird R. Gabriel als Prager Oberrabbiner bezeichnet. In der Approbation selbst befindet sich jedoch kein Anhaltspunkt, daß er diese tatsächlich schon in Prag erteilt hätte, auch aus den Akten ist von einem damaligen Aufenthalt in Prag nichts zu entnehmen. Die Überschrift ist daher nachträglich hinzugefügt worden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[33] Über die Ermordung Wenzel Winborskys vgl.: Die Erlebnisse des Oberrabbiners Simon Spira-Wedeles a. a. O. S. 275 ff.

[34] Vgl. Die Abstammung Max Brods a. a. O.

[35] Nach dieser Konfirmation war Wolf Wedeles fernab vom Prager Rabbinat gänzlich ausgeschaltet; er nahm späterhin an der Gemeindeleitung selbst tätigen Anteil. Die Angabe in seiner Grabinschrift (Gal Ed Nr. 65), er hätte zwanzig Jahre das Oberrabinat verwaltet, ist natürlich stark nach oben abgerundet.

[36] Die verdienstvollen vier Männer sind: Lipmann Karpeles, Meier Lichtenstadt, Hirsch Weisel Barbierer und Salkind Schable. LJA., VIII., fol. 149b.

[37] Sie war die Tochter des Krakauer Vorstehers Berusch.

[38] Über seine Frömmigkeit und Bescheidenheit sieh: G. Klemperer, Das Rabbinat zu Prag, in Jakob W. Pascheles isr. Volkskalender 1883/84, S. 125 ff.

[39] Er starb am 4. November 1694 (Hock-Kaufmann, S. 1). Im Liber test. Jud. Nr. 4816, fol. 7 (im Prager Stadtarch.) befindet sich ein „Inventarium nach dem Moyses Abeles hinterbliebenen Verlassenschaft". Der gewaltsame Tod seines Sohnes Lazar in Verbindung mit der bekannten Affäre seines Enkels „Simon Abeles" dürfte seine Lebenskraft vorzeitig gebrochen haben.

[40] Über Jakob Bakofen-Reischer, seine Familie und seine Werke, vgl. Max Freudenthal, Aus der Heimat Mendelssohns, Berlin 1900, S. 286 ff. und Jakob Duschinsky, Toldot hagaon David Oppenheimer, Budapest 1922, (S.-A.) S. 40 ff.

[41] Vgl. M. Grünwald, Die Jungbunzlauer Rabbiner, S. 9 ff (S.-A.).

[42] Sich: David Kaufmann, Isak Schulhof, der Zeuge und Geschichtsschreiber der Erstürmung Ofens in D. Kaufmanns Gesammelten Schriften, II. Bd., S. 296 bis 327, Frankfurt a. M. 1910.

[43] Brodas Sohn Moses, nachmaliger Rabbiner in Bamberg, heiratete Rescha, Tochter des Israel Fürst von Hamburg. Über Brodas Hamburger Aufenthalt schreibt B. Friedberg, Luchot Sikaron, Frankfurt a. M. 1904, S. 21.

[44] Jakob Reischer mußte zunächst zu Gunsten seines Schwagers auf die erste Oberjuristenstelle verzichten.

[45] Anschel Wieners Großvater, David Chaim, Rabbinatsanssessor in Wien, war der Bruder des Oberrabbiners Simon Spira-Wedeles, des Großvaters von Elias Wedeles.

[46] Dieses Zeugnis unterschrieben die Oberjuristen: Ascher Anschel Wiener, Mathias Liebermann Sohn Ascher Lämel, Joseph Sohn Hirschel, Isak Sohn Salomon Levit (Schulhof), und die Unterjuristen: Enoch Sohn Elasar Nathan Cantor, Joseph Sohn Jacob Rescher, Wolf Sohn Meyer Nikolsburg, Berel Perlhefftter, Chaskel Sohn Raby Isak Kindeles, Bondi Sohn Salomon Bondi, Isak Abraham Sohn Moyses Taussek, Nehemia Sohn Schmule Raudnitz, Abraham Sohn Salomon, Scholem Zodeks.

[47] Vgl. David Kaufmann, Samson Wertheimer, der Oberhoffactor und Landesrabbiner 1656 bis 1724, Wien 1888, S. 10 u. a.

[48] Die Trauung fand in diesem Falle am Freitag statt.

[49] Samuel Elias Wedeles wurde nach dem Tode seines Vaters Oberjurist und Rabbiner der Großen Hofschul, er starb 1740. (M. Brann, Die Grabschriften der Familie Fränkl-Spira in Prag, Monatsschrift GWJ., 46. Jahrg., S. 464. Seine Frau Chaie starb 1721. (Ebenda S. 458.)

[50] Isak, Sohn des Jechiel Michl, Sohn des Wolf Spira, war dann Rabbiner in Lissa (Polen), Jungbunzlau und schließlich böhm. Landesrabbiner. Seine erste Frau Mate, Tochter des Mordechai aus Hamburg, starb 1736. (Ebenda S. 461ff.)

[51] Die Frau des Selig Bischitz (Bidschof), Rachele, war die Tochter des Elieser Maneles von Wien. (Aufschrift eines Parocheth und Meil der Hochsynagoge.)

[52] Nach der Ausgabe von Krakau 1640.

[53] Vor ihm ist David Oppenheim nach Brisk berufen worden. Vgl. S. H. Lieben, David Oppenheim im Jahrbuch der jüd.-liter. Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1928, S. 10.

[54] Salomon Bondi, Selig Bischitz, Isak Knina und Meier Jeral.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[55] Dieses Lehrhaus unterstützte er noch von Frankfurt a. M. aus. Vgl. M. Horowitz, Frankfurter Rabbinen, Frankfurt a. M. 1883, II. T., S. 81, wo auch von Brodas Wohltätigkeit zu seinen Schülern und den Waisen die Rede ist.

[56] Er war zur Hochzeit seines Sohnes Bernard Eskeles mit der Tochter Simson Wertheimers nach Wien gereist und kehrte jahrelang nicht zurück, er wurde dann mähr. Landesrabbiner mit dem Sitze in Nikolsburg, wo er 1718 starb. Gabriel Eskeles ist der Ahnherr der Wiener Familie Baron von Eskeles.

[57] R. Elias war auch Predikant der Prager Judengemeinde und seit etwa 1700 Rabbiner in Tiktin (Tykočin); seine Stelle in Kolin übernahm R. Baruch Austerlitz, der auch das Prager Predigeramt mit ihm teilte. Seine Grabschrift ist veröffentlicht in Gal Ed Nr. 96.

[58] Vgl. Orient, VI. Jahrg., 1845, S. 23ff.

[59] Darüber berichtet: Tobias Jakobovits, Die Judenabzeichen in Böhmen. Jahrbuch GJČ., III., 1932, S. 166 und 184, Note 56.

[60] Genendel, Tochter des Elieser Lippmann Kohen, starb 1712 in Hannover.

[61] Vgl. S. H. Lieben, David Oppenheim a. a. O. S. 15ff.

[62] Er wurde 75 Jahre alt. Sein hinterlassenes Vermögen wurde auf mehr als 100.000 fl. geschätzt, wovon seine Erben 10.500 fl. als „Sterbegeld" bezahlen mußten (st. m. J 4/86 im Archiv MI.). Seine Grabschrift ist im Gal Ed Nr. 65 abgedruckt. Eine Abbildung seines Grabmales bringt L. Jeřábek, Der alte Prager Judenfriedhof, Prag 1903, zwischen S. 38 und 39. Die Bezeichnung „Wolf (ben Jechiel) Spira" zeigt jedoch, daß es Jeřábek als das Grabmal seines Großvaters ansieht; es sollte richtig heißen: Wolf ben Simon Spira.

[63] Seine Grabschrift ist abgedruckt von M. Horowitz a. a. O. S. 100.

[64] Laut Kammerdekret wurde er am 27. Juli 1718 zum Vizeprimator bestellt.

[65] Darüber heißt es wörtlich: „Auf seine Funktion zu gelangen bestehe solche eigentlich in deme, damit alles respectu des mosaischen Gesetzes und jüdischen Ceremonialien in einer wohl eigeschränkten Lebensart verbleibe und die widerspenstigen Juden durch die vom Landtrabbiner vor die Hand nehmende coercirung ad meliorem frugem gebracht, und also die Mißbräuche abgestellet, mithin alles in guter Ordnung erhalten, und was in denen jüdischen Landes-Gemeinden, dann zwischen Privat-Juden respectu sothamer jüdischen Ceremonien zu richten und zu schlichten vorfallet, stabiliret werde".

[66] Der Wortlaut ist veröffentlicht im Orient, VI. Jahrg., 1745, S. 23ff.

[67] Über die Differenz zwischen Oppenheim und M. Brandeis berichtet S. H. Lieben a. a. O. S. 17.

[68] Am 3. August 1731 heiratete er Blümele, Tochter des Landessollizitators Benjamin Günzburg. Sein Vater unterschreibt sich: Noach ben Meir sel. Veit Noa starb 1756 in Prag. Hock-Kaufmann, S. 33.

[69] Er war der scharfsinnigste Geist unter seinen jüdischen Zeitgenossen, wurde dann Rabbiner in Metz, später in Altona, Hamburg, Wansbeck, wo er 1767 starb.

[70] Laut Dekret vom 15. April 1749 wurde er zum Schulrabbiner der Prager Klaus-Synagoge bestätigt, darin heißt es: „Es hätten bey einer hochlöbl. Kais. Königl. Deputaon. die jüdische Verwaltere der so genannten Clauss Schuel gehorst. angebracht, was massen nach deme dasige Schul Rabiner jederzeit versehen gewesen dermahlen aber diese Stelle vacirete, Sie mit Zuziehung etlich und Vierzig deren fürnehmsten Schuel gliedern den Prager Jüdischen interims Vorsteher Samuel Salomon Levi in ansehung, daß nicht allein dessen Großvatter (R. Wolf Wedeles) eben diese Rabbiners Funktion rühmlich vertretten, Sondern auch Er Samuel levi in oberdeutter Schuel zuverschiedenen mahlen die Ceremonien und gewöhnl. Predigen gehalten – ansonsten auch als ein Rabbiner in allen Gesetzen gelehrt und qualificirter Mann sey...". (Nr. 262 im Archiv JKG.). Er starb 1752, Gal Ed Nr. 86. Sein Sohn Wolf war Prager Oberjurist, vom Jahre 1753 Oberlandesrabbiner in Oethingen (No. 1109 vom 6. August 1753 im Archiv JKG.) und zuletzt Rabbiner in Pfersee. L. Löwenstein, Blätter für jüd. Geschichte und Literatur, I, Nr. 6, S. 41, ist demnach zu berichtigen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[71] Er war der Schwiegersohn des erwähnten Primators Samuel Taussig-Sachsel, er starb 1749 in Eisenstadt. Vgl. B. Wachstein, Die Grabschriften des alten Judenfriedhofes in Eisenstadt, Wien 1922, Nr. 196.

[72] Er war der Bruder des Frankfurter Rabbiners Jakob b. Benjamin Katz Poppers, des Verfassers von „Schew Jakob".

[73] Am 11. März 1723 wurde er zum Landesprimator bestätigt, welches Amt er bis zu seinem Tode (1743) versah.

[74] Rubin Michl Kolin, Salomon Klaber Wotitz, Wolf Popper Břesnitz, Hersch Moses Töplitz, Berl Kralowitz und Lazar Flöhau.

[75] Hirschl Kalmus Ulmo Lichtenstadt, Abraham Janowitz, Kaufmann Katz Raudnitz, Jakob Kohn Oberzerkowitz.

[76] Nr. 362 im Archiv JKG.

[77] Seine Grabinschrift ist veröffentlicht im Gal Ed Nr. 94.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Beiträge zur Geschichte der Jitschiner Juden im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert

Von Josef Jirčák, deutsch von Dr. Anton Blaschka

—

Der Geschichte der Jitschiner Juden hat bisher einzig und allein der verstorbene Ferdinand *Menčík* seine Aufmerksamkeit zugewandt. In den „Dějiny města Jičína"[1] hat er eine knappe Schilderung ihres Lebens von der ältesten Zeit bis zum Ausgang des sechzehnten Jahrhundertes geboten. Menčíks Werk blieb jedoch unvollendet und seitdem hat sich niemand mit der Geschichte der Jitschiner Juden befaßt. Die vorliegende Studie soll in gewissem Sinne eine Fortsetzung der Menčíkschen Arbeit sein und will versuchen, das Leben der Juden in Jitschin im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert zu erfassen. Das Bild, nach Nachrichten aus dem Jitschiner Stadtarchiv gezeichnet, zeigt freilich zahlreiche Lücken. Von den Stadtbüchern und Amtsakten der Stadt Jitschin hat sich nämlich nur ein verschwindend kleiner Bruchteil erhalten, denn in den Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts wurde ein Großteil der Bücher und Akten in die Stampfe verkauft ...

*

Die alten Streitigkeiten zwischen der Stadt Jitschin und den dortigen Juden entbrannten zu Beginn des siebzehnten Jahrhundertes neuerlich mit ungewohnter Heftigkeit. Die Ratsprotokolle aus jener Zeit[2] wimmeln von Beschwerden gegen die Juden, namentlich seitens der Zünfte; man warf ihnen unlauteren Handel und große Schädigung der Bürger vor. Diese Beschwerden wurden größtenteils damit begründet, daß es die Juden bei ihrem Handel und Wandel an Ehrlichkeit fehlen lassen und die christlichen Sonn- und Feiertage nicht feiern; der tiefere Grund dieses Unwillens war aber sicherlich in dem Konkurrenzneid gegen die regsamere, unternehmungslustigere und handelstüchtigere Judenschaft zu suchen.

Als im Dreißigjährigen Kriege die Stadt Jitschin die Kontribution für die Schweden und für die Kaiserlichen kaum erschwingen konnte, unternahm es der Jitschiner Magistrat, die Juden zu einem hohen Kontributionsbeitrag heranzuziehen.

Die Stadt forderte von den Juden, die in Jitschin fünf Häuser zu eigen hatten, von jedem Hause wöchentlich 8 fl. Kontribution. Dieses Ansinnen wurde jedoch mittels Briefes vom 23. März 1634 abgelehnt,[3]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mit der Begründung, daß die gesamte Judenschaft des Königreiches Böhmen von jeglicher Berna, von allen Kammerzinsen, Steuern und Kontributionen, sowie von der Soldateneinquartierung und anderer Drangsalierung befreit worden war, als Anerkennung dafür, daß sie sich bereit gefunden hatte, dem Kaiser 40.000 fl. an außerordentlichem Kontributionsbeitrag zu bezahlen; dem Brief war die Abschrift des Privilegiums und der Salvaguardia beigeschlossen, die den Juden diesbezüglich erteilt worden waren.[4] Nichtsdestoweniger gaben die Jitschiner Juden ihrer Bereitwilligkeit Ausdruck, *gutwillig* der Gemeinde einen Kontributionsbeitrag zu leisten, betonten aber, auf die Dauer könnten sie sich zu nichts derartigem verpflichten, sie müßten sich vielmehr an die erwähnte Salvaguardia halten.

Ihren Höhepunkt erreichte indes die Bedrängnis der Juden zur Zeit der neuen Jitschiner Obrigkeit, des Freiherrn Rudolf von Teuffenbach. Die Jitschiner Juden nahmen damals in ihrer Verzweiflung die Zuflucht zu dem neuen Herrn mit der demütigen Bitte um Gewährung eines Privilegiums oder Schutzbriefes mit genauer Festlegung jener Handelszweige, die den Juden in Jitschin gestattet und verboten sein sollten, damit so ihre endlosen Streitigkeiten mit der Stadt einmal beigelegt würden. Rudolf von Teuffenbach nahm in der Tat keine Rücksicht auf den Landtagsbeschluß v. J. 1650, demzufolge die Judenschaft im Lande auf den Stand v. J. 1618 herabgesetzt werden sollte, und erteilte den Jitschiner Juden am 20. Juli 1651 auf dem Jitschiner Schloß ein Dekret,[5] das die Juden in der Folge als ihr Privileg bezeichneten und das ihnen bei allen künftigen Streitigkeiten mit der Stadt als Stütze diente; die Prager Statthalter fällten jedoch am 19. Juli 1719 eine vernichtende Kritik darüber. Rudolf von Teuffenbach hatte sich sehr geirrt, wenn er entsprechend der Urkundenarenga gehofft hatte, durch Erlassung dieses Schriftstückes den bisher zwischen den Juden und den christlichen Bürgern schwebenden Kämpfen zu steuern.[6]

Damals werden in Jitschin folgende Juden genannt: der alte Moses Epstein samt Frau, zwei verheirateten Söhnen und ihren Kindern, der junge Moses samt Frau und zwei verheirateten Söhnen und einem alten, ledigen Bruder, und Esther, die Witwe nach Jakob, dem Bruder des jüngeren Moses. Diesen Juden hatte Rudolf von Teuffenbach gestattet, ohne Verhinderung seitens der christlichen Bevölkerung einerseits die ihnen zu Jitschin eigentümlich zugehörigen zwei Häuser zu bewohnen, anderseits jene Stuben, welche ihnen von Christen ungedrungen vermietet waren. Diese Bewilligung begründete Teuffenbach einmal damit, daß die Juden vor Jahren in schwerer Kriegszeit viel Drangsal und Ungemach durchgemacht, und obwohl sie durch Brandschatzung des Feindes um ihre ganze Habe gekommen, doch nach höchster Möglichkeit das Kriegs-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

volk mit unterschiedlicher Handels- und Krämerware versorgt und auch sonst alle Unbilden geduldig getragen hätten, dann damit, daß die Juden schon jahrelang in Jitschin wohnten und der Kaiser ihnen den Aufenthalt im Königreich Böhmen gestattet hätte.[7] Gleichzeitig trug Teuffenbach seinem Hauptmann auf, den Juden ihr Wohnrecht nicht zu schmälern und ihre Kündigung nicht zu dulden. Dabei verbot er jedoch ausdrücklich anderen als den genannten Juden, Männern und Frauen gleicherweise, den Aufenthalt und den Handelsbetrieb in der Stadt. Für die Einhaltung dieses Verbotes machte er die privilegierten Juden verantwortlich, indem er sie verpflichtete, fremden Juden von anderswoher den Zuzug nicht zu gestatten.

Sollte ein Fall von Unbotmäßigkeit zur Kenntnis des Hauptmanns gelangen, so sollten die fremden Juden aus der Stadt gewiesen und die heimischen Juden dafür streng und unbarmherzig bestraft werden. Denn außer den genannten Juden dürften keine anderen Juden in Jitschin wohnen und geduldet werden, damit sich ihre Zahl nicht mehre, sondern im Gegenteil mindere.[8] Aus diesem Grunde verbot Teuffenbach auch, daß Nachkommen der Juden, männlich oder weiblich, wenn sie verheiratet seien, sich in Jitschin niederlassen. Der Hauptmann sollte solche Eheschließungen vereiteln; im Falle einer geheimen Übertretung dieses Verbotes sollte ein solches Judenpaar unverzüglich der Stadt verwiesen und bestraft werden. Bei den alten Juden sollte das Eheschließungsverbot so lange währen, bis durch Tod die Zahl der Verheirateten gesunken sei. Die Zahl der Juden(familien) sollte sechs nicht übersteigen. Die Zuheirat und Heirat in andere Orte stand den Juden jedoch völlig frei und unterlag keiner Beschränkung. Zur Bestattung ihrer Toten sollte ihnen der Hauptmann einen von Jitschin ziemlich weit entlegenen, einsamen Platz anweisen, von dem die Juden einen Jahreszins in die herrschaftlichen Renten entrichten sollten.[9]

Wichtig ist die Festsetzung der Handels- und Erwerbszweige, die laut des Teuffenbachschen Patentes den Juden gestattet sein sollten. Es waren dies:

1. Einkauf und Verkauf unterschiedlicher erlaubter Handelsware, ob sie nun nach der Elle, nach dem Gewicht oder nach dem Hohlmaß verkauft wurde;
2. Handel mit unterschiedlicher Seidenware französischen, spanischen oder heimischen Ursprungs;
3. Handel mit schmaler oder breiter Ware, ellenweise oder in ganzen Stücken;
4. Handel mit Wolle;
5. Ein- und Verkauf von rohen und gegerbten Häuten;
6. Handel mit Gewürz, mit Gemischtware u. dgl.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Diese Waren durften die Juden nach den gültigen landesfürstlichen Verordnungen in offenen Läden und bei Jahr- und Tagmärkten feilhalten, nur nicht an Sonn- und Feiertagen.

Verboten dagegen war den Juden der Getreidehandel. Zur Pestzeit aber war es ihnen untersagt, Waren aus Seuchengebieten in die Stadt einzuführen. Gegen dieses Verbot eingeführte Ware sollte ihnen beschlagnahmt, ins Wasser geworfen und der Einführende an Leib und Gut dafür gestraft werden. Bezüglich des Fleischverkaufes galten die besonderen Bestimmungen des Privilegiums, das Teuffenbach im gleichen Jahre der Jitschiner Fleischerzunft gewährt hatte.[10]

Die weitere Bearbeitung der Rohstoffe hatten die Juden zum üblichen Preise ausschließlich den ortsansässigen Handwerksleuten zu übertragen.

Für diese Handels- und Gewerbebefugnis hatte Teuffenbach die Jitschiner Juden zur Abnahme der herrschaftlichen Wirtschaftsprodukte, als Wolle, Käse, Butter, Fische u. dgl. verpflichtet, sooft sie ihnen zum Kaufe angeboten werden sollten. Die bezogene Ware mußten die Juden mit Silber in die herrschaftlichen Renten bezahlen. So hatte sich Teuffenbach einen sicheren und steten Absatz seiner herrschaftlichen Wirtschaftsprodukte geschaffen. Die Christen führten häufig Klage über die Juden, daß sie den mit ihren landwirtschaftlichen Produkten zum Markte kommenden Landleuten vor die Stadt entgegengingen, die Produkte aufkauften und so auf den Stadtmärkten Warenknappheit herbeiführten, namentlich an Eiern, Butter und Käse; Teuffenbach war bestrebt, solche Unzukömmlichkeiten abzustellen, indem er den Juden solches Auslaufen vor die Stadt untersagte. Dagegen gestattete er ihnen, diese Erzeugnisse auf den Märkten aufzukaufen, oder wenn sie ihnen von den Bauern in ihre Wohnungen oder Läden gebracht würden.

Auf die Beschwerde der Juden über unerträgliche Belastung ihrer Häuser durch Kontributionen traf Teuffenbach die grundsätzliche Entscheidung, die Steuern seien ihnen auf derselben Grundlage zu bemessen, wie von andern Häusern. Die Regelung im einzelnen stellte er seinem Hauptmanne anheim; zu diesem sollten die Juden auch ihre Zuflucht nehmen, wenn sie sich verkürzt glaubten. Sonst aber waren sie verpflichtet, die rechtmäßig vorgeschriebene Kontribution auch ordentlich abzuführen.

Von großer Wichtigkeit war die Bestimmung, kraft der die Juden in allen anderen und namentlich in Gerichtssachen von der Zuständigkeit des Jitschiner Magistrates gelöst und dem herrschaftlichen Hauptmanne unterstellt werden, vor dem allein sie geklagt und exequiert werden konnten. Der Hauptmann und der Stadtrat sollten auch nach Recht und Billigkeit die jüdischen Klagen gegen Jitschiner Einwohner erledigen, wenn

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
UB
DFG

sie sich auf die Bezahlung von Schulden bezogen, die wucherfrei und in aller Rechtsform kontrahiert waren. Streitigkeiten zwischen Christen und Juden um Pfänder, Geldleihen, Kauf gestohlenen Gutes u. dgl. sollte der herrschaftliche Hauptmann im Sinne der den böhmischen Juden erteilten kaiserlichen Privilegien schlichten. Dabei sollte der Hauptmann darauf achten, daß den Juden von den Christen kein Unrecht widerfahre. An Feiertagen, wenn Prozessionen stattfanden, und an den drei letzten Tagen der Karwoche war den Juden auferlegt, sich in ihren Behausungen zu verhalten; sie durften sich da unter Strafe weder auf der Straße noch in ihren Läden zeigen.

Alle diese Berechtigungen und Bedingungen sollten für die Juden in Jitschin nur insolange gelten, als der Kaiser den Juden in Böhmen den Aufenthalt gestatten würde. Sollten jedoch die kaiserlichen Mandate hinsichtlich ihrer Aufenthaltsbewilligung widerrufen werden, so sollten auch die Vorrechte des Teuffenbachschen Privilegiums für die Jitschiner Juden sofort aufhören. Bis dahin jedoch sollten alle herrschaftlichen Hauptleute und der Rat der Stadt Jitschin die Juden im Genusse der ihnen erteilten Freiheiten schützen und schirmen.

Nach Ausfertigung dieses Dekrets fügte jedoch Teuffenbach noch nachträglich einen Zusatz hinzu, der einen besonderen Gnadenerweis enthielt: es war die Erlaubnis, die obenerwähnten neun Paare (Familien) noch um zwei weitere Paare zu vermehren, und zwar um die beiden Töchter des Moses samt ihren Männern und Kindern. Damit war die Zahl der geduldeten Juden auf elf Familien erhöht, doch mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß kein Jude darüber der gewährten Freiheiten teilhaftig werden dürfe und ebensowenig die Stadt mit mehr Ware versorgt werden dürfe als bisher.

Dieses Teuffenbachsche Dekret stieß auf den Unwillen der Bürgerschaft und des Rates der Stadt Jitschin. Aber die gedemütigte und durch die Kriegslasten erschöpfte Stadt bemühte sich vergebens, einen Widerruf dieses Judenprivilegiums oder wenigstens eine Abänderung zugunsten der christlichen Bevölkerung herbeizuführen. Dafür fand es bei der Judenschaft begeisterte Aufnahme und zähe Verteidigung.

Die Streitigkeiten, die nach Gewährung des Dekretes zwischen den Juden und Christen in Jitschin entbrannten, zogen sich nun noch mehr in die Länge als früher. Denn jetzt mußten alle Klagen gegen die Juden vor dem herrschaftlichen Hauptmann anhängig gemacht werden. Dieser aber schützte, dem Wunsche seines Herrn entsprechend, die Juden, ja hielt ihnen die Stange. Und das verstärkte den Haß gegen die Juden nur noch.

Wir übergehen die sehr zahlreichen Prozesse der Juden um ihre Forderungen ebenso wie die Beschwerden der Christen gegen den Judenhan-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

del, von denen die Ratsprotokolle der Stadt Jitschin wimmeln, und wollen nur die größeren, bedeutenderen ins Auge fassen.

Beinahe ganze zehn Jahre zog sich ein Prozeß der Juden mit der Stadt um ihre *Militärbequartierungspflicht* hin. Der Streit wurde erst am 26. Mai 1690 durch einen Vergleich in dem Sinne beigelegt,[11] daß sich die Juden dazu herbeiließen, wie andere Mitbürger neben der monatlichen Kontribution und anderen Lasten auch behilflich zu sein und nach der Gleichheit und Ansässigkeit allmonatlich je 30 Kreuzer zu entrichten, wenn irgendwann bei Militärdurchmärschen der Stab oder ein Obrister oder ein anderer Offizier in die Stadt einlogiert und ein solcher Aufwand auf die Bürgerschaft repartiert würde, und zwar für alle künftigen Zeiten, ob nun die Soldatesca hier im Quartier verbliebe oder nicht, so wollten sie sich in keiner Weise weigern und ausschließen, weder sie selbst noch die künftigen Inhaber dieser Realitäten.

Die erwähnten 30 kr. Kontribution wurden auf Ersuchen der Juden folgendermaßen repartiert:

Josue, der bisher monatlich 15 kr. $4^1/_2$ zahlte, zahlte nunmehr 22 kr., Abraham Salamon anstatt der bisherigen 11 kr – 15 kr. $1^1/_2$ d., Jakob Eckstein sollte zahlen statt der bisherigen 14 kr. – 23 kr. 3 d., Sladkes statt 15 kr. $14^1/_2$ d. – 21 kr. $4^1/_2$ d., Abraham und Lobl Josel statt 14 kr. – 20 kr.

Die Kontribution erhoben von den Juden die städtischen Einnehmer unmittelbar in ihren Häusern. Das dauerte bis zum 7. März 1698. An diesem Tage wurden die Juden in den Stadtrat gerufen und hier wurde ihnen vorgetragen: Da es der gesamten Bürgerschaft sehr zuwider sei und an und für sich der Christenheit Schimpf und Schande bringe, wenn die Christen zwecks Kontributionserhebung den Juden nachlaufen sollen, so sollten die Juden selbst die auf sie entfallende Kontribution nach dem Register einheben und dem Kontributionsschreiber abführen. Die Juden willigten in diese Kontributionserhebungsart ein und erklärten sich bereit, nach Ablauf jedes Monats, sobald man es ihnen andeute, sofort ohne weitere Vorladung und ohne Behelligung des löblichen Amtes oder jemandes anderen sich persönlich im Rathaus einzufinden und so ihr Kontributionskontingent berichtigen zu wollen. Weil sich die Juden verpflichtet hatten, ihre Kontribution auch in Zukunft auf diese Weise entrichten zu wollen, so wurde ihre Erklärung „ad memoriam futuram" in das Ratsprotokoll eingetragen.[12]

Die Mißgunst der Jitschiner Bürger den Juden gegenüber wird am besten durch den Fall des Wokschitzer Juden Lazar beleuchtet. Der genannte Lazar bemühte sich schon zu Beginn des Jahres 1697 um die Erwerbung der Brandstelle nach Joachim Müller zwecks Erbauung eines Hauses. Er trug sein Ansuchen dem herrschaftlichen Hauptmann vor

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

und fand bei ihm tatkräftige Unterstützung; dieser erteilte der Gemeinde den Auftrag, ihm den erbetenen Platz zu verkaufen. Die Jitschiner Gemeinde beriet über Lazars Gesuch am 22. März 1697 und beschied es abschlägig; gleichzeitig stellte sie an die Obrigkeit das Ersuchen, den Juden nicht in die Stadt zu lassen. Doch am 15. Juli 1698 gab der Graf dem Primator den strengen Befehl, er wünsche, daß die Brandstelle dem Lazar verkauft werde. Der Nachbar der Müllerschen Brandstelle, Maťátko, führte zwar dagegen herzbewegenden Protest, aber da er gegen die Obrigkeit nichts ausrichten konnte, ließ er sich vernehmen, er wolle lieber alles Gott befehlen und sein Haus verkaufen, als solche abscheuliche Erzfeinde der Christen zu Nachbarn haben. Der Jude Lazar bekam dann wirklich die Brandstätte und erbaute darauf zu nicht geringem Ärgernis der Jitschiner Bevölkerung ein Haus.[13]

Im Juli des gleichen Jahres (1698) ereignete sich ein Zwischenfall, der viel dazu beitrug, die Stimmung der Christen gegenüber den Juden zu verschlechtern. Der Goldschmiedsohn Jomet riß aus Übermut den Spitalsammelkasten herab und schleuderte ihn verächtlich zu Boden. Die Empörung in der Stadt war begreiflich und der Stadtrat begann den Fall streng zu untersuchen. Beim Zeugenverhör stellte sich heraus, daß die Juden den Zeugen Schweigegeld angeboten hatten. So sagten Anna Melichar und Katharina Němec aus, am Sonntag sei die Jitschiner Goldschmiedin, des Übeltäters Mutter, gekommen und am Montag eine Jüdin aus Čejkowitz und hätten gesagt: „Wenn gestern nicht Euer Sonntag gewesen wäre, so hätten ihnen unsere Juden etwas gegeben, damit sie schweigen." Die Sache fiel jedoch für den Juden Goldschmied gut aus; er bezahlte für sein übermütiges Söhnlein zwei Schock Groschen zugunsten der Marienkirche.

Im Jahre 1699 entbrannte unter den Juden ein Streit bezüglich der Entrichtung der Steuer und des Schutzgeldes an die Obrigkeit. Der Hauptmann lud sie darum in die herrschaftliche Kanzlei vor, aber es erschienen nur vier Juden: David Epstein, Benjamin Soboth, Lazar Kolin und Abraham Goldschmied. Der Streit wurde folgendermaßen beigelegt:

Jeder Jude sollte von seiner Handelstätigkeit unter der Strafe der Ausweisung und der zehnfachen Buße von jedem Gulden 3 kr. in eine eigens dazu beschaffte Kasse entrichten; zur Kasse gehörten vier Schlüssel; die Kasse selbst war bei David Epstein verwahrt, die Schlüssel bei andern Juden. Von diesem Gelde sollte nur die kaiserliche Kontribution berichtigt werden, nicht aber auch das obrigkeitliche Schutzgeld, wie dies Lazar Kolin gefordert hatte; dieses sollte von jeder Hantierung bezahlt werden. Würde ein Jude einer unwahren Fatierung überwiesen, so sollte er das Zehnfache der verheimlichten Summe in die herrschaftlichen Ren-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ten büßen und ebensoviel als Strafe in die Judenkasse. Der Hauptmann teilte die Kontribution unter die einzelnen Juden zu ihrer Zufriedenheit auf und sie erklärten sich aus freien Stücken bereit, 20 Reichstaler als Buße in die obrigkeitlichen Renten zu erlegen. Damit aber dieser Vertrag nicht von irgendeinem Juden umgestoßen werden könnte, erklärten die Juden, jeder von ihnen, der gegen dieses feierliche Übereinkommen reden sollte, damit nicht zufrieden wäre, dagegen wieder ankämpfen oder Berufung einlegen wollte, der sollte augenblicklich in den Kerker geworfen und nicht eher freigelassen werden, als er der Obrigkeit 50 Reichstaler Buße erlegt und sich verpflichtet, sich diesem Vertrage rückhaltlos zu fügen und mit den andern in Frieden zu leben.

In dem Berichte, den der Hauptmann über diese Abmachung erstattete, konnte er sich nicht der Bemerkung enthalten, er hätte niemals geglaubt, daß Lazar Kolin so hinterlistig und boshaft sein könne. Jedes Wort sei schurkisch gewesen und er habe die Aussage eines andern Verhandlungsteilnehmers ins gerade Gegenteil verkehrt. Erst als ihm mit dem Stadtarrest gedroht wurde, gab er klein bei.[14]

Von der Regsamkeit und Handelstüchtigkeit der Jitschiner Juden zeugt der Umstand, daß im August 1702 die Gemeinde Jitschin das Angebot des Salomon und Josl auf Soldatenmonturen annahm, die sie zum Preise von 26 fl. liefern wollten, mit der Verpflichtung, falls etwas schlecht gearbeitet sein sollte, es anstandslos gegen tadellose Ware auszutauschen. Die Jitschiner Zünfte gingen dabei leer aus.

Nicht einmal abschriftlich ist das Dekret des Grafen Adalbert von Sternberg auf uns gekommen, das am 13. August 1704 auf dem Jitschiner Rathaus verlesen wurde und die Erledigung auf die Beschwerde der Stadt Jitschin gegen unterschiedliche Unzukömmlichkeiten und Ausschreitungen der Juden darstellte.[15] Nach den Ratsprotokollen zu schließen, richteten sich diese Beschwerden hauptsächlich gegen den Handel mit Artikeln, die unter den erlaubten Waren der Teuffenbachschen Urkunde nicht genannt waren, gegen den Handel mit verdächtigen Sachen und gegen das Offenhalten der jüdischen Geschäfte an Sonn- und Feiertagen. Dagegen war nirgends zu finden, daß die Jitschiner Juden von Darlehen Wucherzins gefordert hätten.

Für Benützung der Stadtwage zahlten die Juden der Stadtkanzlei jährlich 6 fl. auf Papier und Tinte. Im J. 1704 hörte jedoch diese Zahlung auf und es wurde ihnen befohlen, ebensoviel zu zahlen wie die übrigen Jitschiner Bürger.

Die Verordnung der Jitschiner Gemeinde vom 14. Jänner 1705, derzufolge den Juden unter Kerkerstrafe aufgetragen wurde, die Brunnen in der Judengasse zu säubern und das Kehricht zu beseitigen, darf uns nicht wundernehmen. Denn die Gemeinde mußte auf die nämliche Weise auch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gegen die übrige Bewohnerschaft einschreiten, die das Kehricht sogar auf dem Ringplatz vor dem Schloß ablagerte.

Untereinander hatten die Juden „staares" (verabredet), sie würden in ihren Häusern keinen verheirateten Söhnen Unterkunft bieten. Das war vermutlich nur ein mündliches Übereinkommen und wurde schlecht beobachtet. Im J. 1705 beschwerte sich Scheiteles Eitel gegen Benjamin Sobotka, daß er entgegen ihrer Abmachung mit Vorbedacht seinem verheirateten Sohne Unterkunft biete. Da wurde er von der Gemeinde Jitschin aufgefordert, dieses Abkommen vorzulegen, kam aber der Aufforderung nicht nach. Die Gemeinde unterbreitete dann die Beschwerde unmittelbar dem Grafen zur Entscheidung. Wir kennen zwar diese Entscheidung nicht, aber aus der von der Visitationskommission d. J. 1721 durchgeführten Judenkonskription sehen wir, daß die verheirateten Söhne samt ihren Kindern in den Häusern ihrer Eltern wohnten.

Fremden Juden war der Handelsbetrieb in der Stadt nur an Jahrmärkten gestattet; da kamen sie mit ihren Waren hauptsächlich aus Neubidschow. Sonst kamen fremde Juden nur zu vorübergehendem Aufenthalte nach Jitschin, gewöhnlich nur zwecks Regelung von Geldangelegenheiten.

Am 19. November 1705[16] wurde den Juden ein Dekret des Grafen Sternberg verlesen, kraft dessen mit Rücksicht auf die in Polen grassierende Pestilenz den polnischen Juden unter der Strafe von 50 Talern der Einlaß in die Stadt verboten wird. Den städtischen Torwächtern wurde im Zusammenhange damit unter der Strafe der Absetzung untersagt, fremde Juden in die Stadt einzulassen.

Die Bedrückung der Juden seitens der Stadt wuchs von Jahr zu Jahr. Am 20. März 1716 begab sich eine Deputation der Jitschiner Juden bis zu den Statthaltern, um gegen Übergriffe des Jitschiner Magistrates Klage zu führen. Ihre Reise nach Prag war jedoch nicht von dem geringsten Erfolg begleitet. Die Statthalter legten die Sache der Appellationskammer vor und erließen am 19. Juli 1716[17] eine Entscheidung, die über das erwähnte Dekret des Freiherrn Teuffenbach v. J. 1651, das die Juden als ihr Privilegium ansahen, ein vernichtendes Urteil fällte. Die Statthalter erklärten, es sei auch ungeachtet des im J. 1650 publizierten und vom Kaiser bestätigten Landtagsschlusses ganz offenkundig, daß die Aufnahme von Juden ein ausschließliches königliches Regal darstelle; auch im Königreich Böhmen dürften von keinem Einwohner Juden geduldet werden, ausgenommen dort, wo sie seit dem 13. Jänner 1618 ansässig seien oder wo ihnen seitdem eine besondere königliche Aufenthaltsbewilligung erteilt worden sei. Auf Grund dessen entschieden die Statthalter: Juden, welche nicht bereits im J. 1618 in Jitschin ansässig waren,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

hätten von der Obrigkeit nicht aufgenommen, geschweige denn ohne Wissen und Willen des Königs mit Privilegien begabt werden sollen, wie dies eben Rudolf Freiherr von Teuffenbach ohne Zustimmung des Kaisers getan hatte. Darum sei die gegenwärtige Jitschiner Obrigkeit nicht verpflichtet, mehr Juden zu dulden, als im J. 1618 in Jitschin ansässig waren.

Die Reichweite dieser Entscheidung für die Juden ließ sich kaum absehen. Die Juden hatten ihr ‚Privilegium' eingebüßt, ihre Hauptstütze in den Streitigkeiten mit der Stadt. Für die Stadt aber bedeutete die statthalterische Entscheidung das Signal zu neuen, noch heftigeren und häufigeren Angriffen und Übergriffen gegen die Juden. Auf diese Entscheidung gestützt, arbeitete seitdem die Stadt darauf hin, die Juden aus der Stadt ganz und gar zu verdrängen.

Doch die Juden wehrten sich mit Zähigkeit und ihr Kampf mit der Stadt dauerte noch einige Jahrzehnte lang unvermindert fort. Es ist etwas Imponierendes um diesen hartnäckigen Kampf der Handvoll Jitschiner Juden gegen die Übermacht, die sie haßte und sie am liebsten ausgerottet hätte und ihrer doch um ihrer Steuerkraft willen bedurfte.

*

Die Zahl der Jitschiner Juden im ersten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts ergibt sich aus der im Jahre 1721 von der Visitationskommission verfaßten Konskription.[18] Nach dieser Konskription besaßen damals die Juden in Jitschin sieben Häuser.

Im ersten Hause wohnte Löbel Josel, 59 Jahre alt, in Prag gebürtig; er wohnte in Jitschin seit 1687. Er zählte sich zum Stamme Israel; seine Frau Salomena stammte aus Jitschin und war 30 Jahre alt. Sie hatten folgende Kinder: einen Sohn Moses, 23 Jahre alt, einen Sohn Härschel, 22 Jahre alt, eine achtzehnjährige Tochter Susanna und eine sechzehnjährige Tochter Framith. Löbel Josel handelte in seinem Hause und in einem am Ringplatze gemieteten Gewölbe mit Krämerware (Leinwand, Tücheln, Strümpfen) und zahlte von seinem Geschäft an Jahreszins 13 fl., der Herrschaft an Schutzgeld 17 fl. und leistete der Stadt einen Kontributionsbeitrag von monatlichen 10 kr. Er verdiente neben seinem Lebensunterhalt angeblich jährlich 150 fl. Mit ihm zusammen wohnte sein dreiunddreißigjähriger Sohn Israel Josel, in Jitschin geboren, zur Zeit der Konskription vier Jahre verheiratet mit einer gewissen Bella aus Benatek. Er betrieb die Krämerei in einem von Matth. Grall am Ringplatz gemieteten Laden, für den er 14 fl. Jahreszins zahlte; der Obrigkeit entrichtete er ein jährliches Schutzgeld von 15 fl. und erzielte einen Jahresverdienst von 50 fl. Dem Vater half im Geschäft sein fünfundzwanzigjähriger ledi-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

ger Sohn Abraham Josel, der der Obrigkeit ein Schutzgeld von 10 fl. jährlich entrichtete.

Im zweiten Hause wohnte der sechsundachzigjährige Joachim Löbel. Er stammte von der Herrschaft Koschennberg und wohnte in Jitschin seit 1676. Seine Frau Marthale, 67 Jahre alt, war aus dem Stamme Jakob. Sie hatten einen achtundzwanzigjährigen ledigen Sohn Jakob. Joachim Löbel zahlte statt des Schutzgeldes der Obrigkeit einen Jahreszins von 12 fl. Als Hausierhändler verdiente er angeblich 50 fl. jährlich und seine beiden Söhne je 20 fl. Der Stadt zahlte er monatlich 15 kr. Kontribution. Mit ihnen gemeinsam wohnte in diesem Hause Feischel Josel (36 Jahre alt), aus Jitschin gebürtig, samt seiner Frau Salomena (27 Jahre alt) und mit den Kindern Jakob (12 Jahre), Salomena (16 Jahre), Esther (6 Jahre), einem ungenannten vierjährigen Sohn und dem zweijährigen Benjamin. Er zahlte der Obrigkeit ein Schutzgeld von 12 fl. und verdiente als Bader jährlich 50 fl.; er war Mitbesitzer des Hauses Nr. 2.

Im 3. Hause wohnte Mojsl Benjamin (46 Jahre alt), aus Jitschin gebürtig, samt seiner vierzigjährigen Frau Bema, aus Jungbunzlau gebürtig, und mit den Kindern Markus (20 Jahre), Jakob (17 Jahre), Feischel (14 J.), Mändl (8 J.) und der Tochter Fögle. Er zahlte an Schutzgeld 15 fl. jährlich und der Stadt 21 kr. monatlich als Kontributionsbeitrag. Der Vater und der ältere Sohn nährten sich von Hausierhandel und verdienten jährlich zusammen 60 fl. Mit ihnen wohnte Jakob Löbl (33 J.), aus Jitschin gebürtig, samt seiner Frau Marie, gebürtig aus Kolin, und mit zwei Töchterchen (6 und 3 Jahre alt). Er handelte mit unterschiedlicher Krämerware am Ringplatz in einem gemieteten Laden, von dem er einen jährlichen Pachtzins von 16 fl. zahlte, der Obrigkeit ein Schutzgeld von 13 fl. jährlich und 6 fl. Kontribution an die Stadt; er verdiente nach seiner eigenen Angabe 81 fl.

Das Haus Nr. 4 gehörte gemeinsam dem Abraham Josl (siehe Haus Nr. 1) und dem David Sladkus (Sladkes). Der Letztere war aus Jitschin gebürtig, 44 Jahre alt und wohnte in dem Hause mit seiner Frau Midl und drei Töchterchen. An die Obrigkeit zahlte er jährlich ein Schutzgeld von 12 fl. und verdiente als Hausierhändler jährlich 40 fl. Gemeinsam mit Abraham Josl zahlte er der Stadt monatlich 20 kr. $4^1/_2$ d. als Kontributionsbeitrag; Abraham Josl selbst zahlte der Obrigkeit ein Schutzgeld von 10 fl. jährlich. In diesem Hause wohnte ferner Samuel Josl (68 Jahre alt) samt seiner fünfundzwanzigjährigen Frau und vier Kindern (von denen drei Söhne in Prag dienten); Hausierhändler von Beruf, wies er einen Jahresverdienst von 50 fl. aus; Zins zahlte er keinen, denn er wohnte bei der Tochter.

Das 5. Haus gehörte dem kinderlosen Alexander Goldschmied, gebürtig aus Jitschin, der eine gewisse Bellina aus Bidschow zur Frau hatte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Er hatte seinen Laden am Ringplatz, verdiente 100 fl. jährlich und zahlte der Obrigkeit ein Schutzgeld von jährlichen 14 fl. und der Stadt einen Monatsbeitrag von 28 kr. an Kontribution.

Im 6. Hause wohnte Baruch Saudek (22 Jahre alt), gebürtig aus Kolin, mit seiner Frau Esther, einer gebürtigen Jitschinerin (20 Jahre alt). Als Krämer zahlte er von seinem Laden am Ringplatz 7 fl., der Obrigkeit an Schutzgeld 26 fl. jährlich und der Stadt einen monatlichen Beitrag zur Kontribution im Betrage von 35 kr. Sein Jahresverdienst betrug 75 fl. Bei ihm wohnte der siebzigjährige Abraham Goldschmied mit seiner sechzigjährigen Frau Sorle; er verdiente 50 fl. jährlich als Hausierhändler. Zins zahlte er keinen, da er der Schwiegervater des Baroch Saudek war.

Das 7. Haus gehörte dem Samuel Friedländer, chemaligem Branntweinbrenner aus Wokschitz, von dem schon oben die Rede war. Er wohnte hier samt Frau und drei Kindern (Feischel, 18 J.; Joachim, 8 J.; Salomon, 15 J.). Der Obrigkeit zahlte er 15 fl. Schutzgeld jährlich und der Gemeinde monatlich an Kontributionsbeitrag 21 kr. Von seinem Krämerladen, den er im eigenen Hause hatte, erzielte er einen Jahresverdienst von 60 fl.

Die Einkünfte der Juden waren natürlich in Wirklichkeit viel höher, wie aus den Stadtbüchern hervorgeht, wo ihre Klagen auf Rückzahlung dargeliehener Geldsummen eingetragen sind.

Im J. 1730 hatte die Kumburger Obrigkeit von den Juden, die in der Stadt Jitschin unter dem Schutze der Obrigkeit handelten und hausierten, aus dem sogenannten Schutzgeld eine Jahreseinnahme von 283 fl. 30 kr., außer jenen 15 fl., die Baroch Saudek als Zins von dem in den Fleischbänken gepachteten Laden entrichtete. Die Juden zahlten also ein ganzes Drittel sämtlicher Einnahmen, die aus der Stadt Jitschin in die obrigkeitlichen Renten flossen und 863 fl. 24 kr. ausmachten. Die Obrigkeit nahm daher begreiflicherweise die Judenschaft schon aus diesem Grunde in Schutz – und dies war der Hauptgrund –, um sich die aus dem Judenzins fließende reiche Einnahmsquelle zu sichern.

Am 30. Oktober 1726 wurde den Juden auf dem Jitschiner Rathaus der Statthaltereierlaß publiziert,[19] der ihre Übersiedlung in eine größere Entfernung von den katholischen Kirchen bezweckte. Ein Plan der Stadt Jitschin mit Einzeichnung der Judenwohnungen v. J. 1727, den die Obrigkeit im Sinne des kaiserlichen Reskripts v. 13. Mai 1727 auf eigene Kosten beschaffen sollte, ist nicht auf uns gekommen.[20] Man kann annehmen, daß ein solcher überhaupt nicht angefertigt wurde; es läßt sich dies wenigstens nach der Eintragung im Buch der Gezeugnisse aus den Jahren 1798–1815 schließen, wo der Stadtrat am 20. August 1783 bestätigt, „daß in allhiesiger Stadt von alters, ja sogar von undenklichen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zeiten her eine per actus contrarios niemahlen unterbrochene Gewohnheit bestehe, vermög welcher den hiesigen ihre eigene und abgesonderte Gasse und Häuser habenden Schutzjuden gestattet wird ihnen nur in jenen in der Reihe der Fleischbänken befindlichen 5 christlichen Häusern Gewölbe mieten und nur in selbigen, keinerdings aber in anderen christlichen Häusern ihre Waren niederlegen und verkaufen zu dürfen". Es war übrigens nicht nötig. Die Jitschiner „Judengasse" und die Fleischbänke waren recht weit von den Kirchen zu St. Jakob und zu St. Ignaz entfernt,[21] man konnte von dort weder die eine noch die andere einsehen und es war daher auch nicht nötig, die Juden in eine größere Entfernung umzuquartieren.

Am 9. April 1739 entstand unter den Jitschiner Juden große Bestürzung. An diesem Tage kamen die Kreishauptleute nach Jitschin, ließen den Hauptmann der Herrschaft Kumburg-Aulibitz Johann Kohout auf das Rathaus kommen, beriefen den Magistrat, einige Bürger und sämtliche Juden und verlasen den Juden den Gubernialbefehl vom März des gleichen Jahres, demzufolge die Juden binnen eines halben Jahres die Stadt Jitschin räumen und ihre Realitäten, mit Ausnahme von zweien, den Christen zu verkaufen trachten sollten. Dieser Befehl blieb jedoch bloß auf dem Papier. Schon am 10. November 1739 schrieb der Jitschiner Magistrat an das Kreisamt, daß die Juden aus der Stadt nicht ausgezogen seien, wiewohl der ihnen gestellte halbjährige Termin bereits verstrichen sei. Im Juli 1740 urgierte der Magistrat neuerdings die Erledigung dieser Angelegenheit, ohne jedoch eine Antwort zu erhalten. Die mittlerweile eingetretenen Kriegsereignisse lenkten die Aufmerksamkeit der Behörden auf andre, wichtigere Dinge, namentlich darauf, wie Geld und Proviant fürs Militär zu beschaffen sei. Die Juden wurden lediglich einer strengeren Kontrolle unterworfen. So ordnete am 3. Feber 1743 das Kreisamt in Smirzitz an, besondere Aufmerksamkeit einer jüdischen Mörderbande zu schenken und die Judenwohnungen öfter zu visitieren. Den Juden wurde unter Strafe der Ausweisung von der Herrschaft verboten, ohne Vorwissen der Behörden andere Juden aufzunehmen und zu bequartieren, die im Lande nichts zu suchen haben und keinen ordentlichen Paß besitzen. In Jitschin hatten diese Visitierungen der Juden ein negatives Ergebnis. Auch die aufgrund der Verordnung des Kreisamtes in Smirzitz vom 6. März 1743 vorgenommenen Hausdurchsuchungen nach allerhand französischen Seidenstoffen und französischen Tücheln sowie nach Gold- und Silberspitzen und -borten, die beschlagnahmt werden sollten, verliefen erfolglos; diese letztere Durchsuchung fand unmittelbar nach Einlangen der Verordnung, am 11. März 1743 statt.

Nach dem kreisämtlichen Erlaß dd. Smirzitz den 14. Mai 1743 verpflichteten sich die Juden des Königgrätzer Kreises, der Königin Maria

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Theresia als donum gratuitum 4338 fl. zu leisten. Die Jitschiner Juden sollten den auf sie entfallenden Teilbetrag möglichst in Metallgeld bis 20. März entrichten. Ihr Anteil war folgendermaßen repartiert:

Name	Repartierter Betrag		Auf die Zugabe zu konkurrieren	
	fl.	kr.	fl.	kr.
Baroch	115	—	1	55
Markus, Moses und Mandl	30	—	—	30
Moses Löbl	32	—	—	32
Feischl und Joachim Friedländer . . .	30	—	—	30
Alexander	60	—	1	—
Jakob und Salomon	35	—	—	35
Israel Löbl	22	—	—	22

Mit Beginn des Jahres 1745 liefen beim Jitschiner Magistrat im Gefolge der Kriegsereignisse wiederholt kreisämtliche Erlässe ein, die Juden mit aller Strenge zur Begleichung der schuldigen Steuern anzuhalten. So wurden mit Erlaß des Kreisamtes vom 2. März 1745 der Bürgermeister, die Gemeindeältesten und alle Jitschiner Juden, die nach der Steuerrolle über 4 fl. Steuer zahlten, für den nächsten Montag zum Kreisamt vorgeladen. Dabei wurde dem Magistrat aufgetragen, die Juden anzuweisen, die ganze zur Bezahlung der Steuerschuld erforderliche Summe mitzubringen, widrigenfalls sie durch Militärexekution dazu gezwungen würden. Am 8. April des gleichen Jahres langte vom Kreisamt ein Verzeichnis der Jitschiner Juden ein, deren Steuerschuld 3097 fl. betrug, mit dem scharfen Befehl an den Magistrat, sie zur Begleichung ihres Restes am 12. und 13. April in der Kreiskanzlei zu zwingen, sonst würde für diesen Restbetrag der Magistrat samt seinen Beamten so lange haften, als er nicht bis zum letzten Heller bezahlt wäre.

Zweck alldieser Gebote war nebenbei, für den Staat von den Juden alles einzutreiben, was sich eintreiben ließ, bevor sie nach der königlichen Verordnung das Land verlassen; dies geht unzweifelhaft aus dem kreisämtlichen Erlaß vom 22. April 1745 hervor, worin kundgemacht wird, daß die Kaiserin steif und fest auf ihrer Entscheidung beharrt, daß die Judenschaft bis Ende Feber die Prager Städte und bis Ende Juni das ganze Land zu verlassen habe.[22] Das Kreisamt verlangte vom Jitschiner Magistrat ein Verzeichnis aller Juden, die ans Bett gefesselt seien[23] und nicht auswandern könnten, ferner die Feststellung, wohin und nach welchem Lande sich die einzelnen Judenfamilien zu wenden gedächten. Der Erlaß begründete diese Verfügung damit, daß alle geeigneten Maßnah-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

men zwecks sicherer Eskortierung der Auswanderer getroffen werden könnten, um sie vor aller Ungebühr zu schützen. Dabei wurde neuerlich strenge eingeschärft, die Juden zur Berichtigung ihres Kontributionsrestes und zur Regelung ihrer Eigentumsverhältnisse mit den Christen anzuhalten, und allen Behörden, Gerichten und Beamten aufgetragen, namens der Juden mit größter Beschleunigung gegen ihre Privatschuldner einzuschreiten.

Das Verzeichnis der Jitschiner Juden, das im Sinne dieses Befehles vom Jitschiner Magistrat angelegt werden sollte, ist nicht auf uns gekommen. Die Jitschiner Juden hatten es natürlich mit ihrer Auswanderung nicht eilig und mußten daher neuerdings dazu aufgefordert werden. Am 30. Juni 1745 wurden die Juden aufs Rathaus befohlen und ihnen das Patent verlesen,[24] demzufolge sie sich äußern sollten, in welches Land sie zu ziehen beabsichtigten. Die Antwort sollten sie binnen zwei Tagen geben, gaben sie aber nicht.

Die Jitschiner Juden überstanden glücklich alle Militärdurchmärsche durch die Stadt und alle Bemühungen des Jitschiner Magistrats um ihre Entfernung aus der Stadt. Im Gegenteil, sie mehrten sich noch. So reichte i. J. 1747 der Jitschiner Magistrat bei den Statthaltern eine Beschwerde gegen die Verordnung des Kreisamtes ein, derzufolge dem Prager Juden Nathan Herschl nicht verwehrt werden sollte, in Jitschin zu wohnen und hier Handel zu treiben, ohne daß im Sinne der gültigen Vorschriften die Stadt um ihre Meinung gefragt worden wäre. Der Erfolg der Beschwerde war, daß wir den Nathan Herschl in der Folgezeit als Handelsmann in Jitschin finden.

Es hing dies zum Teil auch damit zusammen, daß auch unter den Ratsherren keine einheitliche Anschauung in der Judenfrage herrschte. Dort, wo ihnen ein Vorteil von ihnen winkte, da drückten sie vor ihnen ein Auge zu. Als Beispiel kann der Fall des Gemeinderates Johann Würtz gelten, der im Gemeinderat am 9. November 1747 zur Verhandlung stand. Würtz hatte sein Haus an einen Juden verpachtet, den die Stadt nicht dulden wollte. Der Magistrat faßte folgenden Beschluß: Da hinsichtlich der Juden (deren Mehrung der Nachbarschaft abträglich ist) die Gemeinde seit vielen Jahren beim hohen Landesgubernium ihre Reduzierung betrieben und viel Geld darauf gewendet hat und auch vom Gubernium mehrfache decisa favorabilia erzielt hat, auch zwecks Nichtaufnahme dieses Juden zu Ihren Gnaden ihre gravamina eingebracht hat, in denen auch Herr Würtz mit unterschrieben ist, so hat sich Herr Johann Würtz gegen so vielfache gnädige Entscheidungen in keine solche Verpachtung mit dem besagten Juden zum Schaden und Präjudiz der Gemeinde einlassen sollen, da sich nach den Stadtrechten kein Ratsherr gegen den Rat, gegen die Gemeinde, in der er lebt, verpflichten soll. Daher wird ihm

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die erwähnte Verpachtung von rechtswegen verboten. Sollte er sich aber unterstehen, gegen dieses Verbot etwas zu unternehmen, so beantragten die Gemeindeältesten ihn der höheren Instanz anzuzeigen.[25] Der Ratsherr aber leistete keine Folge – und der Jude war bei ihm noch im J. 1749 eingemietet.

Damals wandten sich die Jitschiner Juden auch neuen Handelszweigen zu. Im Jahre 1749 pachtete Joachim Friedländer den Tabak-„handel", i. J. 1753 der Jude Markus das Branntweinverkaufsrecht und hatte diesen Pacht bis 1795 inne. Bis zum Jahre 1772 konnte er davon anständig leben, dann aber ersuchte er wegen schlechten Branntweinabsatzes um einen Zinsnachlaß und erzielte eine Herabsetzung auf 180 fl. Seitdem erscheinen die Juden öfter als Branntwein- oder Tabakpächter.

Dabei ruhten die lange Regierungszeit Maria Theresias hindurch die Angriffe der Stadt gegen die Juden keineswegs. Der Gemeinde blieb auch die geringste Veränderung bei der Judenschaft nicht verborgen; das beweist das folgende Vorkommnis. Am 28. Mai 1773 rief in der Gemeindesitzung die Mitteilung des Bürgermeisters keine geringe Erregung hervor, daß die Juden auf ihrer Schule (Synagoge) einen Stern von nicht dagewesener Größe aufgestellt hätten. Nach langem Hin und Her wurden zwei Gemeindeälteste zum Herrn Dechant geschickt, um festzustellen, ob den Juden vom Königgrätzer Konsistorium eine Bewilligung erteilt worden sei, den Stern auf der Schule anzubringen. Als dann die Gemeindeältesten mit dem Bescheide zurückkamen, den Juden sei bloß gestattet worden, ihre Schule in derselben Weise aufzurichten wie sie vordem gestanden, da trug die Gemeinde den Juden durch die Richter auf, noch vor Sonnenuntergang desselben Tages den Stern zu entfernen, widrigenfalls er mit Gewalt beseitigt würde. Die Juden gehorchten und nahmen noch am gleichen Tage den Stern ab.

Bei dieser Gelegenheit erfahren wir zum erstenmale etwas über die Judenschule in Jitschin, in den Vorjahren wird sie nicht erwähnt. Sie war die Vorläuferin der späteren jüdisch-deutschen Schule, die seit 1875 in dem Hause Nr. 100 in der Judengasse untergebracht war.[26]

Quellen zur Geschichte der Juden in Jitschin unter der Regierung Kaiser Josefs II. sind im Jitschiner Archiv überhaupt nicht vorhanden. Die wichtigste Quelle für diese Zeit werden jedenfalls die gleichzeitigen Amtsakten des ehemaligen Bidschower Kreisamtes in Jitschin darstellen, die nunmehr im Archiv des Innenministeriums in Prag erliegen.[27]

Erwähnenswert ist noch, daß seit dem josefinischen Kataster die Judenhäuser nach einer allgemeingültigen Verordnung zum Unterschiede von den Christenhäusern mit römischen Ziffern von I bis XI numeriert waren. Diese Numerierung dauerte bis zur Neuanlage der Grundbücher, dann wurden die römischen Ziffern durch arabische ersetzt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Von der Judensynagoge findet sich in unseren Quellen vor dem Jahre 1840 überhaupt keine Nachricht. In diesem Jahre wurde anstelle der abgebrannten eine neue Synagoge erbaut, die mit Ziegeln gedeckt war. An der betreffenden Stelle (um die Ecke der Judengasse und der Grünen Gasse, hart an der ehemaligen Stadtmauer) steht die Jitschiner Synagoge noch heutzutage.

Mit dem Urteil des Appellationsgerichtes vom 5. Oktober 1790 wurde der Streit zwischen dem Oberamt der Herrschaft Kumburg und dem Jitschiner Magistrat bezüglich des Gerichtsstandes der Jitschiner Juden zugunsten des Magistrates entschieden, und zwar mit der Begründung, daß dem Magistrate dieses Recht von undenklichen Zeiten her zustehe; das Oberamt wurde auf den Rechtsweg verwiesen.[38]

Unter den folgenden Nachrichten über die Jitschiner Judenschaft verdient ihre Beitragsleistung zur Kriegskontribution v. J. 1796 Beachtung, die ihnen im Sinne des Gubernialerlasses vom 16. Feber d. J. mittels kreisämtlichen Erlasses vom 22. Feber 1796 auferlegt worden war. Die Individualrepartition dieses Beitrags stellte sich folgendermaßen dar:

Name	Zusammen		erste Rate		weitere Rate	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Emanuel Michelstädter und	34	36	2	53	2	33
dessen beiden Kinder .	12	35	1	13	1	02
Emanuel Wehle	85	34	7	17	7	07
Hermann Kautz.	9	26	—	49	—	47
Eva Enoch Baruch . . .	9	44	—	56	—	48
Löwi Baruch	10	04	—	34	—	30
Isaak Galwit	1	53	—	14	—	09
Markus Baruch	10	47	1	04	—	52
Löwi Frid	5	40	—	32	—	28
Mojses Turnovsky	4	05	—	23	—	20
Samuel Kurz	2	31	—	19	—	12
Simon Josl	1	33	—	14	—	09
Mojses Tobias	7	33	—	46	—	37
Samuel Engländer	9	26	—	49	—	47
Summa . .	205	29				

Im selben Jahre (1796) wurde auch eine genaue Konskription sämtlicher männlicher Juden im ganzen Bidschower Kreise angestellt. Ihre Zahl betrug 823. Das Kreisamt teilte das Konskriptionsergebnis am

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

26. Juli 1796 dem Jitschiner Magistrat mit dem Bemerken mit, daß von diesen Juden acht Rekruten gestellt werden sollten. Zu diesem Zwecke sollten sich aus Jitschin zur ärztlichen Untersuchung folgende Juden einfinden: Mojses Josel aus dem Hause Nr. 2 (Familie 2), Aron Michelstädter (Haus Nr. 4, Familie 1), Löwi Friedländer (aus dem Hause Nr. 5, Familie 2) und Benjamin Kautz (Haus Nr. 8, Familie 1), alle ledig. Der Magistrat hatte sie hievon zu verständigen und einem Fluchtversuche mit der Drohung zu begegnen, Flüchtlinge würden wie christliche Deserteure behandelt, d. h. als Emigranten und Vagabunden erklärt, des Landes verwiesen und ihr Vermögen eingezogen werden, und würden sie erwischt oder sollten sie wieder zurückkehren, so würden sie dem Militär auf Konto der nächsten Assentierung übergeben werden.

Im gleichen Jahre wurde auch der Ertrag der Verbrauchssteuern des ganzen Bidschower Kreises den Horzitzer Juden Siegfried und Simon Baruch auf die Zeit vom 1. September 1796 bis Ende Oktober 1799 verpachtet. Einzig und allein diese Pächter waren berechtigt, von den Juden des ganzen Kreises die Verbrauchssteuern entgegenzunehmen, die Familiensteuer, die Vermögenssteuer und den Kriegsanleihebeitrag (Zirkular des Kreisamtes vom 15. Oktober 1796).

Im nächsten Jahre wurde mit Statthaltereipatent vom 3. August 1797 allen Juden in Böhmen eine Verbesserung ihrer rechtlichen Stellung zuteil, das sogenannte Systemalpatent (veröffentlicht in der Sammlung politischer Gesetze, Band 11, Nr. 13). Es war freilich nur eine teilweise Besserstellung. Zur sogenannten Emanzipation der Judenschaft kam es erst i. J. 1848, mit dem Patente vom 25. April (Sammlung politischer Gesetze, Band 76, Nr. 49), das die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze aussprach (§ 25) und die freie Übung ihres Gottesdienstes den Juden gewährleistete.[21]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Anmerkungen

[1] Ferd. Menčík: Dějiny města Jičína (Geschichte der Stadt Jitschin), T. I, 2. Bd., S. 357–360. – [2] Archiv der Stadt Jičín. – [3] Original im Archiv des Musealvereines in Jičín, Inv. Zl. 1335. – [4] Verloren. – [5] Abschrift in den Exzerpten von Prof. Maloch und P. Sidon im Archiv des Musealvereines in Jičín. [6] Teuffenbach motiviert die Erlassung des Dekrets mit den Worten: „. . . damit der zwischen meiner Bürgerschaft und ihnen denen Juden datohero immerdar gewehrte Streit dermalen aufgehoben werde".

[7] „Weil mir glaubwürdig vorgebracht worden, wie die Juden diese schwere Jahre bey denen gefährlichen Kriegszeiten viel Drangsalen und Kriegspressuren ausgestanden und erlitten, vielmahl durch die feindliche Plünderungen um alles Ihrige gekommen, gleichwohlen aber die Soldateska mit allerhand Kaufmannes und Grämmerei, so viel ihnen möglich gewesen, versehen, als sonst ohne besondere Klage verübte Ungebühr verhalten haben, insonderheit aber, weil die Juden nunmehr von so langen Jahren in dieser meiner Stadt Gitschin wohnhaft gewesen, wie auch und zuerst, daß von Ihro Kais. Maj. unserem allergnädigsten Herrn in dem Erbkönigreich Böheim zu wohnen allergnädigst zugelassen."

[8] „mein Willen und Meinung ist, daß den Juden über die obbenannten Männer samt ihren Weibern und Kindern auf keinerlei Wege mehreres allhier zu wohnen gestattet und geduldet werden sollen; also und damit solches nicht gemehrt, sondern nur gemindert werden solle."

[9] Der Friedhof aus jener Zeit besteht noch heute; er liegt auf Parzelle K. Z. 270 an den Gemeindegrenzen von Jičín und Kbelnice (auf dem Kataster von Kbelnice).

[10] Dieses Privileg ist nicht einmal abschriftlich erhalten. – [11] Im Konzept erhalten; Eigentum des Musealvereins in Jičín, Inv. Z. 1337. – [12] Im Archive der Stadt Jičín.

[13] Die Verbücherung erlangte er am 19. September gleichen Jahres nach Erlag der Akzidentien im Betrage von 2 fl. 30 kr. (vgl. Ratsprotokoll v. J. 1697/98).

[14] Archiv des Musealvereines in Jičín, Inv. Z. 853. – [15] Ratsprotokoll 1702/06. – [16] Ratsprotokoll v. J. 1705/06. – [17] Vid. Abschrift v. 17. IV. 1720 (im Besitze des Musealvereines, Inv. Z. 1336).

[18] Vid. Abschrift v. 27. II. 1792 im Besitze des Musealvereines in Jičín, Inv. Z. 1488.

[19] Vgl. Fr. Roubík, Die Judensiedlungen in Böhmen auf den Ortsplänen v. J. 1727 (Hist. Jahrb., III–1931). – [20] Ebenda, S. 289. – [21] Die Entfernung der ehemaligen „Judengasse" von der Kirche zu St. Jakob beträgt 180 m, die Entfernung der Fleischbänke von der Kirche zu St. Ignaz 175 m.

[22] Über diese Ausweisung der Juden vgl. ausführlich Jos. Bergl, Das Exil der Prager Judenschaft von 1745 bis 1748 (Hist. Jahrb., I. Jahrg., 1929, S. 263–331).

[23] „entweder in Kindsbette oder sonsten betlegerisch sich befünden."

[24] Es ist uns nicht erhalten und auch im Patentenbuche v. J. 1742/46 nicht angeführt.

[25] In dem Ratsprotokoll heißt es wörtlich: „poněvadž v příčině židův (jejichžto rozmnožení na ztenčení sousedstva jest) obec skrze mnohá leta při slavném guberniu zemském, by reducírováni byli, sollicitírovala a na to velké náklady vedla a také obdržela od gubernia několikerá decisa favorabilia, též za příčinou nepřijetí téhož žida k Jich Milostem svá gravamina podala, v nichž také pan Würtz podepsaný je, i jestli dle práva městského žádný konšel za rukojmě proti radě, proti obci, v kteréž jest, se postaviti nemá, těm nemaje pan Jan Würtz proti tolikerým milostivým recisím v takové na škodu a praejudic obce směřující pronájem s dotčeným židem vejíti neměl, pročež ten attentírovaný pronájem právem se zapovídá. An by pak proti zápovědi předsevzíti se co opovážil, tu jeho k příslušné vyšší instanci deferírovati páni starší obecní žádali." – Zugleich eine Probe von Barocktschechisch. D. Ü.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

[26] Das Haus Nr. 100 wurde i. J. 1841 von Salomon Friedländer erbaut, von dem es i. J. 1875 die israelitische Kultusgemeinde erwarb. Die Schule besaß Öffentlichkeitsrecht, unterstand dem Hohenelber Inspektorat und wurde teils von Beiträgen der israelitischen Kultusgemeinde, teils von Beiträgen der deutschen Schulvereine erhalten. Sie bestand bis 4. Dez. 1897, an welchem Tage die israel. Kultusgemeinde der Stadt von ihrer Auflassung Mitteilung machte. Die Kinder aus dieser Schule wurden in die städtischen Volksschulen übergeführt.

[27] Seit 1931. – [28] Intimat des Kreisamtes v. 12. Okt. 1790.

[29] Darüber vgl. namentlich die Arbeiten von Dr. Fr. *Roubík* in dem vorliegenden Jahrbuche, namentlich „Die amtlichen Enqueten über die Judenemanzipation in Böhmen aus d. J. 1834 und 1837".

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Aus den Statuten der mährischen Beerdigungsbrüderschaften

Von Heinrich Flesch, Dolní Kounice

—

Aus dem Talmud und den Dezisoren stammen die Vorschriften über das Begräbniswesen. Das Zeremoniell beim Absterben, „Auszug der Seele" genannt, bei der Leichenwaschung und Grablegung hat sich zum größten Teil aus kabbalistischen Quellen herausgebildet und ist dem „Buche der Frommen"[1] von „Jehuda dem Frommen" und dem „Maabor Jabok"[2] (Furt des Jabok), des Ahron Berachja Sohn Mose, Sohn Nehemia aus Modena entnommen, und wird von den heiligen Bruderschaften nach altem Brauche vollzogen.

Die Bruderschaften, Vereinigungen, die sich mit Krankenpflege und Beerdigung der Toten beschäftigen, Chewra Kadischa (heilige Vereine, Beerdigungsbrüderschaften) genannt, hatten schon in frühester Zeit eigene Statuten. So besitzt die Beerdigungsbrüderschaft in Prag solche aus dem sechzehnten Jahrhundert.[3] Die Statuten der mährischen Beerdigungsbrüderschaften, u. zw. die von Ungarisch Ostra,[4] welche im Jahre 1655 niedergeschrieben wurden, die von Boskowitz, welche aus dem Jahre 1657[5] stammen, die von Raußnitz aus dem Jahre 1701,[6] welche aber lange Zeit vorher schon in Kraft waren, habe ich ja zum Teil im Original in hebräischer Sprache publiziert, zum Teil aber, so das Statut von Boskowitz, in deutscher Übersetzung herausgegeben. Mir liegen aber auch die Statuten der Beerdigungsbrüderschaften Tobitschau aus dem Jahre 1702 (53 Paragraphen), Eibenschitz aus dem Jahre 1722 (106 Paragraphen) und das erneute Statut von Kanitz aus dem Jahre 1801 (105 Paragraphen) handschriftlich vor. Auszüge aus diesen Statuten sollen hier geboten werden.

I. Wahl der Vereinsleiter und deren Funktionen

Die Beerdigungsbrüderschaft ist ein Staat im Staate, eine von der jüdischen Gemeinde völlig unabhängige Korporation mit Autonomie, dessen Vorstände, Gabbaim (Einnehmer, Kassiere) genannt, durch sogenannte Wahlmänner gewählt wurden. Die Namen der ordentlichen Mitglieder werden gesondert auf Zettel geschrieben, diese werden in eine Urne gelegt, und vier aus ihnen gezogen bezeichnen die Namen von drei

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Wahlmännern und einem Stellvertreter (hebr. Nichnas, Eintreter-Stellvertreter), diese nahmen die Vorstandswahl vor. Die Wahlmänner durften zu einander nicht im Verwandtschaftsverhältnis (Blutsverwandtschaft ersten oder zweiten Grades) stehen.[8] Es wurden drei Vorsteher (in Eibenschitz vier Vorsteher) gewählt. Die Wahlmänner einigten sich in der Regel auf die geeigneten Persönlichkeiten, sonst mußte so lange gewählt werden, bis zwei von den drei Wahlmännern sich auf eine Person einigten. Es wurde zunächst der erste, dann der zweite und zum Schlusse der dritte, resp. der vierte Vorsteher gewählt. Der erste Vorsteher (Stat. Eibenschitz) trug den Titel Primus[9] der Chewra. Der Eintreter oder der mit der Stellvertretung betraute Wahlmann trat nur in Aktion, wenn einer der Wahlmänner für das Amt des Vorstehers in Vorschlag gebracht wurde, oder wenn einer der Wahlmänner in verwandtschaftlichem Verhältnisse zu einem für das Amt des Vorstehers vorgeschlagenen Kandidaten stand. Ist ein Vorsteher von den Wahlmännern gewählt, die Wahl erfolgt durch Majorität, und es stellt sich nach der Wahl des zweiten oder dritten Vorstehers heraus, daß er zu dem ersten Vorsteher in einem verwandtschaftlichen Verhältnisse steht, dann muß immer der später gewählte Vorsteher weichen, der zuerst gewählte bleibt im Amte. – Das Statut von Boskowitz sieht einen vierten Vorsteher vor, welcher „Eingeher", stellvertretender Vorsteher, genannt wurde. Der Eingeher – Vorsteher mußte ein Neugewählter sein, der zum ersten Male gewählt wurde, um in der Amtsführung versirt zu werden.[10]

Die Funktionsdauer der Vorsteher (Gabbaim) war eine begrenzte, für ein Jahr bemessen. Die Wahl mußte alljährlich an einem im Statute festgesetzten Tage vorgenommen werden. Ein Vorsteher konnte nur in drei aufeinander folgenden Wahlperioden gewählt werden (Stat. Boskowitz, Eibenschitz und Kanitz), es mußte alsdann eine Wahlperiode verstreichen, ehe er wieder in die Neuwahl kommen konnte. Es konnten aber alle alten Vorsteher durch drei Wahlperioden immer wieder mit der Amtsführung betraut werden. Hingegen schreibt das Statut von Boskowitz vor, daß alljährlich zumindest ein neuer Vorsteher gewählt werde.[11]

Zu Vorstehern können gewählt werden, verheiratete Männer, die durch sechs Jahre (Stat. Eibenschitz: vierjährige Mitgliedschaft, drei Jahre verheiratet) der Brüderschaft als Mitglieder angehören.[12] Nach dem Statut von Ungarisch Ostra kann ein Vereinsmitglied zum Vorsteher gewählt werden, wenn es ein Jahr lang sich in der Brüderschaft betätigt hat. Es dürfen aber nur solche Mitglieder der Beerdigungsbrüderschaft zu Vorstehern gewählt werden, die während der Zeit ihrer Mitgliedschaft sich im Ausüben von Liebesdiensten bewährt, als Krankenpfleger, bei Sterbenden und bei Leichenwaschungen sich eifrig betätig-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ten. Der gewählte Vorsteher mußte Hausbesitzer sein, zumindest aber ein halbes Haus sein eigen nennen, oder ein Pfandrecht auf ein Haus besitzen.[13]

Jeder der gewählten Vorsteher muß zwei Maß Wein schenken.[14] Wer zum ersten Male mit dem Amte des Vorstehers betraut wird, muß für die Mitglieder der Chewra ein Mahl veranstalten, so schreibt es das älteste mährische Statut vor. Später (so im Statut Boskowitz aus dem Jahre 1704) war das Mahl kein Zwang mehr, sondern der freien Entschließung des Gewählten anheimgestellt. Auch im Statute von Eibenschitz wurde später gegenüber der alten Verordnung bezüglich des Mahls des Neugewählten eine Erleichterung geschaffen, das Mahl konnte durch eine Geldspende abgelöst werden. Stand der neugewählte Vorsteher der Beerdigungsbrüderschaft in der Gemeindesteuer, so hat er als Ablöse vier rheinische Gulden zu erlegen, war er außer der Steuer, ein minder Bemittelter, so hat er an Stelle der Mahlzeit zwei rheinische Gulden zu bezahlen. Dieser Betrag muß unmittelbar nach erfolgter Wahl, ehe sich die Versammlung auflöst, erlegt werden. Wer sich weigert diesen Betrag zu erlegen, darf zum Vorsteheramte nicht zugelassen werden. Es muß in einem solchen Falle unter den abtretenden alten Vorstehern der Beerdigungsbrüderschaft gelost werden, wen das Los trifft, tritt an Stelle des zum ersten Male gewählten Vorstehers der Chewra, welcher die Vorschrift betreffs Ablösung des Mahles nicht erfüllen will.

Der Wahlakt soll im Hause des ersten Vorstehers[15] vollzogen werden, auch die Generalversammlung werde im Hause des ersten Vorstehers abgehalten, doch kann er zu Gunsten des zweiten oder dritten Vorstehers auf diese Ehrung verzichten (Stat. Eibenschitz, § 9).

Die Neuwahlen wurden statutengemäß am Schuschan Purim[16] (15. Adar) vollzogen, in Neu-Raußnitz fanden die Neuwahlen am Pesach-Halbfeste statt (§ 5, MGWJ., Jahrg. 71, S. 169).

Der Schrank, in welchem die Sammelbüchsen, die Pfänder[17] und das Statutenbuch verwahrt werden, soll beim ersten Vorsteher der Chewra stehen (Stat. Eibenschitz: beim Höchstbesteuerten unter den Vorstehern). Die Gegensperre hat der zweite Vorsteher, welcher auch den Schlüssel zur zweiten Sperre in Verwahrung hat.[18]

Pflichten der Vorsteher: Die Vorsteher müssen die Wochengelder[19] oder Monatsbeiträge, zu welchen die Mitglieder der Brüderschaft verpflichtet sind, persönlich einheben, sie müssen die Häuser in abwechselndem Turnus aufsuchen; der erste Vorsteher ist in der Regel vom „Umgehen" befreit (Stat. Kanitz, § 2). Die Beiträge sind den Orts- und Zeitverhältnissen angemessen. In Ungarisch Ostra wurde im Jahre 1655 ein Monatsbeitrag von drei (früher von sechs) Weißpfennigen[20] eingehoben. In Eibenschitz wurde ein halber Kreuzer wöchentlich, 25 Kreuzer p. A.,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

in Kanitz wurde (1801) ein Jahresbeitrag von 30 Kreuzern vorgeschrieben. Bei andern Brüderschaften ist ein Monatsbeitrag oder Wochengeld nicht stipuliert, es ist im Statut (so in Boskowitz, Neu-Raußnitz) nur das „Umgehen" vorgeschrieben, d. h. daß die Vorsteher allmonatlich umgehen müssen, um die Beiträge der Mitglieder in Form von freiwilligen Spenden einzusammeln (jl. Jahrb. XXI, S. 222; MGWJ., Jahrg. 70, S. 169).

Beim Eintritte eines Todesfalles müssen die Vorsteher unmittelbar nach dem Morgengebete für das Begräbnis Sorge tragen. Zu jener Zeit wurde der Leichnam bald nach dem Absterben zur Erde bestattet. Die Leiche unbegraben liegen lassen galt als Schmach, die dem Leichnam zugefügt wird. Starb jemand am Tage, so mußte er vor Eintritt der Nacht beerdigt werden, starb einer nach Eintritt der Nacht,[21] so mußte er am nächsten Morgen zu Grabe getragen werden.

Jedes Brüderschaftsmitglied mußte, wenn ihn das Los traf, auf den Friedhof gehen und das Grab ausheben, oder einen Stellvertreter mieten, der das Grab schaufelt. Wer nicht selbst geht, aber auch keinen Vertreter beistellt, hat ein Pönale zu erlegen. An jüdischen Festtagen soll man die Gräber durch Nichtjuden ausheben lassen. Finden sich keine Andersgläubige, dann müssen die Brüderschaftsmitglieder, welche durch das Los bestimmt wurden, die Gräber selbst schaufeln, dürfen aber keine Glaubensbrüder als Stellvertreter mieten; um eine Entlohnung dürfen Juden an Festtagen keine Arbeit verrichten.[22] Die Vorsteher haben die Begräbnistaxen einzuheben, doch wird die Taxe in Form eines Pfandes erhoben, welches innerhalb der 30 Trauertage eingelöst werden mußte. Damit der Arme nicht beschämt werde, welcher nicht so viel sein eigen nennt, um die Begräbnistaxe zu erlegen, wurde auch dem Reichen nur ein Pfand abverlangt.

Bei Eintritt eines Todesfalles durfte kein Brüderschaftsmitglied den Wohnort verlassen, um seinen Geschäften nachzugehen, es sei denn, der Vorsteher der Chewra erteilt ihm die Erlaubnis dazu. Es sollten eben alle Brüderschaftmitglieder bei der Leichenwaschung, Ankleidung der Leiche und Anfertigung der Lade[23] zugegen sein und den Toten auf seinem letzten Wege über diese Erde begleiten. Die Vorsteher der Chewra mußten eifrig darüber wachen, daß kein Mitglied der Brüderschaft von der Begleitung des Leichnams sich ausschließt. Das Boskowitzer Statut aus dem Jahre 1701 überliefert uns folgenden Beschluß: „Wir haben ein Unrecht in Israel bemerkt. Es bleiben die Mitglieder der Brüderschaft zurück, wenn man die Leiche zum Friedhofe begleitet, als Begleiter schließen sich nur an „einer aus einer Stadt, zwei aus einer Völkerfamilie",[24] es ist dies ein schweres Vergehen, welches ja jedem Gesetzeskundigen bekannt. Deshalb wurde beschlossen, daß jedes Mitglied der Brüderschaft, welches

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hier im Orte anwesend, sich an der Begleitung der Leiche beteiligen muß, u. zw. bis die letzte Scholle fällt.[25] Übertreter dieses Beschlusses verfallen in eine Strafe von zwei Böhm, davon kann nicht abgegangen werden; der Diener kann ein Pfand darauf nehmen."

Frauen waren von der aktiven Teilnahme an der Leichenbegleitung ausgeschlossen. Im talmudischen Zeitalter gab es noch Klageweiber,[26] welche angesichts des Leichnams in Wehklagen ausbrachen und um der Klage um den Verstorbenen mehr Nachdruck zu geben, wurden die Hände aufeinander geschlagen. Später wurde die Teilnahme der Frauen an Leichenbegängnissen religionsgesetzlich verboten. Die Frauen standen abseits, wenn die Leiche aus dem Hause getragen wurde, gingen hinter den Männern einher, begleiteten die Leiche bis an die nächste Straßenecke oder bis zum nahen Friedhofe. Darauf bezieht sich folgende Verordnung des Statutes Boskowitz aus dem Jahre 1700: Nachdem wir wahrgenommen, daß sich viele Männer von der Begleitung der Leiche absentiren, damit das Wort des Spruchdichters übertreten: „Spott den Toten[27] etc.". Jene behaupten aber, es geschehe der Frauen halber, welche beim Heraustragen der Leichen auf beiden Seiten der Straße stehen, und man die Leichen zwischen diesen beiden durch Frauen gebildete Fronten tragen muß. Beim Zurückgehen nach dem Leichenbegängnisse warten die Frauen beim Friedhofe um das Kaddisgebet zu hören; es begegnen einander Männer und Frauen, eine Gefahr,[28] wie es eine größere nicht gibt. Deshalb wurden Männer bestimmt, um auf die Frauen einzuwirken, damit sie bei Leichenbegängnissen nur auf einer Seite der Straße stehen und unmittelbar nach der Beerdigung den Friedhof verlassen. Sollte sich eine der Frauen dem widersetzen, so verfällt sie in ein Pönale von zwei Böhm; der Diener kann darauf ein Pfand nehmen, „sie sollen eben nicht mehr sündigen".

Die Vorsteher der Chewra müssen Sorge tragen, damit die Gerätschaften der Beerdigungsbrüderschaft, welche zum Ausheben der Gräber und Anfertigung der Särge (Laden) gebraucht werden, stets blank poliert und geschliffen seien. Die Vorsteher müssen aber auch darauf achten, daß diese Gerätschaften in einem Kasten wohl verwahrt und verschlossen seien. Auch den Vorstehern der Beerdigungsbrüderschaft steht es nicht zu, diese Geräte einem Gemeindemitgliede leihweise zu überlassen. Eine Übertretung dieser Verordnung ist mit einem Pönale von einem Reichstaler zu Gunsten der Almosenkasse der Chewra zu belegen.[29]

Die Generalversammlung wird von den Vorstehern geleitet. Die alten Vorsteher müssen den neugewählten Vorstehern der Beerdigungsbrüderschaft Rechnung legen und die Rechnung nebst den Belegen ist aufzubewahren. Bei der Generalversammlung müssen die Statuten auf-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

liegen und verlesen werden. Es muß aber auch beraten werden, ob die Statuten nicht durch neue Verordnungen ergänzt werden sollen. Die Generalversammlung beschließt auch die Aufnahme von neuen Mitgliedern; der Generalversammlung unmittelbar folgt das Brudermahl.

II. Erwerbung der Mitgliedschaft

Gemeindemitglieder, welche der Brüderschaft angehören wollen, müssen sich beim Vorsteher schriftlich anmelden und um Aufnahme ansuchen.[30] Die Aufnahme erfolgt durch die Generalversammlung, ist aber eine beschränkte. Es darf alljährlich nur ein Mitglied (so in Raußnitz und Eibenschitz) aufgenommen werden. Stirbt ein Mitglied im Laufe des Jahres, so darf auch an dessen Stelle ein zweites Mitglied aufgenommen werden.[31] Minderjährige Kinder von Brüderschaftsmitgliedern können in beliebiger Anzahl aufgenommen werden. Die Inkorporierung wird aber erst nach dem 18. Lebensjahre definitiv, bis man erkennen kann, ob er sich für die Dienstleistungen der Brüderschaft eignet (jl. Jahrb. XXI, S. 232).

Die Aufnahme in die Brüderschaft wird durch Majoritätsbeschluß vollzogen, doch müssen zumindest zwei Stimmen Mehrheit sein.[32] Stirbt ein Brüderschaftsmitglied und hinterläßt einen Sohn, welcher der Aufnahme in die Brüderschaft würdig, so tritt er kraft des Erbrechtes an Stelle seines Vaters. Wenn sich aber auch nur eine Stimme gegen die Aufnahme eines neuen Mitgliedes erhebt und für die Ablehnung gewichtige Gründe angeführt werden, dann soll man dieser einen Stimme Gehör schenken.[33] Freilich muß der Opponent von lauteren Motiven und nicht von persönlichem Hasse geleitet sein. Wenn mehrere Aufnahmsgesuche vorliegen, so haben Söhne von Mitgliedern den Vorzug. Unter den andern Gesuchsstellern um Aufnahme entscheidet das Los. Für die Inkorporierung ist eine Taxe zu erlegen. Im Statute von Boskowitz ist eine Aufnahmsgebühr von einem Reichstaler vorgeschrieben. Vor erfolgter Aufnahme in die Brüderschaft ist mit dem Gesuchssteller zu vereinbaren, welchen Teil der Eintrittsgebühr er bei der Aufnahme zu erlegen und welchen Teil er im Laufe eines Jahres zu zahlen hat. In Raußnitz beträgt die Aufnahmsgebühr drei rheinische Gulden, wovon ein Reichstaler (= anderthalb rheinische Gulden) bei der Aufnahme zu erlegen, die andere Hälfte kann sukzessive bei den Jahresversammlungen abgezahlt werden. Außer dieser Aufnahmstaxe schreibt das Statut von Raußnitz noch Folgendes vor: „Bei der Aufnahme in die Brüderschaft hat ein Erwachsener zwölf Böhm zum Ankaufe von Wein und für einen Knaben sind sechs Böhm zum Ankaufe von Wein zu erlegen. Ferner muß jeder, der die Mitgliedschaft erwerben will, noch vor der Anmeldung, jedem der drei Vorsteher

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

eine ihrem Range entsprechende Ehrung in der Synagoge zuteil werden lassen. Im Jahre nach erfolgter Anmeldung muß er für jedes Mitglied der Brüderschaft eine Ehrung in der Synagoge erwerben."[34] Im Statut Kanitz ist ein „Einkaufsgeld" von 34 Kreuzer für den Sohn eines Brüderschaftsmitgliedes vorgesehen. Die eine Hälfte des Einkaufsgeldes ist bei der Aufnahme in die Chewra zu erlegen, die andere Hälfte kann er sukzessive beim „Umgange" (der Vorsteher mit der Sammelbüchse) einwerfen. Fremde, d. h. die nicht Söhne von Mitgliedern, haben ein „Einkaufsgeld" von zwölfmal 17 kr. = 3 fl 24 kr. zu bezahlen. Von diesem Betrage ist die Hälfte sofort zu erlegen, die andere Hälfte kann innerhalb zweier Jahre sukzessive beim „Umgang" der Vorsteher „eingeworfen" werden. In diesen zwei Jahren ist der Neueingetretene vom Bezahlen der „Wochengelder" befreit.[35]

Im Jahre 1816 wurde in Boskowitz die Eintrittsgebühr valorisiert, der darauf bezügliche Beschluß lautet: „Nachdem die alte Aufnahmsgebühr für eine Zeit berechnet war, in welcher die Bedürfnisse der Menschen mit geringen Mitteln zu decken waren, jetzt aber das Geld entwertet, die Lebensmittel, die Bedürfnisse der Chewra sich verteuert, die Handvoll Bankozettel nicht ausreicht, den Bedarf der Beerdigungsbrüderschaft zu decken, welcher derzeit gegenüber der frühern Zeit das Zehnfache beträgt. Deshalb wurde folgender Beschluß gefaßt: „Wenn auch die alte Eintrittsgebühr zu Recht bestehen bleibt, so ist diese aber in Silbergeld, oder in Bankozettel laut Kurs, ob dieser hoch oder niedrig, zu erlegen."

Der Name des Neuaufgenommenen wurde im Protokollbuche[36] der Brüderschaft vom Gemeindebeglaubten im Beisein der Vorsteher der Chewra verzeichnet. In Neu-Raußnitz wurde für jedes Mitglied ein eigenes Folio angelegt, auf welchem nebst dem Namen und dem Tage der Aufnahme auch alle seine Schuldigkeiten an die Bruderschaft verzeichnet wurden. Nach Statut Boskowitz mußte der Rabbiner jede vollzogene Aufnahme in die Bruderschaft eigenhändig protokollieren und durch seine Unterschrift legalisieren. Bei einer Sedisvakanz treten die Vorsteher an Stelle des Rabbiners. Nach erfolgter Aufnahme in die Bruderschaft wird der Neuaufgenommene „Junger" oder Melatsche[37] genannt. In dieser Eigenschaft bleibt er bis ein anderes Mitglied, aufgenommen und „Junger" wird. Im Statut Kanitz wird ein neuaufgenommenes Mitglied „Nebengeher" genannt. Dieser hat alle Dienste zu verrichten, welche ihm der Vorsteher auferlegt und ist auch dem „Mladsy" unterstellt. Ist er bereits zur Dienstleistung bei Kranken, bei der Leichenwaschung, bei der Beerdigung fähig, dann wird er „Mladsy" genannt.[38] „Nebengeher", welche die aufgetragenen Dienste nicht vollziehen, werden gänzlich abgeschafft und verlieren auch das eingezahlte Einkaufsgeld. „Mladsy" müssen den Vorstehern helfend zur Seite stehen, Tag und Nacht, Winter und Sommer zur

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Dienstleistung bereit sein, müssen die Gerätschaften verwahren und tragen dafür die Verantwortung. Widersetzt sich ein „Junger" dem Vorsteher, dann werden 15 Mitglieder zu Rate gezogen, diese bestimmen die Strafe, in welche der „Junger" verfällt. Das Eibenschitzer Statut legt dem Mladsy die Pflicht auf, beim Brudermahle zu servieren. Er muß zum Brudermahle in Festtagskleidern, mit einem weißen Handtuche auf den Schultern erscheinen und bei der Mahlzeit bedienen. Von dieser Pflicht kann kein „Mladsy" enthoben werden, es ist von altersher so der Brauch. Wer sich gegen die Brüderschaft vergeht, sich über die Geschäftsgebarung, über die Amtsführung der Vorsteher abfällig äußert, kann der Mitgliedschaft verlustig werden. Bei der Brüderschaft in Neu-Raußnitz wurde in einem solchen Falle das Folio, auf welchem sein Name verzeichnet war, aus dem Chewrabuche herausgerissen.[39] Auflehnungen gegen die Beerdigungsbrüderschaften sind in allen Chewrabüchern verewigt. So berichtet das Totenprotokoll der Gemeinde Tobitschau aus dem Jahre 1729: „Nachdem Selig Sohn K. gegen die Chewra und die Vorsteher seinen Mund aufgerissen, so wurde am heutigen Tage, nachdem er die Vorsteher und alle Mitglieder der Chewra öffentlich um Verzeihung gebeten, das Urteil über ihn gefällt, daß er „cassiert" wird und zu keiner wie immer gearteten heiligen Handlung durch drei Jahre zugelassen werden soll. Dies wurde beschlossen, „damit das ganze Volk es höre und nicht mehr sündige". Sollte aber durch Zeugen erhärtet werden, daß der genannte Selig jemanden fluchen sollte, oder gar gegen eines der Brüderschaftsmitglieder sich mißliebig äußern sollte, so muß er für eine kränkende Beleidigung jedes einzelnen Brüderschaftsmitgliedes 39 Groschen[40] erlegen; diese Beträge sollen den Armen zufallen. Im Weigerungsfalle steht der Brüderschaft das Recht zu, gegen ihn so vorzugehen, wie man gegen alle jene vorgeht, welche die Brüderschaft verunglimpfen. So geschehen Sonntag 19. Adar II 1729,[41] Asriel, Sohn Mordechai, amtiert hier in der heiligen Gemeinde Tobitschau."

Im Statut von Boskowitz findet sich folgender Eintrag: „Als sich versammelt die Mitglieder der Brüderschaft hier in der heiligen Gemeinde Boskowitz am 15. Adar II im Jahre 508 (15. März 1748) der kleinen Zeitrechnung,[42] um nach altem Brauche die Neuwahlen vorzunehmen, bei dieser Versammlung sich große Streitigkeiten ergaben, die nicht um des Himmels willen inszeniert wurden. Es war eine Schmach und Schande vor Gott und Menschen. Man hörte Aussprüche, wie „dies soll eine heilige Brüderschaft sein" und ähnliche schimpfliche Äußerungen. Die Geringen haben sich gegen die Vornehmen aufgelehnt, gegen die vornehmen Vorsteher, gegen die alten ehrwürdigen Mitglieder, es wäre fast zu einem Bruch, zu einer Trennung im Kreise der Brüderschaft gekommen, gegen den Verein, welcher von altersher von den vornehmen Führern und aus-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gezeichneten Rabbinern gegründet wurde. Es sahen sich deshalb die Vorsteher gezwungen, am folgenden Tage (16. März) neuerlich eine Versammlung einzuberufen, welcher außer den Vorstehern noch 75 Brüderschaftsmitglieder anwohnten. Die Mitglieder der Chewra wurden in Anwesenheit des Gemeindebeglaubten verwarnt und ihnen folgendes bekannt gegeben: „Es ist Zank und Streit an der Tagesordnung, es sollen aber von jetzt an die Mitglieder der Brüderschaft in Liebe, Freundschaft und Brüderlichkeit verkehren, auf die Stimme der Vorsteher hören, die Einrichtungen und Satzungen der Brüderschaft hochhalten, bis der Erlöser erscheinet und der Tod für immer schwindet.[43] In diesem Falle wollen die gewählten Vorsteher im Amte bleiben, gemeinsam mit weitern drei Mitgliedern der Chewra die Statuten erneuern und festlegen. Andernfalls aber resignieren wir auf unser Amt; sie können sich andere Vorsteher wählen. Alle Anwesenden erklärten einstimmig, sich diesem Beschlusse zu fügen. „Wer nicht suf die Stimme der Vorsteher hören will, den möge man mit Strafe belegen, oder aus der Chewra ausschließen."

Auch einen Einzelfall berichtet das Boskowitzer Statutenbuch aus dem Jahre 1768. Mose, der Schwiegersohn des Gelehrten Mhrr[44] Gedalja, hat seinen Mund gegen die Brüderschaft geöffnet, was durch glaubwürdige Zeugen festgestellt wurde. Die vornehmen Vorsteher ließen Gnade walten und verfügten, daß er um Verzeihung bitten muß, um wieder in Gnaden aufgenommen zu werden. Sollte er aber dies unterlassen, so darf er durch drei Jahre nicht in die Wahl kommen. So geschehen am 22. Adar 528 (11. März 1768). Mose[45] aus Hamburg, Rabbiner in Boskowitz.

Eine interessante Entscheidung aus dem Jahre 1772 hat uns das Protokollbuch aus Tobitschau erhalten. Der Beleidiger Daniel Sohn L. war bereits den Weg alles Fleisches gegangen und der Streit zwischen dem Verstorbenen und der Brüderschaft, gegen die er sich vergangen, kam dennoch nicht zur Ruhe, zumal die Brüderschaft sich ihres Rechtes nicht begeben wollte. Die strittige Angelegenheit wurde dem Rabbiner Isaschar Beer Bloch aus Hamburg, Rabbiner zu Tobitschau und Kojetein[46] vorgelegt. Dieser traf die Entscheidung, daß die Witwe des Verstorbenen 10 fl. $22^1/_2$ kr. zu erlegen habe. Dann ist sie aller Verpflichtungen enthoben, jede Forderung hört auf, der Streit ist begraben. Die Witwe, deren Töchter und Schwiegersöhne sind von jeder Schuld frei. Die Witwe, deren Töchter und Schwiegersöhne verpflichten sich aber auch zu schweigen und kein abfälliges Wort gegen irgend ein Mitglied der Brüderschaft zu äußern. Somit sei Friede den Richtern Israels."

Das Protokollbuch der Brüderschaft Kanitz, welches auch eine Friedhofseinteilung enthält, hat auch eine Gräberabteilung für Widerspenstige, welche sich gegen die Beschlüsse und Statuten der Brüderschaft durch Wort und Tat vergehen.[47]

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

§ Es geschah zuweilen, daß es bei der Neuwahl oder beim Brudermahle zu Streitigkeiten kam. Die §§ 89–40 des Eibenschitzer Statutes verfügen darüber folgendes: „Wer bei der Neuwahl oder beim Brudermahle Streit beginnt, hat einen Reichstaler zu erlegen. Das Pönale muß sofort eingehoben werden. Im Weigerungsfalle muß der Bestrafte in Haft gesetzt werden, „zu welchem Zwecke die Brüderschaft die Hilfe des Judenrichters anrufen muß". Wer sich bei einem Begräbnisse oder einer andern heiligen Handlung gegen die Autorität der Vorsteher vergeht, muß strenge bestraft werden. Alle Mitglieder der Brüderschaft müssen wie ein Mann hinter den Vorstehern stehen. Etwaige Kosten, die daraus entstehen, gehen zunächst zu Lasten der Brüderschaftskassa, müssen aber später von dem Individuum eingehoben werden, welches sich gegen die Vorsteher vergangen, damit solcher Frevel nicht mehr begangen werde." Am 19. März 1754 fassen die Mitglieder der Brüderschaft in Boskowitz den Beschluß, gegen alle Verleumder, welche den Mund gegen die Brüderschaft öffnen, rücksichtslos vorzugehen und diese strenge zu bestrafen. Der Rabbiner und zwei gelehrte Mitglieder der Brüderschaft verhängen die Strafe. Das Statut von Ung. Ostra bestimmt: „Wer durch seine Lippen (durch Worte) sich gegen die Brüderschaft vergeht, in Angelegenheit der Krankenpflege, Leichenwaschung sich mißliebig äußert und leichtsinnigerweise Ehre und Ansehen der Chewra verletzt, kann mit einem Pönale bis zu zwei mährischen Talern belegt werden, ohne daß der Rabbiner oder andere Machthaber dies verbieten können."

III. Das Brudermahl

Die Judengasse war nicht nur eng, sie war auch freudlos. Die Juden in Mähren lebten im 17. und 18. Jahrhundert in argem Drucke. In ihrer Freizügigkeit beschränkt, belastet durch Steuern und Abgaben, war das Brudermahl der Beerdigungsbrüderschaft ein Lichtblick im sorgenbeschwerten Alltagsleben. Sabbat- und Festesfeier war mehr ernste, stille Freude; ein Jauchzen in Zittern. Laute Freudigkeit, die mit gewissen Familienfesten verbunden waren, wurden mehr von der Jugend und den Frauen gefeiert, das Brudermahl war das Freudenfest der reifen Männer. Die Mitglieder der Brüderschaft waren ernste, beherzte Männer, die vor Gefahren nicht zurückschreckten, in der Krankenpflege geübt, den Sterbenden bis zu deren letztem Atemzuge treu zur Seite stehend, jagten ihnen auch Leichnamen keine Furcht ein, sie griffen mutig zu, wo es galt, Verstorbenen die letzten Liebesdienste zu erweisen, sie waren aber auch durchwegs trinkfest.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Der Wein spielte im Vereinsleben der Brüderschaft eine große Rolle. Jeder der gewählten Vorsteher mußte Wein spenden. In Neu-Raußnitz mußte jedes neuaufgenommene Brüderschaftsmitglied außer der Eintrittstaxe auch einen Beitrag für Wein erlegen. Die Gemeinde Boskowitz mußte der Brüderschaft laut Statut an jedem 15. Adar (Schuschan Purim) 20 Maß Wein spenden. Die Gemeinde Tobitschau spendete für den 15. Adar alljährlich einen Eimer Wein.[48] Laut Statut Boskowitz mußte der vierte Vorsteher der Chewra „Nichnas" (Stellvertreter) genannt, eine Mahlzeit und ein Trinkgelage veranstalten. Im Jahre 1860 wurde im Beisein des Oberrabbiners der Gemeinde und des Landes[49] der Beschluß gefaßt, doch wachsamen Auges zu sein und das Unheil abzuwenden, welches sich seit Jahren eingebürgert, die Wahl des Stellvertreters betreffend, wie dies seit alten Zeiten eingeführt. Es ist so weit gekommen, daß sie bei der Wahl des „Stellvertreters" nicht einen Mann suchen, der an den Liebesdiensten Wohlgefallen, sondern einen Mann erwählen, der in der Lage ist, Mahlzeit und Trinkgelage zu veranstalten. Dadurch wird das Nebensächliche die Hauptsache. Sie sehen nur auf den Becher! Deshalb wurde beschlossen, die alte Einrichtung, welche nur Streit und Unfrieden erweckt, zu sistieren und für die Zukunft, der Wahrheit und des Friedens halber, festzusetzen: „Die jährliche Wahl eines (Nichnas) „Stellvertreters" hat aufzuhören, es wird von den drei Obervorstehern, wie bisher üblich, am Schuschan Purim, nach erfolgter Wahl, ein vierter Vorsteher gewählt welcher noch nicht Vorsteher gewesen sein darf und sich unter Aufsicht der drei Obervorsteher für sein Amt gehörig auszubilden hat. Der gewählte vierte Vorsteher (Gabbai) darf unter keiner Bedingung, auch aus freiem Willen nicht, ein Mahl veranstalten."

In Eibenschitz wurde von dem Trinkgelage, welches nach der Neuwahl stattfand, auch den Frauen Wein in die Häuser geschickt. § 35 der Statuten untersagt dies strenge. Nur den Frauen der alten Vorsteher, welche im abgelaufenen Amtsjahre gewirkt, den Frauen der neugewählten Vorsteher sowie den Hebammen darf Wein geschickt werden.

Das Brudermahl wurde in Mähren nach erfolgter Neuwahl und Rechnunglegung der alten Vorsteher an die neugewählten Vorsteher alljährlich am Schuschan Purim gefeiert. In Neu-Raußnitz wurde das Brudermahl am Pesach-Halbfeste abgehalten.

Das Brudermahl wurde im Hause des ersten Vorstehers, und wenn der Raum für alle Mitglieder der Brüderschaft nicht ausreichte, auch im Hause des zweiten Vorstehers abgehalten. In Eibenschitz wurde das Brudermahl mit einer Moralpredigt des Rabbiners eingeleitet, Bei einer Sedisvakanz oblag es dem Religionsweiser, die Rede zu halten. Der Rabbiner erhält $^1/_8$ Gulden als Predigtgeschenk, der Religionsweiser nur $^1/_4$ Gulden. Nach der Predigt muß jedes einzelne Mitglied der Brüderschaft eine

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Spende leisten. Wer alsdann triftige Gründe hat, sich vom Brudermahle zu absentieren, mag sich entfernen.

Die Einladung zum Brudermahle erfolgte durch die „Mladsy" und dem „Simchah Sossaun".[50] Diese mußten, so schreibt es das Zeremoniell von Kanitz vor, die Mitglieder der Bruderschaft zum Brudermahle „bitten" (einladen), damit sie bereit seien. Sie müssen aber auch den Rabbiner, Vorsänger und Gemeindediener „beten" (= bitten, einladen). Zu dieser Einladung haben Simchah Sossaun und Mladsy die schmutzigen Kleider (Werktagskleider) abzulegen,[51] die weißen Kleider „Sterbekittel" anzulegen, ein zum Ausheben des Grabes nötiges Gerät, wie Grabscheit, Schaufel oder Spitzhacke in der Hand tragen, um an den Tag des Todes zu erinnern, damit der Lebende es sich zu Herzen nehme.

Die alten Vorsteher veranstalten das Brudermahl, beraten, was den Gästen vorzusetzen; was die Vorsteher beschließen, muß geschehen.[52]

Zum Trinkgelage mußte jedes Mitglied der Brüderschaft in Boskowitz zwei Böhm beitragen. In Tobitschau mußte jedes Mitglied vier Böhm, in vier Raten zu einen Böhm zum Brudermahle beitragen. Nach dem Kanitzer Statute ist den Vorstehern die Erlaubnis erteilt, nach der Neuwahl zehn Gulden der Chewrakassa zu entnehmen und zu „verzehren". An dieser Mahlzeit der Vorsteher darf nur ein durch das Los bestimmter „Mladsy" – in Kanitz gab es deren sechs – und der Gemeindediener teilnehmen. Ferner berichtet das Kanitzer Statut: Wenn ein Brudermahl, welches einmal in drei Jahren zu feiern, stattfindet, dann fällt die Mahlzeit der Vorsteher aus. Der „Nebengeher" (so wird in Kanitz das neueingetretene Mitglied der Brüderschaft genannt), darf dem Brudermahle nicht zugezogen werden, es sei denn, er erlegt 18 Pagim (= Böhm = Pöhmische Groschen) zu Handen der Vorsteher, welche in Rechnung zu stellen. Die Sitzordnung bei dem Brudermahle bestimmen die Vorsteher. Das Boskowitzer Protokollbuch berichtet darüber folgendes: „Schon im Jahre 1705 wurde festgesetzt, daß beim Brudermahle jedem ein seinem Range und seiner Stellung entsprechender Platz angewiesen werde. Es soll nicht jeder Geringe sich vordrängen, die schönsten Stücke an sich reißen! Die Sitzordnung muß durch den Vorsteher bestimmt werden. Am heutigen Tage wurde noch hinzugefügt, daß der Diener vor Beginn des Brudermahles folgendes verlautbaren muß: Wenn auch alle Mitglieder der Brüderschaft gleichwertig sind, so sollen dennoch die Vorsteher mit Einverständnis der Brüderschaftsmitglieder jedem die ihm gebührende Ehre erweisen, einen Platz ihm anweisen, der seinem Range entspricht. Auch in Eibenschitz kam es bei dem Brudermahle oft zu Streitigkeiten, so daß das Statut bei solchen Vorkommnissen ein Pönale vorschreibt, welches sofort erlegt werden mußte. Auch das Statut von Neu-Raußnitz schreibt vor, daß die Sitzordnung von den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Vorstehern einzuteilen"; dagegen darf sich kein Brüderschaftsmitglied auflehnen.

Zum Brudermahle mußte in Neu-Raußnitz der erste Vorsteher einen Reichstaler, die zwei andern Vorsteher je einen halben Gulden beisteuern. Zur Bedienung bei dem Brudermahle wurden in Raußnitz die Melatsches (Mladsy) und der Simchah Sossaun herangezogen. Auch die Vorsteher waren verpflichtet zu servieren und die Speisen „bei der hohen Tafel" aufzutragen. Es wurde ihnen aber auch zur Pflicht gemacht, darauf zu achten, daß die Speisen nicht verderben. Die alten Vorsteher, d. h. die Vorsteher der abgelaufenen Amtsperiode, die ja als die Gastgeber betrachtet wurden, sich der Bewirtung der Vereinsbrüder widmen mußten, veranstalten tags darauf ein intimes Mahl, „Nachmahl" genannt. Dieses „Nachmahl" wurde in Neu-Raußnitz im Jahre 1752 verboten. Es waren harte Zeiten, die Not zur Zeit des schlesischen Erbfolgekrieges mahnte zur Sparsamkeit. Das Statut Eibenschitz schreibt vor, daß am Buß- und Bettage, d. i. am Rüsttage des Adar-Neumondstages, nach dem halbtägigem Fasten und Verrichten der Bußgebete, der „Zettel gemacht", d. h. die Rechnung für das abgelaufene Geschäftsjahr aufgestellt werde. Bei dieser Gelegenheit dürfen die Vorsteher einen Reichstaler verzehren. Aber auch nur einen Kreuzer mehr zu verausgaben, wird als Diebstahl an der Almosenkassa der Brüderschaft betrachtet und strenge verboten. An diesem Mahle dürfen nur die vier Vorsteher des laufenden Amtsjahres teilnehmen, selbst die Vorsteher des abgelaufenen Amtsjahres dürfen nicht zugezogen werden. Im Jahre 1776 wurde von der Brüderschaft in Raußnitz folgender Beschluß gefaßt: Die Majorität der Brüderschaftsmitglieder wünscht, daß das Brudermahl abgehalten werde. Nachdem aber offenbar, daß die Jahre nicht glatt dahinfließen, jedes Jahr härter, sorgenvoller als das vorhergehende, es aber dennoch in manchem Jahre geschah, das kostspielige Brudermahle veranstaltet wurden, was als Versündigung gegen Gott und Menschen betrachtet werden muß. In dieser schweren Zeit überflüssige Ausgaben machen, ist sündhaft! Deshalb wurde beschlossen, daß die Kosten des Brudermahles für jedes einzelne Mitglied der Brüderschaft nicht mehr als einen halben Gulden betragen dürfen, eingeschlossen Rabbiner, Vorsänger, Simchah Sossaun und Gemeindediener von welch Letzteren keine Beiträge gefordert werden, weil sie als Gäste der Chewra zum Brudermahle eingeladen werden. Für den Betrag von einem halben Gulden (= 30 Kreuzer) wird jedem Bruder ein halber Fisch, ein Pfund Kalbfleisch, zwei Eier und eine Maß Wein kredenzt. Bei dem Brudermahle muß der Diener und der Hekdeschwärter (Spitalswärter) für das folgende Amtsjahr angestellt werden. Fällt das Brudermahl aus, dann müssen diese Bedienstete am Schuschan Purim aufgenommen werden (Statut Boskowitz).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Am Bußtage des Adar-Neumondstages (im Schaltjahre Rüsttag des Neumondstages Adar II) ist für die Mitglieder der Chewra in Raußnitz und Eibenschitz Halbfasttag und Bettag. Nach dem Morgengebete sollen die Brüderschaftsmitglieder den Friedhof besuchen, dort die vorgeschriebenen Bußgebete und Psalmen lesen und den Friedhof begehen. Jeder muß eine Spende geben und ist verpflichtet, einen halben Tag zu fasten. Laut Statut Neu-Raussnitz wird der Rabbiner mit einer Bußpredigt beehrt, welche auf dem Friedhofe abzuhalten. Für den „Gang auf den Friedhof" erhält er 45 Kreuzer. Im Jahre 1761 wurde die Taxe für „den Gang auf den Friedhof" rückwirkend auf das vorhergehende Jahr auf 1 fl. 30 kr. (= ein Reichstaler) erhöht. Diese Taxe gilt für alle kommenden Rabbiner und für alle Zeiten. Wer am genannten Tage – so schreibt es das Eibenschitzer Statut vor – abwesend, muß den Bet- und Bußtag am 7. Adar,[53] spätestens aber am Rüsttag des Nissan-Neumondstages abhalten.

In Boskowitz, Kanitz und Tobitschau ist für die Mitglieder der Brüderschaft der 7. Adar (im Schaltjahre der 7. Adar II) Bet- und Bußtag. In Ung. Ostra ist der Bußtag am Rüsttage des Nissan-Neumondstages.[54] In Kanitz ist eine Taxe von 45 kr. für die Predigt festgesetzt, welche der Rabbiner auf dem Friedhofe abzuhalten hat. Am Sabbat vor dem 7. Adar muß der Gemeindediener den halbtägigen Fasttag ankündigen. Die „Nebengeher" müssen die Brüderschaftsmitglieder am vorhergehenden Tage von dem abzuhaltenden Buß- und Bettage verständigen. Wer nicht fastet, hat 12 kr. an die Almosenkasse der Chewra zu zahlen (Statut Kanitz). Betreffs des Fastens am 7. Adar schreibt das Statut von Boskowitz aus dem Jahre 1748 vor: Sollten sich weniger als 26 Mitglieder der Brüderschaft daran beteiligen, was durch den Diener festgestellt werden soll, dann muß die fehlende Anzahl durch gelehrte Nichtmitglieder der Chewra ergänzt werden, diese sollen auch den Friedhof besuchen (um die Gebete zu verrichten).[55]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Anmerkungen

[1] Sefer Chasidim des Jehuda b Samuel Chasid (lebte um 1200), welches von seinen Schülern zusammengestellt wurde und 1538 zum ersten Male im Drucke erschien, s. Chajjim Josef David Asulai, Maarechet Gedolim „J" 29; ders. Maarechet Sepharim „Ch" 98; Benjacob, Ozar ha-Sepharim S. 197, Nr. 755.

[2] Der Titel des Buches ist Gen. 32_{33} entnommen und soll ein Hinweis auf das Jenseits sein. Das Buch wurde häufig gedruckt und erschien zum ersten Male in Mantua 1626, s. Asulai, Maarechet Gedolim „A" 121; ders. Maarechet Sepharim „M" 164; Benjacob, l. c. S. 347, Nr. 1659; Abraham Danzig, Chachmat Adam, Ausg. Warschau, S. 274.

[3] Lieben K., Gal-Ed S. 4. – [4] jl. Jahrb. XIX, hebr. Abt., S. 21 ff. – [5] jl. Jahrb. XXI, S. 218 ff. – [6] MGWJ., Jahrg. 70, S. 166 ff.

[7] s. MGWJ., l. c. S. 171, § 14; jl. Jahrb. XXI, S. 222, § 13; s. auch Statut Tobitschau, Ms. Moravia B. B. Brünn. In Eibenschitz sind 4 Wahlmänner und 1 Stellvertreter (Nichnas, § 5), später (§ 47) 5 Wahlmänner und 2 Stellvertreter vorgesehen. In § 7 wird der Wirkungskreis des Stellvertreters und der Wahlmodus beschrieben. Das Statut Kanitz (§ 61) schreibt 5 Wahlmänner und 1 Stellvertreter vor.

[8] Müssen in einem solchen Verhältnisse zu einander stehen, daß sie einer gegen den andern Zeugeschaft ablegen, oder zu Gericht sitzen dürfen; s. Schulchan Aruch Choschen Mischpat, Absch. 7, § 9 und Absch. 32; jl. Jahrb. XXI, S. 227.

[9] In § 33 heißt es, daß nach altem Statut ein Primus mit zweijähriger Amtsdauer gewählt wurde. Im Jahre 1702 wurde das Amt des Primus aufgehoben, dafür aber 4 Vorsteher vorgesehen, doch findet sich auf Eibenschitzer Grabsteinen nach 1800 noch der Titel: „Primus der Chewra".

[10] jl. Jahrb., l. c. S. 247.

[11] MGWJ., l. c. S. 71. Wenn aber die Wahlmänner einstimmig beschließen, daß alle alten Vorsteher im Amte bleiben sollen, so soll dieser Beschluß zu Recht bestehen. Das Kanitzer Statut (§ 69) schreibt vor, daß ein Vorsteher aus der abgelaufenen Amtsperiode im Amte bleiben muß.

[12] § 63 der Kanitzer Statuten lautet: Wer vor seiner Hochzeit Mitglied der B. war, kann, wann er den Titel eines Chaber (s. hist. Jahrb. I, S. 416, n 3) hat, ein Jahr nach seiner Verheiratung in die Wahl kommen (aktives Wahlrecht), ohne Chabertitel aber erst nach 2 Jahren. Ein Chaber kann schon 2 Jahre nach seiner Verheiratung zum Vorsteher (passives Wahlrecht) gewählt werden, einer der den Chabertitel nicht besitzt, kann erst drei Jahre nach der Verheiratung zum Vorsteher gewählt werden. Von den 3 Vorstehern müssen die 2 ersten Vorsteher den Chabertitel besitzen (§ 64).

[13] Statut Boskowitz; jl. Jahrb., l. c. S. 225.

[14] Statut Boskowitz. Das Kanitzer Statut § 65 schreibt vor: Jeder gewählte Vorsteher hat an die Kassa der B. 18 kr. zu erlegen. Auch wer die auf ihm gefallene Wahl nicht annimmt, hat ein Pönale von 18 kr. zu erlegen.

[15] Die Wahl im Hause des ersten Vorstehers ist in allen mähr. Statuten vorgeschrieben.

[16] Auch in Kanitz, Eibenschitz, Tobitschau und Ung. Ostra am genannten Tage. Das Statut von Boskowitz schreibt zwei Vollversammlungen jährlich vor, eine am genannten Tage, die zweite am Laubhütten-Halbfeste. Die Neuwahl soll am Laubhütten-Halbfeste stattfinden. Wie aber aus dem Protokollbuche ersichtlich, fanden die Neuwahlen am Schuschan Purim statt. Wenn aber dieser Tag mit einem Sabbat zusammenfiel, so wurde die Neuwahl am darauffolgenden Sonntag vorgenommen. Über eine ausnahmsweise am 11. Ab 1745 (9. August) vorgenommene Wahl berichtet das Protokollbuch von Boskowitz: Die Neuwahl der Vorsteher, welche nach altem Brauche am Schuschan Purim vollzogen werden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

soll, fand am heutigen Tage statt. „Die Wahl wurde wegen der angedrohten Judenaustreibung verschoben. Gott aber in seiner Gnade und in seinem Erbarmen, der mit wachsamen Auge auf sein Volk sieht, hat das Herz der Kaiserin zum Guten gelenkt." Dieser Passus bezieht sich auf das Reskript der Kaiserin Maria Theresia vom August 1744, welches aus „triftigen Gründen" befahl, daß künftig keine Juden in Mähren und Böhmen zu dulden seien, diese völlig abgeschafft und zu diesem Ende ein sechsmonatlicher Termin vom 1. 1. 1745 angefangen, eingeräumt werden soll. Am letzten Termine sollte kein einziger Jude in beiden Ländern betroffen werden. Der Ausweisbefehl wurde später zurückgezogen; s. d'Elvert, Gesch. d. Juden in Mähren und Schlesien, S. 191; jl. Jahrb., l. c. S. 229; das. S. 221, § 4, Jahr 1657.

[17] Die Begräbniskosten wurden nicht vor der Beerdigung erlegt, es wurde auch von den Begüterten ein Pfand gefordert; s. jl. Jahrb., l. c. S. 220, § 3; Statut Kanitz, § 6. Die B. gewährte auch bedrängten Gemeindemitgliedern Darlehen auf Pfänder gegen Gewinnanteil an Geschäften, welche durch das Darlehen getätigt wurden (erlaubte Zinsen), s. jl. Jahrb. XIX, hebr. Abt. S. 23; Schulchan aruch Jore dea Abschn. 177 an versch. Stellen.

[18] Nach Statut Neu-Raußnitz (MGWJ., l. c. S. 171, § 15) sollen die Sammelbüchsen und die silbernen Schellenstöcke, welche Eigentum der B., beim ersten Vorsteher verwahrt werden. Der Schrank mit den Pfändern und die Schlüssel zu den Sammelbüchsen nimmt der 2. Vorsteher in Verwahrung. Der Pinax der B. liegt beim 3. Kassier.

[19] Die Wochengelder entsprechen den Zeitverhältnissen; das Geld war sehr rar. In Eibenschitz wurde ein halber kr. pro Woche, oder 25 kr. p. A. eingehoben (§ 11). Ein Chewramitglied, welches mit seinen Wochenbeiträgen im Rückstande, kann nicht in die Wahl kommen. Ein Armer, der außer der Gemeindesteuer steht, d. h. weniger als 7 kr. zahlt, kann 6 kr. seines Wochengeldes schuldig sein und kommt dennoch in die Wahl.

[20] Hebr. Poschut, laban, lat. albus; s. Zunz. zur Gesch. und Literatur, S. 548 und 564; jl. Jahrb. XIX, hebr. Abt. S. 22.

[21] In den alten Totenprotokollen heißt es: a gestorben am... Tage des Monats... und am selben Tage beerdigt. Nur wenn jemand am Sabbat gestorben, mußte die Leiche bis zum Sonntage liegen bleiben. Es wird aus Deutr. 21_{23} geschlossen, daß eine Leiche nicht übernachten (über die Nacht unbegraben liegen) darf, Talmud bab. Tract. Sanhedrin 46a; R M b M Hil. Abel. Abschn. 4 Hal. 8 rezipiert diese Vorschrift als Norm.

[22] S. jl. Jahrb., l. c. S. 226, § 7, Jahr 1707. Im Statut Boskowitz aus dem Jahre 1689 ist ein Pönale von 2 Pehm (= Böhm = böhmischer Groschen) vorgesehen, für denjenigen, welcher nicht selbst geht, um das Grab auszuheben. Im Statut vom Jahre 1704 wird abermals darauf aufmerksam gemacht, wenn einem Mitgliede der B. eine Plet (= Billet, aus dem lat. pollex abgeleitet, hier kurzer schriftlicher Dienstzettel, s. Landau, in Wachstein, Urk. u. Akt. zur Gesch. d. Juden in Eisenstadt, S. 767) zugestellt wird, so muß er in eigener Person den Dienst verrichten. Bei Abwesenheit vom Hause muß seine Frau, den für die Stellvertretung zu entrichtenden Betrag erlegen. Wer diese Vorschrift übertritt, hat ein Pönale von 3 Böhm zu erlegen. Das Raußnitzer Statut vom Jahre 1749 (MGWJ., l. c. S. 175, § 33) setzt fest, daß ein Mitglied, welches zur Dienstleistung ausgelost, jedoch das Grab nicht ausheben will, 3 kr. zahlen muß, damit ein Stellvertreter gemietet werden kann. In Ung. Ostra ist in einem solchen Falle ein Pönale von 2 Groschen vorgesehen, s. jl. Jahrb. XIX, hebr. Abt. S. 22. Nach dem Statut von Kanitz sind Mitglieder, welche das 70. Lebensjahr überschritten, von jeder Dienstleistung befreit (§ 79). Im Jahre 1770 wurde Lasar b Gutman rofe (Wundarzt, Bader) als Mitglied der B. in Boskowitz unter der Bedingung aufgenommen, daß er sich verpflichtet, die Kranken zu besuchen, es seien Mitglieder der B. oder auch nicht. Ist der Kranke unbemittelt, so hat er die Pflicht, unentgeltlich zur Ader zu lassen. Dahingegen ist er von Pletten als Krankenwächter, oder des Grabschaufelns und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

der Leichenwaschung enthoben, wird aber dennoch in jeder Art als Mitglied der B. betrachtet; s. jl. Jahrb. XXI, S. 234.

[23] Hebr. Oraun. Es wurde kein Sarg gezimmert, sondern ein Kasten, eine Lade, aus ungehobelten Brettern wurde angefertigt, die erst im ausgeschaufelten Grabe zusammengestellt wurde, ehe man den Leichnam hineinlegte.

[24] Jerem. 3_{14}. – [25] Talmud bab. Tr. Berachot 8a. – [26] Talmud bab. Tr. Moed Katon 28b; Schulchan aruch Jore Dea 401. – [27] Prov. 17_5; hist. Jahrb. I, S. 418, n 27. – [28] S. Flesch im hist. Jahrb. I, S. 417, n 20. – [29] S. jl. Jahrb., l. c. S. 221, §§ 9 u. 10, ferner S. 224.

[30] In allen mährischen Statuten. In Neu-Raußnitz und Eibenschitz (§ 27) kann die Aufnahme in die B. erst ein Jahr nach erfolgter Anmeldung vollzogen werden. In dem Anmeldungsjahre muß sich der Ansuchende als Krankenpfleger und bei den Leichenwaschungen betätigen.

[31] Nach Statut Boskowitz alljährlich 2 Mitglieder und auch Ersatzmitglied für ein im abgelaufenen Verwaltungsjahr abgestorbenes Mitglied; s. jl. Jahrb., l. c. S. 226, § 8.

[32] Jl. Jahrb. XIX, hebr. Abt. S. 27. Bei Aufnahme des Sohnes eines Chewramitgliedes genügte eine Stimme Majorität.

[33] Jl. Jahrb., l. c. S. 22. – [34] MGWJ., l. c. §§ 10, 43. – [35] Statut Kanitz § 2. In Eibenschitz ist eine Aufnahmstaxe von 4½ rheinischen Gulden vorgeschrieben (§ 36). – [36] Ms. Moravia B.-B.-Loge Brünn. – [37] Aus dem Čechischen mladsy, s. Flesch in Hickls jüd. Volkskalender 1922/23, S. 66; s. Statut Eibenschitz §§ 22 und 25.

[38] In Kanitz mußten immer 6 „Jünger" zur Dienstleistung bei der Brüderschaft sein. Erst wenn neue Jünger nachrücken, gelangen die Ältern an den „höhern Tisch" (höherer Rang), §§ 8, 33 u. 34.

[39] Das Ausreißen des Blattes aus dem Chewrabuche, auf welchem der Name des aufgenommenen Mitgliedes stand, geschah nicht nur, wenn sich jemand gegen die Satzungen der B. vergangen, auch solche, die das Religionsgesetz übertraten, wurden ausgeschieden; s. MGWJ., l. c. S. 170, n 4.

[40] S. Deutr. 25_3. Bei Schlagstrafe war das Maximum 39 Schläge, s. Talm. Trakt. Makkot 22a; die Geldstrafe soll der Schlagstrafe an Anzahl entsprechen.

[41] S. Flesch, hist. Jahrb. III, S. 270, n 28, Jahreszahl auf S. 268 das. richtig zu stellen.

[42] Die Jahrtausende der jüdischen Weltära werden bei der kleinen Zeitrechnung weggelassen, s. Flesch, hist. Jahrb. I, S. 418, n. 39. – [43] Jesaja 25_8; s. jl. Jahrb. XI, S. 230. – [44] S. Flesch, hist. Jahrb. I, S. 416, n. 3. Gedalja war Verfasser d. Amude Gawra, s. jl. Jahrb., l. c. S. 233, n. 60, u. S. 234. – [45] Er wird von Jakob Emden, als Verteidiger von Natan Arolsen, hart angegriffen, s. jl. Jahrb., l. c. S. 234, n. 69, dort die Literaturangaben. – [46] S. hist. Jahrb. III, S. 268 u. 272, n. 61. – [47] Flesch, hist. Jahrb. II, S. 289.

[48] Statuten Tobitschau § 41. Doch war es verboten, bei den Gemeindemitgliedern zum Trinkgelage Spenden zu sammeln.

[49] Abraham Placzek, Rabbiner zu Boskowitz und mährischer Landesrabbiner, s. jl. Jahrb., l. c. S. 242, n. 110, u. S. 246, n. 164.

[50] Hebr. = Freude und Wonne, so wurde in Mähren der Diener der B. genannt. Die euphemistische Bezeichnung hängt mit der Anschauung zusammen: man soll den Mund nicht zum Bösen öffnen, und wollte sagen: möge er immer nur bei freudigen Ereignissen erscheinen. Simchah Sossau (abrev. SS) war der Leichenwächter, hatte bei der sogenannten Reinigung (hebr. taharah, Leichenwaschung) Handlangerdienste zu leisten, war aber auch bei Hochzeitsfeiern und bei Beschneidungsfeiern „Sarver" (= Servirer), s. Statuten Kanitz §§ 37–46; MGWJ., l. c. Jahr 1718 § 20 u. a. a. St. Aus der Bennenung Simchah Sossaun scheint das spätere Liberer – so wird der Diener der Chewra genannt – hervorgegangen zu sein; s. Ign. Briess, Schilderungen aus dem Prerauer Ghetto, S. 12, n 8; Wächstein, Eisenstädter Grabsteine, S. 45, n 2. Die Etymologie des Wortes ist bisher dunkel. Die Ableitung von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Liberia, Livree oder dem lat. liber ist unannehmbar, wie Alfred Landau (Wachstein, l. c.) richtig bemerkt. Liberer ist aber meines Erachtens mit libens, lubens (libentia, lubentia) freudig, fröhlich sein im Zusammenhange, ist Euphemie und deckt sich mit „Simchah Sossaun". S. Flesch in Hickls jüd. Volkskalender 1922/23, S. 66. Vgl. dagegen Grunwald, Jahrbuch für jüd. Volkskunde 1924/25, S. 402, dort heißt es: Der Liberer, welcher bei der Ausspeisung der Trauernden Dienste leistet, fungiert als Gegenwert bei Hochzeiten als Speisenträger. Wegen dieser Sitte führt er auch den Namen Schames und Sarver, was auch (abrev. S. S.) in Sossaum we-Simcha aufgelöst wird.

[51] Secherja 8$_4$. – [52] Statuten Eibenschitz § 17. – [53] Nach der Tradition der Sterbetag unseres Lehrers Mose, Statuten Eibenschitz § 2. – [54] S. Flesch, hist. Jahrb., I, S. 412 und S. 415. – [55] Jl. Jahrb. l. c. S. 232, § 14.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

Die jüdischen Gerbereien in Mähren zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts

Von Dr. Václav Žáček, deutsch von Dr. Anton Blaschka

—

Bekanntlich bemühte sich die Wiener Regierung zur Zeit Kaiser Leopolds I., Josefs I. und Karls VI., die habsburgischen Lande emporzubringen. Dies geschah nach französischem Vorbild aus der Regierungszeit Ludwigs XIV., d. h. im Geiste des sogenannten Merkantilismus, durch möglichst tatkräftige Förderung von Industrie, Gewerbe und Handel. Die Wiener Zentralbehörden und andere Stellen ließen es selbst nicht an Anregungen fehlen, wie einzelne Industriezweige emporgebracht werden sollten, und holten auch von den „Regierungen" der einzelnen Länder diesbezügliche Gutachten ein. Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß bei all diesen Maßnahmen ebenso wie in Frankreich auch die Wiener Regierungskreise sich durch fiskalpolitische Rücksichten leiten ließen; es war darum zu tun, der Staatskasse erhöhte Einnahmen zuzuführen, um den gesteigerten Ansprüchen gerecht zu werden, welche die damaligen Kriege der Habsburger mit den Türken, mit Frankreich und mit den ungarischen Rebellen an sie stellten.

Dem gekennzeichneten Bestreben der Wiener Regierung entsprang auch der Versuch, das Gerberhandwerk in Mähren, mit dem sich unsere Studie beschäftigt, zu fördern. Dieser Versuch ist auch deshalb bemerkenswert, weil hiebei eine ziemlich genaue Übersicht über das mährische Gerbereiwesen angelegt wurde, besonders soweit es sich in den Händen von Juden befand, d. h. in Händen der jüdischen Pächter obrigkeitlicher Gerbereien.

Die Gerberei gehörte zu den einigen wenigen Handwerken, die damals den Juden zugänglich waren. Außer dem alten Vorrecht, auf Zinsen und auf Pfänder zu leihen, und außer dem Rechte, mit Altwaren zu handeln, durften die Juden in nachweißenbergischer Zeit lediglich die Gerberei, das Branntweinbrennen, die Handschuhmacherei und die Seifensiederei betreiben, da diese Handwerkszweige zunftmäßig nicht so streng geordnet waren wie andere Handwerke. Besonders schwerwiegend für die wirtschaftliche Stellung der Juden war der Umstand, daß es ihnen verwehrt war, Eigentumsrechte an christlichen Realitäten zu erwerben. Denn das Eigentumsrecht der Juden auf Realitäten war auf ihre Häuser im Ghetto beschränkt, oder wenn kein Ghetto, d. h. keine geschlossene Judenstadt – Judengasse – vorhanden war, auf jene Häuser, die von früheren Zeiten her

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

in jüdischem Besitz waren. So waren die Juden als Pächter obrigkeitlicher Wirtschaftsunternehmungen naturgemäß in hohem Grade Werkzeuge in den Händen der betreffenden Obrigkeiten als der Eigentümer dieser Unternehmungen.[2] Da den Herrschaftsdirektionen die Unverletzlichkeit der städtischen Zunftprivilegien in den meisten Fällen ein Dorn im Auge, jedenfalls aber zumindest gleichgültig war, so ließen sie ruhig auf ihren Dörfern die Juden „pfuschen", d. h. unberechtigterweise Handwerke betreiben. Die Juden hatten es dabei nicht einmal so sehr auf die Erzeugung abgesehen, als vielmehr auf den Handel mit der erzeugten Ware, schon aus dem Grunde, da es ihnen nicht möglich war, einzelne Handwerke ordnungsmäßig zu erlernen und sie deshalb gezwungen waren, sich bei ihrer handwerklichen Produktion christlicher Gesellen zu bedienen, sogenannter „Staller", die aus unterschiedlichen Anlässen mit ihren Meistern zerfallen waren und ebenfalls kein Recht hatten, das Handwerk zu treiben. Unter diesen Umständen war die von jüdischen Handwerkern erzeugte Ware natürlich oft und vielmals nicht erstklassig. Dieser Mangel, besonders auf dem Gebiete des Gerbereiwesens, blieb auch den Behörden nicht unbekannt. Es wurde daher von Wien aus der Versuch unternommen, hier Abhilfe zu schaffen. Der Darstellung dieses Versuches sollen unsere Ausführungen dienen.

Mittels Reskriptes vom 27. Jänner 1719 an das Landestribunal von Mähren gab Kaiser Karl VI. sein Interesse am Gerbereiwesen in Mähren kund und deutete den Plan zu dessen Emporbringung an. Die Wiener Regierungskreise, aus deren Mitte das erwähnte Reskript hervorgegangen war, waren nie handwerklichen Unternehmungen der Judenschaft besonders zugetan. Sie waren überzeugt, daß das Handwerk durch Eingreifen der Juden zu sehr in Mitleidenschaft gezogen werde, da es die Juden angeblich oberflächlich und saumselig betrieben. Das Reskript vom 27. Jänner 1719, das dieser judenfeindlich gestimmten Atmosphäre entstammte, erklärte, an dem unerfreulichen Zustande des mährischen Gerbereiwesens sei vor allen Dingen schuld, daß damals angeblich keine Gerberei von dem unheilvollen Einfluß der Judenschaft frei war. Mit der Motivierung, der Regierung liege die wirtschaftliche Blüte des Landes am Herzen und die Gerberei könne neben der Tuchmacherei und Leinenweberei das „edelste" Handwerk im Lande sein, erteilte das mehrfach erwähnte Reskript dem mährischen Landestribunal den Auftrag, binnen sechs Wochen aus allen Kreisen Mährens herrschafts- und ortsweise Verzeichnisse zu beschaffen, wo Juden Gerbereien innehaben, sei es unmittelbar zu eigen, sei es pachtweise von der Obrigkeit. Zugleich mit der Einsendung dieser Verzeichnisse sollte sich das mährische Landestribunal zu dem Plane des Reskriptes äußern, ob es nicht möglich wäre, das mährische Gerbereiwesen in der Weise zu heben, daß künftighin die Juden höchstens als Pächter von Gerbereien aufträten, während die eigentliche Facharbeit (die Produktion) lediglich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

durch bezahlte und ordentlich gelernte christliche Arbeiter geleistet werden dürfte. Man sieht, das Reskript verfolgte die Absicht, den Juden bloß die kommerzielle Leitung der gepachteten Gerbereien zu belassen.

Das mährische Landestribunal forderte am 6. Feber 1719 die Hauptleute der sechs mährischen Kreise auf, die angeordneten Verzeichnisse der jüdischen Gerbereien anzulegen und Gutachten darüber zu erstatten, ob sich die Forderung erfüllen lasse, in den gepachteten jüdischen Gerbereien nur christliche Arbeiter zu beschäftigen. Die Kreishauptleute ihrerseits konnten der Aufforderung nur mit Hilfe der Oberämter entsprechen; von diesen hing nicht bloß die Verläßlichkeit der verlangten Verzeichnisse ab, sondern auch die Antwort auf die Frage nach der Nützlichkeit oder Schädlichkeit des jüdischen Elementes im mährischen Gerbereiwesen. Gleich nach Empfang des genannten Auftrages fertigten die Hauptleute einen besonderen Boten an die einzelnen Oberämter des Kreises mit der Weisung ab, alle die Gerberei betreffenden Angaben ihres Herrschaftsgebietes, sofern hiebei die Juden beteiligt sind, zu liefern. Die Oberämter trugen die gewünschten Angaben entweder in das Tagebuch des Boten ein oder sandten ihren Bericht unmittelbar an das Kreisamt. Aus diesen Daten stellte das Kreisamt eine statistische Übersichtstabelle über die jüdischen Gerber in seinem Kreise zusammen. Gleichzeitig mit diesen Tabellen übersandten die Kreisämter dem Landestribunal auch die verlangten Gutachten.

Der Standpunkt der kreisämtlichen Gutachten über den jüdischen Anteil am mährischen Gerbereiwesen war nicht einheitlich. Nur einige Gutachten waren für den im Reskript vom 27. Jänner 1719 entwickelten Plan, die anderen dagegen. Ein Vergleich der Gutachten untereinander belehrt auch darüber, was bei den einzelnen Kreishauptleuten mehr ins Gewicht fiel: das ehrliche, wirtschaftliche Interesse und die Absicht, die Gerberei zu heben, oder lediglich die Voreingenommenheit und Mißgunst gegen die Judenschaft; letztere konnte verschiedene Ursachen haben. Ein ablehnender Standpunkt ergab sich vielfach auch aus dem Solidaritätsempfinden der Kreishauptleute mit den Grundobrigkeiten hinsichtlich ihrer geldlichen Interessen und ihres eventuellen Verhältnisses zu den Zünften.

Am günstigsten sprach sich für den Wiener Plan der Olmützer Kreishauptmann Leopold A. Sack Freiherr von Bohunowitz aus.[3] Seine Meinung ging dahin, das kaiserliche Reskript, welches den Juden in Hinkunft die Pachtung von obrigkeitlichen Gerbereien nur bei ausschließlicher Verwendung ordnungsmäßig ausgebildeter christlicher Arbeiter gestatten wollte, sei ganz gut durchführbar. Der Olmützer Kreishauptmann beurteilte den Wiener Plan vom Standpunkte des Bedürfnisses, das Gerbereiwesen in Mähren zu heben; dabei war er der Judenschaft keineswegs zugetan, er hielt im Gegenteil dafür, daß sie durch ihre Handels- und Handwerkspraktiken den Handwerkern eher schade denn nütze.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Darum begrüßte er den Plan des Reskriptes vom 27. Jänner 1719: dessen Verwirklichung würde nach seinen Ausführungen der jüdischen „Pfuscherei" und dem betrügerischen Eingreifen der Juden in die Gerbereiproduktion Einhalt gebieten und diese könnte in den Händen christlicher Arbeiter einen großen Aufschwung nehmen, zum Vorteil der wirtschaftlichen Gesamtlage des Landes und zur Steigerung des Landeskredites. Dabei betonte der Kreishauptmann auch die sozialen und humanen Wirkungen des Planes: seine Durchführung werde den christlichen Arbeitern gestatten, sich in der damaligen schweren Zeit[4] eher eine lohnende Beschäftigung zu verschaffen und ihre materielle Lage zu verbessern. Nach seiner Meinung sollte die gesamte Facharbeit in den jüdischen Pachtgerbereien ausschließlich christlichen Arbeitern vorbehalten sein, während den Juden an dem durch Christenarbeit hergestellten Leder nur das Verlags- und Verkaufsrecht gewahrt bleiben sollte.

Skeptischer wurde der Wiener Plan von dem Brünner Kreishauptmann Franz Schubirz Freiherrn von Chobinie beurteilt.[5] Der Forderung, in den jüdischen Gerbereien nur christliche Handwerker zu beschäftigen, trat er mit zwei ernstlichen Einwänden entgegen. Aus dem ersten Einwand sprach der stolze Edelmann, der nicht gewillt war, etwas von seinen Standesprivilegien zu opfern. Schubirz wendete ein, die in den jüdischen Gerbereien arbeitenden christlichen Gerbermeister würden zunftmäßig organisiert sein und so würde auch die Obrigkeit, in deren Gerberei die christlichen Handwerker arbeiten würden, gewissermaßen in Abhängigkeit von den Zünften geraten. Das schien Schubirz eine bedenkliche Gefahr für die Standesprivilegien zu bedeuten und daher setzte er diesen Einwand an die erste Stelle. Und es ist bezeichnend, daß diesen Einwand – wie wir sehen werden – auch der mährische Landeshauptmann zu dem seinen machte: er betonte in seinem Summargutachten, die Verwirklichung des Reskriptprogrammes vom 27. Jänner 1719 bedrohe in gewissem Sinne die Adelsvorrechte. Vom wirtschaftlichen Standpunkt wog aber der zweite Einwand der Schubirzischen Äußerung schwerer. Der Brünner Kreishauptmann wies darauf hin, der in einer gepachteten jüdischen Gerberei arbeitende christliche Arbeiter werde auch seine bestimmten Ansprüche haben, namentlich auf ordentliche Bezahlung. Lohngeber könne entweder der unmittelbare Arbeitsgeber sein, der jüdische Pächter, oder der Eigentümer, nämlich die Obrigkeit. Ohne Angabe von Gründen hält Schubirz die Entlohnung der christlichen Meister durch die Obrigkeiten für untunlich; nach seiner Meinung müßten die christlichen Meister von ihren unmittelbaren Arbeitsherren, den jüdischen Pächtern, entlohnt werden. Schubirz ist jedoch der Überzeugung, daß dieser Modus eine bedenkliche wirtschaftliche Seite hätte. Schubirz beurteilte die Frage vor allen Dingen vom Standpunkte der Obrigkeit und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ihres Nutzens und führte erst an zweiter Stelle auch einen allgemeineren, volkswirtschaftlichen Grund an. Er setzte nämlich voraus – und zwar mit Recht –, der jüdische Gerbereipächter, der mit christlichen, von ihm entlohnten Arbeitskräften gerben sollte, werde auf Herabsetzung des herrschaftlichen Pachtzinses dringen. Könne er dies nicht erreichen, so werde er möglicherweise die Gerbereiprodukte verteuern, um sich für die mit der Entlohnung der Arbeitskräfte zugewachsenen Mehrauslagen schadlos zu halten. Diese zwei Eventualitäten hob Schubirz besonders hervor und erklärte, im ersteren Falle werde durch die Neuregelung die Obrigkeit geschädigt, im letzteren Falle aber die ganze Öffentlichkeit, welche die Ware entweder teurer oder schlechter geliefert erhalten würde. Aus diesen Gründen erklärte Schubirz den Reskriptsplan vom 27. Jänner 1719 für bedenklich und undurchführbar.

Ähnlich, wiewohl doch etwas optimistischer und den Juden günstiger, wurde der Wiener Plan vom Znaimer Kreishauptmann Karl de Souches beurteilt.[6] Auch er tritt für das christliche Element in der Gerbereiproduktion ein; die jüdischen Gerbereien brächten den christlichen namentlich dadurch Schaden, daß sie bloß auf Verdienst arbeiteten und dabei mancherorts sogar christliche Arbeiter verwendeten. Dabei betonte er, in diesem Falle handle es sich wahrscheinlich um schlechte Arbeiter, die sich nach seinen Worten im Handwerk schlecht aufführen und sich dann in Ermangelung einer anderen Beschäftigungsmöglichkeit von den Juden dingen lassen.[7] Diese stellenlosen christlichen Handwerker arbeiten den Juden gut genug, da es den Juden nicht auf ein tadelloses Ausgerben ankommt. Trotz dieses Angriffs auf die Qualität der Erzeugnisse der an Juden verpachteten Gerbereien gibt aber de Souches rückhaltlos zu, daß diese Gerbereien der Obrigkeit einen größeren Gewinn abwerfen als die an Christen verpachteten. Den Grund hiefür erblickte der Znaimer Hauptmann darin, daß die Juden dank ihrer den Christen überlegenen Geschäftstüchtigkeit die Erzeugnisse viel besser zu versilbern und ihren Ledervorrat mit Leichtigkeit an den Mann zu bringen verstehen, während er den Christen auf Lager bleibt; die Folge davon ist ein geringer Gewinn und eine schlechte Rentabilität der von Christen betriebenen Gerbereien. Eine Förderung des mährischen Gerbereiwesens, namentlich insoferne es von jüdischen Pächtern obrigkeitlicher Gerbereien beherrscht war, stellte sich de Souches so vor, daß man zwar denjenigen Obrigkeiten, welche ihre Gerbereien an Juden verpachten, in keiner Weise in ihrem Vorteil hinderlich sein solle, daß es aber am besten wäre, das Leder durch ausgelernte und ordentliche christliche Meister gerben zu lassen. Gleichzeitig empfahl er, ein wachsames Auge auf die jüdischen Pächter zu haben, damit sie nichts unterließen, was zur fachmännischen Ausarbeitung des Leders erforderlich sei. Unter solchen Voraussetzungen hielt de Souches die Verpach-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

tung von Gerbereien an Juden für unbedenklich. Dieser Antrag des Znaimer Kreishauptmannes fußte auf Erfahrungstatsachen, denn im Znaimer Kreise wurde in drei obrigkeitlichen Gerbereien (Grusbach, Ungarschitz und Pullitz) unter den gekennzeichneten Bedingungen gearbeitet.

Mit den Anschauungen des Olmützer Kreishauptmannes stimmte im großen ganzen sein Kollege im Prerauer Kreise, Rudolf Christoph von Witten,[8] überein. Sein Gutachten lief darauf hinaus, von seinem Standpunkt und mit Rücksicht auf seinen Kreis bestünde kein Einwand dagegen, die obrigkeitlichen Gerbereien unter den im Reskript vom 27. Jänner 1719 empfohlenen Modalitäten an Juden zu verpachten; ja, er begrüßte den Wiener Vorschlag sogar mit Genugtuung, denn er versprach sich von dessen Verwirklichung einen Aufschwung der Gerberei, besonders hinsichtlich der Qualität des gegerbten Leders. Die Übergabe der Produktion an Fachleute werde ihr manchen Krebsschaden fernhalten und namentlich den Lederhandel im Lande vor Schädigung bewahren. Das Hauptübel im Lederhandel erblickte der Prerauer Kreishauptmann vor allen Dingen im betrügerischen und unehrlichen jüdischen Produktionsprozeß und in der übermäßigen jüdischen Gewinnsucht, an deren Beseitigung der Öffentlichkeit viel liegen müsse. Darum sah er in der Verwirklichung des Reskriptprogramms vom 27. Jänner 1719 einen guten Anfang, um die dringend notwendige Reinigung anzubahnen.[9]

In absoluten Gegensatz hiezu stellte sich das Gutachten des Grafen Anton Rottal, Kreishauptmanns von Ungarisch-Hradisch,[10] das auf Grund von genauen Berichten der Oberämter von einem guten Kenner sowohl des Kreises als auch der einschlägigen Handwerks- und Industriefragen ausgearbeitet war. Graf Rottal war unter allen Kreishauptleuten am besten über den Stand des jüdischen Gerbereiwesens unterrichtet. Das kam wohl zum Teil auch daher, daß er in seinen Rundschreiben an die Oberämter genaue Angaben über die Gerbereien verlangt hatte, namentlich die Angabe, wieviel der jüdische Gerber an Pachtschilling entrichte, u. ä. Auf Grund dieser genauen Unterlagen gelangte Graf Rottal zur Überzeugung, die jüdischen Gerbereien hätten für die Wirtschaftsverhältnisse des Kreises keine große Bedeutung.[11] Zur Frage der bloßen Verpachtung der Gerbereien an die Juden bemerkte der Ungarisch-Hradischer Kreishauptmann, sie unterläge keinerlei Bedenken, namentlich wenn die Christen keinen so großen Pachtschilling zahlen wollten. Er billigte den Juden auch das Recht und die Befähigung zu, selbst das Leder zu gerben, aber er machte darauf aufmerksam, falls das Leder von christlichen Meistern in eigenen Kleinbetrieben oder genossenschaftlichen Gerbereien hergestellt würde, so würden ihnen die Juden nur Schaden machen, wodurch auch die Obrigkeit leiden werde;[12] worin der Schaden bestehen sollte, darüber verlor jedoch das Gutachten kein Wort. Im Hin-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

blick auf den uns bereits bekannten Plan des Reskripts vom 27. Jänner 1719 erachtete es Graf Rottal nicht für unbedingt nötig, ja nicht einmal für tunlich, in den jüdischen Gerbereien ausschließlich christliche Arbeitskräfte zu verwenden. Nach seiner Meinung können die Juden auch die Produktion ganz gut selbst besorgen, wenn sie nur zu solider Arbeit angehalten werden. Zu diesem Zwecke erschien ihm als geeignetste Maßnahme, die Juden unter die fachliche Aufsicht christlicher Meister zu stellen, welche die von den Juden hergestellten Produkte prüfen und beschauen sollten. Würde ein Jude bei betrügerischer Arbeit betroffen, so beantragte Rottal dessen exemplarische Bestrafung und die Einziehung des gesamten schlechtgegerbten Leders.[13]

Die Reihe der Gutachten der mährischen Kreishauptleute wird durch die Äußerung des Iglauer Kreishauptmannes Johann K. Rzikowsky von Dobrschitz abgeschlossen;[14] sie fußt auf einem unvollständigen Material, denn dem Autor standen bei ihrer Abfassung nur die Berichte von den beiden Herrschaften Pirnitz und Trebitsch zur Verfügung, da die übrigen Obrigkeiten ihre Berichte nicht eingebracht hatten. Vom Iglauer Kreis gewinnen wir also hinsichtlich des Umfanges des jüdischen Gerbereiwesens kein vollständiges Bild, doch die Äußerung Rzikowskys ist darum nicht weniger interessant. Sie vermehrt nämlich die gegen den Vorschlag des Reskripts vom 27. Jänner 1719 vorgebrachten Einwände noch durch ein Bedenken religiöser Art, das hier an vornehmster Stelle steht: die Sorge um die Glaubensreinheit der bei einem jüdischen Arbeitgeber arbeitenden Christen.[15] Vom wirtschaftlichen Standpunkt war jedoch viel wichtiger der zweite sachliche Grund Rzikowskys. Er gab seiner Befürchtung Ausdruck, die Juden würden kaum wirklich erstklassige Kräfte heranziehen, wenn ihnen auferlegt würde, zum Gerben der Häute christliche Arbeitskräfte einzustellen; er sprach die Meinung aus, es stünde vielmehr zu erwarten, die jüdischen Dienste würden von Leuten gesucht werden, die nicht selbständig bestehen könnten, ja gar von unausgelernten oder von solchen, die ein der Gerberei verwandtes Handwerk ausgelernt haben: solche Leute, die das Gerbereifach schlechterdings nicht verstehen, gewährleisten natürlich keine Qualitätsware. Aus diesem Einwande entwickelte dann Rzikowsky einen dritten, praktisch den schwerwiegendsten: zugegeben, es würde den jüdischen Pächtern gelingen, ordentliche Meister zu gewinnen. Was wäre die Folge für die übrigen ordentlichen christlichen Gerber, deren es in seinem Kreise und namentlich in Trebitsch eine stattliche Anzahl gebe, wenn sie sich bereits jetzt in ihrem Kreise nicht ernähren könnten und bis ins nachbarliche Böhmen dem Handwerk nachgehen müßten? Würde die Gerberei in jüdische Hände übergehen, so wären diese kleinen Handwerker unrettbar dem völligen Ruin geweiht: der Wettbewerb der Juden, der auf der fachmännischen Arbeit gedunge-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ner christlicher Meister beruhte, müßte sie umbringen. In diesem Einwand wird die Stimme des modernen kleinen Handwerkers laut, der nach Schutz ruft gegen die bedrohliche Konkurrenz der Juden, die in Verbindung mit gedungenen christlichen Fachleuten in diesem Falle als Großproduzenten auftreten. Das ist das tatsächliche Novum im Gutachten des Iglauer Kreishauptmanns. Leider wissen wir nicht, welche Stellung das mährische Landestribunal einnahm, als es das Gesamtgutachten für die Böhmische Hofkanzlei abfaßte.

Diese sechs Berichte der Kreishauptleute boten dem mährischen Landeshauptmann, Franz Dominik Grafen Podstatsky, hinreichenden Stoff zu seinem Summargutachten, das am 12. September 1719 nach Wien abging.[17] Das Gutachten des mährischen Tribunals empfahl hinsichtlich der Beaufsichtigung der Judenarbeit die bisherige Übung und stützte sich hiebei auf die zwei aus den Gutachten der Kreishauptleute geschöpften Hauptargumente. Dem Gutachten des mährischen Landestribunals erschien es vor allem nicht leicht, die Häute in den jüdischen Gerbereien durch christliche Meister ausarbeiten zu lassen. Sein Gedankengang deckte sich in diesem Fall fast völlig mit der Beweisführung des Brünner Kreishauptmannes Schubirz. Im Einklang hiemit betonte das Gutachten des Tribunals namentlich das obrigkeitliche Standesbewußtsein, das durch eine Verwirklichung der vorgeschlagenen Reform stark verletzt werden könnte, da die christlichen Meister, die in den (wenn auch den Juden bloß verpachteten) Gerbereien arbeiten sollten, pflichtgemäß in den Zünften organisiert sein müßten, wodurch auch die Obrigkeiten in eine gewisse Beziehung zu den Zünften geraten würden, was gegen den Wortlaut aller ständischen Vorrechte und Privilegien verstieße.

Zu diesem gleichsam aus ständischen Grundsätzen heraus ablehnenden Standpunkt gesellte sich dann ein zweiter Grund, der auf die wirtschaftlichen Folgen gemäß den Folgen des kaiserlichen Reskripts vom 27. Jänner 1719 Bedacht nahm. Auch in diesem zweiten Punkte hatte das Gutachten des Tribunals den Kern seiner Beweisführung den Relationen der Kreishauptleute entnommen, vornehmlich wiederum der Relation von Schubirz. Mit Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß die Juden ihre christlichen Arbeiter besser zahlen, wodurch die Obrigkeiten und die Öffentlichkeit überhaupt in eine peinliche Lage kommen könnten, die dauernd zu werden drohe. Diese Gefahr würde nach der Anschauung des mährischen Landestribunals in der Hauptsache darin bestehen, daß die Juden für die erhöhten Kosten, die ihnen aus der Zahlung höherer Löhne an die christlichen Arbeiter erwachsen, sich dadurch schadlos halten würden, daß sie diese Last auf andere abwälzten; entweder würden sie den Obrigkeiten weniger Zins zahlen oder mit ihren Arbeitern absichtlich Ware minderer Qualität erzeugen oder die Ware gleicher Qualität

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

teurer verkaufen. Im ersteren Falle würde den Obrigkeiten eine Einbuße an ihren Einkünften drohen, im letzteren Falle erscheine die ganze Öffentlichkeit bedroht, die entweder minderwertige oder teurere Ware zu kaufen bekäme. Damit wollte das Gutachten andeuten, daß die vorgeschlagene Reform der jüdischen Betrügerei und Gewinnsucht keineswegs einen Riegel vorschieben würde; die Produktion würde zwar zu einem Gutteil von der „Pfuscherei" gereinigt, aber im Grunde genommen würde der Erfolg gering sein, denn die jüdische Gewinnsucht könne wieder beim Lederhandel in erhöhtem Maße zum Vorschein kommen.

Daher beantragte das Gutachten des mährischen Tribunals im Geiste der Äußerung des Znaimer Kreishauptmanns, die jüdischen Gerbereien sollten der Aufsicht der zuständigen christlichen Zunft unterstellt werden, falls man den jüdischen Praktiken in diesem Industriezweig den Garaus machen wolle. Durch fleißige Visitierung der Gerbereien würden die Juden gezwungen werden, Ware von guter Qualität herzustellen. Würde ein Jude bei der Fabrikation schlechter Ware betroffen, solle er durch Beschlagnahme eines Teiles oder des ganzen Vorrates an Waren bestraft werden.

Damit war aber auch der Versuch der Wiener Regierung, eine Änderung der Verhältnisse im mährischen Gerbereiwesen herbeizuführen, begraben und vom großangelegten Plane blieb nur ein Bündel Akten. Grundsätzlich wurden die jüdischen Gerbereien zwar der Aufsicht der Gerberzunft unterstellt, doch konnte diese Kontrolle nicht durchgreifen und verschlug daher den Juden nicht viel, denn die Zünfte vermieden es, mit den eifersüchtigen Obrigkeiten in Konflikt zu geraten.

*

Die dem Gutachten des mährischen Landestribunals beigeschlossenen Beilagen geben ein ziemlich genaues Bild vom Zustand des mährischen Gerbereiwesens zu Beginn des achtzehnten Jahrhundertes, namentlich insoweit es in den Händen jüdischer Pächter ruhte. Das Bild ist jedoch nicht vollständig, weil uns ausführliche Daten aus dem Iglauer Kreis fehlen, dessen Kreishauptmann nur von den Herrschaften Trebitsch und Pirnitz Angaben über den Zustand der dortigen Gerbereien beibrachte. Trotz wiederholter Aufträge an Rzikowsky langte von ihm keine Antwort ein und das mährische Landestribunal mußte das unvollständige Gutachten nach Wien senden. Die Angaben der Kreishauptleute lassen sich in statistischen Tabellen darstellen, wenn man die Tagebücher der Kreisboten vornimmt, in welche die Obrigkeiten die gewünschten Daten eintrugen, und dazu die einzelnen Gutachten und Relationen mit heranzieht, die einzelne Obrigkeiten unmittelbar an die Kreisämter eingesandt hatten. Auf Grund dieser Quellen hatte zwar der betreffende Kreishauptmann eine Summarkonsignation der jüdischen Gerbereien ab-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gefaßt und nach Brünn abgeschickt. Aber durch einen Vergleich dieser Konsignationen mit den Originalaufnahmen habe ich festgestellt, daß die Kreisämter die Tagebuchangaben der Kreisboten keineswegs restlos ausgenützt und ihre Konsignationen recht liederlich gearbeitet haben. Was die Tagebücher der Kreisboten anlangt, so sind ihre Angaben an Umfang und Reichhaltigkeit von ungleichem Wert. Einige sind äußerst wortkarg, während andere wieder ausführlicher über den Zustand der jüdischen Gerbereien unterrichten. Letzteres gilt namentlich vom Tagebuch des Ungarisch-Hradischer Kreisboten: hier kann man sich sowohl über die wirtschaftliche und soziale Stellung der jüdischen Gerber als auch über ihre Zinsleistungen an die Obrigkeiten unterrichten. Die Verschiedenheiten in den Berichten der Boten haben mich bewogen, die Angaben, die nicht regelmäßig wiederkehren, in die Anmerkung zu verweisen, aber sie bieten manches Interessante in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung.

Was die Genauigkeit der Tabellen betrifft, so sind die Angaben in der Rubrik „jüdische Gerbereien" über jeden Zweifel erhaben. Es geht dies aus den Botendiarien hervor, wo stets betont wird, daß es sich um Verzeichnisse handle, „wieviel und wo die Juden einige Gerberhäuser entweder eigen oder verdingte haben". Erscheint im Botenbuch auch ein christlicher Gerber, so beruht dies vermutlich auf einem Versehen der eintragenden obrigkeitlichen Kanzlei. Der verschwindend kleine Prozentsatz der christlichen Gerber, die ich nur aus dem Streben nach Vollständigkeit in die Tabellen aufgenommen habe, ließe sich sonst gar nicht erklären. Bei der Rubrik der christlichen Gerber nehme ich auf den Umstand keine Rücksicht, ob es sich um die Eigentümer oder um die Pächter von Gerbereien handelt, und verweise diese Unterscheidung gleichfalls in die Anmerkung. Die Tabelle enthält auch eine Rubrik, die sich auf jüdische Gerbereien bezieht, in welchen christliche Arbeiter beschäftigt waren. Einen Eigentümer oder Pächter darf man als wohlhabend bezeichnen, wenn er fachmännisch ausgebildete Hilfskräfte bezahlen konnte.

Nur eine ziemlich allgemeine Begleiterscheinung der Gerbereiproduktion möchte ich noch erwähnen: ein großer Teil der Juden betrieb die Gerberei in Branntweinbrennereien, die ihnen ebenfalls von der Obrigkeit verpachtet waren. Dieser Zusammenhang zwischen der Gerberei und der Spiritus und Branntweinbrennerei ist typisch und würde eine ausführlichere Darlegung verdienen. Der Zusammenhang beruht vermutlich in der Hauptsache darin, daß die Spiritusbrennerei und die Gerberei zu den wenigen Handwerken gehörten, die den Juden zugänglich waren. Es ist dann begreiflich, daß unternehmungslustige Juden, die von der Obrigkeit den einen Betrieb, die Brennerei, gepachtet hatten, auch die Gelegenheit gewinnbringend zur Ausübung der Gerberei ausnutzen wollten und dann beide Gewerbe gleichzeitig betrieben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Fortlaufende Zahl	Herrschaft	Ortschaft	Christl. Gerbereien, gepachtet oder eigen	Jüdische Gerbereien			Anmerkungen hinsichtlich der Produktion, des Pachtvertrages und der sozialen Stellung der Gerber
				eigene	gepachtete	mit 1 christl. Arbeiter	
			I. Olmützer Kreis				
1	Boskowitz				1		Die obrigkeitliche Gerberei ist an einen Juden verpachtet
2	Prödlitz				1		Hier besteht keine Gerberei. Ab und zu gerbt der jüdische Branntweinbrennereipächter
3	Čech				1		Die herrschaftliche Gerberei ist an einen Juden verpachtet
4	Dřinov				1		Hier gerbt ein Jude in der von der Herrschaft gepachteten Branntweinbrennerei
5	Haniowitz				1		Der jüdische Pächter der obrigkeitlichen Gerberei arbeitet nur sog. „teutsches Leder". Der Pächter ist aus Wisternitz
6	Eiwanowitz in der Hanna				1		Eine Gerberei besteht nicht. Ein Jude gerbt in dem gepachteten Branntweinhause
7	Kojetein				1		Der jüdische Branntweinhauspächter hat von der Obrigkeit auch die Gerberei in Pacht
8	Goldenstein						Auf dieser Herrschaft gerben mitunter die Schuster
9	Kralitz in der Hanna				[1]		In dieser Gerberei wird notwendiger Reparaturen halber nicht gearbeitet
10	Ludeřow				1		Es besteht keine Gerberei. Ein Jude gerbt in der gepachteten Branntweinbrennerei
11	Mürau-Zwittau	Mürau			1		Die kleine Gerberei in Mürau hat ein Jude gepachtet, die Gerberei in Vierzighuben dagegen ein Christ
		Vierzighuben	1				
12	Olmütz Stadt	Kirwein			1		Die städtische Gerberei hat ein Jude in Pacht
		Fürtrag	1		10		

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Fortlaufende Zahl	Herrschaft	Ortschaft	Christl. Gerbereien, gepachtet oder eigen	Jüdische Gerbereien			Anmerkungen hinsichtlich der Produktion, des Pachtvertrages und der sozialen Stellung der Gerber
				eigene	gepachtete	mit 1 christl. Arbeiter	
		Übertrag	1		10		
13	Aussee		1				Die Gerberei hat ein Christ gepachtet
14	Pačlavic	Pornitz			1		Die herrschaftliche Gerberei in Pornitz hat der jüdische Branntweinbrennereipächter in Pacht
15	Plumenau	Moskowitz	1				Die herrschaftliche Gerberei hat ein Christ aus Proßnitz gepachtet. Auf der Herrschaft ist kein jüdischer Gerber
16	Proßnitz Stadt	Proßnitz	3				In der Stadt ist 1 fürstliche Gerberei. Außerdem haben 2 christliche Meister in ihren Häusern Gerbereiwerkstätten
17	Raubanina				1		Die herrschaftliche Gerberei hat ein Jude in Pacht
18	Sternberg Kloster	Waischowitz			1		Der jüdische Pächter des Klosterbranntweinhauses erzeugt bisweilen etwas Leder. Er hat keine eigene Gerberei
19	Tobitschau				1		Die herrschaftliche Gerberei ist an einen Juden verpachtet
20	Wisternitz				1		Die herrschaftliche Gerberei ist an einen Juden verpachtet
21	Hohenstadt				1		Die ganz kleine herrschaftliche Gerberei hat der jüd. Branntweinhauspächter in Pacht
		Zusammen	6	—	16	—	
		II. Brünner Kreis					
1	Blansko				1		Der jüdische Pächter der obrigkeitlichen Gerberei arbeitet bloß gewöhnliches Leder, das er auf der Herrschaft verkauft, keineswegs aber Sohlenleder
		Fürtrag			1		

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Fortlaufende Zahl	Herrschaft	Ortschaft	Christl. Gerbereien, gepachtet oder eigen	Jüdische Gerbereien			Anmerkungen hinsichtlich der Produktion, des Pachtvertrages und der sozialen Stellung der Gerber
				eigene	gepachtete	mit 1 christl. Arbeiter	
		Übertrag			1		
2	Lundenburg	Lundenburg			1		Hier stehen schon lange Zeit Juden als Gerber in den Diensten der Obrigkeit. Sie erzeugen jedoch bloß gewöhnliches Leder, wie sie es von ihren Vorfahren gelernt haben, und kein Sohlenleder. Sollte ihnen ihr Erwerb erschwert werden, so würden sie sich kaum ernähren. Die Lundenburger fürstliche Gerberei ist zusammen mit dem Branntweinhaus an einen Juden verpachtet, dieser hat sie aber seinerseits einem jüdischen Gerber weiterverpachtet, der ihm jährlich zum Pachtzins 100 fl. beiträgt.[18]
		Podiwin			1		In Podiwin leben 8 jüdische Gerber, die ihr Handwerk gleichfalls von ihren Eltern gelernt haben und die schon jahrelang in die fürstlichen Renten nach Lundenburg insgesamt 55 fl. jährlich an gemeinsamem Pachtzins entrichten. Es sind dies: Abraham Isaak, Berel Löwel, Löbel Isaak, Joachim Mandl, Abeli Moyses, Pinkes Aaron, Berl Pinkes und Aaron Isaak.[19]
3	Butschowitz	Butschowitz	1		1		In Butschowitz ist ein christlicher Gerber. Der jüdische Pächter des obrigkeitlichen Branntweinhauses hat auch die Gerberei gepachtet.[20]
		Bohuslawitz			1		Die obrigkeitliche Gerberei ist an einen Juden verpachtet.
4	Bistritz				1		Der jüdische Pächter erzeugt bloß gewöhnliches Leder
5	Ingrowitz				1		Der jüdische Pächter erzeugt bloß gewöhnliches Leder, wozu er die Häute auf der Herrschaft kauft
		Fürtrag	1		7		

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Fortlaufende Zahl	Herrschaft	Ortschaft	Christl. Gerbereien, gepachtet oder eigen	Jüdische Gerbereien			Anmerkungen hinsichtlich der Produktion, des Pachtvertrages und der sozialen Stellung der Gerber
				eigene	gepachtete	mit 1 christl. Arbeiter	
		Übertrag	1		7		
6	Kanitz	Kanitz	1				Die obrigkeitliche Gerberei ist an einen Kanitzer Juden verpachtet. In Kanitz ist außerdem ein selbständiger christlicher Meister. Beide Gerbereien erzeugen nicht nur gewöhnliches Leder, sondern auch Sohlenleder
		Wostitz			1		
7	Kunstadt				1		Der jüdische Pächter der obrigkeitlichen Gerberei arbeitet nur gewöhnliches Leder, wozu er die Häute auf der Herrschaft kauft
8	Eisgrub				1		
9	Morawetz				1		Der Gerbereipächter, ein Jude, verfertigt nur gewöhnliches Leder, wozu er die Häute auf der Herrschaft kauft
10	Neustadtl				1	1	Die obrigkeitliche Gerberei ist an einen Juden verpachtet, aber die Arbeit verrichten christliche Arbeiter. Auch Sohlenleder wird hier erzeugt.
11	Oslowan				1		[21]
12	Pernstein				1		Der jüdische Gerbereipächter kauft auf der Herrschaft die Häute auf und gerbt nur gewöhnliches Leder
13	Posoritz				[1]		Auf der Posoritzer Herrschaft besteht eine alte Gerberei, die aber gegenwärtig leersteht.[22]
14	Raitz				1		Der jüdische Gerbereipächter erzeugt kein Sohlenleder, sondern nur gewöhnliches Leder, wozu er die Häute auf der Herrschaft kauft
15	Austerlitz	Austerlitz			1		In beiden herrschaftlichen Gerbereien wird bloß gewöhnliches Leder erzeugt. Die Juden entrichten hiefür in die herrschaftlichen Renten einen jährlichen Pachtzins[23]
		Neu-Raußnitz			1		
		Fürtrag	2		17	1	

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Fortlaufende Zahl	Herrschaft	Ortschaft	Christl. Gerbereien gepachtet oder eigen	Jüdische Gerbereien			Anmerkungen hinsichtlich der Produktion, des Pachtvertrages und der sozialen Stellung der Gerber
				eigene	gepachtete	mit 1 christl. Arbeiter	
		Übertrag	2		17	1	
16	Tischnowitz Kloster				1		Auf der ganzen Herrschaft hat nur 1 Jude eine Gerberei gepachtet[34]
17	Saar Kloster	Saar	1			1	In der Klostergerberei arbeiten christliche Arbeiter an der Erzeugung von Sohlenleder zugunsten des Klosters. An der Erzeugung hat kein Jude einen Anteil
18	Groß-Seelowitz				1		
		Zusammen	3	—	19 [1]	2	
		III. Znaimer Kreis					
1	Hallenkau (Allinkau)				1		Der jüdische Gerbereipächter gerbt selbst
2	Grusbach				1	1	Die herrschaftliche Gerberei ist an einen Juden verpachtet, die Arbeit wird aber von einem christlichen Arbeiter verrichtet
3	Jamnitz				1		Der jüdische Gerbereipächter gerbt selbst
4	Jaispitz				1		Eine sehr kleine Gerberei an einen Juden verpachtet
5	Pullitz				1	1	Der jüdische Gerbereipächter hat einen gedungenen christlichen Meister
6	Sadek	Startsch			1		Eine ganz kleine Gerberei, von der Herrschaft an einen Juden verpachtet
7	Neu-Serowitz				1		
		Fürtrag			7	2	

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Fortlaufende Zahl	Herrschaft	Ortschaft	Christl. Gerbereien, gepachtet oder eigen	Jüdische Gerbereien			Anmerkungen hinsichtlich der Produktion, des Pachtvertrages und der sozialen Stellung der Gerber
				eigene	gepachtete	mit 1 christl. Arbeiter	
		Übertrag			7	2	
8	Ungarschitz				1	1	Der jüdische Gerbereipächter hat zur Arbeit einen gedungenen christlichen Meister
		Zusammen	—	—	8	3	
		IV. Prerauer Kreis					
1	Branky				1		Die herrschaftliche Gerberei ist an einen Juden gegen Jahreszins verpachtet
2	Drzewohostitz				1		Die herrschaftliche Gerberei ist an einen Juden gegen Jahreszins verpachtet
3	Holleschau				4		Sämtliche 4 Gerbereien sind an Juden verpachtet; die Standorte werden jedoch nicht gemeldet
4	Keltsch				1		Die herrschaftliche Gerberei ist an einen Juden verpachtet
5	Leipnik				1		Die herrschaftliche Gerberei ist an einen Juden verpachtet
6	Leschna				[1]		In der Gerberei wird nicht gearbeitet
7	Moschtěnitz				1		Die Gerberei ist an einen Juden verpachtet
8	Paskau				1	1	Der jüdische Gerbereipächter hat zur Gerbarbeit einen christlichen Arbeiter gedungen
9	Bodenstadt				1		Außer der Gerberei hat ein Jude auch das Branntweinhaus in Pacht
10	Prerau	Prerau			1		Die Gerberei ist an einen Juden verpachtet
11	Przestawlk				1		Die Gerberei ist an einen Juden verpachtet
12	Sedlnitz				1		Die Gerberei ist an einen Juden verpachtet
		Fürtrag			14	1	

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Fortlaufende Zahl	Herrschaft	Ortschaft	Christl. Gerbereien gepachtet oder eigen	Jüdische Gerbereien			Anmerkungen hinsichtlich der Produktion, des Pachtvertrages und der sozialen Stellung der Gerber
				eigene	gepachtete	mit 1 christl. Arbeiter	
		Übertrag			14	1	
13	Trnawka				1		Der jüdische Gerbereipächter hat auch das herrschaftliche Branntweinhaus in Pacht
14	Wschechowitz				1		Der Gerbereipächter ist ein Jude
		Zusammen	—	—	16 [17]	1	
		V. Ungarisch-Hradischer Kreis					
1	Ungarisch Brod				1		In einer kleinen obrigkeitlichen Gerberei arbeitet ein Jude nur schlechtes Leder. Mitunter gerben die Ungarisch-Broder Untertanen selbst Häute, namentlich von gefallenem Vieh, und erzeugen Paputschen
2	Brzezolup				1		Ein Jude hat die Gerberei um einen Jahreszins von 15 fl. gepachtet. Er arbeitet jedoch nur schlechtes Leder und kann sich dabei kaum ernähren; einen christlichen Arbeiter kann er sich überhaupt nicht halten[26]
3	Koritschan				1		Der jüdische Gerbereipächter zahlt jährlich 20 fl. Zins; er erzeugt nur schlechtes Leder
4	Kosteletz				1		Der jüdische Gerber arbeitet nicht, aus Mangel an Platz und Geld
5	Kwassitz				1		Die obrigkeitliche Gerberei ist zusammen mit dem Branntweinhaus an den Juden Marcus Wolff verpachtet. Er gerbt aber bloß dann, wenn in der Gegend Viehseuchen herrschen und Rohhäute leicht zu erlangen sind. Es ist daher unmöglich, daß eine solche kleine Gerberei den jüdischen Pächter und noch dazu einen christlichen Arbeiter ernähre, wenn sie in gegenwärtiger Zeit kaum prosperiert[27]
		Fürtrag			5		

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Fortlaufende Zahl	Herrschaft	Ortschaft	Christl. Gerbereien, gepachtet oder eigen	Jüdische Gerbereien			Anmerkungen hinsichtlich der Produktion, des Pachtvertrages und der sozialen Stellung der Gerber
				eigene	gepachtete	mit 1 christl. Arbeiter	
		Übertrag			5		
6	Gaya Stadt	Gaya		2			Die Juden Marcus Löbel und Abraham Lederer haben in ihren Häusern kleine Gerbereien. Sie erzeugen aber kein Sohlenleder, sondern bloß gewöhnliches, und entrichten in die Stadtkasse 15 fl. jährlich für die Gewerbebefugnis[28]
7	Lukow				1		Der jüdische Gerbereipächter zahlt der Obrigkeit jährlich 30 fl. Zins. Er erzeugt bloß gewöhnliches Leder und die Obrigkeit stellt ihm außer der Rohhäute und der Lohe alles Nötige bei. Trotzdem hat der Jude bei der Gerberei ein sehr hartes Brot und kann sich unmöglich einen christlichen Arbeiter halten
8	Millotitz-Swatoborzitz				1		Die Gerberei ist an einen Juden verpachtet
9	Napajedl		1				Auf der Herrschaft ist eine sehr schlechte Gerberei und es arbeiten darin christliche Schuster
10	Ostrau	Ostrau			1		Die herrschaftliche Gerberei ist an zwei Juden verpachtet, die jedoch nur schlechtes Leder erzeugen. Sonst ist auf der ganzen Herrschaft weder ein christlicher noch ein jüdischer Gerber[28]
11	Strassnitz				1		Die Obrigkeit würde es lieber sehen, wenn die Gerberei statt an einen Juden an einen Christen verpachtet wäre
12	Swětlau				1		Die herrschaftliche Gerberei ist an einen Juden um den Jahreszins von 50 fl. verpachtet. Er erzeugt nur schlechtes Leder und kann sich keinen christlichen Arbeiter halten
		Fürtrag	1	2	10		

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Fortlaufende Zahl	Herrschaft	Ortschaft	Christl. Gerbereien, gepachtet oder eigen	Jüdische Gerbereien			Anmerkungen hinsichtlich der Produktion, des Pachtvertrages und der sozialen Stellung der Gerber
				eigene	gepachtete	mit 1 christl. Arbeiter	
		Übertrag	1	2	10		
13	Weseli				1		Der jüdische Gerbereipächter kann keinen christlichen Arbeiter halten
14	Wisowitz				1		Die herrschaftliche Gerberei ist an einen Juden um den Jahreszins von 70 fl. verpachtet. Er erzeugt jedoch nur schlechtes Leder und kann keinen christlichen Arbeiter halten, da er sich selbst kaum ernährt
15	Wsetin						Die christlichen Schuster in der Umgebung gerben selbst, ein jüdischer Gerber ist auf der Herrschaft nicht vorhanden
16	Zlin				1		Auf der Herrschaft besteht nur eine einzige, an einen Juden verpachtete und sehr schlechte Gerberei. Sohlenleder wird darin überhaupt nicht erzeugt, sondern nur gelegentlich gewöhnliches Leder
		Zusammen	1	2	13	—	
		VI. Iglauer Kreis					
1	Pirnitz				2		Auf der Herrschaft Pirnitz gibt es keinen christlichen Gerber, lediglich 2 jüdische: Joachim und Elias Lederer. Bisweilen gerben auch einige Schuster einige minderwertige Ware[32]
2	Trebitsch				5		Auf der Herrschaft Trebitsch sind 5 herrschaftliche Gerbereien an Juden verpachtet, aber es werden bloß Kalbs- und Schafhäute gegerbt, keineswegs aber Sohlenleder[33]
		Zusammen	—	—	7	—	

Fassen wir die Angaben aus sämtlichen sechs mährischen Kreisen zu einer übersichtlichen Summartabelle zusammen, so erkennen wir das gewaltige Übergewicht der Juden im mährischen Gerbereiwesen, insofern es sich namentlich in den herrschaftlichen Gerbereien konzentrierte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Übersicht

Kreis	Christl. Gerbereien gepachtet oder eigen	Jüdische Gerbereien			Anzahl der Fälle, in denen die Gerbereien mit einer Branntweinbrennerei verbunden sind
		eigene	gepachtete	mit einem christlichen Arbeiter	
Olmütz	6	—	16	—	8
Brünn	3	—	19	2	2
Znaim	—	—	8	3	—
Prerau	—	—	16	1	2
Ungarisch-Hradisch . .	1	2	13	—	1
Iglau	—	—	7	—	—
Zusammen	10	2	79	6	13

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Anmerkungen

[1] Diese Studie ist aufgrund bisher unbekannter Akten der böhm. Hofk. (ČDK) geschrieben, die gegenwärtig im Archiv des Min. I. in Prag in der Abt. der Personalprivilegien unter dem Schlagwort „Dumoulin" (auch: Du Moulen) erliegen, Sign. IV D 7c. – Am 3. Mai 1719 wurde dem Jakob Dumoulin, Gerbermeister aus Maastricht in Holland, von Kaiser Karl VI. das Privilegium erteilt, das Gerberhandwerk frei in Prag auszuüben. Diesem kaiserl. Gnadenakte ist eine Masse Akten beigeschlossen, die sich auf Dumoulins Gesuch beziehen, wie z. B. ein Fachgutachten der Prager Gerber über die Fertigkeit des Bittstellers u. a., und darunter auch ein ziemlich umfangreiches Schriftenbündel über den Zustand des jüdischen Gerbereiwesens in Mähren. Wie diese Akten zum Dumoulinschen Gesuche kommen, ist nicht leicht zu erklären. Vermutlich wurde vor Erteilung des Privilegs an Dumoulin der Zustand des Gerbereiwesens im Lande verhandelt und hiebei als Muster das Aktenkonvolut über eine ähnliche Aktion in Mähren benützt, die, von der Wiener Regierung angeregt, den Aufschwung des Gebereiwesens im Lande bezweckte. Vielleicht erwog man eine ähnliche Aktion auch für Böhmen.

Das Thema unserer Studie ist fast völlig neu. Die Literatur über die Entwicklung des Gerbereiwesens in Mähren ist ganz unbedeutend. Abgesehen von den älteren Studien *d'Elverts* (ich meine da seine „Schriften der historisch-statistischen Sektion", Bd. XV, wo sich auf den Seiten 606 bis 633 ein Kapitel findet mit der Aufschrift „Die Leder-Fabrikation", das jedoch für unser Thema nicht das geringste bringt), gibt es eigentlich keine Arbeit, die sich ausschließlich mit der Entwicklung der Gerberei in Mähren in unserem Zeitpunkte befassen würde. Soweit sich d'Elvert mit der Geschichte des mähr. Gerbereiwesens beschäftigt, sind seine Nachrichten äußerst dürftig – für unsere Zeit bietet er überhaupt keine Nachricht – und sie fließen erst bei der Schilderung der Anfänge einer Blüte des Gerbereiwesens in theresianischer Zeit etwas reicher, als es zur Industrialisierung dieses Handwerkszweiges kam. – Ein gutes Urteil über die allgemeinen Grundsätze industrieller Betätigung zu Beginn des 18. Jhdt. in Mähren ermöglicht die interessante Studie von *J. Šebánek:* Textilní podniky moravských Kouniců. – Z dějin industrialisace na Moravě na počátku 18. stol. (Die Textilunternehmungen der mährischen Kaunitze. – Aus der Geschichte der Industrialisierung in Mähren zu Beginn des 18. Jhdt.; Časopis Matice Moravské, Jahrg. LV); die Studie handelt zwar von der Entwicklung eines anderen Industriezweiges, aber die Schilderung wirtschaftlichen Unternehmertums in Mähren ist auch für unser Gebiet wertvoll. Bei Šebánek findet sich dann die hauptsächlichste Literatur zur Geschichte des mähr. Merkantilismus verzeichnet.

[2] Damit erklärt sich auch das riesige Übergewicht der Juden als Gerbereipächter. Die beigeschlossenen Tabellen zeigen, daß eigentlich alle jüdischen Gerber mit der belanglosen Ausnahme zweier Juden in der Stadt Gaya bloße Pächter waren.

[3] Er tat dies mit der Zuschrift v. 22. März 1719. – [4] Das wird von Sack in seinem Gutachten ausdrücklich betont. – [5] Schubirz datiert sein Gutachten an das mähr. Landestribunal v. 17. März 1719. – [6] Zuschrift v. 21. März 1719.

[7] Die Sache war freilich nicht so einfach, wie sich sie der Znaimer Kreishauptmann vorstellte. Er machte sich vermutlich nicht klar, daß es unter diesen stellenlosen christlichen Arbeitern eine ganze Reihe geschickter Fachleute gab, die sich gerade wegen der Zunftschranken nicht vom Fleck rühren konnten. Besonders dann, wenn es eine größere Anzahl gelernter christlicher Arbeiter gab, war es für sie nicht leicht, eine systemisierte Meisterstelle in der Zunft zu finden, ja es blieb ihnen nichts anderes übrig, als ihr ganzes Leben lang unselbständig zu bleiben. Erwägen wir weiter, daß außerhalb der Zunft der selbständige Gewerbebetrieb unstatthaft war, so verstehen wir, weshalb sich vielfach diese ausgelernten Arbeiter lieber einen andern Weg wählten, nämlich die sogenannte „Pfuscherei" in jüdi-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

schen Werkstätten. Daß auf diesem Wege auch eine Reihe nicht voll ausgelernter Personen den Lebensunterhalt suchte, ist nur natürlich. Diese Erscheinung war damals fast in allen Handwerkszweigen verbreitet. Licht auf diese Zeiterscheinung mitbezug auf das jüdische Element wirft z. T. die Studie von *B. Heilig:* Die Vorläufer der mährischen Konfektionsindustrie in ihrem Kampf mit den Zünften (hist. Jahrb., III-1931); seine Ausführungen kann man ruhig auf die Darstellung des Lebens in den übrigen Zweigen handwerklicher Produktion übertragen.

[8] Zuschrift dd. Olmütz den 8. März 1719.

[9] Es ist beachtenswert, daß gerade die Hauptleute zweier Nachbarkreise, des Olmützer und des Prerauer, übereinstimmende Gutachten einbrachten, die sich in Gegensatz zu den Gutachten der übrigen vier Kreishauptleute stellten welche den Vorschlag des Hofes mehr skeptisch beurteilten, ja ihn vielmehr als schwer durchführbar ablehnten oder doch stark ergänzten und berichtigten.

[10] Zuschrift dd. Holeschau den 4. April 1719.

[11] Wir werden weiter unten aus der betreffenden Tabelle aus der Höhe des von den Juden für die Gerbereien entrichteten Pachtschillings ersehen, daß Rottals Ansicht übertrieben war. Denn eine Gerberei, wie z. B. die in Wisowitz, von der der Pächter einen Jahreszins von 70 fl. entrichtete, konnte nicht zu den geringsten gehören. Wie widersinnig nimmt sich da aus, wenn die Wisowitzer Obrigkeit angibt, sie beziehe vom Juden als Pachtzins nur 70 fl. jährlich, und wenn sie in einen Atem bemerkt, die Gerberei arbeite nur schlechtes Leder und der jüdische Pächter könne keinen christlichen Arbeiter halten, da er sich selbst kaum ernähre. Man kann für wahrscheinlich halten, daß die Obrigkeiten bemüht waren, die Lage ihrer jüdischen Gerber schlimmer zu schildern, als sie tatsächlich war, wohl aus Furcht vor dem Fiskus, und daß sie nur so viel angaben, als öffentlich bekannt oder doch leicht feststellbar war, wie z. B. die genau formulierten Pachtverträge, daß sie aber im übrigen den Zustand der Gerbereien in den schwärzesten Farben malten.

[12] In der Kopie der Rottalschen Zuschrift ist dieser Teil des Gutachtens unverständlich. Der Kopist hat vermutlich beim Abschreiben ein Wort ausgelassen, nämlich das Subjekt eines ganzen eingeschalteten Satzes. – Die Sachlage könnte so sein: die Juden als Großlieferanten von Rohstoffen für die mannigfachsten Handwerke belieferten auch diese christlichen Kleingerber mit Lohe und andern Bedarfsartikeln und sie würden trachten, sich auf diesem Wege für den durch ihre Ausschaltung aus der eigentlichen Gerbereiproduktion erlittenen Verlust schadlos zu halten.

[13] Hier muß das Gutachten des Bürgermeisters der Stadt Gaya vom 1. April 1719 an den Kreishauptmann Rottal erwähnt werden. Es ist beachtenswert, da es den Standpunkt der autonomen Gemeinde zum jüdischen Handwerksbetrieb spiegelt. An die Anzeige, daß in der Stadt zwei Juden ihre eigenen Gerbereien besitzen, knüpfte der Bürgermeister auch Bemerkungen über ihr Verhältnis zur Gemeindeautonomie und kam auch auf die Wiener Reformvorschläge zu sprechen. Die beiden Juden besitzen zwar die Häuser samt den Werkstätten zu eigen, aber das eigentliche Handwerksrecht steht der Stadt zu, die es auch wem immer verpachten kann. Und darum erblickt der Bürgermeister von Gaya in dem Versuche, die Juden zur Einstellung christlicher Gerber in ihren Betrieb zu zwingen, einen Eingriff in die Stadt- und Zunftrechte. Auch hier wehrt sich also die Stadtverwaltung ihrer Rechte und namentlich ihrer Einkünfte, die aus der Verpachtung des Gerbereirechtes an die Juden in ihren Säckel fließen.

[14] Zuschrift dd. Iglau den 29. April 1719.

[15] Im Texte des Iglauer Kreishauptmannes ist dieser ganze Einwand äußerst bündig gefaßt, nämlich: „ob periculum perversionis ratione nimiae communicationis". Wäre dieser Einwand als „Gefahr des Übertrittes zum Judentum" zu verstehen, so müßte er als unwahrscheinlich, ja gegenstandslos abgelehnt werden, denn es ist nicht anzunehmen, daß der Jude auf seinen Arbeitnehmer einen solchen Zwang ausüben würde, der die Konversion des Arbeiters zur Folge hätte. Es scheint mir daher viel wahrscheinlicher, daß Rzikowsky befürchtete, die christ-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lichen Arbeiter könnten in ihrem religiösen Eifer nachlassen und lau werden. Daß dieser Einwand jedoch an erster Stelle steht, beweist, daß der Hauptmann gegen die Juden eingenommen war.

[16] Dieses Schriftstück mit dem Gutachten des Landeshauptmanns bildet die Hauptquelle unserer Studie; es umfaßt zehn Bogen und trägt auf der ersten Seite die Aufschrift: „Das königliche Tribunal in Mähren berichtet, wie viel Gerbereyen daselbsten befündlich, und rathet gutachtlich ein, wie und auf was Weise denen in denen Jüdischen Vortheilhaftigkeiten in Fabricirung des Lebens gesteuert und vorgebogen werden könnte". Diesem Akt ist ein Bündel Begleitakten beigeschlossen, die einzelnen Relationen der Kreishauptleute und einiger Oberämter, die Konsignationen der jüdischen Gerbereien und die Tagebücher der Kreisboten. Alles abschriftlich.

[17] So ist z. B. die fehlerhafte Addition im Gerbereienverzeichnis des Olmützer und Brünner Kreises sehr auffällig.

[18] Zuschrift des Lundenburger fürstlichen Hauptmannes an das Kreisamt in Brünn vom 9. März 1719.

[19] Dortselbst. – Nach Fr. J. Schwoy, Topographie vom Markgrafthum Mähren (Wien 1793), hatte Podiwin 344 jüdische Einwohner.

[20] Zuschrift des Butschowitzer Hauptmanns an das Kreisamt in Brünn vom 10. März 1719.

[21] In dem Verzeichnis, das der mährische Landeshauptmann nach Wien sandte, findet sich diese Gerberei nicht verzeichnet. Dagegen erscheint im Eintragbuch des Kreisboten angegeben, daß die obrigkeitliche Gerberei in Oslowan an einen Juden verpachtet war.

[22] Der Posofitzer Hauptmann an den Kreishauptmann in Brünn am 3. März 1719. – [23] Der Tischnowitzer Verwalter an den Kreishauptmann in Brünn am 25. Feber 1719. – [24] Der Austerlitzer Hauptmann an das Kreisamt in Brünn am 26. Feber 1719. – [25] Der Ungarisch-Broder Hauptmann an das Kreisamt in Holleschau am 26. März 1719. – [26] Der Brzezoluper Hauptmann an das Kreisamt in Holleschau am 26. März 1719. – [27] Der Kwassitzer Hauptmann an das Kreisamt in Holleschau am 22. März 1719.

[28] Gutachten des Bürgermeisters der Stadt Gaya vom 1. April 1719. – Wir wissen bereits aus andrer Quelle, daß sich die Stadt für berechtigt hielt, das Gerbereirecht beliebig zu verpachten. In diesem Falle bezog sie einen Zins für die Gerbereibefugnis. Die Gerbereien der beiden Juden in Gaya gehörten ihnen zwar materiell zu eigen, aber die Betriebsbefugnis war Eigentum der Stadt, die sie wem immer verleihen konnte.

[29] Der Ostrauer Hauptmann an das Kreisamt in Holleschau am 31. März 1719. – [30] Der Zliner Hauptmann an das Kreisamt in Holleschau am 31. März 1719.

[31] Die Unvollständigkeit dieser Tabelle führe ich auf die Unvollständigkeit des Materiales zurück. Weder eine genaue Konsignation noch das Eintragbuch des Kreisboten trafen vom Kreisamte rechtzeitig in Brünn ein.

[32] Über die Verhältnisse der Judengemeinde in Pirnitz und über ihr Wirtschaftsleben unterrichtet gut die Studie von *B. Bretholz:* Die Judenschaft einer mährischen Kleinstadt, Markt Pirnitz, im XVIII. Jhdt. (hist. Jahrb., II. Jahrg. 1930). Im Jahre 1746 kennt Bretholz in Pirnitz bereits vier Gerbereien und einen Lederhändler. Bei Bretholz erfahren wir auch von dem späteren Pirnitzer jüdischen Gerber David Austerlitz, einem großen Unternehmer und Pächter herrschaftlicher Industrieobjekte.

[33] Daß es auf der Herrschaft Trebitsch nicht bloß jüdische Gerber gab, das beweisen die Worte Rzikowskys selbst, der in seinem Gutachten ausdrücklich schreibt, es gebe namentlich in Trebitsch mehrere christliche Meister, die bis nach Böhmen ihrem Erwerbe nachgehen müßten. Doch gedenkt er ihrer in seiner lückenhaften Konsignation mit keinem Worte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Das Judenpatent von 1797

Von Dr. Simon Adler

—

Das Judenpatent von 1797, das im Folgenden veröffentlicht wird, ist die wichtigste Quelle für die Erkenntnis der rechtlichen Verhältnisse, unter welchen die Juden in Böhmen ein halbes Jahrhundert, nämlich bis zum Jahre 1848, gelebt haben. Das Patent bedeutete unzweifelhaft einen Fortschritt in der Gesetzgebung für die Juden, aber es war bei weitem nicht das, was die Juden selbst erwarteten. Das ersieht man aus einer sehr umfangreichen Beschwerdeschrift der jüdischen Gemeinde in Prag, die an anderer Stelle veröffentlicht werden wird und aus der hier nur Weniges mitgeteilt werden kann. Dagegen sei hier noch ein anderes Aktenstück, die Antwort der österreichischen Regierung, im Wortlaute mitgeteilt, weil dieselbe die Anschauungen der höchsten Behörde wiedergibt und daher als Ergänzung des Judenpatents anzusehen ist.[1]

Dem Abdrucke des Judenpatents geht eine Inhaltsangabe voraus, an deren einzelne Kapitel sich die Bitte der Judenschaft um Abänderung anschließt.

I.

Im Kapitel I §§ 1–12 „Religion", wird verfügt, daß die Ausübung der jüdischen Religion, soweit sie mit dem Gesetze und den Landesverordnungen nicht im Widerspruch stehe, frei und ungehindert gestattet sei. Es steht den Juden frei, einen Rabbiner anzustellen. Es kann aber kein Jude gezwungen werden, einen Beitrag zur Besoldung desselben zu leisten. Derjenige, der zum Rabbiner gewählt wird, muß

1. ein Inländer sein,
2. sich über die „Kenntnisse des deutschen Schulunterrichts" ausweisen,
3. ein Mann von unbescholtenem Wandel und guten Sitten sein,
4. die philosophischen Studien an einer inländischen Universität gemacht haben und
5. fähig sein, im Talmud Unterricht zu erteilen.

Religionslehrer, Vorbeter und Synagogendiener (Schamosim) können nach Wunsch der Judenschaft angestellt werden, müssen jedoch ihr Wohnrecht in dem Orte haben, für den sie bestellt werden. Das Kreisamt bestätigt sie, wenn sie ein Sittenzeugnis und ein Zeugnis über den empfangenen deutschen Schulunterricht vorlegen.

Wanderprediger und Gastkantoren sollen nicht geduldet werden und sind von den Behörden als Landstreicher zu behandeln.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Mit der Aufsicht über die Führung der jüdischen Matrik wird der katholische Ortspfarrer betraut, dem auch am Ende eines jeden Jahres ein genauer Auszug aus den Geburts-, Trauungs- und Sterbebüchern übergeben werden muß.

Keine Beschneidung darf vorgenommen werden, wenn nicht der Meldezettel der Obrigkeit vorliegt. Eine Trauung darf nur vollzogen werden, wenn die Landesstelle die Erlaubnis gegeben hat, und ein Begräbnis nur stattfinden, wenn ein amtlicher Beschauzettel erteilt wurde.

Bereits bestehende Synagogen und Betlokale dürfen ausgebessert oder aufs neue erbaut werden. Ein ständiger Privatgottesdienst darf nur gegen Erlag einer Jahrestaxe von 50 fl. abgehalten werden. Nur jene jüdische Vereinigung darf gegen Entrichtung einer Kammeraltaxe einen Friedhof anlegen, die einen Rabbiner hat.[1]

Gegen diese Bestimmungen erhob die böhmische Judenschaft in einer Eingabe vom 10. Dezember 1798 entschiedenen Einspruch. Es wird gesagt, daß der Rabbiner nicht von der Gemeindekasse besoldet, sondern nur von freiwilligen Beiträgen erhalten werden sollte, einen schweren Schaden bringe. Der innere Friede in der jüdischen Gemeinde werde dadurch unterwühlt und Anlaß zu Zwistigkeiten gegeben.

Was die Ausbildung der Rabbiner betreffe, so sei zu befürchten, daß die Rabbinatskandidaten durch den Studienzwang an den Universitäten das theologische Studium vernachlässigen oder sich weit einträglicheren Berufen zuwenden würden.

II.

Im Kapitel II §§ 13–17, das die Überschrift „Unterricht" trägt, wird angeordnet, daß die jüdischen Schulen nach den Grundsätzen der deutschen Schulen eingerichtet werden müssen. Wenn die Möglichkeit der Erhaltung einer jüdischen Schule nicht gegeben ist, so sollen die jüdischen Kinder die christlichen Schulen besuchen. Den Lehrern dieser Schulen wird die Verordnung vom 15. Dezember 1782 über das Verhalten der christlichen Lehrer jüdischen Schülern gegenüber in Erinnerung gebracht.[2]

Die jüdischen Lehrer sollen gleichzeitig beeidete Übersetzer aus dem Hebräischen sein. Den jüdischen Schülern soll die Teilnahme am Talmudunterrichte erst erlaubt werden, wenn sie eine schriftliche Bewilligung des christlichen Schuloberaufsehers beibringen. Diese wird erst nach einer strengen und erfolgreichen Prüfung in der deutschen Sprache erteilt.

Die im Auslande gedruckten Religionsbücher müssen in Wien oder Prag dem Zensor vorgelegt werden. Nach Ablauf von drei Jahren dürfen die im Auslande gedruckten Religionsbücher auch im Privatgebrauche nicht verwendet werden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Jeder Jude, der nach 1770 geboren ist, muß vor seiner Trauung ein Zeugnis über seine deutschen Sprachkenntnisse vorlegen.

Den jüdischen Lehramtskandidaten wird der Besuch der Hauptschule in Prag empfohlen und es werden ihnen Stipendien in Aussicht gestellt. Den jüdischen Studenten wird der Besuch der philosophischen, juristischen und medizinischen Fakultät gestattet.

Gegen diese Bestimmungen erhob die Judenschaft Einwendung. Es wird sehr weitläufig dargelegt, daß es für die Juden sehr demütigend sei, daß das Talmudstudium der jüdischen Jugend vom Ermessen des nichtjüdischen Schuloberaufsehers abhängig gemacht werde.

Eine Erschwerung des Talmudstudiums (das damals in Böhmen noch sehr gepflegt wurde) sei das Verbot der Einfuhr jüdischer Bücher.

Sehr bemerkenswert ist die in der Eingabe enthaltene Bitte der Juden, die Statthalterei (Gubernium) möge die Zensoren anweisen, daß sie sich um die Religionsmeinung der Juden nicht kümmern solle. Die Antwort der Regierung, das sei hier vorweggenommen, war eine scharfe Rüge, welche der Judenschaft erteilt wurde.

Eine besondere Erschwerung erblickten die Juden im § 16. Es wird hier für die jüdischen Heiratsbewerber, die im Jahre 1786 das sechzehnte Lebensjahr noch nicht erreicht, ein Zeugnis über den Normalunterricht verlangt, während ein Hofkanzleidekret vom Jahre 1786 die Juden, die damals das dreizehnte Lebensjahr bereits erreicht hatten, vom Beibringen eines solchen Zeugnisses befreit hatte.

III.

Kapitel III. §§ 18–24 behandelt die „jüdische Gemeindeverfassung".

Eine Judengemeinde besteht nur in Prag. Auf dem Lande gibt es nur freiwillige religiöse Vereinigungen. Es sind daher auf dem Lande keine jüdischen Gemeindevorsteher notwendig.

Zum jüdischen Gemeindevorsteher in Prag kann nur jener gewählt werden, der sich

1. über den erhaltenen deutschen Schulunterricht auszuweisen vermag. Den Vorzug erhält derjenige, der Zeugnisse über die vollendeten philosophischen Studien vorlegen kann.
2. Der ein Mitglied der Gemeinde ist und der
3. ein eigenes Haus besitzt.

Das Wahlrecht haben die Hauseigentümer in der Gemeinde.

Die Wahl soll alle drei Jahre vorgenommen werden. Es werden zwölf Kandidaten gewählt. Von diesen schlägt der Magistrat sechs der Landesstelle vor, die die Gemeindevorsteher ernennt. Bei Streitigkeiten ernennt die Landesstelle aus eigener Macht die Gemeindevorsteher.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Die Gemeindevorsteher treten ihr Amt am 1. November nach der Wahl an. Sie haben die Rechte der Gemeinde zu verteidigen, für die Verpflegung der Armen zu sorgen und die Gemeindeumlagen einzuheben. Die Vorsteher sollen von den Gemeindemitgliedern in Ehren gehalten und ihr Amt soll ihnen durch Gehorsam und Folgsamkeit erleichtert werden. Sie erhalten eine jährliche Besoldung. Diese Bestimmungen fanden bei den Juden Zustimmung.

IV.

Kapitel IV §§ 25–42 befaßt sich mit den „Heiratsbeschränkungen", die der böhmischen Judenschaft auferlegt wurden. Die Zahl der jüdischen Familien wird nach den Bestimmungen vom Jahre 1789 auf 8600 festgesetzt. Diese Zahl darf nicht überschritten werden. Den jüdischen Familien wird nur in jenen Orten das Wohnrecht zugesprochen, wo bereits im Jahre 1725 Juden geduldet worden waren. Es sollten Judenfamilien-Konsignationen angelegt werden. Jede Familie soll eine Doppelnummer haben. Erstens die fortlaufende des ganzen Königreichs und dann jene, unter welcher die Familie auf ihrer Schutzherrschaft (Dominium) eingetragen ist.

In einer berechtigten Judenfamilie ist die Heirat dem erstgeborenen Sohne bei Lebzeiten des Vaters gestattet, niemals aber dem zweiten Sohne oder dem Enkel, wenn dieser nicht in eine erledigte Familiennummer einrückt.

Jene Juden, welche sich freiwillig dem Militärdienste widmen, können die Heiratsbewilligung ohne Unterschied der Geburtsfolge erhalten. Ebenso diejenigen, die sich dem Ackerbaue widmen und ihn persönlich betreiben, oder diejenigen, die ein ordentliches Zunftgewerbe, nach den bestehenden Vorschriften, drei Jahre ausüben (§ 51). Ferner unterliegen keiner Heiratsbeschränkung die Rabbiner und die geprüften Lehrer. Bei der „Heiratsbewerbung" muß der Bräutigam wenigstens 22 Jahre, die Braut 18 Jahre alt sein. Die Brautleute müssen auf dem Lande ein Vermögen von 300 fl. und in Prag ein solches von 500 fl. nachweisen. Wenn eine fremde Jüdin einen berechtigten Juden (Familianten) in Böhmen heiraten will, so muß sie 5000 fl. ins Land bringen. Fremde Juden können in Böhmen nur die Niederlassung erlangen, wenn sie für das Wohnen auf dem Lande ein Vermögen von 10.000 fl., für die Seßhaftigkeit in Prag ein solches von 20.000 fl. nachweisen. Es sei bemerkt, daß die Bestimmung über die Zahl der in Böhmen zugelassenen Judenfamilien über ihre Heiratsbeschränkungen auf ein Hofdekret vom 25. September 1726 zurückgeht. Es sollte ursprünglich nur eine Interimsverfügung sein, bis die Reduktionspläne der Stadt- und der Landesverwaltung durchgeführt wären. Während die Reduktionsversuche im Jahre 1729 endgültig scheiterten,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

blieb das Ehe- und Familiantengesetz, das im vorliegenden Patente aufgenommen wurde, bis zum Jahre 1859 in Kraft.

Die böhmische Judenschaft wandte sich in geradezu leidenschaftlichem Ton gegen die Bestimmungen über die Heiratsbeschränkung. Sie hätten Beschimpfungen und Bedrückungen, ja selbst Vertreibungen und Plünderungen mit Geduld und Ergebung in göttlichen Willen ertragen; durch die Aufnahme der Ehebeschränkung im Judenpatente seien sie jedoch besonders gekränkt. Die Eingabe enthält die Bitte an den Kaiser, er möge die jüdischen Einwohner denselben Ehegesetzen unterwerfen wie die anderen Einwohner Böhmens. Zum freiwilligen Militärdienste könne man sich nur zu Kriegszeiten melden und es sei auch die körperliche Eignung Voraussetzung. Der Ackerbau könne von Juden nur dann betrieben werden, wenn sie nicht nur als Pächter, sondern auch als Eigentümer von Grund und Boden zugelassen werden. Die Möglichkeit, daß die Juden sich im Zunftgewerbe betätigen, sei sehr gering, wie an einem Beispiele gezeigt wird.[4]

Die Erleichterungen, welche diesen Gruppen gewährt seien, seien nur Schein. Wenigstens sollte den jüdischen Ärzten, Advokaten und „ausgezeichneten Handelsleuten" die Eheschließung gestattet werden, auch wenn sie nicht erstgeborene Söhne wären. Auch hier sei gleich die Antwort der Regierung kurz erwähnt. Die Bitte der Juden wurde abgelehnt mit der Begründung, man wolle die Juden vom Handelsstande abhalten und jüdische Ärzte und Advokaten gebe es schon genug.

V.

Kapitel V §§ 43–54 ordnet die „Nahrungswege der Juden". Verboten war ihnen die Pachtung von Schankhäusern, von Mahlmühlen und von einer Gerichtsbarkeit. Erlaubt war die Pachtung von obrigkeitlichen Gründen, die sie mit eigenen Händen oder durch andere Juden bearbeiten mußten.

Sie dürfen Wechselstuben und Großhandlungen errichten und mit in- und ausländischen Schnitt-, Spezerei- und Gemischtwaren handeln.

Vom Handwerk stehen ihnen alle Arten von Kommerzial- und Polizeigewerben offen. Sie sind von christlichen Meistern als Lehrjungen aufzunehmen und zu Gesellen zu befördern. Den jüdischen Handwerkermeistern wird gestattet, besondere Innungen zu bilden, die den Zunftgeneralien unterworfen sind. Die christlichen Zunftvorsteher müssen über den freizusprechenden Lehrling oder über den zum Meister zu befördernden Gesellen ihr Urteil abgeben (§ 47). Wenn ein Jude nach Verlauf eines Jahres einen der erlaubten Berufe nicht gewählt hat oder seine Geschäftsbücher nicht in deutscher Sprache führt, so wird er als Schädling des Landes verwiesen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

In der erwähnten Beschwerdeschrift der Juden wird darauf hingewiesen, daß die Juden Böhmens kaum zwei Prozent der Bevölkerung bilden und die Seele des inländischen Handels sind, während die nichtjüdischen Handelshäuser sich in erster Reihe mit Import befassen, treiben die jüdischen Kaufleute Export und geben dadurch tausenden Mitbewohnern Arbeit und Brot.

Besonders hart sei die Bestimmung über eventuelle Landesverweisung. Was sollten all die bejahrten Männer machen, die sich bisher ehrbar ernährt haben und nun kein anderes erlaubtes Gewerbe wählen können. Sollten sie aus diesem Grunde des Landes verwiesen werden?

VI.

Die „Rechtsbehörden" werden im Kapitel VI §§ 55–60 besprochen. Die Judenschaft ist in politischen Angelegenheiten der Landesobrigkeit unterworfen. Gesuche oder Beschwerden in politischen Angelegenheiten müssen zunächst bei der Grundobrigkeit eingereicht werden, diese leitet sie an das Kreisamt, das sie der Landesstelle vorlegt. Bei Streitigkeiten innerhalb der Gemeinde entscheidet die Ortsobrigkeit.

In Rechtssachen ist die Judenschaft den ordentlichen Gerichten unterworfen. Den Rabbinern wurde die Ausübung einer Gerichtsbarkeit bei Strafe verboten.

VII.

Das letzte Kapitel VII, § 61–63 setzt die „Pflichten der Juden gegen den Staat" fest. Diese Pflichten bestehen in Entrichtungen und in öffentlichen Dienstleistungen. Jüdische Hauseigentümer, die in Orten wohnen, welche zu den Straßenbau Robot leisten, müssen die Arbeit entweder selbst verrichten oder durch jüdische Arbeiter verrichten lassen. Die jüdischen Untertanen sind wie die christlichen zur Militärdienstleistung heranzuziehen. Das Steuersystem sollte geändert, die Steuersumme aber die gleiche bleiben (216.000 fl. jährlich). In der Eingabe wies die Judenschaft darauf hin, daß die Steuer der böhmischen Judenschaft bis zum Jahre 1748 70.000 fl. betragen hatte. Da die Juden vom Militärdienste und anderen öffentlichen Pflichten befreit gewesen seien, wurde diese Steuer nur als eine Toleranzsteuer angesehen. Durch die Hofkanzleidekrete vom 15. Juli und 5. August 1748 wurde die jährlich zu entrichtende Steuer der böhmischen Judenschaft mit 216.000 fl. bemessen. Diese Steuer sei für zehn Jahre, also bis zum Jahre 1758 vorgeschrieben worden. Aber auch nach Ablauf der zehn Jahre sei diese Steuer eingehoben worden und habe die böhmische Judenschaft wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Daher bitten die Juden, man möge ihnen die gleichen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Steuern wie den christlichen Mitbürgern auferlegen, da sie doch auch dieselben Pflichten hätten.

Auf diesen Punkt der Beschwerde antwortet die Regierung, eine Abänderung der Steuer sei ausgeschlossen. Die Bittsteller seien mit ihrem Gesuche um Milderung abzuweisen, weil es in keiner Hinsicht angehen würde, die Juden in Ansehung der Steuer mit den Christen gleichzustellen.

DAS JUDENPATENT VOM 3. AUGUST 1797

Wir Franz der Zweite von Gottes Gnaden erwählter römischer Kaiser, zu allen Zeiten Mehrer des Reiches, König in Germanien, zu Hungarn, Böheim, Dalmazien, Kroatien, Slavonien, Gallizien, Lodomerien und zu Jerusalem König etc. etc.

Um die Judenschaft in Böhmen nach den angenommenen Grundsätzen der Duldung zum Besten des Staates und ihrem selbsteigenen, der bürgerlichen Bestimmung immer näher zu bringen, damit die Gesetzgebung den Unterschied, den sie bisher zwischen den christlichen, und jüdischen Unterthanen zu beobachten genöthigt war, endlich ganz aufzuheben, in Stand gesetzt werde, ist erforderlich, den, in dieser Absicht getroffenen vorbereitenden Vorkehrungen nunmehr bestimmtere Vorschriften folgen zu lassen.

Daher soll von den Verordnungen, welche in Ansehung der böhmischen Judenschaft über die Religionsübung, den Unterricht, die Gemeindeverfassung, den Bevölkerungsstand, die Nahrungswege, die politischen und Rechtsbehörden, und die Pflichten gegen den Staat bestehen, von nun an die Anwendung auf folgende Art gemacht werden.

I.

Religion

1.

Die gesammte Judenschaft soll in Ausübung ihrer väterlichen Religion, und angeerbten Gebräuche, so weit, als solche mit den allgemeinen Landesverordnungen, und diesem Gesetze nicht im Widerspruche stehen, durchaus frey und ungehindert seyn.

2.

Den zusammen an einem Orte, oder in mehreren benachbarten Ortschaften wohnenden Juden stehet frei, zu ihrer gemeinschaftlichen Reli-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gionsübung sich entweder einen Rabbiner zu halten, oder ohne denselben zu bleiben. Die Bestimmung seiner Besoldung ist ihrem freyen Einverständniss ganz überlassen, und jeder einzelne derselben ist befugt, sich von dem Beitrage auszuschliessen. Soll jedoch an einem Orte, wo bis jetzt kein Rabbiner war, ein solcher aufgenommen, und angestellt werden, so muss vorläufig die Anzeige dem kön. Kreisamt und von diesem der Landesstelle gemacht, und von derselben die Bewilligung abgewartet werden.

3.

Obgleich zum Rabbiner nicht eben einer aus den wählenden Familien genommen wird, so muss er jedoch immer ein Innländer seyn. Schon dermalen kann zum Rabbiner Niemand gewählt werden, der sich über die Kenntniss des deutschen Schulunterrichts nicht ausweiset, auch sonst als ein Mann von unbescholtenen Wandel und Sitten bekannt ist. Vier Jahre nach Erlassung des gegenwärtigen Gesetzes aber kann Niemand zum Rabbiner gewählt werden, der nicht auch die philosophischen Wissenschaften, das Naturecht und die Ethik (Sittenlehre) auf einer erbländischen Universität mit gutem Fortgange gehört hat, und darüber glaubwürdige akademische Zeugnisse beibringt.

4.

Die vollzogene Wahl muss binnen vier Wochen auf dem Lande von der Ortsobrigkeit dem Kreisamte, in der Hauptstadt Prag dem Stadtmagistrate zu Bestättigung angezeiget werden.

5.

Einen besonderen eigenen Talmudlehrer zu bestellen, wird nicht bewilliget, sondern ist gleich bei der Wahl des Rabbiners darauf Bedacht zu nehmen, dass derselbe auch den talmudischen Unterricht zu geben fähig ist.

6.

Die Religionsweiser oder Schulsinger, der sogenannte Schames, und andere Unterdiener können auf die nemliche Art wie die Rabbiner nach Gutbefinden bestellt werden, müssen aber immer aus den sie bestellenden Ortschaften seyn. Auch können solche nach Verhältniss der Anzahl und Vermögensumständen der Ortschaften entweder ordentlich besoldet, oder durch andere Vortheile jährlich belohnt, die Besoldung oder Belohnung aber genau bestimmt und von dem Kreisamte bestättiget werden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

7.

Um zu dem Amte eines Religionsweisers oder Schulsingers zu gelangen, ist drei Jahre nach Ausfertigung des gegenwärtigen Patents die Kenntniss des deutschen Schulunterrichts, immer aber ein Zeugniss von guten Sitten erforderlich. Die Zeugnisse sind dem Kreisamte, und in der Stadt Prag dem Magistrate vorzulegen, und nur nach derselben genauen Prüfung die Wahl zu bestättigen.

8.

Fremde, im Lande herumziehende Prediger und Schulsinger sind nirgend zu dulden, sondern als Landstreicher anzusehen und zu behandeln.

9.

Die Geburts- Trau- und Sterbelisten sind unter Aufsicht der katholischen Ortspfarrer und Selsorger, von dem jüdischen Schullehrer, oder wo kein Schullehrer vorhanden ist, von einem von der Obrigkeit zu bestimmenden Hausvater unter eidlicher Pflicht zu führen, und mit jedem Vierteljahre der Obrigkeit in Abschrift zu überreichen.

10.

Keine Beschneidung ist ohne obrigkeitlichen Meldezettel, keine Trauung ohne erhaltene Bewilligung der Landesstelle, und kein Begräbniss ohne den, von der Obrigkeit mitzuunterfertigenden Beschauzettel, vorzunehmen.

Die von der Obrigkeit darüber zu führenden Vormerkungen, so wie ein getreuer Auszug aus den, von dem Schullehrer, oder allenfalls einem dazu bestimmten Hausvater geführten Geburts- Trau- und Sterbelisten, ist mit Ende des Jahrs dem Pfarrer jeden Orts zu übergeben, damit er die Hauptregister in Ordnung und Zuverlässigkeit erhalte.

11.

Wo zu den Religionsübungen eine Synagoge, oder ein zur Verrichtung des öffentlichen Gottesdienstes bestimmtes Privathaus besteht werden solche beibehalten, auszubessern, oder wieder neu zu erbauen bewilligt. Auch wird das Kreisamt, wenn die Familien zahlreich genug und die nöthigen Kosten zu tragen vermögend sind, die Erbauung einer Synagoge erlauben.

Wenn aber eine einzelne Familie die Erlaubniss zu erhalten wünschet, für sich allein, zur eigenen Bequemlichkeit, das Gebet in ihrem Hause,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mit Aufstellung der Thora zu verrichten, hat dieselbe dafür zum Besten der jüdischen Normalschulen eine jährliche Taxe von 50 fl. zu zahlen.

Diese Erlaubniss soll aber in keinem Falle weiter, als auf diese Familie, und ihre Hausgenossen sich erstrecken.

12.

Jede Versammlung, die einen Rabbiner hat, ist gegen Entrichtung der vorgeschriebenen Kameraltaxe erlaubt, eine eigene Begräbnisstätte oder einen sogenannten Gottesacker zu haben und dazu von der Herrschaft, oder von der christlichen Gemeinde den Grund zu erkaufen. Immer aber muss die Begräbnisstätte nach der allgemeinen Vorschrift ausser dem Wohnorte errichtet, und daher dem Kreisamte vorher darüber die Anzeige gemacht werden.

II.

Unterricht

13.

Die jüdischen Schulen sind nach den für andere deutsche Schulen bestehenden Vorschriften anzulegen. Wo die Familien nicht zahlreich, oder nicht vermöglich genug sind, eine eigene Schule zu halten, und den Lehrer zu besolden, müssen alle Judenkinder, wenn sie das vorgeschriebene Alter erreicht haben, bei Strafe des doppelten Schulgeldes, in die christliche Schule zum Unterricht gesendet, und die Lehrer angewiesen werden, sich nach der Verordnung vom 15. Dezember 1782, welche die Vorschrift in Ansehung der, die christlichen Schulen besuchenden, Judenkinder enthält, zu benehmen. Hierauf haben die Schuldirektoren, die Seelsorger, und Obrigkeiten zu sehen.

Die Lehrer der jüdischen Schulen da, wo die Gemeinde nicht schon eigene Uibersetzer hat, sind als Uibersetzer in Eidespflicht zu nehmen.

14.

Da bei der gegenwärtigen Verfassung die vollständige Kenntniss der deutschen Sprache und Schrift den Juden unentbehrlich ist, so soll kein Jüngling zum Unterrichte im Talmud zugelassen werden, wenn er nicht eine schriftliche Erlaubniss des christlichen Schulenoberaufsehers beibringt, welche solche nicht eher ertheilen wird, als bis er durch eine genaue Prüfung sich von dem Fortgange überzeugt hat. Die Uibertreter dieses Verbots sollen von den Schullenoberaufsehern, welche darauf zu wachen haben, dem Kreisamte unverzüglich angezeiget, und nach Beschaffenheit der Umstände bestrafet werden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

15.

Sowohl zu dem öffentlichen Gebrauche in den Synagogen, als zum Privatgebrauche, sind keine andere Religionsbücher erlaubt, als welche entweder von der Zensur in Wien, oder durch den in Prag angestellten Zensor der hebräischen Schriften und Bücher, mit Zuziehung der jüdischen Lehrer, untersucht, und zugelassen worden sind.

Nach drei Jahren sollen ausländische Religionsbücher gar nicht mehr gestattet werden.

16.

Jeder Jude, der sich trauen lassen will, hat ebenfalls von dem christlichen Schulenoberaufseher ein schriftliches Zeugniss, über den in der deutschen Sprache gemachten guten Fortgang beizubringen. Nur diejenigen sind davon ausgenommen, welche im Jahre 1786 das sechzehnte Jahr ihres Alters bereits erreicht hatten. Die Uibertreter dieses Gesetzes sind nach dem 48 § 4ten Kapitel des bürgerlichen Gesetzbuches zu bestrafen, und diejenigen, welche Trauungen verrichtet haben, sind ihres Amtes zu entsetzen, und dessen auf immer für unfähig zu erklären.

17.

Damit die Juden, welche sich dem Lehramte widmen wollen, die vorgeschriebene Methode erlernen, und sich zu ihrer Bestimmung tauglich machen mögen, sollen sie die Hauptschule in Prag besuchen, und werden dort, wenn sie arm sind, eben die Aushilfe geniessen, welche die christlichen Präparanden (in der Vorbereitung begriffenen Schullehrer) geniessen.

Da übrigens den Juden kein Mittel benommen seyn soll, sich zu nützlichen Staatsbürgern auszubilden, so sollen sie gleich allen christlichen Jünglingen, in den mindern lateinischen sowohl, als in den philosophischen, juridischen und medizinischen Studien, mit Ausnahme des katechetischen Unterrichtes, den Zutritt haben, und mit den übrigen Schülern auf gleichen Fuss behandelt werden.

III.

Gemeindeverfassung

18.

Eine eigene Judengemeinde besteht nur in Prag. Auf dem Lande gehört jeder jüdische Einwohner, als Unterthan, zu derjenigen Gemeinde, welcher derselbe bisher in Rücksicht auf Gerichtbarkeit und obrigkeitliche Rechte zugeordnet war. Auf dem Lande können also nur in so ferne

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

jüdische Vereinigungen seyn, als sich mehrere Juden wegen ihrer Religionsverhältnisse, Religionsübung, oder wegen eines gemeinschaftlichen Rabbiners dazu freywillig gesellen.

Aber auch wegen Beischaffung der Religionsbedürfnisse, als Unterhaltung und Beleuchtung der Synagoge, Vertheilung des Ostermehls, Anschaffung des Paradiesapfels, Besorgung des Frauenbads, Besoldung der Synagogendiener, Vorsänger, Rabbiner etc. stehet es jedem einzelnen Juden frey, der Vereinigung, folglich der Leistung angemessener Beiträge, beizutreten oder sich davon auszuschliessen. Daher sind auf dem Lande keine jüdische Gemeindevorsteher nothwendig, jedoch wird da, wo eine Synagoge vorhanden ist, ein Synagogenvorsteher gestattet.

19.

Zu einem Gemeindevorsteher in Prag, kann nach Verlauf von sechs Jahren kein anderer gewählt werden, als der über den erhaltenen deutschen Schulunterricht sich auszuweisen vermag.

Vor diesem erhält aber derjenige den Vorzug, der zugleich über die vollendeten Philosophischen Studien gültige Zeugnisse beibringen kann.

20.

Die Wahl geschieht nach folgender Richtschnur:

Erstens. Alle drei Jahre am 15. September, und wenn an diesem Tage ein jüdischer Feiertag einfällt, am nächstfolgenden Tage wird die Wahl vorgenommen. Die Bestimmung des ersten Wahltages wird der Landesstelle überlassen.

Zweitens. Zur Wahl sind sämmtliche Hauseigenthümer der Gemeinde zu erscheinen berechtigt. Wo ein Haus mehrere Eigenthümer hat, soll nur einer aus ihnen und zwar der Eigenthümer des grösseren Antheils, die Stimme haben.

Drittens. Die Vorsteher müssen aus dem Mittel der Gemeinde gewählt werden.

Viertens. Sie sind der Wahl nicht fähig, wenn sie nicht ein eigenes Haus besitzen.

Fünftens. Für die prager Judengemeinde sind sechs Vorsteher bestimmt, die Gemeinde hat also zwölf Männer zu wählen.

Sechstens. Bei der Wahl soll jedesmal ein Kommissär von dem prager Stadtmagistrat erscheinen, welcher mit den wirklichen Gemeindevorstehern die Stimmensammlung gemeinschaftlich vornimmt.

Siebentes. Die Letzteren machen von den Namen derjenigen, die sie der Wahl fähig halten, ein Verzeichniss, dem sie ihren eigenen Namen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

beizusetzen befugt sind. Jedem Wählenden wird davon eine Abschrift gegeben, damit er die Namen derjenigen, denen er seine Stimme ertheilet, abreissen, und sie dem Stimmensammler behändigen möge. Die Mehrheit der Stimmen entscheidet.

Achtens. Von den gewählten zwölf Kandidaten macht der Kommissär dem Magistrate längstens vor Verlauf von vierzehn Tagen die Anzeige, welche von ihm und den wirklichen Vorstehern unterschrieben sein muss.

Neuntens. Aus den gewählten zwölf Kandidaten schlägt der Magistrate sechs der Landesstelle vor, welche diejenigen als wirkliche Gemeindevorsteher ernennet, welche ihr hiezu am tauglichsten scheinen werden.

Zehntens. Sollten bei der Wahl Misshelligkeiten entstehen, so wird die Landesstelle über den von dem Magistrate darüber zu erstatteten Bericht die Gemeindevorsteher aus eigener Macht bestimmen.

Eilftens. Die ernannten Gemeindevorsteher treten jedesmal mit 1ten November ihr Amt an.

Zwölftens. Eine gleiche Wahl und Vorstellung der (Amtswerber) Kandidaten muss immer auch dann noch geschehen, wenn die Gemeinde mit ihren gegenwärtigen Vorstehern zufrieden ist, und solche daher in ihrem Amte auf das neue bestätigen will. In diesem Falle hat sie ihren einhellig, oder durch die Mehrheit der Stimmen unterfertigten Wunsch dem Stadtmagistrate schriftlich anzuzeigen, welcher, wenn nicht wichtige Ursachen entgegenstehen, immer darauf Rücksicht zu nehmen hat.

Dreizehntens. Wenn einer von den Vorstehern stirbt, oder auf eine andere Art vom Amte koemmt, so ist einer aus den übrigen 6 Gewählten in dessen Stelle zu ernennen.

21.

Die Pflichten der Gemeindevorsteher sind, dass sie die Gemeinde, wo es nöthig ist, vertreten, in ihrem Namen sprechen, die Gerechtsame der Gemeinde vertheidigen, für die Verpflegung der armen Juden sorgen, die zu den Gemeindeauslagen bestimmten Beiträge einheben, wenn es in unvorhergesehenen Fällen um eine neue Gemeindeauslage zu thun ist, sich an den Magistrat wenden, und überhaupt alles dasjenige besorgen, und handhaben, was zum Wohl der Gemeinde abzielt. Bei diesen, und allen Gemeindegeschäften und Rechnungen soll nur die deutsche Sprache gebraucht werden.

Von den Gemeindevorstehern haben in Amtsangelegenheiten Einer für Alle, und Alle für Einen zu haften, sie können daher ihre Amtsgeschäfte, wie es ihnen gut dünkt, unter sich vertheilen, oder in Besorgung derselben unter sich abwechseln.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

22.

Die Gemeindevorsteher sollen von Seite der Gemeinde in Ehren gehalten, und ihnen das Amt durch Gehorsam und Folgsamkeit erleuchtert werden, wie der Stadtmagistrat selbst, ihnen mit Unterscheidung zu begegnen, angewiesen wird. Den Gemeindevorstehern ist eine jährliche Besoldung an Geld, oder anderen Vortheilen zu bestimmen; die Wahltaxen aber werden ihnen gänzlich nachgesehen.

23.

Dagegen werden sich die Gemeindevorsteher befleissen, ihre Pflichten genau, getreu und eifrig zu erfüllen, und sich aller mittelbarer, oder unmittelbarer Gelderpressung, und jedes Missbrauches ihres Amtes enthalten, widrigenfalls ihre Vergehungen mit doppelter Strenge geahndet, und ausser einer angemessenen Leibesstraffe auch die Amtsentsetzung und Abschaffung aus dem Lande darüber verhängt werden soll.

24.

Diejenigen Gemeindelasten, welche auf die Religionsgebräuche keine Beziehungen haben, und wozu jeder Jude, wenn kein anderweitiger Fond vorhanden ist, beitragen muß, sind nach einem billigen Verhältniss zu vertheilen, und dafern Klagen darüber entstehen, nach einem in Prag von dem Gubernium, auf dem Lande aber von dem Kreisamte zu bestimmenden Maasstabe einzuheben. Damit jedoch bei vorkommenden Klagen, über die Repartizion solcher Beiträge der Grund der Beschwerden erhoben und beurtheilet werden könne, haben die Gemeindevorsteher darüber besondere Rechnungen, und zwar in deutscher Sprache, zu führen.

IV.

Bevölkerungsstand

25.

Damit der Staat in Ansehung des jüdischen Bevölkerungsstandes, und der dabei eintretenden Veränderungen in genauen Kenntniß verbleibe, ist bei der Judenschaft die Seelenbeschreibung mit Zuziehung der Militärbehörden, auf eben die Art, wie bei den christlichen Unterthanen, zu führen.

26.

Die Zahl der jüdischen Familien wird nach der Bestimmung vom Jahre 1789 auf 8.600 Familien festgesetzt, welche Familienzahl nicht vermehrt werden solle.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

27.

Daher soll in der Regel einer jüdischen Familie nur in denjenigen Orten, wo im Jahre 1725 Juden geduldet waren, Aufenthalt gegeben, die im 26 § bestimmte gesetzmässige Zahl der Familien aber nie überschritten werden. Zu dem Ende hat das Gubernium sich darüber von allen Orten des Königreichs ein dokumentirtes Verzeichniß vorlegen zu lassen, und es zu berichtigen, auch jedem Dominium zu seiner Richtschnur einen Auszug davon zuzustellen.

28.

Wo die Familienzahl nach dem gedachten Normaljahre nicht vollzählig ist, kann das Kreisamt bewilligen, daß eine, in einem anderen Orte überzählige Familie mit Einwilligung der Ortsobrigkeit dahinziehe.

29.

Die überzähligen Familien, welche nicht auf die eben erwähnte Art in einer erledigten Familiennummer einrücken können, sind zwar an dem Orte, wo sie gegenwärtig wohnen, unter der Bedingung zu lassen, daß sie einen derjenigen Nahrungswege, welche in der Folge des Patents werden vorgeschlagen werden, einschlagen; sie müssen jedoch erlöschen, und darf daher kein Sohn einer solchen Familie sich verehelichen, bis er in eine erledigte Familiennummer einrückt. Rabbiner, Schulsinger, und Schullehrer sind nicht unter die Familien zu zählen; können aber nicht heirathen, wenn sie nicht irgendwo eine Familiennummer erlangen.

30.

Wenn die Obrigkeit bei Erledigung einer Familiennummer, diese nicht mehr besetzen lassen will, kann sie dazu nicht verhalten werden; aber diese Familiennummer wird ihr abgeschrieben, und einem anderen Dominium, welches sich darum meldet, zugetheilt, und mit einer überzähligen Familie besetzt.

31.

In einer berechtigten Familie ist dem erstgebohrenen Sohne auch bei Lebzeiten des Vaters, niemals aber dem zweitgebohrnen Sohne, oder dem Enkel zu heurathen gestattet, wenn er nicht in eine erledigte Nummer einrückt.

32.

Auch da wo der Jude in eine erledigte Familiennummer einrückt, ist ihm sich zu verehelichen, nur unter der Bedingung erlaubt, daß der Bräutigam nicht unter 22 und die Braut nicht unter 18 Jahren im Alter sey.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Dass beide, wenn sie nicht im Jahre 1786 das sechzehnte Jahr ihres Alters bereits erreicht hatten, sich über den gemachten Fortgang in der Normalschule nicht nur mit Zeugnissen ausweisen, sondern sich auch der Prüfung bei dem christlichen Schuloberaufseher unterwerfen.

Dass sie sich über einen der Nahrungszweige, welche das Patent in der Folge bestimmen wird, ausweisen, nebst diesem aber auf dem Lande ein Vermögen von wenigstens 300, in der Stadt aber, von wenigstens 500 Gulden zusammen zu bringen glaubwürdig ausweisen.

Dass sie zur Verehelichung (die sogenannte Himmelaufstellung) bei dem Kreisamte um die Bewilligung ansuchen, welches die Entscheidung der Landesstelle einzuholen, vorher aber die, über die oben angeführten Erfordernisse beigebrachten Beweise genau zu prüfen hat.

33.

Jede ohne die eingeholte vorgeschriebene Bewilligung eingegangene Ehe ist ungiltig.

Wenn daher der Rabbiner, ohne Erlaubniss der Landesstelle, eine Trauung verrichten sollte, ist er sammt dem getrauten Paare aus den Erbstaaten zu schaffen.

34.

In Ansehung der Dispensen und Grade der Blutsverwandschaft, und überhaupt in Ansehung der Ehe, als eines bürgerlichen Vertrags, ist nach den bürgerlichen Gesetzen und nach den, in Ausübung stehenden Vorschriften zu achten.

35.

Wenn eine fremde Jüdin einen Juden aus einer berechtigten Familie in Böhmen heurathen will, kann die Landesstelle solches bewilligen, wenn die Fremde ein Vermögen von wenigstens 5000 Gulden in das Land bringt.

36.

Juden, welche einen Tabakverlag oder Verschliess haben, oder irgendwo ein Flusshaus oder eine Brandwein-Brennerey gepachtet haben, dürfen zwar an diesen Orten mit Bewilligung des Kreisamts wohnen, müssen aber zu derjenigen Familie und dem Orte, wo sie in Schutz stehen, gezählet, und dort, als mit obrigkeitlicher Bewilligung auf ..... Zeit abwesend, angemerkt werden.

37.

Die Juden des offenen Landes sind von dieser Stadt Prag wieder abzusondern, und hat es bei Übersiedlung, oder Verehligung eines Juden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

oder einer Jüdin von dem Lande in die Stadt Prag, oder von der Stadt Prag auf das Land, so wie bei Uibertragung eines Vermögens durch Erbschaft, und dergleichen Fälle, bei dem bisher bestandenen Abfahrtsgelde, noch ferners zu verbleiben.

38.

Fremde Juden können die Ansessigkeit in Böhmen nur unter der Bedingung erhalten, dass die Lokalzahl nicht überschritten werde, und das der Eintretende für das Land ein Vermögen von wenigstens mit 10.000 Gulden, und für Prag mit 20.000 Gulden, als dem Fond zur Grosshandlung, ausweise, und die Ansässigkeitsgebühren entrichte.

39.

Die Kreisämter haben jederzeit, besonders bei den vorgeschriebenen Kreisbereisungen darauf zu sehen, dass ausser den gesetzlich bestimmten Fällen nirgend, einer Judenfamilie oder auch einem einzelnen Juden Aufenthalt gegeben werde; fände sich daher die bestimmte Anzahl der Familien, ohne Vorwissen des Kreisamtes irgendwo vermehrt, so soll die Obrigkeit, wenn sie überwiesen wird, wissentlich die Familienvermehrung zugelassen zu haben, um 1000 Gulden, der mitschuldige Beamte um 50 Dukaten, und die in dem Orte, wo die überzählige Familie gefunden wird, wohnende Judenschaft um 100 Dukaten ohne Nachsicht bestrafet werden.

40.

Die Auswanderung einzelner Juden, oder ganzer Familien ist gegen Entrichtung, des gesetzmäßigen Abfahrtsgeldes, gestattet, doch hat derjenige, welcher auswandern will, sich vorher mit der Grundobrigkeit, der Gemeinde, und falls er Gläubiger hat, auch mit diesen abzufinden, und darüber sowohl als über den Betrag des Vermögens, das er mit sich nimmt, sich bei dem Kreisamte auszuweisen, welches zur Auswanderung die Bewilligung von der Landesstelle einholen wird. Diejenigen, welche ohne erhaltene Bewilligung auswandern, sind im Betretungsfalle nach Vorschrift des Auswanderungspatents, zu behandeln.

Das Abfahrtsgeld wird bei einer Übersiedlung in eines der deutschen oder ungarischen Erblande auf 10 ins Ausland auf 20 von Hundert festgesetzt, wovon die erstere Abgabe ganz, letztere aber zur Hälfte in den jüdischen Domestikalfond, und zur Hälfte in die Kammer einzufließen hat.

41.

Zur Erhaltung guter Ordnung in den Konskriptionsbüchern sowohl, als in anderen bürgerlichen Geschäften ist bereits die Vorsehung getroffen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

worden, dass jeder jüdische Hausvater einen bestimmten Geschlechtsnamen führe; denselben hat er stets unverändert beizubehalten, und sind jene Kinder und Nachkömmlinge, solange sie in den Erbländern wohnen, danach immer auf gleiche Weise zu bennennen, und nur durch verschiedene Vornamen zu unterscheiden. Derjenige, welcher irgend eine Schrift ohne diesen Geschlechtsnamen ausstellt, oder bei einer Behörde überreichet, ist nach Beschaffenheit der Umstände mit einer Arrest oder Geldstrafe zu belegen.

42.

Die Beschneidung ist nur solchen Personen vorzunehmen gestattet, welche sich über hinlängliche Kenntniss in dieser Operazion bei dem Kreiswundarzte ausweisen, und von diesem mit einem glaubwürdigen Zeugnisse versehen sind. Den Kreiswundärzten ist aufzutragen, sich gelegentheitlich zu überzeugen, ob die Beschneidungen auch wirklich auf eine unschädliche Art vorgenommen werden, und jeden bedenklichen Fall dem Kreisamte zur angemessenen Bestrafung anzuzeigen.

V.

Nahrungswege

43.

Da die öffentliche Verwaltung zum Zwecke nimmt, die Juden zu vollkommen nützlichen Bürgern, und des Schutzes, den ihnen der Staat gewährt, würdig zu machen, so sind ihnen überhaupt alle ehrbare Nahrungswege eröffnet, welche den christlichen Unterthanen gestattet werden.

44.

Aus eben dieser Sorgfalt aber will sie dieselben von demjenigen entfernen, was sie gewissermassen zum unbeschäftigten Leben führen kann; daher sind ihnen Pachtungen von Schankhäusern, und Zehenden, sie mögen wem immer gehören, überhaupt, wie auch die Pachtungen der Mahlmühlen untersagt, wenn jedoch auf dem eingenthümlichen Hause eines Juden die Schankgerechtigkeit haftet, oder, wenn er in der Judenstadt eine bestimmte Schänke hat, darf er dieselbe betreiben. Von Pachtung irgend einer Gerichtsbarkeit sind die Juden ebenfalls ganz ausgeschlossen.

45.

Dagegen bleibt der Judenschaft erlaubt, obrigkeitliche Gründe zu pachten, unter der Verbindlichkeit jedoch, dieselben mit eigenen Händen oder durch andere Juden zu bearbeiten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

46.

Jeder Jude ist berechtigt Wechselstuben und Großhandlungen zu errichten, wenn er die im Allgemeinen deshalb vorgeschriebenen Eigenschaften, und nöthige Handlungskenntnisse ausweiset. Unter eben dieser Vorsicht sind sie auch förmliche Handlungen, mit inländischen und erlaubten ausländischen Schnitt- Pezerey und vermischten Waaren mit Bewilligung der Landesstelle zu errichten befugt.

Sie können auch Handlungslegitimazionsscheine auf einzelne Artikel, als Podasche, Leder, Wolle und dergleichen, oder auch auf Trödelhandel erhalten. Doch wird bei allen Arten von Handlungen unter Verlust der Befugniss und Abschaffung aus den Erbstaaten, festgesetzet, dass sie ordentliche Handlungsbücher in deutscher Sprache führen.

Auf dem Lande, so wie in der Stadt Prag, sollen die unförmlichen, und bisher blos nach Willkühr errichteten Handlungen aufhören; jeder Jude also der gegenwärtig nicht Tobakverschleis, eine erlaubte Grundpachtung oder sonst ein Gewerbe treibt, oder die Befugniss zum Hausiren erhält oder endlich eine Wechselstube, oder Grosshandlung besitzet, soll sich zu einer der itzt erwähnten Handlungen bekennen, und von der Obrigkeit, bei der er im Schutze steht, sich dazu förmlich legitimiren lassen.

47.

Alle Arten von Komerzial und Polizey Gewerben stehen den Juden ebenfalls offen. Sie können dazu von ihrer Schutzobrigkeit die Befugniss erhalten, und sind von christlichen Meistern als Lehrjungen aufzunehmen, und zu Gesellen zu befördern.

Wenn sie sich über die vorgeschriebenen Eigenschaften ausweisen, erhalten sie auch die Meisterschaft, und als Meister wird ihnen gestattet besondere jüdische Innungen, oder sogenannte Reihzünfte, mit Vereinigung mehrerer Gewerbegattungen zu errichten, immer aber müssen sie den Zunftgeneralien unterworfen seyn.

Daher soll zur Erhaltung der nöthigen Ordnung bei den jüdischen Zünften weder die Freysprechung eines Lehrjungen, noch die Beförderung eines Gesellen zum Meister eher statthaben, bis die christlichen Zunftvorsteher über die Geschicklichkeit des freyzusprechenden Lehrjungen, oder des zum Meister zu befördernden Gesellen geurtheilet haben, und hat der Magistratsrath, welcher bei der christlichen Zunft, Inspektor ist, auch über die jüdischen die Aufsicht zu führen.

Da diejenigen Juden, welche gegenwärtig schon Gewerbe treiben, die Lehr und Gesellenjahre nicht mehr nachholen können, so sind sie zu prüfen, und nach Maas ihrer Fähigkeit als Meister, Gesellen oder Lehrjungen anzuerkennen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

48.

Das Hausiren ist den Juden in der Stadt, und auf dem Lande, jedoch nur dergestallt gestattet, dass sich solches in der Stadt Prag nur auf alte Waaren und Kleidungsstücke, auf dem Lande aber auf die im Hausirungspatente bestimmten Artikel erstrecke. Die Bewilligung dazu ist in der Stadt Prag von dem Stadtmagistrate und auf dem Lande von dem Kreisamte, in dessen Bezirk ein Jude hausiren will, immer aber mit Rücksicht auf den öffentlichen Bedarf, und unter eben den Vorsichten, wie bei Christen, zu ertheilen.

49.

Diejenigen, welche zu keinem der ersterwähnten Nahrungszweige die Geschicklichkeit oder das Vermögen besitzen, dürfen bei Handlungen in Diensten tretten, oder als Taglöhner arbeiten, und ist in der Stadt Prag auch eine von den Gubernium zu bestimmende Zahl Lastträger eigens zu diesem Verdienste zu berechtigen.

50.

Wer nach Verlauf eines Jahres, nach Erlassung dieses Patents, sich nicht ausweisen kann, einen der vorher angeführten Nahrungswege eingeschlagen zu haben, der soll als unnützes und schädliches Mitglied des Staates aus dem Lande abgeschaft werden.

51.

Dagegen sollen denjenigen Juden, welche sich freiwillig dem Militärstande widmen, und hierzu tauglich befunden werden, wie auch denjenigen, welche sich, mit Enthaltung von allem Waarenhandel und von wucherlichen Verleihungen, dem Ackerbaue widmen und solchen mit eigenen Händen betreiben, endlich denjenigen, welche ein ordentliches Zunftgewerb, und zwar nach den bestehenden Vorschriften und Zunfteinrichtungen durch 3 Jahre betreiben, mithin dadurch eine Probe ihrer Beharrlichkeit bei einem nützlichen bürgerlichen Gewerbe an Tag legen, alle bürgerliche Vortheile, wie den Christen, gegönnt seyn, und sie folglich weder in Ansehung der Heurathen, noch in Ansehung der Abgaben anders als die christliche Staatseinwohner gehalten werden. Diese Begünstigung soll aber, da sie auf eine persönliche Eigenschaft gegründet ist, nur persönlich seyn, und sich auf die Kinder nicht erstrecken, wofern sie nicht der Eltern Beispiele folgen.

52.

Bei so vielen, der Judenschaft nunmehr eröffneten, ehrbaren Nahrungswegen ist es um so billiger, dass die im allgemeinen, wegen Müssig-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gängern, Landstreichern, und muthwilligen Bettlern sowohl, als wegen wahrer Armen getroffenen Vorkehrungen, auch in Ansehung der Juden strenge gehandhabt werden.

53.

Jede jüdische Gemeinde hat daher für die Verpflegung ihrer Armen eben so zu sorgen, wie es bei den christlichen Gemeinden üblich ist. In denjenigen Gemeinden aber, wo die Juden mit den Christen zusammen leben, haben auch die Erstern mit den Letztern zur Unterstützung der Localarmen zu konkurriren, dagegen aber daselbst auch die Juden mit den Christen an den Localversorgungsanstalten gleichen Antheil zu nehmen.

54.

Wenn ein jüdischer Hausvater, oder Mehrere ohne ihr Verschulden durch Feuer verunglücken, kann ihnen wie christlichen Unterthanen, von dem Kreisamte erlaubt werden, eine Sammlung zu veranstalten.

VI.

Politische und Rechtsbehörden

55.

In politischen Angelegenheiten ist die Judenschaft nach der vorgeschriebenen Ordnung der ordentlichen Landesobrigkeit unterworfen. Daher ein Jude gleich den übrigen Landeseinwohnern, eine Beschwerde, oder ein Gesuch in politischer Angelegenheit, zuerst bei seiner Grundobrigkeit, dann bei dem Kreisamte, und endlich bei der Landesstelle, bei beiden Letztern jedoch immer in deutscher Sprache abgefasst anzubringen, auch zum Beweise, dass diese Ordnung beobachtet worden ist, der höhern Behörde jedesmal den Bescheid der vorhergehenden Unteren beizulegen hat, ausser in Beschwerden gegen die Verzögerung einer unteren Stelle, als im welchen Falle eine solche Beilegung ohnmöglich ist.

56.

Streitigkeiten der Gemeinde unter sich hat die Ortsobrigkeit allein zu entscheiden, und sind die Kreisämter damit nicht zu belästigen.

57.

Wenn Juden mit ihrer Grundobrigkeit über die Verhältnisse des Unterthans zur Obrigkeit in einen Streit gerathen, so ist mit ihnen, wie mit den übrigen Unterthanen nach der, unter dem 1ten September 1781 in Unterthanssachen ergangenen Verordnung zu verfahren.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

58.

Wie die böhmische Judenschaft in politischen Angelegenheiten den Landesstellen unterworfen ist, so soll sie in Rechtssachen von den bestehenden ordentlichen Gerichten abhängen. Daher wird den Rabbinern, da ihre Gerichtbarkeit ohnehin schon gänzlich aufgehoben ist, noch bei Strafe von fünfzig Dukaten verboten, Jemanden in den sogenannten grossen oder kleinen Bann zu thun, das Halseisen anzuschlagen, oder eine öffentliche Busse aufzulegen, oder was sonst immer für eine Gerichtsbarkeitshandlung auszuüben.

59.

Um den häufigen, im Namen der Judengemeinden nur von Einzelnen, oder einer Parthei ohne Vollmacht der Gemeinde bei den Kreisämtern sowohl, als bei der Landesstelle angebrachten Bittwerbungen, und Beschwerdeführungen Einhalt zu thun, ist politischen und Gerichtsstellen verboten, eine Schrift von irgend einer Judengemeinde anzunehmen, wenn dieselbe nicht wenigstens von zehn Gemeindemitgliedern unterzeichnet ist.

60.

Alle Rechtsstreitigkeiten der Juden, sowohl mit Christen, als unter sich, über war für einen Gegenstand, sollen von dem obrigkeitlichen Richter der ersten Behörde, nämlich der Ortsobrigkeit, dem Magistrate, oder wohin die Sache sonst gehört, den allgemeinen Landesgesetzen und der Gerichtsordnung gemäss, abgehandelt und entschieden werden. Die weitere Berufung geht an das Appelationsgericht.

VII.

Pflichten gegen den Staat

61.

Der gleiche Vortheil, welchen die Judenschaft mit den christlichen Unterthanen von den öffentlichen Schutze geniesset, legt ihr auch mit diesem die gemeinschaftlichen Pflichten gegen den Staat auf. Diese Pflichten bestehen in öffentlichen Dienstleistungen und in Entrichtungen; daher haben sie Bothengänge, Wegausbesserungen, diejenige, welche Zugvieh halten, Militärvorspann, gleich den christlichen Ortsbewohnern zu leisten und jüdische Hauseigenthümer in den Orten, welche zu dem Straßenbau frohnen, die Straßenfrohnen mit der Hand durch die bestimmten Tage, entweder selbst, oder durch ihre jüdischen Hausgenossen oder sonst durch jüdische Arbeiter zu verrichten. Da wo sie von einer Herrschaft Unterthansgründe erhalten, haben sie sich nach demjenigen zu achten, was das neue Urbarialpatent bestimmt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

62.

Ingleichen sind die jüdischen Unterthanen, wie die christlichen zur Militärstellung geeignet, und daher alle wegen der Rekrutirung bestehenden Vorschriften auch auf die Juden anzuwenden, gleichwie denn auch alle bisher wegen Geldreluirung von der Militärgestellung ergangenen Verordnungen hiermit für Böhmen ausdrücklich aufgehoben werden.

63.

Da die böhmische Judenschaft bei der bisher bestehenden Steuerpachtung die kontraktsmässigen Bedingungen nicht erfüllt hat, sondern vielmehr sehr beträchliche Resten angewachsen sind, auch die Judenschaft selbst, wie es ihre zahlreichen Beschwerder darthun, mit dieser Pachtung nicht zufrieden ist, so wird dieser Steuerpachtungskontrakt hiemit dergestalt für aufgehoben erklärt, dass solche nur noch bis zur nächsten bevorstehenden Einführung des neuen Steuersystems dauern, dann aber sogleich erloschen seyn soll.

Gegeben in unserer Haupt- und Residenzstadt Wien den 3ten August im siebzehnhundert sieben und neunzigsten, Unserer Reiche des römischen, und des erbländischen im sechsten Jahre.

Franz.
L. S.

Procopius Comes à Lazanzky,
Reg. Boh. Supr. & A. A pr. Canc.

Ad Mandatum Sacrae Caes.
Regiae Majestatis proprium.
Johann Nepomuck v Geisslern.

DAS HOFKANZLEIDEKRET VOM 15. JÄNNER 1801

Gegenwärtige Abschrift wird den jüdischen Gemeinde-Vorstehern auf die von selben höchsten Orts gegen verschiedene Punkte des jüdischen Sistemalpatents vom 3. Aug. 1797 gemachte Vorstellung zu ihrer Nachachtung zugestellt.

Vom Magistrat der k. k. Hptstadt Prag, den 28. Feber 1801.

Prager Magistrat.

Uiber die von den Vorstehern der prager Judengemeinde untern 7t präs 11. December 1798 Ihrer Majestät eingereichte Vorstellung gegen verschiedene Punkte des jüdischen Sistemalpatents vom 3. Aug. 1797 ist

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mittels Hofkanzleydekrets vom 15. Jänner l. J. Zahl 6128 die höchste Entschliessung herabgelangt, dass von diesen Patente auf folgenden Gründen nicht abgegangen werden könne.

1tens.

In Ansehung der Religion

Finde die Abänderung des 2t § keineswegs statt, denn da es nach den Grundsätzen der jüdischen Religion nicht gerade notwendig ist, dass Rabbiner bestehen; da wirklich mehrere Judengemeinden ohne Rabbiner existiren und im gesagten § zum Grundsatze aufgestellt wird, daß den zusammen an einem Orte oder mehreren benachbarten Ortschaften wohnenden Juden frey stehet zu ihrer gemeinschaflichen Religionsübung sich entweder einen Rabbiner zu halten oder ohne denselben zu bleiben, so würde es bey diesem aufgestellten Grundsatze ganz inkonsequent seyn und mit solchen in offenbaren Wiederspruche, wenn den Gemeinden die Besoldung der Rabbiner aus der Gemeindekasse zur Verbindlichkeit gemacht werden wollte.

So wie nun den Gemeinden die Haltung oder Nichthaltung eines Rabbiners durch das Gesetz lediglich ihrem Gutbefunde überlassen worden ist: so müsse dann auch notwendiger Weise ihnen freygestellet werden, die Besoldung eines Rabbiners nach ihrem freyen Einverständnisse zu bestimmen. Einen Zwang den Gemeinden oder den einzelnen Gemeindemitgliedern diesfalls aufzulegen, würde hier, wo die Haltung des Rabbiners selbst willkührlich ist schon nie angehen, auch wäre solcher um so überflüssiger, als wenn die Gemeinden einen Rabbiner beibehalten wollen sie sich ohnehin wegen dessen Besoldung einverstehen müssen, um ihn nicht zu verlieren, und wenn die Gemeinden keinen Rabbiner halten wollen, sie ohnehin hiezu nicht verhalten werden dürfen, mögen sie sich nur des ihnen gesetzmässig zustehenden Rechtes bedienen.

Von dem 3t. § des Patents sey auch nicht einmal theilweise abzuweichen. Von der Kenntnis des deutschen Schulunterrichts können die Rabbiner auf keine Weise lossgezählt werden, weil der Staatsverwaltung daran liege, dass sie als Religionslehrer des hierländigen Unterrichts bekannt werden, und sich die deutsche Sprache vollkommen eigen gemacht haben, damit sie nicht die Juden in mancherley Missbräuchen bestärken oder von der Erlernung der deutschen Sprache abhalten.

Dass vier Jahre nach Erlassung des Judenpatents niemand zum Rabbiner gewählt werden könne, der nicht auch die philosophischen Wissenschaften, die Sittenlehre und das Naturrecht auf einer erbländischen Universität ausgewiesenermassen mit gutem Fortgange gehört hat, sey eine von Ihrer Majestät wiederholt entschiedene Sache. Von dieser Vor-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schrift nun abzugehen würde um so weniger thunlich seyn, als hiezu nicht die mindeste gültige Veranlassung vorhanden sey und die erst angeführte Vorschrift einen doppelten guten Grund habe:

Den ersten, dass die Staatsverwaltung auf diese Art zu bewirken hoffe, dass nur solche Männer als Rabbiner werden gewählt werden können, von welchen nach gehörten philosophischen Wissenschaften und Naturrechte sich voraussetzen lässt, dass sie richtiger und heller denken hiemit nicht zu besorgen stehet, dass sie ihre Gemeinden in dem Aberglauben ihrer Väter bestärken und ausschliessend mit Talmudischen Albernheiten beschäftigen werden. Der zweite Grund dieser Vorschrift liege darin, dass auf diese Art die Kandidaten auf Rabbinerstellen immer seltener werden dürften, wobey der Staat um so ungezweifelter gewinnt als dadurch zu hoffen ist, dass nur brauchbare und gut gebildete Männer zu Rabbinern werden gewählt werden.

Die Rabbiner des bisherigen gewöhnlichen Schlages aber weit entfernt irgend einen Nutzen zu schaffen, vielmehr viel Uibles stiften und die Moralität der Juden sogar noch mehr verderben. Aus all diesen Betrachtungen liesse es sich vollends auf keine Weise rechtfertigen, die Frist von 4 Jahren auf 9 Jahre hinaus zu verschieben massen die Rabbinerstellen eines Theils nach Maassgabe des § 2 des Patents nicht grade zu nothwendig sind, und andern Theils hiedurch die Aussicht einst gute und gebildete Rabbiner zu erhalten nur verspätet, hiemit die Hoffnung zur moralischen Besserung und Reform der Juden, wenn solche doch je möglich seyn sollte, noch weiter hinausgesetzt und allerdings sehr geschwächt werden würde.

2tens.

In Ansehung des Unterrichts

bleibe, wenn Juden über zu hohe Preise der hebräischen Bücher bei all den innländischen Buchdruckern und Buchhändlern sich zu beschweren Anlass haben sollten, ihnen unbenommen diesfalls Vorstellungen bey der Landesstelle zu machen, welche über jeden einzelnen Fall die gehörige Verfügung treffen wird. Dagegen könne von einer allgemeinen Anweisung der Buchhändler und Buchdrucker ihre Verkaufspreise nach jenen des Auslandes zu regulieren keine Frage seyn.

Die zweite Bitte der prager Judenvorsteher nehmlich nach Verlauf dreyer Jahre nur die Einfuhr solcher Bücher zu untersagen, die man sich in den innländischen Druckereien verschaffen kann, dagegen aber zu erlauben, dass jene, die in innländischen Druckereien nicht aufgelegt werden, auch fernerhin eingeführt werden dürfen, sey durch die dem Gubernium untern 24. May 1800 bekannt gemachten höchsten Entschliessung insofern stattgegeben worden, dass die mit 3. August 1800 zu Ende gegan-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

gene Frist auf weitere zwei Jahre verlängert worden ist. Da jedoch Ihre Majestät bei dernämlichen Gelegenheit unter einem zu befehlen geruht haben, dass nach Verlauf dieser Zeit kein Hebräisches im Auslande gedrucktes Buch in den k. k. Staaten erlaubt, folgl. die Judenschaft dieser Staaten auf die Hebräischen Bücher, welche inselben gedruckt sind beschränkt werden soll, so müssen die Juden im Wesentlichen mit ihrer zweyten Bitte allerdings abgewiesen werden. Das nämliche habe auch in Ansehung der Bitte den Censoren zu verordnen, dass sie sich um die Religionsmeinungen der Juden nicht bekümmern, sondern sich nur an die allgemeine Censurgesetze halten um so mehr zu geschehen, als die Censoren angewiesen seyen sich genau nach den bestehenden Censurgesetzen sich zu benehmen.

Ebensowenig sey der 16 § des Patents abzuändern, weil ein späteres Gesetz das früher allerdings aufhebe. Die Anordnung dieses § eben so deutlich als dessen Absicht wohltätig sey, hiemit eine Abweichung von dieser heilsamen Anordnung um so weniger angehen würde, als dem Staate wesentlich daran gelegen, zur besserer Kontrollirung der Juden und Abwendung mancher Betrügereyen die deutsche Sprache unter ihnen so allgemein als möglich zu machen und sich von ihrem Fortgange in derselben bei jeder schicksamen Gelegenheit, hiemit vorzüglich bei der so wichtigen Epoche ihrer Verehelichung vollständig zu überzeugen. Auch müsse die Befolgung dieses Patentabsatzes nicht mit so vielen Schwierigkeiten verknüpft seyn als die Judenvorsteher vorzugeben suchen, nachdem bei allen seither von jüdischen Brautleuten angesuchten Heirathsbewilligungen nur ein Fall vorgekommen sey, wo sich die Braut über den erhaltenen deutschen Schulunterricht nicht ausweisen konnte.

3tens.

In Ansehung des Bevölkerungsstandes

habe es bei den §§ 26 und 51 des Patents zu verbleiben. Die Juden seyen eine blos unter gewissen Beschränkungen geduldete Nazion. Sie müssen sich daher diese Beschränkungen um so unbedenklicher gefallen lassen, als sie nur gegen solche auf Schutz Anspruch haben, und sich noch über die so vieler Begünstigungen erfreuen. Uiberhaupt haben die böhmischen Juden keine Ursache zu klagen, sondern sie sollten vielmehr die über grossen Erleichterungen und Vorzüge, die ihnen nach und nach zugestanden worden seyen dankbar erkennen. Von 3927 im Normaljahre 1725 bestandenen Familien sey ihre Familienzahl auf 8600 festgesetzt worden. Auch habe man, als im Jahre 1799 von dem Gubernium ausgewiesen worden war, dass an dieser Zahl 942 Familien abgehen, den Juden gestattet diese Zahl durch Verehelichung der zweitgebohrenen Söhnen zu ergänzen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Diese ohnehin übergrosse Familienzahl zu vermehren würde auf keinen Fall zulässig seyn. Böhmen leide ohnehin schon genug unter dem Drucke der itzt daselbst bestandenden Juden, Anstatt ihre Vermehrung zu begünstigen, müsse die Staatsverwaltung vielmehr pflichtmäßig darauf wachen, daß sie möglichst beschränkt, und ihnen nicht abermals neue Begünstigungen verschaft werden. Massen ihnen in dem Patente vom Jahre 1797 ohnehin schon so viele Erleichterungen zugestanden und namentlich in dem 51 § mehr als hinreichende Auswege zur Bewirkung der Heirathsbewilligungen geöffnet worden seyen.

Jede Erweiterung dieses für die Juden ohnehin so günstigen § bleibe daher auf jeden Fall unzulässig. Alle Juden welche durch Aushebung zum Soldatenstande verwendet werden, die Bewilligung zum Heurathen einzugestehen, gehe um so weniger an, als sie deshalb keine besondere Rücksicht verdienen, sie auf diese Art beinahe besser als die Christen daran wären, und hiedurch der Vermehrung der Juden und dabey dem Verderben des Landmannes und dem Sinken aller Moralität Thor und Angel geöffnet würden. Ebenso unzulässig wäre die Ausfolgung der Heurathsbewilligung für ausgezeichnete Handelsleute, nachdem die ganze jüdische Nazion sich mit Handel und Wandel beschäftiget, die Bestimmung der ausgezeichneten Handelsleute sehr vielen Schwierigkeiten unterliegen würde und die Absicht des 51 § deutlich hervorleuchte, die Juden von Waarenhandl entfernen und nur jenen das Heurathen zugestehen zu wollen, welche sich vom Handel enthalten und auf die in dem Gesetze festgesetzte Art den Akerbau oder ein Zunftgewerbe betreiben. Den jüdischen Advokaten, wenn sie auch nicht Erstgebohrene sind das Heurathen zu gestatten würde sich um so weniger rechtfertigen lassen, als dem Staate dadurch, dass Juden Advokaten werden, nicht der mindeste Vortheil erwächst, wohl aber hieraus öfters manche üble Folgen entstehen können. Auch sey die Zahl der Advokaten in allen Ländern schon dermahl ohnehin nur allzugross. Es bedürfe daher keiner Aufmunterung, die Zahl derselben noch zu vermehren.

Eine gleiche Bewandnis habe es mit den Ärzten, denn auch von diesen ist eher eine zu grosse als zu kleine Zahl vorhanden; folglich könne das Verlangen, ihnen die Erlaubniss zu heurathen zuzugestehen nicht genehmiget, sondern wies es bereits in einigen Partikularfällen geschehen ist, wiederholt als unannehmbar zurückgewiesen werden.

In Hinsicht auf die Adopzion bleibe es bey der dem Gubernium untern 29. May 1800 zugekommenen Weisung, wodurch den Missbräuchen, welche manche Juden mit dem adoptieren einführen wollen, vollkommen begegnet wird.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

habe man die Juden keineswegs schon itzt den Christen gleichstellen, sondern nur durch vorbereitende Vorkehrungen versuchen wollen, dies einst bewirken zu können: Es sey wahrlich eine beispiellose Vermessenheit der Juden die Aufhebung des 44 § des Patents zu verlangen. Ihre Absicht immer weiter um sich zu greifen, leuchte hieraus nur zu deutlich hervor. Das Patent vom Jahre 1797 habe den Juden in den §§ 43, 45, 46, 47, 48, 49, 51 ohnehin sehr viele Nahrungswege eröffnet und sie sogar zu allen Arten vom Komerzial und Polizey-Gewerben fähig erklärt. Es lasse sich daher gar nicht einsehen wie die Juden noch nicht zufrieden gestellt sind und sich noch neue Ansprüche und zwar so unschicksame, als es der gegenwärtige ist erlauben; denn dass es allen Begriffen von Wohlstand zuwiderlaufen würde, wenn man die Juden zur Pachtung irgend einer Gerichtsbarkeit zulassen wollte, falle von selbst in die Augen. Auch lasse es sich nicht verkennen, dass so lange eine vollständige moralische Besserung der Juden nicht bewirkt ist, und der grösste Theil aus ihnen dem Hange zu wucherlichen Geschäften, Trug, Diebereien und Verhehlung gestohlener Sachen ergeben bleibt, sie zu Pachtungen von Schankhäusern, Zehnden und Mahlmühlen zuzulassen.

In Ansehung des 45 Patentabsatzes, seyen die Bittsteller mit ihrer Forderung den Akkerbau nicht bloss auf Pachtungen Obrigkeitlicher Gründe und auf die Bearbeitung derselben mit eigenen Händen, oder durch andere Juden zu beschränken ohneweiters abzuweisen, indem es den Juden an den nöthigen Händen zur Bestellung der gepachteten Obrigkeitlichen Gründen nicht fehlen kann, weil es ihnen in diesen § erlaubt ist, sie auch durch andere Juden bearbeiten zu lassen; so wie jenen Pächtern, welche im Oekonomischen Fache Belehrung brauchen, nicht verboten ist, bei christlichen Landwirthen in der Nachbarschaft Rath zu erhalten, auch viele Juden bereits ohne Schwierigkeit dem Ackerbau sich widmen.

Nachdem der Staat den Juden in dem Patente vom Jahre 1797 wesentliche Erleichterungen verschaft und sehr viele Nahrungswege eröffnet hat, so sey er auch berechtigt zu fordern, dass sie nützliche Bürger werden, einen der ihnen angewiesenen Nahrungsweg ergreifen, sich der öffentlichen Aufsicht nicht entziehen, und solche auf keine Weise vereiteln. In dieser Hinsicht kann von der Vorschrift der §§ 46 und 50 umso weniger abgegangen werden, als Juden nur auf diese Art nützliche Glieder des Staates werden können; nur unter dieser Voraussetzung eine genaue Kontrolle möglich ist, hiedurch vielen Schurkereien ohne weiteres begegnet wird und die Führung der Handlungsbücher in deutscher Sprache schon von Wailand Kaiser Josef II. anbefohlen worden, hiemit im

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Grunde nicht einmal eine neue Verfügung ist. Auch sey die auf die Uibertretung dieser Vorschrift festgesetzte Strafe der Sache und dem Charakter aller Juden ganz angemessen, weil dieselben noch immer an der Führung der hebräischen Handlungsbücher aus ihnen bekannten Ursachen hängen und grössten Theils auf unerlaubten Wegen reich zu werden suchen, hiemit nur durch eingreifende, auf ihre Sucht zu erwerben berechnete Strafen zur Führung deutscher Bücher, und Ergreifung eines ordentlichen Nahrungsweges gebracht werden können und es von selbst aufliegt, dass wenn die Juden nicht nützliche Menschen werden, und sich der öffentlichen Aufsicht nicht unterziehen wollen, sie des Schutzes des Staates und der längeren Duldung in ebenselben unwürdig seyen.

Die Erklärung § 53 fließe aus eben dem deutlichen Inhalte des Textes dieses Paragraphen, und falle die darüber von den jüdischen Gemeindevorstehern gestellten Anfragen um so mehr auf, als der Paragraph, worüber sie um eine Erläuterung bitten, ohnehin klar ist, und es sich von selbst verstehet, dass ein zur Gemeindeverpflegung geeigneter Mann jener sey, der gar kein Vermögen noch Einkommen hat, dabey nicht imstande ist, sich seinen Unterhalt selbst zu verdienen und auch sonst von niemanden eine Untersuchung erhält.

5tens.

In Ansehung der Pflichten gegen den Staat

seyen die Bittsteller mit ihren ganz unzulässigen Gesuche, um Milderung der Judensteuer abzuweisen, weil es in keiner Hinsicht angehen würde, die Juden in Ansehung der Steuer mit den Christen gleich zu stellen. Für die böhmischen Juden ohnehin mit Patent vom 24. October 1798 ein neues Steuersystem eingeführt, und die in ebenselben, nach mehrjährigen Erörterungen, und reifer Uiberlegung aller Umstände, mit höchster Genehmigung bemessene Steuersumme nothwendig und keineswegs überspannt ist.

Hiernach hat also der Magistrat die Jüdischen Gemeindevorsteher auf ihre gegen verschiedene Punkte des jüdischen Systemalspatents gemachte Vorstellung zu bescheiden und abzuweisen.

Prag den 3. Hornung 1801.

Franz Graf von Stampach.
F. Klebersberg.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Anmerkungen

[1] Das hier veröffentlichte Judenpatent ist in der „Sammlung der politischen Gesetze und Verordnungen Franz II" Wien, 1798, Nr. 13, pag. 27–51, abgedruckt. Die Beschwerdeschrift der Juden liegt im Konzept, die Antwort der Regierung in beglaubigter Abschrift vor. Beide im Archiv der jüdischen Gemeinde in Prag. Das Konzept der Beschwerdeschrift trägt folgende eigenhändige Unterschriften:

Markus Salomon Eidlitz – Wolf Moscheles – Michael Jurist – Marcus Dorminitz – Jonas Jeitteles Med. Doctor – Marcus Nathan Wehly – Abraham Kisch Med. Doctor – Sem Simon Neustadl – Löw Israel Frankel – Wolf Wiener – Aron Beer Wehle – Juda Abraham Ausch – Löw Meyer Fischl – David Lucka – Elias Levi – Simon Samuel Levi – Lazar Bunzl – Michael Bacharach – Aron Selkes Plohn – David Löb Wiener – Gabriel Mayr Fischl – Wolf Zappert – Jakob Gintzburg – Abraham Popper – Abraham Duschenes – Salomon Zerkowitz – Isak Löw Piwana – Daniel Joel Rosenbaum – Löw Metzl – Isaak Juda Schulhof – Aaron Beer E. Wehle – Marcus Beer Schefteles – Seligman Wiener – Jachim Wolf Schulhof – Isaac Torsch – Wolf Simon Frankl – Jacob Kalums – Abraham Neusttädl – Gabriel Löwy – Eleasar Flekeles – Samuel Landau – Isaac Markus Eidlitz – Jakob Markus Eidlitz – Austerlitz – Markus Porges – Lippmann Saar – Samuel Pick – Israel Bondi – Wolf Ausch – Salomon Neustädtl – Noë Austerlitz – Simson Neüstadl – Marcus Mayer Wehle – Joachim Ber Poll – David Tausig – Joachim Schulhof – Kopelmann Porges – Isak Fürth – Moises Löw Fieschel – Lazar Schulhof – Wolf Kuh – Jonathan Bondi – Salomon Herz Bondi – Salomon Porges – Löw Enoch E. v. Hönigsberg – Jonas Beer Wehle – Koppelman Frankl – Benedikt Luca – Gottlieb Wolf Zappert – Methusalem Neustädl – Simon Lämel – Jonas Fürth – Salomon Schmelkes – Seligmann Steiseles – Herschmann Bunzl – Markus Karpelis–Moyses Jerusalem – Juda Löw Saudek aus Kollin.

[2] Die Taxe für die Entrichtung einer Begräbnisstätte ist durch Hofkanzleidekret v. 20. November 1819, Hofzahl 36.693, aufgehoben worden. (Provinzial-Gesetzgebung Ergänzungsband 1819, S. 185.)

[3] Das HD v. 14. Dezember 1782 schreibt den Lehrern vor, daß sie den sich bei ihnen meldenden jüdischen Eltern anständig begegnen und sie versichern sollen, daß ihre Kinder weder Mißhandlungen noch Beirrungen in der Religion ausgesetzt sein werden; auch haben sie in Ansehung der Judenkinder zu beachten:

1. Sind die Judenknaben ohne irgend eine Ausnahme zu machen, gleich den Christenkindern in die lateinischen Schulen zuzulassen, sobald sie mit dem Zeugnisse einer Normal oder Hauptschule ordnungsmäßig versehen sind. Jedoch sollen die Eltern erinnert werden, dafür zu sorgen, damit ihre Kinder stets anständig und reinlich gekleidet, auch ohne alle äußere Unterscheidungszeichen, welche den übrigen Knaben zu Spöttereien Anlaß geben könnten, in der Schule erscheinen; dann aber

2. werden die Lehrer nicht nur durch ihr eigenes unparteiisches und liebreiches Benehmen ihren Schülern das Beispiel einer anständigen Begegnung und Verträglichkeit geben, sondern auch die christliche Jugend von Zeit zu Zeit hiezu ermahnen und die dagegen Handelnden mit in die Augen fallender Strenge bestrafen.

3. Zwar sind alle Gattungen vom Kauf, Verkauf und Tausch zwischen der Jugend in den Schulen überhaupt untersagt, die Lehrer sind jedoch zur besonderen Aufmerksamkeit in diesem Punkte bei den Judenknaben angewiesen, weil dadurch am Ersten zu Unordnungen und Uneinigkeiten zwischen der Jugend beiderlei Religionen Anlaß gegeben werden kann.

4. Weil der Anfang des Unterrichtes mit einem Gebet gemacht wird, bei welchem die Juden anwesend zu lassen, sowohl wegen ihrer Religionsbegriffe, als wegen der Ehrerbietung, die man in den Sachen und den Namen, die in den Gebeten vorkommen, zu erhalten schuldig ist, nicht wohl schicklich sein würde, so haben die Lehrer den Judenknaben vorzuschreiben, daß sie immer etwas später als die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

christlichen und zwar erst damals in die Schule kommen, wenn das allgemeine Schulgebet bereits beendigt ist; aus eben dieser Ursache sind die jüdischen Schüler täglich vor dem gewöhnlichen Schulgebete und

5. am Mittwoch und Samstag aber, stets eine halbe Stunde vor dem Ende der Schule, und eigentlich bevor mit dem für diese Tage gewöhnlich bestimmten Unterricht in der Christenlehre der Anfang gemacht wird, zu entlassen überhaupt endlich

6. niemals zu berufen oder zum Schulbesuche an solchen Tagen zu verbinden, an denen entweder bei der christlichen Jugend gottesdienstliche Übungen gehalten werden, oder auch bei den Juden eine Religionsfeier einfällt.

[4] Der Prager Jude Schulhof hatte seinen Sohn zu einem christlichen Goldarbeiter in die Lehre gegeben. Die Zunft zwang den Meister, den Knaben nach vierwochiger Lehrzeit wieder nach Hause zu schicken. Der gekränkte Vater wandte sich mit seiner Beschwerde an die Landesstelle. Diese erließ durch den Magistrat den Befehl, dem Judenknaben keine Schwierigkeiten bei dem Erlernen des Zunftgewerbes zu bereiten. Die Zunft aber wollte sich nicht fügen und brachte Gegenvorstellungen ein. Hierauf wurde eine Vermittlungskommission eingesetzt. Ihre Bemühungen scheiterten an der Hartnäckigkeit der Zunft. Es blieb dem Vater dieses Lehrknaben nichts anderes übrig, als sich an den Kaiser zu wenden. Es erfloß eine allerhöchste Resolution, daß jener Knabe ohne weiteres zur Erlernung jenes Zunftgewerbes zugelassen werden solle. Die Zunft machte wieder alle möglichen Einwände. Nach Aufwand von unsäglichen Mühen und Unkosten erlangte er seine Freisprechung als Geselle. Um aber sein Handwerk ausüben zu können, mußte er auswandern. Er begab sich nach Ungarn und betrieb dort sein Handwerk.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Zur Geschichte der Toleranzpatente in den Sudetenländern

Von Prof. Dr. Ludwig Singer

—

Vorbemerkung

Die allgemeinen Ideen, von denen Josef II. und seine Räte sich in der Judenfrage leiten ließen, habe ich in dem Vortrage über das österreichische Toleranzpatent (B'nai-B'rith Mitteilungen für Österreich 1932, Heft 1) dargelegt. Vielleicht habe ich dabei und bei der Besprechung einzelner Maßnahmen nicht ausreichend stark die grundsätzliche Abneigung betont, die sie gegen alles empfanden, was ihnen als religiöse Schwärmerei, Fanatismus, Werkdienst und Aberglaube in ihrer eigenen Kirche erschien und dem sie natürlich ebenso gegenüberstanden, wo sie es in einer fremden Religion fanden oder zu finden glaubten. Auch dafür gibt es ganz bezeichnende Äußerungen.

Bei der vorliegenden Arbeit kam es mir vor allem darauf an, die Haltung der Wiener Regierung quellenmäßig möglichst klar zu legen und dabei, soweit mir der Stoff zugänglich war, beizubringen, was die Entscheidungen verständlich machen, zu ihrer Beurteilung dienen kann. Dabei waren Wiederholungen nicht ganz zu vermeiden.

Daß Böhmen am ausführlichsten behandelt wurde, rechtfertigt sich durch die Wichtigkeit, die die Judenschaft dieses Landes nach Zahl, wirtschaftlicher und geistiger Bedeutung besaß, nicht minder aber dadurch, daß das Hofdekret vom 19. Oktober 1781 die erste grundsätzlich entscheidende Entschließung im Sinne des Handbillets vom 13. Mai 1781 war, daß es demgemäß auch in der Öffentlichkeit das größte Aufsehen erregte.

Ich bin mir natürlich vollkommen bewußt, daß es methodisch durchaus geboten gewesen wäre, neben der Literatur, den gedruckten Quellen, den Beständen der Wiener Archive zum mindesten die einschlägigen Prager und Brünner Akten heranzuziehen, um so mehr, als der größte Teil dessen, was das Wiener Ministerium des Innern besaß, dem verhängnisvollen Julibrande des Jahres 1927 zum Opfer gefallen ist.

Äußere Umstände, deren Überwindung nicht in meiner Macht lag, haben mir dies unmöglich gemacht. Hoffentlich werden die čechoslovakischen Gelehrten, denen diese Quellen zugänglich sind, die nötigen Ergänzungen und Berichtigungen meiner Ausführungen beibringen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Daß ich, soweit es mir möglich war, auch das Allerwichtigste hinsichtlich der wirtschaftlichen Verhältnisse zu geben bemüht war, bedarf keiner Rechtfertigung. Der Widerstand gegen die Judenemanzipation beruht nicht allein, aber doch in sehr großem Maße auf der Furcht vor ihrem Wettbewerbe im Falle der „Erweiterung ihrer Nahrungswege".

Andererseits mußte ich in diesem Zusammenhange auf die vollständige Verwertung des mir zugänglichen Stoffes verzichten. Sie hätte mich allzusehr von dem abgelenkt, was mir als die Hauptsache erschien. Manches gedenke ich nachzutragen.

Schlesien habe ich ganz kurz behandelt. Für die früher zu Ungarn gehörigen Teile der Čechoslovakischen Republik besitze ich mancherlei Material, das muß aber gesondert bearbeitet werden.

Es sei mir noch erlaubt, der Beamtenschaft der Wiener Archive (Staatsarchiv, Archiv des Ministeriums des Innern, Archiv des Ministeriums für Unterricht) den herzlichsten Dank auszusprechen für die mannigfache bereitwillige Hilfe und Förderung, die sie mir gewährt haben. Ganz besonders wertvoll war mir auch die Liebenswürdigkeit, mit der mir Herr Max Portheim seine mit Recht berühmte Sammlung zugänglich machte. Nicht nur die für die Theresianische und Josephinische Zeit ganz einzigartige Büchersammlung; noch bewundernswerter ist sein nach Hunderttausenden zählender Zettelkatalog, der dem Forscher über Ereignisse, Personen, Quellen Auskünfte erteilt, die er sonst kaum erhalten könnte und die ihm eine Fülle von Zeit und Mühe ersparen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

DIE REFORMABSICHTEN KAISER JOSEFS II.

Am 13. Mai 1781 erging das berühmte Handschreiben Josefs II. über die Verbesserung der Lage der Juden, nachdem es noch vorher die Zustimmung des Staatsrates gefunden hatte. Es war an den Vorstand der B.-ö. Hofkanzlei Grafen Blümegen und in gleichem Wortlaute an den ungarischen Hofkanzler Grafen Pálffy gerichtet.[1]

Es zerfällt in zwei Hauptteile. Der erste beschäftigt sich mit der Bildung der Juden, mit ihrer Einbeziehung in die sie umgebende Kulturwelt. Am wichtigsten erscheint dem Kaiser die sprachliche Angleichung oder doch Annäherung an ihre Umgebung, die Beseitigung ihrer „Nationalsprache", außer beim Gottesdienste. Daher sollen sie verhalten werden, nach einer Frist von zwei bis drei Jahren bei Strafe der Nullität alle ihre Kontrakte, Verschreibungen, Testamente, Rechnungen, Handelsbücher, Zeugnisse, kurz alles, was eine Verbindlichkeit in gerichtlichen oder außergerichtlichen Handlungen haben soll, in der gerichtsüblichen Sprache jedes Landes zu führen. Die gewährte Frist sollen sie zur Erlernung der Sprache benützen. Zur Förderung dieses Unterrichtes sollen jüdische Schulen errichtet werden. Wo dies nicht möglich ist, sollen ihre Kinder die christlichen Schulen besuchen dürfen, ja zu diesem Besuche verhalten werden. Der sonst so sparsame Kaiser ist bereit, – es ist das eine eigenhändige Einfügung – für die ersten Jahre aus den jüdischen Steuern und den für die Ehen bestimmten Taxen etwas zu diesem heilsamen Geschäfte zu verwilligen. Auch die Zulassung Vermöglicherer zu den höheren Lehranstalten und zu den Universitäten will er gewähren, ebenso die Freiheit, die nach Zensurgrundsätzen gestatteten Bücher zu lesen, jüdische Buchdruckereien wie in Böhmen einzurichten.

Der zweite Teil bezieht sich auf die Vermehrung und Erweiterung der Nahrungswege, um sie „von dem ihnen so eigenen Wucher und betrügerischen Handel" abzuleiten.

Folgende Punkte erscheinen dem kaiser besonders wichtig:

1. Der Ackerbau, wenn auch der Boden nur pachtweise in ihrem Besitze bleiben darf; besonders unbearbeitete und unkultivierte Grundstücke, aber auch kultivierte Grundstücke könnten ihnen übergeben werden – jedoch nicht solche untertäniger Kontribuenten. Die Bearbeitung müsse aber durch jüdische Hände geschehen.
2. Könnten sie auch Fuhrleute abgeben.
3. Wären sie zum Schuster- und Schneider-, Bau- und Zimmermannshandwerke und allen anderen Bauhandwerken, auch als Baumeister und Architekten bei entsprechender Vorbildung zuzulassen.
4. Für das Zeichnen Begabte mögen sich zu Kunsttischlern u. dgl. aus-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bilden. Auch die freien Künste (Malerei, Bildhauerei u. dgl.) sollten sie betreiben dürfen.

5. Können sie Fabriken errichten, endlich
6. alle Manufakturen, die wie Spinnen, Leinweberei, Taffetmacherei für freie Gewerbe erklärt sind.

Dem Geiste der Humanität des Zeitalters entspricht es, daß die Beseitigung aller jener „demütigenden und den Geist niederdrükkenden Zwangsgesetze" angeordnet wird, die den Juden einen Unterschied der Kleidung und Tracht und besondere äußerliche Zeichen auferlegen.

Die Absichten des Kaisers waren hiebei in erster Linie auf die Förderung des Staatswohles gerichtet; er wollte sie dem Staate nützlicher machen, „als sie es bisher bei der Beschränkung ihrer Nahrungswege und den auch nicht zulänglich verstatteten und eben deswegen ihnen überflüssig geschienenen Aufklärungsmitteln *nicht werden konnten*". Betrachtet man aber die Gesamtheit der Maßnahmen, Inhalt und Ton der Aktenstücke, so merkt man ganz wohl, daß auch die Humanitätsidee stark mitwirkt, daß auch diejenigen der Zeitgenossen im Rechte waren, die bei der Erörterung dieser Fragen immer wieder vom Menschenfreunde Josef sprachen.

Aber die Verwirklichung dieser Absichten war durchaus nicht so ohne weiteres möglich. Die Habsburgischen Besitzungen, die damals mit den Vorlanden bis an den Rhein reichten, mit Belgien die Küste der Nordsee berührten, zu denen in der lombardischen Ebene das Herzogtum Mailand gehörte, bildeten nicht nur geographisch keine Einheit. Auch die Gebiete, die räumlich zusammenhingen: die Alpen-, die Sudeten-, die Karpathenländer, führten noch ein reich entwickeltes Sonderleben, waren politisch und kulturell von einander äußerst verschieden. Wohl waren die Kräfte dieser Länder in steigendem Maße dem Gesamtzwecke dienstbar gemacht worden; aber noch waren die alten Unterschiede vorhanden, überall war noch ein gutes Stück Mittelalter lebendig. In manchen Ländern (Innerösterreich, Österreich ob der E., auf dem flachen Lande Niederösterreichs) waren die Juden überhaupt nicht geduldet, aber auch dort, wo sie wohnen durften, waren ihre Rechts- und ihre wirtschaftlichen Verhältnisse ganz wesentlich von einander verschieden. Daher schließt das Handschreiben: „Wie nun diese Meine Absicht nach Unterschied der Länderverfassung und der für die Juden geeigneten Nahrungsweege in jedem Land in Ausführung gebracht werden solle, wird jede Länderstelle unter Leitung der Kanzley die gedeyhlichste Mitteln anwenden. Ich versehe Mich sowohl zu der Hof- als zu den Länderstellen, daß sie sich durch minder wichtige Anstände nicht irre machen lassen, in erheblichen aber mit Erstattung ihres Gutachtens die weitere Belehrung einholen werden; wie Ich dann auch all-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

jährlich über den Fortgang der Sache die Berichte aus jedem Lande und die Vorträge darüber erwarte."

Aus dringenden Mahnungen, die der Kaiser von seiner Reise nach den Niederlanden ergehen ließ, die er kurz nach Erlaß des Handbillets angetreten hatte, ersieht man, daß er eigentlich eine sofortige Ausführung seiner Befehle, eine möglichst rasche Äußerung über etwa sich ergebende Schwierigkeiten erwartete.[2] Dieses Drängen des Kaisers hatte zur Folge, daß die verlangten Antworten verhältnismäßig schnell einliefen.

I. BÖHMEN

A. Zustände um 1780

1. Rechtliche Stellung der Juden

Wohl lastete auf den Juden überall schwerer Druck, aber Art und Maß dieses Druckes waren recht ungleich. Die Juden in den Sudetenländern waren in vieler Hinsicht weit besser gestellt als die Wiens, so daß Graf Hatzfeld in dem oben erwähnten Gutachten des Staatsrates vom Mai 1781 sagen konnte: Ein großer Theil des Inhalts des K. Billets besteht im Königreich Böhmen, auf diese Art können sie die Schuhlen frequentieren, wie es denn besonders in dem medizinischen Fach wirklich geschieht. Man findet unter denen Prager Juden alle Handwerker außer einigen wenigen, welche ihnen nicht gestattet sind.[3]

Vor allem war die rechtliche Stellung der Juden in den Ländern der böhmischen Krone eine ganz andere als etwa die der einzeln tolerierten und unter der Theresianischen Judenordnung vom 5. Mai 1764 stehenden Wiener Juden. Der von Wladislaw II. in einem Majestätsbriefe bestätigte Landtagsbeschluß von 1501 sicherte ihnen zu, daß sie für ewige Zeiten bei der Krone Böhmen geduldet, und, wenn ein oder der andere aus den Juden wider die Landesgesetze sich vergehen sollte, nur allein der Täter bestraft, desselben Verbrechen aber keineswegs von der sämtlichen Judenschaft vergolten werden solle.

Wie wenig Sicherheit aber ein derartiges Gesetz bot, beweist die Tatsache, daß König Wladislaw selbst schon 1507 einen Vertreibungsbefehl erließ, den er freilich auf Andringen des Adels bald wieder aufhob, so daß er nicht zur Ausführung kam; aber es gab doch Bedrängnis genug. 1510 bestätigte er den in Böhmen vorhandenen Juden ihre Freiheitsbriefe und ihre Rechte und befahl, daß sie für künftige Zeiten aus der böhmischen Krone nicht verdrängt und ausgewiesen werden sollten.[4]

Sein zweiter Nachfolger, Ferdinand I., machte zweimal den Versuch,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

die Juden aus Böhmen auszuweisen. Im Jahre 1541 bestätigte er einen darauf zielenden Landtagsbeschluß; dieser wurde aber schon 1544 widerrufen. Gefährlicher gestaltete sich die Lage, als der König im Jahre 1557 allen Ständen im Königreiche Böhmen und den einverleibten Ländern verkündete, daß er allen Juden die ihnen erteilten Geleitsbriefe aufsage und ihnen befohlen habe, binnen Jahresfrist das Land zu verlassen. Damals mußte der größte Teil der Judenschaft auswandern; aber mannigfache Erstreckungen, Ausnahmen für einzelne, bewirkten, daß doch eine, ob auch geringe, Zahl von Juden im Lande blieb. Unter Maximilian II. kehrten viele der Ausgewanderten zurück und Rudolf II. bestätigte 1577 die ihnen früher erteilten Privilegien und insbesondere, daß sie aus Prag und der böhmischen Krone nicht verdrängt werden sollten.

Unbekümmert darum erließ Maria Theresia das bekannte Verbannungsdekret vom 18. Dezember 1744. Wohl mußten die Juden Prag verlassen, allein schon am 15. Mai 1745 wurde ihnen auf Andringen der Stände zunächst der Aufenthalt im Lande auf unbestimmte Zeit bewilligt, 1748 die Rückkehr in die Hauptstadt erlaubt. Gegen eine Steuer von jährlich 204000 fl (nach fünf Jahren 205000 fl) wurde ihnen am 29. Juni 1748 ein zehnjähriger Aufenthalt in Böhmen gestattet und seit dem lebten sie in Ruhe.

Die Grundlage ihrer bürgerlichen und wirtschaftlichen Existenz bildeten die Privilegien Ferdinands II. von 1627 und Ferdinands III. von 1648, sowie die Gesetze Josefs I. und Karls VI. Wiederholt suchte man der Vermehrung und Ausbreitung der jüdischen Bevölkerung vorzubeugen, am wirksamsten durch das Ehepatent Karls VI., das die Zahl der in Böhmen geduldeten jüdischen Familien mit etwas über 8300 festsetzte, eine Zahl, die erst 1789 auf 8600 erhöht wurde. Der Aufenthalt war ihnen im ganzen Lande gestattet, nur die Bergstädte durften sie – selbst in Marktzeiten – nicht betreten, weil man von ihnen eine Verschleppung des Edelmetalles befürchtete. In Prag bewohnten sie die Judenstadt, die aus mehr denn dreihundert, freilich übermäßig dicht bewohnten Häusern bestand. 1444 Familien lebten dort. Auch auf dem Lande besaßen sie die vor alters (1623) erkauften Häuser. Als Immobilienbesitz, der verkauf- und belastbar war, galten auch die Schul(Tempel)stühle. Ein Landtagsbeschluß von 1650 schloß sie von der weiteren Erwerbung irgendwelches unbeweglichen Eigentums aus.

Die Prager Juden bildeten rechtlich eine eigene Gemeinde, deren Primator – damals Israel Frankl – eine angesehene Persönlichkeit war. In Prag hatte auch der Landesrabbiner seinen Sitz. Auf dem Lande gehörte der Jude als Untertan zu *derjenigen Gemeinde*, welcher er in Rücksicht auf Gerichtsbarkeit und obrigkeitliche Rechte zugeordnet war, war also der Ortsobrigkeit untertan, doch nicht in der gleichen Art wie

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die christlichen Gutsuntertanen. Die Juden standen zu ihr in einer Art Vertragsverhältnis, waren dem Gutsherrn gegenüber zu bestimmten Leistungen als Entgelt für den gewährten Schutz verpflichtet, waren auch in ihrer Erwerbstätigkeit von ihm abhängig, standen unter seiner Gerichtsbarkeit.[6] Eigentliche Gemeinden bildeten sie nicht, denn die Gewährung des Gemeinderechtes war königliches Reservat. Sie hatten aber als eine Art freier Vereinigungen ihre Synagogen, Schulen, Rabbiner usw., doch wurden keine Gemeindevorsteher anerkannt, sondern nur, wo eine Synagoge war, Synagogenvorsteher, Schulväter gestattet.[6] Es wurde wohl auch von der Ortsobrigkeit gelegentlich ein Judenrichter ernannt.[7] Die Kosten der Kultus- und Wohlfahrtseinrichtungen wurden durch freiwillige Beiträge aufgebracht. – Kolin und Jungbunzlau übten auch jüdische Gerichtsbarkeit erster Instanz in Zivilsachen.[8]

Die gesamte Landjudenschaft bildete eine Gemeinschaft, an deren Spitze die von den einzelnen (12) Kreisen gewählten Deputierten, Landesältesten, standen. Ihr Oberhaupt war der Landesprimator, schon seit Theresianischer Zeit Joachim Popper.[9] Sie hatte ihren Sitz in Prag, besaß dort seit 1733 ein eigenes Haus und war eine beratende Stelle für Steuer-, Heirats-, Rechts-, Religions- und Wirtschaftssachen.

Die Prager Gemeinde besaß wie andere Gemeinden Gerichtshoheit, das Recht, in Zivilsachen Urteile in erster Instanz zu fällen. Sie entschied Streitigkeiten der Juden untereinander. Wenn ein Christ gegen einen Juden Recht suchte, stand es ihm frei, sich an das jüdische oder das christliche Gericht zu wenden.[10]

Sowohl in Zivil- wie in Strafrechtsfällen gewährten die Privilegien den Juden eine gegen früher erhöhte Rechtssicherheit.

2. Wirtschaftliche Lage

Bedeutend und wichtig war die wirtschaftliche Stellung der böhmischen Juden.

Schon das Privileg Ferdinands II. hatte ihnen „unter ihnen", d. h. für Juden als Besteller, den Betrieb aller Handwerke mit Ausnahme derjenigen der Schwertfeger, Büchsenmacher und Plattner verstattet; doch sollten sie keine Christen als Gesellen, Störer oder Pfuscher halten, noch ihnen Unterschlupf geben. Die erzeugten Waren durften sie auf dem jüdischen Tandelmarkte oder in den Gewölben der Judenstadt öffentlich feilhalten und an Christen oder Juden verkaufen, jedoch mit ihnen nicht hausieren. Beaufsichtigt wurden sie durch den Altstädter Hauptmann.[11]

Im Jahre 1771 (8. Juli) wurden sie vom Betriebe der Petschierstecherei ausgeschlossen, weil schon die christlichen Petschierstecher

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zu wenig zu tun hatten.[13] Und 1775 (Verordnung vom 24. April) suchte man das jüdische Goldarbeiterhandwerk zum Absterben zu bringen, indem man den Meistern in Prag und in anderen Orten, „die sich der bisher betriebenen Goldschmied-Profession unbefugt und patentwidrig angemaßt hatten", zwar gestattete, ihre Profession fortzusetzen, aber die Erlaubnis entzog, Lehrjungen zu halten.[13] In jenen Orten, wo keine bürgerlichen Lohgerbereien waren und von uralten Zeiten schon Lederhäuser errichtet gewesen, war es auch den Juden erlaubt, solche Häuser von den Obrigkeiten in Mietung zu nehmen und zu halten, sofort die Gerberei sowohl mit christlichen Gesellen als mit jüdischen Knechten zu betreiben, jedoch mit der ausdrücklichen Bedingnis, „daß sie sich hierin redlich betragen, mithin echtes und unmangelbares Leder verfertigen sollen" (HD. vom 30. Sept. 1775).[14]

In gleicher Weise konnten sie von den Obrigkeiten errichtete Flußhütten oder Pottaschesiedereien pachten. Von der Kattundruckerei und Färberei waren sie mit Rücksicht auf die Privilegien der Färber ausgeschlossen. Begünstigt wurden sie, wenn sie Fabriken errichteten.

In ausgedehntem Maße betrieben die Juden die Bekleidungsindustrie, vor allem die Schneiderei. Für Christen durften die Juden keine Kunden-(Maß)arbeit anfertigen; so bildete sich die Kaufschneiderei für Kleiderhändler aus.[15] Das Schneiderhandwerk trat auch in Verbindung mit dem aus dem Pfandleihgeschäft erwachsenen Altkleiderhandel der Juden. Die jüdischen Schneider richteten die erkauften Altwaren für den Gebrauch wieder her oder arbeiteten sie, z. B. Monturen, um. Die Einkäufer scheuten keinerlei Mühe, schlugen alle möglichen Wege ein, um die geschätzte Ware zu erlangen.[16] An Bedeutung schloß sich die Schuhmacherei an. Dazu kam das Hutmachergewerbe, das Nähen von Wäsche, vornehmlich von Frauen betrieben, die Kürschnerei und die Erzeugung von „Schlafpelzen". Ferner das Bandmachen, die Erzeugung von Posamentier- und Goldarbeiterwaren. Sehr wichtig war auch das Fleischhackergewerbe.

Das Prager Ghetto weist eine bunte Mannigfaltigkeit von Gewerbebetrieben auf.[17] Wenn einzelne Handwerke nur spärlich, vereinzelt oder gar nicht vorhanden sind (1729 nur ein Klemperer, kein Tischler, kein Schmied), so erklärt sich das nicht bloß aus der Schwerarbeit, die sie fordern, sondern wohl auch aus dem Fehlen der Möglichkeit, sie zu erlernen, vielleicht auch aus den räumlichen Verhältnissen der Prager Judenstadt.

Vielfach tätig sind sie als Branntweinbrenner.

Mit der Weberei und Spinnerei befaßten sie sich nicht.

Das Hauptgebiet der jüdischen Erwerbstätigkeit war der Handel. Das Privileg Ferdinands III. erlaubte ihnen Kauf und Verkauf von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kramerwaren, die nicht besonders verboten waren, öffentliche Gewölber auf Plätzen und Märkten, wo es Herkommen war (in Prag war ihnen das Mieten von Gewölben außer auf dem Tandelmarkt verboten); Besuch und Handel auf offenen Jahr- und Wochenmärkten, Handel mit Leder, Häuten, Wolle, Getreide, lebendem Vieh, Fleisch (Reskript vom 14. Nov. 1647), Wein in Fässern, mit Tüchern, gesalzenen und Dörrfischen, auch außer Landes. Sie hatten auch das Recht, in Podskal Brenn- und Fletzholz einzukaufen. Sie durften in ihrer Stadt Wein ausschenken (während ihnen sonst das Wirtsgewerbe untersagt war). Für ihre Waren war ihnen Zollgleichheit mit den Christen gewährt.[18]

Völlig ausgeschlossen waren sie vom Salzhandel (Patent vom 27. Juli 1727).[19]

Dagegen hatten sie den Handel mit einer Reihe inländischer Produkte fast völlig in ihren Händen, so den mit Leder, Wolle, Pottasche, Federn und Branntwein, Silber und Gold. Der Wollhandel war eine Zeitlang von ihnen vielfach monopolisiert, weil die Obrigkeiten ihre Untertanen zwangen, ihre Wolle nur den obrigkeitlichen Bestandjuden zu verkaufen, ein Übelstand, der durch das Hofdekret vom 7. Jänner 1774 nachdrücklich abgestellt wurde.

Den Handel mit Hasenfellen suchte man dem jüdischen Zwischenhandel dadurch zu entziehen, daß man ein Vorkaufsrecht der Hutmacher auf den Wochenmärkten festsetzte (Hofreskript vom 28. Oktober 1755, §1). Allein 1771 gab man den Verkauf der Bälge wieder frei und traf nur Maßregeln zur Verhütung der Ausschwärzung (HD v. 8. April 1771).

Die Sammlung des Materials (Federn, Wolle, Hasenfelle, Häute, Leder) durch Einzelankauf im kleinen bei den Urbesitzern wurde wesentlich gefördert durch den jüdischen Hausierhandel. Während man den Hausierhandel sonst „als wider alle gute Ordnung und Handelsprinzipien laufenden Verkehr" verbot und nur einigen Insassen von Krain den mit Viktualien gestattete (HD vom 3. Dez. 1767), war er den böhmischen Juden erlaubt. Ein Hofdekret vom 21. August 1772 beschränkte das Verbot des jüdischen Hausierhandels auf die Städte, in denen sich bürgerliche Kaufleute und Krämer befanden, auf dem Lande aber wurde diese Art des Handels mit Ausnahme gewisser Waren auf Grund obrigkeitlicher Lizenzen gestattet. Jedoch durften die Hausierer ihre Waren nur mit Schubkarren oder in Kraxen und Bündeln mit sich führen, niemals aber sich der Wagen oder Saumrosse bedienen.[20]

So erfüllte dieser Handel, der die entlegensten Gegenden aufsuchte, die doppelte Aufgabe, Rohstoffe, die sonst schwer den Weg zum Markte fanden, aufzubringen und andererseits Industrieerzeugnisse an einen Käufer heranzubringen, der sie sonst nur selten und gelegentlich aufgesucht hätte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Eine ähnliche wirtschaftliche Leistung vollbrachte das Prager „Hausjudentum". In dem von Collini[18] geschilderten freiwilligen Bedienten haben wir wohl einen derartigen Hausjuden zu erblicken. Auch sonst bediente sich der jüdische Handel vielfach „der Handelsagentur und Maklerei, die eine ansehnliche Zahl von Juden beiderlei Geschlechtes ernährte".[21]

Die Tabakpacht war in jüdischen Händen; in Böhmen in denen Israel Hönigs und seiner Gesellschafter, und den Weiterverkauf besorgten jüdische Trafikanten. Doch war diesen verboten, daneben mit anderen Waren Handel zu treiben. Auch sonst wurden vielfach Regalien an Juden verpachtet und große Lieferungen, vor allem Heereslieferungen, durch sie besorgt.

Das Handlungspatent vom 24. März 1764 verbot ihnen, mit fremden Manufakturen Handel zu treiben; aber schon am 3. Februar 1765 erging ein neuer Erlaß, der den Juden auch die Einfuhr von fremden productis artis gestattete, wenn diese inner Landes nicht zur Perfection gebracht werden könnten oder zu einer weiteren Fabrikation tauglich seien. Es handelt sich um fremde Material-, Spezerei- und Farbwaren, Zucker, Kaffee, Indigo, dann aus dem gröbsten gearbeitete materiae primae (rohe Häute, Pelzwerk, gesponnene oder geschlagene Wolle, Harras, rohe und cartierte Seide), welche Anlaß zu weiterer Fabrikation geben.

Die Ursache derartiger Maßnahmen ist immer das Streben, die heimische Erzeugung zu heben, zu bewirken, daß möglichst wenig Geld außer Landes gehe. Das bezeugt u. a. die Verordnung vom 21. März 1772, die die Juden im Handel mit auswärtigen Waren den Christen gleichstellt: „Indessen liegt der Judenschaft ob, die möglichste Beförderung des Verschleißes der inländischen Manufaktur und Fabrikwaren um so gewisser sich angelegen sein zu lassen, als im widrigen Falle die erlaubte Einfuhr der fremden Waren aufgehoben werden würde."

Sehr wichtig war ihr Handel mit Schnittwaren. 1772 hatten in Prag die Juden 459, die Christen 39 Schnitt- und Galanteriewarengeschäfte.[22]

Der Handel der Juden mit Gold und Silber machte der Regierung ernstliche Sorge. Wie wichtig er für das Land war, zeigt die Tatsache, daß Wolf Zappert, der Ahnherr der bekannten Familie, der „altes Gold und Silber nebst dem Gräz einhandelte, solches (den) 18 (spezificirten) christlichen Gold- und Silberarbeitern zur Verarbeitung gab. Mit den erzeugten Galanteriewaren trieb er Handel auch in fremde Länder und ‚zog' so ‚Geld ins Land'."[23]

Zappert suchte 1773 erneut darum an, „die Wiener Jahrmärkte mit seinen Galanteriewaren besuchen zu dürfen". Er wurde abgewiesen, aber sein Gesuch gab Anlaß zu einer allgemeinen Anordnung. Maria Theresia entschied sich dahin, daß man auch anderen Juden erlauben solle, christ-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

liche Goldschmiede mit Arbeit zu verlegen und mit Gold- und Silbergalanteriewaren zu handeln. Ein Hofdekret vom 24. April 1775 (s. o.) bestimmte, daß einzelnen Juden der Einkauf von Gold- und Silbermaterial gegen münzamtliche Zertifikate und (je nach der Menge mittelbarer oder unmittelbarer) Einlieferung an das Münzamt zu gestatten sei.[23]

Der (christliche) Großhandel wurde in Wien mit Hofdekret vom 24. Mai 1774 organisiert, doch blieben die Privilegien der bisherigen Niederläger unberührt. Die jüdischen Handelsleute in Prag, so zahlreich sie waren, waren unorganisiert. Sie hatten keine Vorsteher und kein Gremium, so wenig wie die jüdischen Handwerker zünftig zusammengefaßt waren.

Vielfache Klagen werden laut über die Bewucherung des Landvolkes und der städtischen Professionisten durch die jüdischen Händler. Allein die Hoffinanzstelle selbst muß bemerken, daß das Streben, die Juden von dem Handel abzuziehen und der industriellen Tätigkeit zuzuführen, so lange ein frommer Wunsch bleiben müsse, so lange die Steuern der Juden, die sie keineswegs durch erlaubte und ordentliche Dienste, sondern lediglich durch wucherische Handlungen sich zu erwerben imstande seien, nicht auf einen billigen Betrag herabgesetzt würden.

Auch für das Geldgeschäft bildeten die Privilegien Ferdinands II. und Ferdinands III. die Rechtsgrundlage. Sie liehen gegen Faustpfand. Offiziere nahmen Kredit gegen Verpfändung ihrer Gagen in Anspruch. Die Aktenregister des Hofkriegsrates weisen immer und immer Verhandlungen über Sicherstellungsforderungen jüdischer Gläubiger u. dgl. auf. Jahrelang ziehen sich die Prozesse hin, müssen sich die Geldgeber mühen, ihre Forderungen hereinzubringen. Durch einen ausgebreiteten Hypothekarkredit ist ein großer Teil des Grundbesitzes in Abhängigkeit gebracht.

So hatten sich Hofkanzlei und Staatsrat schon im Vorfrühling des Jahres 1781, vor Erlaß des Handbillets vom 13. Mai, mit diesen Verhältnissen zu beschäftigen.

Am 2. März erteilte der Oberste Kanzler Graf von Blümegen Auskünfte über sechs, mit kaiserlicher Signatur herabgelangte Bittschriften.[24]

Da schlägt ein Anonymus Mittel vor, die an den Christen in Böhmen habende jüdische Forderungen zu tilgen, den Wucher der Juden abzustellen und die bürgerliche Wohlfahrt zu befördern, wenn: a) die landtäflich versicherte Schulden, welche die Schuldner nicht anders tilgen können, durch neu zu creirende Banco- oder Zahlzetteln auf soviel Millionen als nötig wären zu Handen des löbl. aerarii gegen landesübliche Interessen und fünfundzwanzigjährige Rückzahlungsfrist abgelöset, b) den Privatis nur gegen real hypothequen und mit Vorwissen des Gerichts Geld zu borgen, erlaubet, für jene, die keine hypotheque auszuweisen vermöchten, ein Leihamt durch die von Capitalisten zusammenfließende

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Beträge errichtet, auch eine allgemeine Kleiderordnung eingeführet; c) der den Christen so verderbliche Handel der Juden möglichst beschränkt würde.

Graf Blümegen findet die Anträge des Proponenten so beschaffen, daß sie weder in linea camerali noch in linea politica gebilligt werden mögen; und daher die von ihm künftig nachzutragen verheißende Vorschläge, wenn sie nicht von mehrerem Bestande sind, ganz wohl entübrigt werden könnten.

Im Staatsrate ist Baron Gebler, wenn er auch die Vorschläge für teils entbehrlich, teils allzu general hält, für nochmalige Prüfung mit Rücksicht auf die gedeihliche Wirkung der in Schlesien errichteten Leihbank. Man solle daher den Vorschlag den böhmischen Ständen um ihre Äußerung mitteilen. Indes ließ man, schon mit Rücksicht darauf, daß das schlesische Institut, wie es verlaute, zu Grund zu gehen anfange, (Baron Kresel) – die Sache fallen. Der Akt aber ist trotzdem wichtig als Zeugnis für die wirtschaftliche Lage in Böhmen.

3. Geistiges Leben

Die geistige Betätigung des böhmischen Judentums gehört, soweit die jüdische Wissenschaft in Betracht kommt, nicht in den Rahmen dieser Darstellung. Wohl aber muß vom Jugendunterrichte gesprochen werden. Für diesen sorgten alle jüdischen Gemeinden. Die Prager Konskription von 1729 weist in der Konsignation 61 Juden auf, die als Schulmeister bezeichnet wurden. Diese waren neben ihren Kultusverrichtungen vornehmlich mit dem hebräischen Unterricht beschäftigt. Neben ihnen gab es zwei Schulmeisterinnen. Außer ihnen sorgten 13 Lehrer, als Instruktoren bezeichnet, für den weltlichen Unterricht. Neben ihnen wird noch ein besonderer Rechenmeister genannt und eine Lehrerin. Auch die Tatsache, daß es 19 öffentliche Schreiber, darunter zwei Deutschschreiber, gab, mag in diesem Zusammenhange erwähnt werden.[25] Für die Landgemeinden sei nur beispielsweise auf dasjenige verwiesen, was Rachmuth von der kleinen Gemeinschaft zu Neuhaus erzählt. Der Lehrer unterrichtete nicht nur Bibel und Talmud, sondern auch jüdisch-deutsch schreiben und lesen; ja es wurde in der Neuhauser Schule auch die deutsche Sprache und Schrift unterrichtet.[26]

So war den Bemühungen Josefs wenigstens insofern vorgearbeitet, als er es nicht mit Analphabeten zu tun hatte, ja auch hinsichtlich der Kenntnis des Deutschen, der Beschäftigung mit deutscher Wissenschaft und ihrer Verwendung im praktischen Leben waren die Juden nicht völlig unvorbereitet. Tatsächliche Übung und gesetzliche Bestimmungen hatten dahin zusammengewirkt. Schon 1774 war in Prag eine israelitische Mäd-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

chenschule gegründet worden. 1776 war an das böhmische Gubernium der Auftrag ergangen, in diesem Lande israelitische Schulen zu begründen, allerdings zunächst ohne Wirkung (s. u.). Die Tätigkeit Carl Heinrich Seibts gewann auch Juden für die Beschäftigung mit deutscher Sprache und Literatur.

Für das Leben kamen vor allem die Heilkunde und die mit ihr verwandten Berufe in Betracht. Am 8. Dezember 1753 erging eine Verordnung, die Praxis der jüdischen Mediziner, Chirurgen, Apotheker, Bader und Hebammen auf ihre Glaubensgenossen zu beschränken und bei den Christen einzustellen. Am 22. Mai 1778 gestattete eine Hofverordnung den jüdischen Medicinae Doktoren, auch Christen zu behandeln. Wolf[27] erwähnt einen Dr. Meschullan Bondi, ferner waren in Theresianischer und Josefinischer Zeit in Prag der zu Halle promovierte, 1763 verstorbene Dr. Abraham Kisch und Jonas Jeitteles tätig, der sich den Doktorhut ebenfalls in Halle geholt hatte (1755) und bis 1808 wirkte.[28] Jüdische Chirurgen durften Christen nur dann behandeln, wenn kein christlicher Berufsgenosse im Orte vorhanden war, und nach einer Verordnung vom 31. Mai 1777 hatten sie zu schwören, daß sie die Medikamente von christlichen Apothekern würden machen lassen. Erst das Hofdekret vom 24. Jänner 1785 gewährte den bestätigten Wundärzten die freie Ausübung ihrer Kunst unter Juden und Christen.

Jedenfalls studierten in den Siebzigerjahren mehrere Juden an der Prager Universität die Chirurgie. Den Beweis dafür liefert die Nota des b.-ö. Obristen Grafen von Blümegen vom 9. Dezember 1777, welche die zu Prag aus Anlaß einiger zwischen den christlichen und jüdischen Studiosis chirurgiae entstandenen Zwistigkeiten angesponnene Schlägerei und Unruhe betrifft.[29] Auch sonst waren die christlichen Studenten nicht sehr judenfreundlich, so daß ein Verbot Maria Theresias sich gegen die Mißhandlung der Juden durch Pöbel und Studenten richten mußte.[30]

B. Das böhmische Toleranzdekret

1. Vom geistigen Kampfe in Böhmen

Die Lage, die Kaiser Josef II. bei seinem Regierungsantritte vorfand, bot ungeachtet mancher Umstände, die, wie eben gezeigt worden ist, die Durchführung seiner Absichten in der Judenfrage erleichtern konnten, doch auch in den Sudetenländern, zunächst in Böhmen, genug Schwierigkeiten. Schon seine ersten Maßnahmen erregten die Gemüter in hohem Grade und brachten eine Broschürenflut hervor, aus der sich manches bis auf unsere Tage erhalten hat. Die öffentliche Meinung nahm für und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gegen die Juden Stellung. Die Zeit ist ja bekanntlich auch sonst reich an Schriften, die sich mit der Frage der religiösen Duldung im allgemeinen und mit der Judenfrage im besonderen beschäftigen.

In Prag wurde der Streit durch eine Schrift: „Über die Juden und deren Duldung" eröffnet. Sie erschien, man möchte sagen selbstverständlich, anonym. Als ihr Verfasser ist der Literat Leopold August Hofmann ermittelt. Ihr Motto ist der bekannte Spruch aus dem Terenz: Homo sum, nihil humani a me alienum puto.[31]

In warmen Worten behandelt er die schweren Schicksale der Juden. Er preist die guten Regenten, die sich des verlassenen Volkes erbarmten: Maria Theresia, die es empfinden sollte, daß ein Regent der Vater und Beschützer aller jener sein soll, die ihm Gott in seine Staaten gesetzt hat, und welche nebst Treue und Gehorsam auch Ruhe und Friedfertigkeit beobachten. Das taten die Israeliten. Um Maria Theresia trauern die Juden. Joseph aber wird diese dulden als Mensch und Regent.

Er wendet sich nun zu den Beschwerden wider die Juden. Die erste geht dahin: Die Juden sind die Pest des Landes, indem sie den beträchtlichsten Handel an sich ziehen und die besten Fabriken besitzen, wodurch der christliche Kaufmann unumgänglich seinem Ruin nahe kommen muß. Ohne sich auf die in diesem Vorwurfe liegende offenbare Übertreibung einzulassen, meint H., der Aufschwung des jüdischen Handels sei eben ein Verdienst der Juden. Die Bedingungen stünden für alle gleich, seien eher den Christen günstig.

Nun meinen die Gegner: der Fleiß mache es nicht aus. Der Erfolg werde durch Betrug und Bestechungen erreicht, deren sich der Christ nicht bediene, besonders aber durch den Schmuggel. Hier wie in anderen Fällen wünschten Juden und Christen das gleiche. Der Jude, der die Gesetze verletzt, verdient Strafe; aber der Christ, der gern das gleiche täte, aber nur ungeschickter ist, soll nicht den Juden zum erklärten Betrüger verdammen. Verfälschte und zu teuere Waren verkaufen auch Christen; und schließlich müssen doch auch Christen beim Einkaufe bei den Juden ihren Vorteil finden; sonst würden sie nicht aus dem christlichen in den jüdischen Laden gehen.

Der Ausschluß der Juden vom Handel überhaupt sei unmöglich. Sie hätten kein anderes Mittel, sich zu erhalten; übrigens gebe es nur wenige große Kaufleute; die meisten seien Kleinhändler, die sich mühsam durchbrächten.

Wenn der Vorwurf, die Juden seien ein eigennütziges, niederträchtige Gesindel – von vielen wertvollen Ausnahmen abgesehen – begründet sei, so liege die Ursache in den Verhältnissen, die den Juden zwängen, das Geld zu seinem Götzen zu machen. Die Juden würden besser werden, wenn man ihnen bessere Verhältnisse gewähre. Den Vorschlag, die Juden ihres Vermögens zu berauben und mit etwas Reisegeld außer Landes zu schicken, bekämpft er mit Gründen des Naturrechts. Der Kampf gegen die wuchernden Juden sei berechtigt. Man solle sie nötigenfalls durch Zwang zu bessern suchen. „Und der Regent, der es durch weise Verordnungen dahinbrächte, um allen den Handelseifer der Juden als etwas Unschädliches und wirksame Triebfeder zur Glückseligkeit des Landes zu lenken, dieser hätte in meinem Herzen den Platz, den nur immer ein Apostel haben kann."

Die Schlußfolgerung lautet: 1. Die Juden haben eben den Anspruch auf den Besitz der Erde und den Genuß der Naturgüter wie alle Christen. 2. Sie sind nicht geradezu und allgemein zu verachten und anzufeinden, ob schon der große Haufe durch seine anerkannte Niederträchtigkeit freilich auf keine Achtung Anspruch machen soll. Mit einem nochmaligen Hinweis auf die Verhältnisse, die den Juden eine andere Haltung unmöglich machen, mit einer Berufung an die Menschlichkeit schließt das Schriftchen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Von den Antworten, die dies Büchlein fand, ist die wichtigste die gleichfalls ohne Namen Prag 1782 erschienene Schrift: Über die Unnütz- und Schädlichkeit der Juden im Königreiche Böheim, Mähren und Österreich, als deren Verfasser Ignaz Klingler nachgewiesen ist.[32] Ihre Abfassungszeit ist insoweit sicherzustellen,[33] als von ihr in einem Vortrage vom 8. Oktober 1781 die Rede ist, dem ein Protokoll der Wiener Zensurkommission zu grunde liegt, an die sich die böhmische Kommission gewandt hatte, weil sie die Besorgnis hegte, daß durch die Verbreitung dieser Schrift in Böhmen die „Gährungen zunehmen dürften und der Innhalt der Absicht des höchsten Hofdekretes vom 16. May a. c. entgegenzuarbeiten scheine". Die Wiener Kommision fand, daß „nach Auslassung verschiedener vom Referenten mit roth angestrichener Stellen, demselben allenfalls hier in Wien das imprimatur nicht versagt werden würde, da auch Schriften für die Juden seit kurzer Zeit im Druck erschienen". Das Urteil über die Berechtigung der Besorgnisse der Prager Kommission überließ sie der höheren Stelle. Die B.-ö. Hofkanzlei glaubte, „daß die besorgte Gährung ohne Grund sey, da auch andere Stände oder Gemeinden von Menschen bisher ebenso scharf oder noch bitterer in solchen Broschüren hergenommen werden".

Von den Staatsräten beschäftigte sich keiner mit dem Büchlein, sondern nur mit den gleichfalls sub Nr. 3 behandelten Mémoires de l'Abbé Terrai, in Bezug auf die die allgemeine Ermahnung an die Zensoren ergeht, sonst gute Bücher nicht wegen einzelner anstößiger Stellen zum Verbote anzutragen. Demgemäß lautete die Resol. aug. vom 15. Oktober 1781: „Von den zum Verwerffen angetragenen Büchern sind die sub Nr. 1, 3; 5 und 8 zu admittieren" und damit war auch Klinglers Schrift zur Veröffentlichung zugelassen.

Die Schrift erfordert darum unsere Aufmerksamkeit, weil ein Teil der gegen die Juden erhobenen Anklagen sich in auffälliger Weise mit demjenigen berührt, was mehrere der böhmischen Guberinalräte in dem vom Kaiser geforderten Gutachten der Landesstelle vorbringen. Dieses Gutachten wird von der B.-ö. Kanzlei in einem Vortrage vom 3. Oktober, „die bessere Bildung und Benutzung der Juden für den Staat betreffend", behandelt. Der Zusammenhang ist zeitlich und sachlich möglich, weil das Manuskript Klinglers vor der Abfassung des Gutachtens beim böhmischen Gubernium war, das, wie oben erwähnt, Bedenken gegen seine Zulassung zum Drucke hatte. Hiebei sind vornehmlich die wirtschaftlichen Erörterungen ins Auge zu fassen; aber auch die allgemeinen Betrachtungen, die der Referent vorausschickt, weisen nach Form und Inhalt eine gewisse Übereinstimmung mit denen Klinglers auf, nur daß das amtliche Schriftstück schon mit Rücksicht auf die ausgesprochene Willensmeinung des Kaisers im Ausdrucke viel gemäßigter ist. Es ist

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

natürlich auch möglich, daß Klinglers Schrift von dem widerstrebenden Teile der hohen böhmischen Beamtenschaft veranlaßt oder doch beeinflußt wurde, aber auch, daß nur der Ausdruck gleicher, weitverbreiteter Anschauungen, gleiche Beurteilung der Tatsachen vorliegt. Der Gedanke, daß der geistige und moralische Zustand der Juden einer Besserung bedürfe, daß ihre gegenwärtige wirtschaftliche Betätigung der Gesamtheit schade und in andere, dem Staate und der Gesellschaft nützlichere Bahnen gelenkt werden müsse, wird ja auch von ihren Verteidigern anerkannt, bildet schließlich den Ausgangspunkt für die gesamte Tätigkeit des Kaisers auf diesem Gebiete. Der Unterschied liegt in dem Tone, in dem die Tatsachen behandelt werden, in der Kritik an ihnen, an dem, was als Wirklichkeit vorgebracht wird. Und da entscheidet schließlich die Gesinnung.

Ob nun der vermutete Zusammenhang vorhanden sei oder nicht, mag Klinglers Anklageschrift schon darum etwas ausführlicher behandelt werden, weil erst die Kenntnis der Gegenkräfte die Schwierigkeiten erkennen läßt, die die Duldungspolitik Josefs zu überwinden hatte.

Zu gewissen Zugeständnissen ist schließlich auch Klingler genötigt. „Religionshaß" liegt dem Zeitalter der Aufklärung nicht — und so redet er seinen Gegner an:

„Wie können Sie in einem enthusiastischen Tone von Tolleranz der Juden reden? Da dieses Wort heutzutage nur auf die Religion paßt, und niemand den Jud wegen seiner Religion, da nichts von selber zu befürchten ist, anfeindet, sondern weil er ein durchtriebener Schurke ist."

Das sagt derselbe Mann, der in seiner Übersicht der Geschichte der Juden in Böhmen kritiklos alle aus Glaubensfanatismus gegen die Juden erhobenen Anschuldigungen wiedergibt, der die albernsten Gründe für die Blutbeschuldigung vorbringt. Die Juden brauchen das Christenblut 1. zur Stillung der Blutung nach der Beschneidung, 2. zur zauberischen Hervorrufung der Freundschaft, 3. gegen den Blutgang der Frauen; und endlich ist ein allgemeines, sehr geheimes Gesetz, beim Gottesdienst etwas Christenblut zu opfern (!). Für den Mann bezeichnend ist die Art, wie er sich zu decken sucht. Nachdem er die Beschuldigungen als Tatsachen behandelt hat, merkt er an: „Allein nicht allemahl ist wahr, was die Verbrecher aussagen." Er wiederholt ohne jede Einschränkung den Vorwurf, daß der Talmud befehle, alles zu verfolgen, was nicht Jude ist.

Folgerichtigkeit ist nicht seine Sache.

Er erklärt, die Juden seien vom Militär-, Zivildienst und Feldbau wie billig ausgeschlossen. Die Handarbeit und Wissenschaft betreiben sie schlecht, dem Handel sind sie schädlich. Wegen „Feigheit und Treulosigkeit" sind die Juden zum Militär nicht zugelassen und so sind sie hinsichtlich der Population unnütz, weil sie keine Soldaten und Fremdlinge sind. Die Unbrauchbarkeit der Juden für den Zivildienst folgert er daraus, daß sie zu keinem zugelassen werden (!), und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aus dem Beispiele des Juden Süß. Im Feldbau sind sie überflüssig, weil in Böhmen genug Landvolk ist.

Selbstverständlich sind die Juden schuld an der passiven Handelsbilanz, die dem Merkantilisten als besonders schädlich erscheint. Sie führen Fabrikate, besonders Luxusfabrikate ein, für die viel Geld außer Landes geht – sie führen Rohstoffe aus. Der Jude fühlt sich nicht als Bürger eines Staates, sondern nur als Weltbürger; so wird er allemal bereit sein, die Geheimnisse der Kommerzien und den Vorteil des Staates seinen besonderen Interessen aufzuopfern. Der Christ hat wenigstens in zweiter Linie (!) den Vorteil des Staates im Auge, der Jude gar nicht.

Kaiser Josef plante, den Juden den Betrieb des Fuhrwesens zu gestatten. Das bedeutet weit mehr, als es für den ersten Augenblick scheinen mag, weil in Böhmen mit dem Betriebe des Fuhrwesens ziemlich weitgehende Handelsberechtigungen verbunden waren.[34] Das Patent vom 25. April 1769 gewährte den Fuhrleuten den Handel mit allerlei Waren aus und durch die österreichischen Länder. Nicht minder wurde ihnen „jener mit erbländischen Viktualien und Produkten" (die Manufakturswaren ausgenommen) in den österreichischen Provinzen sowie auch die Einfuhr ausländischer Kaufmannsgüter unter Beobachtung der Zollvorschriften für eigene Rechnung, aber bloß in grosso gestattet.

Da betonte nun Klingler die Gefahren, die der Schmuggel der Juden mit sich bringen müsse, er spricht von Praktiken, mit denen sie die Zölle finanziell unnütz machen – von der Vereitlung des Schutzes, der durch die Zölle den inländischen Erzeugern gewährt werden soll, die infolgedessen ihre teureren Waren nicht verkaufen können. Der Jude ist als Konkurrent auch seiner schlechten Lebensart, d. h. der Ärmlichkeit und Sparsamkeit seines Lebens wegen gefährlich.

Gefährlich (für den Staat) ist auch der Geldbesitz des Juden – weil er das Geld außer Landes schleppt – es seinen nach auswärts verheirateten Töchtern als Mitgift gibt. Aus dem gleichen Grunde ist die Tabakspacht der Juden gefährlich: dem Staat entgeht eine große Summe Geldes, die jetzt in den Säckel eines nichtswürdigen Juden fließt, der mit derselben bei einer Gelegenheit außer Landes wandern wird (S. 41!). Der nichtswürdige Jude, von dem hier gesprochen wird, ist derselbe Israel Hönig, den er vorher in einer Reihe mit Mendelssohn als „Ausnahmsjuden" bezeichnet hat; durch die Hypotheken dringt der Jude in den Grundbesitz ein; die Juden ruinieren die Aristokratie durch ihr Kreditsystem, die Vorschüsse, die Wechsel, die Obligationen, durch das Drohen mit der Kapitalskündigung. Als Abhilfe wird die Hypothekenbank empfohlen, die uns schon oben beschäftigt hat, der wir in den Beratungen der böhmischen Landesregierung wieder begegnen werden; und dann – höchst merkwürdig – ein Rezept, das aus einer ganz anderen Apotheke stammt: die Aufhebung der Wuchergesetze und des Höchstzinsfußes; dann werde das einströmende Kapital von selbst den Zinsfuß ermäßigen.

Wenn man den Juden erlaubt, Grundstücke zu pachten, gehen die Christen in zwanzig Jahren zu den Juden betteln.

Sehr merkwürdig ist eine Berechnung, die K. aufstellt. Ein Drittel von Böhmen gehört den 60.000 Juden! Von diesen sind 40.000 streitbare Betrüger, die täglich mindestens 20.000 Gulden gewinnen. Das macht nach Abrechnung der Sabbathe und Feiertage 6 Millionen Gulden jährlich. Sie würden also in fünfzig Jahren 300 Millionen Gulden besitzen; alles Geld der Monarchie werde in ihren Händen sein!! Die Juden zwingen die Fabrikanten, billige, aber schlechte Ware zu erzeugen. Dadurch bewirken sie, daß die böhmische Ware im Auslande verrufen wird. Sie sind schuld an der Lederteuerung und der Erzeugung schlechten Leders.

Viele Klagen gelten dem Hausierhandel der Juden in Prag und auf dem Lande. Sie vertreiben schlechte Ware, bewirken, daß Unverständige sich in Schulden einlassen, verleiten die Dienstboten zu Unterschleifen.

Der allgemeine Haß der Nationen gegen die Juden beweist seine Berechtigung;

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

glücklich sind die Länder, in denen es keine Juden gibt. Indem er alle durch die Juden verursachten Schäden zusammenfaßt, meint K.: So halte ich es mit Cocceji, daß man die Juden hier in Böhmen zu belassen, nur unvollkommen schuldig sei.

Sollen die Juden, fährt er fort, fernerhin geduldet werden, so sollen sie gute Bürger sein. Um sie dazu zu machen, möge man den Juden acht Jahre zur Errichtung der Fabriken und zur Erlernung der Manufaktur, dann des Feldbaues einräumen, nach deren „Verflüssung sie nichts anderes verkaufen sollten, als was sie selbst verfertigt hätten". Die Folge davon werde die Verbesserung aller Erzeugnisse, die Hebung von Ackerbau und Viehzucht sein.

Das sagt derselbe Mann, der wenige Seiten vorher behauptet hatte, die Juden würden überhaupt niemals schwere Arbeiten verrichten, in den leichten seien sie nur Hudler, sie ersetzten den Mangel an Handlungswissenschaft durch Betrug.

„Zu den Fabriquen aber wären die Juden eigentlich am besten, weil sie sehr sparsam leben; wohingegen vornehme Wirtschaft die meisten Fabriquen ruiniert hat –" (Man vgl. damit die Bem. S. 247.) Die Landesfabrikate würden verfeinert werden, der arme Handelsjud würde ein besseres Stück Brot essen und die reichen Juden könnten Manufakturherren abgeben. Die auswärtigen Blutsfreunde könnten auswärtige Künstler herbeilocken. Auf die christlichen Handwerker soll man einwirken, damit sie die Juden lehren.

Den a la minuta (Klein-) Handel und Hausierhandel will K. – da bewegt er sich ganz im Gedankenkreise der zünftigen kleinen Handwerker und Kleinkaufleute – den Juden versagt wissen. Er verlangt für sie besondere Vorschriften zur Prüfung der Echtheit der Waren, das Verbot des Handels mit Gewürz, Spezerei, Materialwaren, überhaupt mit solchen Waren, „die man nicht so leicht von ausen beurtheilen kann".

In einem Nachtrag versichert der Verfasser:

„Persönlichkeiten fürcht ich nicht, sowie ich keine Galle, keine Partheilichkeit gezeiget habe (!). Und vor der Boßheit schützen mich die weisesten Gesetze. Brave Juden sind mir so werth, daß ich drausen im Reiche und auch hier grosen Umgang mit ihnen gepflogen. Aber nichtsnützige und schädliche Juden sehe ich als Feinde meines Vaterlandes an, und wer ein Feind meines Vaterlandes ist, der ist auch mein Feind."

Klinglers Schrift rief eine ganze Reihe von Gegenschriften hervor, natürlich auch von solchen, die ihr ganz oder teilweise zustimmten.[38]

2. Die Beratungen im Staatsrat

a. Der Bericht des böhmischen Guberniums

Der Kaiser hatte gewünscht, daß diejenigen Anordnungen des Billets vom 13. Mai, die keine weiteren Schwierigkeiten verursachten, sofort durchgeführt würden. Er war daher, wie das an den Grafen Blümegen gerichtete Handbillet vom 27. September 1781 zeigt, recht ungehalten, daß er auf seiner Reise zu den böhmischen Lagern (Truppenübungen) hatte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wahrnehmen müssen, daß in Brünn von den Juden noch der Leibzoll erhoben wurde und daß die Prager Juden noch den gelben Ärmel trugen.[36]

Am 3. Oktober berichtet die B.-ö. Hofkanzlei dem Staatsrate in ihrem Vortrag, die bessere Benützung der böhmischen Judenschaft für den Staat betreffend, über die Stellungnahme des böhmischen Guberniums.[37]

Das Gubernium äußert verschiedene Meinungen über die im kaiserlichen Handbillet vom 18. Mai bemerkten Mittel zur besseren Bildung und Benützung der jüdischen Nation.

Der Referent Graf von Rottenhann, die Gubernialräte Graf (Karl) Clary, Baron Waßmuth und von Hennet schicken ihren Vorschlägen eine Reihe allgemeiner Betrachtungen voraus, die aus dem natürlichen Charakter des jüdischen Volkes und seiner Religionsbeschaffenheit hergeholt sind. Sie sehen an den Juden Abneigung vor dem Feldbau, vorzüglichen Hang zum Handel, durch den Talmud in dessen ungereimte Auslegung angeordneten Religionshaß gegen die Christen. Daraus folgern sie, daß die Juden nicht zum unbedingten Genusse aller bürgerlichen Freiheiten und Rechte zugelassen werden dürften. In Provinzen, in denen es nicht merklich an Bevölkerung fehlt, seien nur reiche Juden zuzulassen, die den all in grosso Handel zu betreiben hätten; die anderen solle man in wenig bevölkerte Provinzen senden, wo sie gezwungen wären, den Ackerbau und andere Hantierungen zu treiben. Dazu empfehle sich der Banat. Die Referenten versprechen sich davon noch einen weiteren Nutzen bei der von ihnen vorausgesetzten besonderen Veranlagung der Juden; sie werden vielleicht bald den Handel auf der Donau und in das Schwarze Meer wichtig machen.

In Bezug auf die wirtschaftlichen Verhältnisse stellt das Gubernium fest, die Juden seien seit der Wiederaufnahme zu allen bürgerlichen Gewerben zugelassen; (das ist etwas ungenau, s. S. 237) sie trieben aber nur das Schuster- und Schneiderhandwerk. Auch das stimmt nicht. (S. o.) Von ihrer Handelstätigkeit: den Handel mit Wolle hätten sie durch Vorschüsse an die dürftigen Gutsbesitzer in ihre Hände gebracht. Leder, Branntwein, Pottasche, Häute und Federn würden durch die überall im Lande verstreuten jüdischen Branntweinbrenner, Fleischhacker und Gerber, durch Schwärme armer Juden von Haus zu Haus aufgesucht und an die reicheren gebracht. Wucherische Vorschüsse im Lederhandel brächten den christlichen Professionisten Einbuße bis zu 10 Prozent; daher gelangten so wenige (christliche!) Lederhändler zu eigenem Verlage. Auch klagten die Beamten, daß die Juden die Weber zu schlechter Arbeit verleiteten; und auf dem Lande gewännen die Juden durch die scheinbare Wohlfeilheit der Waren und fortwährendes Hausieren einen Vorsprung im minuta Handel, daß es ihnen die christlichen Kaufleute und Krämer nicht gleichtun könnten. Die Erlaubnis, Häuser und Grundstücke zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mieten, würde dazu führen, daß sie bürgerliche und obrigkeitliche Grundstücke durch wucherische Verleihungen an sich zögen und sie selbst nie bebauen würden, wenn ihnen nicht die Beiziehung der Christen glatterdings verboten würde. Dem Wucher wäre durch wohleingerichtete Vorschußkassen oder sogenannte Leihbänke nach preußisch-schlesischem Muster Einhalt zu tun.

Die Umschaffung des fanatischen jüdischen Nationalgeistes könnte nur durch bessere Erziehung und Verbannung der widersinnigen Gebräuche erreichet werden.

Daher müsse nach der Meinung dieser Stimmen

1. nach vier bis sechs Jahren der Gebrauch der jüdischen — nicht der hebräischen — Sprache untersagt, letztere auf den Gottesdienst beschränkt werden;

2. sollten jüdische Schulen auf Normalschulart eingerichtet und der „diesfälligen", d. h. staatlichen, allgemeinen Direktion untergeordnet werden. Sie halten es

3. nicht für rätlich, daß die jüdischen Kinder mit Christenkindern vermengt in die Schulen gehen. Beide Völker seien zu solch auffallender Veränderung noch nicht reif. Es sei schon wegen der in den niederen Schulen zur Verbindung der Lehre mit der Hauptsache so vielfältig vorkommenden Religionsübungen besser, daß die Juden aus den eigenen Fonds bei jeder Synagoge Schulen und Gymnasien stifteten. Auf den höheren Schulen sei den Juden der Zugang zu den öffentlichen und Privatvorlesungen zu eröffnen. Die Logik, „woselbst die aus den Humaniоribus eintrettende Studenten am meisten unbändig sind", müßten sie auf ihren eigenen Gymnasien hören. — Hier ist also wohl die Furcht vor Schlägereien, wie man sie ja vor nicht allzulanger Zeit an der Prager Universität erlebt hatte, wirksam;

4. eine eigene Buchdruckerei und das Verbot der auswärts gedruckten jüdischen Bücher sei ebenfalls gut;

5. das Unterscheidungszeichen (durch einen gelben Fleck am Aufschlage) müßte „als beleidigendes Schandzeichen abgestellet werden".

Gubernialrat von Meyern meint, es sei die Probe notwendig, ob die Juden, „diese für sich und ihre Religion so eingenommene Nation", sich in diese Umschaffung werde fügen wollen.

Von Riegger nimmt den Grundsatz an, daß die Vermehrung der Juden dortlandes nicht zu begünstigen sei, da sie mehr schädlich als nützlich seien. Ihr ganzes Religionssystem sei den christlichen Staaten nicht vorteilhaft. Er hält die „Umgießung ihres durch mehrere Jahrtausende gleichgebliebenen nationalen Charakters in so kurzer Zeit" für unmöglich; daher solle das Hauptaugenmerk nur auf die *reichere Klasse* gerichtet und zur Aufklärung und Besserung ihres Herzens alles Dienliche vorgekehrt werden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Der von Smittmer rät nicht sowohl auf die Verminderung der Juden als auf die Beschränkung ihrer Vermehrung ein; neben den bestehenden Anstalten – gemeint ist wohl das Familiensystem – solle man sie sich nicht so jung verheiraten lassen. Übrigens meine er, daß diese Gattung Menschen eben so gut als andere Glaubensgenossen zum Nutzen des Staates verwendet werden könnte, welches am füglichsten durch einen guten Normalunterricht, durch Unterordnung unter die Ordinari civil Jurisdiction in allen ihren gerichtlichen Handlungen, „Gestattung des Ackerbaues unter den angetragenen Beschränkungen, dann der „Polizey und Kommerzial-Professionen[38] auch Handlungsfreyheiten" mit Beobachtung der diesfalls bestehenden Verordnungen geschehen könnte.

Von diesem Ratschlage Smittmers ist der auf die Sondergerichtsbarkeit der Juden bezügliche am wichtigsten. Die Beseitigung von Sonderrechten und die Verminderung der Sondergerichtsbarkeiten, die Vereinheitlichung der Rechtspflege lag durchaus im Sinne der Theresianischen und noch mehr der Josefinischen Bestrebungen. Daher wurde 1783 zwar verordnet, daß die jüdischen Gerichte, insofern sie nicht als ein forum exceptum, sondern als das allgemeine Ortsgericht bestünden, ferner ihr Verbleiben haben, dagegen sich nach der allgemeinen Gerichtsordnung benehmen sollten; und es wird der Appellationszug an das allgemeine Appellationsgericht gestattet; jedoch soll in jenen Dingen, welche auf die jüdische Religion Beziehung haben, nach ihren Gesetzen gesprochen werden.[39] Völlig beseitigt wurde die jüdische Gerichtsbarkeit ohne alle Ausnahme sowohl in Prag als überhaupt in allen Landstädten, wo sich damals Judenälteste befanden, 1785. Sie wurde aufgehoben und befohlen, sie mit der Gerichtsbarkeit des in jedem Orte befindlichen allgemeinen Ortsgerichtes zu vereinbaren, „so sollen mit dem 1. Juli dieses J. als von dem Tage, wo die böhmische Jurisdiktionsnorme in die Wirksamkeit kommen wird, die bei den Juden in Prag und so auch in Kollin, dann Jungbunzlau vorhandenen Bücher und Gerichtsschriften in die Registratur des respektiven Prager, dann Kolliner und Jungbunzlauer Magistrats übertragen werden".[39]

Die Gubernialräte Philipp Graf Clary, Baron Kotz und Hermann glauben, daß kein Anstand gegen die im A. h. Billet eingangs erwähnten Anträge vorliege, besonders bei Beachtung von Punkt 1, 2 und 3 des Referentenantrages. Was den Ackerbau anlange, so ließen Fleiß und Beharrlichkeit und angeborene Erwerbssucht erwarten, „daß sie keine schlechte Cultivateure sein würden". Was die Handwerke anlange, so seien sie zu allen bürgerlichen Gewerben zugelassen außer zur Färberei, weil der Betrieb dieses Gewerbes durch sie gegen die Privilegien der Färber verstoße. Von der Gewehrsfabrikatur und Goldarbeiterei würden sie aus Furcht vor Betrug fern gehalten (von letzterer nicht völlig; s. o. S. 238);

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aber auch bei diesen Gewerben „würden keine andern Betrügereyen als jene, die man auch bei den Christen antrifft, zu besorgen gewesen seyn", wenn die jüdischen Fabrikanten durch die Zunft- und Handlungspolizei, wohin sie künftig zu ziehen wären, ebenso beaufsichtigt würden wie die christlichen.

Der Oberste Burggraf (Fürst Karl Egon Fürstenberg) vereinigt sich in der Hauptsache mit diesen letzteren Stimmen. Er hat nur zwei „Erinnerungen". Man solle den Juden erstens die Pacht ackerbarer Gründe nicht in der Nähe fremder, besonders feindlicher Grenzen erlauben, da bekanntlich der gewinngierige Jud aller niedern Handlungen fähig und also dem Feinde Unterschleif zu geben, die Desertion und verbotene Ein- und Ausfuhr zu fördern bereit wäre. „Nach einmal vollkommen ausgebildeter Denkart dürfte sonach die diesfällige Wohlthat allgemein gemacht werden."

Zweitens rät er, die Juden am Handel mit ausländischen, besonders hoch verzollten Waren zu hindern, und zwar wegen der Schmuggelgefahr und wegen Ablehnung des Handels mit den inländischen Waren und der Ablehnung ihrer Ausfuhr seitens der Juden. Er rät daher für die ersten Jahre zur Einstellung ihres Handels mit fremden Waren, wie es im Handlungspatent vom 24. März 1764 geschehen.

Übrigens habe der Oberstburggraf einstweilen „den Lehrern der normal und trivial Schulen an Handen gegeben, daß sie die Gemüter der Jugend unvermerkt aus vernünftigen Grundsätzen zur Toleranz, Verträglichkeit und Menschenliebe gegen andere, einer fremden Religionslehre zugetane Mitmenschen vorzubereiten sich angelegen sein lassen sollen".

b. Der Vortrag der Hofkanzlei

Der Vortrag der B.-ö. Kanzlei geht davon aus, daß der Kaiser seine Absicht: keine Mehrausbreitung der jüdischen Nation in den Erblanden, keine Einführung dort, wo sie nicht vorhanden seien, bereits gelegentlich des Vortrags über die niederösterreichische Judenschaft geäußert habe,[41] „wodurch also alle in dem Gubernialbericht wegen unbeschränkter Vermehrung und Begünstigung (der Juden) für die christlichen Innsassen geäußerte Besorgnisse" hinwegfielen.

Der Vortrag behandelte dann erstens die Aufklärungsmittel, zweitens die Eröffnung neuer Nahrungswege, um sie (die Juden) vom Wucher abzubringen.[42]

Zu Punkt 1 wird

a) vorgeschlagen, daß binnen der in dem Vortrage wegen der mährischen Judenschaft bestimmten Zeitfrist von zwei Jahren die Juden verhalten würden, alles, was eine Verbindlichkeit in gerichtlichen oder außer-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

gerichtlichen Handlungen haben solle, in der gerichtsüblichen Sprache des Landes bei Strafe der Nullität auszufertigen.

b) „Dörfte der angeordneten Einführung einer nach der normal Lehrart eingerichteten Schule bey den Hauptsynagogen jeden Landes umso weniger einiges Hindernis in Böhmen im Wege seyn als die Juden, besonders zu Prag schon mehrere eigene Schulen haben. Übrigens wolle der Kaiser, wo nötig, die ersten Jahre etwas aus den jüdischen Steuern und Ehetaxen zu diesem heilsamen Geschäfte widmen. Das Gubernium solle daher die Juden verhalten, einige geschickte Leute von ihren Glaubensgenossen nach Erfordernis der Anzahl ihrer Schulen in die normal- und Hauptschulen abzusenden. Die Aufsicht über diese neuen Schulen sei der bestehenden christlichen Direktion zu übertragen. Diese solle auch die Schul- und Lesebücher, soweit die Juden die christlichen nicht brauchen könnten, verfassen lassen. Zur „Einflößung eines mehreren Vertrauens": seien die Entwürfe zu diesen ihren moralischen Vorlesbüchern von ihnen selbst zur Approbation abzuverlangen. Doch sei alles Anstößige daraus hinwegzustreichen, überhaupt die Sittenlehre nach der philosophischen Moral einzurichten; man habe sich aber von der Einmengung in das Religionsfach und ihre Gebräuche sorgfältig zu enthalten. „Wo übrigens Gubernium den allenfalls zur ersten Einrichtung benöthigten Aufwand nach dem höchsten Fingerzeige anher einzuberichten, zugleich aber auch den Bedacht darauf zu nehmen hätte, daß diese höchste Gesinnung den Juden auf eine geschickte Art derart bekannt gemacht werde, damit ihnen diese Anordnung unter Vorstellung sowohl ihres eigenen als des für ihre Kinder daraus erwachsenden Nutzens angenehm fallen möge."

c) wird den Juden – wie schon wiederholt entschieden worden – gestattet, ihre Kinder in die öffentlichen christlichen Schulen zu schicken, „und sey die von dem Oberstburggrafen diesfalls ganz wohl getroffene Fürkehrung mit dem Beysatze gut zu heißen, daß auch von Seiten des Gubernii auf die Beseitigung aller zwischen christlich- und jüdischen Kindern sich ergebenden Unanständigkeiten ein achtsames Auge getragen werde."

Wie sehr es der Wiener Regierung, dem Kaiser selbst damit ernst war, eine solche duldsame Gesinnung zu fördern, eine gegenseitige Annäherung herbeizuführen, beweist die Auszeichnung, die mit kaiserlicher Entschließung vom 10. Oktober 1782 dem Pfarrer von Hlinsko, Johann Donhamer, zuteil wurde.

Im Anschlusse an den Bericht über eine Visitationsreise des Bischofs von Königgrätz, Leopold Hay, von der noch in anderem Zusammenhange zu reden sein wird, werden acht Geistliche genannt, welche sich beim Toleranz- und Normalschulwesen besonders ausgezeichnet haben, und von der Kanzlei zur Belobung vorgeschlagen. „Der Pfarrer zu Hlinsko aber"

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

(eben Johann Donhamer), der sich um die Religion sowohl wie um die Schule gleich verdient gemacht, und *selbst vier Judenknaben täglich in seiner Schule habe, ein Beweis, daß er vernünftig duldend sey* – (wäre) mit einer goldenen Medaille allermildest zu begnädigen." – Von den Staatsräten treten Martini und ebenso Gebler für diesen Vorschlag ein und demgemäß bewilligt der Kaiser die Verleihung der Medaille „dem ein vorzügliches Verdienst sich hierunter beygelegten Pfarrer zu Hlinsko Johann Donhamer zu seiner noch mehreren aufmunterung und zur anreitzenden Nachahmung für andere."[43]

d) „besteht der höchste Befehl, daß der jüdischen Jugend die Frequentierung der höheren Schulen auf allen erbländischen Universitäten erlaubt seyn solle und also den Juden sowohl als der Universität kundzumachen."

e) Hinsichtlich der Bücher sind die Juden wie alle andern Untertanen zu behandeln. Da in Prag eine jüdische Druckerei bestehe, so sei die Einfuhr fremder Bücher von Fall zu Fall zu behandeln; heimische wie fremde Bücher seien der Zensur zu unterziehen.

Auch hinsichtlich des zweiten Gegenstandes, „der erweiterten Nahrungswege" sucht die Kanzlei die kaiserlichen Absichten nach Möglichkeit zu verwirklichen. Um die Juden zum Ackerbau zu bewegen, soll ihnen die Pacht auch nicht untertäniger Gründe auf zwanzig oder mehr Jahre gestattet werden, jedoch nur unter der Bedingung, daß alle Ackerbauarbeiten durch jüdische Hände zu geschehen hätten. Da jedoch die Juden des Ackerbaues unkundig seien, so wären nach dem bereits genehmigten Antrage des mährischen Guberniums für die ersten zwei Jahre christliche Knechte zu gestatten – (eine Frist, die freilich sehr kurz bemessen zu sein scheint); doch müßten diese bei Christen übernachten."[44] Selbstverständlich wird ihnen gestattet, das nötige Zugvieh anzuschaffen, die Gemeindeweide zu benützen, die notwendigen Chaluppen zu bewohnen, allerdings mit der Einschränkung, daß die für jeden Ort erlaubte Zahl der jüdischen Familien nicht überschritten werde. Damit entfalle auch die Besorgnis des Obersten Burggrafen.

3. werden den Juden alle Handwerke und Professionen, jedoch nach den diesfalls eingeführten Ordnungen gestattet und ebenso deren Erlernung bei christlichen Meistern. Eine gleiche Bewandtnis habe es

4. mit der Malerei, Bildhauerei und anderen freien Künsten. – Dann seien sie

5. zur Errichtung von Fabriken, die besondere und kostbare Maschinen brauchten, heranzuziehen und der Großhandel zu gestatten.

6. Manufakturen, die durch die Gesetze als freie Arbeiten erklärt sind, seien ihnen ohnehin bewilligt, es sei also nur die Bekanntmachung mit Rücksicht auf die bestehende Landesverfassung erforderlich.

Dem Antrage des Obersten Burggrafen, den Juden den Handel mit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

auswärtigen Waren zu verbieten, stimmt die Kanzlei *nicht* bei. Das Verbot sei 1772 aufgehoben worden, weil der Handel mit inländischen Waren zur Erhaltung der Juden nicht ausreichte. Es sei kein einziger Fall einer jüdischen Zolldefraudation angeführt, sondern nur eine auf bloße Mutmaßungen begründete Besorgnis ausgesprochen worden.

Endlich wird dem Gubernium wiederholt die Beseitigung des wider die ausdrückliche höchste Willensmeinung zu Prag noch immer bestehenden Judenzeichens anbefohlen. Man hat in diesem Befehle wohl die unmittelbare Wirkung des obenerwähnten kaiserlichen Handbillets vom 27. September zu erblicken. Demgemäß erging die Guberinalintimation vom 12. Oktober 1781: Wegen besserer Benützung der Juden wird der bisher beobachtete Unterschied in der jüdischen Tracht und Kleidung ganz abgestellt, folglich die Tragung der gelben Ärmel bei dem männlichen, und die gelben Bänder bei dem weiblichen ledigen Geschlechte abzustellen, und ist den Juden in Ansehung der Kleidung, wenn sie sich sonst ruhig und ordentlich verhalten, von niemandem etwas in den Weg zu legen.

c. Der Staatsrat

Die Gesinnung, in der der *Staatsrat* an die Frage herantrat, zeigt klar und deutlich das Votum des Freiherrn von Kresel (12. Oktober), dem sich die übrigen Staatsräte rückhaltslos anschlossen. Er geht von dem Gedanken aus, alle Umstände, die vorgebracht würden, gälten von den Juden, wie sie dermalen seien, nicht aber von den Juden „wie sie nach behöriger Aufklärung und durch sie gerade von dem wucherischen Handel abgewendet seyn werden oder werden sollen". „Zum Theil sieht man die Sache so an, als wenn gefordert werde, daß alles gleich im ersten Jahr vielleicht die erste Woche so seyn soll, da solches doch die höchste Resolution nicht verlanget, sondern von Jahr zu Jahr die Auskunft und Bericht zu erstatten ist, was für einen Fortgang die Sache gewinne. Ebenso enthält die höchste Resolution schon, daß es auf keine Vermehrung der Einkünfte abgesehen sei, da die Ehetaxe zur Schuleinrichtung bestimmt ist."

Der Anstand des Obersten Burggrafen behebe sich, wenn man die allerhöchste Resolution nicht Paragraph für Paragraph lese, sondern als Ganzes sich vor Augen halte. Klar und deutlich sei die Absicht, die Juden vom Wucher und betrügerischen Handel, keineswegs aber vom nützlichen Handel abzubringen. – Sie gibt die Mittel an die Hand. Der Ärmere werde Ackerbau und Handwerk mit eigenen Händen treiben; ein Reicher werde dies niemals tun, solle auch um des allgemeinen besten willen nicht dazu gezwungen werden. Wenn der Reiche Handel treibe, so sei all das, was dawider angeführt werde, nicht zu fürchten. Denn der Arme werde

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sich, wenn er von einem anderen Gewerbe leben könne. nicht zu Gunsten des Reichen oder zu seinem eigenen Nutzen auf die so gefährliche Schwärzerei verlegen. „Mit einem Wort alle Anstände sind selbst durch die allerhöchste Resolution behoben, wenn man sie nur im ganzen und nicht stückweise vor Augen hat und solche mit unbefangenem Gemüt erwäget, wie es auch der größere Teil des Gubernii in dem meisten eingesehen hat und die Kanzlei völlig einnimmt, mit welcher ich also, und damit einmal der Anfang geschehe, völlig einverstanden bin."

Trotzdem die anderen Staatsräte (Löhr, Gebler, Hatzfeld) sich damit einverstanden erklärten, wurde der Akt noch nicht der kaiserlichen Entscheidung vorgelegt, sondern ging mit der inzwischen erflossenen allerhöchsten Resolution über den Vortrag der B.-ö. Kanzlei vom 30. September 1781 wegen Bildung der Juden in Schlesien" an den Staatsrat als Recirculandum zurück.

Wiederum erstattet Baron Kresel das Gutachten. Diesmal läßt er sich nicht auf allgemeine Betrachtungen ein, sondern er nimmt kurz Punkt für Punkt Stellung und wieder schließen sich ihm alle Staatsräte an" und auch der Oberste Haus-, Hof- und Staatskanzler Fürst Wenzel Kaunitz-Rietberg, dem der Akt seiner besonderen Wichtigkeit wegen vorgelegt wird, erklärt seine Zustimmung. Kresel ist mit dem Eingange des Kanzleivorschlages in Betreff der Vermehrung – richtiger Nichtvermehrung – der Juden einverstanden. Es sei nur noch auf die höchste Resolution vom 13. Oktober, Schlesien betreffend, diesfalls zu verweisen.

Ebenso ist er ad a) und b) mit der Kanzlei verstanden, ad b): „weil in Böhmen in einigen Orten viele Juden beysammen wohnen und Synagogen, auch ihre eigenen hebräischen Schulen haben, folglich alles dies viel leichter verrichtet werden kann."

Ad c) „wo die Juden einzelweise oder nur wenige Häuser beisammen sind, folglich ihre Kinder keine Gelegenheit, etwas zu erlernen haben, sind sie anzuhalten, ihre Kinder in christliche Schulen zum Schreiben und Lesenlernen abzuschicken".

Ad d) nichts zu erinnern, ad e) ebenfalls nichts.

Hinsichtlich des zweiten Teiles, der „Nahrungswege" meint Kresel ad I., wenn ein Jude ein Grundstück auf mehr als zwei Jahre in Pacht genommen, könne ihm vermög der über Mähren erflossenen allerhöchsten Resolution die Haltung eines Christen auf zwei Jahre, aber nicht länger gestattet werden; hernach aber müßten unvermeidlich alle Arbeiten durch jüdische Hände geschehen.

Ad 2 und 3 hat er nichts zu erinnern, ad 4 soll nach höchster Resolution (1. Oktober) über Österreich, Malerei, Bildhauerei usw. auszuüben Juden gestattet werden. Ad 5 und 6 ist die höchste Gesinnung gleichförmig. In Betreff des Handels ist an das Gubernium wörtlich die höchste

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Resolution vom 13. Oktober zu expedieren. Gemeint ist wohl die Verordnung wegen des Kleinhandels (s. u.). Endlich ist an der unverzüglichen Verordnung wegen Tragung des gelben Aufschlags wohl geschehen.

Die anderen Staatsräte – auch Fürst Kaunitz – stimmen (16. Okt.) den Ausführungen Kresels zu.

Dem Akte liegt eine, offenbar nach dem Recirculandum verfaßte Zusammenfassung bei, die – sehr sauber geschrieben – für den Kaiser bestimmt war. Sie trägt den Vermerk: Vortrag der Böhm. Österr. Kanzley vom 3. Oktober 1781 die bessere Bildung und Benutzung der böhmischen Judenschaft für den Staat betreffend und lautet:

„Die Mittel, so die böhm. ö. Kanzley vorschlägt, kommen hier, so wie der gesamte Staatsrat erkennt, in der Hauptsache der von Euer Maj. geäusserten Gesinnung vollkommen überein. Nur bey dem ersten Punkt, wo es sich um die pachtweise Überlassung des Ackerbaues an die Juden handelt, hat Baron Kresel unter beyfall der übrigen Stimmen die Erinnerung beygerückt, daß, wenn ein Jud auf mehr als zwei Jahre ein Grundstück in Pacht genommen, demselben vermöge der über Mähren erflossenen höchsten Resolution gestattet werden könnte, auf zwei Jahre aber nicht länger auch einen Kristen zu Feldarbeiten zu halten. Da jedoch Eure Maj. in den späteren Resolutionen, so in rücksicht auf die schlesische und galizische Judenschaft erflossen, ausdrücklich verordnen, daß alle arbeiten des ackerbaues durch jüdische Hände geschehen, ja selben sogar, wie es bey *Galizien heißt* durch körperliche Bestrafungen dazu verhalten werden sollen,

so beruhete es bey der allerhöchsten Entscheidung ob von diesem monito des Freiherrn von Kresel ein gebrauch zu machen oder die Kanzley simpliciter auf die erfolgte diesfällige schlesische und galizische Anordnung zu verweisen sey. Den ersteren Fall aber, da selbst der antrag der Kanzley dahin abgeht, würde solches monitum durch die general Beangenehmung des übrigen Inhalts bereits erschöpfet seyn."

Die besondere Hervorhebung dieses Punktes ist aus der großen Bedeutung zu erklären, die Josef II. der Heranziehung der Juden zum Ackerbau beilegte. Nicht nur, daß die Tätigkeit des Ackerbauers als eigentlich wirkliche Werte schaffend angesehen wurde, erwartete der Kaiser von ihr eine besondere erziehliche, versittlichende Einwirkung auf die Judenschaft. Die war aber nur möglich, wenn sie als Pächter nicht wiederum fremde, christliche Arbeitskraft ausbeuteten, sondern selbst Hand anlegten. Wofern der Pächter aber zur Unterstützung und Ergänzung seiner eigenen Arbeitskraft fremder Hilfe bedurfte, sollte auch dies dem allgemeinen Zwecke dienen: daher die Forderung jüdischer Dienstboten. Aus dem gleichen Grunde wurden dann später den wirklich Ackerbau treibenden Juden hinsichtlich der Entrichtung der Steuern, der Ehebewilligung u. dgl. besondere Begünstigungen gewährt.

Anderseits aber stand der Jude auch beim besten Willen dem Geschäfte des Ackerbaues zunächst fremd gegenüber, mochte auch der Landjude so manches gesehen und erfaßt haben; er bedurfte für den Anfang unbedingt des christlichen Lehrmeisters und Helfers und wie schon

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

oben bemerkt, war es sehr fraglich, ob eine zweijährige Frist dafür nicht zu knapp bemessen war.

Die Regierung war auf das sorgfältigste bemüht, alle Widerstände zu verhüten, die aus einer Verletzung des religiösen Gefühls hervorgehen konnten. Wenn auch dem Kaiser, wie eine Bemerkung gelegentlich der Behandlung der schlesischen Verhältnisse bezeugt,[42] die mögliche Bekehrung der Juden wünschenswert erschien, so war er doch weit entfernt von allem, was wie ein Zwang aussehen konnte oder auch nur Mißtrauen hervorzurufen imstande war.

3. Das Hofdekret vom 19. Oktober 1781

und die damit unmittelbar zusammenhängenden Verordnungen

Das Hofdekret vom 19. Oktober 1781 ordnet demgemäß an:[47]

1. Hinsichtlich der Urkunden und Geschäftsbücher die Abfassung in der gerichtsüblichen Sprache. Nur beim Gottesdienste soll die hebräische Sprache gebraucht werden. Bei den jüdischen Hauptschulen (Synagogen!) sollen Schulen nach Normallehrart errichtet werden.

2. Junge Leute sollen zur Heranbildung für das Lehramt an die staatlichen Normal- und Hauptschulen entsendet werden. Die Aufsicht darüber, daß die vorgeschriebene Unterrichtsart auch in den hebräischen Schulen genau beobachtet wird, führt die bestehende christliche Schuldirektion und kontrolliert sie durch öffentliche Prüfungen im Sommer und Winter. Die Schul- und Lesebücher sollen mit Auslassung dessen, was ihrem Glauben widerspricht, abgefaßt werden. „Zur Einflößung mehreren Vertrauens" sollen diese ihre moralischen Vorlesebücher von ihnen selbst zur Begenehmigung abzufordern sein; alles ist auszulassen, was bei ihnen Anstoß erregen könnte, und die Sittenlehre nach der philosophischen Moral einzufügen. Für die Rechtschreibung, Sprachlehre, Geographie, Geschichte, Meßkunst haben sie sich derselben Bücher zu bedienen wie die anderen Normalschulen. Jeder Einmengung in das Religionsfach und in die Gebräuche bei Andachten hat man sich zu enthalten, damit die Eltern die Kinder der Schule nicht entziehen.

3. Wo keine jüdischen Schulen sind, sind die Kinder zwecks Erlernung des Lesens, Schreibens, Rechnens und anderer Gegenstände zum Besuche der christlichen Schulen anzuhalten. Auch der Besuch aller höheren Schulen und Universitäten ist der jüdischen Jugend gestattet.

4. Hinsichtlich der Bücher werden die Juden den allgemeinen Bestimmungen unterworfen. Sie dürfen alle erlaubten Bücher lesen; was sie in ihrer Druckerei in Prag drucken lassen wollen, unterliegt der all-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gemeinen Zensur; die Einfuhr fremder (hebräischer) Bücher muß von Fall zu Fall angesucht werden.

5. Nahrungswege. a) Die Juden dürfen Grundstücke, besonders unbebautes, nicht bearbeitetes Land, auf zwanzig und mehr Jahre in Pacht nehmen. Doch dürfen sie keine Untertanengründe pachten. Mit dieser Bestimmung wird der Besorgnis vor einer Verdrängung der bodenständigen Bevölkerung Rechnung getragen, gerade so wie der anderen vor zu starker Vermehrung durch die Einschränkung, daß sie nur dort pachten dürften, wo sie geduldet seien, d. h. an ihrem normalen Wohnorte, und sofern die erlaubte Zahl der Familien nicht überschritten werde. Treten sie zum Christentum über, so können sie wirkliche Eigentümer dieser Grundstücke werden.

Da die Juden des Ackerbaues noch nicht kundig sind, so dürfen sie zwar die ersten Jahre christliche Knechte dingen, jedoch müssen sie dieselben bei Christen übernachten lassen. Ebenso dürfen sie sich zu diesem Anbau das Zugvieh anschaffen, die Weiden mitgenießen und die nötigen Schaluppen bewohnen.

b) Gestattet wird der Betrieb des Fuhrwerks;

c) Die Erlernung aller Handwerke bei christlichen Meistern und ihre Ausübung nach den bestehenden Gesetzen; die freien Künste;

d) Die Arbeit in den Fabriken und die Errichtung von Fabriken, besonders solchen, die kostspielige Maschinen erfordern. Sie werden zum Großhandel zugelassen, u. zw. unter den gleichen Bedingungen wie die Christen. Sie dürfen den Kleinhandel betreiben und auch der Hausierhandel bleibt ihnen erlaubt, weil darin ihre Hauptnahrung besteht. Ebenso werden ihnen alle freien Handwerke (Spinnen, Weben von Leinwand, von Taft) gestattet.

An das Hofdekret schließt unmittelbar eine Verordnung des böhmischen Guberniums vom 2. November 1781 an. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die die Durchführung der neuen Ordnung hervorrufen werde, ermahnt sie die Ortsvorsteher, sie sollten den Untergebenen vernünftig vorstellen,

„daß sie die Juden wie alle andern Nebenmenschen betrachten, und das bei einigen, besonders bei niedrig denkenden Leuten gegen die jüdische Nazion bisher beobachtete Vorurtheil einer Verächtlichkeit ablegen, als wodurch schon öfters zu unsittlichem Betragen, auch sogar zu sträflichen Exzessen Anlaß gegeben worden ist."

Zur wirksamen Durchführung dieser Absicht nimmt das Gubernium auch die Hilfe der Geistlichkeit in Anspruch. Die dahin zielende, am selben 2. November erlassene Verordnung schließt:

„Dahero haben die Herren Ordinarien die untergebene Geistlichkeit dahin anzuweisen: womit selbe sichangelegen sein lasse, ihrerseits durch gute Belehrun-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gen derlei Vorurteile, welche öfters zu unsittlichem Betragen und sträflichen Irrungen Anlaß geben, möglichst auszurotten."

Die allgemeine Verordnung wendete sich zum Schlusse auch an die Judenschaft, um sie „zu dem Betragen eines rechtschaffenen Bürgers" zu ermahnen. Sie sollen durch die Wohltaten Seiner Majestät nicht aufgeblasen werden, sich nicht zu mutwilligen, zügellosen Exzessen verleiten lassen, sondern durch das rechtschaffene Betragen eines Weltbürgers sich der allerhöchsten Gnade würdig machen.

An der öffentlich rechtlichen Stellung der Juden wurde durch das Hofdekret nichts geändert, weder am Siedlungsrecht noch an der Familienzahl, auch nicht an der Organisation und den Rechten ihrer Gemeinden. Ihre Privilegien wurden fast gleichzeitig bestätigt und zwar die der Prager Judenschaft am 13. Oktober [48] und die der böhmischen Landesjudenschaft am 22. Oktober 1781.[49]

Im Zusammenhange damit stehen zahlreiche andere Verfügungen, die teils als Erläuterungen, teils als Einzelweisungen anzusehen sind. Sie betreffen die verschiedenartigsten Gegenstände, so z. B. das Verhalten der Lehrer gegenüber den christliche Schulen besuchenden Judenkindern. Die Aufmerksamkeit der Lehrer wird auf die Herstellung eines duldsamen und verträglichen Verhaltens der christlichen Schüler gegenüber den jüdischen gelenkt. Es soll im Stundenplane bei Ansetzung der Religionsstunden auf die jüdischen Schüler Rücksicht genommen werden. Für die Gymnasien wird vorgeschrieben, daß die jüdischen Schüler das Lehrzimmer zum Beginne des Unterrichtes erst nach dem Schulgebete zu betreten haben, am Schlusse vor demselben zu entlassen sind, am Mittwoch und Samstag aber eine halbe Stunde vor dem Ende der Schule, bevor mit der für diese Tage bestimmten Christenlehre der Anfang gemacht wird. Sie sind an den Tagen vom Schulbesuche befreit, „an denen bei der christlichen Jugend gottesdienstliche Übungen gehalten werden oder auch bey den Juden eine Religionsfeyer einfällt."[50]

Die jüdischen Schüler haben sich selbstverständlich der allgemeinen Ordnung zu fügen. So sind Kauf- und Tauschgeschäfte untereinander den Volksschülern gänzlich verboten, Gymnasialschülern, wenn der Wert des Gegenstandes zehn Kreuzer übersteigt.[51] Die Lehrer werden angewiesen, in diesem Punkte auf die jüdischen Schüler besonders zu achten, damit Streitigkeiten zwischen der Jugend beiderlei Religionen verhütet würden.[52] Andererseits wurde, um auch den Bedenken besonders strenggläubiger Eltern entgegenzukommen, den jüdischen Schülern christlicher Schulen gestattet, dem Unterrichte bedeckten Hauptes beizuwohnen, nur sollten sie beim Eintritte in das Lehrzimmer durch Lüften der Kopfbedeckung grüßen.[53]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Schon im Jänner 1782 wurde den Juden die Erlangung des juridischen und medizinischen Doktorates[54] freigegeben und mit Beziehung darauf, allerdings wesentlich später, aus einem besonderen Anlasse verfügt, daß jüdische Gymnasiasten, „insoweit als die eigenen jüdischen Stiftungen nicht ausreichen, bey ihrer auszeichnenden Anwendung auch einer Unterstützung von den eingehenden Unterrichtsgeldern bey dem gymnastischen Unterricht teilhaftig werden können ...“[55]

Hieher gehört die Aufhebung der in Judensachen aufgestellten Kommission und der Auftrag, alle bisher bei dieser anhängig gemachten Sachen bei dem königl. Landesgubernium anzubringen.[56]

Es wurden durch Hofdekret vom 19. Dezember 1781 alle den Juden vom Christen „unterscheidenden Leibmauten, doppelte Gerichtstaxen, Passir- und Repassir-, dann Nachtzettelabgaben“ sogleich eingestellt und befohlen, die Juden hierin den christlichen Untertanen völlig gleichzustellen.[57]

Ebenso wurde den Juden gestattet, zu Marktzeiten in den Städten bei Tag und Nacht zu wohnen und ihren Handel zu treiben. Nur die Bergstädte bleiben ihnen weiter verboten.[58]

Mit Hofdekret vom 18. September 1785 wurde ihnen an Orten, wo sie toleriert waren, der Ankauf von Ärarial- und öffentlichen Gebäuden zum Zwecke der Errichtung von Fabriken gestattet.[59]

4. Rückwirkung auf die öffentliche Meinung

Mit den in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Toleranzdekret stehenden Verordnungen war die Josefinische Judengesetzgebung auch für Böhmen bei weitem nicht erschöpft. Noch waren wichtige Fragen ungelöst; so die der Militärpflicht der Juden, die in der literarischen Erörterung der Judenfrage immer wieder besprochen wurde; die der jüdischen Sondergerichte (s. S. 237 u. 251), des jüdischen Eherechtes, der jüdischen Namengebung, die für die Konskription wichtig war, welche ihrerseits in engem Zusammenhang stand mit der Aushebung zum Kriegsdienste.

Aber auch das, was geschehen war, erregte die öffentliche Meinung überaus stark.

Von den Juden wurden die kaiserlichen Erlässe nicht ungeteilt freundlich aufgenommen: man fürchtete für den Glauben. Daher fand es der dem Mendelssohnschen Kreise angehörige Naphtali Herz (Hartwig) Wessely nötig, in einem hebräisch geschriebenen Büchlein: „Dibre Scholaum we'emeth: Worte des Friedens und der Wahrheit“ für die Reformen des Kaisers einzutreten.[60] Das Werkchen wurde von David Friedländer bald ins Deutsche übersetzt, auch in andere Sprachen übertragen und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nach der Sitte oder Unsitte der Zeit vielfach nachgedruckt, u. a. auch in Wien.

In acht Kapiteln sucht Wessely seine Glaubensgenossen vom Werte und der Bedeutung der sie umgebenden Kultur zu überzeugen, ihnen die Heilsamkeit der Reformen Josefs II. für ihre soziale Stellung, die Wichtigkeit der Kenntnis und des richtigen Gebrauches der deutschen Sprache darzulegen. Er verweist auf die Mendelssohnsche Bibelübersetzung, die nicht nur die Kenntnis des Deutschen fördere, sondern auch die Schönheit der hebräischen Sprache erkennen lasse. Dem bisherigen Unterrichtsgange der jüdischen Jugend stellte er einen neuen Lehrplan entgegen, der das eingehende und gründliche Studium des Talmuds einer höheren Unterrichtsstufe, den Auserwählten, die Rabbiner werden wollten, vorbehielt. Der Verfasser des ‚Lesebuches der Moral' sollte besonders darauf Rücksicht nehmen, Religionshaß und Intoleranz im Herzen gegen fremde Religionsverwandte als die abscheulichsten Ungeheuer abzuschildern und ihre schädlichen Folgen in ihrem ganzen Umfange aufzuzeigen.

Das Buch rief eine starke literarische Fehde hervor, an der sich dann infolge eines Sendschreibens Wesselys an die Triester reformfreundlichen Rabbinen (Chaw tamo lebeß Jisßroel) auch eine sehr lebhafte Diskussion der italienischen Rabbiner anschloß.[61]

Auf italienischem Boden entstand unmittelbar unter dem Eindrucke der Prager Erlässe – sie wurden in Nr. 47 und 48 von 1781 der Gazetta di Mantova wiedergegeben - eine Schrift, die nach mehr als einer Richtung hin beachtenswert ist. Vor allem durch die Persönlichkeit des Verfassers. Giovanni Battista Gherardo Reichsgraf von Arco[62] genoß als von der physiokratischen Schule stark beeinflußter Nationalökonom großes Anschen; er war ein Vertrauensmann Josefs II., der ihn zum Intendanten von Mantua machte. Seine Schrift „Über den Einfluß des Ghettos im Staate" zeigt, wie auch ein guter Teil der europäischen Aufklärung dem Judentume, der Judenheit gegenüberstand.[63]

Arco ist erfüllt von Vorurteilen gegen die Juden, seine Kenntnis jüdischen Wesens ist sehr mangelhaft; sie beruht in der Hauptsache auf einigen wenigen judenfeindlichen Schriften, die er als Quellen zitiert; von den besonderen Verhältnissen Böhmens ist er nur oberflächlich unterrichtet, insbesondere überschätzt er die Zahl der Juden in diesem Lande ganz gewaltig. – Sehr geneigt zu rednerischem Stile, sucht er doch, seiner Arbeit den Charakter einer wissenschaftlichen volkswirtschaftlichen Untersuchung zu wahren.

Nachdem er den Einfluß der Juden auf die Wirtschaft der Seehandelsstaaten erörtert hat, geht er zu seinem Hauptgegenstande, ihrer Bedeutung, genauer: ihrer Schädlichkeit, für die Staaten über, deren wirtschaftliche Grundlage Ackerbau und Handwerk sind. Schon die Stellung der Grundfrage: „Wie kann der Fremde, der keine (Land-)Güter besitzt, keine Kunst, kein Handwerk treibt, doch gemächlich leben?" zeigt, daß er die Juden, wie er an anderer Stelle sagt, als Schmarotzerpflanzen ansieht. Er vergleicht sie dort mit dem Rost des Getreides. Am meisten hat er noch für den Klein- und Althandel der armen Juden übrig, der den bedürftigen Teil des Volkes mit Waren versorgt und die Geldaus-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

fuhr hindert. Dagegen bedroht das Kapital der reichen Juden den Grundbesitz als Pacht- und Leihkapital, als Vorschuß auf das schwerste und ebenso gefährdet es das Handwerk, wo es sich dieses durch den Verlag unterwirft. Die Vorteile, die es bietet, sind nur scheinbar. Diese im Wesen des Geldes liegenden Gefahren werden erhöht durch die Eigenart der Juden. Feinde körperlicher Anstrengung, sind die Juden geistig geschult durch den Zwang, dauernde Schwierigkeiten zu überwinden. Dazu kommt ihre ganze Denkungsart. Arco ist überzeugt, daß die Bosheit (malizia) der Rabbinen die ursprüngliche Religion verfälscht hat. Das ist die typische Stellungnahme eines großen Teiles der Aufklärung gegen Theologie und Theologen überhaupt, jene Gesinnung, die überall „Priestertrug" erblickt. – Der augenblicklich geltende, die Juden wirklich beeinflussende Glaube – er gebraucht das Wort „attual" – verstärkt in ihnen die natürliche Selbstsucht der Menschen, lehrt sie, die Christen zu hassen, deren Besitz als ihr Eigentum zu betrachten. Christen gegenüber sind Lüge, Täuschung, Betrug erlaubt. So ist die jüdische Handelstätigkeit schädlich. Das Ghetto ist ein Fremdkörper im Staate, ja es steht ihm feindlich gegenüber. Die Juden sind ein unsoziales Element.

Freilich verschließt sich Arco nicht der Erkenntnis, daß auch die Bedingungen, unter denen die Aufnahme der Juden erfolgt ist, die Bedingungen, unter denen sie leben, sehr viel dazu beitragen, die Übelstände zu vergrößern; die Schranken, in die man sie einengt, aber auch manche Privilegien, die man ihnen erteilt hat, sind gleich schädlich.

Wie ist die Heilung zu finden? Gegen die Austreibung der Juden spricht die Menschlichkeit; aber ebenso auch das Staatsinteresse, weil die Judenschaft wirtschaftlich sehr enge mit der übrigen Bevölkerung verknüpft ist. Besonders in Böhmen, wo die Juden, in alle Arten der Tätigkeit eingedrungen, nicht nur wohlhabend, sondern sogar reich sind, wäre ihre Vertreibung nicht nur gefährlich, sondern geradezu unmöglich.

Josefs Weisheit hat die Lösung gefunden. Die kaiserliche Verordnung betreffs der Juden, wie sie in Prag verkündigt worden, wird begeistert gepriesen. Von den Bildungsmaßnahmen erwartet Arco eine notwendigerweise eintretende glückliche und vorteilhafte Umwälzung im Wesen des jüdischen Volkes. „Die Erkenntnis des Wahren wird in ihren Herzen jene Pläne und nützlichen Absichten erwachsen lassen, durch deren Verwirklichung sie zugleich das eigene Wohl und das der andern werden fördern wollen." Im einzelnen zeigt er dann – das Ganze könnte ein Motivenbericht für die Hofdekrete sein – wie auch die Erweiterung der Nahrungswege und gerade die Bestimmungen, die sich auf die Heranziehung der Juden zum Ackerbau und Handwerk beziehen, dazu führen werden, die Schranken zwischen ihnen und der übrigen Bevölkerung Böhmens niederzulegen, sie zu nützlichen Gliedern der Gesamtwirtschaft zu machen. Freilich ist ihm das Edikt unvollständig. Noch fehlt die Abschaffung der inneren Gerichtsbarkeit unter den Juden, die ebenso frommen würde wie auch die Abschaffung ihrer Sonderstatuten und ihre Unterwerfung unter das allgemeine Gesetz.

Arcos Schrift rief eine sehr ausführliche Erwiderung hervor: Verteidigung gegen die Angriffe, die in dem Buche „Vom Einflusse des Ghettos im Staate" gegen das jüdische Volk erhoben worden sind.[61]

Der ungenannte Verfasser kennt die Literatur über die Judenfrage viel genauer, ist viel gründlicher als sein Gegner; er kennt auch das hebräische Schrifttum. In einer „philosophischen" Einleitung behandelt er die Toleranz im allgemeinen in Bezug auf das Wesen des moralischen Menschen und ihre Beziehungen zur Theologie und zu Staat und Gesellschaft, dies unter Berufung auf Rousseaus contrat social. Dann sucht er die Anklagen zu widerlegen, die wider die jüdische Religion, gegen Talmud und rabbinische Gesetze erhoben werden. Er wendet

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sich gegen die Vorwürfe der Gesellschaftsfeindlichkeit, des Betrugs als angebliche Folge ihrer Religion, ihrer Privilegien, ihrer Sondergerichtsbarkeit. Er will dann die Nützlichkeit der wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden nachweisen, will zeigen, daß die Erlässe Josefs nicht so sehr einer notwendigen Beseitigung von Übelständen als einer wünschenswerten Besserung dienen. Seine Behauptung, daß der Kaiser nicht im entferntesten daran denke, die innere jüdische Gerichtsbarkeit zu beseitigen (V. Kap., III. Art.), wurde freilich sehr bald durch die Tatsachen widerlegt, wie denn der Verfasser auch sonst in der Abwehr da und dort mehr behauptet, als unwidersprochen bleiben kann.

Beide Bücher, die hier nur als beispielsweises Zeitzeichen angeführt wurden, verdienten bei einer Darstellung der bezüglichen Literatur eine eingehende Behandlung.

Auch nur als eines Zeitzeichens sei eines Ausschreibens[65] gedacht, das die kurfürstlich mainzische Regierung schon am 15. Februar 1782, also unter dem unmittelbaren Eindrucke der Josefinischen Dekrete in Absicht auf die Verbesserung des Zustandes der Juden erließ. Es wird Bericht über ihre Zahl gefordert, ferner über das Gewerbe (Nahrung), über ihre Verfassung und worin sie den Beamten, worin den Rabbinen unterworfen seien. Wie diese Verfassung zu bessern wäre? Ob den Juden erlaubt werden könne, mehrere Nahrungszweige zu treiben; über den Zustand der jüdischen Schulen. Was, wie, von wem gelehrt werde? Wie sie zu bessern seien?

5. Unmittelbare Folgen des Hofdekretes

a. Schule

Von den unmittelbaren Folgen des Hofdekretes vom 19. Oktober für die böhmischen Juden ist die auffälligste und segensreichste die Neugestaltung des jüdischen Schulwesens. Im Jahre 1776 schon hatte Maria Theresia[66] dem böhmischen Gubernium den Auftrag erteilt, in diesem Kronlande jüdische Schulen nach dem Normallehrplane zu begründen. Aber dieser Auftrag war (s. o.) ohne Erfolg geblieben. Die Judenschaft verbat sich damals den deutschen Unterricht unter dem Vorwande, daß die Kinder alle Stunden des Tages zu den Gebeten und zum Religionsstudium brauchten.[67]

Jetzt jedoch ging man mit großem Eifer an die Ausführung der kaiserlichen Befehle. Die jüdischen Landesdeputierten setzten sich mit dem Leiter des böhmischen Normalschulwesens, dem Schulrate Probst Ferdinand Kindermann von Schulstein in Verbindung und rasch ging man ans Werk. Man nahm die Errichtung von 34 Schulen in Aussicht. Für die ersten Anschaffungen und für Bauarbeiten waren etwa 3000 fl. erforderlich. Da die jüdischen Gemeinden diese Summe nicht aufbringen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

konnten, wurde den Juden vom Gubernium gestattet, die Kosten einstweilen durch eine Anleihe zu decken. Von diesen Schulen wurden einige sofort errichtet und „mit jüdischen und christlichen Lehrern versehen". Der Bericht hierüber (24. Mai 1782) ging an die B.-ö. Hofkanzlei. Diese hatte gegen den vom Gubernium gemeldeten Plan und die Anleihe nichts einzuwenden und regte unter Berufung auf das Handschreiben vom 13. Mai an, daß diese 3000 fl. aus den jüdischen Steuern und Taxen bestritten werden könnten. (Vortrag vom 13. Juni 1782.) Im Staatsrate sprachen sich Martini und Gebler für diesen Vorschlag aus, ebenso Kresel; dieser mit dem Zusatze „jedoch habe der Schuldirektor auf die Befolgung der höchsten Befehle und daß diese Schulen fleißig besuchet werden, zu invigiliren". Auch Reischach erklärte sich einverstanden. Graf Hatzfeld meinte (21. Juni), die Ehetaxen seien ein Teil des fundus contributionalis, welcher nicht insbesondere ad aerarium einfließe, sondern dem Contributionsquanto zur Beihilfe geworden sei. „Es hänge also lediglich von der allerhöchsten Milde ab, ob den Juden der daraus entstehende Contributionsnachlaß auf gedachte 3000 fl. oder einen Teil derselben verwilliget werden solle."

Die kaiserliche Entschließung vom 22. Juni ging dahin, daß zwar der Entwurf genehmigt, aber zugleich der Auftrag erteilt wurde, sich behufs Bedeckung des Erfordernisses mit der Kammer ins Einvernehmen zu setzen, damit ein fundus ausfindig gemacht werden könne, womit das jüdische Contributionale unbelastet bleiben möge.[68]

Am 18. November beschäftigte sich der Staatsrat aufs neue mit dieser Angelegenheit, u. zw. mit einem Vortrage der Studien-Hofkommission vom 12. November. Unter Beziehung auf den am 22. Juni erteilten Auftrag zeigte die Hofkanzlei im Einvernehmen mit der Hofkammer an, daß sie keinen anderen Fond dazu wisse als die jüdischen Ehetaxen, die der Kaiser ja von Anfang an wenigstens zum Teil dazu bestimmt habe und die im Durchschnitte jährlich 3581 fl. 35 kr. abwürfen. Die Hofkanzlei erbitte sich die Erlaubnis, die erste Einrichtung aus diesen Taxen zu bestreiten, da inzwischen schon 1351 fl. ausgegeben worden seien. Am 19. äußerte sich Martini zustimmend, desgleichen Reischach. Hatzfeld meinte, es hänge von des Kaisers Gnade ab, diese Summe ohne Ersatz zur Errichtung der jüdischen Normalschulen zu verwenden; er glaube jedoch, „daß diese erfordernuß aus dem schuhlfonde zu bestreiten wär", weil dieser zur Verbesserung des Schulwesens ohne Unterschied der Religion bestimmt sei (20. Nov.). Der Kaiser genehmigte jedoch am 21. November das Einraten der Kanzlei und damit schien die Angelegenheit erledigt.[69]

Aber das böhmische Gubernium mußte sich am 18. Dezember 1782[70] nochmals an den Kaiser wenden und darauf aufmerksam machen, daß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die 3000 fl. von der Prager böhmischen Landesjudenschaft aufgenommen worden seien, und daß die Prager städtische Judengemeinde von der landesjüdischen Gemeinde gänzlich separiert sei, folglich jede für sich auch abgesonderte Kassen hätten (s. o. S. 236 ff.).

Die Prager Judenschaft habe zum Zwecke der Errichtung der Normalschule kein Kapital aufgenommen, sondern es seien von dem Mitältesten Lazar Grünhut die Unkosten (im Betrage von 1856 fl. 48 kr.) aus eigenem vorgestreckt worden. Die jährlichen Unterhaltungskosten werden mit 2000 fl. veranschlagt. Das Gubernium beantragt, der Prager Judenschaft zu erlauben, die bestrittenen Auslagen aus der Gemeindekassa ersetzen zu dürfen.

Das Dekret, das unter dem 3. Dezember eingelangt sei, lasse es zweifelhaft, ob die 3000 fl. allein der Landesjudenschaft gehörten oder auch auf die Prager Judenschaft sich erstreckten.

Die Entscheidung lautete:[71] „Die zur ersten Einrichtung der jüdischen Normalschulen ohne Wider Ersatz allergnädigst bewilligte 3000 fl. seyen für die gesamte Böhm. Land- und Prager städtische Judenschaft zu verstehen, doch könne leztere den Abgang aus diesen Auslagen aus der Gemeindekassa ersetzen." Damit war aber die Judenschaft noch lange nicht im Besitze des ihr zugedachten kaiserlichen Geschenkes.[72] Zwischen den verschiedenen Finanzstellen, die mit der Sache zu tun hatten, gingen die Schriftstücke hin und her, auf welche Weise die Bedeckung für diese Summe gefunden werden solle,[73] so daß das Prager Gubernium am 27. September 1783 eine große Eingabe an den Kaiser machen mußte, die mit der Bitte schloß, „womit dieser Betrag von 3000 fl. indessen ex Cammerali oder aus dem Haupttax fundo vorgeschossen werden möchten, damit die Judenschaft einmal der derselben zugedachten allerhöchsten Gnade theilhaftig werden könne".

Am 20. November 1783 fiel endlich die Entscheidung,[74] „daß der aus den jüdischen Ehetaxen für die erste Einrichtung der jüdischen Schulen verwilligte Betrag per 3000 fl. semel pro semper bey dem Prager Kameral-Zahlamte gegen Quittung des Normal-Schul-Oberdirektors Probsten von Schulstein anzuweisen seye." Zugleich wurde der Auftrag gegeben, auch die Judenschaft entsprechend zu verständigen.

Und so erhielt dann endlich die Prager Gemeinde 1500 fl. und die gleiche Summe wurde der Landjudenschaft zugewiesen.[75]

Übrigens wurde das jüdische Schulwesen auch sonst materiell gefördert. Die Schullehrer waren von Steuern, Familien- und Inkolatstaxen befreit.[76] Nach dem Hofdekrete vom 29. Dezember 1788 war die Taxe von 50 fl. für die Thora künftig an die jüdische Gemeindekassa zum Behuf der jüdischen Normalschulen zu entrichten. Diese Thorataxen hatten diejenigen Juden zu bezahlen, die in ihrem Privathause einen regelmäßigen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gottesdienst (ein Minjan) hielten, bei dem auch eine Thorarolle verwendet wurde.[77] Daß den Judenkindern die Beteiligung mit Stipendien aus den Unterrichtsgeldern gewährt wurde, ist schon erwähnt worden (s. o. S. 261).

In Prag wurde schon am 2. Mai die jüdische deutsche Schule feierlich eröffnet. Unmittelbar nach dem Einlangen des Hofdekretes in Prag war der Schulenoberdirektor Probst Kindermann – in Wieners Buch und in den Akten wird er immer mit seinem Adelstitel „von Schulstein" bezeichnet – im Auftrage der damaligen k. k. Schulkommission mit den Vorstehern der Judenschaft zu einer Beratung zusammen getreten, die die nötigen Beschlüsse faßte. Ohne daß man noch wußte, wie die Kosten zu decken seien, wurde der Bau des Schulhauses begonnen und mit Hilfe eines namhaften Vorschusses, „den ein großmütiger Menschenfreund" unter den Hebräern tat, – es war, wie erwähnt, Lazar Grünhut – vollendet. Um Lehrer zu beschaffen, wurden „meistens die hierorts befindlichen Hausinformatoren zur Einholung des vorschriftsmäßigen Unterrichts in die ... Kleinseitner Hauptnormalschule abgeschickt, die Lehrstunden wurden festgesetzt und zwar für den Sommer täglich außer Freitag und Samstag von 10–12 Uhr vormittags und 5–7 Uhr abends, für den Winter von 5–7 Uhr abends. Die übrige Tageszeit wurde für den Unterricht in der Religionswissenschaft und für den Gottesdienst freigelassen. Die Schule war vierklassig; die Kinder sollten mit dem zehnten Jahre in die Schule eintreten [78] und sie nicht eher verlassen, als bis sie das Vorgeschriebene im Lesen, Schreiben, Rechnen und in der Moral erlernt hätten. Probst Kindermann nahm sich die Mühe, das Lesebuch für die Bedürfnisse der jüdischen Schüler umzuarbeiten, und jeder Bogen wurde dem Oberrabbiner vorgelesen und erst, wenn dieser ihn unterfertigt hatte, endgültig gedruckt, so daß jeder Anstoß vermieden wurde. Die Gehalte der Lehrer und Bediensteten wurden festgesetzt; um auch die wirkliche Auszahlung zu ermöglichen, mußte zunächst wieder „der tätige Schulfreund" durch den Vorschuß einer bedeutenden Geldsumme helfen. – Zwei jüdische Schulaufseher wurden ernannt, „um über Zucht, Reinlichkeit, Ordnung und Befolgung der landesfürstlichen Verordnungen ein scharfes Auge zu führen".

Der Tag der Schuleröffnung war ein Festtag für die Gemeinde. Schon beim Morgengottesdienste wurden in den Hauptbetschulen Lobgesänge und Psalmen gesungen, das Gebet für die glückliche Regierung des Monarchen verrichtet. Der eigentliche Festgottesdienst fand um neun Uhr in der „sogenannten Mäuselbethschule" – gemeint ist die Meiselsynagoge – statt, bei dem ein von dem Oberrabbiner Ezechiel Landau verfaßtes – selbstverständlich – hebräisches Gebet in Versen von den berühmten jüdischen Vokalisten aus Manheim abgesungen wurde und ein langes Gebet für den Kaiser gesprochen wurde.[79] Von der Synagoge ging der Zug in das

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

neuerrichtete Schulgebäude. Im Festsaale fand die Feier der Schuleröffnung statt in Gegenwart der k. k. Schulkommission mit ihrem Präsidenten Grafen Karl Clary, des Probstes von Schulstein, des Schuldirektors Schindler. Die Judenschaft war durch den Oberrabbiner, die Juristen, den Stadtprimator Israel Simon Frankel und die Ältesten vertreten. Der Lehrer der Moral Pinkas Kolin hielt eine Rede über den Einfluß des Normalinstitutes auf die innerliche Bildung und äußerliche Wohlfahrt, „die dem Verfasser Ehre machte".[80] Ein Feuerwerk schloß den festlichen Tag.

An die Knabenschule wurde durch das Zusammenwirken Kindermanns mit den Schulaufsehern Gabriel Frankel und Lazar Grünhut später auch eine Mädchenschule angefügt.

Am 10. November 1782 trat Moses Wiener mit einer bedeutsamen Rede sein Lehramt an dieser Schule an, an der er deutsche Sprache und schriftlichen Aufsatz zu unterrichten hatte.[81] Er legte zunächst den Wert der Fähigkeit dar, richtig, vollständig und deutlich zu schreiben. Hierauf dankte er den Vorstehern der Gemeinde, wies auf die Pflicht wechselseitiger Hilfe auch in der moralischen Welt hin, auf die Verantwortung, die auch seine Tätigkeit ihm auferlege, und gab der Hoffnung auf Erfolg Ausdruck. Dann wandte er sich an die Schüler, sie an ihre Pflicht mahnend, ihnen die Liebe zu den Eltern, zum Kaiser ans Herz legend. „Hätte Er nicht gewollt, – stünde diese Schule nicht." – Seine eigene Stellung den Kindern gegenüber betrachtet er als die eines Freundes, von ihnen fordert er Aufmerksamkeit, Fleiß und Gehorsam.[82]

Die Schule wirkte sehr segensreich. In Wien war man mit ihrer Arbeit so zufrieden, daß der Kaiser sie schon wenige Monate nach ihrer Eröffnung den ungarischen Behörden als Muster empfahl.[83] Von der Prüfung, die am 14. und 15. September 1783 stattfand, berichtet die Preßburger Zeitung (1783, Nr. 80): Zahlreiche hohe Herrschaften waren anwesend; eine Menge unparteiischer Zuschauer spendete Beifall für die Kinder aller vier Klassen. Ein Schüler der vierten Klasse deklamirte (!) eine von Moses Wiener verfaßte Dankrede.[84] Böhm bezeichnet die Prager jüdische Hauptschule als eine der ansehnlichsten im ganzen Königreiche.

Für ihre Leistungen besitzen wir u. a. auch ein sehr wertvolles Zeugnis eines vollkommen unbefangenen Beobachters, des Holländers J. Meermann, Freiherrn von Dalem, der im November 1791 nach Prag kam.[85] In Begleitung des Gemeindevorstehers besuchte er die jüdische Schule.

„Ich kann es nicht genug rühmen, mit welch einer Teilnahme und Freude der Älteste der Gemeinde der hier zugleich Aufseher ist, mich durch die vier Klassen führte, in welche die Schule geteilt ist, und ebensowenig vermag ich es, rühmlich genug von den Fortschritten zu sprechen, welche die Kinder alle in den genannten Kenntnissen gemacht hatten (Deutschlesen, Grammatik, Stil, Rechnen, Zeichnen, Anfangsgründe der Moral und des philosophischen Naturrechts); den größten Eifer und die sichtbarste Lernbegierde fand ich überall. Besonders

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

befriedigend waren mir die deutlichen Begriffe, welche der Lehrer der Moral in mehr als einer Klasse und in jeder derselben nach den verschiedenen Fähigkeiten der Kinder ihnen von dem Wesen der Gesellschaft und anderen Gegenständen mitzuteilen wußte; jeder Schüler faßte ihn und jeder brannte vor Begierde, auf seine Fragen zu antworten. Geradezu darf ich es sagen, unter den besten Schulen in Holland findet sich nicht eine einzige, in welcher Kinder etwa von sechs bis zwölf Jahren auf eine solche Art von den Rechten und Pflichten des Menschen, aus den reinsten Grundsätzen entlehnt und durch höchst glücklich gewählte Beispiele erläutert, unterrichtet werden, als man hier in dem katholischen Böhmen die Söhne und Töchter der ärmsten Israeliten unterrichtet."

Meermann lobt auch das Schulgebäude und wir erfahren, daß die Gemeinde die Kosten der ganzen Einrichtung, welche jährlich 2500 fl. ausmachen, selbst trägt. Auch sonst weiß der Reisende vom Bildungsstreben der Juden zu berichten. Er beschreibt (S. 21) die Lesezimmer der Bibliothek: „selbst Juden haben seit einiger Zeit angefangen, sie zu besuchen."

Aus dem Buche Böhms erfahren wir auch mancherlei über die Landschulen.[86] Mit dem Landesprimator Popper und den Deputierten wurde ein Übereinkommen getroffen, daß an den Orten, wo die Gemeinde nicht gleich neue Schulgebäude errichten könnte, der Deutschunterricht den Judenkindern in dem jüdischen Schulgebäude erteilt werde, u. zw. in der Zeit, wo kein Religionsunterricht stattfinde. Die größeren Gemeinden sollten eigene Schulen bauen, die mittleren sich mit den Christenlehrern ins Einvernehmen setzen, daß sie nach Beendigung des Unterrichts der Christenkinder den der jüdischen übernähmen. Einzelne Familien sollten sich mit Hauslehrern behelfen oder ihre Kinder in die öffentlichen Schulen schicken. Für Lehrer wurde im Sinne der kaiserlichen Verordnungen gesorgt; an einigen jüdischen Schulen gab es christliche Lehrer (s. o.); an vielen Orten baten die Juden selbst die christlichen Seelsorger, die Aufsicht zu übernehmen.

Böhm erwähnt Schulen in Teplitz, Jungbunzlau, Bidschow, Hořitz, Plan, Polna, Kolin, Portscha und Lichtenstadt und rühmt die Fortschritte an ihnen, will zeigen „wie sehr sich diese Nation (die Juden) allseitig beeiferte, der allerhöchsten Erwartung desfalls zu entsprechen". Er lobt den Eifer und die Fürsorge der Judenältesten und des Oberrabbiners für die Förderung des Schulbesuches.[87]

Die Fortschritte sind wirklich ganz auffällig. Im Jahre 1787 betrug die Zahl der jüdischen Trivialschulen auf dem Lande 25; der Schulbesuch hatte sich von einem Kurse (Halbjahr) zum andern von 445 auf 559, d. i. um etwas mehr als 25 Prozent gesteigert. In 56 Ortschaften, z. B. Rakonitz, Tabor, Trautenau, schickten die Juden ihre Kinder in Christenschulen. Hier ist die Zunahme noch auffälliger: 278 gegen 106, das sind mehr als 162 Prozent.[88] Darin wird man nicht bloß eine Wirkung der Strenge sehen dürfen, mit der auf den Schulbesuch gedrungen wurde,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sondern mehr noch des wachsenden Vertrauens der Judenschaft. Im ganzen hat man den Eindruck, daß man sich auf jüdischer wir auf christlicher Seite bemühte, den Absichten des Kaisers gerecht zu werden, daß sich die katholische Geistlichkeit hiebei wirkliche Verdienste erwarb.

Es wäre vielleicht dankenswert, der Geschichte der jüdischen Volksschulen in den Landgemeinden näher zu treten, sowie die Wirkungen zu untersuchen, die die Toleranzverordnungen auf den Besuch der Mittel- und Hochschulen seitens der jüdischen Jugend geübt haben.[89]

b. Wirtschaft

Die Frage der wirtschaftlichen Auswirkung des Toleranzpatentes, welche von den neueröffneten Erwerbsmöglichkeiten von den Juden benützt wurden, verdient, Gegenstand einer gesonderten Darstellung zu werden. Freilich müßten ihr Einzeluntersuchungen vorausgehen, für die mancherlei Stoff in den Wiener Archiven zu finden ist; noch viel mehr dürfte in den Prager und Brünner Beständen sowie in denen der verschiedenen Landstädte vorhanden sein. Auch die Familiengeschichte könnte wertvolle Beiträge liefern. Damit würden Vorarbeiten für eine Wirtschaftsgeschichte geschaffen, wie sie Dr. Bernhard Heilig im Sinne hat und auch Dr. J. Prokeš beabsichtigt.[90]

Was hier geboten wird, trägt durchaus den Charakter von Zufallsfunden, die ich nur als Kennzeichen der allgemeinen Stimmung betrachtet wissen möchte.

So darf ich darauf hinweisen, daß den jüdischen Großkaufleuten gestattet wurde, auch in der Stadt Prag Wohnungen zu mieten und die Räumlichkeiten auch für ihre Warenlager zu verwenden. Doch war ihnen jeder Verkauf im kleinen oder der Betrieb solcher Gewerbe, die nach den bestehenden Ordnungen als Eingriff in die bürgerlichen Gewerbe angesehen werden könnten, strengstens untersagt. Der Zweck dieser Verordnung liegt klar zu Tage. Erleichterung, Hebung des Großhandels und zugleich Schutz der christlichen Kleinkaufleute vor dem jüdischen Wettbewerbe. Diese allgemeine Anordnung war die Folge eines Gesuches des jüdischen Landesprimators Joachim Popper, zur Betreibung seiner Großhandlungsgeschäfte mit seiner Familie in die Christenstadt übersiedeln zu dürfen.[91]

Der oben erwähnte Meermann weiß von hundert Familien zu berichten, die von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht hätten. Die Angabe trifft zu. Die Häuser- und Familientabelle der Königlichen Hauptstadt Prag von anno 1791 gibt die Zahl der Judenfamilien in der Altstadt mit 168, in der Neustadt mit 2 an.[92] Gleichwohl standen weder das Gubernium

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

noch der Prager Stadtrat der Übersiedlung von Juden aus dem Ghetto in die Christenstadt freundlich gegenüber. Das beweisen die großen Schwierigkeiten, die man den Lehrern an der jüdischen Hauptschule machte, als sie um die Erlaubnis ansuchten, in der Altstadt Wohnungen zu mieten. Dem Löw Israel Frankel wurde verboten, in dem von ihm erkauften Hause andere Judenfamilien wohnen zu lassen.[93] Man wünschte es einmal aus steuertechnischen Gründen nicht, dann, weil man bei der doch beschränkten Zahl der verfügbaren Wohnungen eine Beeinträchtigung der christlichen Bevölkerung befürchtete; und endlich weil man eine Verminderung des Erträgnisses der Judenhäuser in der abgesperrten Stadt vermeiden wollte; natürlich nicht aus Liebe zu den jüdischen Hausbesitzern, sondern mit Rücksicht auf die Abnahme der Steuerkraft.

Immerhin war man aber dazu zu haben, in Einzelfällen Ausnahmen zu gestatten. Der Prager Jude Baruch Lewi Kollin hatte in dem neben dem Tandelmarkte gelegenen Preßlischen Christenhause auf zwei Jahre einen Kramladen gemietet. Das widersprach dem geltenden Gesetze: die Juden durften nämlich außerhalb der Judenstadt nur auf dem jüdischen Tandelmarkte Läden halten. Daher befahl das Gubernium Kollin, den Laden zu räumen. Er brachte nun beim Kaiser eine Bittschrift ein, „womit ihm die Beybehaltung des Kramladens wo nicht auf weitere Zeiten, doch wenigstens bis zum Ausgange des Miethungs Contractes verwilligt werden möchte". Das böhmische Gubernium erhielt von der Hofkanzlei die Weisung, hierüber einen Bericht zu erstatten, inzwischen aber dem Juden diesen Kramladen bis zum Ablaufe der Mietzeit, die er aber mit dem Vertrage zu erweisen hätte, zu belassen. Die Staatsräte Reischach und Hatzfeld erklärten sich (8. und 9. Juni 1784) damit einverstanden. Nach Einlangen des Berichtes solle die Kanzlei ihn mit ihrem weiteren Gutachten dem Kaiser vorlegen. Der Kaiser genehmigte dies.[94]

Am 12. Juli schon konnte die B.-ö. Hofkanzlei den geforderten Bericht erstatten. Das Böhmische Gubernium zeigte an, daß es gemäß der erhaltenen Weisung verordnet habe, dem Supplikanten den Laden bis Lichtmeß 1786 zu belassen. Gubernium aber und Kanzlei stimmten darin überein, daß das Gesuch um Belassung auf weitere Zeiten um so mehr abzuweisen sei, „als durch dergleichen Begünstigungen den Hausbesitzern im Tändelmarkte der größte Schaden zugehen, und hieraus bey den Juden nachtheilige Exemplificationen entstehen würden," d. h. wohl, es würden auch andere jüdische Kaufleute Läden in der Stadt mieten wollen. Die Staatsräte erklärten sich (17. Juli) mit dieser Entscheidung einverstanden und so wurde sie auch vom Kaiser genehmigt.[95]

Die Behandlung des Kollinschen Gesuches zeigt, welch außerordentliche Begünstigung es war, daß der Galanteriewarenhändler Wolf Zappert schon am 22. November 1782 die Erlaubnis erhalten hatte, in der Altstadt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

außerhalb des Judentandelmarktes ein seinem Gewerbe angemessenes Gewölbe zu mieten.

Noch wichtiger als die Behandlung der Prager Wohnungsfrage war die Wandlung hinsichtlich der Erwerbung von Hausbesitz durch die Juden.

Mit einer kaiserlichen Entschließung von Hermannstadt, 17. Juli 1786, wurde den Juden die Beteiligung an der Lizitation des Hauses der ehemaligen Kreuzherren mit dem roten Herzen in Prag gestattet. Die Hofkanzlei hatte zu dieser Erlaubnis angeraten, weil „dieses Hauß sehr nahe an die Judenstadt stosse, und *auch sehr hoch angebracht werden könnte.*“[96]

In den Protokollen der B.-ö. Kanzlei finden sich unter der Nummer 139 vom 16. und 168 vom 20. November 1786 zwei Dekrete an das böhmische Gubernium verzeichnet. Das eine eröffnet, „daß dem jüdischen Landesprimator Joachim Popper die Dispensazion erteilet werde, das in Prag erkaufte Haus auf seinen eigenen Namen in die Stadtbücher einverleiben lassen zu dörfen, samt der Belehrung, wie sich in künftigen Fällen, wenn Juden Christenhäuser auf dem Lande und in der Stadt Prag an sich kaufen wollen, zu benehmen, und gegen welche Vorsicht und Bedingnis ihnen solches zu gestatten sey“.

Die zweite betrifft die dem jüdischen Galanteriewarenhändler Wolf Zappert (s. o.) erteilte gleiche Erlaubnis in Bezug auf das von ihm licitando erstandene Haus auf dem Altstädter Ring.[97] Von dem Hause, das Löw Israel Frankel kaufte, haben wir schon oben gesprochen.

Auch von einigen Käufen auf dem Lande berichten die Akten des Jahres 1786.

So wurde am 18. September dem Herrschaft Koster Branntweinhauspächter Markus Löbel der Ankauf des bei der Stadt Sobotka im Dorfe Března gelegenen alten Kaserngebäudes gestattet.[98]

Am 2. Oktober wurde dem Turnauer Juden Salamon Löbl der Kauf eines Christenhauses und am selben Orte der Jüdin Jachel Hiltlin der Bau eines Hauses bewilligt.[99]

Und gelegentlich der Erledigung eines Gesuches des Juden Josef Popper um Pachtung des Kotzlaner Branntweinhauses, dann einiger Äcker auf der Herrschaft Pläß wird die grundsätzliche Entscheidung getroffen, daß es der Herrschaft vorbehalten sei, Juden aufzunehmen und ihnen Häuser zu verkaufen.[100]

Auch damit wurde das Gesetz von 1650 (1729) durchbrochen. Daß hier ein deutliches Bewußtsein, eine Absicht der Regierung, des Kaisers, vorliegt, zeigt die Betrachtung des Aktenstückes. Graf Hatzfeld verwies in seinem Gutachten darauf, daß für die Obrigkeit eine Geldstrafe von 1000 Dukaten festgesetzt sei, wenn sie einen Juden aufnehme, „wo anno decretorio kein Jude ansässig gewesen sey“. Demgemäß lautete der Entwurf für die kaiserliche Entschließung („nach Graf Hatzfeld“) dahin, daß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

der Ankauf des Hauses nur für den Fall zu gestatten sei, wenn in dem anno decretorio ein Jude in gedachter Stadt seßhaft war. Diese Worte sind durchgestrichen und statt ihrer steht links „mit dem weiteren beysatz, daß dem dominio vorbehalten bleibe, ob selbes ihm auch den erkauf eines Haußes gestatten, sofort für einen Schutzjuden annehmen wolle".

Ja es wurde den Juden sogar die „Ansichbringung und Pachtung der Staatsgüter via licitationis" gestattet, also die Möglichkeit der Erwerbung wirklichen Grundbesitzes gewährt.[101]

Einzelheiten dieser Art – und sie ließen sich mehren – weisen unleugbar auf eine Besserung der Lage der Juden hin, auf eine Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Betätigung. Aber wie steht es mit der Rolle, die sie in der Gesamtwirtschaft des Landes spielen?

Der Eindruck, den der wiederholt genannte Meermann von der Lage der Juden erhält, ist der, daß man ihnen in Böhmen drückende Abgaben abpreßt. „Die Folge davon ist ihr Wucher – 20 Prozent bis 12 Prozent würden als gering erscheinen – der bewirkt hat, daß fast alles Geld des Königreiches zugleich mit dem ganzen Handel in die Hände der Unterdrückten gefallen ist. Ihr Reichtum beträgt 60 Millionen (?!), ist also größer als der der holländischen Juden (48 Millionen). (Die Judenschaft selbst bekennt 1789 ihr Vermögen mit 11,037.035 fl. ein.[102] Sie haben den Geldhandel monopolisiert. Die schlechte Wirtschaft des Adels hat trotz des guten Ertrages seiner Besitzungen zur Folge, daß man kaum noch unter demselben ein halbes Dutzend Familien findet, die von den überall sich eindringenden Juden ganz unabhängig geblieben sind; viele selbst von denjenigen Familien, die man noch zu den bemittelten zählt, seufzen unter diesem eisernen Joche.

Es ist anzunehmen, daß Meermann seine Angaben auf die Mitteilungen der adeligen Beamten stützte, mit denen ihm sein eigener Stand Beziehungen ermöglichte.

Auch andere zeitgenössische Darstellungen, wie die „Vollständige Beschreibung der königlichen Haupt- und Residenzstadt Prag usw." vom Jahre 1787 berichtet gleiches.[103] Ebenso sprechen die „Beobachtungen in und über Prag, von einem reisenden Ausländer"[104] – gleichfalls aus 1787 von dem Wucher der Juden. Der Verfasser findet (I, S. 103) eine der Ursachen seiner Fortdauer in dem zu niedrigen gesetzlichen Zinsfuß von 4 Prozent. Der christliche Kapitalist gebe also sein Geld zu 6 Prozent dem reichen Juden, der es dann unter allerhand Praktiken, bei denen er den Schein zu wahren suche, weiter verleihe.

Wie viel von alledem vielleicht übertrieben sei, läßt sich ohne eingehende Nachforschung nicht feststellen. Jedenfalls weisen aber alle diese Nachrichten auf die Fortdauer jener Übelstände hin, wie sie uns im Anfange der Regierung Josefs II. begegnet sind. Es ist eben unmöglich,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

durch ein Gesetz, wie es das Toleranzpatent ist, eine rasche Umwandlung der Personal- und Hypothekarkreditverhältnisse eines Landes herbeizuführen. Da ist der Gedanke einer Kreditorganisation, einer Leihbank, wie er auch in den „Beobachtungen" wiederkehrt, viel fruchtbarer. Es kann sich auch im Verlaufe weniger Jahre keine Umwandlung eingewurzelter Sinnesart, Jahrhunderte alter Lebensgewohnheiten, keine plötzliche Umschichtung von Berufsgruppen vollziehen.

In den Akten erscheint die Tatsache, daß in dieser Beziehung wenig Änderungen wahrnehmbar seien, als Klage über „die äußerst verdorbene Moralität der Juden". Sie ertönt aus Böhmen wie aus Galizien. In einem böhmischen Berichte (1786)[105] findet sich u. a. die Bemerkung, daß die Juden noch wenig Neigung zu Handwerk und Ackerbau zeigen."

Der Kaiser hatte gelegentlich der Klage des galizischen Guberniums entschieden:[106] „Wird die Kanzlei bey denen bereits getroffenen zweckmäßigen Vorbereitungsanstalten überhaupt den Länderbehörden und durch selbe denen Kreißämtern und Dominien nachdrücklichst einbinden, auch selbst die pflichtmäßige Sorge zu tragen, womit die tolerierte Judenschaft zu den für sie erweiterten Nahrungszweigen nach und nach wirklich angeleitet und besonders das Sittliche ihres Caracters mittels der Schuleinrichtungen verbessert werde."

Diesem unerschütterlichen Glauben an die Wirkung der Schule entsprang auch die Verordnung vom 15. April 1786, welche die für Galizien getroffene Anordnung, daß keinem Juden die Heiratsbewilligung erteilt werden solle, der sich nicht ausweisen könne, den vorgeschriebenen Normalunterricht erhalten zu haben, auf alle Erblande ausdehnte. Es war dies ein Wechsel auf die Zukunft. Ein an sämtliche Länderstellen gerichteter Erlaß vom 8. August d. J. mußte allerdings diese Vorschrift dahin erläutern, „daß sie sich nur auf diejenigen Juden erstrecke, welche das für den Normalunterricht, welcher bekanntermaßen vom sechsten bis zum vollendeten zwölften Jahre dauert, vorgeschriebene Alter, mithin das dreizehnte Jahr gegenwärtig nicht überschritten haben". Sonst wäre auf Jahre hinaus keine jüdische Ehe möglich gewesen.

Wohlwollende Beobachter wollen allerdings bemerken, daß sich günstige Wirkungen der Reformen schon zu zeigen anfangen, daß der regere Verkehr mit den Christen, die zunehmende Aufklärung die Neigung der Juden mindere, die Christen im Handel zu übervorteilen.[106]

Wie dem auch sei, das was man die böhmische Judenfrage, die Judenfrage überhaupt nennt, war auch sonst in wirtschaftlicher Hinsicht durch die Josefinische Gesetzgebung nicht gelöst, konnte nicht gelöst sein. Das zeigen u. a. auch die zahlreichen Beschwerden der verschiedenen christlichen Zünfte, der Kaufleute usw. Aber ein großer Schritt nach vorwärts war doch getan.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

II. MÄHREN

A. Lage der Juden

1. Rechtliche und soziale Verhältnisse

Die Erledigung der Judenfrage für Mähren nahm längere Zeit in Anspruch als die für Böhmen, ohne daß ich nach dem mir zugänglichen Aktenmaterial die Ursachen deutlich zu erkennen vermöchte.[108] Sie stimmte im wesentlichen mit dieser überein, nicht nur, weil ja das Handbillet vom 18. Mai die gemeinsame Grundlage bildete, sondern weil auch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Judenschaft beider Länder vielfache Übereinstimmungen aufwiesen, wenn sie auch im einzelnen von einander abwichen, weil die gleichen Persönlichkeiten den entscheidenden Einfluß übten.

Die Rechtsgrundlage für die bisherige Gestaltung ihrer bürgerlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse[109] bildeten hier wie in Böhmen die landesherrlichen Privilegien, so insbesondere das Ferdinands II. vom 15. Oktober 1629, Ferdinands III. vom 17. März 1657, Leopolds I. vom 16. Jänner 1659, ferner die Bestätigung ihrer Privilegien durch Karl VI. vom 13. Mai 1728; dann aber die Maßnahme vom 15. September 1726, die das Familiensystem in Mähren einführte, sowie die in ihrem Gefolge durchgeführte Konskriptions- und Siedelungsordnung, endlich die Handwerksordnung für die jüdischen Professionisten vom Februar 1753 sowie die General-Polizei-Prozeß- und Kommerzialordnung vom Jahre 1754[110] nebst verschiedenen Einzelverordnungen. Sehr wichtig waren natürlich für jede Gemeinde hier wie in Böhmen die Bedingungen, unter denen die Grundherrschaft sie unter ihren Schutz genommen, die Rechte, die sie ihr gewährte, die Leistungen, die sie forderte.

Wie in Böhmen war auch in Mähren die Zahl der jüdischen Familien beschränkt u. zw. auf 5106. Die Juden baten schon 1781 um eine Änderung dieser Bestimmungen,[111] aber erst 1787 wurde die Familienzahl auf 5400 erhöht. – Wie in Böhmen hatten die Juden auch in Mähren wirklichen Immobiliarbesitz: die Häuser in ihren Judengassen, deren Zahl ebenso festgelegt war wie die der Familien, ihre Synagogen und in diesen die Schulsessel.[112]

Wie die böhmischen hatten auch die mährischen Juden eine feste Organisation, ja sie war in Mähren noch besser durchgebildet. Sie lebten in wohlgeordneten, landesherrlich anerkannten Gemeinden, mit denen der einzelne fest verbunden war, so daß z. B. in Wien tolerierte mährische Familien ihre Familienstelle nicht hintangeben durften, im Steuerverbande blieben und ihren Teil zahlen mußten. Sie hatten nicht nur ihre eigenen gewählten Gemeindevorstände, sondern besaßen auch eine Art

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gesamtvertretung. Jeder der drei Kreise, in die die Judenschaft geteilt war, wählte zwei Landesälteste. Diese hatten im Vereine mit achtzehn anderen gewählten Deputierten das Recht, den Landesrabbiner zu wählen, d. h. der Regierung einen Dreiervorschlag zu machen, auf Grund dessen diese dann die ihr genehme Persönlichkeit ernannte. Der Sitz des Landesrabbiners war nach altem Herkommen Nikolsburg. Die mährischen Gemeinden hatten ebenso wie Prag, Kolin, Jungbunzlau, eine gewisse Gerichtshoheit in Zivilsachen. Streitigkeiten der Juden untereinander entschieden in erster Instanz die Rabbinalgerichte. Der Christ, der gegen einen Juden prozessierte, konnte den Gerichtsstand wählen – Rabbinalgericht oder Ortsobrigkeit.

Auch ihr Schulwesen war, wenigstens einigermaßen, gesetzlich geordnet, u. zw. durch die General-Polizei-Prozeß- und Kommerzialordnungen vom Jahre 1754,[113] Artikel I. Selbst die kleineren Örter waren schuldig (§ 5), wenigstens einen Schulmeister auszuhalten, welcher die Jugend in Lesen, Schreiben „und was hauptsächlich Gott und das Gesetz Moysis seye" unterweise, wobei die Vermöglicheren verpflichtet waren, einen angemessenen Beitrag zu leisten, auch wenn sie keine Kinder hatten, die die Schule besuchten. Für die Armen und Krankenpflege waren feste Bestimmungen getroffen. Die jüdischen Ärzte waren verpflichtet, die armen Kranken umsonst zu behandeln, die anderen nicht zu überspannen.

Die verheirateten Frauen trugen den Schleier, die Männer Krösen; doch kam diese Tracht mehr und mehr ab, – gekennzeichnet waren die Juden durch die Barttracht.[114] Rasieren durften sie sich aus religiösen Gründen nicht; die Ledigen schnitten den Bart mit der Schere möglichst kurz, die Verheirateten trugen ihn lang.

In den königlichen Städten war ihnen der dauernde Aufenthalt verboten; sie besaßen kein Wohnrecht. 1454 waren sie aus Brünn, Znaim, Olmütz, Neustadt vertrieben worden, aus Iglau sogar schon 1426 – Ungarisch Hradisch mußten sie 1514, Neutitschein und Stramberg 1562 räumen. Doch gewährte ihnen das Privileg Ferdinands I. den Zutritt zu den Märkten, allerdings nur gegen Bezahlung einer Leibmaut.[115]

2. Wirtschaftliche Verhältnisse

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der mährischen Judenschaft ähnelten, wie erwähnt, in vieler Hinsicht denen der böhmischen, wie ja auch ihre Privilegien der Zeit und den Verleihern nach gleichen Ursprungs und demnach auch gleichen Geistes sind. Den mährischen Juden waren durch den Privilegienbrief Ferdinands III. alle Handwerke gestattet, „jedoch das ihnen mit Armaturen oder Kriegszeug und Waffen zu handlen noch zu lernen verstattet werde" – selbstverständlich möchte man fast sagen, nur

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

„unter Ihnen und zu Ihrem Nutzen". Diese Erlaubnis wurde auch durch das Privileg Karls VI. vom 13. Mai 1723 bestätigt.[116]

Die von Maria Theresia erlassene „Handwerksordnung für die jüdischen Professionisten und Handelsleute in Mähren" schuf den jüdischen Meister, der, ohne einer christlichen Zunft einverleibt zu sein, jüdische Lehrlinge und Gesellen halten durfte. Artikel 15 der jüdischen Kommerzialordnung von 1754 untersagte ihnen ausdrücklich die Aufnahme christlicher Gesellen, da sie eigentlich doch nur befugt seien, das Gewerbe auf freie Hand zu betreiben. Die Beschwerden der städtischen Zünfte bezeugen, daß die Juden die verschiedensten Handwerke betrieben. Am wichtigsten war für sie wie in Böhmen wohl das Schneidergewerbe,[117] das auch hier mit dem Altkleiderhandel in enger Verbindung stand, indem die alten Kleider hergerichtet, gebrauchs- und verkaufsfähig gemacht wurden. Aber auch neue Kleider, insbesondere Hosen wurden für den Verkauf auf den Märkten erzeugt, ebenso Kappen. Denn solche Marktwarenerzeugung war auch hier gestattet, während der jüdische Meister für den Christen sonst nur dann arbeiten durfte, wenn kein christlicher Meister seines Gewerbes im Orte war.

Die Handelsrechte der jüdischen Kaufleute waren sehr weitgehend, ihre Verkaufsbefugnis nicht nur auf den Jahr-, sondern auch auf den Wochenmärkten war gesichert, ungeachtet der Bemühungen namentlich der königlichen Städte, den Judenhandel zu beschränken. Die Bedeutung der Juden für den Marktverkehr erhellt u. a. daraus, daß ihnen befohlen wurde, alljährlich ein Verzeichnis der jüdischen Feiertage einzubringen, damit bei der Festsetzung der Jahrmarktstage darauf Rücksicht genommen werden könne.

Den böhmischen und mährischen Handelsleuten war auch der Besuch auswärtiger Jahrmärkte gestattet, so des Linzer, Grazer, Laibacher Marktes. Dazu kommen noch die Handelsleistungen der großen Unternehmer, wie Militärlieferungen und Pachtungen, z. B. das Tabaksgefäll, während die Pachtung der Mauten und Zölle ihnen durch einen Landtagsbeschluß von 1650 untersagt war. Die Leibmaut war allerdings an einen Juden (Dobruska) verpachtet. Diese großen Geschäfte boten ebenso wie das Geldgeschäft den Bacharacher, Dobruska u. dgl. Gelegenheit zur Bereicherung.

Wie in Böhmen war ihnen auch in Mähren[117] die Pachtung von Pottasch- und Lederhäusern gestattet. Für die große Masse war der Hausierhandel lebenswichtig, der bald verboten, bald wieder erlaubt wurde: 1726 von Karl VI. gestattet, 1747 von Maria Theresia verboten, 1765 von ihr wieder erlaubt.

Dies sind, in aller Kürze gezeichnet, die Verhältnisse, die für die Würdigung des Verhaltens der mährischen und namentlich der Zentralbehörden in der Behandlung des kaiserlichen Handbillets in Betracht kommen, das den Ausgangspunkt für diese Betrachtungen bildet.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

B. Das Toleranzpatent

1. Das Gutachten des Guberniums und seine Entstehung

a. Die Gutachten der Kreishauptleute und der städtischen Magistrate

Das mährische Gubernium, an dessen Spitze Christoph Graf von Blümegen stand, ging mit ebensoviel Eifer als Sorgfalt an die Arbeit[118]. Noch im Mai wurde das kaiserliche Dekret sämtlichen Bezirkshauptleuten und den Magistraten der königlichen Städte zur Begutachtung übersendet. Die Gutachten liefen bis Mitte Juni in Brünn ein – auch eines der Commissio deputatorum marchionatus Moraviae vom 16. Juni liegt vor – und wurden von der Gremialkommission zu einem Schlußbericht ausgearbeitet, der am 1. August vollendet, von der Landesstelle genehmigt, am 9. August nach Wien abging, nachdem er am 8. *von der Hofkanzlei urgiert worden* war.

Die von der Landesregierung eingeforderten Antworten sind bei Müller ihrem Hauptinhalte nach angegeben.

Der Bezirkshauptmann von Znaim, Baron Franz Kaltschmied von Eisenberg, lehnte die Beantwortung ab: er sei im Begriffe, nach Karlsbad zu reisen, um sich einer Kur zu unterziehen, und könne sich nicht so rasch informieren. Die Gutachten der übrigen Bezirkshauptleute sind zum Teil sehr zurückhaltend, von starkem Mißtrauen gegen die Juden erfüllt, andere jedoch stimmen den Absichten des Kaisers unbedingt zu und bringen praktische Vorschläge zur Durchführung der Reform.

Am ablehnendsten verhält sich der Olmützer, Max Freiherr von Rolsberg. Wenn die Juden deutsch lernen und sich aller Betrügereien enthalten wollten, könne man versuchen, sie emporzubringen; aber man müsse sehen, ob nicht die Christen darunter litten. Man müsse die Juden scharf beaufsichtigen, damit nicht der Kredit der Christen unter der jüdischen Bevorteilung vernichtet werde. Unter Hinweis auf die Verbote der Generalien (1754), die solche jüdische Ausübungen, die S. Maj. nunmehr gestatten wolle, nicht erlaubten, verlangt er, daß man erst untersuche, ob die Christen hiebei nicht zu Grunde gingen.

Der Kreishauptmann von Iglau lenkt die Aufmerksamkeit auf die praktischen Schwierigkeiten in der Handwerkerfrage, die sich aus der Verbindung des Meisterrechtes mit dem Bürgerrechte ergäben, das man den Juden nie bewilligen werde, so lange nicht ein direkter Befehl des Kaisers vorliege. Diese allerweiseste Vorsicht Ihro Majestät ließe sich ganz vollkommen einführen. „Doch aber nicht ohne Mühe, Zwang, einer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

beständigen Aufsicht und unabläßlichen Eifer der Magistrate und obrigkeitlichen Vorsteher, welche hiezu das Meiste beitragen müßten."

Die Kreishauptleute von Brünn (Friedrich Graf von Zollern), von Prerau (Z. v. Brachtl) und von Ungarisch-Hradisch (Achaz Freiherr von Rebentisch) stellen sich völlig auf den Boden der Josefinischen Ideen. Brachtl erklärt sich mit dem Dekret einverstanden und hält es für durchführbar, ebenso Rebentisch, der Vorschläge für die Gestaltung des Sprachunterrichtes bringt. Er betont, daß nichts in dem Dekrete sei, was der mährischen Landesverfassung widerspreche; an dem Trachtenunterschiede könne dem Lande nichts gelegen sein. Graf Zollern geht genau auf die einzelnen Punkte ein. In der Sprachenfrage verlangt er die Übersetzung auch aller anhängigen Verhandlungen binnen zwei bis drei Jahren. Doch müßten beider Sprachen, der hebräischen und der deutschen, Kundige hiezu angestellt und honoriert werden. Der Unterricht jüdischer Kinder in den deutschen Schulen kann anstandslos gestattet werden, doch müssen im Anfange des Deutschen kundige Juden aushelfen. Den Juden, die sich zum Ackerbau entschließen, muß man im Anfange christliche Knechte gestatten, doch dürften diese nicht in den Judenhäusern schlafen. Jüdischen Lehrjungen bei christlichen Meistern müßte man eine längere Lehrzeit vorschreiben, weil die Meister von ihnen nicht so viel Nutzen hätten wie von den christlichen Lehrlingen, und Studenten in den Städten sind von den Judenmauten zu befreien. Der Abschaffung der noch vorhandenen Reste des Trachtenunterschiedes stimmt er rückhaltslos zu.

Die Städte, die stärksten Widersacher der Juden, stehen den Reformgedanken begreiflicherweise nicht allzu freundlich gegenüber; zu groß ist dazu ihre Furcht vor dem jüdischen Wettbewerbe, wenn auch manche Bestimmungen des Hofdekretes ihren Beifall finden. Im allgemeinen werden Schwierigkeiten gesucht und gefunden. Die Magistrate, die die Gutachten abfassen und unterzeichnen, geben sicher die Gesinnung und die Stimmung der Bürgerschaft wieder. Einer, der von Iglau, hatte sogar gleich nach Empfang des Hofdekretes eine Versammlung der ganzen Bürgerschaft berufen und ihr den genauen Wortlaut mitgeteilt. Die Folge war eine ungeheure Aufregung – und auf die Meldung des Bezirkshauptmannes hin – eine scharfe Rüge für den Magistrat, denn das Gubernium habe nur ein Gutachten und keine Publikation verlangt.

Am schärfsten spricht sich wohl der Magistrat von Brünn aus, der befürchtet, daß die Verordnung zum Verderben des Publikums und zum unheilbaren Nachteil der alleinseligmachenden katholischen Religion gereichen dürfte. Das Gutachten von Ungarisch-Hradisch dagegen nennt das kaiserliche Dekret einen nicht unwillkommenen Anfang, „umsomehr, als bisher dieses unarbeitsame Volk durch den alleinigen Wucher denen arbeitsamen Christen fast alle Fruchten ihrer schweren Arbeit vor der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Reife entzogen und somit dem Staate schädlich gewesen und zu einer solchen Menge angewachsen ist, daß, sofern denen Heirathen und Besitznehmungen zeitliche Schranken nicht wären gesetzt worden, ein solches die Zahl der Christen, wenn nicht überstiegen, wenigstens adaequirt haben würde", eine Verwahrung im voraus gegen eine, übrigens gar nicht vorhandene Absicht, das Familiensystem etwa aufzuheben. Für Iglau ist es wahrscheinlich, daß die Juden selbst die ihnen gewährten Vorteile verkennen und die meisten der ihnen gebotenen Nahrungswege unbenützt lassen werden. Jedenfalls müßten sie durch ihre Rabbiner und Gemeindevorstände darüber aufgeklärt werden. Vor allem aber müßte der christlichen und jüdischen Jugend der Grundsatz der allgemeinen Menschenliebe besonders eingeschärft werden, um alle Religionsgehässigkeiten soviel als möglich zu beseitigen.

Die Einführung der deutschen Sprache findet noch am meisten Zustimmung. Es wäre zu wünschen, meint Brünn, daß die in natürlichem Abgeschmack erzogene Nation ihre Muttersprache recht bald vergesse und dadurch in ein dem Staate nützliches Glied verwandelt werde. Auch erwartet man von den sprachlichen Bestimmungen einen wirklichen Erfolg, weil die Nullitätserklärung die Juden zur Erlernung der deutschen Sprache veranlassen werde. Ebenso begrüßen Ungarisch-Hradisch und Neustadt das Sprachengesetz.

Hinsichtlich des Unterrichtes der Juden im Gewerbe und ihres Studiums werden Schwierigkeiten erhoben. Man fürchtet sich vor dem näheren Verkehr, vor dem engeren Beisammensein mit den Juden. Brünn hält die Heranziehung der jüdischen Jugend zu Studium und Handwerk für undurchführbar, weil Juden und Christen nicht zusammen wohnen dürfen. Speziell in Brünn durfte sich auf Grund alter, erst 1745 erneuerter Privilegien kein Jude über Nacht aufhalten. Der große Unternehmer Dobruska bedurfte einer besonderen landesherrlichen Bewilligung, die ihm mit Rücksicht auf seine Geschäfte erteilt wurde, sich in der Landeshauptstadt eine Wohnung zu nehmen. Keinem christlichen Bewohner oder Hauswirte könne man die Aufnahme eines studierenden Juden zumuten, von dem Verkehr der jüdischen mit der katholischen Jugend drohten die größten Gefahren für die katholische Religion. – Auch der Magistrat von Mährisch-Neustadt ist gegen die Zulassung der Juden zu höheren Studien. Er will auch, daß der Unterricht in der deutschen Sprache nach dem Normallehrplan den Juden gesondert erteilt werde. Der Eröffnung neuer Nahrungswege stellte sich das Brünner Gutachten in gleicher Weise am gehässigsten entgegen. Unmöglich erscheint es, „die Juden von dem ihnen so eigenen Wucher und betrügerischen Handel" durch anderweitige Beschäftigung abzubringen. „Das jüdische, in Bosheit tief eingesunkene Gemüt ist immer auf allerhand strafmäßigen Betrug

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bedacht" usw. So erklärt der Magistrat die für ihn ja eigentlich kaum in Betracht kommende Heranziehung der Juden zum Ackerbau mit eigenen Händen für unmöglich. Der Jud hat schon von jener Zeit, da er aus der ägyptischen Gefangenschaft gekommen, Abscheu vor knechtischer Arbeit und ist nur zu Betrügereien aufgeweckt. Er müßte seine ganze Natur verändern ast naturam expellas furca tamen usque redibit und Jud bleibt immer Jud!

Aus dem gleichen Vorurteile wendet sich Mährisch-Neustadt besonders gegen die Zulassung der Juden zum Fuhrmannsgeschäft, weil „das ihnen anvertraute Gut wegen ihrer bekannten Betrügereien" vieler Gefahr ausgesetzt wäre.

Sehr stark tritt die Furcht vor dem jüdischen Wettbewerb im Handwerk zutage. Überall werden Schwierigkeiten gesehen. Am heftigsten wehrt sich wieder Brünn. Gewerbe zu treiben, könne den Juden nur für Juden gestattet werden. In Brünn sei durch die bestehenden Handwerksordnungen – die katholische Religion ist Voraussetzung für die Zulassung zum Meisterrecht – unbedingt ausgeschlossen, daß ein Jude zunftmäßig Meister werde. Sie aber auf Grund der Hoffreiheit Meister werden zu lassen, würde zur Bedrückung und zum Verderben der christlichen Bürgerschaft sein. Daß aber auch das Publikum Schaden leiden würde, „ist so gewiß, als aller Welt bekannt, daß das betrügerische Judenvolk ihre Handarbeiten und fabricata auf verschiedene Art zu verfälschen und mit Anbringung ihrer Waren jedermann zu hintergehen trachtet".

Interessant ist der Iglauer Bericht, der betont, daß die Juden bisher nur Schneider, Schuster, Seifensieder, Rohgerber, Goldschmiede, Glaser, Fleischer und Bäcker seien. Die übrigen Gewerbe müßten bei Christen gelernt werden. Da wird nun auf die Schwierigkeiten verwiesen, die sich aus Sabbathgebot und Speisegesetzen (koschere Kost!) ergeben. Wie auch Znaim weist Iglau darauf hin, daß es für die Juden unmöglich sei, den Bürgereid zu leisten, wehrt sich wie Mährisch-Neustadt gegen deren Freizügigkeit. Deutlich hebt Ungarisch-Hradisch, das die Punkte des kaiserlichen Erlasses für durchführbar erklärt, die Furcht vor dem Wettbewerb hervor. „Handwerk und freie Künste sollen sie nur da ausüben, wo sie nicht in Konkurrenz mit christlichen Handwerkern oder Künstlern kommen", „denn die k. k. Staaten sind dermalen von Christen schon so bevölkert, daß diese kaum ihre Nahrung finden". Auch Znaim fürchtet den jüdischen Wettbewerb.

„An Kleidung und Tracht", sagt Brünn, „besonders denen außerordentlichen Zeichen der anhangenden zehn Gebote" habe man bisher immer gut den Juden zu erkennen und sich vor den Gezeichneten zu hüten vermocht. Kurz, die ruhige Ausübung des Christentums, die Notwendigkeit, das Vermischungslaster zu verhüten, und die Aufrecht-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

erhaltung des Bürgerstandes gestatten nicht, daß man den Juden irgend welche Privilegien bewillige.

Auch Olmütz, das sonst alles der Regierung überläßt, möchte doch den Unterschied der Tracht gewahrt wissen, um der fleischlichen Vermischung vorzubeugen.

Iglau, das ja auch sonst reformfreundlicher ist, hält dafür, daß das Barttragen der Juden – der auffälligste Unterschied, durch allerhöchste Einleitung aufzuheben sei. „Da das Barttragen weder im Alten Testament begründet ist, sondern bloß ein Zusatz der Rabbiner ist," so müßten diese beredet werden, das Barttragen wieder aufzuheben.

Von besonderen Bemerkungen sei noch die Forderung Ungarisch-Hradischs erwähnt: es fordert die Aufhebung der jüdischen Gerichtsbarkeit, da die Juden auch sich selbst gegenseitig betrügen, wo sie nur können. Der Schluß des Iglauer Gutachtens legt die Hand auf eine wunde Stelle: „Ob die Juden nicht durch die größeren Steuerabgaben bis anhero auf unzulässige und unanständige Hilfsmittel geraten sind, und in Zukunft von vielen guten Unternehmungen werden zurückgehalten werden, das überlassen wir der hohen und höchsten Einsicht zu entscheiden." Diese Warnung war aber nach dem ganzen Charakter der Finanzverwaltung des Josefinismus vollkommen vergeblich.

Das Gutachten der Commissio deputatorum beschäftigt sich nur mit der Ackerbaufrage, weil nur diese mit dem Landesausschusse im Zusammenhang stehe. Als Pächter von Grund und Boden könne man die Juden ohne weiteres zulassen; nur habe die Bestimmung aufrecht zu bleiben, daß der Besitzer (Eigentümer) von Grundstücken der katholischen Religion angehören müsse.

b. Der Bericht der Landesstelle

Auf Grund der erstatteten Gutachten ließ die Landesstelle durch die Gremialkommission jenen Schlußbericht ausarbeiten, der am 9. August nach Wien gesendet wurde.

In diesem Gutachten erkennt man deutlich einerseits den Einfluß des Großgrundbesitzes, andererseits das Vorwalten zünftlerischer Gedanken.

Nach Wiederholung der einzelnen Punkte des Hofdekretes gibt der Verfasser[11] eine allgemeine Charakteristik des jüdischen Volkes und der jüdischen Lehre. Es wird die immer wiederholte Behauptung aufgestellt, Erziehung, Aberglaube und Schwärmerei der Juden hätten zur Folge, daß sie allen Besitz der Christen als ihr Eigentum betrachten und ihnen daher der Betrug an diesen nicht nur erlaubt, sondern sogar ein verdienstliches Werk sei. Der Geist des Hasses und Neides ist eingewurzelt, der Stolz, daß die Juden eigentlich Herren seien und die Christen Mietlinge, Knechte, war die Ursache" für so viele in den ersten Jahrhunderten entstandenen Empörungen, Morde und Totschläge, Raubereien, Aufstände, die von Seiten der Juden gegen die Christen sich ereignet hätten!

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Daraus folgt, daß es nützlich sei, an Stelle des hebräisch-deutschen Jargons, dessen sich die Juden in der Absicht bedienen, um die Christen besser betrügen zu können (!), die Landessprachen zu setzen. Zur Durchführung sind drei Jahre erforderlich. In den größeren Gemeinden sind Schulen zu errichten, an denen zunächst christliche Lehrer unterrichten; doch sollen sich jüdische Schulaufseher überzeugen dürfen, daß keine Religion gelehrt werde. Unterrichtsgegenstände sollten Lesen, Schreiben, Rechnen sein. In kleinen Gemeinden seien die Judenkinder in die Trivialschulen der Christen aufzunehmen.

Die Zulassung zu den höheren Studien macht Schwierigkeiten mit Rücksicht auf den Aufenthalt der jüdischen jungen Leute in Christenhäusern und infolge der Aufenthaltsverbote für Juden.

Gegen die Pachtung von Grund und Boden und gegen die Frächtertätigkeit wird kein Einwand erhoben. In Bezug auf den Gewerbebetrieb seien zwei Drittel der Juden bloße Handelsleute und Pächter, das letzte Drittel zum Teil Hausierer, sogenannte Pinkler, und ihre Handlanger.[120] Sie durchzögen die Ortschaften aber nicht so sehr um des Verkaufes ihrer Waren willen als wegen des Eintausches von Gold, Silber, Zinn, Messing, Kupfer, Eisen, Flachs, Hanf, Getreide, Häuten, Fellen, alten Kleidern u. dgl. Diese verkauften sie entweder mit Vorteil an die Christen oder mit mäßigem Gewinn an die jüdischen Großhändler; zum Teil seien sie Professionisten. Von den Kommerzialprofessionen haben sie sich das Gold- und Silberarbeiten, das Rohgerben und Ledern, dann das Kürschnerhandwerk, aus denen politischen (Polizeigewerben) aber das Fleischhacker-, Glaser-, Schneider-, Schuhmacher- und Seifensiedergewerbe, mithin die besten und vorteilhaftesten zu eigen gemacht. Die Weiber treiben auch Handel mit gangbaren Waren und dabei das Spitzenklöppeln und Strümpfestricken. „So haben die Juden mit dem Handwerksbetrieb ihre Nahrung so sehr vermehrt und ausgebreitet, daß zumal sie teils durch das Hausieren auf dem Land teils aber durch Treibung drei und viererlei Gewerbe die stärksten Nahrungszuflüsse an sich gezogen haben."

Unter solchen Umständen hält die Landesstelle dafür, daß die Meinung des Kaisers „nur dahin gerichtet sei, daß die Juden zu denen Handwerken und Gewerben nur bei der Judenschaft, nicht aber auch bei anderen christlichen Gemeinden, am allerwenigsten aber in den königlichen Städten, wo sie niemals geduldet worden, nach erforderlich erwiesener Fähigkeit mithin praestitis praestandis zu Meistern zugelassen werden sollen. Zum Bürgereide in den Städten würden sie niemals zugelassen und als Hofbefreite würden sie nur zum Ruin des Gewerbes in den Städten beitragen, weil sie die Waren verfälschten und jedermann mit deren Anbringung zu hintergehen suchten."

Der Gubernialbericht gibt damit genau die Gesinnung als städtischen zünftigen Handwerks wieder, wiederholt ohne Beweis die Anklagen, denen wir in Klinglers Büchlein „Über die Unnütz- und Schädlichkeit der Juden" begegnen, jene Anklagen, hinter denen sich die Furcht vor dem jüdischen Wettbewerbe birgt.

Wolle man die Leibmaut abschaffen, so müsse man für die Entschädigung der jüdischen Pächter sorgen.

In der Tracht bestehe kein Unterschied mehr, nur daß die verheirateten Juden ihrem Gesetz gemäß Bärte trügen. Die Weiber und Töchter der reichen Juden gingen gleich dem Adelstand einher.

Mit der Bitte, der Kaiser möge auch auf den christlichen Gewerbestand Rücksicht nehmen, wenn es sich darum handle, die Juden emporzubringen, schließt das Schriftstück.[121])

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

2. *Die Wiener Beratungen*

a. Hofkanzlei und Staatsrat

Dieses Gutachten wurde Gegenstand eines Vortrages der b.-ö. Hofkanzlei vom 8. September 1781 „die äußerung des mährischen Gubernii über die Bildung der dasigen Judenschaft und Vermehrung ihrer Gewerbe etc.[121]

Das Gubernium erachtet ad Art. B: Es wäre allerdings rathsam außer dem in hebräischer Sprache abhaltenden Gottesdienste ihnen nach Verlauf dreier Jahre den Gebrauch ihrer aus dem hebräischen und deutschen zusammengesetzten Sprache als des Deckmantels unzähliger Betrügereyen zu verbieten und die böhmische oder deutsche anzubefehlen.

Ad C: Wo nur Juden wohnten, könnten eigene Normalschulen errichtet, diese anfänglich in Ermanglung jüdischer Lehrer durch christliche versehen, von selben aber Religionsgegenstände nicht berührt werden dürfen; in jenen Orten aber, wo wenige Juden wären, deren Kinder in christlichen Schulen unterrichtet, selben gestattet werden, die Schule vor dem in die letzte Stunde zu verlegenden Religionsunterrichte zu verlassen.

Ad D wäre es gefährlich, die Judenkinder die Universitäten in anderen Städten als wo sie, wie zu Prag ohnehin vorhanden sind, besuchen zu lassen, da solches die Verführung christlicher Kinder und die übelsten Folgen nach sich ziehen dürfte. Dagegen scheine es ungemein nützlich, ihnen das Lesen aller erlaubten Bücher zu gestatten.

In Rücksicht auf die Gewerbserweiterung erachtet das Gubernium ad a) die Vertheilung überflüssiger Grundstücke, wenn den Juden zugleich Vieh und eigene Chaluppen eingestanden würden, umso möglicher als die Herrschaften dadurch ihre Brandweinbrennereyen, Bräuereyen umso leichter an selbe verpachten könnten."

b, c und d scheine die Erweiterung ihrer Nahrung durch bürgerliche Professionen, insoweit sie sich nicht auf Arbeit für Juden und deren (sbstv. der erzeugten Waren!) Verkauf auf Märkten beschränken, sehr gefährlich, weil selbe ohnehin soviele Nahrungszweige an sich gezogen, daß die Christen darunter leiden.

Ad F. könnte ihnen die Errichtung der Fabriquen und die Treibung der sogenannten freien Gewerbe gegen Hindanhaltung alles Betruges gestattet werden.

Ad G. bestehe endlich in Mähren außer den durch das Gesäz zu tragen anbefohlenen Bärten der verheirateten Männer kein erniedrigender Kleiderunterschied.

Die Kanzlei findet hiebei nichts zu erinnern, als daß nach D den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Juden allerdings nach der höchsten Resolution gestattet werden könnte, alle Universitäten zu besuchen, „da die Besorgnis des Gubernii in wohl zivilisirten Ländern nicht statthaben und die Beschränkung der Juden auf die einzige Universität zu Prag zu drückend seyn dörfte".

Die Kanzlei stellte sich also, von dem eben genannten Punkte abgesehen, auf den Standpunkt des mährischen Guberniums, wenn auch ihr dem Staatsrate vorgelegter Auszug verschiedene Schärfen und Härten des Ausdrucks des Gutachtens vermeidet.

Die Haltung des Staatsrats entsprach im großen und ganzen den Grundgedanken der beiden Stellen.

Baron Löhr (16. Sept.): Wegen deren Normalschulen und dem diesfälligen Unterricht wären in Mähren, wo soviele Judengemeinden sind, im Einverständnis der betreffenden Judenschaft solche Verfügungen zu machen, daß sie wohl unterrichtete eigene Lehrer erhalten und diese wenigstens anfänglich unter genauer Obsicht stehen. Mit dem Ackerbau wird es bei denen Juden noch lange nicht den erwünschten Erfolg haben. Unterdessen kann man es aber auf eine Probe ankommen lassen.

Auch Baron Gebler (17. Sept.) behandelt die Unterrichtsfrage am ausführlichsten. Er macht bestimmtere Vorschläge: „Soviel den Unterricht der Jugend betrifft wäre die Judenschaft anzuhalten, daß gleich einige geschickte Leute ihrer Nation auf gemeine Spesen anher nacher Wien abzuschicken, damit selbige bey der hiesigen Normalhauptschule zu Lehrern gebildet werden mögen. Ohne diesen Unterricht und Bildung wird der Endzweck nie zu erreichen seyn, und mit alle dem muß noch von Seite der Normalschuldirektion jeden Landes auf diese jüdische Schulen genaueste Obsicht getragen werden. Ich sehe aber doch kein unüberwindliches Hindernis weshalb nicht auch an jenen Orten, wo sich sobald keine eigene jüdische Normalschulen oder Schulmeister errichten und anstellen lassen, die Judenkinder nicht ebenfalls, mit einiger Separation die christliche Schule respectu des Sprach-, Schreib-, Rechen- und *moralischen* Unterrichts besuchen könnten. Die Sache muß nur von allen Behörden mit Ernst und Eifer angegriffen werden. In dem Vortrag über die n.-ö. Judenschaft fließt verschiedenes ein, besonders wegen der Lehrbücher, welches sich auch auf Mähren und andere Länder anwenden läßt.

In allem übrigen habe ich dem Einrathen des Gubernii und der Kanzley umso weniger etwas beyzusetzen, als ich ersehe, daß die Juden ohnedieß schon dermalen alle vortheilhafte Gewerbe in Mähren, selbst zum Schaden des dem Staat doch allezeit unendlich nützlicher und wichtiger bleibenden christlichen Unterthanen an sich gezogen haben."

Das Votum Kresels (vom gleichen Tage) weist zunächst eine wichtige Bemerkung allgemeiner Natur auf. Er möchte doch eine möglichste Einheitlichkeit der gesamten Judengesetzgebung. „Vor allem", schreibt er,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

scheint es mir wo nicht nothwendig doch nützlich, daß alle Berichte von gesamten Ländern abgewartet werden, sonach eine Hauptinstruction entworfen und den Länderstellen zugefertiget werde. Hat auch ein oder anderes Land was besonderes, so kann es leicht beygesetzet werden, in der Hauptsache aber wird gleichmäßig verfahren, um neuen Anständen vorzubeugen. Für das gegenwärtige aber bin ich mit dem 2ten Voto verstanden, daß man geschickte junge Leute, wo nicht nach Wien, wenigstens an jene Haupt-Normalschulen im Lande, wo die Lehrer unterrichtet werden, abschicken solle, welche nach überstandener Prüfung als Lehrer bei den Synagogen angestellt werden können. Jedoch müßte dieses Befehlsweise und in einer bestimmten Frist geschehen, damit der Unterricht nicht unnötig verschoben werde. Wo keine Synagogen sind, müßten die Kinder die Schulen des orths besuchen und sind die christlichen Lehrer zu unterrichten, sie mit sanftmuth und gelindigkeit selbst zu behandeln, und von christlichen Kindern ihnen kein leid widerfahren zu lassen, sie auch zu den Religionsunterricht nicht anzuhalten und ihnen nur jene Schulbücher in die Hand zu geben, in denen nichts von der Religion enthalten ist. Die Aufklärung ist der einzige erste Hauptweg, sie von ihren Vorurtheilen abzubringen, und der nähere Umgang mit Christen wird auch dazu beytragen, besonders in der Jugend, wo die Eindrücke am stärksten sind. In allem übrigen bin ich mit der Kanzley verstanden."

Am 18. September gibt Graf Hatzfeld sein Votum: „Mir scheint, daß eine dreijährige Frist, binnen welcher alle jüdischen instrumenten in der Landessprache verfertigt werden sollen, zu lang sey eine zeit von höchstens zwey Jahren ist dazu hinlänglich massen fast in allen gemeinden sogenannte Deutschschreiber seyend, welche solche auf deutsch aufzusetzen vermögen. Die Errichtung der Schulen ist nützlich, auch können die Juden verhalten werden von ihren glaubensgenossen geschickte leuthe in die normal- und hauptschulen abzusenden, damit sie zu schulmeistern vorbereitet werden mögen, nicht weniger finde kein anstand den Juden zu gestatten, auch bei christlichen schuhlen ihren Unterricht zu nehmen, sie aber dazu zu zwingen, wäre nicht räthlich, das ganze schulwesen würde ihnen verhaßt gemacht und gleich wäre ihnen zu gestatten auf allen Universitäten die höheren schuhlen zu frequentieren, nur daß der studierenden jugend nicht zu gestatten seye, daselbst außer den Studien eine besondere Nahrung zu treiben. In dem übrigen bin ich mit der Kanzley verstanden."

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Angelegenheit wurde der Akt auch Kaunitz vorgelegt. Er erklärt ganz kurz: Ich bin mit vorstehendem Voto des Grafen von Hatzfeld gänzlich verstanden. Kaunitz-Rietberg.

Die Gutachten der Staatsräte zeigen in gleicher Weise, daß ihnen das Bildungsgeschäft vor allem am Herzen liegt; sie alle dringen auf rasche

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und sachgemäße Lösung der Unterrichtsfragen, insbesondere auf die Heranbildung jüdischer Lehrer. Humane Gesinnung spricht aus dem, was sie über die Schonung des religiösen Empfindens der Juden zu sagen haben, wie sie das Verhalten von Lehrern und Schülern der christlichen Anstalten beeinflußt wissen wollen, die von jüdischen Kindern besucht werden. Von richtigem Verständnis des Seelenlebens zeugt Hatzfelds Warnung vor der Ausübung eines Zwanges hinsichtlich des Besuches christlicher Schulen durch Judenkinder. Auch was über den Universitätsbesuch gesagt wird, zeugt von weiterem Blick und freierer Gesinnung, ebenso die Bemerkung Kresels über den Verkehr von Juden und Christen, der gerade das für die Erreichung des gewünschten Zieles als förderlich erachtet, was die mährischen Kreise vermieden wissen wollen.

Dem gleichen Geiste entspringt auch die kaiserliche Entschließung. Sie lautet:

„Die angetragene Frist von drei Jahren, binnen welcher alle jüdische instrumente in der Landessprache verfaßt werden sollen, ist zu lang, mithin selbe auf zwei Jahre zu bestimmen. Die Errichtung der Schulen ist eingerathenermaßen einzuleiten und kann hiebey jenes, was diesfalls für N.-Österreich angeordnet, auch in Mähren angewendet werden. Es sind ferners die Juden zu verhalten, einige geschickte Leute von ihren Glaubensgenossen in die Normal- und Hauptschulen abzusenden, damit sie zu Lehrern und Schulmeistern gebildet werden mögen. Den Juden stehet zugleich allemal frey, ihre Kinder auch in die kristlichen Schulen zum unterricht zu schicken. Die Frequentierung der höheren Schulen auf allen Erbländischen Universitäten ist der jüdischen Jugend allerdings zu erlauben, dergestalt jedoch, daß ihnen verboten seyn solle ausser dem Studium eine besondere Nahrung zu treiben. In allem übrigen beangenehme ich das Einrathen der Kanzley. Hatzfeld."

Die Worte „dergestalt ... zu treiben" sind durchgestrichen; d. h. der Kaiser hat sie aus dem ihm vorgelegten Text der Resolution beseitigt, vermutlich, weil er die Sache für selbstverständlich hielt und das Verletzende in der ausdrücklichen Hervorhebung vermieden wissen wollte. Die Bemerkung Hatzfelds ist jedoch durchaus nicht so übervorsichtig, als es scheinen könnte. Hatten doch z. B. nach der Gründung der Prager Universität so manche Fremde, deutsche Kaufleute, sich als Hörer eintragen lassen, um unter dem Schutze der Universitätsprivilegien ihre Geschäfte zu betreiben.[122] Und es braucht nicht erst ausführlich erörtert zu werden, welcher Sturm sich erhoben hätte, wenn die jüdischen Studenten die Erlaubnis zum Aufenthalte in den ihnen sonst verschlossenen Städten zu geschäftlichen Zwecken mißbrauchten, wie schwer dadurch das ganze Bildungswerk gefährdet werden konnte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

b. Der kaiserliche Erlaß

an das mährische Gubernium

Diese kaiserliche Entschließung [124] wurde dem mährischen Gubernium in einem Erlasse vom 4. Oktober mitgeteilt, der die Unterschrift des Vorstandes der B.-ö. Hofkanzlei, des Hofkanzlers Graf Heinrich Blümegen[125] trägt. Beigegeben wurde die Abschrift eines Aktenstückes vom 8. Oktober, das wohl als die auf Grundlage der kaiserlichen Resolution vom 1. Oktober abgefaßte Weisung an die n.-ö. Regierung anzusehen ist.[126]

Der Erlaß bringt in fünf Hauptpunkten:

Erstens: die Bestimmungen über den Gebrauch der deutschen und böhmischen Sprache, wobei die Frist auf zwei Jahre festgelegt wird. Zweitens werden die Vorschläge betreffs der Schulen genehmigt. Das Gubernium wird aufgefordert, ihnen Juden diese allerhöchste Gesinnung auf eine geschickte Art dergestalt bekannt zu machen, daß ihnen diese Anordnung unter Vorstellung ihres eigenen sowohl als ihrer Kinder Nutzen angenehm gemacht werde. Zugleich wird auf die Mitteilung der Anordnungen für Niederösterreich verwiesen, der Befehl betreffs der Heranbildung jüdischer Lehrer gegeben und den Juden der Besuch christlicher Schulen gestattet.

Der dritte Punkt begründet die kaiserliche Entschließung betreffs der Zulassung der Juden zum Studium an allen erbländischen Universitäten im Sinne der staatsrätlichen Gutachten und widerlegt die Besorgnisse des Guberniums. Der Aufenthalt in den Städten sei den Juden wegen des den christlichen Einwohnern durch sie drohenden Nachteils in ihrer Nahrung und Handlung verboten. Der sei aber von der studierenden Jugend nicht zu erwarten. Eine Gefährdung der Religion und Sittlichkeit der christlichen Jugend durch die geringe Zahl studierender Juden sei nicht zu befürchten; es hieße das eine sehr schlechte Erziehung und Gesinnung jener voraussetzen; es sei im Gegenteil ein wohltätiger Einfluß auf die Juden zu erwarten.

Viertens werden die Vorschläge des Guberniums betreffs des Ackerbaues der Juden genehmigt; auch könne denselben durch die ersteren Jahre zu ihrem Unterrichte christliche Knechte „unter denen von Ihme Gubernio vorgeschlagenen Modalitäten zu halten allwegs gestattet werden".

Unter diesen Modalitäten ist wohl die in den Beratungen über das böhmische Gesetz angezogene und verwertete Bestimmung gemeint,[127] daß die Dienstboten in Christenhäusern übernachten mußten. Fünftens lasse man es bei dem bewenden, was das Gubernium betreffs der Gewerbe und Handwerke bei den Juden angeführt hat, da die Absicht ist, die Juden hierin lediglich nach der Landesverfassung zu beschränken.

Die Mitteilung, daß es in Mähren von den demütigenden Unterschieden der Tracht bereits abgekommen sei, wird zur Kenntnis genommen.

Den Beschluß bildet die Aufforderung, das Nötige einzuleiten, die Verfügungen ergehen zu lassen und über den Erfolg alljährlich zu berichten.

Aus den beiliegenden Weisungen an die n. ö. Regierung sind für Mähren folgende Einzelheiten wichtig:[128] Die Bestimmung, welche bei Fabrikserrichtung und Einführung nützlicher Gewerbe die Ansiedlung auch auf dem Lande gestattet. Zweitens, daß der jüdischen Normalschule kein besonderer Direktor vorzustellen sei, sondern daß sie der allgemeinen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Schulaufsicht unterstehe. Hinsichtlich der Schulbücher werden die gleichen Verfügungen getroffen, wie wir sie für Böhmen bereits kennen gelernt haben, ebenso betreffs der Prüfungen. Den Juden wird erlaubt, ihre Kinder auch in die christlichen Normal- und Realschulen zu schicken. Hinsichtlich der Bücher sind die Juden wie alle anderen Untertanen zu behandeln. Eine eigene Druckerei (für hebräische Bücher) ist unnötig, die in Prag genügt. Eingeführte fremde Bücher sind der Zensur zu unterwerfen. Bei der Erlernung der Handwerke und Künste soll kein Zwang geübt, alles der natürlichen Entwicklung überlassen werden. Den Juden wird erlaubt, die Handwerke bei christlichen Meistern zu lernen. Sie dürfen sie aber nur nach den bürgerlichen Gebräuchen ausüben. Der Großhandel wird ihnen gestattet. Die bisher gültige Bestimmung, daß die Juden nur in eigenen Judenhäusern (nicht mit Christen zusammen) wohnen dürfen, ist beseitigt. Ebenso entfallen alle Unterscheidungszeichen, Bärte u. dgl. sowie das Verbot, an Sonn- und Feiertagen vor zwölf Uhr auszugehen. Den Honoratioren wird das Tragen des Degens erlaubt; der Besuch öffentlicher Belustigungen wird allgemein gestattet.

c. Der Schriftenwechsel. Beratungen über die Leibmaut. Einzelanordnungen

Nach dem Wortlaute des Erlasses vom 4. Oktober hätte man eigentlich erwarten sollen, daß das mährische Gubernium alles weitere im eigenen Wirkungskreise verfügen werde. Dieses verfaßte jedoch den Entwurf eines Toleranzpatentes und leitete ihn am 21. Dezember an die Wiener Hofkanzlei.

Ehe dieser erledigt wurde, trafen in Brünn verschiedene Vorläufer, wenn man so sagen darf, des Toleranzpatentes ein. Zunächst das Hofdekret wegen Aufhebung der Leibmaut.[129] Nun fragte das mährische Gubernium an,[130] ob dies nicht vielleicht bloß auf Niederösterreich Bezug habe, da die Leibmaut erst am 1. Juli vorigen Jahres auf sechs Jahre an die Dobruskin verpachtet worden sei. Die Beantwortung dieser Frage verursachte den Wiener Behörden, zunächst der Hofkammer, dann aber auch dem Staatsrate mancherlei Kopfzerbrechen, da auch für Niederösterreich eine ähnliche Schwierigkeit vorlag und in diesem Lande die Eingänge aus dem Leibzolle überdies eine bestimmte Verwendung für Wohlfahrtszwecke hatten. Deshalb und weil die Leibmaut „mehr zur Hindanhaltung des sich sonst in den Städten häufenden liederlichen Gesindels eingeführt worden", schlug die Hofkammer vor, die Leibmaut erst mit Ende der Pachtkontrakte aufzuheben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Im Staatsrate war man überzeugt, daß die Absicht des Kaisers auf sofortige Aufhebung gehe, und erörterte nur die Frage der Entschädigungsansprüche sowie des Termines. Die Erwägungen gingen von der Frage aus, ob es sich für die Pächter nur um lucrum cessans (entfallender Gewinn) handle (Gebler) oder ob die Pächter auf die Sache schon Auslagen gemacht hätten (Löhr). Es sei daher durch die Kammer raschestens mit den Pächtern zu verhandeln und der Bericht zu erstatten. Die B.-ö. Kanzlei sei zu verständigen, daß die Publikation der Aufhebung bis auf weiteres unterbleibe. – Kresel schloß sich diesem Votum an.

Hatzfeld meinte, den Pächtern könne eine Entschädigung nicht versagt werden, weil sie nicht nur ratione damni emergentis (auf Grund des erwachsenen Schadens), sondern auch ratione lucri cessantis (auf Grund des entgehenden Gewinnes) ein wahres Recht darauf hätten. Das könne aber den Vollzug der allerhöchsten Resolution nicht hindern. Als Termin nahm er gleich Gebler den 1. Februar 1782 an. Die Verhandlungen, ob und welcher Ersatz für die Leibmaut durch ein von der Judenschaft zu leistendes Äquivalent zu schaffen sei, zogen sich noch Jahre lang hin und endeten erst 1785 (18. Dez.) mit dem Entschlusse, auf ein solches ganz zu verzichten.[131] Die Antwort auf die Anfrage des mährischen Guberniums aber wurde durch das an alle Länderstellen gerichtete Hofdekret vom 19. Dezember 1781 gegeben. Der Kaiser durchhieb den Knoten, indem er befahl: „Alle und jede von den Juden bisher abgeforderten und sie von den Christen unterscheidenden Leibmauten, doppelte Gerichtstaxen, Passir- und Repassir-, dann Nachtzettelabgaben, sollen von nun an sogleich eingestellt und sie hierin den christlichen Insassen vollkommen gleich gehalten werden."

Die Aufhebung trat gemäß der schon am 28. November erfolgten kaiserl. Resolution[132] schon mit dem 1. Jänner in Rechtskraft; doch wurde die Leibmaut in Mähren im Jänner 1782 noch eingehoben.[133]

Das Hofdekret vom 8. Dezember ordnete an, daß die Normal-, Real- oder lateinische Schulen besuchende jüdische Jugend auch in privilegierten Ortschaften bei Christen wohnen dürfe; ebenso wurde den Eltern die Übernachtung und Wohnung in solchen Orten gestattet, „wann es nicht zu oft und auf eine kurze Zeit geschiehet".

Das gleiche wurde betreffs der jüdischen Lehrjungen bei einem christlichen Handwerksmeister bestimmt. Zum Meisterrechte wurden die Juden gemäß dem Vorschlage des Guberniums nur in jenen Orten zugelassen, wo Judengemeinden schon vorhanden waren und der numerus fixus nicht überschritten wurde. Des Hofdekretes vom 12. Jänner 1782 betreffs der Hochschulstudien und des medizinischen und juridischen Doktorates ist schon gedacht worden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

d. Die letzten Beratungen. Die Dienstbotenfrage

Im Jänner lag der Patententwurf des mährischen Guberniums dem Staatsrate zur endgültigen Erledigung vor. Er findet sich in dem Vortrage der B.-ö. Hofkanzlei vom 20. Jänner 1782 erwähnt.[134] Die Hofkanzlei bittet in diesem Aktenstücke um die höchste Entschließung, „ob nicht die Leibmauth in allen Erblanden, wo sie bestehet mit 1ma Jan., ebenso wie die doppelten Gerichtstaxen aufgehoben und daher auch der einbegleitete von dem Hofrathe von Sonnenfels gleichfalls berichtigte *Patentaufsatz für Mähren*,[135] allergnädigst bestätigt und den Juden in Mähren wie in Österreich gestattet werden möchte, ihre christliche Dienstleute auch die Nacht über zu beherbergen".

Am 25. Jänner findet Löhr „bey dem beyliegenden Patententwurf nichts anderes zu erinnern, als daß der § 6 enthaltene Beysatz wegen der nicht gestatteten übernachtung Christlicher Knechte bey den Juden ausgelassen werden möge".[136]

Auch Gebler stimmt der Kanzlei zu: Bey dem Patentsentwurf für Mähren finde ich ausser der von der Kanzley selbst antragenden Änderung in § 6 wegen Nichtübernachtung der christlichen Knechte nichts zu erinnern.

Hatzfeld (eo: d): Wegen des Patents bin ich mit vorhergehenden votis einverstanden.

Demgemäß lautete die kaiserliche Entschließung vom 26. Jänner 1782: „Bey dem Patentaufsatz muß ad 6tum jenes was wegen Übernachtung kristlicher Dienstbothen für Niederösterreich angeordnet worden, auch für Mähren festgesetzt werden."

Es handelt sich hiebei um die Beseitigung der seinerzeit unter ausdrücklicher Berufung auf das mährische Beispiel in das böhmische Hofdekret vom 19. Dezember 1781 aufgenommenen Bestimmung, daß die den jüdischen Ackerbauern für die ersten Jahre zugestandenen christlichen Knechte in Christenhäusern übernachten müßten.

Nun enthält aber der Wortlaut des § 16 des n.-ö. Toleranzpatentes eigentlich darüber keine positive Bestimmung.[136] Es heißt dort: „Um den tolerirten Juden in ihren Erwerbswegen auch von Seiten des Dienstvolks eine Erleichterung zu verschaffen, so wird ihnen fürhin gestattet, soviel jüdische und christliche Dienstbothen zu halten, als ihre Geschäfte fodern; doch sind sie verbunden, nicht wie ehemals vierteljährlich, sondern jährlich einen zuverlässigen Meldzettel einzureihen worinnen..... sämtliche Dienstbothen mit Namen, Alter, Religion bezeichnet sind; die jüdische Dienstleute muß nicht nur jeder Hausvater bei sich beherbergen, sondern auch für sie stehen, daß sie keinen besonderen Handel treiben, der nicht tolerirten Juden untersagt ist."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Eine ausdrückliche Erlaubnis des Gesetzgebers zur Beherbergung christlicher Dienstboten ist hier nicht ausgesprochen, ebensowenig aber sind einschränkende Bestimmungen getroffen. Daß die Absicht des Gesetzgebers auf den Wegfall solcher ging, erhellt deutlich daraus, daß der erste Entwurf der n.-ö. Regierung anordnete,[138] daß den christlichen Dienstboten besondere Wohnzimmer anzuweisen seien; doch könne ihnen gemeinsam mit den jüdischen die Kost gegeben werden. Das bedeutete eine wesentliche Erleichterung gegenüber der Judenordnung von 1764, die nur zwei christliche Schreiber und einen christlichen Kutscher gestattet hatte. Diese durften die Kost nicht im Hause haben und nur der Kutscher durfte im Hause, u. zw. im Stalle schlafen.

Bei diesem § 7 des Regierungsentwurfes erhob nun Graf Hatzfeld das Bedenken,[139] daß es den Juden verboten sei, mit den Christen zu essen. Es wäre unschicksam, etwas zu erlauben, was gegen die jüdischen Gesetze sei; es scheine ihm genug, wenn der gemeinsame Tisch nicht verboten, sondern dieser Satz gänzlich ausgelassen werde; sonst müsse man sich erkundigen, ob die gemeinsame Kost nicht wider die jüdischen Gesetze wäre.

Der Vortrag der Hofkanzlei über den neuen, verbesserten Patententwurf enthält die Bemerkung, daß zur Vermeidung von Schikanen den Juden gegen den Antrag der Regierung auch freizulassen wäre, ihre christlichen Dienstboten, wie sie können, anständig zu bewohnen, ohne sie zu zwingen, für selbe eigene Zimmer anzuweisen.[140]

Aus diesen Erwägungen ergab sich die Fassung des § 16 des n.-ö. Toleranzpatentes, das zwar die Beherbergung der christlichen Dienstboten durch ihre jüdischen Dienstgeber nicht ausdrücklich erlaubt, sie aber voraussetzt, indem nur für die jüdischen Bediensteten die *Pflicht* der Beherbergung auferlegt wird. An dieses Muster hält sich der § 6 des mährischen Patentes, indem er im Sinne der Gutachten und der kaiserlichen Resolution die folgende Fassung erhielt: „Da sie aber anjetzt des Ackerbaues und der Feldwirtschaft unkundig sind, so gestatten wir ihnen, daß sie wenigstens durch die ersten Jahre, um sie in den Feldarbeiten zu unterrichten, christliche Knechte in Dienste nehmen, übrigens aber sich das zu dem Ackerbau nöthige Zug- und Melkvieh verschaffen", usw.

Es ist also im Unterschiede von dem Hofdekrete in Böhmen über die Übernachtung nichts gesagt – sie also stillschweigend gestattet. Der Grund hiefür sind die Bedürfnisse der bäuerlichen Wirtschaft und die dörflichen Wohnverhältnisse. Die Erlaubnis gilt aber nur für die Ackerbauer. Im übrigen blieb es bei den geltenden gesetzlichen Bestimmungen,[141] d. h. den Juden blieb es verboten, christliche Dienstboten zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main UB DFG

halten. Für Branntwein- und Bräuhäuser, Pottaschesiedereien und Fabriken war das Halten christlicher Taglöhner gestattet (für das Fuhrwesen waren sie verboten) – ebenso gelernter Akkordarbeiter –, aber sie durften nicht in Kost und Wohnung genommen werden. Die Verwendung christlicher Taglöhner für häusliche Verrichtungen war nur an Sabbaten und jüdischen Feiertagen erlaubt. Kurz, es sollte jedes eigentliche Dienstverhältnis vermieden werden. Die Begründung hiefür liegt in der katholisch-theologischen Gedankenwelt.[142]

3. Das Patent vom 13. Februar 1782

Das mährische Gubernium fand, daß die Erledigung sich zu lange hinzögere, und erbat von der Hofkanzlei die Zurücksendung des wegen Bildung der Juden und Erweiterung ihrer Nahrungszweige eingesendeten Patententwurfes.[143] Am 14. Februar wurde dieses Ansuchen mit Reponatur ad acta erledigt, denn schon unter dem Datum vom 4. Februar war das Patent dem Gubernium in seiner endgültigen Form zur Drucklegung und Veröffentlichung zugestellt worden. Es erhielt in Brünn das Datum vom 13. Februar 1782 und wurde sofort an alle Staats-, Landes- und Gemeindeämter verteilt.[144] Auch die Hofkanzlei erhielt „die gewöhnliche Anzahl Patente wegen Bildung der Juden".[145] Damit war die Angelegenheit amtlich erledigt.

Das Patent umfaßt außer der Einleitung 16 Paragraphen.[146]

Die Einleitung lautet wörtlich: Seit dem Antritte Unserer Regierung haben Wir es einer Unserer vorzüglichsten Augenmerke seyn lassen, daß alle Unsere Unterthanen ohne Unterschied der Nazion und Religion an dem öffentlichen Wohlstande, den Wir durch Unsere Sorgfalt zu vergrößern wünschen, gemeinschaftlichen Antheil nehmen, eine gesetzmäßige Freyheit genießen, und auf jeden ehrbaren Wege zu Erwerbung ihres Unterhaltes und Vergrößerung der allgemeinen Ämsigkeit kein Hindernis finden sollten.

Da nun mit dieser Unserer gnädigsten Absicht die gegen die jüdische Nazion in Unserem Erbmarkgrafthum Mähren bestehenden Gesätze und sogenannten Juden-Ordnungen nicht durchaus zu vereinbaren sind, so wollen Wir dieselben kraft gegenwärtigen Patents insofern abändern, als es die Verschiedenheit der Zeit und Umstände nöthig machen."

§ 1. Im Sinne der bekannten kaiserlichen Entschließung vom 1. Oktober bleibt es mit den Siedlungsverhältnissen und der Anzahl der jüdischen Familien durchaus beim alten. Nur bei Errichtung einer Fabrik, der Einführung eines nützlichen Gewerbes oder, falls der Kaiser selbst aus einem zureichenden Grunde (besonderer Verdienste wegen) es verfügte, ist eine Ausnahme zulässig.

Zweitens wird ihnen nicht gestattet, eigene Druckereien zu errichten, sondern

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

sie werden an die in Brünn und Prag verwiesen. Für die Einfuhr fremder Bücher haben sie um die Erlaubnis anzusuchen und sie der Zensur zu unterwerfen.

Drittens wird den Juden erlaubt, bei jeder Hauptsynagoge des Landes eine normalmäßig eingerichtete, mit jüdischen Lehrern besetzte Schule auf ihre eigenen Kosten zu errichten. Für die Heranbildung der Lehrer werden sie an die Brünner Normalschul-Direktion gewiesen.

Die Schulen unterstehen der gleichen Aufsicht wie alle anderen deutschen Schulen. Betreffs der Bücher würden ähnliche Verfügungen getroffen wie in Böhmen.

Viertens: An jenen Orten, wo sie keine deutsche Schule haben, erlauben und befehlen Wir ihnen, ihre Kinder in die christlichen Normal-Real- und Trivialschulen zu schicken, in welchen nach dem von Uns erlassenen strengen Befehle eine solche Einrichtung wird getroffen werden, daß die jüdischen gleich den christlichen Schülern alles erlernen mögen, bei dem Religionsunterricht hingegen aus der Schule entlassen, und während des Schulunterrichtes selbst zu keiner ihrer Religionsübung widrigen Handlung gezwungen, oder verleitet werden sollen.

Das heißt, der Kaiser hat sich – dem Rate Hatzfelds entgegen – doch für die schärfere Form, die des Unterrichtszwanges entschieden, sucht jedoch allen religiösen Bedenken vorzubeugen.

Fünf gestattet der *vermöglicheren* israelitischen Jugend den Besuch der erbländischen Universitäten, den die Normal-Real-lateinische oder höhere Schulen besuchenden Judenkindern das Wohnrecht bei Christen in den privilegierten königlichen und anderen Munizipalstädten und ihren Eltern das Besuchsrecht.

Sechs gewährt den Juden, ähnlich wie in Böhmen, das Recht zur Pachtung von Ackergründen auf zwanzig und mehr Jahre mit der oben erörterten Abweichung hinsichtlich des Übernachtens christlicher Knechte.

Sieben gestattet ihnen den Betrieb des Fuhrwesens.

Acht gibt ihnen die Befugnis zu allen Gattungen von Handwerken und Gewerben und zu deren Erlernung als Lehrlinge bei christlichen Meistern und ihnen wie denjenigen, die schon unterrichtet sind und als Gesellen arbeiten wollen, das gleiche Wohnrecht wie den Studierenden. Jeder Zwang wird vermieden, alles dem freien Übereinkommen beider Teile überlassen.

Neuntens: jüdische Professionisten werden auch zum Meisterrechte zugelassen, aber nur in Orten, wo jüdische Gemeinden sich befinden, und ohne Überschreitung der Familienzahl. Der Betrieb der freien Künste wird erlaubt.

Zehntens: haben sie die freie Wahl unter allen nicht bürgerlichen Handelszweigen und das Recht zum Großhandel unter den gleichen Bedingungen wie die Christen.

§ 11: ermuntert zur Anlegung der ja auch bisher schon erlaubten Manufakturen und Fabriken.

§ 12: erlaubt den Juden, auf Realitäten zu leihen, doch ohne das Recht, sich dieselben einschätzen zu lassen.

§ 13: „Bey so vielen der Judenschaft eröffneten Erwerbungswegen und dem dadurch entspringenden mannigfaltigeren Zusammenhange mit Christen fordert die Sorgfalt für die Aufrechterhaltung des gemeinschaftlichen Zutrauens" die Abschaffung der sogenannten jüdischen Sprache, des Gebrauches derselben in allen öffentlichen in- und außergerichtlichen Handlungen und den Ersatz durch eine landesübliche Sprache – wie in Böhmen.

Beachtenswert ist die mit § 15 des n.-ö. Patentes vom 2. Jänner 1782 fast wortgenau übereinstimmende, jedes verletzenden Ausdruckes freie Begründung dieser Maßnahme. Man vergleiche damit z. B. die Begründung in dem Referate des mährischen Guberniums vom 1. August 1781.

§ 14: wiederholt die Beseitigung der Leibmaut, vorbehaltlich des Ersatzes durch ein minder beschwerliches Äquivalent, und der doppelten Gerichtstaxen, gewährt den Juden von Zeit zu Zeit freien Eintritt in die königlichen Städte zur Betrei-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

bung ihrer Geschäfte und das Recht, Kost und Wohnung zu nehmen, wo sie wollen.

§ 15: verordnet die Beseitigung aller Trachtunterschiede und des Ausgangsverbotes vor zwölf Uhr an Sonn- und Feiertagen und

§ 16: endlich wendet sich mit einer ähnlichen Mahnung an die Judenschaft wie das böhmische und das niederösterreichische Patent.

Mit dem Erlasse dieses Patentes schienen der Wiener Regierung die Rechtsverhältnisse der Juden ausreichend geordnet und gesichert. Daher wurde die Bitte der mährischen Judenschaft um Bestätigung ihrer Privilegien dahin erledigt, daß die Konfirmation der Privilegien der mährischen Judenschaft dermal nicht mehr statthabe.[148]

C. Einiges über das Schulwesen

Noch während der Beratungen über das mährische Toleranzpatent bot sich eine Gelegenheit, Gelder für das neu zu begründende Schulwerk zu beschaffen.

Der mährische Landesrabbiner Bernd Gabriel Eskeles hatte ein Testament hinterlassen,[149] durch das seine Kinder, als sie herangewachsen waren, sich schwer benachteiligt fühlten. In diesem Testamente waren u. a. 50.000 fl. für eine Stiftung bestimmt worden, aus deren Erträgnis jährlich ein armes Mädchen mit 100 Reichstalern ausgestattet werden sollte, der ganze Rest war für die Unterstützung armer studierender Juden bestimmt. Die Stiftung erhielt 1754 die landesfürstliche Genehmigung und die 50.000 fl. wurden bei den mährischen Ständen erlegt.

Die Eskelesschen Erben hatten nach erlangter Großjährigkeit dieses Testament angefochten und die restitutio in integrum verlangt, waren aber damit (1778) vornehmlich aus formalen Gründen abgewiesen worden. Jetzt (1781) erbaten sie diese Restituierung von der Gnade des Kaisers oder, wenn dies nicht gewährt werden könne, wenigstens „zu einiger Entschädigung" die Ausfolgung der 50.000 fl. der mährischen Stiftung.

Der Oberste Hofmarschall Graf Wrbna, in dessen Kompetenz diese jüdische Rechtsangelegenheit fiel, da die Familie Eskeles in Wien toleriert war, kam in seinem Vortrage vom 19. Dezember 1781 zu der Schlußfolgerung, er könne „zur Erteilung der Restitution in integrum nicht einrathen, weil solche bereits in Revisorio gerichtlich abgeschlagen worden und in rem iudicatam erwachsen" sei. Hinsichtlich der Stiftung aber, „die dem Staat nicht den geringsten Vortheil verschaffe, sondern vielmehr zur anheroziehung der Betteljuden gereiche", schlägt er vor, daß 30.000 fl. an die Erben wieder zurückzuerfolgen und der Rest zu den einzuführenden jüdischen Normalschulen zu verwenden wäre.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Juristisch hatte Wrbna diesen Vorschlag damit begründet, daß die Stiftung gewiß nicht genehmigt worden wäre, wenn die Bedenken gegen die Rechtsgültigkeit der letztwilligen Verfügung der Behörde bekannt gewesen wären.

Die Staatsräte schlossen sich der Anschauung Wrbnas an, daß eine Ungültigkeitserklärung des Testamentes unmöglich sei, lehnten aber auch seinen Vermittlungsvorschlag ab, da dieser, wie Löhr (23. Dez.) darlegt, dem Rechtsgrundsatz widerspreche, „quod testamentum ex una parte invalidum ex altera non possit esse validum". Dagegen griff Gebler den Gedanken des Obersten Hofmarschalls betreffs der Verwendung der Stiftungsgelder auf: „Da inzwischen diese 50.000 fl. hauptsächlich für Schulmeister vermacht sind: so könnte Landesfürstlicherseits deren bisherige Verwendung eingesehen und dabei auf die angeordnete Einführung des Normalschulwesens bey der Judenschaft reflectirt, mithin dieserwegen ein Auftrag an die B.-ö. Kanzley erlassen werden." Kresel stimmt hinsichtlich der Abweisung der Erben Löhr und Gebler – wenn auch etwas zurückhaltender – zu, hinsichtlich der Stiftung ist er mit Gebler einverstanden. Hatzfeld ist gleichfalls für Abweisung. Demgemäß lautet auch die Resol. aug. ganz kurz: „Die Supplicanten sind mit ihrem unstatthaften zweyfachen gesuch ein für allemal abzuweisen."

Zugleich aber ging nachfolgendes Billet an die B.-ö. Kanzlei: „Da in Mähren eine von dem verstorbenen Landrabiner Bernd Eskeles herrührende Stiftung besteht, vermöge welche von dem bey den Mährischen Ständen anliegenden Kapital von 50.000 fl. die abfallende jährliche Interessen hauptsächlich zum Unterricht armer Mährischer Juden Kinder verwendet werden müssen: so hat die Kanzley einen verläßlichen ausweiß von Behörde abzufoderen, wie seit der ä 1754. erfolgten Bestättigung dieser Stifftung die eingegangenen dießfälligen Interessen von Jahr zu Jahr verwendet worden? Diesen Ausweiß wird mir dann die Kanzley mit beifügender Wohlmeynung seiner Zeit vorlegen, ob und wie diese Stiftung zur angeordneten Einführung des normal Instituts Bey der Judenschaft verwendet werden könnte."

Der Vortrag der Hofkanzlei in dieser Angelegenheit (13. April 1782) ist uns nicht erhalten,[150] wohl aber der Inhalt einer Weisung an das Mährische Gubernium vom 23. April 1782, exp. 3. May.: „Eskelesische Stiftung zu jüdischen Religions- und Normalschulen gewidmet; dann von den jüdischen Vorstehern ein Schema, in welchen dortigen Örtern dergleichen Schulen notwendig und wieviel für die Schulmeister und Bücher auszumeßen seye, abgefordert und eingesendet werden solle."

Und aus dem Jahre 1784 findet sich ein Dekret an das mährische Gubernium vom 1. Februar,[151] in dem die „Anzeige, daß dortlands 42

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nach der neuen Lehrart eingerichtete Judenschulen vorhanden seien, zur Kenntnis genommen wird".

Die Absichten des Kaisers betreffs der Schulen wurden auch hier rasch und kräftig gefördert; aus diesen Anfängen entwickelte sich das dann zu so hoher Blüte gelangte deutschjüdische Schulwesen Mährens.

III. SCHLESIEN

1. Die Lage der Juden und die Vorschläge des Königlichen Amtes

Die Verhältnisse der schlesischen Juden[152] sind von denen der böhmischen und mährischen in mancher Hinsicht verschieden. Die 119 Familien, die im Lande geduldet wurden,[153] bildeten in steuerpolitischer Hinsicht und zur Besorgung gewisser Angelegenheiten drei Körperschaften, und zwar die Judenschaft des Teschener Kreises, die von Troppau-Jägerndorf und die von Weidenau. Jede dieser Körperschaften stand unter einem von ihr gewählten Steuerkollektor, welcher mit seinen Beisitzern alle die Verfassung der Juden betreffenden Geschäfte, als die Einhebung der Judensteuer, der Kultusbeiträge, die Führung der Matriken usf. zu besorgen hatte.

Die Judenschaft des Teschener Kreises, zu welcher von jenen 119 tolerierten Familien 88 zählten, bildete unter behördlicher Aufsicht auch in Beziehung auf den Kultus eine Gemeinschaft, welche ihren Vereinigungspunkt in der Stadt Teschen hatte, wo der Gottesacker für die Juden des ganzen Kreises war und wo ein behördlich bestätigterReligionsweiser seinen Sitz hatte, der für die Juden des Teschnischen die Seelsorgefunktionen vollzog. Aber es war eigentlich doch nur ein Privatexerzitium der Religion, das den Juden zugestanden war, ohne Synagoge, Rabbiner, Vorsteher u. dgl.

Schon am 30. September 1781 konnte die B.-ö. Hofkanzlei dem Staatsrate den Vortrag: Die Duldung der schlesischen Juden und derselben Nahrungserweiterung betreffend vorlegen.[154]

a. Sprache und Unterricht

Die Vorschläge des Königlichen Amtes[155] betrafen und gingen:

1. auf Abschaffung des Gebrauches der jüdischen Nationalsprache überhaupt und insbesonders in den Urkunden binnen dreier Jahre.

2. Da die Juden zerstreut wohnen, keine Schulen und Synagogen haben, sind sie zum Besuche der nächsten christlichen Schulen (außer den Religionsstunden) anzuhalten. Wohlhabende, die ihre Kinder nicht in

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die öffentlichen Schulen schicken wollen, sollen nur in Normal- und Hauptschulen unterrichtete christliche Lehrer aufnehmen. Demgemäß wird den Judenkindern der Zutritt zu sämtlichen Schulen und dortigen Gymnasien eröffnet. Hinsichtlich der Bücher werden sie auf die Prager Druckerei verwiesen.

b. Die Nahrungserweiterung

1. Ackerbau. In Bezug auf die Realitätenpachtung schlägt das Amt vor, sie für jede Judenfamilie auf den Ort des Domizils zu beschränken, weil sonst eine Familie mehrere Dominien pachten und zum Nachteile der christlichen Bevölkerung durch jüdische Hände beurbaren würde.

2. Handwerk. Die Regierung meint, christliche Meister würden die Juden schwerlich aufnehmen, weil Juden nach ihrem Gesetz mit Christen nicht zu Tisch sein dürfen. Unter den Juden gebe es in Schlesien nur Glaser. Die Juden müßten also zur Antretung tolerierter Stellen bestimmte Kinder in Städte, wo jüdische Handwerker seien, in die Lehre schicken, diese aber dann der Prüfung durch christliche Meister unterziehen und die Praestanda leisten lassen, da sie sonst einen Vorzug vor den Christen hätten.

2. Hofkanzlei und Staatsrat

Die Kanzlei war mit den Vorschlägen des Königlichen Amtes einverstanden, nur daß sie hinsichtlich der Sprache der Urkunden an die Stelle der dreijährigen Frist auch für Schlesien die zweijährige als ausreichend erachtete.

Im Staatsrate erklärte Freiherr von Löhr, die generalen Grundsätze seien sich nach dem zu richten, was für Niederösterreich resolvieret worden; speziell für Schlesien habe er nichts zu erinnern. Ganz ähnlich erklärt Gebler, die Anwendung der allerhöchsten Resolution auf das Land Schlesien sei ganz recht gemacht. Nicht ganz so einverstanden zeigt sich Kresel. Er ist nicht für die Beschränkung der Pachtungen auf den Ort des Domizils. Was das Amt befürchte, die Verwendung zahlreicher jüdischer Dienstboten als Landarbeiter, sei gerade das Ziel. Graf Hatzfeld bleibt auch hier seiner grundsätzlichen Weitherzigkeit getreu. Wo es möglich sei, solle den Juden erlaubt werden, ihre Kinder in die benachbarten mährischen Schulen zu schicken. Der Besuch christlicher Schulen solle erlaubt, aber nicht erzwungen werden. Er ist dafür, den Juden den Kommerzialhandel zu gestatten, aber *nicht*, wie es das Königliche Amt beantragt, *mit Ausschluß des Kleinhandels*, weil sonst viele zu grunde gerichtet würden. Fürst Kaunitz erklärt sich mit Hatzfeld einverstanden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

3. Die kaiserliche Entscheidung

und das Toleranzpatent vom 15. Dezember 1781

Die kaiserliche Entschließung ist besonders interessant durch dasjenige, was deutlich erkennbar auf die eigensten Absichten Josephs zurückgeht.

„Die Juden Schlesiens können zwar, weil sie weithin von einander zerstreut sind zur Errichtung eigener Schulen nicht angehalten, doch aber sind sie – die folgenden Worte [dazu ermahnet oder ihnen wenigstens an die Hand gegeben werden] sind durchgestrichen und an ihre Stelle eigenhändig (?) gesetzt: – anzuhalten, ihre Kinder in die – [in dem benachbarten Mähren errichtet werdende jüdische] wieder durchgestrichen – kristliche Normalschulen (am Rande: zum schreiben und lesen lernen) abzuschicken. Der folgende, mehrfach verbesserte Text ist wieder durchgestrichen. [Auch ist ihnen die Erlaubnis ihre Kinder in christliche Schulen zu schicken zu ertheilen doch ohne Zwang] aber sie sind nicht dazu zu zwingen."

Man sieht, daß es dem Kaiser darauf ankommt, die jüdischen Kinder, soweit es nur möglich ist, dem allgemeinen Unterrichte zuzuführen.

„Was die denen selben zu gönnende Erweiterung ihrer Nahrungswege anbelangt, da sind ad I^mum die Pachtungen keineswegs ad locum domicilii zu beschränken und ist nur darauf zu sehen, daß wenn sie eine versuchen, alle arbeithen des Ackerbaues durch jüdische Hände geschehen.

Ad 6^tum ist ihnen der Waaren Commercialhandel eingerathenermaßen zu gestatten, doch aber sind sie nicht lediglich darauf mit ausschluß des Kleinhandels zu beschränken, indem darin ihre Hauptnahrung besteht, und sie folglich bei dessen Untersagung zugrunde gerichtet werden würden.

In den übrigen Punkten begenehmige ich das Einrathen und wird sich in Ansehung der Generalgrundsätze nach jenem zu benehmen sein, was ich wegen N.-Ö. hierinfalls zu verordnen befunden habe.

Graf Hatzfeld."

Einen noch tieferen Einblick in die Denkweise des Kaisers gewährt der Anhang zur allerhöchsten Resolution ad num. 2318:

„Kanzlei und Stellen würden überhaupt meiner Anordnung die unrichtigste Auslegung geben, durch die verwilligte Begünstigungen die Judenschaft so *wie sie jetzt ist* (e. h.) [mehr zu verbreiten] darüber: zu vermehren oder ihrer Bevölkerung, *wenn sie nicht nutzbahrer würden* (e. h.) einen weiteren Zuwachs zu verschaffen. Der unterricht, Aufklärung, und bessere Bildung dieser Nation ist immer nur als der Haupt Endzweck der Verordnung anzusehen; die erweiterte nahrungs Mittel, *die nutzbahre*

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

verwendung ihres arms und die aufhebung der gehäßigen Zwang Gesäze und Verachtung bringenden Unterscheidungs Zeichen solle ein und das andere verbunden mit dem *benötigten* Besseren Unterricht und aufhebung ihrer Sprache den Vorschub geben, mit ausrottung der dieser nation eigenen Vorurtheile [auch] aufzuklären und dadurch entweder *sie zu Christen zu bilden* oder doch ihren moralischen Charakter zu Beßern und Sie zu nützlichen Staats-Bürgern auszubilden und *bei der folgenden nachkommenschaft wird wenigstens ganz gewis dieses erhalten werden.* überhaupt, wenn das gute gewürkt [soll] werden soll, so muß sich die Kanzley in allem angelegen seyn lassen, sich samt ihren referenten in den *wahren Esprit* [darunter: geist] meiner gedenkensart zu setzen und lieber sich öfters anfragen als mit vieler Schreiberey Schwierigkeiten wie es oft ge[schehen] schiehet umwege zu machen, welche nicht zum ziel führen und nur das gute verhindern.

exp. 13. Okt. 1781."

Im Sinne dieser kaiserlichen Entschließung abgefaßt, erschien das Toleranzpatent für Schlesien am 15. Dezember 1781.[156]

Wir beschränken uns auf die Wiedergabe einiger seiner wichtigsten Bestimmungen.

Die äußeren Rechtsverhältnisse der Judenschaft blieben auch in Schlesien unverändert. Dem Ermessen der Landesstelle wurde es überlassen, eine eingegangene tolerierte Familienstelle wieder zu besetzen, damit das jüdische Kontributionale nicht der Gefahr gänzlichen Verfalles ausgesetzt werde. Die Führung der Beschneidungs- und Geburtsbücher besorgt der Kollektor. Den Juden wurde befohlen, ihre Kinder in die christlichen Schulen zu schicken, den Schulvorstehern, die jüdischen Kinder aufzunehmen und zu beschützen. Vermögende, die ihre Kinder zu Hause unterrichten lassen wollten, dürften nur solche christliche oder jüdische Lehrer halten, die das Lehrbefähigungszeugnis staatlicher Normalschulen hätten. In Bezug auf die Religionsübung blieb es bei dem bisherigen Zustande, d. h. Freiheit der privaten Religionsübung, aber ohne eigentlich gemeindemäßige Organisation. Dem schon im Handbillet vom 18. Mai ausgesprochenen Grundsatze gemäß beseitigte das Patent (§ 11) auch die bei der Stadt Schwarzwasser eingeführte Judenpersonalmaut sowie alle von den Juden hie und da als ein Accidenz zu Handen der Wirtschaftsbeamten, des Magistratspersonals und der minderen obrigkeitlichen und städtischen Bedienten eingehobenen Abgaben. Auch in Schlesien wurde ihnen das Fuhrwesen gestattet (§ 6). Ferner wurde ihnen die Befugnis zum Kommerzialwarenhandel gewährt, soweit es ohne Nachteil der hiezu besonders privilegierten christlichen Handelsleute geschehen könne. §§ 8 und 9 stellten ihnen den Betrieb freier Kommerzialgewerbe als des Garn- und Wollspinnens überall frei. Sie

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

erhielten – wie überall sonst – die Erlaubnis zur Erlernung aller Handwerke bei Christenmeistern; die Ausübung sollte ihnen freilich nur nach bürgerlichen Gebräuchen erlaubt sein.

*

Mit diesen Toleranzgesetzen und den im Anschlusse an sie erwähnten Maßnahmen war die Tätigkeit Josephs in Angelegenheiten der Juden der Sudetenländer durchaus nicht erschöpft. Ganz abgesehen von der laufenden Verwaltungstätigkeit, die vielfach auch die Zentralstellen zum Eingreifen, zu gelegentlichen Erlässen allgemeiner Art nötigte, kommen noch die Einführung der allgemeinen Gerichtsordnung,[167] die Beseitigung der jüdischen Sondergerichtsbarkeit, das Ehegesetz, das Gesetz über die Familiennamen, die Heranziehung der Juden zum Militärdienste in Betracht; für Mähren auch die Begründung des Landesmassafonds.

Wohl bedeuteten diese Gesetze auch für die Judenschaft der Sudetenländer einen großen Schritt nach vorwärts; noch aber blieb genug des Druckes übrig. Namentlich wurde die Beschränkung der Familienzahl trotz der – natürlich ganz und gar nicht ausreichenden – Erhöhung überaus schwer empfunden. All das führte nach dem Erlasse der galizischen Judenordnung zu einer Bewegung unter der Judenschaft Böhmens und Mährens, die die Ausdehnung dieses Gesetzes auch auf die Sudetenländer anstrebte [168] und sogar einen allerdings wirkungslosen Augenblickserfolg errang. Dies aber muß einer eigenen Untersuchung vorbehalten bleiben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

BÖHMEN

[1] Staatsarchiv (St. Arch.), früher Haus-, Hof- und Staatsarchiv (H. H. St. Arch.). Staatsratsakten (St. R.) Nr. 1201/1781 (Jahr!). – Gedr. u. a. bei F. A. Pfibram: Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien. Erste Abt., I. Bd., S. 440, Wien u. Leipzig 1918.

[2] Handbillet an den Grafen Hatzfeld, Brüssel, 5. Juli 1781. Resol. aug. Brüssel, 22. Juli 1781. St. Arch. St. R. 1665/1781.

[3] St. Arch. St. R. 1231/1781, gedr. bei A. F. Pfibram U. u. A. I., S. 442.

[4] Gottlieb Bondy – Franz Dworsky: Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien. I., S. 209–210, Nr. 330, 331. – S. 315, Nr. 338.

[5] Diese Darstellung geht in den Grundzügen auf Johann Franz v. Herrmann, k. k. Hofrath und o. M. d. königl. böhm. G. d. W.: Geschichte der Israeliten in Böhmen von den ältesten Zeiten bis zum Jahre 1813 zurück. Das Büchlein ist objektiv gehalten; der Verfasser ist sehr sorgfältig und war als Rat des böhm. Guberniums vielfach mit Judenangelegenheiten beschäftigt, kannte also den Gegenstand.

[6] Über die weitgehende Autonomie der Koliner Judengemeinde: Dr. Tobias Jakobovits, Jüdisches Gemeindeleben in Kolin. Hist. Jahrb. I., S. 331 ff.; ebendort auch Genaueres über die Landesjudenschaft.

[7] Rabbiner Dr. Michael Rachmuth: Die Juden in Neuhaus. Hist. Jahrb. III., S. 185 ff., IV., S. 183 ff. – [8] Als die jüdische Sondergerichtsbarkeit aufgehoben wurde, mußten Kolin und Jungbunzlau alle Akten ebenso wie Prag an die städtischen Magistrate abliefern. HD v. 1. März 1784. Kropatschek: Hb. usw. VII., S. 863. – [9] Prof. Dr. Samuel Krauss: Joachim Edler von Popper. Ein Zeit- und Lebensbild usw., Wien 1926. S. 19.

[10] Über diese Verhältnisse war man sich trotz der Privilegienbestätigung (s. u.) in Wien nicht völlig klar, so daß gelegentlich der Verhandlung über die Deckung der Schulkosten (s. u.) das böhm. Gubernium darauf aufmerksam machen mußte, „daß die Prager städtische Judengemeinde von der landesjüdischen gänzlich separirt ist, folglich jede für sich auch abgesonderte Kassen haben". (Ad num. 163, ex Jan. 1783, III. Dep. b. ö. Kanzlei. – Gegenwärtig im Arch. d. Min. Unterr. Index u. Prot. Böhmen d. b. ö. Kanzlei v. 1783 sind verbrannt).

[11] Nach Josef Wertheimer: Die Juden in Österreich vom Standpunkte des Rechts, der Gesetze und des Staatsvortheils. Leipzig 1842. S. 200 ff.

[12] Kropatschek J.: Slg. z. d. Hb. aller unter der Regierung Kaiser Josephs II. für die k. k. Erbländer erlassenen Gesetze usw. VI. 366, Nr. 1819. Verord. für Böhmen.

[13] Hofkommerzienrat: St. Arch. St. R. 1065 v. 18. April 1775. – [14] Kropatschek a. a. O. VII. 312, Nr. 718. – [15] Dr. Tobias Jakobovits: Jüdisches Gemeindeleben in Kolin. Hist. Jahrb. I. erwähnt in Kolin zwei Bauernhosenschneider: Josef Nachom u. Herschl. – Für diesen ganzen Gewerbebetrieb: Dr. Bernhard Heilig: Die Vorläufer der mährischen Konfektionsindustrie in ihrem Kampf mit den Zünften. Jahrb. III., S. 307 ff.

[16] Ein sehr bezeichnendes Beispiel bieten die „Briefe eines reisenden Franzosen über Deutschland" an seinen Bruder in Paris. Übersetzt von K. R. (Kaspar Riesbeck). Der Verfasser ist C. A. Collini(?), vielleicht auch Riesbeck selbst. – I. Bd., zweyte beträchtlich verbesserte Auflage MDCCLXXXIV. – Ihre (der Juden) Industrie ist bewunderungswürdig. Fast in jedem Wirtshaus ist ein Jude, der ganz unentgeltlich die Dienste eines Hausknechts verrichtet. Der meinige holt mir Schnupftobak, Kniebänder, Strümpfe und all die kleinen Dinge, die ich nöthig habe. Er puzt mir die Schuhe und Stiefel, flickt mir Strümpfe, klopft und bürstet mir die Kleider aus und kurz er ist nur eine Art von Lohnlaqay, den ich nicht bezahlen darf. Er hält seine Mühe für hinlänglich belohnt, *wenn ich ihm einige*

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

alte Kleiderstücke verkaufe, die er dann weiter in der Welt zu befördern sucht. Auf diese Art bedienen sie die meisten Fremden, und begnügen sich mit dem Bisgen, was sie im Handel und Wandel mit denselben verdienen können, ohne die Mühe für eine Menge Dienste in Anschlag zu bringen. Fällt ihnen nebenher noch ein Trinkgeld zu, so nehmen sie es mit Dank an, aber ich habe nicht bemerkt, daß sie den Fremden mit Betteln lästig fallen. I., S. 420ff. Prag. – Slg. Portheim 4575.

[17] Přibram Karl: Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik. Leipzig 1907, I., S. 307. Von der Gestaltung der Erwerbstätigkeit der Prager Juden im ersten Drittel des 18. Jhdt. gibt Dr. Jaroslav Prokeš im IV. Bande dieses Jahrbuchs (Die Prager Judenkonskription vom Jahre 1729. S. 319ff.) eine sehr lehrreiche Darstellung. Ich habe nicht den Eindruck, daß sich bei allen Wandlungen im einzelnen in den folgenden Jahrzehnten Wesentliches in diesem Bilde verändert habe, wenn man von der unter dem Einfluß der merkantilistischen Staatspolitik wachsenden Bedeutung des Großunternehmertums absieht. Genauere Kunde darüber ist von den weiteren Forschungen zu erwarten, die Pr. ja auch seinerseits in Aussicht stellt.

[18] Wertheimer Josef: Juden in Österreich, I., S. 200. – [19] Kopetz W. G., Allg. österr. Gewerbs-Gesetzkunde. 2. Bd., Wien 1829/30. S. 330. Verbot des Salzhandels a. a. O., durch Patent v. 27. Juli 1727. – Das Verbot wurde in Josefinischer Zeit (19. Febr. u. 10. April 1787) und unter Franz I. (10. April 1807) erneuert. – [20] Kropatschek: Hb. aller Ges. I. 143. – [21] Prokeš a. a. O., S. 327. – [22] Wolf Gerson: Aus der Zeit der Kaiserin Maria Theresia, S. 78.

[23] Bericht der Hofkammer für Böhmen und Mähren, 24. Dez. 1774. – St. Arch. – St. R. 1065 v. 18. April 1775. Vgl. Singer: Aus dem Leben eines Kaufmanns (Wolf Zappert). B'nai-B'rith-Mitteilungen für Österreich, 1933, Heft 4.

[24] St. Arch. St. R. 4. März 1781, Nr. 494. – [25] Prokeš a. a. O., S. 328. – [26] Rachmuth a. a. O., Jahrb. IV., 237/8. – [27] Wolf G. a. a. O., S. 63. – [28] A. Stein, Die Geschichte der Juden in Böhmen, Brünn 1904, S. 128/29. – [29] St. Arch. St. R. 10. Dez. 1777, Nr. 2331. – [30] Herrmann a. a. O., S. 70. – [31] Über die Juden und deren Duldung. Mit Genehmhaltung der k. k. Zensur, Prag 1781. – [32] Anonym. Lex., IV. 229 vgl. auch Singer: Abwehr in B'nai-B'rith-Mitteilungen für Österreich, Heft 7, Sept. 1932.

[33] St. Arch. St. R. 2362/1781. – [34] W. G. Kopetz a. a. O., § 99, S. 143 u. § 151, S. 264. –

[35] Die Besprechung dieser Literatur würde zu weit führen. Doch ist es vielleicht nützlich, einige der wichtigsten Erscheinungen anzuführen.

1. Die Ruthe für den Verfaßer der neulich erschienenen Schrift: Die Schädlichkeit der Juden in Böheim. Von einem Juden auf dem Lande. 1782 Prag, gedruckt und zu haben bei Joseph Emanuel Dietrich in der Altstadt, auf dem kleinen Ring Nr. 225.
2. Zweyte Vertheidigung der Juden oder Widerlegung der Schrift über die Unnütz- und Schädlichkeit der Juden im Königreiche Böhmen und Mähren von Joseph Friedrich Keppler. Wien bei Joseph Gerold 1782.

   Von dem gleichen Verfasser war schon vorher erschienen: Man gebe den Juden diejenigen Freyheiten die ihnen vermöge der Rechte der Menschheit zukommen und sie werden seyn wie sie seyn sollen.
3. Rautenstrauch: Widerlegung der in Prag erschienenen Schmähschrift: Über die Unnütz und Schädlichkeit der Juden im Königreiche Böhmen und Mähren. Wien 1782 bei Sebastian Hartl, bürgerl. Buchbinder, in der Singerstraße neben St. Stephansthor.
4. Beleuchtung der Materie über die Duldung der Juden von einem Freunde der Wahrheit, Menschlichkeit und Aufklärung. Motto aus Lessing: Wahrheit allein gibt ächten Glanz und muß auch bey Spötterey und Posse wenigstens als Folie unterliegen. – Vignette. – Mit Genehmigung der k. k. Censur. Prag 1781. (Gleich Klinglers Broschüre eine Antwort auf Hofmanns Schrift: Über die Juden und deren Duldung.)

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

5. Joannes Baptista Hartung de hodierna Pragensi Viennensique litteratura ad Quintum Patricium Pragensem nunc civem Sulmonensem Sermones quatuor. Recensuit, Praefatus et commentatus est J. C. R. Buchzeichen. Pragae Bohemorum A. R. S. MDCCLXXXII. Sermo II. bespricht die Schriften über Judenduldung. Für den Geist dieser Besprechung ist die Art bezeichnend in der Kepplers: Man gebe den Juden usw., s. o. 2, behandelt wird: Non est nostrum heic homuncionis huius insani singulas has ineptias refellere, qui rem nescio quam se patrasse ausumat; dum paginas octodecim deliramentis implevit iisque misere chartam conspucavit.
6. Die Juden, so wie sie sind und wie sie sein sollen. Titelbild: Links der Stephansturm, Stadtmauer, rechts Vorstadt. Berge im Hintergrund. Ein Jude geht voran. Hinter ihm auf einem Ziegenbock ein Jude mit einer Schere. Ein Jude mit Gewehr. Nahe dem Vordergrunde Jude auf Dreifuß. 1781.
7. Die Christen (in Ansehung der Juden) wie sie sind und wie sie seyn sollen. Lehrt das Christentum, man soll den Nächsten hassen? Wien zu finden in der Geroldschen Buchhandlung auf dem Kohlmarkt neben dem schwarzen Lamm 138.

[36] Index der Kabinettskanzlei 1781, ohne Zahl! – [37] St. Arch. St. R. 2363/1781. [38] Man unterschied die Gewerbe damals in zünftige und unzünftige, nach einem anderen Gesichtspunkte in Polizei- und Kommerzial- und Handelsgewerbe. Polizeigewerbe sind solche, die mehr zum Unterhalte der Gemeinde jeglichen Ortes und Bezirkes als zum Betrieb einer Kaufmannschaft intra vel extra provinciam abzielen, z. B. Schneider, Schuster, Schmiede, Wagner, Seifensieder usw. Sie unterstehen der Polizei. Dagegen jene Professionen, deren Erzeugung und Gewerbe in oder außer Landes den Gegenstand der Kaufmannschaft ausmachen, als Tuch- und Zeugmacher, Weber, Wirker u. ähnl. Fabrikanten bleiben der Kommerzialleitung unterzogen. Übrigens wechselt die Zuteilung einzelner Gewerbe. Kopetz W. G. a. a. O., I., § 89, S. 130.

[39] HD vom 17. Mai 1783, 29. Juli 1783, 25. Aug. 1783. Kropatschek a. a. O., V., S. 44. – [40] HD vom 28. Mai 1785. – [41] Vgl. die kaiserl. Resol. v. 1. Okt. 1781; gedr. bei Příbram, U. u. A., I 476. – [42] St. Arch. St. R. 2318/1781. Anhang zur A. h. Resol. ad num. 2318; s. u. S. 299. – [43] St. Arch. St. R. 3426/1782.

[44] Im übrigen war in Böhmen das Halten christlichen Gesindes durch den Landtagsbeschluß v. 7. Dez. 1650 verboten. Das A. h. R. v. 22. Sept. 1724, Gub. Verord. v. 3. Okt. 1724, erneut das Verbot. Eine Linderung trat durch das A. h. R. v. 26. Nov., Gub. Verord. v. 7. Dez. 1725 ein. Die Beschäftigung der Christen quoad operas serviles (knechtische Arbeiten) blieb verboten, quoad liberales artificiales, commerciales et mechanicas erlaubt. Es wurde gestattet, daß „die Juden an denen Sabbathtägen, was die Beheitzung der Zimmer, Anzündung und Auslöschung des Lichtes und andere ihnen vermög ihres Gesetzes ihnen nicht zugelassene Fälle anbetrifft, ihnen durch christliche Mannspersonen die Handbietung widerfahren möge, doch dergestalt, daß hingegen ansonsten keiner sich unterfange, christliche Dienstbothen, es seye männ- oder weiblichen Geschlechts zur Bedienung auf- und anzunehmen noch auch die zugelassene christliche Handlanger weder andere Christen unter einigerley Prätext bey sich über Nacht zu beherbergen." Die Gub. Verord. v. 5. Okt. 1752 wiederholt: Den christlichen Dienstbothen ist der Aufenthalt in den Judenwohnungen über Nacht nicht zu gestatten. – Es war also doch wohl vorgekommen.

A. h. R. 30. Jan.; Gub. Verord. v. 11. Febr. 1760 enthält Strafandrohung gegen Juden, die christliche Dienstboten an gebotenen Sonn- und Feiertagen zur Arbeit gebrauchen. – Es hatte die geschäftliche Notwendigkeit als doch eine Linderung der ursprünglichen scharfen Verbote herbeigeführt. Vgl. u. Mähren, S. 291.

[45] S. u. – [46] Löhrs Zustimmung (seine klare und charakteristische Schrift ist unverkennbar) fehlt die Unterschrift. – [47] Kropatschek, Hb. IV., 62 ff.

[48] St. Arch. St. R. 236/1781, auf einstimmiges Einraten des Guberniums und des Consessus in causis summi principis et Commissorum; selbstverständlich salvo

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

iure regis et cuiiuscunque tertii und insoweit die Judenschaft in usu et possessione sothaner Privilegien ist, diese auch der itzigen und künftigen Landesordnung nicht zuwiederlaufen noch den inmitten wegen der Judenschaft erlassenen Verordnungen entgegenstehen.

[49] St. Arch. St. R. 2456/1781. Circulandum v. 19. Okt. 1781, unter denselben Klauseln wie die der Prager Judenschaft „da sie nur der Erhaltung guter Zucht und Ordnung dienen und der Gestaltung der zu ihrer Erhaltung und zur Aufbringung der schuldigen Leistungen nöthigen Nahrungswege."

[50] Kropatschek, Hb. d. Ges. I, 502 (Příbram Ur. u. Akt. I, 520).

[51] Kropatschek, Hb. u. s. f., I, 459. Disziplinarvorschriften für Gymnasien, P. 15. – [52] Verord. v. Dez. 1782, P. 3; s. A. 46. – [53] Verord. v. 11. Jan. 1782. Kropatschek, Hb. II, 422. – [54] 12. Jan. 1782. Příbram, U. u. A., I. S. 514.

[55] Es handelt sich um einen mährischen Waisenknaben. Kaiserl. Resol. v. 8. Dez. 1785; St. Arch. St. R. 5014/1785; gedr. bei Příbram, U. u. A. I, 574.

[56] Hofdekret v. 31. Dez. 1781, in Böhmen kundgemacht am 23. Jän. 1782. – [57] HD v. 19. Dez. 1781, gedr. bei Příbram, U. u. A. I, S. 503.

[58] 11. Jan. 1782. Kropatschek Hb. IV. 83. – [59] Kopetz W. G. a. a. O. S. 321.

[60] Worte der Wahrheit und des Friedens an die gesamte jüdische Nation, vorzüglich an diejenigen, so unter dem Schutze des glorreichen und großmächtigen Kaisers Joseph II. wohnen. Aus dem Hebräischen nach der Berliner Auflage. Wien bei J. F. Edeln von Schönfeld, 1782 (Slg. Portheim 4919).

[61] Vgl. Simon Dubnow: Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Bd. VII, S. 381 ff., und Wurzbach, Bd. 8, Wessely.

[62] Geb. 21. Nov. 1739; gest. 29. Aug. 1791, Wurzbach.

[63] Della Influenza del Ghetto nello Stato. In Venezia dalle stampe di Gaspare Starti. Con licenza de' superioeri MDCCLXXXII., 144 S. Die Druckbewilligung seitens der Riformateri dello Studio di Padova ist v. 11. Okt. 1782. Der Name des Verfassers erscheint nicht auf dem Titelblatte, sondern wird vom Herausgeber in der Vorrede genannt. In der Gesamtausgabe der Werke Arcos ist die Schrift in Bd. II enthalten.

[64] „Difesa contro gli attacchi fatti alla Nazione Ebrea nel libro intitolato: Della influenza del Ghetto nello Stato. Pavia MDCCLXXXIV. Nella Stamperia del R. I. Monistero di S. Salvatore. Con licenza dei Superiori (bei Portheim Nr. 6523).

[65] Ephemeriden der Menschheit, 1782, VII, S. 22. – [66] Gerson Wolf: Aus der Zeit der Kaiserin Maria Theresia. – Wien 1888, S. 76.

[67] Moses Wiener: Nachricht von dem Ursprunge und Fortgange der deutschen jüdischen Hauptschule zu Prag von ... öffentlichen Lehrer an eben dieser Schule. Est quodam prodire tenus, si non datur ultra. Prag, gedr. bei Johann Josef Diesbach in Paperlebad ohneweit der Altstädter Mühlen Nr. 457 (kaiserl. Fidei-Comißbibliothek Nr. 7005).

[68] H. H. St. Arch. St. R. 1965/1782. – [69] H. H. St. Arch. St. R. 3913/1783.

[70] Arch. d. Min. Unterr. Ad num. 163 ex Jan. 1780, III. Dep. b. ö. Hofk.; Prag, den 18. Dez. 1782. – Gegenwärtig Karl Graf von Clary, Christian Graf von Sternberg, Philipp Graf von Clary, Ref. Von Hennet, Mayern, Herrmann. Unterschrieben: Carl Graf Clary – Philipp Graf Clary.

[71] A. d. Min. Unterr., III. Dep., Z. 209/1783, Gre. 22. Arch. d. k. k. Ver. Hofk. (s. o.). Über Studien Hof Coons. Protokoll vom X. bris. 23. Judensachen in Prag. – An das königl. Gubernium in Böhmen ex Jan. 1783. Interessant die weitere Ausführung, „daß auf einen weiteren Beytrag ab Aerario diesfalls keine Rechnung mehr zu machen sey, da den Jüdischen Eltern sowie den Christlichen obliegt für die Erziehung ihrer Kinder nach den Allerhöchsten dißfalls vorgeschriebenen Maßregeln selbst zu sorgen, um selbe zu nützlichen Staatsgliedern zu bilden, wie dann die Judenschaft es allerdings als eine besondere Gnade zu betrachten hat, daß der Allerhöchste Hof hiezu einen Beytrag von 3000 fl. semel pro semper gemacht."

Wien, den 24. Jän. 1783. – Fragner. – Accepi et vidi 25. Jän. – Greiner.

Exped. d. 27. Jän. 1783.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

[73] Die Akten im Min. Unterr. Die Einzelheiten interessieren in diesem Zusammenhange nicht; doch weisen sie auf die große Mannigfaltigkeit der den Juden unter den verschiedensten Titeln auferlegten Abgaben.

[74] Min. Unterr. Ad n 84, ex Nov. 1783. Unterschrieben: Freiherr A. Graf von Nostitz (Oberstburggraf), Math. Josef v. Smitmer (Referent).

[75] Min. Unterr. 84 ex Nov. 1783, III/2537. Zur Sitzung v. 20. Nov. 1783. 23. Judensachen Prag. – Unterschrieben: Rosenthal.

[76] Wiener a. a. O., S. 23. – [76] Arch. Min. Unterr. 2431, ad Nr. 14 ex Nov. 1787. Böheim. Bericht des böhm. Guberniums an die Vereinigte Hofkanzlei v. 11. Okt. 1787. – [77] Arch. Min. Unterr. 69 ex Dez. 1788.

[78] Dazu: Min. Unterr. Nach Wiener. – Zum Studien Coons Protokolle v. 5. Feb. et 6. März 1782. ddto 6. Marty 1782. 143 v. Y. 1782. An das böhm. Gubernium. Die vermöge des 7 § sub Nr. 305 wegen künftiger Einrichtung der jüdischen Schulen ganz wohl getroffene Veranlassung wird zwar überhbts hiemit begenehmigt; jedoch wird Ihme gubernio wegen der Bücher eine besondere auf die Allerhöchste Entschließung sich gründende Anordnung, auf seinen besonderen Bericht, mittels welchen die für diese Natzion umgestaltete Lese- und Namenbüchel eingesendet werden zukommen, worauf man sich also beziehet und dann findet man nicht wohl thunlich, der Judenschaft allgemein vorzuschreiben ihre Kinder gerade bis nach dem vollendeten 15ten Lebensjahr in den Normalschulen lassen solle, besonders, da man ihr billig freygestellet hat, die Kinder erst mit 10. Jahren oder auch früher zur Schule schicken zu können. Diese Verschiedenheit der Jahren muß so wie *jene der natürlichen Fähigkeit einen Unterschied in der Lehrzeit würken* und annebst muß auch der Willkühr der Ältern, ihre Kindern diese oder jene Bestimmung ihrer künftigen Lebensart zu geben, dabey in Betrachtung kommen. Diese Vorschrift ist also in eine Ermahnung und dahin abzuändern, daß die Ältern ihr Kind nicht vor gänzlich vollendetem Unterrichte und geprüften Fortgang aus den Schulen zurücknehmen sollen.

[79] Dankgebet, welches den 2. May 1782 bey der feierlichen Einsegnung der deutschen Schule in der Judenstadt zu Prag von den besten jüdischen Schulsängern unter Musik abgesungen ward. Von Ezechiel Landau, Oberrabbiner in Versen verfaßt und von einem Prager Juden aus dem Hebräischen übersetzt. Prag, bei Johann Ferdinand Edl. von Schönfeld. (Goedecke 6/732. Nr. 28. Mir nicht zugänglich. Hinweis: Zettelkatalog M. v. Portheim.)

[80] Auch diese Rede wurde gedruckt: Pinkas Kollin, Rede an die Prager Judengemeinde bey Eröffnung des deutschen Schulunterrichtes für die jüdische Jugend. Prag 1782. S. o. – Die Rede z. T. wiedergegeben bei Ignatz Böhm, k. k. Hofkaplan und Schuldirektor auf der k. k. Kammeralherrschaft Zbirow: Historische Nachricht von der Entstehungsart und Verbreitung des Normalschulinstitutes in Böhmen v. ... Prag 1784. S. 138. – Sehr bezeichnend die Titelvignette: links ein Block mit der Zahl 1775 von dem Strahlen ausgehen, neben ihm, vorgeneigt, ein Geistlicher, der die halbgesenkten Arme empfangend ausbreitet, in der Mitte eine Gruppe von Bürgern. Ein Honoratior mit Degen; vor ihnen Kinder – rechts, am Barte kenntlich, vorgebeugt eine Jude, der zwei Kinder gleichsam übergibt. – Böhm gibt eine ausführliche Darstellung der Eröffnungsfeier. Das Buch enthält auch sonst sehr wichtige und wertvolle Nachrichten.

[81] Rede an die versammelte jüdische Jugend und an die Vorsteher der Prager Judengemeinde. Verfaßt von Moßes Wiener und gehalten vor der k. k. Schulcommission. Bey Antretung seines öffentlichen Lehramtes, in dem Hörsaale der jüdischen deutschen Schule zu Prag den 10. Tag des Wintermonats 1782. Mit Schriften der k. k. Normalschule. (Sammlung Portheim Nr. 9955.)

[82] Wiener bringt a. a. O. auch eine ausführliche Darstellung des Lehrplanes, der Lehrfächerverteilung sowie zahlreiche Proben der Schülerleistungen im deutschen Aufsatz. Doch würde die Wiedergabe hier zu weit führen.

[83] St. A. St. R. 3217/1782. – Resol. aug. zum Vortrag der Hungarischen Hofkanzley vom 23. Sept. 1782. Die sistematische Regulirung der jüdischen Nation in

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Hungarn betrefend ... Caeterum cum Pragae iam optimo cum successu Schola normalis Judaica existat, Cancellaria medio Cancellariae austriaco-Bohemicae ad aequatam de hujus Instituti ratione Informationem petat, et ea, quae usui, talium in hungaria erigendarum scholarum deservire possunt, adoptare curabit.

[84] Darüber auch Böhm a. a. O. S. 163. Er berichtet von der Anwesenheit der Schulkommission unter Führung des Grf. Karl Clary. „Sowohl die Schüler als auch die Lehrer taten sich in dem moralischen Unterrichte, in der Schönschreibungskunst, besonders aber in dem Rechnungsfache vorzüglich hervor. Ebenso zeigte auch der Lehrer an der deutschen Judenschule im Orte Lüben, der mit dem moralischen Unterrichte mittelst der historischen Lehrart binnen kurzer Zeit weit vorrückte, was man auch mit der rohesten Jugend ausführen könne, wenn es an Eifer, Lehrgabe und Sachkenntnis nicht fehlt." – Er erzählt, Frankfurter Israeliten hätten „die ganze Verfassung der Schule mit nach Hause" genommen. Die Nachricht der Preßburger Zeitung verdanke ich Max Portheim.

[85] J. Meermanns Freyherrn von Dalem Reise durch Preussen, Österreich, Sicilien und einige an jene Monarchien grenzende Länder. Aus dem Holländischen übersetzt von Professor Lueder in Braunschweig. 1794. In der Schulbuchhandlung.

[86] Böhm a. a. O. S. 141 ff. – [87] Böhm a. a. O. S. 197. Nach seiner Angabe zählte man in Prag 347, in den Landschulen 584, im ganzen 931 jüdische Schüler.

[88] J. A. Riegger: Materialien zur alten und neuen Statistik von Böhmen. Heft VII. Zustand der Normal-Bürger- und Landschulen in Böhmen. S. 43 ff. Dort werden alle Orte aufgezählt.

[89] Es müßten dazu die Inspektionsberichte gesammelt und bearbeitet werden. Sie wurden nach Wien geschickt und von dort nach genommener Einsicht nach Prag zurückgesendet. Anton Weiß hat in seinem großen Werke: Geschichte der Theresianischen Schulreform in Böhmen, Wien und Leipzig I. 1905 II 1908 seine ursprüngliche Absicht, die deutschen Schulen der Israeliten im VI. Abschnitte (Inspektionsberichte) und im VII. (gesetzliche Vorschriften) zu behandeln, fallen gelassen und die jüdischen Schulen überhaupt nicht berücksichtigt. Doch finden sich an verschiedenen Stellen beachtenswerte Einzelnachrichten, so wenn es I. 82 heißt: An dieser (der Teplitzer) Schule wurden 35 jüdische Kinder nebst ihren dermaligen Lehrer unterrichtet und S. 83: durch das eifrige Zuthun des Teplitzer Herrn Dechants (Karl May) ist nicht allein unter den Juden eine vorschriftsmäßige Schule, sondern auch das mildthätige Armeninstitut eingerichtet worden. II 81. Schule in Deutschbrod 12. April 1782 bis 18. Sept. 1782. Hauptschule. An ihr zwei Christen und zwei Juden in der Methodik unterrichtet u. a. m. – Im Arch. d. Min. Unterr. in Wien findet sich unter 343 Bericht des böhmischen Guberniums ad num. 92 ex ang. 786 ein sehr umfangreiches Aktenstück (Prag 6. Junius 1786), das sich mit dem häuslichen Unterricht bei den Juden und mit deren Schulen beschäftigt. – Sein Verfasser ist wie die im Arch. d. Min. I. IV. T. 1 verwahrte „Nachträgliche Erinnerung zu dem Kommissionsberichte über die von der hiesigen Judenschaft bey S. Majestät eingereichten verschiedenen Gesuche", v. 11. Dez. 1790 beweist der 88. genannte Gubernialrat J. A. v. Riegger. Beide Stücke, ebenso wie der vom Hofrate von Greiner verfaßte Bescheid auf den erstgenannten Bericht erfordern eine gesonderte Behandlung. – Der Verfasser der „Beobachtungen über Prag" (s. u. Anm. 104) behauptet S. 111: Hier sind noch keine Beyspiele, daß Juden ihre Kinder, ausgenommen bey der Universität, in andere öffentliche Schulen geschickt hätten, wie man doch in verschiedenen anderen österreichischen Städten findet.

[90] Heilig Dr. Bernhard: Ziele und Wege einer Wirtschaftsgeschichte der Juden in der Tschechoslowakischen Republik. Bd. IV. dieses Jahrbuches S. 7–57. – Prokeš Dr. Jaroslav: Die Prager Judenkonskription vom Jahre 1729. Bd. IV. d. J. S. 297–331, bes. S. 331. Schluß.

[91] Kopetz a. a. O. I. S. 330. Verord. v. 11. Mai 1786. – Arch. d. Min. d. I. Prot. Böhmen, 1786 S. 504, Nr. 98 v. Mai.

[92] Arch. der Geschichte und Statistik, insbesondere von Böhmen. Dresden 1792. In der Waltherischen Hofbuchhandlung. Herausgegeben von Joseph von

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Riegger. Ritter. Königl. Böhm. Gubernialrath. Bd. I. S. 415 Numero der Familien. Jüdische Altstadt 168. Neustadt 2. Juden Altstadt. Männlich: Verheurathete 132. – Ledige und Witwer 208. – Neustadt 2. – 2. – Hierzu das weibliche Geschlecht. Altstadt 438. – Neustadt 4. Summa der Juden 786. – In der Judenstadt wohnten: Männlich, Verh. 1319. – Ledige und Witwer: 2240, weibl. G. 4126. – Summa 7341. Im ganzen in Prag 8127 Juden.

[93] Der Wortlaut eines Berichtes der Hofkanzlei in der Angelegenheit Frankel würde eigentlich darauf hindeuten, daß von dieser Erlaubnis nur sparsamer Gebrauch gemacht wurde. Es heißt in dem Vortrage v. 18. Jän. 1790 (St. Strch. St. R. v. 26. Jan. 1790, Nr. 273/1790): „Infolgedessen zeigt die Kanzlei an, daß, da in Prag eine eigene gesperrte, von der Christenstadt abgesonderte Judenstadt besteht, der Regel nach in der Christenstadt gar keine Juden wohnen sollen und bisher nur *einigen Großhändlern* gestattet worden sey, Christenhäuser zu erkaufen unter der Bedingung ... daß sie *lediglich mit ihren Familien* darinnen wohnen dürfen." Aber ob diese Formulierung, die nicht geradezu unrichtig ist, aber doch die im Texte und Anm. 91 nachgewiesenen Tatsachen verschweigt, nicht gewählt wurde, um die beabsichtigte Entscheidung – Abweisung Frankels – herbeizuführen?

[94] St. Arch. St. R. 2062/1784 Auskunft des b. ö. Obersten Hofkanzlers Grafen von Kollowrat v. 5. Juni 1784 über 11 Stücke allerhöchst bezeichnete Bittschriften Nr. 9.

[95] St. Arch. St. R. 2725/1784 Vortrag der Ver. b. ö. Hofk. über die Allerhöchst bezeichnete Bitte des Prager Juden Baruch Löw Kollin.

[96] St. Arch. St. R. 2644/1786 Circulandum der b. ö. Kanzley ddo 23. Juny 1786.

[97] Über die ganze Angelegenheit ausführlicher: Singer: „Aus dem Leben eines Kaufmanns" a. a. O.

[98] Arch. d. Min. I. Prot. der b. ö. Kanzlei Böhmen, 1786, S. 988. – Sept. Nr. 85.

[99] Ebendort S. 1029. – Nr. 10 v. Okt. – [100] St. Arch. St. R. 1408/1786. – [101] St. Arch. St. R. 1789. Nr. 2669 – 2703. – 2990–3362. – 3614. – 3800.

[102] Die anläßlich der Neuordnung des jüdischen Steuerwesens und des Abschlusses des Steuerpachtvertrages v. 1. Nov. 1789 vorgenommene Erhebung ergab (Archiv. s. o. II. 423ff. XXIV Von der dermaligen Judensteuer in Böhmen.):

Fatiertes Vermögen der Juden: Landesjudenschaft	5,430.022	fl.
Prager Judenschaft	5,254.325	„
Das dermalen unversteuerbare Vermögen der Juden, die nicht 150 fl. haben: Landesjudenschaft	302.125	„
Prager Judenschaft	50.563	„
	11,037.035	fl.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Summe unter dem wirklichen Stande zurückbleibt; denn es ist kaum anzunehmen, daß die Vermögensbekenntnisse, trotzdem sie nach § 7 des Pachtvertrages unter dem großen Banne abgegeben werden mußten, wesentlich genauer waren als etwa heutzutage die unter eidesstattlicher Versicherung abgegebenen Einkommensteuerbekenntnisse. Reichere Juden suchten sich der Einsicht in ihre Vermögensverhältnisse, der Unannehmlichkeit des Einbekenntnisses dadurch zu entziehen, daß sie z. T. recht bedeutende Pauschalbeträge anboten. (St. Arch. St. R. 1789: 3795. – 3846 – 1790: 276. – 1132. – 3579.) Gegen diese Versuche wehren sich andere Steuerträger: St. Arch. St. R. 4145/1789: Einige Prager Juden bitten, die Vermöglicheren unter ihnen von der Vermögensfatierung nicht zu befreyen. – Immerhin läßt das einbekannte Vermögen die von Meermann gegebene mehr als fünfmal so hohe Schätzung als übertrieben erscheinen. Denn auch Steuerhinterziehungen halten sich der Natur der Sache nach i. a. in gewissen Grenzen und allzu auffällige Verfehlungen waren auch dem Nichtgewissenhaften bedenklich, da nicht nur hohe Strafen angedroht waren, sondern dem Denunzianten auch reiche Belohnung winkte. (Pachtvertrag: Sechstens.) – Aus den oben genannten Zahlen erhellt die überwiegende wirtschaftliche Kraft der Prager Judenschaft. Sie weist bei 19 Prozent der Familienzahl und 17½ Prozent der Kopfzahl

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

(s. u.) nahezu die Hälfte des versteuerbaren Vermögens aus. Der Wert des nicht steuerbaren Vermögens entspricht beiläufig dem Bevölkerungsverhältnis. In dem Pachtvertrage wurde den Pächtern (Fünftens) das Recht gegeben, die bisherige Zahl der Judenfamilien (8541) auf 8600 zu erhöhen. Die wirkliche Zahl der jüdischen Familien betrug 1790 9277 und wurde bis 1793 auf 9043 herabgedrückt, trotzdem die Zahl der Menschen im gleichen Zeitraume von 45.893 auf 46.486 stieg. In Prag sank die Familienzahl von 1775 auf 1717. (Skizze einer statistischen Landeskunde Böhmens. Leipzig und Prag, bey Kaspar Widtmann, Buchhändler 1795. – Einige Beylagen zum 3. Heftchen. Haupt-Ausweis über den ganzen Populazionsstand im Königreich Böhmen mit den egerschen und Ascher Bezirken für das Jahr 1790. – 1791. – 1792. – 1793. – Der Verfasser, der mehrerwähnte J. A. v. Riegger, ist nicht genannt.)

[103] Vollständige Beschreibung der königl. Haupt- und Residenzstadt Prag von den ältesten bis auf jetzige Zeiten. Besonders für Fremde und Reisende bearbeitet. Nebst einem Anhange von 24 Kupfern und einem Plane. Prag und Wien in der von Schönfeldschen Buchhandlung 1787. (Sammlung Portheim 4422.) Auf S. 233 ist von den Reformen Josefs und ihren moralischen Zielen die Rede. „Dem ohngeachtet bleibt doch die Wuchersucht den Juden noch immer eigen, eine Menge der angesehensten Häuser in Prag schmachtet unter der Schuldenlast ... welche noch immer mehr anwachst und zuletzt das völlige Verderben des Vermögens nach sich zieht. Es ist zu erstaunen und fast unglaublich, was für eine Summe die jüdischen landttäflich und stadtbürgerlich vorgemerkten Forderungen betragen. Man kann daraus auf den gänzlichen Verfall des allgemeinen Kreditsystems schließen, da die Abtragung der Zinsen die ordentlichen Beträge zu überschreiten scheint." – II 106 bis 213 bringt eine sehr interessante Darstellung der Künste, der Gewerbe und des Handels.

[104] Beobachtungen in und über Prag, von einem reisenden Ausländer I. und II. Bändchen Prag bis Wolfgang Gerle 1787. (Sammlung Portheim 4419.) Auch hier kehrt der Gedanke der Leihbank wieder. Der Verfasser findet (S. 103 ff.) eine der Ursachen der Fortdauer des Wuchers der Juden in dem zu niedrigen gesetzlichen Zinsfuß (4%). Der Kapitalist gebe also sein Geld zu 6% dem reichen Juden, der dann unter allerhand Praktiken weiter verleihe. II. S. 115: „So viel ist gewiß, je mehr die Juden hier mit Christen umgehen, je mehr sie an Aufklärung gewinnen, desto mehr nimmt ihre Neigung zur Übervortheilung des Christen im Handel ab. Sie wissen sehr gut, daß wir unter einander oft ebenso hart verfahren als sie gegen uns und dies bringt in der That bei einigen von ihnen eine innere Empörung hervor, die sie bessert." Auch sonst enthält das Buch viele interessante Bemerkungen, so über die Klage der Juden über die übermäßigen Lasten, die ihnen auferlegt sind, II 117/18, über die Schäden, die der Geldhandel der Juden verursache, indem sie die Gelder auswärts anlegen, und vieles dgl., das alles nachgeprüft werden müßte.

[105] In dem Anm. 88 erwähnten Ref. Rieggers von 1786. – [106] St. Arch. St. R. 1037/1786. Vortrag der ver. b. ö. Hofk. v. 2. März 1786. Über die Beschwerden der Juden Gemeinde von Brody usw.

[107] Arch. d. Min. I. Copia. 58 v. Jahre 1786 Stud. Abth. Tyrol. An gesamte Länderstellen mit Ausnahme Galizien, Wien, den 15. April 1786 und Tyrol. 115 vom Jahre 1786 Studien Abth. An sämtliche Länderstellen Wien den 8. August 1786.

MÄHREN

[108] Der Index Mähren 1781 d. V. b. ö. Kanzlei ist im Brande v. 15. Juli 1927 zu Grunde gegangen, ebenso bis auf ganz jämmerliche Reste alle Akten. Die böhmischen Indices setzen erst im J. 1786 ein.

[109] Bei Willibald Müller: Urkundliche Beiträge zur Geschichte der mährischen Judenschaft im 17. und 18. Jhdt. Olmütz 1903. S. 19 ff. – [110] Die General-Polizei-Prozeß- und Kommerzialordnung abgedruckt (T. I.) bei Müller a. a. O., S. 86 ff.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[111] Arch. d. Min. I. Prot. Mähren 1782. S. 27 Jan. 100.: Bittliches Gesuch der Mährischen Judenschaft, betreffend 5 Classenfamillen, die Erleichterung für den Heiratsstand, und den numerum restrictum der fatierten Familen de a. 1781. Decretat an das Gubernium um Bericht add. 19. Jan. 1782.

[112] Das Motiv des Schulsessels, seine Bedeutung für die gesellschaftliche Stellung des Eigentümers sehr schön und wirksam verwertet bei Kompert: Die Gottesannehmerin.

[113] Müller a. a. O. S. 88. – [114] Vgl. das Gutachten des Oberlandesrabbiners Bernd Eskeles, Müller a. a. O., S. 68 ff. – [115] Müller a. a. O., S. 12. – [116] Müller a. a. O., S. 44. – [117] Vgl. Dr. Bernhard Heilig: Die Vorläufer der mährischen Konfektionsindustrie in ihrem Kampf mit den Zünften. Jahrb. III. S., 330 ff. S. o. Böhmen, S. 238. Für die Berufsgliederung und ihre Wandlungen sehr interessant Prof. Dr. Berthold Bretholz: die Judenschaft einer mährischen Kleinstadt. Markt Pirnitz im XVIII. Jhdt. Jahrb. II., 408 ff. – [118] Müller a. a. O. Wie das Toleranzpatent in Mähren enstand. S. 167 ff. – [119] Der Name des Ref. ist unbekannt. Müller a. a. O., S. 175. – [120] Müller a. a. O., S. 177.

[121] Man vgl. dazu, was Graf Hatzfeld über die Wiener Jüdinnen sagt (Příbram U. u. A. I., S. 438): ... als ich öfters in denen öffentlichen Spectakeln bemerket, daß junge Juden und Judenmagdchen unter dem Adel vermengter im ersten Parterre gesessen, welche durch die Arth der Kleidung von dem Adel nicht zu unterscheiden waren, in der Kostbahrkeit derselben es dem Adel auch vorgethan haben.

[122] St. Arch. St. R. 2170; 14. Sept. 1781. – [123] Palacký, Geschichte von Böhmen, III/1, S. 236. – [124] Müller a. a. O., S. 178–181. – [125] Nicht *Franz* Graf Blümegen, wie Müller S. 181 irrtümlich schreibt. – [126] Das Stück ist bei Příbram U. u. A. nicht gegeben. – [127] S. o. S. 259. – [128] Müller a. a. O., S. 181–184. – [129] Müller a. a. O., S. 184. HD Kropatschek, Hb. IV. 180. – bei Příbram a. a. O., I 505. VII. – [130] St. Arch. St. R. 2824 ex. 1781. – Vortrag der Hofkammer dd. 30. Nov. 1781, gedr. bei Příbram U. u. A. I. 503. – [131] K. Resol. v. 18. Dez. 1785. St. Arch. St. R. 5258 ex 1785.

[132] St. Arch. St. R. 2781/1781. – Kaiserl. Resol. v. 28. Nov. 1781, gedr. bei Příbram U. u. A. I., S. 502. – St. A. St. R. 237 ex 1782 v. 20. Jan. 1782, gedr. bei Příbram a. a. O. I., S. 505.

[133] Arch. des Min. I. Index und Prot. der b. ö. Kanzlei. – 1782. S. 125. Febr. 214. Extractus Protocolli an die Hofkammer, daß man mit derselben einverstanden seye, womit es bey der für das Monat Jänner in Mähren eingehobenen jüdischen Leibmaut zu belaßen seye. ddto 25. Febr. et exped. 6. Martii 1782.

[134] St. Arch. St. R. 237/1782. 20. Jan. – gedr. bei Příbram a. a. O. I., 505. VIII.

[135] Die Aufgabe Sonnenfels bestand in der stilistischen Verbesserung; er sollte dabei „den vorzüglichen Bedacht nehmen, damit diese Verordnungen für jedermann und besonders für den gemeinen Mann wohl verständlich seyn mögen". K. Resol. v. 29. Dez. 1781, für N. Ö.-St. Arch. St. R. 2995/1781, gedr. bei Příbram a. a. O. I., 492.

[136] S. o. 132. gedr. bei Příbram a. a. O. I. 506. IX. – [137] Příbram a. a. O. I., 498. – [138] Příbram a. a. O. I., 480. – [139] Ebenda I. 487. – [140] St. Arch. St. R. 2995/1781. Vortrag der Hofkanzlei v. 20. Dez. 1781, gedruckt bei Příbram a. a. O. I., 489.

[141] Scari, Hieronymus v. Cronhof: Systematische Darstellung der in Betreff der Juden in Mähren und im k. k. Antheile Schlesiens erlassenen Patente und Verordnungen: § 100.

[142] Vgl. u. a. Judacos propriam culpam perpetuae servititutis submisisse, ne nutrices et servientes habeant christianos; ne filii liberae filiis famulentur ancillae sed tamquam servi a domino reprobati in cujus mortem nequiter conperarunt, se saltem per effectum operis recognoscant servos illorum, quos Christi mors liberos et illos servos effecit. Laterankonzil Innocenz II. v. 1215; zitiert auch bei Hermann S. 9.

[143] Archiv d. Min. I. Index u. Prot. Mähren 1782 der b. ö. Hofk. Prot. Febr. 101. – [144] Müller a. a. O., S. 185. – [145] Arch. d. M. I. – Index u. Prot. Mähren – der b. ö. Hofk. Febr. 216. – [146] Gedr. bei Müller a. a. O., S. 185 ff. – [147] Arch. d. Min. I. – I. u. Prot. der b. ö. Hofk. Mähren 1782, S. 34. Jan. 128. – gr. Dekretatum ddto 22. Jan. 1782.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
UB
DFG

[148] Ebendort, S. 121. – Febr. 196. IV D 7 in genere. Dekret an das Mährische Gubernium ddto 27. Feb. et exp. 6. Martii 1782.

[149] St. Arch. St. R. 2997/1781 den 22. Dez. 1781. Vortrag des O. H. Marschalls Graf v. Wrbna v. 19. Dez. 1781. – [150] Arch. Min. d. I. – I. u. Prot. Mähren der b. ö. Hofk. O. 265, April 124. Über Vortrag ddto 13. April 1782. – [151] Arch. d. Min. Unterr., Blatt 254 v. 1784. – Dekret an das mährisch-schlesische Gubernium.

SCHLESIEN

[152] Die einleitende Darstellung stützt sich auf Scari s. o. und D'Elverts: Zur Geschichte der Juden in Mähren und Schlesien usw. Brünn 1895. – S. 132/33. Sie beschränkt sich auf das Allernötigste, das zum Verständnis der Haltung der Zentralstelle erforderlich ist. Ein Bild der wirtschaftlichen Lage der schlesischen Judenschaft konnte ich mangels mir zugänglichen Materials nicht geben. Was sich bei Scari, Kopetz, Kropatschek findet, ist zu dürftig.

[153] Patent v. 15. April 1753. – [154] St. Arch. St.R. 2318/1781. Circulandum v. 8. Okt. 1781. Vortrag der b. ö. Hofk. v. 30. Sept. 1781 Die Duldung der Schlesischen Juden und derselben Nahrungserweiterung betreffend.

[155] „Nach dem Berliner Frieden v. 1742 wurde der übrig gebliebene Teil Schlesiens neu organisiert. Anstatt des in Breslau bestandenen königl. Oberamtes wurde mit A. h. Entschließung v. 17. Okt. und 12. Dez. 1742 ein (Königl.) Amt in Troppau errichtet und demselben sowohl die Besorgung der in das Publicum und Politicum als auch der in das Justizwesen einschlagenden Agenden anvertraut." Landesrat Karl Berthold: Schlesiens Landesvertretung und Landeshaushalt usw. Troppau 1909. Bd. I., S. 12.

[156] Hempel-Kürsingers Hauptrepertorium weist keinen Druck dieses Patentes auf. Die gegebenen Notizen rühren von Scari her.

[157] Die mährische Judenschaft suchte um Ausnahme von der allgemeinen Gerichtsordnung und den Grundsätzen der Gerichtsbarkeit an. St. Arch. St. R. 2944/1783. 20. August 1783. Vortrag der O. Justitzstelle v. 18. Aug. 1783. Ich behalte mir die gesonderte Besprechung dieser Urkunde vor. Das Ergebnis der Beratung führte zur kais. Resol. v. 23. Aug. und dem entsprechenden HD v. 25. Aug. 1783.

[158] St. Arch. St. R. 2055/1789. Das für Galizien festgesetzte Juden Patent ist auch für die Mährisch-Schlesische und hungarische Judenschaft anzuwenden; dann auch auf die übrigen deutschen Erblande. Majestätsgesuch des Primators Joachim Popper um Anwendung auf Böhmen. Wien 3. May 1790. Gegengesuch einer Anzahl anderer Juden v. 12. May (Wien). Min. I. IV. T. 1. Böhmen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Drei Beiträge zur Entwicklung der Judenemanzipation in Böhmen

Von Dr. František Roubík, deutsch von Dr. Anton Blaschka

I.

DIE VERHANDLUNGEN ÜBER DIE REVISION DES JÜDISCHEN SYSTEMALPATENTES VOM JAHRE 1797

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es in einigen europäischen Staaten zu Versuchen, die Juden teilweise zu emanzipieren, und so wuchs auch das Selbstbewußtsein der intelligenteren Juden in den Ländern Österreichs, namentlich aber in Böhmen, wo das Bildungsniveau der Judenschaft verhältnismäßig höher war als in anderen Gebieten der Monarchie. Die Rechtsgrundlage für die Juden in Böhmen bildete damals immer noch das Systemalpatent vom 3. August 1797. Aber die landesfürstlichen Behörden, vor allem das Prager Gubernium, waren sich schon darüber klar, daß einzelne Bestimmungen desselben für die damaligen Verhältnisse zu Anomalien geworden waren und einer Revision und Berichtigung im Sinne des Zeitgeistes bedürfen würden. Absicht der Regierung war es in jener Zeit, die Juden in bezug auf Bildung, Lebensart und Beschäftigung allmählich der christlichen Bevölkerung näherzubringen und so aus ihnen Untertanen zu machen, die zu dem Staate, in dem sie lebten, ein innigeres Verhältnis empfinden sollten. Dieses Bestreben hatte sich bereits in dem Patente vom Jahre 1797 kundgetan, aber seine Verwirklichung war auf Schwierigkeiten gestoßen. Schuld daran waren einzelne Bestimmungen des Patentes, dessen Textgestaltung aus der Zeit des Übergangs von der Aufklärung zum Absolutismus datierte. Damals hatte man sich noch nicht von gewissen älteren Vorstellungen freimachen können und hielt daran fest, die Juden seien ein bloß geduldetes Element, rechtlich vom Christenvolk geschieden. In den verschiedenen Judenfragen, die die Zeit mit sich brachte, nahm das Prager Gubernium im großen ganzen einen recht fortschrittlichen und menschenfreundlichen Standpunkt ein. Seine Anträge, die an die Regierung in Wien gingen, waren mit großem Verständnis für die Bedürfnisse der böhmischen Judenschaft abgefaßt. Leider herrschte in der Kabinettskanzlei und in der Hofkanzlei

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

das System, grundsätzliche Fragen auf die lange Bank zu schieben, so daß die trefflichen Gubernialanträge nicht verwirklicht werden konnten, ja auf Jahrzehnte zurückgestellt wurden. Das zeigte sich auch bei der Verhandlung über die Revision des Systemalpatentes vom Jahre 1797 in den Jahren 1820–1826.[1]

Den Anstoß zu dieser Verhandlung gab das Hofdekret vom 3. Feber 1820. Im Sinne der kaiserlichen Entschließung vom 22. Jänner des gleichen Jahres erlassen, sprach das Dekret gleich eingangs den Grundsatz aus: in Provinzen, wo es bisher keine Juden gegeben habe, könne man ihr Wachstum und ihre Ausbreitung nicht unterstützen, ja man dürfe sie nicht einmal dulden; alle bisher erlassenen Vorschriften müßten erfüllt werden. Das Dekret ging von der Voraussetzung aus, die verschiedene Bildungsstufe der Judenschaft in den verschiedenen Provinzen fordere eine Revision der bestehenden Rechtsnormen hinsichtlich der Juden mit besonderer Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse; es formulierte daher den Zweck dieser Revision so: Gebräuche, Lebensführung und Beschäftigung der Juden sollten unschädlich gemacht und die Juden sollten der bürgerlichen Gesellschaft, in der sie lebten, soviel als möglich angeglichen werden. Die wichtigsten Mittel zur Erreichung dieser Absicht erblickte das Hofdekret in der Gewinnung eines staatlichen Einflusses auf die religiöse, sittliche und intellektuelle Ausbildung der Juden, in ihrer Aufmunterung zu Berufen, bei denen persönliches und Staatsinteresse Hand in Hand gingen, und schließlich in der allmählichen Beseitigung der bisherigen Absonderung der Judenschaft von der übrigen christlichen Bevölkerung. Die Gubernien jener Länder, wo es ansässige Juden gab, sollten sich über diese Fragen äußern und die Hofkanzlei sollte sich dann darüber mit dem Finanzministerium ins Einvernehmen setzen.

Dem Ergebnis dieser amtlichen Enquete vorgreifend, setzte der Kaiser bereits in diesem Dekrete einige Grundsätze fest, die gleich damals durchgeführt werden sollten. Sie betrafen zunächst die Verwaltung von Religion und Schule. Künftighin sollte kein Rabbiner aufgenommen werden, der sich nicht mit Zeugnissen über das Studium der Philosophie und der Religion ausweisen könnte. Die Juden sollten für den angemessenen Unterhalt ihrer Rabbiner sorgen. Die jüdischen Gebete, die religiösen Übungen und Predigten in den Synagogen sollten zu festgesetzten Zeiten deutsch oder in der Landessprache stattfinden und zu diesem Zwecke sollten Übersetzungen der nötigen Bücher hergestellt werden. Die jüdische Jugend sollte zum regelmäßigen Schulbesuche angehalten und mit Ausnahme des Religionsunterrichtes in christlichen Schulen ausgebildet werden.

Das böhmische Gubernium sollte daher alle geltenden Judengesetze, namentlich das Systemalpatent vom Jahre 1797, einer gründlichen Revi-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

sion unterziehen; der Inhalt dieses Patentes sollte dem Gutachten über das Ergebnis dieser Verhandlungen als Grundlage dienen. In seiner Äußerung sollte das Gubernium Vorschläge erstatten, welche Vorschriften zu belassen, welche aufzuheben, welche abzuändern wären, und welche neuen Bestimmungen für eine Ergänzung in Betracht kämen. Das Gutachten sollte Auskunft geben über den Rabbinerstand im Lande, über ihre Vorbildung und ihre Einkünfte, es sollte einen Überblick über die jüdischen Steuern und Abgaben bieten und einen Vergleich mit der Steuerbelastung der Christen ermöglichen, es sollte endlich Vorschläge erstatten, wie der Unterricht beim Besuch christlicher Schulen zu regeln sei; über die Übersetzung jüdischer Bücher sollte später eine Entscheidung getroffen werden.

Der Referent des Guberniums beantragte zwar, es sollten in dieser Frage alle Kreisämter, der Prager Magistrat, die Stadthauptmannschaft, das Fiskalamt und die Staatsbuchhaltung gehört werden, aber die Mehrheit des Guberniums entschied gegen ihn. Das Gubernium sollte die ihm aufgetragene Revision der Judengesetze selbständig durchführen, ohne Anhörung der übrigen Ämter; von diesen sollte es nur einige Daten und Nachrichten einholen, was auch noch im Jahre 1820 geschah.

Das Hofdekret hatte zur Einbringung des Antrages auf Revision des Systemalpatentes nur eine Frist von drei Monaten gestellt, aber es dauerte fast volle sechs Jahre, bis bei der Hofkanzlei die Antwort des Prager Guberniums einlangte. Bemerken wir hier, um es vorwegzunehmen, daß über das Gutachten des Guberniums vom Dezember 1826 der Kaiser erst nach fünfzehn Jahren, im Jahre 1841 entschied, und zwar noch nicht im ganzen Umfang, so gewinnen wir eine gute Vorstellung von der Raschheit, mit der die damalige Verwaltung arbeitete.

Die im Laufe des Jahres 1820 beim Gubernium eingelangten Nachrichten gewährten eine Übersicht über die Verwaltung des jüdischen Religions- und Schulwesens jener Zeit. Von elf Kreis- und siebzehn Ortsrabbinern,[2] die damals in Böhmen wirkten, besaß fast kein einziger die vorgeschriebene philosophische Vorbildung; es waren meistensteils alte Rabbiner, die noch vor dem Jahre 1797 bestellt worden waren, so daß sich die betreffenden Bestimmungen des Systemalpatentes auf sie nicht bezogen. Aber auch die jüngeren Rabbiner hatten in der Regel nicht die vorgeschriebene höhere Vorbildung. Auch hatten nicht einmal die Kreisrabbiner damals eine festgesetzte Besoldung. Mancherorts bezogen sie zwar ein bestimmtes Gehalt von jenen Judengemeinden, in denen sie gleichzeitig als Ortsrabbiner fungierten, und einige erhielten bis 580 fl. Conv. Münze;[3] im großen ganzen handelte es sich aber bloß um freiwillige Beiträge, zu denen noch Nebeneinkünfte von Hochzeiten, Synagogenvisitationen, Religionsunterricht und ähnliche kamen. Die Kreisämter beantragten daher, die Judenschaft der Kreise zur Zahlung einer ständigen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

angemessenen Besoldung an die Kreisrabbiner im Betrage von 400–500 fl. C. M. zu verhalten. Einzelne Judengemeinden, die keine eigenen Rabbiner hatten, begnügten sich nur mit Religionslehrern („Religionsweiser, Schulsinger"), die in der Regel gleichzeitig auch Ritualschlächter waren („Schächter, Koscherer").

In Böhmen gab es damals insgesamt nur 46 jüdische Trivialschulen (mit Ausnahme der Prager Hauptschule), an denen ordentliche jüdische Lehrer unterrichteten. Bemitteltere Judenfamilien hielten zum Unterricht ihrer Kinder in der Religion und in den sonstigen Gegenständen Privatlehrer, während die übrigen Judenkinder – unregelmäßig – die deutschen christlichen Schulen in den betreffenden Gemeinden besuchten, wo ihnen vorschriftsgemäß besondere Bänke zugewiesen waren. Am katholischen Religionsunterricht nahmen sie freilich nicht teil; den Religionsunterricht besorgten nach dem Lehrbuche Bnezion besondere Religionslehrer, die nicht vom Staate bestellt waren. Die Kreisämter empfahlen daher fast einhellig, künftighin den Religionsunterricht nur geprüften Lehrern anzuvertrauen, die von den Kreisrabbinern zu beaufsichtigen wären. Den regelmäßigen Besuch der christlichen Schulen durch Judenkinder empfahlen zwar die Kreisämter einmütig, rieten aber nicht, bereits bestehende jüdische Schulen aufzulassen, schon aus dem Grunde, da in den christlichen Schulen wenig freier Raum für die jüdischen Kinder sei, die abgesondert von den christlichen sitzen müßten, hauptsächlich wegen ihrer Unreinlichkeit und häufiger Hautkrankheiten. Gegen den Besuch christlicher Schulen durch jüdische Kinder wendeten ihrerseits die Juden selbst ein, daß die damaligen christlichen Lesebücher vielfach einen ausgesprochen katholischen Charakter trugen, was viele jüdische Eltern zurückhielt, ihre Kinder in christliche Schulen zu schicken.

Das Bedürfnis einer Reform der jüdischen Kultusverwaltung begann damals auch von jüdischer Seite betont zu werden. Es war der Lehrer der religiösen Moral an der Prager Hauptschule, Peter Beer, der Ende Mai 1820 dem Kaiser ein umfassendes Memorial in dieser Frage überreichte, das sich entschieden gegen die jüdischen Rabbiner jener Zeit richtete. Beer, der damals bereits 37 Dienstjahre hatte, war der Verfasser mehrerer Bücher, welche sich die religiöse und sittliche Hebung des Judentums zum Ziel setzten. Er hatte noch zu Kaiser Josefs II. Zeiten studiert. Die Bestrebungen des Kaisers, die Juden in Österreich zu reformieren, veranlaßten ihn, sich dem Lehrberufe zu widmen. Bald nach Erscheinen des Systemalpatents vom Jahre 1797 gab er 1802 die Schrift „Kelch des Heils" heraus, die die Juden aufmuntern sollte, die Absichten des Patentes zu erfüllen. Schon im April 1819 hatte Beer durch Vermittlung des Ministers Saurau, dem er seinen Namen offenbarte, dem Kaiser einen anonymen Antrag auf Änderung des Gottesdienstes in den jüdischen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Synagogen vorlegen lassen. Dieser Antrag gab vermutlich den Anstoß, das Hofdekret vom Feber 1820 zu erlassen. Durch die Anonymität deckte sich Beer aus Besorgnis vor Verfolgung von Seiten andersdenkender Juden, vor allem natürlich der Rabbiner.

Als Beer vom Gubernium aufgefordert wurde, ein Gutachten über die Ausbildung und Prüfung der jüdischen Rabbiner vorzulegen, nahm er die Gelegenheit wahr, um diese umfangreiche Denkschrift für den Kaiser auszuarbeiten. Mit gründlicher Sachkenntnis kritisierte er die bisherige Kultusverwaltung der böhmischen Judenschaft, wies ihre Mängel nach und stellte Reformanträge. Sein Hauptaugenmerk wandte er den damaligen Rabbinern zu. Er wies überzeugend darauf hin, daß auch kein einziger von ihnen die für einen Geistlichen jeder Religionsgemeinschaft unerläßlichen Kenntnisse besitze: also neben den alten Sprachen in Exegese, Hermeneutik, Archäologie, Chronologie, theoretischer und Moraltheologie, Katechetik, Homiletik, Liturgie und ihrer Geschichte. Die derzeitigen Rabbiner seien keine Priester, sondern bloße Zeremoniäre – führte Beer aus –, der Talmud sei ihre Hauptlehre; daher bildeten sie das Haupthindernis einer Annäherung von Juden und Christen, indem sie zur Erhöhung ihres Einflusses diese Vorschriften, Mythen und Legenden erhielten und vermehrten. Es sei daher notwendig, vom Talmud zur ursprünglichen Religion des Moses und der Propheten zurückzukehren; nur so könne die Absicht des Patentes vom Jahre 1797 erfüllt werden. Diese Reform könne allerdings nicht von den Rabbinern ausgehen, die sich der Einführung der deutschen Sprache in den Synagogen widersetzen; denn dann könnten sie nicht von Rache, Verfluchung der Gegner u. dgl. sprechen. Über die Vorbildung der Rabbiner behauptete Beer, daß vielleicht einzig und allein die Rabbiner in Polna, Böhmisch-Leipa und Neuhaus ein Zeugnis über philosophische Studien besäßen, aber keines von einer österreichischen Universität; sie hätten sich dieselben durch Umgehung des Gesetzes verschafft. Blutenden Herzens – so schrieb Beer –, aber mit reinstem Gewissen vor Gott klage er die Rabbiner an. Nach seiner Meinung seien bloß die Laienlehrer imstande, die beantragte Reform durchzuführen, doch müßten sie nicht bloß alle obangeführten Disziplinen beherrschen, sondern auch den Talmud und den daraus hervorgegangenen Rabbinismus. Zu diesem Zwecke beantragte Beer die Errichtung einer besonderen mosaischen theologischen Lehranstalt, die unter staatlicher Aufsicht diese jüdischen Religionslehrer ausbilden würde. Vier Professoren und ein Adjunkt würden hinreichen; die jährlichen Kosten dieser Anstalt veranschlagte Beer mit 12.000–15.000 fl. und beantragte, zu dessen Deckung den Ertrag der jüdischen Stiftungen für Lehrer und Schüler des Talmudstudiums zu verwenden oder den Aufwand auf die gesamte Judenschaft im Reiche zu repartieren. Die Anstaltsprofessoren sollten das jüdi-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sche Konsistorium bilden, das der Regierung Anträge in Kultus- und Religionsangelegenheiten zu erstatten und mit Hilfe besonderer jüdischer Superintendenten in den einzelnen Ländern die Erfüllung der betreffenden Vorschriften zu überwachen hätte. Mit der Lehranstalt könnte ein Seminar für die Lehrer der israelitischen Jugend verbunden sein. Den bisherigen Titel „Rabbiner" empfahl Beer durch einen anderen, nicht so prononcierten, zu ersetzen; für die beantragte Anstalt reklamierte er auch das Recht, nach Absolvierung des drei- bis vierjährigen Studiums den Doktortitel der mosaischen Theologie zu verleihen. Für den Fall der grundsätzlichen Genehmigung machte sich Beer erbötig, einen eingehenderen Antrag auf Errichtung dieser jüdischen theologischen Fakultät auszuarbeiten.

Beers Vorschlag wurde vom Gubernium dem erzbischöflichen Konsistorium zur Äußerung vorgelegt. Das vom damaligen Oberschulaufseher Fr. Caroli erstattete Gutachten fiel im großen ganzen ablehnend aus. Er stimmte zwar der Notwendigkeit einer religiösen Reform zu, aber die beantragte Lehranstalt hielt er eher für schädlich als nützlich. Die Juden waren nach seiner Meinung noch nicht reif für die Ausführung solcher Pläne. Einen Beweis für seine Behauptung erblickte Caroli in dem Umstand, daß vierzig einheimische und fremde Rabbiner sich mit einer Druckschrift sogar scharf gegen den Gedanken gewandt hatten, deutsche Gebete in den Synagogen einzuführen, und gegen diese Reform den Bannfluch geschleudert hatten. Er zweifelte daher nicht, daß der Gedanke, eine solche theologische Lehranstalt zu errichten, auf umso größeren Widerstand stoßen müsse; diese Anstalt müßte den Juden mit Gewalt aufgezwungen werden und müßte unter ihnen ein völliges Schisma erzeugen, so daß das wahre Gegenteil eintreten würde. Dem Grundsatze huldigend, die Reform müsse von der jüdischen Jugend ausgehen, berief sich Caroli auf den bereits im Jahr 1817 eingebrachten Antrag des erzbischöflichen Konsistoriums, die jüdische Jugend solle den Religionsunterricht in ihrer Muttersprache nach einem eigenen Lehrbuch vorgetragen erhalten und solle verpflichtet sein, auch die deutschen Exhorten in den Synagogen anzuhören. Zur Abfassung dieses Lehrbuches sollten fähige Juden aufgefordert werden und hervorragende Rabbiner sollten durch öffentliche Anerkennung seitens der Regierung zu weiterer Tätigkeit im Sinne der Regierungstendenzen aufgemuntert werden.

Carolis Urteil fand rückhaltlose Zustimmung des Konsistoriums; es sollte nicht die einzige Ablehnung des Beerschen Antrages bleiben. Auch die Oberjuristen der Prager Judengemeinde Flekeles und Landau erhoben dagegen ihre Stimme – wenn auch nicht direkt. Diese Verfechter des Rabbinismus legten beim Kaiser ganz allgemein Protest ein gegen die neue Bewegung, die nach ihrer Behauptung Unglauben und religiöse

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gleichgültigkeit in die Judenschaft trage. Diese Afterphilosophen unter den Juden – so eiferten die Oberjuristen – treten sogar öffentlich aus der jüdischen Religionsgemeinschaft aus, besuchen die Synagogen nicht, treten aber trotzdem nicht zu einer andern Kirche über und sind daher auch wahren Christen nicht sympathisch. Diese Leute im Auslande seien angeblich entschlossen, sich von der Judenschaft zu trennen und unter dem Namen „Puristen" eine gereinigte Naturreligion auf philosophischer Grundlage zu begründen. Da die preußische Regierung ihre Pläne ablehnte, hätten sie im Sinne, für sich eine neue besondere Synagoge zu gründen, wo deutsch gepredigt werden würde. Aber auch darin hätten die Regierungen bereits ihre eigentliche Absicht durchschaut, der alten mosaischen Religion eine deistische Form zu geben; deshalb sei von der preußischen Regierung ihre neue Synagoge im Jahre 1816 gesperrt worden. Das Beispiel der Fremde wollten nun einige Wiener Juden nachahmen, eine deutsche Synagoge einrichten, somit den Deismus einführen und die mosaische Religion erschüttern. Einem Phantom, dem sogenannten „Zeitgeist" huldigend, mißachteten sie die religiösen Vorschriften, brächen durch Einführung des Deutschen das uralte Herkommen, das unter der Judenschaft der ganzen Welt beobachtet werde. Den Schluß ihres Protestes widmeten die Oberjuristen der eifrigen Verteidigung der hebräischen Sprache gegen die Einwendungen der Gegenpartei und forderten ihre Belassung in den Synagogen.

Zweifellos hatten die Oberjuristen eine gute Taktik gegen die Reformpläne gewählt, indem sie diese Bestrebungen als Deismus und als Kundgebung religiöser Gleichgültigkeit bezeichneten, denn vor solchen Strömungen hatte die damalige Regierung große Angst. Von Beer war im Protest mit keinem Worte die Rede, aber es waren offenbar seine Vorschläge, gegen die sich die Vertreter des Rabbinismus wandten. Der Magistrat, dem das Gubernium dieses Memorial zur Äußerung zuwies, holte hiezu einerseits von Beer, anderseits auch von dem k. k. Schulrat und außerordentlichen Lehrer der jüdischen Religionsmoral Herz Homberg ein Gutachten ein, der fast gleichzeitig mit Beer eine Schrift über die religiöse Reform der Judenschaft an den Kaiser gerichtet und sich hiebei ebenfalls scharf gegen den schädlichen Einfluß der Rabbiner ausgesprochen hatte. Es kann also nicht wundernehmen, wenn die Urteile dieser beiden Repräsentanten der jüdischen Religionslehrerschaft auch diesmal entschieden gegen die Argumente der Prager Rabbiner ausfielen und diesen Sophistik vorwarfen; sie betonten neuerdings, die Einführung der deutschen Gebete sei zur Hebung des jüdischen Gottesdienstes schon deshalb notwendig geworden, da die Mehrzahl der Juden nicht Hebräisch könne und so nicht verstehe, was sie bete, und eine solche Einführung sei auch nach dem Talmud nicht nur zulässig, sondern selbst im höchsten Grade er-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wünscht und erforderlich, da das Gebet verständlich sein solle. Nach der Meinung der beiden Lehrer verdiente der Protest der Prager Oberjuristen überhaupt keine Beachtung.

Als daher der Prager Magistrat im November 1820 dem Gubernium sein Gutachten betreffs der jüdischen Religionsreform vorlegte, stützte er sich auf die Gutachten der genannten Lehrer Beer und Homberg. Das Schriftstück des Magistrats ging davon aus, daß die jüdischen Rabbiner zur Verrichtung gottesdienstlicher Handlungen nicht in dem Maße notwendig seien wie die christlichen Priester und betonte, die Juden bedürften vertrauenswürdiger Personen zur Lösung religiöser Zweifel, zur Pflege der Sittlichkeit und zur Erziehung der Jugend. Den Juden einen Rabbiner aufzuzwingen hielt der Magistrat für ausgeschlossen, denn es würde ihrer Bestimmung widersprechen, die auf dem Vertrauen der Gemeinde beruhe, und würde den Bannfluch nach sich ziehen. Bezüglich der vorgeschriebenen philosophischen Vorbildung der Rabbiner zitierte der Magistrat nur die Meinung der Prager Oberjuristen, daß bei dem langen philosophischen Studium den Rabbinern zu wenig Zeit übrig bleiben werde, um sich das eigentliche rabbinische Wissen anzueignen, namentlich die Kenntnis des Talmuds und der vier Bücher Schulhan Aroch. Überdies würde dann die Judengemeinde zu ihnen kein Vertrauen haben, da sie ihr vom jüdischen Gesetz und von der Religionslehre allzu entfremdet erscheinen würden, und so müßte das Rabbinat bald eingehen. Gegen die Forderung einer festen Besoldung der Rabbiner wandten die Oberjuristen ein, daß dies eine allzu starke Verlockung für Gewinnsüchtige darstellen und das Vertrauen zum Rabbinerstand untergraben würde. Nicht einmal die Anträge auf eine Reform des Religionsunterrichtes fanden Gnade in den Augen der Oberjuristen; sie wiesen darauf hin, ein Auszug aus den heiligen Schriften sei unzureichend und die Einführung metaphysischer Grundsätze würde den spekulativen Geist der Juden zum Unglauben verführen. Auch die neuen Lehrbücher erschienen ihnen – wie wir übrigens aus ihrem Memorandum an den Kaiser gesehen haben – als Produkt der Puristen und Deisten, wogegen es den Mosaismus zu schützen galt.

Auch die Prager Judengemeinde nahm sich damals der Rabbiner an; sie wandte ein, sie könnten sich die philosophischen Kenntnisse auch aus andern Quellen aneignen. Die Judengemeinde brauche viel eher echte Religionslehrer denn Philosophen, zu denen sie kein Vertrauen hätte. Eine fortschrittlichere Auffassung bekundete in einem besonderen Gutachten der jüdische Gemeindevorsteher Juda Jeiteles, der die Notwendigkeit anerkannte, Lehrbücher der jüdischen Glaubenslehre und des religiösen Zeremoniells herauszugeben. Aber auch er bestätigte, daß das Studium des komplizierten jüdischen Religionszeremoniells und der 36 Talmudfolianten fast ein ganzes Menschenleben erfordere, so daß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

wirklich keine Zeit für das Philosophiestudium zu erübrigen sei. Er empfahl jedoch, man solle für das Gebiet des Zeremoniells aus guten Theologen ein besonderes Rabbinerkollegium errichten. Die Religionslehrer würden dann bloß über die Beobachtung der Zeremonialgesetze wachen, während den Rabbinern die Obsorge für den Kultus, die Predigt, die religiösen Funktionen, die Hochzeiten, der Krankentrost und der Religionsunterricht zufallen würde. Jeiteles beantragte, das Zeremoniell unter die Aufsicht eines Rabbiners zu stellen, während der Religionsunterricht nach seinem Vorschlage von dem Schulrate Homberg kontrolliert werden sollte.

Homberg selbst erstattete dem Magistrate gleichfalls ein Gutachten, das wiederum gegen die Rabbiner zugespitzt war. Er schilderte das religiöse Leben der damaligen Juden in sehr dunklen Farben, tadelte an den Rabbinern namentlich ihr langdauerndes Studium des Talmuds und des Zeremoniells auf Kosten der eigentlichen religiösen Bestimmung, was nach seiner Meinung zum Mangel an Herzensbildung und somit zu dem Zustand führe, in welchem sich die Juden damals befanden. Auch die Bibel sei durch Verschulden der Rabbiner von Aberglaube und Wortklauberei überwuchert, dem Kult mangle die Würde, die Gebete brächten derzeit das menschlich fühlende Herz auf. Homberg versprach sich von der philosophischen Vorbildung der Rabbiner nichts, solange man sie nicht unter Staatsaufsicht stelle; sie würden sich sonst stets für die alleinseligmachenden Religionslehrer halten, die heilige Schrift entweihen und das gemeine Volk in Fragen der Religion und der Moral in der bisherigen Unwissenheit halten. Auch Homberg beantragte daher die Errichtung eines klugen jüdischen Konsistoriums unter der unmittelbaren Leitung der Landesbehörde; es würde ihm die Pflicht zufallen, die jüdischen Religionslehrbücher und die Gebete zu revidieren und zu reinigen, wirklichen Gottesdienst einzuführen, allerhand Mißbräuche abzustellen, das höhere jüdische Schulwesen zu organisieren, die Rabbiner zu erziehen und zu approbieren, die falsche Schriftauslegung zu beseitigen, die Rabbiner zum Predigen und zur Pflichterfüllung anzuhalten, besondere jüdische Mädchenschulen einzuführen, kabbalistischen Überspanntheiten in den Gebeten entgegenzuwirken, für die Einheit der Religion zu sorgen und gegen das Sektenwesen anzukämpfen.

Der Magistrat zollte diesen Anschauungen Hombergs volle Zustimmung und empfahl dem Gubernium, ihm die Ausarbeitung eines eingehenden Antrages auf Errichtung des Konsistoriums zu übertragen. Bezüglich der Besoldung der Rabbiner erkannte der Magistrat die Einwendungen der Judengemeinde an und beantragte, die Gehaltsfrage vorläufig in suspenso zu belassen. Gegen den Plan der Regierung, die jüdischen Kinder zum Besuche der Christenschulen zu verpflichten, sprach sich damals selbst die Schulinspektion aus; sie wies besonders auf den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Platzmangel hin und erklärte, daß der Schulbesuch der Judenkinder für die christliche Jugend kaum einen Gewinn bedeuten würde.

Zur Erstattung des abverlangten Gutachtens durch das Gubernium kam es, wie gesagt, erst mit Ende Dezember 1826.[5] Und es war ein Verdienst des Referenten Hofrat Ritter von Böhm, daß es entschieden zugunsten der Juden ausfiel. Der Referent machte nachdrücklichst auf die Notwendigkeit aufmerksam, zahlreiche althergebrachte Vorschriften zu verbessern. Bevor er noch zum eigentlichen Thema seines Gutachtens überging, gab er die oben erwähnten Ausführungen der beiden Parteien wieder, der Judengemeinde und der Oberjuristen einerseits, Beers und Hombergs anderseits, denen er in vielem zustimmte. Im eigentlichen Referate konnte sich Böhm auf das Gutachten berufen, welches das Gubernium bereits im Jahre 1813 erstattet hatte. Damals hatte sich das Gubernium über das Ansuchen der böhmischen Judenschaft vom Jahre 1811 um Gleichberechtigung mit der christlichen Bevölkerung geäußert, als sie sich darauf berief, die Bedingungen des Patentes vom Jahre 1797 erfüllt zu haben.[6] Schon damals hatte das Gubernium den Grundsatz betont, der Nationalcharakter aller Völker der Erde sei von ihrem Temperament bestimmt, das wiederum das Ergebnis unterschiedlicher Komponenten sei, des Klimas, der Lebensführung, der leiblichen und sittlichen Erziehung, und durch die Richtung, die ihr Geist durch die Verfassung und die Gesetze erhalten hat, durch die sie geleitet werden. Da die religiösen Unterschiede unter den bestehenden Verhältnissen ihre ehemalige Bedeutung eingebüßt hätten, war der Referent überzeugt, auch die Juden würden sich ihrer Umwelt anpassen, wenn sie völlig frei wären. Schon im Jahre 1813 hatte das Gubernium den Berichten der untergeordneten Stellen entnommen, daß das Patent vom Jahre 1797 seine Wirkung auf die Juden nicht verfehlt habe; sie hätten seitdem einen bedeutenden Fortschritt gemacht, so daß sie sich gegenwärtig von der christlichen Bevölkerung nur wenig unterschieden, was Wohnung, Brauch, Tracht und Sprache anlange, daß sie sich den Christen angleichen wollten durch Pflege der Wissenschaften, des Handels und der Industrie, daß sie vom Wucher ließen und daß auch ihr Patriotismus wachse. Schon damals hatte daher das Gubernium beantragt, den Juden durch sukzessive Zugeständnisse entgegenzukommen; es hatte aufmerksam gemacht, sobald sich die Regierung einmal entschlossen habe, die Juden im Staate zu dulden, bleibe nichts anderes übrig, als auf ihre Veredlung hinzuarbeiten. Die Zahl der Juden im ganzen Reiche schätzte damals Böhm auf 500.000 Seelen (die nicht allzu verläßliche amtliche Zahl betrug 447.000), wovon etwa 50.000 auf Böhmen entfielen. Das größte Hindernis jüdischen Kulturfortschrittes erblickte der Referent im jüdischen Separatismus, der von den Rabbinern und der Talmudlehre

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

genährt werde, die unter ihnen das Bewußtsein der Einheit (esprit de corps) wachhalte und sie von den Christen absondere. Mit dem Hinweis auf die bereits beim Wiener Kongreß im Artikel 16 der Deutschen Bundesakte zum Ausdruck gekommene Tendenz, die der Deutschen Bundesversammlung zur Pflicht machte, eine Reform der Judengesetze Deutschlands im Sinne der völligen Judenemanzipation zu erwägen, stimmte der Referent der bereits damals vorgebrachten Meinung zu, daß die den Juden zur Last gelegten Mängel der Mehrzahl nach ihrer langjährigen Unterdrückung entspringen; daher sei die Reform der Judengesetze schon sehr dringend. Böhm wagte zwar noch nicht, die volle Gleichberechtigung der Juden vorzuschlagen, aber seine Anträge waren nicht weit davon entfernt.

Nach diesen Bemerkungen grundsätzlicher Art schritt der Referent an das eigentliche Gutachten, das er stilistisch nach der Reihenfolge der Paragraphen des Judenpatentes vom Jahre 1797 aufbaute, indem er zunächst ihren Wortlaut anführte und daran seine Bemerkungen und Verbesserungsvorschläge knüpfte. Im Rahmen dieser Studie können wir allerdings nur die wichtigeren Punkte des interessanten und umfassenden Böhmschen Referates näher berühren.

Was die Religion anlangte, so war es vor allem die Frage der Einführung des Deutschen in die Synagogen, die den Referenten besonders anzog. Übereinstimmend mit den Äußerungen Beers und Hombergs betonte der Referent, die deutsche Sprache würde für Religion und Moral nützlich sein und selbst der Talmud gestatte sie. Die Mehrzahl der Juden verstünde nicht Hebräisch, könne nicht einmal Hebräisch lesen und schwatze daher bei den Gebeten oder schlafe. Den größten Gewinn versprach sich der Referent davon, daß durch Einführung des Deutschen die jüdischen Gebete von anstößigen Stellen gereinigt werden müßten, welche Verfluchungen der Feinde des Judentums enthielten und so die Kluft zwischen Juden und Christen vertieften, zumal solche Verfluchungen nurmehr historische Bedeutung hätten. Ebenso erachtete der Referent die Lehre vom Messias und von der Rückkehr nach Palästina vom Gesichtspunkt des Staates aus für anstößig, da sich die Juden so stets nur für Fremdlinge im Wirtsstaate halten, ohne Anhänglichkeit für ihn zu empfinden. Böhm empfahl darum, vorläufig nur die Volksgebete und die Predigt deutsch herauszugeben, und die Reform in dieser Richtung überhaupt nur allmählich durchzuführen. Auch die bisherige jüdische Art zu beten hielt der Referent für durchaus unzeitgemäß – sie sei eher geeignet Ärgernis zu erregen als zur Andacht zu stimmen, namentlich was die öffentlichen Lizitationen beim Ausheben und Einheben der Thora betreffe und das Geschrei der Sänger, das die allgemein verbreitete Redensart von der „Judenschule" verursacht habe.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Diese Arbeit gegen den jüdischen Aberglauben und Unglauben und gegen den jüdischen Separatismus, der von den halbgebildeten Rabbinern und Talmudisten genährt wurde, hatte zur notwendigen Voraussetzung die Reform der Rabbinerausbildung. Darum widmete ihr der Referent anschließend besondere Aufmerksamkeit. Er beantragte, mehr Rabbiner mit fixer Besoldung, die ihnen ihre Existenz verbürgte, zu ernennen; sie sollte sich in der Höhe von jährlich 300 bis 600 fl. bewegen und nach der Größe des Sprengels abgestuft sein, wobei die Nebengebühren wegfallen könnten. Mit Beziehung auf die Berichte der Kreisämter über den Mangel der philosophischen Vorbildung der Rabbiner, denen jetzt das bloße Zeugnis eines andern angeseheneren Rabbiners genüge, wiederholte der Referent die Anträge sowohl der Judengemeinde und der Oberjuristen als auch der Lehrer Beer und Homberg. Mit der Meinung der letzteren bezüglich des schädlichen Einflusses der Rabbiner auf die Stärkung des jüdischen Separatismus stimmte der Referent völlig überein und wies darauf hin, die jetzigen Rabbiner würden stets geheime Widersacher aller auf die religiöse Veredelung der Juden abzielenden öffentlichen Einrichtungen sein, schon weil sie befürchteten, ihre keineswegs auf persönlichen Verdiensten beruhende Autorität einzubüßen. Der Referent empfahl deshalb die Errichtung der von Beer und Homberg vorgeschlagenen jüdisch-theologischen Fakultät und des Konsistoriums, beides für das ganze Reich und auf Kosten der Judenschaft der gesamten Monarchie. Auch die Einsetzung jüdischer Superintendenten hielt Böhm für sehr nützlich. Bezüglich dieser Anträge konnte der Referent darauf hinweisen, daß jüngst in Wien ein protestantisches Konsistorium und im Jahre 1820 eine dreijährige theologische Lehranstalt für die Augsburgische und Helvetische Konfession errichtet worden sei; es könnte daher auch bei den Juden zu einem ähnlichen Schritte kommen, zumal sie es noch notwendiger brauchten. Als Sitz der beantragten jüdischen Fakultät brachte der Referent Prag in Vorschlag, namentlich deshalb, weil sich hier seit jeher die altberühmte jüdische Universität befand, die erst mit Hofdekret vom 17. November 1808[7] aufgehoben worden war. Vor Errichtung der Anstalt empfahl der Referent auch die Einholung der Meinung aufgeklärterer Juden aus dem Reiche und gegebenenfalls aus dem Ausland, und als Vorbild zum Teil die unlängst für die italienischen Juden im Lombardisch-venezianischen Königreich errichtete Anstalt. Neben dem jüdischen Konsitorium und den Superintendenten sollte auch die ehemalige Würde des Landesrabbiners erneuert werden, wozu der Prager Rabbiner ausersehen war. Mit der Errichtung des beantragten Seminars empfahl der Referent zuzuwarten, bis man ein Urteil darüber hätte, wie sich die jüdisch-theologische Lehranstalt bewähren würde, deren Hörer zunächst die philosophischen Studien absolvieren sollten. Die Bestäti-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gung der gewählten Rabbiner sollte dem Gubernium überlassen bleiben, dem dies schon seit 1814 oblag. Bis dahin konnte laut Hofdekret vom 12. Juli 1798 jüdischer Religionslehrer jeder werden, der sich mit dem Zeugnis irgendeines Rabbiners über seine Talmudkenntnisse und über deutsche Schulbildung ausweisen konnte; künftighin sollte diese Konsense die neue jüdisch-theologische Lehranstalt ausstellen, der es obliegen sollte, diese Volkslehrer auszubilden. Auch die Hauslehrer, die bisher keiner Kontrolle unterstanden, sollten künftig Zeugnisse von geprüften Rabbinern beibringen. Nach der beantragten Beseitigung lächerlicher und unanständiger jüdischer Religionszeremonien und nach Einführung des Deutschen in den Synagogen sollten nach der Meinung des Referenten die bisherigen jüdischen „Schulsinger" überflüssig werden, denn den Gottesdienst sollte dann bloß der Rabbiner leiten, der damals auch nach dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch verpflichtet war, die jüdischen Geburts-, Hochzeits- und Sterbematriken zu führen. Auszüge aus diesen Matriken sollte nach dem Referentenantrag der Matrikenführer Ende jeden Jahres dem zuständigen katholischen Pfarrer zur Herstellung der Haupttabellen zustellen. Der Absatz des Patentes von Jahre 1797 von der privaten Thoraausstellung in jüdischen Familien gegen eine bestimmte Gebühr sollte gestrichen werden; denn der Referent fand es nicht in Ordnung, wenn sich reiche Juden einen religiösen Vorteil verschafften, außerdem war er der Meinung, eine solche Privatabmachung gehöre nicht in ein Gesetz.

Zum zweiten Abschnitt des Patentes vom Jahre 1797, der vom Unterricht der jüdischen Kinder handelte, machte der Referent geltend, es zeige sich bereits jetzt ein bedeutender Unterschied zwischen jenen Judenkindern, welche die Christenschule besuchten, und den Kindern aus den Judenschulen; er beantragte daher den Pflichtbesuch der Christenschulen für alle Judenkinder und Aufhebung der jüdischen Schulen überall dort, wo die Christenschulen geräumig genug seien, um auch die Judenkinder aufzunehmen. Die Christenschulen sollten zu diesem Zwecke sukzessive erweitert und die Juden zur finanziellen Beihilfe verhalten werden. Auch die jüdischen Hauslehrer, die sogenannten bochurim (Bochers), welche meistens gleichzeitig auch Ritualschlächter waren, sollten künftig unter der Aufsicht des zuständigen Rabbiners stehen. Man erhoffte durch eine solche Reform den bisherigen jüdischen Separatismus zu beseitigen. Daher beantragte der Referent, diese Änderung auch in Prag durchzuführen, wiewohl er sich der aus den örtlichen Verhältnissen entspringenden Schwierigkeiten wohl bewußt war, deren eine der Platzmangel in den christlichen Schulen war. Es handelte sich hier aber auch um den Bestand der jüdischen Hauptschule, über deren Aufhebung schon einigemal vorher verhandelt worden war, zuletzt im Jahre 1818, als die Prager

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Judengemeinde selbst um Auflösung derselben ansuchte und sich um den gemeinsamen Unterricht der Juden- und Christenkinder bemühte. Den Hauptgrund für dieses überraschende Gesuch bildete der bedeutende finanzielle Aufwand von 10.000 bis 12.000 fl. jährlich, die vom jüdischen Domestikalfonds getragen werden mußten, der bereits mit andern Ausgaben stark belastet war (im Jahre 1818 bestand ein Erfordernis von 69.000 fl., das durch Zuschläge zu den schwerdrückenden Judensteuern gedeckt werden mußte). Die Prager Juden verwiesen darauf, daß die übrigen drei Prager Hauptschulen aus öffentlichen Fonds gezahlt seien, während die Juden ihre Schule selbst aushalten müßten; sie empfanden diesen Umstand als ungerecht und ersuchten daher um Einschulung der jüdischen Kinder in eine der drei christlichen Hauptschulen Prags. Der Gubernialreferent und einige Räte, sowie der Prager Magistrat hatten damals die Genehmigung des Gesuches beantragt, aber die Mehrheit des Guberniums war dagegen und über ihren Antrag wurde das jüdische Gesuch mit Hofdekret vom 6. Juni 1818 abgewiesen. Referent Böhm machte aufmerksam, daß der gegebene Augenblick der Lösung günstig wäre und er versprach sich davon eine wohltätige Einwirkung auf die jüdischen Kinder, – es wäre allerdings noch die Frage des Schulbesuches am Sabbat zu lösen gewesen.

Mit der Schulreformfrage hing aufs engste der jüdische Religionsunterricht zusammen. Der Referent empfahl, endlich ein gutes deutsches Religionslehrbuch für die jüdische Jugend herauszugeben und die Aufsicht über diesen Erziehungsgegenstand den Superintendenten oder Oberrabbinern unter der Oberleitung des beantragten jüdischen Konsitoriums anzuvertrauen. Einen besonderen Talmudunterricht hielt der Referent für zwecklos, sobald ein deutsches Religionslehrbuch vorliege, denn dann werde dies ausschließliche Aufgabe der jüdischen Theologen sein. Es würde dann auch die bisherige Zensur der jüdischen Religionsbücher entfallen, denn die alten Religionsbücher sollten verboten und abgeschafft werden.

Nicht minder radikale Eingriffe beantragte der Referent auch in der jüdischen Gemeindeverfassung. Eine besondere Judengemeinde gab es damals zwar nur in Prag, aber auch diese hielt der Referent für nachteilig, namentlich deshalb, weil sie den jüdischen Kastengeist nähre und weil sich die jüdischen Gemeindeältesten und Oberjuristen offenkundig bemühten, diese Isolierung der Juden aufrecht zu erhalten und womöglich noch zu verschärfen. Die Prager Judengemeinde besaß weder die Zivil- noch die Kriminaljurisdiktion, noch eine politische oder Polizeigewalt. Das alles war Sache des Magistrats, während die Judengemeinde nur ein Exekutivorgan der Gemeinde sein sollte, wie es in den sonstigen Prager Bezirken die städtischen Viertelherren waren. Während von den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

sieben Viertelherren jeder über etwa 400 Häuser die Aufsicht führte, zählte die Judenstadt nur 279 Häuser und der Gemeindevorstand setzte sich zusammen aus drei Vorstehern, einem Aktuar, zwei Kanzlisten, einem Protokollisten, zwei Dienern, einem Rathauswirt, einem Kassakontrollor, einem Steuerschreiber und einem Heizer; der Jahresaufwand dieses Verwaltungsapparates belief sich auf über 9000 fl. W. W. aus der jüdischen Domestikalkassa. Der Referent machte darauf aufmerksam, daß die tatsächliche Praxis der Judengemeinde, aus der sich mit der Zeit ein wirkliches amtliches Bindeglied zwischen dem Prager Magistrat und der Judenschaft entwickelt hatte, dem Geiste des Patentes vom Jahre 1797 widerspreche, zumal da die Ergebnisse dieser jüdischen Administrative sehr schlecht seien und keineswegs dem hohen Aufwand entsprächen. Die Beleuchtung und Säuberung der Stadt, die der Judengemeinde übertragen war, wurde sehr schlecht ausgeführt, so daß die Judenstadt wegen ihres Schmutzes und ihrer Finsternis berüchtigt war; die jüdische Waisenhausverwaltung hatte lange Zeit keine Rechnung gelegt und auch in anderen Zweigen der jüdischen Administrative führten die zuständigen Behörden gegen die Judengemeinde berechtigte Klagen. Nach der Meinung des Referenten war es nicht ganz gerecht gegen die Juden, daß sie für den Großteil der polizeilichen Verfügungen aus ihrer Domestikalkasse aufkommen mußten, wiewohl die Stadt Prag, deren Bürger sie seien, für alle diese Verwaltungszweige ihre eigenen Einnahmsquellen habe, zu denen auch die Juden beitragen müßten (namentlich zum Erträgnis der Stadtmaut). Der Referent beantragte daher, die besondere Judengemeinde in Prag aufzuheben, nach ordentlicher Abrechnung und Übergabe der Amtsbücher und Schriften den gesamten Judenvorstand und das gesamte Personal zu entlassen und die Judenstadt künftig als untrennbaren Teil der Prager Gemeinde zu verwalten. Dann müßte man freilich auch die jüdische Domestikalkasse auflassen und die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung aus der Prager Gemeindekasse bestreiten, in welche dann auch die jüdischen Beiträge fließen sollten.

Für die Judenstadt sollte ein besonderer städtischer Viertelherr bestimmt werden oder sie sollte den Nachbarvierteln zugeteilt werden, um dadurch die Isolierung der jüdischen Bevölkerung viel sicherer zu durchbrechen. An die Stelle der jüdischen Gemeindevertretung sollten besondere jüdische Gemeinderepräsentanten treten, wie dies sonst in Prag der Fall war, doch nicht als besonderes Amt, sondern unbesoldet und bloß auf drei Jahre, nach deren Ablauf Neuwahlen stattfinden sollten. Für den Fall als dieser radikale Antrag von der Regierung abgelehnt werden sollte, empfahl der Referent zwar, die bisherigen drei jüdischen Gemeindevorsteher zu belassen, jedoch unbesoldet auf drei Jahre und nicht als besonderes Amt, die Zahl des Kanzleipersonals herabzusetzen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und die Kompetenz der jüdischen Gemeindeältesten streng nur auf § 21 des Patentes vom Jahr 1797 zu beschränken, also auf die Vertretung der Interessen der Judengemeinde vor den Behörden, auf die jüdische Armenpflege, auf die Einhebung der Beiträge zur Gemeindeverwaltung und überhaupt auf die Ausführung der Befehle des Magistrates. Für die Domestikalkasse sollten jedoch die Judenältesten künftighin keine Gelder einheben, sondern die Parteien zum städtischen Steueramt verweisen. In der Aufzählung der Strafsanktionen gegen ungetreue Judenälteste empfahl der Referent, künftig die Strafe der Landesverweisung wegzulassen, da er sie den geänderten Verhältnissen nicht angemessen hielt.[8]

Zum IV. Abschnitt des Judenpatentes, der den Bevölkerungsstand betrifft, hatte der Referent verhältnismäßig weniger zu bemerken und er begnügte sich hier mit einigen mehr grundsätzlichen Vorschlägen. Die Belassung überzähliger Judenfamilien sollte bedingt sein durch eine erlaubte Beschäftigung im Sinne des § 51 des Judenpatentes, den Söhnen jedoch nur dann, falls sie sich entweder dem Berufe des Vaters oder einer anderen Beschäftigung nach dem erwähnten Paragraph widmeten. Jüdische Brautleute sollten den Besuch der Normalschule, den Religionsunterricht und eine erlaubte Beschäftigung nachweisen. Der Vermögensnachweis von 300–500 fl. sollte nur für den Fall aufrecht bleiben, als es nicht zu einer Änderung des bisherigen jüdischen Steuersystemes käme, wie es der Referent beantragte und wie davon weiter unten die Rede sein wird. Da nach dem Hofdekret vom 14. September 1826 den Juden auch das Pachten und Bewohnen von Bierbrauereien erlaubt war, sollte diese Bestimmung ebenfalls in das künftige Judenpatent aufgenommen werden. Die Bestimmung des § 37, der einen Unterschied machte zwischen Provinzjuden und Prager Juden und die Beschränkung der Freizügigkeit und des Erbrechtes der Juden enthielt, sollte ausfallen und die Juden sollten in dieser Hinsicht den Christen gleichgestellt werden. Desgleichen empfahl der Referent, im Hinblicke auf die wechselnden Preisverhältnisse, im Patent die ausdrückliche Ziffer für den Vermögensnachweis wegzulassen, der zur jüdischen Großhandelsbefugnis notwendig und damals für Prag mit 30.000 fl. und für die Provinz mit 20.000 fl. festgesetzt war. Auch in Emigrationsfragen sollten die Juden künftig mit den Christen gleichgestellt werden.

Eine durchaus liberale Auffassung bekundete der Referent auch in der Beurteilung der wichtigen Judenberufsfrage. Die Beschränkung auf den Familienstand vom Jahre 1725 sollte in Zukunft nur bei jenen platzgreifen, die keiner empfohlenen Beschäftigung nachgehen; den jüdischen Handwerkern und Bauern sollte Freizügigkeit zuteilwerden, wie dies zum Teil bereits mittels Hofdekret vom 4. März 1819 zugestanden war. Nur die Bergstädte sollten auch weiterhin von dieser Bestimmung ausgenom-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

men bleiben. Die Judenberufsfrage führte den Referenten zur Frage der Judenstadt; er erblickte darin nur ein Mittel zur Unterstützung des jüdischen Separatismus, des Kastengeistes und der Unzucht. Mit Berufung auf einen ähnlichen Gubernialantrag vom Jahre 1813 empfahl der Berichterstatter, den jüdischen Großhandelsleuten und Fabrikanten den Aufenthalt in der ganzen Christenstadt zu gestatten und diese Begünstigung unbeschränkt auf alle Juden auszudehnen, die von einer Tätigkeit im Sinne des § 51 des Judenpatentes leben, also vom Handwerk oder von der Landwirtschaft. In dieser Frage erzielte jedoch der Referent nicht die Stimmen der Gubernialmehrheit; diese war geneigt, die vorstehenden Begünstigungen nur von Fall zu Fall und nur insoweit einzuräumen, als der betreffende Jude tatsächlich jenes Handwerk betreibe. Die Auflassung der Judenstadt in Prag und der Judengassen in den Provinzstädten hielt der Referent noch nicht für angezeigt. Von der richtigen Voraussetzung ausgehend, daß der Grundbesitz den Bürger am wirksamsten an den Staat feßle, in dem er lebe, wiederholte Böhm den ehemaligen Gubernialantrag vom Jahre 1813, den Juden unter bestimmten Bedingungen den Erwerb von christlichen Häusern und Grundstücken zu gestatten. Die Gubernialminderheit war nicht einmal dagegen, der Judenschaft den Erwerb von Landtafelgütern zuzugestehen, wobei jedoch das Patronatsrecht durch besondere christliche Justiziare ausgeübt werden sollte. Aber auch in diesem Punkte hatte der Referent die Mehrheit des Guberniums gegen sich, die sich hauptsächlich vor der jüdischen Spekulation fürchtete und nur den Kauf von Dominikalgrundstücken zugestand. Erst als der Referent beantragte, von dieser Freigabe Tabulargüter und untertänige Rustikalgrundstücke auszunehmen, stimmte die Gubernialmehrheit zu, aber nur unter der Bedingung einer besonderen Gubernialkonzession für jeden individuellen Fall. Einen Anspruch der Juden auf den Erwerb von Rustikalgrundstücken empfahl nicht einmal der Referent, indem er betonte, es liege im Staatsinteresse, einen eigenen gesunden und starken Bauernstand zu erhalten, der die Grundbedingung für erfolgreiche Militärassentierungen sei. Er empfahl jedoch, den Juden auch den Erwerb von Rustikalgütern in Dominikalregie zu gestatten, da sich die Juden sonst nicht der Landwirtschaft widmen könnten, was doch in der Tendenz des Judenpatentes vom Jahre 1797 begründet sei. Da sich das bisherige System von kurzfristigen Pachtverträgen als unzulänglich erwiesen hatte, empfahl der Referent, den Juden die Pachtung aller Grundstücke mit Ausnahme ganzer Güter zu erlauben und vor allen Dingen das bestehende Verbot der Verwendung von christlichen Dienstboten aufzuheben, da es das größte Hindernis für einen gedeihlichen Betrieb der jüdischen Landwirtschaft bilde. Mit diesem Antrage war die Gubernialmehrheit einverstanden, machte jedoch die Pachtbewilligung von der Bedingung abhängig, daß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der betreffende Jude das Grundstück auch tatsächlich selbst bebaue. Den Ausschluß der Juden von der Pachtung von Gasthäusern, Zehnten und Einkünften aus der Gerichtsjurisdiktion billigte der Referent aus Besorgnis vor dem schädlichen Einfluß der Juden auf die Landgemeinden. Dagegen erschien das bestehende Verbot für Juden, Mühlen zu pachten, dem Referenten unlogisch und er beantragte dessen Aufhebung, da das Müller- und Bäckergewerbe den Juden erlaubt war. Aber auch hier ließ das Gubernium eine Beschränkung auf jene Juden eintreten, welche das Müllergewerbe wirklich selbst ausüben. Da sich seit dem Jahre 1797 die Vorschriften über den Hausierhandel, das Zunftwesen u. dgl. bedeutend geändert hatten, beantragte der Referent, in das neue Judenpatent nur eine allgemeine Bemerkung aufzunehmen, daß auf dem Gebiete des Handels und des Handwerks für die Juden dieselben Bestimmungen gelten wie für die Christen. Mit Rücksicht darauf, daß damals in Böhmen die Mehrzahl der nützlichsten Handwerke zünftig nicht organisiert war – das Zunftwesen unterlag damals überhaupt starken Einschränkungen –, empfahl der Referent, den § 51 in dem Sinne abzuändern, daß diejenigen Juden, die drei Jahre nacheinander selbständig eine produktive Tätigkeit betreiben, gleiche Rechte genießen wie die Christen. Auch hier hätte die Drohung mit der Landesverweisung zu entfallen, die nur für Ausländer gelten sollte. Es lag ganz in der Linie der beantragten Reformen, wenn der Referent die beiden Abschnitte VI. und VII., die von den politischen und Gerichtsbehörden und von den Pflichten zum Staate handelten, ausgemerzt wissen wollte, da sich die Juden diesbezüglich in Zukunft durchaus nicht von den Christen unterscheiden sollten. An die Stelle dieser Bestimmungen sollte nur die allgemeine Bemerkung kommen, daß die Juden sich nach den geltenden Vorschriften zu richten haben. Nur im § 58 sollte die Geldstrafe von 50 Dukaten aufrecht bleiben und überdies noch durch Androhung einer angemessenen Leibesstrafe für jene Rabbiner verschärft werden, die den Bannfluch schleudern oder eine öffentliche Buße auferlegen sollten.

Sehr viel Beachtung schenkte der Referent dem unhaltbaren System der jüdischen Steuern und Abgaben. Daß man in dieser Hinsicht damals das Bedürfnis einer Reform allgemein empfand, zeigte am besten das Gutachten, welches anfangs Mai 1820 beim Gubernium sogar die Staatsbuchhaltung eingebracht hatte, also die zur Beurteilung dieser Frage allerzuständigste Stelle. Nach dem Voranschlage auf die Jahre 1818 bis 1820 sollten die Juden in Böhmen alljährlich 243.994 fl. $55^1/_4$ kr. berichtigen, eine Summe, die als Vermögenssteuer, Waisengutsteuer, Familien- und Verbrauchssteuer und als der Ertrag allerhand pauschalierter Abgaben eingehoben wurde.[9] Aus dem Erträgnis dieser Steuern wurden neben 216.500 fl. Beitrag zum Camerale auch die Zinsen von den Gemein-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

deschulden, die Regie und unterschiedliche kleinere Ausgaben bestritten, so daß im Jahre 1820 das Defizit 1310 fl. $7^1/_2$ kr. betrug. Außer den oberwähnten Steuern zahlten jedoch die Prager Juden noch verschiedene Gemeindebeiträge und die Konkurrenzgebühr auf die Militäreinquartierung, die Landesjudenschaft aber das Schutzgeld an die Obrigkeit und einige andere Abgaben, die der Staatsbuchhaltung unbekannt und je nach den örtlichen Verhältnissen verschieden waren. Die Staatsbuchhaltung machte aus ihrer Überzeugung kein Hehl, daß die jüdische Bevölkerung in bezug auf Besteuerung gegenüber der christlichen sehr benachteiligt sei, ohne mit ihr rechtlich gleichgestellt zu sein. Die Staatsbuchhaltung verglich die Steuerbelastung zwischen einem Christen und einem Juden unter gleichen materiellen Voraussetzungen und kam zu dem Ergebnis, daß z. B. ein Jude mit einem Vermögen von 1650 fl. $9^6/_8$mal mehr Steuer zahle als ein gleichbemittelter Christ, ein Jude mit einem Vermögen von 4800 fl. aber bereits $14^{29}/_{33}$mal mehr und ein Jude mit 16.000 fl. gar bis $27^{11}/_{14}$mal mehr als ein Christ. Die größte Ungerechtigkeit erblickte die Staatsbuchhaltung mit Recht darin, daß die Judensteuer nicht vom Einkommen, sondern vom Vermögen bemessen wurde, was schlechterdings zur Herabdrückung der Steuermoral, zur konsequenten Verheimlichung des wirklichen jüdischen Vermögenstandes in den betreffenden Steuerfassionen, zu Meineid und Nachlaßbetrügereien führte. Der jüdische Handelsmann war dem christlichen gegenüber auch darin im Nachteil, daß er ähnlich wie der Christ einer hohen Erwerbsteuer unterlag, die er jedoch gleichzeitig auch von seinem Vermögen zahlen mußte, was bei dem christlichen Handelsmanne nicht der Fall war. Während der christliche Großhandelsmann von einem ausgewiesenen Fonds von 20.000 fl. nur die Klassensteuer zu zahlen hatte, mußte der Jude von diesem Fonds fast 10% auf Steuern aufwenden. Ähnlich lagen die Verhältnisse bei den jüdischen Kleinhandelsleuten, die von einem Fonds von 4000 fl., jährlich 373 fl. 30 kr. C. M. Steuern zahlten, also gleichfalls fast 10%, während der christliche Handelsmann nur die Klassensteuer trug, und zwar nur in Wiener Währung und nicht in Konventionsmünze wie die Juden. Jüdische Brautleute mußten vor der Hochzeit 500 fl. Vermögen nachweisen, das wirklich nur wenige hatten. Von dem angeführten Vermögen mußten sie jedoch die Steuer auf drei Jahre im Betrage von 120 fl. 45 kr. im voraus begleichen, was also 25% des nachgewiesenen Vermögens entsprach.

Ihrem Gutachten schloß die Staatsbuchhaltung einige statistische Tabellen an, die ein interessantes Bild von den Vermögensverhältnissen der böhmischen Juden gab, soweit es sich aus den verzeichneten Steuerbekenntnissen gewinnen ließ. Der Vergleich der jüdischen und christlichen Besteuerung stellte z. B. 18 fl. $^3/_4$ kr. beim Christen einer Summe von 185 fl. 16 kr. beim Juden gegenüber, also über zehnmal mehr, wie wir be-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

reits oben gezeigt haben. Die niedrigste jüdische Vermögensfassion betrug damals 70 fl. in 1420 Fällen, die Höchstgrenze eines einbekannten Judenvermögens erreichte 30.000 fl. nur bei zwei Fatenten.[10] Im ganzen gab es damals auf dem Lande 5134 jüdische Fatenten mit einem einbekannten Vermögen von 1,179.549 fl. 58 kr. und in Prag 858 Fatenten mit einem Vermögen von 741.481 fl. 59½ kr., so daß in ganz Böhmen die Gesamtzahl der jüdischen Fatenten 5992 betrug, deren einbekanntes Vermögen sich auf 1,921.031 fl. 57½ kr. belief; daß diese Summe nicht zu hoch gegriffen ist, wurde oben erörtert.

An diesem ungerechten Steuersystem, das eine der Hauptursachen des jüdischen Separatismus und des Hasses gegen die Christen und die Regierung überhaupt bildete, litten am meisten die ärmeren jüdischen Schichten, da die Einhebung der Judensteuer seit dem 1. Feber 1809 immer auf 12 Jahre einer Gesellschaft von 53 der angesehensten und wohlhabendsten Juden verpachtet war, die natürlich die Macht und den Willen hatten, die eigene Steuerlast auf die Schultern der minder bemittelten Juden abzuwälzen. Das Gubernium hatte zwar bereits im Jahre 1813 die Aufhebung des bisherigen jüdischen Steuersystems beantragt, jedoch ohne Erfolg, und so bestand immer noch der Zustand, demzufolge der jüdische Steuerträger an Steuern 20% vom Vermögen, nicht vom Einkommen zahlte, wie das bei der christlichen Bevölkerung der Fall war.[11] Da nach dem Finanzbankerott vom Jahre 1811 das Judenvermögen in Wiener Währung einbekannt wurde, während der Steuerquotient in Metallgeld zu zahlen war, so betrug seit dem Jahre 1816 die Judensteuer nicht 18%, sondern 84½%. Der erforderliche Ertrag der Judensteuer war mit einer festen Summe bemessen, ohne Rücksicht auf die veränderlichen Vermögens- und Einkommenverhältnisse, – darin erblickte der Referent die Hauptursache der Ungerechtigkeit dieses Systems, das gegen alle Steuergrundsätze verstoße und nur zur Bedrückung der jüdischen Bevölkerung führe. Man rechnete da mit der bekannten Tatsache unrichtiger jüdischer Vermögenseinbekenntnisse, aber der Referent machte mit Recht darauf aufmerksam, auf einer solchen unmoralischen Grundlage lasse sich kein wirksames Steuersystem aufbauen, zumal da die Juden neben der Judensteuer auch die Erwerbsteuer ebenso zahlen mußten wie die Christen, ferner eine 18%ige Hauszinssteuer von den Gebäuden, von denen sie außerdem auch noch die Vermögenssteuer zahlten, ferner eine Familiensteuer, eine Kopfsteuer und die sogenannte Leibmaut, alle Personalauslagen und die Beiträge zum Domestikalfonds. Unter dem Hinweis darauf, daß die Juden in Böhmen viel höher besteuert seien als in den übrigen österreichischen Ländern, betonte der Referent die Notwendigkeit, das ganze bisherige jüdische Steuersystem zu ändern und die Juden in dieser Beziehung den Christen gleichzustellen nach dem Grundsatze, daß die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Steuer als Einkommenquotient zu gelten habe. Die damals auf die Juden entfallende Steuerquote hielt der Referent für sehr drückend und befürwortete ihre Senkung; er motivierte den Antrag damit, daß die reichen Juden, deren Zahl gering sei, die Steuerlast auf die ärmeren überwälzten, wodurch die Judenschaft immer mehr verarme. Er forderte in steuertechnischer Hinsicht die Gleichberechtigung der böhmischen Juden mit den übrigen Juden im Reiche. Die Steuerungleichheit erwies er auch damit, daß von der im Jahre 1748 festgesetzten Judensteuer im Betrage von 300.000 fl. auf Böhmen 216.500 fl. entfielen, während auf Mähren und Schlesien nur 83.500 fl. kamen; demgegenüber betrage die Zahl der Judenfamilien in Böhmen 8600 und in Mähren 5400, was die ursprüngliche Repartition der Steuerquote nicht zutreffend erscheinen lasse. Von dem Gesamtertrag der Verbrauchssteuer in der Höhe von 66.000 fl. entfielen auf Prag 23.000 und auf das flache Land 43.000 fl. Der Referent beantragte ihre Verpachtung. Zum Schluß wiederholte er insbesondere den Antrag auf Beseitigung der drückendsten Vermögenssteuer, in der er den Hauptgrund für die berechtigte Unzufriedenheit der Juden und ein Hindernis für die Annäherung zwischen Juden und Christen erblickte.

Nach Erschöpfung seiner Bemerkungen zu dem Judenpatente vom Jahre 1797 schloß der Referent seiner Äußerung noch einen Anhang an, in welchem er sich mit der Erweiterung der Prager Judenstadt, mit der Verbesserung der physischen Verfassung der Juden und mit der christlichen Gesindefrage befaßte. Die Judenstadt hielt der Referent nicht für hinreichend, um die gesamte Prager Judenschaft aufzunehmen, und versprach sich auch von der Judenbezirkserweiterung des Jahres 1811 keine Besserung, falls den Juden hier nicht auch gleichzeitig das Recht des Häusererwerbs zugestanden würde.[13]

Bezüglich der Judenkrankheiten und ihrer Behebung konnte sich der Referent auf das Gutachten berufen, welches das Gubernium bereits im August 1818 eingebracht hatte; damals hatte es sich darum gehandelt, daß die jüdischen Brautleute verhalten werden sollten, vor der Ehebewilligung ein Zeugnis über ihren Gesundheitszustand vorzulegen. Die häufigste Judenkrankheit bildeten damals Hautausschläge, die sich namentlich in den ärmeren Schichten zeigten und von der Unreinlichkeit, von dem Mangel an frischer Luft und Licht und von dem gemeinsamen Wohnen der ärmeren jüdischen Familien in wenig geräumigen Wohnungen, vom Fasten, von ungesunden Speisen, von Mangel an Bewegung, vom unausgesetzten Mützetragen aus religiösen Gründen, vom schreienden Beten, vom strengen Fasten und von dem jüdischen Vorurteil herrührten, daß Hautkrankheiten vor ärgeren Krankheiten schützen. Das waren die Hauptgründe, die damals von den Behörden für das Auftreten dieser häufigen Judenkrankheiten geltend gemacht wurden, von denen wir auch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schon bei den Erwägungen über den Besuch der Christenschulen durch Judenkinder gehört haben. Zur Einschränkung und Behebung dieser Krankheiten empfahl der Referent gesündere Wohnung, größere Reinlichkeit, häufigeres Waschen und Baden, gesündere Ernährung, Belehrung der Kinder und Abstellung der schädlichen jüdischen Bräuche. Zur Einführung von Gesundheitszeugnissen der jüdischen Brautleute riet jedoch das Gubernium nicht, aus Besorgnis, die Juden könnten sich dann legitimen Eheschließungen entziehen, was nur zu liederlichem Leben führen würde. Der Referent betonte bei dieser Gelegenheit neuerdings, daß einzig und allein die Verbesserung des sittlichen, religiösen und intellektuellen Zustandes der Juden ihre Annäherung an das christliche Element ermöglichen werde.

Auf Grund einer Vorschrift vom Jahre 1725, welche die Verwendung christlicher Dienstboten in jüdischen Hauswirtschaften und Gewerbebetrieben untersagte, stellte sich der Referent auf den Standpunkt, dieses Verbot sei mit den gegenwärtigen Absichten der Regierung in der Judenfrage ebenso unvereinbar wie mit dem Kulturzustand der jetzigen Juden; es sollte daher aufgehoben werden. In jüdischen Diensten standen damals gegen 4000 christliche Dienstboten, die besser bezahlt waren als in christlichen Familien; es war also schon vom sozialen Gesichtspunkt bedenklich, sie unvermittelt ums Brot zu bringen, ganz abgesehen davon, daß es ja auch grausam wäre, den Judenfamilien plötzlich die christlichen Ammen, Erzieher, Köchinnen, Gärtner und sonstiges Dienstpersonal zu entziehen. Auf die Entlassung der christlichen Dienstboten aus jüdischen Diensten drang damals namentlich die judenfeindlich orientierte Stadthauptmannschaft; sie wollte von dieser Verfügung nur die Mitglieder des jüdischen Gemeindevorstandes, die graduierten Juden, die Advokaten, die Großhandelsleute und Fabrikanten ausgenommen wissen. Der Referent erachtete jedoch die Gründe der Stadthauptmannschaft nicht für überzeugend genug; auch das Gubernium stimmte ihnen nicht zu und verwies dabei namentlich auf die damalige schlechte Lage der Prager Dienstbotenschaft, die sich durch solche Massenentlassungen noch mehr verschärfen würde. Das Gubernialgutachten lautete daher auf Belassung der christlichen Dienstbotenschaft in den Judenfamilien. Minoritätsvota legten nur die Räte Kronenfels und Aehrenthal bei, – ihr Inhalt ist uns jedoch nicht bekannt.

Die Durchführung des vom Geiste aufgeklärter Humanität und Toleranz getragenen Gubernialantrages hätte eine wesentliche Verbesserung der bestehenden rechtlichen und materiellen Lage der böhmischen Judenschaft bedeutet. In Wien jedoch beeilte man sich wie gewöhnlich keineswegs mit der Erledigung dieses Antrages, der einen viel zu radikalen Umschwung der Verhältnisse bezweckte, als daß man bei Hofe geneigt sein

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

konnte, ihn zur Gänze anzunehmen. Und so entschied erst nach 15 Jahren, im Juli 1841, der Kaiser wenigstens über einen Teil dieser Reformvorschläge. Die diesbezügliche Entschließung wurde mit Hofdekret vom 15. Juli 1841 bekanntgemacht. Trotz ihrer Halbheit brachte diese Lösung der jüdischen Bevölkerung doch nur bedeutende Vorteile.

In der Frage des Besuches der Christenschulen durch die jüdische Jugend setzte das Dekret fest, daß die jüdische Jugend überall dort dazu zu verhalten sei, wo es keine ordentlichen Judenschulen gab. Der Religionsunterricht sollte von fähigen Rabbinern erteilt werden. Der Antrag auf Errichtung einer jüdisch-theologischen Lehranstalt wurde vom Kaiser zwar noch nicht genehmigt, aber es sollte darüber weiterverhandelt werden; zu diesem Zwecke erhielt das Gubernium ein gedrucktes „Regolamento" einer ähnlichen Anstalt zu Padua zugesandt mit dem Auftrag, sich diesbezüglich mit der Judengemeinde und dem Magistrate zu verständigen und bis Ende September darüber ein Gutachten einzubringen. Das Gubernium sollte auch einen Antrag auf Bestimmung eines festen Gehaltes für die jüdischen Rabbiner nach Maßgabe der Seelenzahl und der örtlichen Verhältnisse einbringen. Den Rabbinern und geprüften Religionslehrern sollte es ohne Rücksicht auf die systemisierte Zahl der erlaubten Judenfamilien gestattet sein, zu heiraten, jedoch nur unter der Bedingung, daß dadurch keine ständige Familienstelle zuwachse. Bei den Juden, die ein Handwerk betrieben, das im Jahre 1797 zünftig organisiert war, sollte es hinsichtlich der Eheschließung bei der Bestimmung des § 51 des Judenpatentes vom Jahre 1797 verbleiben; dasselbe sollte jedoch nicht von jenen gelten, welche Handwerke betrieben, die im Jahre 1797 frei waren, Der Kaiser war nicht gesonnen, den Juden entsprechend dem Gubernialantrage das Recht einzuräumen, christliche Häuser zu erwerben. Anstelle dessen wollte er sich geneigt zeigen, dieses Recht ausnahmsweise und nur auf ein besonderes Gesuch jenen Juden zu verleihen, die sich auf dem Gebiete der Industrie, des Handwerks und der Wissenschaft auszeichnen oder sonstwie um den Staat Verdienste erwerben. Hingegen fiel die bestehende Beschränkung, derzufolge jüdischen Großhandelsleuten und Fabrikanten der Aufenthalt in einigen Hauptstraßen der Stadt Prag verwehrt war.

Die Gubernialanträge, den Juden den Ankauf und die Pachtung einzelner obrigkeitlicher und städtischer Grundstücke mit dem Rechte zu gestatten, darauf die erforderlichen Gebäude aufzuführen, wurden vom Kaiser mit der Beschränkung genehmigt, die Juden müßten sie selbst oder mit Hilfe jüdischen Gesindes bebauen; nur zur Saat- und Erntezeit konnten sie sich auch christlicher Arbeiter bedienen. Von der Erwerbung und Pachtung von Rustikalgrundstücken sollten sie jedoch auch weiterhin ausgeschlossen bleiben; auch das bestehende Verbot, Mühlen zu pach-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ten und Apotheken zu errichten, sollte aufrechtbleiben. Das bekannte Regierungssystem der Verschleppung zeigte sich auch in der Bestimmung des Dekrets hinsichtlich Aufhebung der Prager Judengemeinde. Im Einvernehmen mit dem Magistrat sollte das Gubernium bis Ende September ein einschlägiges Gutachten erstatten und sich äußern, ob künftighin die Judenstadt für einen integrierenden Bestandteil der Stadt Prag anzusehen sei, ob die jüdische Domestikalkasse aufgelassen werden solle und ob in Hinkunft der Aufwand auf öffentliche Einrichtungen, wie z. B. Stadtsäuberung und -beleuchtung, aus der Prager Stadtkasse zu tragen sei. Selbst die Kardinalfrage betreffs der beantragten Aufhebung der drückenden Judensteuer wurde damals vom Kaiser nicht entschieden; dazu kam es erst später, kurz vor dem Jahre 1848. Der Kaiser genehmigte lediglich die Aufhebung der Taxe von 50 fl. für die Ausstellung der Thora und der Strafe der Landesverweisung. Auch die Taxe gelegentlich der Übersiedlung (Abfahrtsgeld) wurde aufgehoben und für die Juden sollten in Zukunft in Emigrationsfragen dieselben Bestimmungen gelten wie für Christen. Schließlich betonte der Kaiser, die im Jahre 1811 erlaubte Erweiterung der Judenstadt solle sich bloß im Wohnrecht auswirken, keineswegs in der Erwerbung von Christenhäusern im erweiterten Judenbezirk.[13] Nachträglich wurde mittels Hofdekrets vom 13. Jänner 1842 entschieden, daß es den Juden freistehe, Dominikal- und Stadtgrundstücke wo immer zu erwerben, keineswegs bloß in ihrem genehmigten Wohnorte. Das Hofdekret vom 4. Feber 1842, welches diesen Zusatz wiederholte, brachte noch die Ergänzung, daß Juden, die auf einer fremden Herrschaft Erwerbungen machen, so lange Angehörige ihrer Schutzherrschaft bleiben, als sie nicht auf gesetzlichem Wege die Übertragung ihres Familiennamens auf die neue Herrschaft erwirken oder an ihrem neuen Wohnsitze eine erledigte Familienstelle erlangen. Als später neue Zweifel an der Auslegung des oberwähnten Hofdekrets auftauchten, mußte mit Dekret vom 25. März 1842 bestimmt werden, die Juden seien auch dann berechtigt, Grundstücke anzukaufen, wenn auf diesen bereits Wirtschaftsgebäude stünden; sonst wären dabei dieselben Normen anzuwenden wie bei Christen.[14]

Es blieb noch der Auftrag des Hofdekrets zu erfüllen und ein ausführliches Gutachten über das jüdische Reformwerk nach Wien zu erstatten. Das Gubernium holte bereits Ende Juli 1841 die erforderlichen Berichte von den Kreisämtern, dem Fiskalamt und dem Magistrate ein. Inzwischen langte das Hofdekret vom 17. Dezember 1841 ein, demzufolge bis Ende März 1842 ein motivierter Antrag auf eine Neuredigierung des Judenpatentes vom Jahre 1797 unter Berücksichtigung des Dekretes vom Juli 1841 einzubringen war. Mit dieser Arbeit wurde vom Gubernium der Direktor der Gubernialregistratur, Kajetan Nadherny, betraut. Er hatte alle Nor-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

malvorschriften betreffs der Juden zusammenzustellen, welche im Zeitraume 1707–1842 erlassen worden waren. Als dann Nadherny Ende November 1842 das verlangte Elaborat vorlegte, wurde anfangs Juni 1843 eine Gubernialkommission zur Neuredigierung des Judenpatentes eingesetzt. Mitglieder waren unter dem Vorsitze des Gubernialrats Ritter von Peche die Räte: Landgraf Fürstenberg, zugleich auch Referent, Hrdlička und Hasslinger; Kommissionsaktuar war der Konzeptspraktikant Grabensteiner. Diesmal arbeitete die Kommission erstaunlich rasch. Bereits am 22. Juni 1843 konnte sie der Hofkanzlei den verlangten Entwurf der Neuredaktion vorlegen, bei welcher alle seit 1797 erlassenen Judennormalien in Betracht gezogen worden waren. Das Konzept dieses Entwurfes vermochten wir vorläufig nicht aufzufinden. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß er keine neuen Anträge mehr enthielt, sondern nur alle noch gültigen Bestimmungen des Judenpatentes vom Jahre 1797 und alle seither bis zum Jahre 1842 dazugekommenen Verordnungen, somit auch das Hofdekret vom Juli 1841 stilistisch zu einem Ganzen verband. In Wien aber ließ man den Entwurf bis zum Jahre 1848 unerledigt liegen. Die mittlerweile veränderten Verhältnisse beschleunigten dann auch eine grundsätzlichere Lösung der Judenfrage.[15]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

II.

DIE VERHANDLUNGEN ÜBER DIE ERWEITERUNG DER PRAGER JUDENSTADT IN DER ERSTEN HÄLFTE DES NEUNZEHNTEN JAHRHUNDERTS

Die Prager Juden, welche die einzige wahre Judengemeinde Böhmens darstellten, waren zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts immer noch auf den Aufenthalt in der Prager Judenstadt beschränkt, die, im Moldauknie gelegen, damals über 270 Hausnummern zählte.[1] Das Prager Ghetto mit seinen im Vergleich zum übrigen Prag ziemlich hohen Häusern, in den engen, dunkeln Gäßchen zusammengedrängt, berüchtigt durch seine Unreinlichkeit, gegen die die öffentlichen Behörden erfolglos ankämpften, diente eigentlich nur als Nachtherberge für die ärmeren Schichten der jüdischen Bevölkerung, die tagsüber in der Christenstadt ihrem Erwerb nachging und nur des Nachts in ihre kleinen, feuchten, dunkeln und dumpfen Wohnungen zurückkehrte, wo sich häufig in einem einzigen Raume drei bis vier arme Familien drängten. Jeder auf eine Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse in der Judenstadt abzielende Eingriff des Prager Magistrats und der Stadthauptmannschaft scheiterte in der Regel und vor allen Dingen an dem komplizierten System des Teilbesitzes an den Judenhäusern, denn fast jedes hatte mehrere Eigentümer und es hielt schwer, sie alle zu einem gemeinsamen Schritte zu bewegen, wenn dieser obendrein mit finanziellen Opfern verbunden war. Das hatte sich sehr deutlich im Jahre 1790 gezeigt, als die Judenstadt von einer Epidemie heimgesucht war und zum Gegenstande einer intensiveren Aufmerksamkeit der Prager Behörden wurde.

Die damals vom Gubernium eingesetzte Sanitätskommission stellte zwar keine ansteckende Krankheit fest, die auch die Christenstadt bedroht hätte, aber sie machte auf die ernstlichen gesundheitlichen Nachteile der Judenstadt aufmerksam, namentlich auf ihre Übervölkerung, den Schmutz und die schrecklichen Wohnverhältnisse. Als der Protomedicus Bayer über die durchgeführte Revision an das Gubernium berichtete, sah er das allerbeste Mittel zu einer Besserung in einer Erweiterung des Ghettos in der Richtung gegen die Christenstadt; er versprach sich davon für die Judenfamilien ein weitaus bequemeres Wohnen, als wenn z. B. im Hause NC. 12 141, im Hause NC. 207 gar 188 Personen zusammengepfercht waren usw. Er fand nicht genug kräftige Worte, um den fürchterlichen Schmutz in den Häusern und auf den Gassen der Judenstadt entsprechend zu kennzeichnen, und forderte rasche Schritte, um die Gassen und Judenwohnungen, die er in seiner Relation

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main



Plan der erweiterten Bezirke der Prager Judenstadt aus den Jahren 1811–1848

(Eingezeichnet in Jüttners Stadtplan von Prag aus den Jahren 1811—1815)

Bearbeitet von Dr. Franz. Roubík

Zeichenerklärung:

——— Eigentliche Judenstadt, bzw. ursprünglicher Tandelmarkt (T).

..... Häuser „unter der alten Schnur" vor der Änderung vom 9. V. 1811. bzw. die dem Tandelmarkt später angeschlossenen Häuser.

– – – – – – Häuser, angeschlossen mittels Hofdekrets vom 9. V. 1811 („unter der neuen Schnur").

–·–·–·–·– Erweiterung, beantragt im Jahre 1826.

–··–··–··– Erweiterung auf Grund der Magistratskundmachung v. 19. XI. 1846 (resp. vom 29. IV. 1848).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

„Mordgruben" nannte, zu säubern. Der Prager Magistrat nahm zwar einen Anlauf zu einer radikaleren Besserung, aber zunächst ohne Erfolg. Erst als in der ausländischen Presse übertriebene Nachrichten über die Epidemie im Prager Ghetto auftauchten und die bayerische und andere deutsche Regierungen Grenzvorkehrungen zur Beschränkung des Verkehres mit Böhmen trafen, war es nötig, diese Gerüchte öffentlich zu dementieren und gleichzeitig die Judenstadt zwangsweise zu säubern. Dies hatte jedoch keinen dauernden Erfolg. Bald darauf wiederholen sich dieselben Beschwerden und im Jahre 1804 mußte wieder zu einer größeren Aktion geschritten werden. Im Jahre 1790 kam es jedoch noch nicht zu der vom Protomedicus Bayer beantragten Erweiterung der Judenstadt. Nur den bereits damals in der Christenstadt wohnenden Juden wurde der Aufenthalt daselbst weiter gestattet, sofern keine besonderen Einwendungen bestanden; für die Zukunft wurde angeordnet, daß die Übersiedlung in die Christenstadt an eine besondere Gubernialbewilligung gebunden sei.[2]

Es darf nicht wundernehmen, wenn unter diesen Umständen die wohlhabenderen Juden bestrebt waren, aus dem ungesunden, berüchtigten und immer mehr verfallenden Ghetto zu entweichen; denn hier drohte täglich die Gefahr von Epidemien und Bränden, und das bedeutete unter den damaligen Verhältnissen nicht bloß eine ernstliche Bedrohung der jüdischen, sondern auch der ganzen christlichen Stadt. Die gesteigerten Ansprüche an ein gesünderes und bequemeres Wohnen und überdies auch der aufblühende Handel zwang daher die bemittelteren jüdischen Handelsleute, den Weg in die Christenstadt zu suchen. Einige wußten sich hiezu eine Gubernialbewilligung zu erwirken; diese war zwar in der Regel zeitlich beschränkt, wurde aber nach Ablauf recht liberal erstreckt. Immerhin bildeten solche Konsense die Ausnahme. Es blieb also nichts anderes übrig, als ohne Erlaubnis in die Christenstadt zu ziehen, und die Juden taten es auch weidlich, indem sie die anfängliche Abneigung der christlichen Hausbesitzer durch bedeutende Überzahlung des landläufigen Mietzinses brachen. Und so mehrten sich allmählich die Beschwerden wegen solch unbefugten Eindringens jüdischer Familien in die Christenstadt. Bereits im Jahre 1796 war das Gubernium genötigt kundzumachen, daß für jede unbefugte Übersiedlung in die Christenstadt dem betreffenden Juden eine Geldstrafe von zwanzig Reichstalern drohe und dem Hausherrn, der ihn in Quartier nehme, eine Buße von zehn Reichstalern. Die Geldstrafe konnte gegebenenfalls auch in Gefängnisstrafe umgewandelt werden und natürlich auch mit der zwangsweisen Umquartierung in die Judenstadt verbunden sein.[3]

Bei der damaligen unvollkommenen Administrative bedeutete freilich dieses Verbot keine wirkliche Besserung, zumal immer klarer wurde, daß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Judenstadt in der Tat nicht mehr imstande war, der anwachsenden Prager Judenschaft ein einigermaßen anständiges Wohnen zu gewährleisten. Und so mußte das Gubernium schon im Jahre 1797 neuerdings notgedrungen auf Besserung sinnen. Die Aufmerksamkeit des Magistrates war damals vorwiegend den im Prager Ghetto wohnenden fremden Juden zugewandt. Man zählte in jener Zeit 41 solche Familien, 13 davon hatten in der Judenstadt ihre eigenen Wohnungen und die andern 28 wohnten gemeinsam mit den übrigen Judenfamilien. Die amtlichen Erhebungen ergaben, daß in der Christenstadt insgesamt 282 größtenteils sehr zahlreiche Judenfamilien wohnten, die unter den gegebenen Verhältnissen schlechterdings in der Judenstadt keine Unterkunft finden konnten, selbst wenn es gelungen wäre, sämtliche fremde Juden von dort auszuquartieren. Der Magistrat sah keinen Ausweg aus dieser Not. Er machte daher in seinem Berichte an das Gubernium aufmerksam, gegen die in der Christenstadt wohnenden Juden bestehe im großen ganzen kein Anstand und selbst die christlichen Hausherren legten Fürsprache zu ihren Gunsten ein. Der Magistrat beantragte daher, diese Familien auch weiterhin in der Christenstadt zu belassen, sie aber in jenen Gassen zu vereinigen, in denen sie schon jetzt meistens wohnten, nämlich auf die Geist-, Kreuz-, Karpfen-, Ziegengasse, eventuell am Krechten und am Frantischek.[4]

Das Gubernium war jedoch entschlossen, diesmal die alte Frage der Ghettoerweiterung radikaler zu lösen, und gab so den Anstoß zur Verfassung einer ausführlichen Konskription der Judenstadthäuser; obwohl schon zu Beginn des Jahres 1798 angeordnet, wurde dieses Werk erst im Mai 1801 vollendet.[5]

In der Gesamtzahl von 274 Konskriptionsnummern der Judenstadt waren 1191 Teilhäuser enthalten (*eine* Konskriptionsnummer enthielt sogar 23 Teilhäuser); sie enthielten ferner 1790 heizbare und 1204 unbeheizbare Zimmer, 376 Kammern, 201 Keller, 1198 Küchen und 356 Mansarden („Lauberhütten"). Als die Prager Judengemeinde den letzten Bogen dieser ausführlichen Beschreibung der Stadthauptmannschaft überreichte, machte sie darauf aufmerksam, daß einzelne Räume gleichzeitig von zwei bis vier jüdischen Familien benützt werden, daß die Mehrzahl der Judenfamilien nur über ein einziges Zimmer und eine Kammer verfüge und daß vielfach auch mehrere Familien auf eine gemeinsame Küche angewiesen seien. Die Räume seien größtenteils höchst ungesund, klein und feucht. Die Judengemeinde verwies auf die große Gefahr von Seuchen und Bränden in der übervölkerten Judenstadt und führte als drastische Beispiele namentlich die Häuser NC. 1, 166, 228, 7, 86, 207 und 242 an, die angeblich nicht einmal für das Vieh gut genug seien; als Beweis für die schlechten hygienischen Verhältnisse im Prager Ghetto wurde be-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sonders hervorgehoben, daß die Prager Juden klein, bleich, ungesund, augenkrank und infolgedessen militäruntauglich seien, wie die militärischen Musterungen auswiesen. Die Judengemeinde ersuchte daher, den Judenfamilien die Übersiedlung in die benachbarte Christenstadt zu gestatten.

Die Erhebungen stellten daher ganz zweifellos fest, daß in der eigentlichen Judenstadt für jene Judenfamilien kein Platz mehr sei, die damals vielfach ohne Erlaubnis in der Christenstadt wohnten, vor allem in der Karpfengasse und der Geistgasse in jenem Bezirk, den man „unter der Schnur" (nach 1811: „unter der alten Schnur") nannte.[6] Dieser Rayon gehörte zwar nicht zur Judenstadt, war aber von der übrigen Christenstadt durch einen gespannten Draht abgeteilt, zum Zeichen, wie weit es den Juden aus religiösen Gründen gestattet sei, am Sabbat das Ghetto zu verlassen. Das Gubernium mußte also schlechterdings die Juden in diesem Bezirk auch weiterhin wohnen lassen. Nur für diesen Bezirk sollte künftighin der Magistrat den Juden Wohnkonsense erteilen. Das Gubernium hatte zwar die Erweiterung der Judenstadt bis hart an die Moldau ins Auge gefaßt, ließ aber diesen Plan später fallen, hauptsächlich deshalb, weil hier Fischer und Schiffer wohnten, die durch ihre Beschäftigung auf die Flußnähe angewiesen waren. Außerdem hätte der sandige Untergrund dieses Ufergeländes, das sich größtenteils in Privatbesitz befand, notwendigerweise kostspielige Pilotenbauten erfordert, wie sie für die größtenteils armen Judenfamilien unerschwinglich gewesen wären. Der Magistrat hatte beantragt, den Judenfriedhof zu kassieren und den so gewonnenen Raum zum Baue neuer Ghettohäuser zu verwenden, aber das Gubernium wagte es nicht, diesen Antrag zu genehmigen, denn es befürchtete, daß die Judenschaft aus religiösen Gründen heftigen Widerstand leisten werde. Das Gubernium begnügte sich daher damit, den Magistrat lediglich aufzufordern, daß er jüdische Interessenten zum Hausbau in jenem Teile des Friedhofes aufmuntere, der noch nicht als Begräbnisstätte gedient hatte und von dem Vorstand der jüdischen Beerdigungsbrüderschaft zu diesem Zwecke unentgeltlich angeboten worden war. Die Zukunft zeigte jedoch, daß dieser Plan hoffnungslos war. Denn trotz wiederholter Aufforderung meldete sich kein Jude, der es gewagt hätte, die althergebrachte religiöse Tradition zu verletzen.

Die Erweiterung der Judenstadt um den Bezirk „unter der Schnur" sollte also bis Lichtmeß 1806 die Umquartierung aller Juden ermöglichen, die – etwa 170 bis 180 Familien stark – anderswo in der Christenstadt wohnten. Der königliche Fiskus schritt nämlich damals zu Beginn des Monats September 1805 beim Gubernium mit dem Ersuchen ein, so rasch als möglich die in den Pfarrsprengeln beim Hl. Geist, bei St. Franziskus und bei Maria in der Wiege ansässigen Juden auszuquartieren;

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der Hauptgrund war, daß durch ihre Anwesenheit die Stolaeinkünfte der betreffenden Pfarrer verkürzt erschienen. Das Gubernium mußte entsprechen und erteilte dem Magistrat umgehend den Befehl zur Durchführung dieser Aktion. Dieser ernstlichen Gefahr suchten die Juden vorzubeugen. Die bedrohten Juden überreichten auch wirklich schon Mitte Dezember 1805 bei der Judengemeinde eine Supplik um Belassung in ihren bisherigen Wohnungen in der Christenstadt; sie beriefen sich hiebei auf den Wohnungsmangel im Ghetto.[7] Die Prager Judengemeinde empfahl das Gesuch dem Gubernium zur günstigen Erledigung; sie führte hiebei alle Gründe ins Treffen, die gegen eine weitere Übervölkerung der Judenstadt sprachen, wo ohnehin gesteigerte Feuersgefahr bestand, die Zahl der Wohnungen in letzter Zeit in stetem Sinken begriffen war und augenblicklich nur drei bis vier Wohnungen freistanden, eben im Hinblick auf den ziemlich hohen Mietzins (der Reichelhof oder das sog. Lichtenstädtische Haus war damals in ein Wirtshaus umgewandelt). Die Judengemeinde ersuchte, daß eine besondere Amtskommission, in der auch Vertreter der medizinischen Fakultät vertreten wären, die sanitären Verhältnisse der Judenstadt an Ort und Stelle in Augenschein nehme und unparteiisch beurteile, ob unter den gegebenen Verhältnissen eine weitere Vermehrung der Ghettobevölkerung noch möglich sei. Gleichzeitig traf beim Gubernium auch ein Gesuch der christlichen Hausbesitzer und etlicher jüdischer Großhandelsleute um Belassung der Judenfamilien in der Christenstadt ein.

Das Gubernium war jedoch diesmal nicht gewillt, von der Judenausquartierung aus der Christenstadt abzusehen, und lehnte alle diese Gesuche ab; es wies darauf hin, daß es sich hiebei nur um die Wiederholung zahlreicher früherer Befehle handle, die noch immer nicht ausgeführt seien. Den Argumenten der Judengemeinde gegenüber machte das Gubernium geltend, in der Judenstadt gebe es einige absichtlich unvollendete Häuser, überdies sei gerade in der Judenstadt nach der Statistik die Sterblichkeit geringer als im christlichen Prag. Das Gubernium hatte sogar im Sinne, die Wohnbefugnisse der jüdischen Großhandelsleute, denen bereits früher der Wohnkonsens in der Christenstadt erteilt worden war, einzuschränken; zu diesem Zwecke erhielt der Magistrat anfangs Feber 1806 den Auftrag, das Verzeichnis dieser Juden vorzulegen und anzugeben, ob sie noch alle den Großhandel betrieben und infolgedessen noch immer für diese Ausnahmebefugnis in Betracht kämen. Die Erhebungen ergaben jedoch, daß alle jüdischen Großhandlungen, deren Inhaber das Vorrecht hatten, in der Christenstadt zu wohnen, in Blüte standen, so daß kein Anlaß war, sie in die Judenstadt umzuquartieren.[8]

Das Gubernium sollte sich jedoch überzeugen, daß ihm auch diesmal die Verwirklichung seiner schon wiederholt gescheiterten Absicht, die Ju-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

denfamilien aus der Christenstadt auszuquartieren und sie eventuell nur in den erweiterten Judenbezirk zu überführen, gründlich mißlang. Kaum hatten die Prager Juden von der Ablehnung ihres Gesuches erfahren, so war die Judengemeinde rasch mit einem neuen Gesuche zur Stelle. Sie appellierte diesmal an das Gemüt des Oberstburggrafen Wallis, wiederholte ihre früheren Argumente von der Übervölkerung und den sanitären Gebrechen der Judenstadt, suchte zu beweisen, daß im Falle der Übersiedlung 150 Judenfamilien obdachlos bleiben müßten, und wollte Mitleid erwecken, namentlich durch das Beispiel jenes Juden, der in der Judenstadt nach vergeblicher Wohnungssuche wahnsinnig geworden und gestorben sei und eine schwangere Frau mit zwei kleinen Kindern hinterlassen habe. Das Gubernium war nun in seinem Vorgehen wankend gemacht. Es verwies zwar die jüdischen Petenten auf seine jüngste ablehnende Entscheidung, legte aber gleichzeitig dem Magistrate auf, mit Strafen bis zur Allerhöchsten Entscheidung zuzuwarten. Zugleich ordnete es die Bestellung einer Kommission an, die nach dem Wunsche der Judengemeinde genau die wirkliche Lage in der Judenstadt festzustellen hatte; dadurch sollte die Grundlage für das weitere Vorgehen geschaffen werden.

Diesen Verzug machten sich sofort die christlichen Hausbesitzer und ihre jüdischen Mieter zunutze. Sie leiteten eine neue Aktion ein, um die Juden in ihren Häusern behalten zu dürfen, da diese, wie erwähnt, unverhältnismäßig höhere Mietzinse zahlten als damals in den übrigen Häusern gezahlt wurden. Anfangs März 1806 reichten sie eine neue Supplik ein, diesmal unmittelbar beim Kaiser;* sie ersuchten um die Zurückziehung des jüngsten Erlasses, durch den die Übersiedlung von etwa 180 bis 200 Judenfamilien in die Judenstadt und in den Bereich des erweiterten Judenbezirkes durchgeführt werden sollte. Sie verwiesen hiebei auf das Steigen der jüdischen Bevölkerung, die namentlich seit 1799 angewachsen sei, seitdem in Prag 300 zweitgeborenen Söhnen die Eheschließung gestattet worden war, damit der systemisierte Stand von 8600 Judenfamilien in Böhmen aufgefüllt werde. Die in unmittelbarer Nachbarschaft der Judenstadt stehenden Häuser der Bittsteller hatten keine übermäßig vorteilhafte Lage, und es bestand tatsächlich die Gefahr, sie würden nach dem Abzuge der jüdischen Mieter leerbleiben. Und eine Woche nach den Christen brachte beim Kaiser auch die jüdische Gemeinde eine ähnliche Petition ein. Sie argumentierte wiederum mit dem Raummangel in der Judenstadt, mit der Feuers- und Epidemiengefahr im überfüllten Ghetto und wies darauf hin, das Motiv des Schutzes vor dem fanatisierten Mob, das in früheren Zeiten eine wichtige Rolle zugunsten einer Absperrung der Judenstadt gespielt hatte, habe unter den veränderten Verhältnissen seine Bedeutung eingebüßt, denn nun-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mehr böten den Juden den allerbesten Schutz gute Gesetze. Gegen den eventuellen Einwand, das Prager Ghetto weise trotz seiner sanitären Mängel nach der Statistik die geringste Sterblichkeit von ganz Prag auf, machte die Judengemeinde aufmerksam, daß es sich hier um ein Rätsel handle, dessen Lösung noch keiner medizinischen Fakultät gelungen sei; es handle sich hier vermutlich um eine größere Widerstandskraft des schwachen jüdischen Organismus gegen Krankheiten. Die Judenältesten ersuchten den Kaiser um Widerruf der Gubernialverordnung und um die Erlaubnis, daß die Juden auch in der Christenstadt wohnen dürfen.

Dieser Hofrekurs hätte an und für sich hingereicht, um alle Schritte gegen die in der Christenstadt wohnenden Juden bis zur Allerhöchsten Entscheidung zu sistieren, hätte nicht vorher schon das Gubernium dem Aufschub in dieser Sache zugestimmt. Um definitiv den wirklichen Zustand der Wohnverhältnisse in der Judenstadt festzustellen, trug das Gubernium dem Magistrat genaue Erhebungen auf; der Kommission sollten auch zwei Physici und zwei Bausachverständige beigezogen werden und sie sollte sich auch die letzten Ergebnisse der Militärkonskription zunutze machen. Die Kommission hatte genau festzustellen, ob die Judenstadt samt dem erweiterten Bezirk „unter der Schnur" hinreiche, um alle Judenfamilien in Prag ohne Nachteil für ihre Gesundheit und ohne Feuersgefahr aufzunehmen, bzw. anzugeben, wohin die Judenfamilien aus der Christenstadt ausquartiert werden sollten.

Der Prager Magistrat plante damals eine wirklich eingehende Revision der Judenstadt und ließ zu diesem Zwecke besondere Formulare zur Zählung der Wohnparteien in der Judenstadt drucken.[10] Um aber dem Gubernium den geforderten Bericht möglichst bald zu erstatten, ließ er für das Gubernium noch vor der Hauptkonskription eine ausführliche Übersicht der Wohnverhältnisse im Judenrayon ausarbeiten. Die eigentliche Judenstadt zählte damals in 278 Konskriptionsnummern insgesamt 812 Teilhausbesitzer und 1629 Familien, so daß sich die Gesamtbevölkerung auf 6298 Personen belief. Die Hausnumerierung stimmte nicht mit der Vorschreibung vom Rathaus überein, sondern war willkürlich angesetzt, und die Mehrzahl der Häuser gehörte mehreren Teilbesitzern, deren bisweilen acht bis zwölf auf ein Haus kamen. Bewohnt waren: 2499 Zimmer, 962 Kammern, 74 Keller und 1368 Küchen.[11] Nach der kommissionellen Schätzung bestand damals in der Judenstadt noch die Möglichkeit, zwei neue Häuser aufzuführen, 15 Brandstellen zu verbauen, 59 Stockwerke aufzusetzen und so 310 Zimmer, 75 Kammern und 166 Küchen zu gewinnen, so daß noch 175 Judenfamilien unterzubringen waren. Der erweiterte Judenbezirk „unter der Schnur" umfaßte damals 89 Häuser mit 181 Familien, bzw. 760 Personen in 489 Zimmern, 63 Kammern, 27 Kellern und 178 Küchen. Die höchste Bewohnerzahl

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wies das Haus der Judenstadt NC. 12 auf mit insgesamt 176 Personen. Leer standen in der Judenstadt nur 27 Wohnungen.

Aus dem Kommissionsbericht vom 14. Juli 1806 vernehmen wir wiederum die alten Beschwerden über den schauderhaften Gestank und die Unsauberkeit in der Judenstadt; alle behördlichen Verfügungen seien dagegen machtlos. Die Höhe der Häuser wehre Licht und Luft den Zutritt; die Abwässerungsgräben inmitten der Gassen würden hier überhaupt nicht trocken. Theoretisch bestand zwar die Möglichkeit, die Brandstätten zu verbauen und einige Häuser aufzustocken, aber die Fachkommission war nicht dafür, da sie davon eine Erhöhung der Feuers- und Seuchengefahr befürchtete; überdies sei es bei den komplizierten Besitzverhältnissen der Judenstadt kaum festzustellen, wer auf den Brandstätten eigentlich bauen solle. Auch damals tauchte wieder der alte Plan auf, den Judenfriedhof zu verbauen; der Plan lag der Relation bei.[12] Aber die Kommission mußte feststellen, daß sich bisher kein Jude als Baubewerber für den Friedhof gemeldet hatte. Die Kommission gelangte daher zur Anschauung, unter den gegebenen Verhältnissen sei es ausgeschlossen, alle Judenfamilien in die Judenstadt umzuquartieren, und es empfehle sich daher, ihnen das Wohnen in der Christenstadt zu gestatten. Der Magistrat stimmte dem Kommissionsvotum rückhaltlos zu. Die Stadthauptmannschaft dagegen sah zwar ein, daß man vorderhand in der Judenstadt nicht für alle in der Christenstadt wohnenden Juden Raum schaffen könne, befürwortete jedoch die Verbauung der Brandstätten und die Aufstockung; sie versprach sich davon binnen neun Jahren in drei Etappen die sukzessive Umquartierung der gesamten Judenschaft aus der Christenstadt, ausgenommen die Großhandelsleute und die Fabrikanten, die hiefür einen besonderen Wohnkonsens hatten.

Der offenkundige Widerspruch zwischen dem Magistrat und der Stadthauptmannschaft in dieser Kardinalfrage veranlaßte das Gubernium zu weiteren Erhebungen, ob sich nicht eine ausgiebigere Erweiterung des Judenbezirkes „unter der Schnur" empfehle. Das erforderliche Gutachten sollte diesmal die Stadthauptmannschaft selbst ausarbeiten; diese präsentierte es in der Tat bereits am 1. Juli 1807. Auch jetzt verharrte jedoch die Stadthauptmannschaft den überzeugenden Argumenten der Kommission zum Trotz auf dem starren Standpunkt, die beantragte Frist von neun Jahren werde genügen, um die Christenstadt – bis auf die Großhandelsleute und Fabrikanten – von den Juden zu „säubern".

Das unmotivierte Gutachten der Stadthauptmannschaft fand jedoch beim Gubernialreferenten, Rat Platzer, keine Zustimmung. Der Referent wußte die schwerwiegenden Bedenken zu würdigen, die gegen eine strenge Durchführung der Absicht sprachen, die jüdischen Familien aus der Christenstadt in das Ghetto umzuquartieren, wo für sie kein Platz war.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Der Referent empfahl daher, die Judenfamilien wie bisher im Bezirk „unter der Schnur" zu belassen, während in der Christenstadt nach dem Antrag der Stadthauptmannschaft nur die jüdischen Großhandelsleute und Fabrikanten bleiben sollten. Dabei blieb es auch vorderhand, denn zu einer eigentlichen Gubernialentscheidung kam es damals überhaupt nicht.

Bald zeigte sich jedoch, daß dieser status quo nur eine halbe Lösung war, die dem wirklichen Wachstum der Judenfamilien und namentlich den wachsenden Wohnungsansprüchen der bemittelteren Juden nicht Rechnung trug; für diese bedeutete der Aufenthalt im Ghetto bei den damaligen ziemlich primitiven Prager Wohnverhältnissen daselbst tatsächlich einen Anachronismus und begann ihnen sehr unangenehm zu werden; sie drängten sich daher mit aller Macht in die reinlichere und für ihre Geschäfte viel günstigere Christenstadt. Und so mußte es zu Beginn des Jahres 1808 beim Gubernium zu neuerlichen Verhandlungen in der Judenstadtfrage kommen.

Die Gutachten der Gubernialräte, die sich damals, erst nach Jahresfrist, zu dem Referentengutachten vom Ende Jänner 1807 äußerten, fielen keineswegs einheitlich aus.

Hofrat Macneven eröffnete die Enquete per rollam. Er nahm im allgemeinen eine wenig judenfreundliche Haltung ein. Er anerkannte zwar die Hindernisse, die sich der beabsichtigten Überführung aller Judenfamilien in die Judenstadt in den Weg stellten, empfahl jedoch den Judenbezirk „unter der Schnur" nur auf jenen Teil des Rayons beim Hl. Geist auszudehnen, der mit der alten Schnur zusammenhing, und in der Judenstadt möglichst viele Judenfamilien unterzubringen. Gegen die Einwendungen sanitärer Natur führte der Votant neuerdings das Argument von der im Vergleich mit den Christen verhältnismäßig geringen Sterblichkeit der Juden ins Treffen und machte geltend, sie hielten sich ohnedies nur über Nacht daheim auf, während sie tagelang in der Christenstadt ihrem Erwerb nachgingen; übrigens sei bekannt, daß die Juden bei jeder Erkrankung sofort den Arzt zu Rate zögen, wodurch sie sich vor epidemischen Krankheiten schützten. Nur bezüglich der jüdischen Fabrikanten und Großhandelsleute gestattete Macneven die Belassung in ihren bisherigen Wohnungen in der Christenstadt, doch nur auf eine beschränkt befristete Zeit von ein bis drei Jahren, und beantragte dafür die Erhebung einer Taxe, von deren Ertrag neue Häuser in der Judenstadt gebaut werden sollten, deren restlose Verbauung er empfahl.

Gubernialrat Royko äußerte seine volle Zustimmung zu dieser Meinung.

Gubernialrat Kotz dagegen erhob in einem ausführlichen Gutachten entschiedenen Widerspruch. Er leitete sein Votum mit einer schonungslosen Kritik der skandalösen Zustände der Judenstadt ein, die ein unver-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

fälschtes Bild der alten Barbarei biete. Kotz suchte nachzuweisen, daß die Beschränkung der Juden auf die Judenstadt keineswegs vorteilhaft und unter den geänderten Verhältnissen auch völlig zwecklos sei; die Einwendungen bezüglich Zinssteigerung suchte er zu zerstreuen. Von der Wohnfreiheit versprach sich der Votant eine Annäherung zwischen Juden und Christen, wie dies schon das Judenpatent vom Jahre 1797 im Sinne hatte. Kotz erwartete nicht, daß sein, für die damalige Zeit, allzu radikales Votum angenommen würde. Deshalb begnügte er sich mit dem Antrag, die Judenstadt um den ganzen Hl.-Geist-Sprengel zu erweitern, gegebenenfalls noch um die Karpfengasse und den Valentinplatz, wo damals übrigens fast ausschließlich Juden wohnten. Gleichzeitig beantragte er, den Juden den Ankauf von Häusern in diesem Rayon zu gestatten und ebenso die Verbauung leerer Bauplätze in Prag.

Für die Belassung der Juden in dem erweiterten Bezirk und gegen die Überfüllung des Ghettos stimmte auch der Rat Böhm, dem sich auch die Räte Lusek, Breinl, Desfours und Perger anschlossen; der letztere empfahl die Erweiterung des Judenbezirkes bis zum Frantischek, aber auch er wandte sich entschieden dagegen, die jüdischen Handelsleute und Fabrikanten in die Prager Hauptgassen zuzulassen, da er hievon die Entstehung einer zweiten Judenstadt befürchtete. Die Räte Ugarte und Baierwek waren, mit Kotz übereinstimmend, für die Wohnfreiheit der Juden in der Christenstadt.

Mit der Behandlung dieser Sache hatte jedoch das Gubernium kein Glück. Abgesehen davon, daß die Gubernialräte erst ein Jahr nach dem Referentenvotum zu Worte kamen, ging in der Folge ein Teil der Bezugsakten verloren. Erst im Jänner 1811, also nach vier Jahren, einigte sich das Gubernium im Sinne der Mehrheit seiner Räte auf den Antrag, die Judenstadt um den Sprengel beim Hl. Geist zu erweitern und den jüdischen Großhandelsleuten und Fabrikanten den Aufenthalt in der Christenstadt zu gestatten, allerdings mit Ausnahme der Zeltner-, Eisen-, Jesuitengasse, Obst- und Kohlmarkt, Alte und Neue Allee als Hauptgassen, und der Kleinseite (den Hradschin ausgenommen). Gegen diesen Punkt der Entschließung brachten die Räte Böhm, Ugarte und Breinl ein Minoritätsvotum ein; sie empfahlen, den jüdischen Großhandelsleuten auch das Wohnen in diesen Gassen zu gestatten, in denen sich das Geschäftsleben des damaligen Prag konzentrierte. In seinem ausführlichen Gutachten an die Hofkanzlei nahm das Gubernium gegen die geplante Verbauung der Judenstadt Stellung. Es waren dafür die uns bereits bekannten Gründe maßgebend. Gegen die Idee von Aufstockungen führte es namentlich die Bestimmung der Bauordnung vom Jahre 1804 ins Treffen, derzufolge es in Prag verboten war, über zwei Stockwerke hinaufzugehen, um die Stadt nicht zu verdunkeln; man könne daher in

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

den engen Gäßchen der Judenstadt erst recht nicht erlauben, Stock auf Stock zu türmen, schon mit Rücksicht auf die Feuers- und Seuchengefahr. In den neu beantragten erweiterten Rayon, den man in der Folge „unter der neuen Schnur" nannte, sollten alle damals in der Christenstadt wohnhaften Judenfamilien umquartiert werden, natürlich mit Ausnahme der Fabrikanten und Großhandelsleute; diesen sollte das Gubernium auch in Zukunft Wohnkonsense für Gassen der Christenstadt erteilen, sofern ihnen solche nicht ausdrücklich untersagt waren. Mittels Hofdekrets vom 9. Mai 1811 wurde diesem Gubernialantrag in vollem Umfange stattgegeben und die Neuerweiterung des Judenbezirkes trat somit in Kraft.[13]

Während sich aber beim Gubernium die Verhandlungen über diese Frage in die Länge zogen, traf der Magistrat eine Verfügung, die geeignet war, die Prager Juden äußerst aufzubringen. Aus Furcht vor Ausschreitungen der christlichen Bevölkerung, die durch den beständigen Aufschub der jüdischen Ausquartierung aus der Christenstadt angeblich sehr erbittert war, ließ er im August 1808 ein Verzeichnis der 125 Judenfamilien anlegen, die ohne Erlaubnis in der Christenstadt wohnten, und verpflichtete sie unter Strafe, in die Judenstadt umzuziehen. Dieser unvermittelte Schritt verstieß nun freilich gegen die seinerzeitige Gubernialentscheidung, man solle mit der Ausquartierung und Strafung der Juden bis zur Allerhöchsten Entscheidung zuwarten. Eine solche war bisher nicht erfolgt. Die Prager Judengemeinde erhob im September 1810 gegen den Magistrat Beschwerde, unter Hinweis auf die erwähnte Gubernialentschließung und erklärte, unter den gegebenen Verhältnissen hieße das die betroffenen Judenfamilien auf das Pflaster setzen. Das Gubernium mußte dieser Beschwerde schlechterdings stattgeben und dem Magistrate auftragen, weitere Weisungen abzuwarten. Aus demselben Grunde ließ das Gubernium auch im November 1810 selbst die Anzeige der Stadthauptmannschaft unerledigt, derzufolge 92 Prager jüdische Handelsleute in der Christenstadt, meist an günstigen Plätzen der Altstadt, eine Reihe genau bezeichneter Kanzleien, Keller und Lagerräume in Pacht hielten; das Gubernium wurde ersucht, dies künftighin nicht zu dulden.[14]

Nach der Erweiterung des Judenbezirkes galt es die Wohnräume nicht nur in der Judenstadt, sondern auch in dem erweiterten Rayon neu aufzunehmen, um die Grundlagen für die geplante Umquartierung der Judenfamilien aus der Christenstadt zu gewinnen. Die aus Vertretern des Magistrats und der Stadthauptmannschaft bestehende Kommission beendete ihre Arbeit Mitte November 1811. Das Konskriptionsergebnis war nicht sonderlich befriedigend. In der eigentlichen Judenstadt gab es damals in 278 Häusern insgesamt 1775 heizbare und 1007 unbeheizbare Zimmer und 662 Kammern, und es wohnten da 1624 Familien, bestehend aus 7123 Personen, so daß auf einen Raum durchschnittlich drei Personen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

entfielen. Die Kommission gelangte zur Anschauung, ein Zuzug weiterer Judenfamilien in die Judenstadt sei ausgeschlossen, da die Wohnverhältnisse daselbst im Augenblick schon äußerst schlecht seien. In dem 31 Häuser zählenden erweiterten Rayon „unter der Schnur" im Hl.-Geist-Sprengel und in dem 27 Häuser umfassenden Kreuzherrenkirchspiel gab es damals insgesamt 650 heizbare und 131 unbeheizbare Zimmer, 150 Kammern und 404 Küchen, mit 489 Familien und 2107 Bewohnern; davon wohnten 375 christliche Familien oder 1556 Personen in 449 heizbaren und 67 unbeheizbaren Zimmern, 128 Kammern und 312 Küchen; jüdische Familien gab es hier bloß 114 mit 551 Personen in 201 heizbaren und 64 unbeheizbaren Zimmern, 22 Kammern und 92 Küchen. Im Hl.-Geist-Sprengel außerhalb der Schnur, der dem erweiterten Judenrayon zugeschlagen werden sollte, gab es insgesamt 28 Häuser mit 302 heizbaren und 35 unbeheizbaren Zimmern, 74 Kammern und 207 Küchen. Hier wohnten 231 christliche Familien mit 977 Personen in 279 heizbaren und 24 unbeheizbaren Zimmern, 192 Küchen und 72 Kammern, ferner 19 jüdische Familien mit 74 Personen in 23 heizbaren und 11 unbeheizbaren Zimmern, 15 Küchen und 2 Kammern. Alles in allem wohnten damals im ganzen neuerweiterten Judenbezirk im Hl.-Geist-Sprengel 739 christliche und jüdische Familien mit 3158 Personen, so daß auf einen Raum durchschnittlich ebenfalls drei Personen kamen.

In der Christenstadt außerhalb des Hl.-Geist-Sprengels wohnten damals 68 jüdische Familien mit 403 Personen, die jüdischen Fabrikanten (acht Familien) und Großhandelsleute (fünfzehn Familien) mit eingerechnet; soweit die letzteren nicht in ausdrücklich verbotenen Gassen wohnten, kamen sie für die Umquartierung natürlich nicht in Frage.[15] Für die Übersiedlung in den erweiterten Judenbezirk kamen also 45 Judenfamilien in Betracht, für die in der eigentlichen Judenstadt kein Platz vorhanden war. Es war jedoch auch unsicher, ob es gelingen werde, diese Judenfamilien im erweiterten Judenbezirke unterzubringen. Denn das setzte die Ausquartierung der daselbst ansässigen, meist armen Christenfamilien voraus – und die Behörden wußten schon aus Erfahrung, daß solche Verfügungen letzten Endes stets nur den Judenhaß der Unterschicht der Prager Bevölkerung nährten. Die Kommission sah sich daher zu dem Antrag gezwungen, in den erweiterten Judenbezirk den ganzen Hl.-Geist-Sprengel einzubeziehen. Eine Entfernung der christlichen Bevölkerung aus ihren dermaligen Wohnungen sollte hiebei unterbleiben. Die Judenfamilien aus der Christenstadt sollten in den neuerweiterten Bezirk binnen einem halben Jahre, also bis zu Jakobi 1812, übersiedeln. Gleichzeitig wurde dem Magistrat aufgetragen, den Bau, bzw. Umbau der Judenstadt zu studieren; von einem solchen versprach sich namentlich die Stadthauptmannschaft eine Linderung der Wohnungsnot zu-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gunsten der Juden. Auf das kommissionelle Gutachten hin mußte das Gubernium mit Erlaß vom 16. Jänner 1812 die beantragte Erweiterung des Judenbezirkes um den ganzen Hl.-Geist-Sprengel genehmigen, unter Belassung der ansässigen Christenfamilien. Einen merklichen Gewinn für die Juden bedeutete jedoch die Berechtigung, in dem neuerweiterten Judenbezirke auch Hausbesitz zu erwerben. In der Christenstadt sollte es nach Jakobi 1812 von Juden nur Großhandelsleute und Fabrikanten geben. Es harrte nunmehr lediglich die Frage des jüdischen Friedhofes ihrer Lösung; das Gubernium täuschte sich über die Schwierigkeit derselben nicht im geringsten. Es trug daher nur dem Magistrate auf, sich im Einvernehmen mit der Stadthauptmannschaft binnen sechs Wochen zu äußern, ob es möglich wäre, den Friedhof zum Ringplatz der Judenstadt umzugestalten. Die frühere Erinnerung der Stadthauptmannschaft hinsichtlich der jüdischen Geschäftsräume in der Christenstadt betreffend, sollte sich der Magistrat gleichfalls äußern und hier künftig keine jüdischen Läden mehr dulden, höchstens Magazine – die privilegierten jüdischen Großhandlungen natürlich ausgenommen.

Doch die Prager Juden sollten sich der neuerteilten Bewilligung zum Erwerb christlicher Häuser im erweiterten Judenbezirk nicht lange erfreuen. Und wieder war es die judenfeindlich eingestellte Stadthauptmannschaft, die sie um diese wertvolle Begünstigung brachte. Anfangs Jänner 1812, also bereits vierzehn Tage nach der erwähnten Gubernialentschließung, beeilte sich die Stadthauptmannschaft, das Gubernium auf die Bedenklichkeit dieser Neuerung hinzuweisen; es sei so den Juden ein Recht eingeräumt worden, das sie nicht einmal in dem nicht zur Judenstadt gehörenden Bezirke „unter der alten Schnur" gehabt hätten. Nach der Meinung der Stadthauptmannschaft handelte es sich hiebei nur um eine Erweiterung des jüdischen Wohnraumes, nicht aber um eine Erweiterung der eigentlichen Judenstadt; nach der Meinung der Stadthauptmannschaft hätten sonst auch die Tore der Judenstadt an die nunmehrige Grenze gerückt werden müssen, daran war aber nicht gedacht.[16] Die Stadthauptmannschaft äußerte die Befürchtung, die Juden könnten hier alle Häuser aufkaufen und die Hl.-Geist-Pfarre würde so in die Judenstadt geraten, was bei den christlichen Religionsübungen zu Schwierigkeiten führen müßte.

Der unerwartete Einwand der Stadthauptmannschaft machte das Gubernium stutzig, zumal da bereits einzelne Juden von der neuen Berechtigung Gebrauch gemacht und einige Christenhäuser im erweiterten Rayon erworben hatten. Da man zunächst die diesbezügliche Entscheidung der Hofkanzlei abwarten mußte, sah sich das Gubernium mit Erlaß vom 14. Feber 1812 gezwungen, bis zur Allerhöchsten Entscheidung die Wirksamkeit seiner jüngsten Bewilligung zu suspendieren, was zu Rechts-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

schwierigkeiten mit den neuen jüdischen Besitzern der Christenhäuser führte. In seinem Hofberichte beharrte jedoch das Gubernium auf dem Standpunkt, es wäre gut, den Juden in dem erweiterten Judenbezirke das Recht zu Erwerbung von Hausbesitz schon aus dem Grunde einzuräumen, da sie die Häuser sicherlich erweitern und umbauen würden, was der Stadt zugute käme. Betreff der befürchteten Schwierigkeiten mit der Hl.-Geist-Pfarre wurde die Stadthauptmannschaft aufgefordert, einen Antrag auf die Beseitigung dieser Schwierigkeiten zu stellen.

Die Hofkanzlei, über die Rechtsverhältnisse der Prager Judenstadt nicht unterrichtet, entschied nicht sofort über den Antrag des Guberniums, sondern holte Bericht ein, ob den Juden bisher gestattet gewesen sei, Häuser im Judenbezirk „unter der Schnur" zu erwerben. Der Magistrat, dem vom Gubernium die Beantwortung dieser Frage auferlegt war, benützte die Gelegenheit zur Ausarbeitung eines eingehenden Gutachtens und dieses lautete zugunsten der jüdischen Berechtigung, Häuser im Judenbezirke zu erwerben. Das Hauptargument spielte hiebei allerdings die Erweiterung der Judenstadt um die sogenannten Liechtensteinschen Häuser im Jahre 1623, deren Erwerbung damals den Juden erlaubt worden war. Den christlichen Ursprung dieser Häuser bewies der Magistrat aus der Tatsache, daß die dermaligen jüdischen Besitzer immer noch den zuständigen Pfarren Stolagebühren entrichten mußten.[17] Auch von später erworbenen Christenhäusern[18] waren die Steuern ins städtische Steueramt zu entrichten, was bei andern Judenhäusern nicht der Fall war.

Im Sinne des Magistratsgutachtens empfahl das Gubernium der Hofkanzlei, den Juden die Erwerbung von Christenhäusern im erweiterten Judenbezirke zu gestatten, doch unter der Bedingung, hier das Gewohnheitsrecht der Teilhäuser aufzugeben, also ganze Häuser zu kaufen; ferner sollte von diesen Häusern die Steuer nicht wie in der Judenstadt nach der „Schatzung" des Gesamtvermögens in die jüdische Domestikalkasse, sondern in die Stadtkasse fließen. Der Magistrat benützte diese Gelegenheit, um eine Steuerkalkulation für die ganze Stadt zu verlangen. Von den Gubernialräten schloß nur Graf Ugarte ein Minoritätsvotum an, demzufolge den Juden auch im neuen Judenbezirke die Erwerbung christlicher Teilhäuser freistehen sollte. Auf die Entscheidung aus Wien mußten die Prager Juden jedoch bis zum Jahre 1841 warten; sie lautete ablehnend. Und so blieb diese nur kurze Zeit währende Begünstigung aufgehoben bis zur Vereinigung der Judenstadt mit Prag nach dem Jahre 1848. Den Juden, welche nach der erwähnten Ermächtigung und vor ihrer Suspendierung im erweiterten Judenrayon Christenhäuser erworben hatten, wurde die Intabulierung verwehrt und so der Kaufvertrag faktisch rückgängig gemacht.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Noch harrte die Frage der jüdischen Lager- und Geschäftsräume in der Christenstadt ihrer Lösung. Neuerliche Erhebungen zeigten, daß es damals in den christlichen Vierteln Prags über 330 Geschäftslokale, Kanzleien und namentlich Geschäftslager gab, die 184 jüdischen Handelsleuten gehörten. So weit es sich hiebei nicht um bloße Magazine handelte, in denen der Warenverkauf verboten war, waren es größtenteils Handelsräume jüdischer Großhändler, denen bereits seit 1776 das Recht zugestanden war, in der Christenstadt zu wohnen und zu verkaufen.[19] Das Gubernium mußte es daher dabei bewenden lassen, den Magistrat aufzufordern, auf die genaue Beobachtung der einschlägigen Vorschriften zu dringen und die Übersiedlung der jüdischen Kleingeschäfte in den Judenrayon zu veranlassen. Man stellte zwar damals auf eine anonyme Anzeige hin fest, daß zahlreiche Prager Juden in Wirklichkeit auch außerhalb des erweiterten Judenbezirkes Christenhäuser besäßen, daß sie aber diese Tatsache geschickt unter der Form einer Scheinmiete u. dgl.[20] zu verbergen verstünden; aber selbst das Fiskalamt hatte keine Lust, Rechtsschritte in der Sache zu tun, denn es fürchtete mit Recht die Unmöglichkeit, den Juden den wirklichen Besitztitel an diesen Häusern nachzuweisen. Das Fiskalamt empfahl im Gegenteil, den Judenbezirk noch mehr zu erweitern, damit die Juden zu solchen Rechtsfiktionen nicht gezwungen wären. Ende 1820 wurde auch das Appellationsgericht um sein Gutachten angegangen, vermutlich aber erfolglos. Und so unterblieb die Weiterverfolgung dieser heiklen Frage überhaupt.

Etwa im April 1812 vollzog also der Magistrat die Abtrennung des neuerweiterten Judenbereiches von der Christenstadt durch Spannung einer Drahtschnur an der Gemarkung. So entstand ein neuer Judenbezirk, den man in der Folge „unter der neuen Schnur" nannte. In seinem diesbezüglichen Berichte an das Gubernium brachte der Magistrat wiederholt seinen älteren Antrag zur Sprache, den Judenfriedhof zu einem Platze umzuwandeln; er versprach sich hievon die Möglichkeit, den bisherigen jüdischen Tandelmarkt zu kassieren. Eine Verlegung der Hl.-Geist-Pfarre betrachtete der Magistrat unter den geänderten Verhältnissen nicht für zwingend, zumal da die im neuen Bezirk wohnenden Juden verpflichtet waren, die auf den Häusern haftende Stola zu zahlen. Das Gubernium stimmte dieser Meinung zu; es verlangte nur einen Vorschlag, wie die in den neuen Judenbezirk nicht einbezogenen Christenhäuser andern Pfarren zuzuteilen wären. Bezüglich des Judenfriedhofs trug das Gubernium dem Magistrat und der Stadthauptmannschaft auf, ihn „ohneweiters gleich" räumen und für einen öffentlichen Marktplatz herrichten zu lassen und einen Antrag auf dessen Verbauung zu stellen.

Bei all diesen Verfügungen zogen die Behörden jedoch die Prager Juden und ihre schon so oft in vergangener Zeit bewährte Widerstands-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

kraft nicht in Rechnung. Schon zur Konskriptionskommission hatte man Ende 1811 keine Vertreter der Judengemeinde beigezogen, mit der Begründung, sie würden nur überflüssige Schwierigkeiten machen. Aber die geplanten Schritte konnten der Judenschaft nicht lange verborgen bleiben. Als die Erweiterung des Judenbezirkes in den Synagogen und durch Kundmachungen am jüdischen Rathaus und andern ortsüblichen Plätzen bekanntgemacht war, wählten die Vertreter der Prager Judengemeinde flugs das bewährte Mittel des Majestätsrekurses, um so alle weiteren behördlichen Schritte gegen die Juden in der Christenstadt bis zur Erledigung des Rekurses zu hemmen.[21] Sie beriefen sich darauf, es gebe auch in den europäischen Hauptstädten Wien, London, Paris, Berlin u. a. keine besonderen Judenstädte, diese hätten mit den geänderten Rechts- und Kulturverhältnissen ihre Daseinsberechtigung verloren, da der religiöse Haß gewichen sei; sie wiesen darauf hin, wie zwecklos es sei, zu befürchten, die Juden könnten in der Christenstadt Proselyten machen; dergleichen läge ihnen fern. Die Vertreter der jüdischen Gemeinde wiederholten die uns bereits aus der früheren Behandlung dieser Frage bekannten Bedenken: die Unzulänglichkeit und die sanitären und feuerpolizeilichen Gebrechen der Judenstadt, das Wachstum der jüdischen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten, die Verluste, denen der jüdische Handel in einem ausgesprochenen Ghetto ausgesetzt sei, wohin sich ein anständiger christlicher Kaufmann schwer zu gehen entschließe; sie verwahrten sich gegen eine derartige Zurücksetzung der Juden, die allen ihren Bürgerpflichten nachkämen und nichts sehnlicher wünschten, als daß der Toleranzgedanke des Judenpatentes vom Jahre 1797 zur Tat werde. Der Haupteinwand der Judengemeinde lag jedoch in dem Hinweis auf die Unzulänglichkeit des neuerweiterten Judenbezirkes und auf die praktische Undurchführbarkeit der geplanten Ausquartierung der Judenfamilien aus der Christenstadt. Die Juden wiesen darauf hin, es handle sich da nur um etwa zwanzig Christenhäuser, die größtenteils klein seien und obendrein der Mehrheit nach von solchen Christen bewohnt würden, die schwer herauszubringen seien. Nach der Schätzung der Judengemeinde hätte man in dem neuen Judenbezirke nur etwa zwanzig Judenfamilien unterbringen können, in der Christenstadt dagegen wohnten damals gegen zweihundert Judenfamilien, für die hier kein Platz vorhanden sei. Da es ausgeschlossen sei, die Besitzer der Christenhäuser gesetzlich zu zwingen, anstatt der christlichen Mietparteien Judenfamilien aufzunehmen, erschlösse sich den Juden nur die Möglichkeit, durch ungebührliche Überzahlung der Mietzinse hier Wohnung zu finden – stellenweise hätten die Hausherren von den Juden statt des bisherigen Zinses von 1100 fl. in Bankozetteln bis 11.000 fl. verlangt. Die Vertreter der Judengemeinde baten darum den Kaiser, den Juden auch künftighin das Wohnrecht in der Christenstadt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zuzugestehen, damit sie sich durch eine engere Berührung mit der christlichen Bevölkerung von den bisherigen Vorurteilen freimachten und so für ein Verschmelzen mit den übrigen Gesellschaftsschichten reif würden – und das sei sicherlich die Absicht des Kaisers.

Den Haupteinwand der Judengemeinde mußte selbst der Magistrat anerkennen, als bestätigte, daß durch die Neuregelung der Judenbezirk nur um dreiundzwanzing Häuser angewachsen sei, sogar den Barmherzigen-Brüder-Konvent und die Salniterhütte mit eingerechnet. Der Magistrat mußte gleichfalls bestätigen, daß sich die christlichen Hausherren des erweiterten Bezirkes weigerten, Judenfamilien aufzunehmen, einmal deshalb, weil sie die Räume für sich selbst als Wohnung und Werkstatt brauchten, dann aus mancherlei andern Gründen; auch sei in diesem Rayon eine Mietzinssteigerung zu erwarten. Für konkretere Erörterungen hielt jedoch der Magistrat die Zeit noch nicht gekommen, solange die Grundfrage nicht entschieden sei, ob es jüdischen Bewerbern gestattet sei, Christenhäuser hier zu erwerben. Er empfahl daher, bis zur Entscheidung den gegenwärtigen Zustand beizubehalten. Das Gesuch der Judengemeinde um unbeschränkte Wohnfreiheit in der Christenstadt lehnte der Magistrat ab; er ließ sich hiebei vom Grundsatze leiten, man müsse in Prag mit dem Vorhandensein des Ghettos rechnen und da könne der Aufenthalt in der Christenstadt nur eine Ausnahme bilden. Dem Gedanken von der Möglichkeit einer Annäherung der Juden an die christliche Bevölkerung hielt der Magistrat die Tatsache entgegen, den Juden sei diese Möglichkeit bereits jetzt bei ihrer Handelstätigkeit in der Christenstadt geboten. Auch die Stadthauptmannschaft bestätigte in ihrem Gutachten die Schwierigkeiten, denen die Räumung der Häuser im erweiterten Judenbezirk für die Judenfamilien aus der Christenstadt begegne, und obwohl jüngst in erster Linie auf ihr Einschreiten hin die Berechtigung zur Erwerbung christlicher Häuser im Judenbezirk suspendiert worden war, erklärte sie nunmehr, man solle den Juden die Erwerbung dieser Häuser gestatten. Sonst drängte die Stadthauptmannschaft auf eine rücksichtslose Ausquartierung der Juden aus der Christenstadt, die Großhandelsleute und Fabrikanten ausgenommen.

Die ersehnte Entscheidung der Hofkanzlei ließ jedoch auf sich warten und so geriet die Sache langsam in Vergessenheit. Da der erwähnte Majestätsrekurs der Juden aufschiebende Wirkung hatte, durfte die geplante Ausquartierung der Judenfamilien aus der Christenstadt nicht durchgeführt werden. Es blieb darum beim status quo, wie es dem Wunsche der Judengemeinde entsprach. Das Gubernium erhielt ständig einzelne Gesuche größerer jüdischer Handelsleute um die Aufenthaltsbewilligung in der Christenstadt und erledigte sie recht entgegenkommend. Das Anwachsen der jüdischen Bevölkerung und der fortschreitende Ver-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

fall der jeder Reparatur entbehrenden Judenstadt forderte jedoch immer zwingender, an die jüdische Wohnfrage zu denken. So kam es Ende 1826 zu einer neuerlichen vorläufigen Erweiterung des bisherigen Judenbezirkes. Mit Erlaß vom 31. Oktober 1826 ordnete das Gubernium die Einsetzung einer Kommission zur Beratung der Judenbezirkserweiterung an. Nach ihrem Protokoll vom 17. November 1826 sollte dann der Judenrayon um 53 Häuser, namentlich am Frantischek und in der Umgebung des Gemeindehofes in der Ziegengasse erweitert werden.[22] Freilich blieb es auch jetzt noch eine Frage, inwiefern es gelingen werde, die christlichen Hausherren zu veranlassen, Judenfamilien in Miete zu nehmen, wenngleich zu einem erhöhten Zins. An diesem Umstande scheiterten alle diese Versuche einer Judenbezirkserweiterung – und so mußten immer von neuem Kommissionen bestellt werden, die den tatsächlichen Zustand der Wohnverhältnisse in der Judenstadt festzustellen hatten. Darum empfahl auch die Kommission vom Jahre 1826 wiederholt, den Juden auch den Häusererwerb im erweiterten Bezirke zu gestatten. Und eine zweite Klippe, an der alle behördlichen Pläne immer wieder scheiterten, war der zähe Widerstand der Juden, die es stets verstanden, sei es durch einen Hofrekurs, sei es durch unmittelbares erfolgreiches Einschreiten bei einflußreicheren Persönlichkeiten, energischen Schritten gegen die in der Christenstadt wohnenden Judenfamilien zu begegnen. Es ist höchst wahrscheinlich, daß auch im Jahre 1826 die in die neue Erweiterung des Judenbezirkes gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt wurden, – wir hören weder damals noch später davon, daß die Ausquartierung tatsächlich gelungen wäre. In formaler Hinsicht wirkte der jüdische Hofrekurs vom Jahre 1812 immer noch aufschiebend; er war selbst 1826 noch nicht erledigt.

Erst Ende 1833 entschloß sich der Prager Magistrat zu energischeren Schritten in der Frage der endgültigen Ausquartierung der Judenfamilien aus der Christenstadt. Aber auch damals wiederholte sich die alte Geschichte. Die Prager Judengemeinde wandte sich unverzüglich mit einer Supplik unmittelbar an den Oberstburggrafen Chotek; sie ersuchte darin um vorläufige Aufhebung dieser Verfügung und wiederholte alle früheren Gründe gegen die Ausquartierung aus der Christenstadt – dies wäre angeblich ein Überlebsel barbarischer Zeiten. Die Supplik zeigte, wie sich die Wohnverhältnisse der Judenstadt seit den letzten Verhandlungen bedeutend verschlechtert hätten. Nach Abzug von sechzehn öffentlichen Gebäuden, zwei inzwischen abgetragenen Häusern[23] und siebzehn Gebäuden, die infolge ihrer Baufälligkeit nicht bewohnbar waren, verblieben damals von 278 Häusern der eigentlichen Judenstadt nur 243 bewohnbare Häuser, in denen bei einer durchschnittlichen Besetzung eines Hauses mit höchstens zwanzig Personen, bloß 4860 Personen unterzubringen waren,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

während die Juden samt Gesinde in Prag damals gegen 9000 Personen zählten; in der Judenstadt fehlte daher Raum für 4140 Personen. Dabei war zu bedenken, daß sich damals im Ghetto über 90 christliche Mieter befanden. Auf die Erweiterung des Judenbezirkes vom Jahre 1812 und 1826 übergehend, wies die Judengemeinde darauf hin, daß der beabsichtigte Zweck verfehlt worden sei, namentlich deshalb, weil es nicht möglich war, die dort wohnhaften christlichen Familien auszuquartieren, und daher nur sehr wenig Wohnungen für die Judenfamilien aus der Christenstadt freigeworden seien. An die bekannte Choteksche Menschenfreundlichkeit appellierend, baten die Juden, wenigstens auf ein Jahr die geplante Ausquartierung der Judenfamilien aus der Christenstadt zu sistieren; sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung inzwischen überhaupt diese menschenunwürdige Wohnbeschränkung aufheben könnte. Auch diesmal erreichten die Juden ihre Absicht. Der Magistrat machte zwar das Gubernium darauf aufmerksam, die Zahl der baufälligen Häuser in der Judenstadt mehre sich bedenklich, namentlich deshalb, weil ihre jüdischen Besitzer nichts auf ihre Instandhaltung aufwendeten, vermutlich in der Erwartung, die Wohnbeschränkung könnte aufgehoben werden; in den letzten zehn Jahren seien nur etwa drei Baue geführt worden, das sei aber auch alles, was diesbezüglich unternommen worden sei. Der Magistratsratsprotokollist Hübel und der Polizeikommissär Gröger pflegten damals neue kommissionelle Erhebungen, die jedoch nichts Neues zutage förderten. Die Wohnungsaufnahme, deren Ergebnisse sich von den obangeführten Daten des Jahres 1836 nicht wesentlich unterschieden, stellte fest, daß in der Judenstadt 41 Wohnungen leer standen und 30 Häuser infolge Baufälligkeit unbewohnbar waren. Trotzdem beantragten die Kommissäre in ihrem Berichte, die Wohnfreiheit abzulehnen. Der Magistratsreferent empfahl einverständlich mit der Kommission nicht einmal eine weitere Ausdehnung der Judenstadt. Aber der Magistrat entschloß sich damals, dem Gubernium zu empfehlen, den Judenbezirk um weitere 53 Häuser nach dem nicht durchgeführten Antrag vom Jahre 1826 zu erweitern. Das Gubernium wartete immer noch auf die Entscheidung einiger Anträge auf Aufhebung der jüdischen Prohibitionsgesetze, namentlich auch in der Frage der Häusererwerbung im erweiterten Judenbezirk, und hielt es daher nicht für angezeigt, diese Frage vor der Allerhöchsten Entscheidung seiner früheren Anträge zu lösen; es vertröstete daher im April 1838 seine jüdischen Petenten auf einen späteren Zeitpunkt. Der Magistrat sollte nur inzwischen auf die Durchführung der nötigen Reparaturarbeiten in der Judenstadt dringen. Die Judenfrage blieb also damals unentschieden; erst 1841 kam es zu neuen Verhandlungen in dieser alten, schwierigen Frage.

Die Verhandlungen des Jahres 1841 hingen mit dem Versuche einer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Generalrevision der Vorschriften über die rechtliche Stellung der Juden in Böhmen vom Jahre 1820, bzw. 1826 zusammen. Auf die Aufforderung der Hofkanzlei vom Jahre 1820 hinsichtlich eines ausführlichen Gutachtens über eventuelle Konzessionen, die der böhmischen Judenschaft im Geiste der Zeit eingeräumt werden könnten, legte das Gubernium nach sechs Jahren, im Dezember 1826, einen umfassenden Antrag der erforderlichen Reformen der Rechtsbestimmungen vor.[24] Bei den bekannten damaligen Verhältnissen in der Wiener politischen Zentraladministrative darf man sich nicht wundern, daß es zu einer Entscheidung über den Gubernialantrag vom Jahr 1826 erst nach 15 Jahren kam. Das Hofdekret vom 15. Juli 1841 modifizierte im großen ganzen im Sinne des Gubernialgutachtens das Haupt-Judenpatent für Böhmen vom Jahre 1797.[25] Es enthielt auch einige Punkte betreff der seit dem Jahre 1812 ungelösten Fragen. Es war dies namentlich die Frage, ob die Juden berechtigt seien, Häuser im erweiterten Judenbezirke zu erwerben, eine Angelegenheit, die mittels Dekret auch gegen das Gubernialgutachten zum Nachteile der Judenschaft erledigt worden war. Das Verbot für Juden, christlichen Hausbesitz zu erwerben, sollte auch künftig in Geltung bleiben und der Kaiser gab seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, künftig nur ganz ausnahmsweise und auf besonderes Ansuchen den Erwerb von Christenhäusern ausschließlich solchen Juden zu gestatten, die sich auf dem Gebiete der Industrie, des Handwerks und der Wissenschaft auszeichneten. Dagegen wurde die bisherige Wohnbeschränkung für die Prager jüdischen Fabrikanten, Großhandelsleute und Manufakturisten hinsichtlich der bisher untersagten Hauptstraßen und Plätze Prags aufgehoben.

Im Jahre 1826 war gelegentlich der Revision der Judenvorschriften auch die Frage zur Sprache gekommen, ob es nicht schon zeitgemäß sei, die Prager Judengemeinde aufzulösen und die Judenstadt mit dem übrigen Prag zu einem einheitlichen Stadtganzen zu vereinigen. Das Hofdekret vom Jahre 1841 löste diese Fragen noch nicht, sondern trug dem Gubernium auf, im Einvernehmen mit dem Magistrat bis Ende September ein Gutachten in dieser Sache einzubringen und dabei auch mit der eventuellen Aufhebung der bisherigen jüdischen Domestikalkasse und mit der Überführung des Aufwandes auf öffentliche Einrichtungen der Judenstadt, als Reinigung, Stadtbeleuchtung u. ä., auf die Prager Stadtkasse zu rechnen. Es galt nun neuerdings den ganzen komplizierten Komplex der Fragen durchzuberaten, die mit der Existenz der Prager Judenstadt und mit der jüdischen Wohnungsfrage überhaupt zusammenhingen, in der seit 1826 nichts Wesentliches geschehen war.

Der Prager Magistrat nützte das neue Stadium der alten jüdischen Wohnungsfrage dazu aus, um den Befehl auf Übersiedlung der Judenfamilien aus der Christenstadt durchzuführen; dieser Befehl war bekannt-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lich trotz zweimaliger Erweiterung des Judenbezirkes in den Jahren 1811 und 1826 aus den oben dargelegten Gründen erfolglos gewesen. Als daher im Herbst 1841 die Judenfamilien aufgefordert wurden, unter Geldstrafe und Zwangsausquartierung sich in den ihnen zugewiesenen Bezirk zu verfügen, kam es zu Vorgängen, die uns bereits aus den Vorjahren bekannt sind. Die unfreundliche amtliche Bezeichnung „Delogirung", hinter der man das Gespenst einer Massenwanderung in die Judenstadt unter Polizeiaufsicht drohen sah, war stets danach angetan, die gesamte Prager Judenschaft aufzubringen. Und so beeilten sich die Betroffenen auch diesmal, die Prager Judengemeinde zu einem raschen Einschreiten zu veranlassen, um die drohende Gefahr abzuwenden, die diesmal besonders ernst erschien. Und die Prager Judengemeinde, vertreten durch den Vorsteher M. J. Landau, schritt Ende November 1841 beim Gubernium mit dem Ersuchen um die Suspension des erwähnten Magistratsbefehls und für die Belassung der Judenfamilien in der Christenstadt ein.[26]

Die Argumente, mit denen die Judengemeinde ihre Petition einbegleitete, sind uns schon von den früheren Verhandlungen her bekannt. Von der zweimaligen Erweiterung des Judenbezirkes ausgehend (im Jahre 1812 um 89 Häuser und im Jahre 1826 um weitere 53 Häuser), suchte die Judengemeinde nachzuweisen, daß auch diese Vorkehrungen nicht imstande gewesen seien, die Wohnungskrise zu beseitigen, hauptsächlich deshalb, da es nicht gelungen sei, aus den neu einverleibten Häusern die darin ansässigen Christen zu entfernen und so Wohnungen für die Judenfamilien aus der Christenstadt freizumachen. Die Prager Juden appellierten an die fortgeschrittene Zivilisation, zu der es nicht passe, durch Erweiterung der Judenstadt die Existenz dieses dunkel-mittelalterlichen Überbleibsels zu verlängern. Die Judengemeinde wies auf die immer schlechter werdenden Wohnverhältnisse im Ghetto hin, wo zwei Häuser (Nr. 16 und 17) zwecks Raumgewinnung abgetragen und über 20 entweder im Bau oder in unbewohnbarem Zustande waren, wodurch Wohnungen für mehr denn 200 Wohnparteien ausgefallen waren. Die Supplik verlangte daher den Widerruf des Magistratsbefehls und die Bewilligung, daß die Judenfamilien auch künftig in der Christenstadt wohnen dürften, unter Umständen etwa mit Ausschluß jener Gassen und Plätze, die bis vor kurzem den jüdischen Großhändlern und Fabrikanten verboten waren. In einer Zeit, da die zivilisierten Staaten Gesetze gegen Tierquälerei erlassen, da die Staatskabinette über die Sklavenemanzipation in andern Erdteilen verhandeln, sollte doch den Prager Juden wenigstens gestattet sein, sich eine Wohnung außerhalb des Ghettos zu suchen, außerhalb dieses Schandflecks einer barbarischen Zeit – so klagte bitter die Judengemeinde; die Erweiterung des Judenbezirkes sei nur eine Verlängerung der Kette, an welche der jüdische Sklave geschmiedet sei.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die Juden seien pünktliche Zinszahler, lebten ruhig in ihrem Familienkreise, tränken nicht und ihr einziges Verschulden sei, daß sie als Juden zur Welt gekommen. Nach Recht und Gerechtigkeit rufend, schloß die Judengemeinde ihre ziemlich scharf stilisierte Beschwerde mit der Warnung, eine neue Erweiterung des Judenbezirkes werde nur die Judenfeindschaft und den Haß besonders bei jenen ärmeren Christenfamilien schüren, die aus ihren bisherigen billigeren Wohnungen im erweiterten Bezirk verdrängt würden.

Im Bestreben, über die Beschwerde der Judengemeinde dem Gubernium das geforderte Gutachten zu erstatten, mußte der Magistrat sich zunächst die grundsätzliche Frage klar machen, ob das Hofdekret vom Jahre 1841 auch die stillschweigende Genehmigung der beiden Erweiterungen des jüdischen Bezirkes von den Jahren 1811 und 1826 enthielt, über welche eigentlich bisher keine Allerhöchste Entschließung ergangen war. Der Magistrat schilderte daher dem Gubernium ausführlich die ganze Verhandlung über die Judenwohnfrage in den vergangenen Jahrzehnten seit 1811 und ersuchte um Entscheidung, indem er von vornherein bemerkte, daß die Judenstadt durchaus nicht hinreiche, um alle Judenfamilien Prags aufzunehmen. Derselben Meinung war auch die Stadthauptmannschaft. Sie deutete auf den immer schlechter werdenden Zustand der Judenstadt, wo die unausgebesserten Häuser verfallen, woran in erster Linie die komplizierten Besitzverhältnisse bei dem System des Teilbesitzes an den Judenhäusern Schuld tragen. Auch die Stadthauptmannschaft mußte die große Enttäuschung eingestehen, welche die Erweiterung des Judenbezirkes gebracht, da es nicht gelungen war, die darin wohnenden Christenfamilien auszuquartieren und auf diese Weise Wohnungen für die Juden aus der Christenstadt zu schaffen. Sie machte auch darauf aufmerksam, die wachsende Wohnungsnot der Prager Judenschaft hänge auch mit ihren steigenden Ansprüchen auf bequemeres und gesünderes Wohnen zusammen, und empfahl die endliche Genehmigung der Erweiterung des Judenbezirkes vom Jahre 1811 und 1826.

Nicht einmal dem Gubernium war die rechtliche Seite der bisherigen Schritte zur Erweiterung des Judenbezirkes klar und es mußte sich im Juli 1842 an die Hofkanzlei um Belehrung wenden. Auch das Gubernium hielt dafür, die Erweiterung des Judenbezirkes vom Jahre 1826 sei noch nicht in Rechtskraft erwachsen, da sie von der Hofkanzlei nicht bestätigt worden sei, und ersuchte daher neuerdings um die nachträgliche Bestätigung dieser Notverfügung, die sich schon deshalb als unabweislich darstelle, da die eigentliche Judenstadt samt dem erweiterten Bezirk von 1811 durchaus nicht ausreiche, um alle Judenfamilien aus der Christenstadt aufzunehmen. Dem Magistrate aber trug das Gubernium gleichzeitig auf, mit der Judenausquartierung bis zur Allerhöchsten Entscheidung zuzuwarten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Damit war also die unmittelbare Gefahr für die in der Christenstadt wohnenden Judenfamilien beschworen. Bei der bekannten Säumigkeit der Wiener Behörden bestand die Hoffnung, die gefürchtete polizeiliche Umquartierung werde noch recht lange auf sich warten lassen. Aber diesmal sollte diese Berechnung merkwürdigerweise trügen. Die Hofkanzlei gab entgegen ihrer Gepflogenheit umgehend Bescheid. Sie bedeutete dem Gubernium mit einem versteckten Tadel, man könne unmöglich zur Grundlage der gegenwärtigen Verhandlungen über die Judenwohnfrage das Gutachten vom Jahre 1826 nehmen; denn in den seitdem verflossenen sechzehn Jahren habe sich sicherlich manches geändert. Die Hofkanzlei betonte, der Kaiser habe bereits mit dem Hofdekret vom 9. Mai 1811 die grundsätzliche Zustimmung zur Erweiterung des Judenbezirkes kundgetan, und forderte das Gubernium auf, unter Zuziehung des Magistrats, der Stadthauptmannschaft und der Judengemeinde die ganze Frage einer neuerlichen kommissionellen Behandlung nach den gegenwärtigen Verhältnissen zu unterziehen und möglichst bald nach Wien zu berichten, wieviel Häuser die Judenstadt vor dem Jahre 1811 gehabt, wieviel Häuser nach dem Dekret vom Jahre 1811 dazugekommen seien und was für einer Erweiterung der Judenstadt es nunmehr bedürfe, um den Prager Juden ein bequemeres Wohnen zu gewährleisten.

Der Magistrat beeilte sich diesmal keineswegs mit der Vorlage des abgeforderten Gutachtens. Und bis zum August 1844, als es endlich zu dessen Ausarbeitung kam, war die Frage durch eine Sonderaktion über die Berechtigung der Judengeschäfte in der Christenstadt kompliziert. Darüber muß etwas ausführlicher gesprochen werden. Den Anstoß zu dieser neuen Aktion hatte indirekt der jüdische Schnittwarenhändler Moriz L. Wehli gegeben. Dieser hatte Ende 1840 den Gubernialkonsens erhalten, sein Geschäft aus dem Hause NC. 962/I bei den Kotzen in die belebte Rittergasse, NC. 403/I zu übertragen, also mitten in die Christenstadt. Wehli war damals amtlich nicht als Großhändler anerkannt, denen wie gesagt Wohnungen und Geschäfte auch in der Christenstadt erlaubt waren. Die vereinigte Prager christliche Geschäftswelt befürchtete die Konkurrenz des neuen jüdischen Geschäftes und erblickte in diesem Falle nur ein gefährliches Beispiel für die übrigen jüdischen Geschäftsleute, daher legte sie im Juni 1842 beim Gubernium Protest gegen die Übersiedlung Wehlis ein. Die Lage des Hauses NC. 403/I, wohin Wehli übersiedelt war, macht die Streitfrage besonders kompliziert. Das Haus befand sich nämlich in der Gasse, die im Jahre 1811 noch nicht Kohlmarkt hieß, sondern Gasse zu den Kotzen, so daß sie nicht unter jene Gassen gehörte, die den Judengroßhandelsleuten damals verboten waren; das mußte in seinem Berichte selbst der Magistrat einsehen. Die Beschwerde der vereinigten Prager Geschäftswelt hatte aber doch insoweit Erfolg, daß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

das Gubernium ohne Rücksicht auf die eigene jüngst erteilte Erlaubnis den Wehli am 9. September 1843 binnen 24 Stunden ausquartieren ließ. Wehli war aber nicht geneigt nachzugeben. Er lehnte die Räumung ab und meldete den Rekurs gegen die Gubernialentscheidung an, in dem er sich auf das Hofdekret vom 2. März 1799 berief, demzufolge der Hofrekurs aufschiebende Wirkung hatte, sobald es sich um einen unersetzlichen Schaden handelte. Das Gubernium aber weigerte sich in diesem Falle die Anwendbarkeit des zitierten Hofdekretes anzuerkennen und trug dem Magistrat auf, Wehlis Laden augenblicklich schließen zu lassen. Dagegen protestierte aber auch der Hausherr, Dr. Matthias Kalina Ritter von Jäthenstein, dem damals eine Geldbuße von zehn Reichstalern für die unberechtigte Aufnahme eines jüdischen Mieters auferlegt worden war. Kalina suchte nachzuweisen, daß er nicht berechtigt sei, den Wehli aus dem Laden zu vertreiben, den er ihm vermietet habe, und protestierte gegen das Vorgehen des Guberniums in dieser Sache. Gleichzeitig reichten Wehli und Kalina einen Rekurs zur Hofkanzlei ein. Diese sandte ihn dem Gubernium mit dem Auftrag, die Ausquartierung Wehlis bis zur Allerhöchsten Entscheidung aufzuschieben. Das Gubernium war also in seinem Vorgehen durch die Hofkanzlei desavouiert und Wehli hatte allen Grund zu triumphieren. Um jedoch Ausschreitungen der christlichen Bevölkerung auszuweichen, der Wehlis Erfolg ein Dorn im Auge war, entschloß sich Wehli den Laden bis zur endlichen Entscheidung zu schließen und sein Geschäft in seinem früheren Laden, den er noch immer in Pacht hielt, zu betreiben. Das Gubernium konnte natürlich unter den gegebenen Verhältnissen nicht anders, als auf der Ablehnung des Rekurses Wehlis zu bestehen. Aber der Gubernialreferent in Judensachen, Graf Fürstenberg, schloß ein Separatvotum an, in dem er empfahl, Wehli stattzugeben. Das Ergebnis bedeutete einen vollen Erfolg Wehlis. Die Hofkanzlei gab seinem Rekurse statt und ordnete an, ihn im Hause NC. 403 zu belassen. Damit war jedoch die Affäre Wehli noch nicht erledigt. Als Wehli im Jahre 1844 einen neuen Laden in NC. 846/II mietete, in der Kolowratstraße, der ehemaligen Alten Allee, die bekanntlich mittels Hofdekretes vom 9. Mai 1811 für jüdische Großhandelsleute verboten war, wiederholten die Prager christlichen Handelsleute ihren früheren Protest. Wehli rekurrierte jedoch neuerdings. Diesmal stellte sich sogar das Gubernium auf seine Seite, so daß Wehli mit Genehmigung der Hofkanzlei in der Christenstadt verblieb. Erst als sich am 17. April des Sturmjahres 1848 die judenfeindlichen Ausschreitungen vor allem gegen Wehli richteten, mußte er sich in die Judenstadt zurückziehen. Er publizierte diesen seinen Entschluß durch eine besondere gedruckte Kundmachung. Erst als sich die Verhältnisse später beruhigt hatten und das Kollegium der Gemeindeältesten seiner Rückkehr in die Christenstadt Hindernisse in den Weg legte, reichte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Wehli im September 1848 einen neuen Rekurs ein und bat um Schutz. Der Prozeß verschleppte sich bis Mitte Juli 1849; erst damals gab das Ministerium des Innern unter geänderten Verhältnissen dem Einspruche Wehlis nach.[27]

Der Fall Wehli ermöglicht uns ein besseres Verständnis des Konkurrenzneides der Prager christlichen Bevölkerung gegen die jüdischen Handelsleute; der Fall hängt auch eng mit den weiteren Schritten in dieser Frage zusammen. Er zeigt nämlich, daß es unter den damaligen Verhältnissen auch einem jüdischen Handelsmanne, der nicht in die Kategorie der Großhandelsleute gehörte, möglich war, die Aufenthaltsbewilligung in der Christenstadt zu erlangen.

Der Prager Magistrat verfolgte mit scheelem Blick den zähen und im ganzen erfolgreichen Kampf der Prager jüdischen Handelsleute gegen die Behörden; er entschloß sich daher, mit strengeren Maßnahmen zum Schutze der behördlichen Anordnungen vorzugehen. Er forderte Ende 1848 neun jüdische Handelsleute, die ihre Läden in der Christenstadt hatten,[28] auf, nach einvierteljähriger Kündigungsfrist unverzüglich in die Judenstadt zu übersiedeln, widrigenfalls sie amtlich delogiert und mit zwanzig Reichstalern Geldbuße bestraft würden. Die Betroffenen waren keineswegs gesonnen, diesem Auftrag ohne Protest nachzukommen. Nach bewährtem Muster reichten sie sofort einen Hofrekurs ein, in welchem sie nicht bloß um Aufschub der ihnen gestellten Delogierungsfrist, sondern auch um eine Generalbewilligung baten, in der ganzen Christenstadt frei ihren Laden wählen zu dürfen. Sie begründeten ihr Ersuchen vor allem mit dem Hinweis darauf, es gebe kein Gesetz, kraft dessen der jüdische Handel ausschließlich nur auf die Judenstadt und den Tandelmarkt beschränkt sei, und hätte es selbst ein solches Gesetz gegeben, sei es durch § 43 des Judenpatentes vom Jahre 1797 aufgehoben. Die Petenten wiesen darauf hin, daß die ausgesprochene Judenstadt und der ebenso berüchtigte Tandelmarkt dem Gedeihen des jüdischen Handels nicht günstig seien. Die Judengemeinde wiederholte in ihrem befürwortenden Vorlagebericht die Argumente vom schlechten Zustande der Judenstadt, der sich auch durch die Erweiterung des Judenbezirkes vom Jahre 1811 nicht gebessert habe, und kennzeichnete die unhaltbaren Verhältnisse im Tandelmarkt, wo sich in fünf Höfen an die 1100 Menschen drängten und Gott der Herr über ihnen in dieser höchst gefahrvollen Umgebung wache; denn der Ausbruch einer Feuersbrunst müßte furchtbare Folgen haben. Von der günstigen Erledigung des Gesuches der jüdischen Handelsleute versprach sich die Judengemeinde eine Preissenkung infolge Konkurrenz und ein Abflauen des Judenhasses, dem durch die Judenbedrückung nur immer neue Nahrung zugeführt werde.[28]

Der Prager Magistrat trat diesmal in seiner Mehrheit auf die Seite

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

der Juden, aber die judenfeindlich gestimmte Stadthauptmannschaft schloß sich der Magistratsminderheit an, derzufolge die Juden mit ihrem Gesuche a limine abzuweisen waren, da der Handel in der Christenstadt im Sinne der gültigen Gesetze nur den jüdischen Großhandelsleuten und Fabrikanten gestattet sei, und zwar noch gegen einen besonderen vorherigen Konsens.

Das Gubernium mußte die Berechtigung der jüdischen Einwände anerkennen. In der Provinz hatten die jüdischen Handelsleute laut Patent vom Jahre 1797 in der Tat freie Wahl der Standorte ihrer Geschäfte und das Gubernium war der Meinung, dasselbe wäre auch in Prag angezeigt zur Erreichung einer erfolgreichen Konkurrenz, zumal da die Judenstadt in dieser Beziehung völlig unzulänglich und der Tandelmarkt überfüllt sei. Zuguterletzt begnügte sich das Gubernium damit, den jüdischen Handelsleuten den erbetenen Aufschub ihrer Zwangsdelogierung bis zur Allerhöchsten Entscheidung ihres Hofrekurses zu gewähren; die Juden aber hatten wieder ihren Zweck erreicht.

Nun galt es, der Hofkanzlei über dieses Judengesuch ein ausführliches Gutachten zu erstatten. Wie gewöhnlich, fiel auch diesmal diese Aufgabe dem Prager Magistrate zu. Der dortige Referent, Magistratsrat Schütz, nahm die Gelegenheit wahr, um ein ebenso umfassendes als eingehendes Gutachten über diese so wichtige Frage in ihrer Gänze auszuarbeiten. Bevor er sich in die Behandlung des Judengesuches einließ, holte der Magistrat ein Gutachten darüber von der Prager christlichen Geschäftswelt ein; es fiel natürlich schroff ablehnend aus. Die Prager Handels- und Handwerksleute protestierten in einer umfassenden schriftlichen Replik mit der eigenhändigen Unterschrift von 374 Prager Bürgern, meist Hausbesitzern, Handelsleuten und Vertretern der Prager Zünfte,[29] sehr energisch dagegen, den jüdischen Handelsleuten die freie Wahl der Standorte ihrer Geschäfte in der Christenstadt einzuräumen. Der Protest wiederholte dann in sehr scharfer Fassung alle bekannten Vorwürfe gegen die Juden überhaupt; so wurde darauf hingewiesen, die Juden würden dann wie die Heuschrecken die ganze Christenstadt überfluten und deren Christenvolk verheeren, was auch für die übrigen österreichischen Länder eine Gefahr bedeuten würde. Der Handel sei die Hauptbeschäftigung der Juden, – andere Berufe wählten die Juden nur, um den Heiratskonsens zu erlangen, oder des damit verbundenen Handels wegen. Der jüdische Handel, dieser unersättliche Blutegel, dieses Chamäleon, dränge sich zwischen Konsumenten und Produzenten, leiste dem warenverteuernden Zwischenhandel Vorschub, baue auf die Unkenntnis der Käufer und greife zur Warenverfälschung, zu falschem Maß und Gewicht; das ärgste Übel sei der judische Hausierhandel, der überall eindringe (in Prag allein gab es damals angeblich gegen fünftausend jüdische Hausierer), der alles

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

führe und alles besorge. Der jüdische Wucher, die Wechseloperationen und der Schleichhandel nützten die Not des christlichen Volkes aus und brächten es an den Bettelstab. Die jüdische Industrie reiße das Erzeugungsmonopol an sich – von sieben christlichen Fabriken Prags arbeiteten angeblich vier für die Juden. Pacht, Lizitation, Zubringerei und Kauf gestohlenen Gutes, verderbliche Auswirkung jüdischer Pfiffigkeit und jüdischen Kapitals, Verlockung der Bauern zu Verschwendung und Schuldenmachen, Verleitung des Gesindes zu Veruntreuung und Diebstahl, Rohmaterialieneinkauf und -verteuerung, Ausnützung des Weberelends im Riesengebirge, Ruinierung der christlichen Industrie und des Handwerkes durch unlautere Konkurrenz, – das waren so die Hauptvorwürfe, die von den christlichen Handelsleuten und Handwerkern gegen die Juden vorgebracht wurden, die angeblich eine eigene Kaste unter der übrigen Bevölkerung des Staates bildeten; sie lebten nur für sich, zusammenraffend, ohne auszugeben, und würden so bald zum herrschenden Volke werden. Schon jetzt hätten sie sich in Prag in den belebtesten Prager Gassen (Bergmann-, Ritter-, Eisen-, Zeltner-, Schwefelgasse, an dem Großen und Kleinen Altstädter Platz, in der Kleinen und Großen Jesuitengasse, auf der Kleinseite in der Brückengasse) der besten Geschäfte bemächtigt (die Konkurrenten nannten auch ausdrücklich den uns bereits bekannten Fall Wehli), durch Überzahlung der Mietzinse würden sie sich noch mehr ausbreiten, dem christlichen Handel alle Kunden abspenstig machen und diesen völlig ruinieren, so daß das ganze schöne Prag auf diese Weise zu einer einzigen großen Judenstadt werden würde. Erst nach Erlangung dieses Handelsmonopols würden die Juden niedrigere Mietzinse diktieren; trotz ihres materiellen Wohlstandes würden sie ihren Charakter nicht verleugnen und sich in keiner Weise der christlichen Bevölkerung anzunähern suchen. Bezüglich der Wohnmöglichkeit in der Judenstadt schrieben die Konkurrenten in ihrem von übertriebener Konkurrenzangst diktierten Protest, an dem jämmerlichen Zustand der Judenstadt seien die Juden selbst schuld, um auf diese Weise die Aufenthaltsbewilligung in der Christenstadt zu erzwingen; sie beantragten neuerdings, auf dem Judenfriedhofe vierzig bis fünfzig Häuser zu erbauen. Die christlichen Handelsleute wollten damit beweisen, es gäbe bei einigem guten Willen in der Judenstadt und am Tandelmarkt genug Platz für alle jüdischen Geschäfte, und sie ersuchten um Ablehnung des jüdischen Ansuchens.

Der Magistratsreferent gelangte jedoch in seinem sachlich belegten Gutachten zu einem dem jüdischen Ansuchen günstigen Standpunkt. Schütz machte eingangs aufmerksam, das Patent vom Jahre 1797 hebe die vorhergehenden Beschränkungen des Judenhandels keineswegs ausdrücklich auf und die Berufung der jüdischen Petenten darauf sei darum nicht be-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

rechtigt. Daran schloß der Referent einen knappen Überblick, wie sich in Böhmen seit den ältesten Zeiten die Lage der Judenschaft und ihre Rechtsstellung entwickelt hat. Für die Frage des Judenhandels wies der Referent besonders auf das königliche Patent vom 8. April 1648 hin, demzufolge den Juden Geschäfte, Lager und Läden an jenen Orten und Märkten bewilligt waren, „wo es Herkommen", desgleichen der Betrieb der Handwerke; es war ihnen jedoch verboten, in Häusern und auf den Gassen zu handeln, ausgenommen am Tandelmarkt und in der Judenstadt. Mit dem Hofdekret vom 18. Jänner 1749 wurde den Juden gestattet, den Tandelmarkt auch weiterhin zu halten und in Prag und in Böhmen Freihandel zu treiben. Den jüdischen Großhandelsleuten und Fabrikanten war mit Hofdekret vom 26. Mai 1786 gestattet, in der Christenstadt zu wohnen, doch war es ihnen hier nicht erlaubt, „Minutahandel" zu treiben. Mit Hofdekret vom 1. März 1786 war den Juden zwar das Mieten von Läden in Christenhäusern erlaubt worden, aber bereits mit dem Hofdekret vom 13. September 1790 wurde die Entscheidung darüber dem Gubernium nach dem Gutachten des Magistrats und der Stadthauptmannschaft anheimgestellt; der jüdische Kleinhandel war in der Christenstadt ausdrücklich verboten und blieb nur der Judenstadt und dem Tandelmarkt vorbehalten. Das Judenpatent vom Jahre 1797 brachte in dieser Beziehung keine wesentliche Änderung; nach wie vor blieb der jüdische Kleinhandel in der Christenstadt verboten. Der Magistrat führte aus, die Beschränkung des Judenhandels sei also ursprünglich nicht durch eine gesetzliche Verordnung erfolgt, sondern durch die Verhältnisse erzwungen worden, namentlich durch das Bedürfnis, die Juden vor Angriffen des Pöbels zu schützen, vor denen übrigens nicht einmal der Tandelmarkt sicher war. Die ausdrückliche Einschränkung der jüdischen Handelstätigkeit auf die Judenstadt und den Tandelmarkt war nur in dem Hofdekret vom 13. September 1790 enthalten, doch wurde dieses nirgends öffentlich publiziert. Das Verbot des jüdischen Kleinhandels in der Christenstadt erachtete der Magistrat für zweifellos verbindlich – bereits mit Gubernialverordnung vom 27. April 1815 wurde dem Magistrate auferlegt, streng darüber zu wachen, daß die jüdischen Kleinhändler nicht in die Christenstadt zögen, mit Gubernialdekret vom 13. Juli 1815 wurde bestimmt, kein jüdischer Handelsmann dürfe hier einen Laden halten, und mit Gubernialverordnung vom 5. September 1816 wurde der Tandelmarkt reguliert und neuerdings der jüdische Kleinhandel außerhalb der Judenstadt und des Tandelmarktes untersagt.

Nachdem so das amtliche Vorgehen des Magistrats gegenüber den jüdischen Handelsleuten in der Christenstadt gerechtfertigt war, nahm der Magistratsreferent die Behauptung der jüdischen Rekurrenten, ihre Beschränkung auf die Judenstadt und den Tandelmarkt sei ungerecht und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

undurchführbar infolge Platzmangels in der Judenstadt, unter die kritische Lupe. Der Referent mußte hier wiederum eine Übersicht der Wohnverhältnisse in der Judenstadt geben. Es waren daselbst zu jener Zeit nur 120 Häuser in gutem Zustand. Er mußte anerkennen, daß für 8000 Juden in Prag und vor allem für ihre Kramläden und Magazine weder in der Judenstadt noch im erweiterten Judenbezirk hinreichend Raum vorhanden sei. Was den jüdischen Tandelmarkt anlangte, so gehörten dazu unstreitig die Häuser NC. 496, 499–503; in den Häusern NC. 474, 495, 497, 498 und 504 besaßen die Juden gleichfalls emphyteutisch Keller und Geschäftsräume, so daß auch diese Häuser damals als zum Tandelmarkt zugehörig galten, obwohl es noch nicht von Rechts wegen festgestellt war. Den schlechten Zustand dieser Häuser erblickte der Referent – ebenso wie wir dies bereits bei der Judenstadt wahrgenommen haben – in dem komplizierten Besitzrecht, in das sich die Oberherren mit den jüdischen Emphyteuten teilten, die hier die Geschäftsräume in Erbpacht hielten.

Der Magistratsreferent unterschied allerdings in seiner Äußerung zwischen dem ordentlichen legitimierten jüdischen Handel (Klassenhandel) und den jüdischen Krämern und Trödlern, von deren Zulassung in die Christenstadt unter den damaligen Verhältnissen überhaupt keine Rede sein konnte; der Magistrat schritt gegen sie scharf ein. Betreffs des ordentlichen Judenhandels empfahl der Referent, dem Ersuchen zu willfahren und ihn in die Christenstadt zuzulassen. Für seinen Antrag konnte er einige triftige Gründe anführen. Neben dem Argument von der absoluten Unzulänglichkeit der Judenstadt, des Tandelmarktes und des erweiterten Judenbezirkes machte der Referent besonders darauf aufmerksam, die Beschränkung des Judenhandels datiere aus einer Zeit, da die einzelnen Handelszweige noch nicht so streng unterschieden waren wie jetzt. Früher war es hauptsächlich um den Kleinhandel (Schacher) zu tun; erst mit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts habe sich ein formaler Mittelstand jüdischer Handelsleute und die sogenannten „Klassenhandlungen" ausgebildet, die auch im großen verkaufen und daneben Kommissions- und Speditionsgeschäfte treiben dürfen. Diese jüdischen Handelsleute wurden erst mit der Hohen Verordnung vom 22. Juni 1810 der christlichen Geschäftswelt beigeordnet und bildeten nun mit ihr den vereinigten Prager Handelsstand. Die jüdischen Handelsleute hätten also auch das Recht zum Großhandel, freilich nur mit jener Ware, für die sie legitimiert seien; sie sollten also nach Meinung des Referenten auch jener Rechte teilhaftig sein, die den jüdischen Großhandelsleuten schon längere Zeit eingeräumt waren, vor allem auch des Rechtes, ihre Läden nach freier Wahl aufzuschlagen. Der Referent ließ anstandslos die jüdischen Einwände gelten, so weit es sich um die Unvorteilhaftigkeit der Geschäfte in der Judenstadt handelte, denn das Ghetto war von phantastischen Sagen und Märchen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

umsponnen und seine engen, dunkeln, krummen Gäßchen, der berüchtigte Schmutz in Häusern und Gassen sowie die althergebrachten Vorurteile der christlichen Bevölkerung Prags waren keineswegs danach angetan, anständige christliche Kunden in die jüdischen Geschäfte zu locken. Der Referent befürchtete, die Verschrienheit der Judenstadt könnte bald auch auf den erweiterten Judenbezirk übergehen, so daß auch dort das Judengeschäft bedroht wäre; Pflicht der öffentlichen Verwaltung aber sei es, dem Publikum den Einkauf möglichst bequem zu machen. Die Einschränkung des jüdischen Geschäftes auf den Judenbezirk ließ sich nach der Meinung des Referenten nicht in Einklang bringen mit dem herrschenden System der Gewerbefreiheit und der freien Konkurrenz laut Hofdekret vom 2. Mai 1809. Der Magistratsreferent erwartete von der Freigabe des Judenhandels ein Sinken der Preise und ein Steigen der Auswahl und beantragte daher, wohlverhaltenen legitimierten jüdischen Handelsleuten mit gutgehendem Geschäft die freie Wahl ihrer Läden zu gestatten; das Recht, diese Bewilligung zu erteilen, reklamierte er für den Magistrat. Die Stadthauptmannschaft zollte dem Magistratsantrag volle Zustimmung, beschränkte ihm jedoch durch den Zusatzantrag, für solche jüdische Geschäfte den Rayon um den Kohlmarkt und die Häuser unter den Kotzen anzuweisen, wo hinreichend Platz für Judenläden vorhanden sei.

Wie wir bereits früher gesehen haben, war auch diesmal der Magistrat in dieser Frage nicht einig. Die Minderheit der Magistratsräte fügte auch damals ein gegen den Mehrheitsanstrag gerichtetes Minoritätsvotum an. Die Magistratsminderheit argumentierte folgendermaßen: Die Judenstadt bildet einen geschlossenen Stadteil; auch der christliche Handelsmann kann nicht frei übersiedeln, z. B. von Smichow und Wyschehrad nach Prag, und die Juden leiden in der Judenstadt auch keine christlichen Geschäftsleute, – für die Juden soll also auch dasselbe Verhältnis gelten. Sie sollen damit rechnen und sich einem anderen Beruf widmen als dem Handel! Würde ihnen der Freihandel und die Wohnungsfreiheit in der Christenstadt eingeräumt, so wird sich der Zustand des Ghettos noch mehr verschlechtern, da die Juden absichtlich ihre Häuser nicht reparieren – es müßte dann verwahrlosen oder von Christen besetzt werden, denn alle wohlhabenderen Juden würden in die Christenstadt ziehen. Die Magistratsminorität beantragte daher, das Gesuch der jüdischen Handelsleute a limine abzuweisen; sie wiederholte dabei die schon bekannten Argumente von der Hinlänglichkeit des Tandelmarktes, von der Notwendigkeit, den Judenfriedhof zu verbauen und die Ghettohäuser instandzuhalten.[30]

Der Gubernialreferent Graf Fürstenberg[31] befand sich bei der Beurteilung der Sache in einer recht mißlichen Lage. Auf der einen Seite standen die Argumente der jüdischen Handelsleute, die sich auf den Zeit-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

geist beriefen und in der Aufhebung der bisherigen Beschränkungen eine Frage der öffentlichen Moral erblickten. Auf der andern Seite waren die vom Magistrat geltend gemachten Gründe triftig genug und kaum zu übersehen. Dazu kam der scharfe Ton des Protestes der christlichen Handels- und Handwerksleute; das Gubernium verschloß zwar nicht die Augen vor den tendenziösen Übertreibungen, konnte aber dabei die bedenkliche Erbitterung nicht überhören, die eventuelle Ausschreitungen gegen die Juden befürchten ließ, falls man dem jüdischen Gesuche entsprechen sollte. Fürstenberg schloß sich diesmal entschieden der Meinung der Magistratsminderheit an und führte aus, die Juden gehörten in die Judenstadt und auf den Tandelmarkt und hätten kein Recht, in die Christenstadt zu ziehen. Er empfahl, auf die Instandsetzung der verfallenden Häuser der Judenstadt zu dringen; mit Rücksicht auf die bevorstehende weitere Erweiterung des Judenbezirkes werde dort hinreichend Platz auch für die jüdischen Geschäfte vorhanden sein. Vom politischen Standpunkt, führte der Referent aus, liege es im Interesse der Staatsverwaltung und im Geiste der Gesetzgebung, die Juden vom Handel abzulenken und sie nützlicher, produktiverer Beschäftigung zuzuführen. Er hielt die Zeit noch nicht für reif genug, um den Judenhandel völlig freizugeben; das würde den Christenhandel fühlbar schädigen. Die Hofkanzlei erblickte sicherlich das beredtste Argument in dem Hinweis, daß eine Gewährung des jüdischen Gesuches ein neues Aufflammen des Judenhasses zur Folge haben könnte; der Referent dachte dabei an die Fabriks- und Eisenbahnarbeiterschaft, deren Unzufriedenheit sich eben damals im Jahre 1844 sehr stürmisch äußerte. Fürstenberg beantragte daher Abweisung des jüdisches Gesuches; im Grunde aber erhob er keinen Widerspruch dagegen, daß das Gubernium wie bisher individuelle Gesuche jüdischer Handelsleute um Aufenthaltsbewilligung in der Christenstadt günstig bescheide. Die jüdischen Handelsleute sollten in einer bestimmten Frist die Christenstadt räumen und in die Judenstadt und den erweiterten Bezirk übersiedeln. Der Magistrat aber wurde verpflichtet, ein Verzeichnis der fremden Juden in Prag vorzulegen und die Fertigstellung des mit Hofdekret vom August 1842 angeordneten Gutachtens hinsichtlich der Erweiterung des Judenbezirkes zu beschleunigen.

Seinen ablehnenden Antrag wiederholte Fürstenberg auch in seinem neuerlichen Gutachten von Mitte September 1844, als er die neuerlichen Beschwerden zahlreicher Prager Handels- und Handwerksleute gegen den jüdischen Drang nach der Christenstadt erörterte. Sowohl dieser Rekurs als auch das Gubernialgutachten wiederholte nur die früheren Argumente von der Nachteiligkeit des Judenhandels für die christliche Bevölkerung. Der Gubernialreferent mußte zwar die christlichen Beschwerdemotive als übertrieben kennzeichnen, aber in manchen Punkten stimmte er ihnen zu,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

namentlich darin, daß die Mehrzahl der Juden Hausierhandel treibe und zu produktiven Berufen, namentlich Landwirtschaft und Handwerk, keine Neigung zeige, daß Judenwucher und Schleichhandel das Christenvolk schädige und das sich in Prag die jüdischen Handelsleute tatsächlich an die besten Plätze drängten und durch Überzahlung der Mietzinse die christlichen Geschäftsleute von hier verdrängten. Fürstenberg schloß aber gleichzeitig seinem Gutachten einige Argumente an, die zugunsten des jüdischen Standpunktes sprachen. Er anerkannte, man könne die Juden nicht mit Gewalt vom Handel fernhalten, schon deshalb nicht, da die Konkurrenz für die Preissenkung unerläßlich sei; an die Adresse der christlichen Handelsleute richtete er den Vorwurf, daß sie lernen sollten, ebenso sparsam zu leben wie die Juden und mit einem geringeren Gewinn zufrieden zu sein, dann würden sie sich nicht in solchem Maße vor der jüdischen Konkurrenz fürchten müssen wie bisher. Zum Angriff gegen den jüdischen Wucher wies der Referent darauf hin, der Wucher sei in der Spekulation des Welthandels überhaupt eingenistet und seine Ausrottung werde kaum je gelingen, da die staatliche Administrative über zu wenig wirksame Mittel verfüge – das Wucherpatent vom 2. Dezember 1803 und § 233 des Strafgesetzes II. Teil sei nur ein Palliativmittel. Die gleiche pessimistische Anschauung vertrat Fürstenberg auch in der Frage des Schleichhandels. Die übertriebene Angst der Christen vor einer Verjudung Prags und Vernichtung des christlichen Elementes widerlegte der Referent mit dem Hinweis darauf, daß bei dem Verhältnis von 8000 Juden zu 100.000 Christen in Prag jede diesbezügliche Besorgnis überflüssig sei. Mochte es Fürstenberg nun auch nicht für angezeigt halten, in das Meritum der Petition der christlichen Handelswelt einzugehen, um bei Untersuchung der christlichen Beschwerden den unvermeidlichen jüdischen Gegenbeschwerden auszuweichen, so konnte er sich doch nicht entschließen, aus seiner grundsätzlichen Anschauung, die dem jüdischen Gesuche im ganzen ziemlich günstig war, die praktische Nutzanwendung zu ziehen. Es waren namentlich die damaligen Arbeiterunruhen, die erst durch scharfes Zugreifen des Militärs niedergeworfen wurden, die den Gubernialreferenten zu dem Antrag veranlaßten, der dann auch vom Gubernium einhellig genehmigt wurde: die jüdischen Handelsleute sollten auf die Judenstadt, den Tandelmarkt und den erweiterten Judenbezirk verwiesen werden.

Die ausdrückliche Warnung des Gubernialgutachtens, eine Genehmigung des jüdischen Gesuches könnte in Prag zu neuen Unruhen gegen die Juden führen, bot vermutlich der Hofkanzlei das stärkste und wirksamste Argument für ihre abweisende Entscheidung, die am 25. April 1845 einlangte. Das Gesuch der jüdischen Handelschaft um Freigabe der Wahl ihrer Standplätze war mit diesem Hofdekret unter Hinweis auf die ein-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schlägigen Vorschriften, die immer noch in Kraft stünden, abgelehnt. Dem Magistrate sollte aufgetragen werden, für die Instandsetzung der baufälligen Häuser in der Judenstadt und am Tandelmarkt zu sorgen, und der alte Vorschlag auf Inanspruchnahme des Judenfriedhofs zum Baue neuer Häuser sollte wieder in Verhandlung gezogen werden. Das Gubernium sollte im eigenen Wirkungskreise individuell über die Übersiedlung der jüdischen Handelsleute aus der Christenstadt in die Judenstadt entscheiden.

Die Behandlung der Frage der Berechtigung jüdischer Geschäftsräume in der Christenstadt rief dem Gubernium – wie wir gesehen haben – das bisher ungelöste Problem einer neuerlichen Erweiterung des Judenbezirkes in Erinnerung, und dem Magistrate wurde aufgetragen, endlich das Gutachten vorzulegen, das ihm vor mehr als zwei Jahren aufgetragen worden war. Der Magistrat suchte schon Anfang Jänner 1844 den Verzug damit zu entschuldigen, daß es nötig war, vorerst ein Inventar des Vermögens der Prager Judengemeinde anzulegen und die Konskriptionsergebnisse des Jahres 1843 abzuwarten; auch die Feststellung der Wohnungs- und Bevölkerungsverhältnisse in der Judenstadt sei sehr schwierig und langwierig. Und so unterbreitete der Magistrat erst am 28. August 1844 dem Gubernium das gewünschte Gutachten über die Erweiterung des Judenbezirkes. Zu Ende 1843 gab es in Prag insgesamt 8360 einheimische und fremde Juden, davon wohnten 5929 in der eigentlichen Judenstadt und 2431 in den beiden erweiterten Bezirken von den Jahren 1811 und 1826 und in der übrigen Christenstadt. Die Erhebungen der Magistratskommission brachten zutage, daß weder die Judenstadt noch beide erweiterte Bezirke hinreichen, um die gesamte Prager Judenschaft aufzunehmen. Der Magistrat beantragte daher, den Judenbezirk um zwei weitere Häuser im unmittelbaren Anschluß an den bisherigen Rayon zu erweitern. Die Kommission empfahl zwar, auch weiterhin in der Christenstadt alle Juden zu belassen, die darauf ein gesetzlich verbürgtes Recht hatten, also die Großhandelsleute und die Fabrikanten, während alle übrigen Judenfamilien binnen Jahresfrist in die Judenstadt und den erweiterten Judenbezirk umquartiert werden sollten, damit sie der Magistrat in besserer Evidenz habe. Die Einwände der Judengemeinde, diese unaufhörliche Demütigung der Juden widerspreche der Zivilisation, wies der Magistrat ohne Angabe von Gegengründen ab und begnügte sich mit dem wiederholten Hinweis darauf, daß der schlechte Zustand der Judenstadt, wo damals bereits 284 Christen wohnten, den Juden selbst zur Last falle. Die Stadthauptmannschaft stimmte dem Magistratsantrag rückhaltlos zu und erklärte ausdrücklich, in dem erweiterten Judenbezirk könne es sich nur um ein Wohnrecht handeln, nicht aber um ein Besitzrecht.

Das Elaborat der Magistratskommission, das dem erwähnten Prager

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Magistratsgutachten zur Grundlage diente, enthielt ausführliche Angaben über die damaligen Wohnverhältnisse des ganzen Judenbezirkes. Die eigentliche Judenstadt zählte damals 279 Häuser, der ursprüngliche Rayon unter der alten Schnur umfaßte vor dem Jahre 1811 66 Häuser, wozu im Jahre 1812 weitere 23 Häuser aus dem Hl.-Geist-Sprengel kamen; der erweiterte Bezirk nach dem Vorschlage vom Jahre 1826 zählte 56 Häuser. Von der Gesamtzahl der Prager Juden waren damals 7424 einheimisch und 936 fremd, davon wohnten in der eigentlichen Judenstadt 5362 einheimische und 567 fremde. Der erweiterte Judenbezirk von 89 Häusern zählte damals 182 jüdische Wohnparteien, mit den Häusern auf der Altstadt, wo die Juden kein Wohnrecht besaßen, insgesamt 291 Wohnparteien; es wohnten also damals zuzüglich der 41 auf der Neustadt ansässigen Judenfamilien insgesamt 332 jüdische Wohnparteien außerhalb der eigentlichen Judenstadt (in dieser Zahl waren auch die wenigen jüdischen Großhandelsleute, Fabrikanten und Manufakturisten inbegriffen, die nach der Allerhöchsten Entscheidung vom 28. April 1811 die Aufenthaltsbewilligung in der Christenstadt hatten). In der eigentlichen Judenstadt gab es damals bereits 32 unbewohnte Häuser, teils öffentliche Gebäude, Synagogen, Rathaus und Schulen, teils wegen Baufälligkeit leerstehende Häuser. Für Wohnzwecke kamen also nur 245 Häuser in Betracht, deren durchschnittliche Wohndichte 22 Köpfe je Haus betrug. Die von der Kommission beantragte neuerliche Erweiterung des Judenbezirkes schien auf den ersten Blick sehr umfangreich – sie begann am Anfang der Geistgasse und umfaßte die ganze linke Seite der Röhrgasse bis zum NC. 773/I, die Gebäude an der Moldau und den Teil der Altstadt vom Altstädter Ringplatz an, die rechte Seite der Plattnergasse und einen Teil des Niklasplatzes, zusammen 278 Häuser. Diese scheinbar allzureichliche Erweiterung begründete die Kommission namentlich damit, daß hier schon jetzt viel Judenfamilien wohnen, die auszuquartieren schwerfallen würde. Durch die beantragte Erweiterung wäre ein Halbkreis entstanden, der außer den 279 Häusern der eigentlichen Judenstadt auch die erwähnten 278 Häuser des erweiterten Bezirkes umfassen würde, was insgesamt 523 bewohnbare Häuser ergäbe. Diese Zahl erschien der Kommission keineswegs zu hoch im Hinblick darauf, daß schon damals von einer Gesamtzahl von 8360 Juden in der Judenstadt 5929 und sonst in der Christenstadt 2431 wohnten. Das Gubernium empfahl der Hofkanzlei den Kommissionsantrag zur Genehmigung. Der Gubernialrat Nacke beantragte zwar eine noch größere Erweiterung des Judenbezirkes, indem er ganz richtig darauf hinwies, daß sicherlich nicht alle Hausherren jüdische Mieter aufnehmen würden, aber er blieb mit seiner Meinung allein.

Bevor es jedoch zur Entscheidung der Hofkanzlei kam, wurde Prag im Jahre 1845 von einer großen Überschwemmung heimgesucht, die vor allem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

an den Moldauufern großen Schaden anrichtete und auch wie gewöhnlich die ziemlich tief gelegene Judenstadt arg verwüstete. Gegen Mitte September forderte daher die Hofkanzlei das Gubernium auf, zunächst feststellen zu lassen, ob durch die jüngste Überschwemmung an den Wohnverhältnissen der Judenstadt nicht etwa Veränderungen solchen Umfanges eingetreten wären, daß sie auch Änderungen des eingebrachten Antrages fordern würden. Man mußte sich also nochmals mit der Frage des erweiterten Judenbezirkes befassen. Der Magistrat stellte zwar fest, daß auch die Judenstadt von der Überschwemmung stark in Mitleidenschaft gezogen worden war und daß nur einige wenige Häuser verschont geblieben waren, während alles übrige im Wasser gestanden und das Straßenpflaster aufgerissen worden war; man fand aber trotzdem keinen Grund, den eingebrachten Antrag abzuändern. Mit Befriedigung konnte der Magistrat darauf hinweisen, daß seit 1837 in der Judenstadt 72 Häuser von Grund aus neu aufgebaut[32] und 22 teilweise umgebaut worden,[33] daß ein Haus (NC. 245) im Bau stehe und die abgetragenen Häuser NC. 226, 233, 236 und 237 bis zum Jahresende fertiggestellt sein würden. Die neu erbauten Häuser waren weit größer als die alten, meist zwei-, vereinzelt auch dreistöckig, und wurden viel reinlicher instandgehalten, als dies sonst in der Judenstadt üblich war, um so mehr als sie von bemittelteren Judenfamilien bewohnt wurden. Der Magistrat beantragte daher, auf dem früheren Antrag zu verharren und künftighin Aufenthaltsbewilligungen für die Christenstadt nur in Ausnahmsfällen zu erteilen.

Die Stadthauptmannschaft, vom Gubernium um ihre Wohlmeinung befragt, verwies gleichfalls auf die erfreuliche Baubewegung in der Judenstadt, derzufolge sich die Erweiterung des Judenbezirkes nicht mehr so notwendig erweise wie vordem. Sie betonte, die Überfüllung der Judenstadt, mit der die Juden stets mit Vorliebe argumentierten, sei nicht so groß, sondern im Gegenteil geringer als sonst in den Prager Christenbezirken: denn auf eine Hausnummer in der Judenstadt kämen durchschnittlich 20, in der Christenstadt aber 35–40 Bewohner. Die von der Magistratskommission beantragte Erweiterung erachtete die Stadthauptmannschaft für zu weitgehend; sie war der Meinung, es würde genügen, die Grenze des erweiterten Judenbezirkes von NC. 83/I durch die Plattnergasse, über den Niklasplatz und unter Ausschließung des Altstädter Ringes durch die Obere Ziegengasse, den Ziegenplatz und die Untere Ziegengasse zur Moldau zu führen; das sei einer der schönsten und gesündesten Stadtteile, falls sich die Juden den Kai für Häuserneubauten zunutze machen. Die Stadthauptmannschaft drang gleichfalls darauf, daß die Judenfamilien aus der Christenstadt binnen Jahresfrist in den neuen Judenbezirk umquartiert würden. Die von der Stadthauptmannschaft beantragte Beschränkung wurde dann auch in den Antrag des Gu-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bernialreferenten Fürsten Lobkowitz herübergenommen, der im ganzen nur die Angaben der erwähnten Äußerungen der beiden untergeordneten Stellen wiederholte. Auch der Referent wünschte, daß binnen Jahresfrist alle Judenfamilien aus der Christenstadt in den erweiterten Bezirk umquartiert würden, ausgenommen die Fabrikanten und Großhandelsleute. Das Gubernium stimmte jedoch diesmal dem Referate nicht zu. In seinem Bericht an die Hofkanzlei bestand es auf seinem früheren Antrag, der im Sinne der Magistratskommission eine größere Erweiterung vorsah; es versicherte der Hofkanzlei, die jüngste Überschwemmung habe die Grundlagen des vorigen Gutachtens nicht erschüttert. Die Hofkanzlei genehmigte dann mit dem Dekrete vom 25. September 1846 den Gubernialantrag in der ursprünglichen Fassung; so wurde der bisherige Judenbezirk im Sinne der Magistratskommission erweitert.[34] Die unmittelbare Folge des neuen Zustandes war ein Gubernialbefehl an den Magistrat, unter Androhung von Geld- und Gefängnisstrafen alle Judenfamilien in der Christenstadt aufzufordern, bis zu St. Georgi 1847 in die Judenstadt oder in den erweiterten Judenbezirk zu übersiedeln. Den christlichen Hausherren sollte das frühere Dekret betreffs der Geldstrafen republiziert werden; sie sollten in Zukunft eintreten, falls eine Judenfamilie ohne ausdrückliche Aufenthaltsbewilligung in die Christenstadt aufgenommen wurde.

Die gedruckte Magistratskundmachung vom 19. November 1846,[35] derzufolge der St. Gallitermin 1847 als äußerste Zeitgrenze für die Ausquartierung aus der Christenstadt gelten sollte und die Säumigen mit amtlicher Delogierung und Geldbußen bedroht wurden, war in den Prager Gassen noch nicht affichiert – und schon war die Judengemeinde mit ihren Einwendungen gegen die geplante behördliche Verfügung zur Stelle. Im voraus einen diesbezüglichen Hofrekurs anmeldend, führten die Judenältesten vorläufig an, für die anbefohlene Umquartierung der Judenfamilien erweise sich vor allem die ausgesetzte Frist zu kurz; denn im erweiterten Bezirke säßen viele Christenfamilien, die man bis dahin nicht werde ausquartieren können; es werde auf die christlichen Hausherren ankommen, ob sie jüdische Familien würden einmieten wollen; das werde vermutlich zu starken Mietzinssteigerungen führen, was wiederum vor allem das im neuen Judenbezirk ansässige christliche Proletariat in Mitleidenschaft ziehen würde; die rechterhand der Grenzgassen befindlichen Christenhäuser würden so eigentlich in das verhaßte Ghetto geraten, ohne daß ihren Besitzern eine Entschädigung zuteil würde, ja sie würden nicht einmal berechtigt sein, jene anständigen Judenfamilien, mit denen sie bisher ganz zufrieden waren, in ihren Häusern zu behalten. Die Judengemeinde befürchtete mit Recht die Zwangsausquartierung der armen Christenfamilien aus dem erweiterten Bezirk – das einzige Mittel, um die beabsichtigte Umquartierung zu ermöglichen und den erwarteten Erfolg

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der Aktion zu sichern – werde den Judenhaß von neuem schüren, was sehr traurige Folgen haben könnte. Die Judengemeinde ersuchte daher um Verlängerung der Räumungsfrist; dabei war es von vornherein ihre Absicht, nach altbewährtem Muster durch Einbringung eines Hofrekurses mit aufschiebender Wirkung Zeit zu gewinnen. Mit dieser Taktik der Judengemeinde rechnend, begnügte sich das Gubernium inzwischen nur mit einer Verlängerung der Umzugsfrist bis 16. Oktober 1847; um jedoch den mit dem Rekurs zusammenhängenden Verzug gleich vorweg abzukürzen, stellte es der Judengemeinde zur Einbringung der Eingabe nur die Frist bis 15. Jänner 1847.

Der Vorsteher der Judengemeinde, M. J. Landau, wartete jedoch diesmal mit dem Rekurse nicht bis zur Verstreichung der gewährten Frist, sondern wandte sich bereits am 30. November 1846 namens der Prager Judengemeinde an den Kaiser. Er bat nicht bloß um Aufschub der anbefohlenen Ausguartierung, sondern auch um die Generalbewilligung für die Juden, in der Christenstadt zu wohnen. Die Argumente dieses Gesuches stimmten völlig mit der kurz vorher dem Gubernium angezeigten Begründung überein. Auch diesmal kamen der Judengemeinde die christlichen Hausbesitzer zu Hilfe, denen durch die Neuregelung der Verlust dieser guten jüdischen Mieter und ihrer verhältnismäßig hohen Zinse drohte. Unter Wiederholung der bereits im Gesuche der Judengemeinde angeführten Begründung machten die Petenten den Kaiser darauf aufmerksam,[36] die von Tag zu Tag wachsende Toleranz habe den früheren gegenseitigen Haß der beiden Bekenntnisse abflauen lassen und vereinige sie immer häufiger zu gemeinnütziger und humanitärer Zusammenarbeit.

Die Judengemeinde gab sich jedoch damals mit dem erwähnten Majestätsrekurs nicht zufrieden, sondern wandte sich am 8. Jänner 1847 mit einer eigenen Eingabe auch an die Hofkanzlei. Mit Berufung auf den eingebrachten Rekurs protestierte die Judengemeinde namentlich gegen die Magistratskundmachung, wo mit Strafen auf Grund der Gubernialverordnung vom Jahre 1796 gedroht wurde, während doch bereits mittels Hofdekrets vom 13. September 1790 der Aufenthalt in der Christenstadt jenen Juden bewilligt worden sei, die schon daselbst wohnten und gegen deren Verhalten kein Anstand bestand. Mit dem Hinweis darauf, daß die erwähnte Gubernialverordnung vom Jahre 1796 unter den nunmehrigen geänderten Verhältnissen keinen Sinn habe, betonte die Judengemeinde, daß in der letzten Zeit im Zusammenhange mit dem Spekulationsgeist die Baubewegung steige; trotzdem aber habe sich die Gesamtzahl der Wohnungen eher vermindert, und zwar deshalb, weil die neuen Wohnungen größer und bequemer gebaut würden, was eine Hebung des kulturellen und gesundheitlichen Niveaus bedeute und daher nur begrüßt werden könne. Den besonderen Fortschritt der Zeit in moralischer Beziehung betonend,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

erklärte die Judengemeinde, der Antrag auf neuerliche Erweiterung des Judenbezirkes sei nur ein Schritt zurück in die Barbarei des Mittelalters; damals war das ummauerte Ghetto für die Juden eine Wohltat. Wenn man aber noch im Jahre 1846 jeden, der einen Juden zur Miete nähme, mit Strafe bedrohe, so sei dies geeignet, die Öffentlichkeit zu demoralisieren; die Wirkungen begännen sich tatsächlich bereits in der Öffentlichkeit zu zeigen durch judenfeindliche Agitation, die vom Geiste des Judenpatentes vom Jahre 1797 himmelweit entfernt sei! Vom polizeilichen Standpunkt machten die Judenältesten auf die Gefahr neuer Ausschreitungen gegen die Juden aufmerksam, falls die Mietzinse steigen sollten; sie hielten auch nicht mit dem Bedenken zurück, daß die christlichen Besitzer jener Häuser, die durch die Einbeziehung zum erweiterten Bezirke Bestandteil des berüchtigten Ghettos würden, ihren Glaubensgenossen zur Zielscheibe des Spottes dienen müßten, während die Hausherren in den übrigen Teilen der Christenstadt die guten jüdischen Mieter einbüßen würden; aus diesen Gründen ersuchten sie um Zurückziehung der Magistratskundmachung.

Bevor jedoch der Prager Magistrat dazu kam, über den Rekurs der Judengemeinde ein Gutachten auszuarbeiten, geschah ein Schritt, der eine großangelegte Aktion der Prager christlichen Handwerker und Handelsleute gegen die Judenschaft auslöste. Etwa hundert Prager Bürger und Hausherren reichten nämlich damals beim Kaiser eine Bittschrift ein, um die Erweiterung des Judenbezirkes rückgängig zu machen und den Juden auch das fernere Wohnen in der Christenstadt zu ermöglichen. Dem Magistrat wurde vom Gubernium aufgetragen, festzustellen, ob alle Unterschriften der Supplik echt und ob die Unterzeichneten wirklich mit dem Gesuchsinhalte einverstanden seien. Da entschloß sich der Magistrat zu einer Enquete der gesamten Prager Handwerks- und Handelswelt in der Frage, ob man den Juden den Aufenthalt in der Christenstadt gestatten solle. Während also alle Prager Zünfte über die Beantwortung ratschlagten, um ihre Anschauungen in der Judenfrage zu äußern, verhörte der Magistrat alle, die ihre Unterschrift auf die Supplik zugunsten der Judenemanzipation gesetzt hatten. Die Mehrzahl der Unterzeichneten bekannten sich zu ihrer Unterschrift; nur einige Furchtsamere erklärten, vom wirklichen Inhalte des unterzeichneten Gesuches keine Kenntnis gehabt zu haben und nicht damit einverstanden zu sein. Viele Hausbesitzer bekannten aufrichtig, es sei ihnen bloß darum zu tun, ihre bisherigen jüdischen Mieter zu erhalten, mit denen sie völlig zufrieden seien und die ihnen höhere Mietzinse zahlten, als sie von den christlichen Mietern erzielen könnten; das Religionsbekenntnis ihrer Mieter sei ihnen ganz gleichgültig, wenn sie nur richtig zahlten. Nur einzelne Angehörige der Prager Intelligenz hatten den Mut, offen ihre grundsätzliche Unzufriedenheit mit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dem Vorgehen der Behörden gegen die Judenschaft zu äußern und das Prinzip der Gleichberechtigung auch gegenüber den verhaßten Juden hochzuhalten. So gab MUDr. Karl Preßl zu Protokoll, nirgends in Europa gebe es ein Judenghetto mehr, nicht einmal in Wien, nur im Orient und in Prag. Wenn sich in Prag türkische oder Negerfamilien oder sonstige Heiden niederlassen wollten – erklärte Preßl –, so würde man es ihnen ohne räumliche Beschränkung gestatten; die Juden aber müßten immer noch im verrufenen Ghetto wohnen, wiewohl das Zusammenleben mit der christlichen Bevölkerung eine wohltätige Wirkung auf sie hätte. Auch der Prager Universitätsrektor MUDr. Josef Reisich machte aus seiner Überzeugung kein Hehl, die Judenemanzipation sei ein Gebot der Humanität und christlichen Nächstenliebe. Solle etwa die religiöse Unverträglichkeit ein Verdienst sein – fügte Reisich ironisch bei –, so solle man nur mit den reichsten Juden anfangen, Baron Rothschild u. a. Die christlichen Handels- und Handwerksleute seien mit Recht vor der Konkurrenz der klügeren Juden auf der Hut, – aber im gegebenen Falle handle es sich nicht um Geschäfte und Läden, sondern um Wohnungen, die man den Juden ganz gut in der Christenstadt bewilligen könne. In ähnlichem Sinne äußerten sich auch JUDr. Neumann und JUDr. Pinkas.

Die Erklärung der Prager Hausbesitzer zugunsten der jüdischen Wohnfreiheit, zunächst freilich aus persönlichen Nützlichkeitsrücksichten abgegeben, blieb aber in verschwindender Minderheit gegenüber der Flut entschieden ablehnender Gutachten, die beim Magistrat im März und April 1847 von allen Prager Zünften einliefen.[37] In der Magistratskanzlei häuften sich damals scharfe Kundgebungen gegen die Juden von 59 Prager Zünften mit mehr denn 1800 eigenhändigen Unterschriften von Meistern, die gegen die Absicht protestierten, den Prager Juden Wohn- und Handelsfreiheit in der Christenstadt einzuräumen. Die in diesen vielfach scharf stilisierten Kundgebungen immer wiederkehrenden Motive waren durchwegs dem bekannten Arsenal der judenfeindlichen Argumente jener Zeit entnommen und unverkennbar von der Angst vor der gefährlichen jüdischen Konkurrenz diktiert. Judenwucher und -geldleihen, Verlockung zu Prunk, Verführung des Gesindes, der Frauen und Kinder zu Diebstahl und Betrug, Spekulationsgeist, Habsucht, Unreinlichkeit, Unverträglichkeit, Frechheit, Abneigung gegen körperliche Arbeit, Christenhaß, eigentümliche jüdische Bräuche, die das Zusammenleben mit der übrigen Bevölkerung angeblich unmöglich machen, Preisdrückerei und Warenverschlechterung, der Glaube an die Macht des Geldes bei der Durchsetzung aller Forderungen, die häufigen Kriden, die Sonntagsarbeit – das waren die Hauptvorwürfe, die aus diesen Protesten immer wieder laut werden und vor weiteren Begünstigungen an die Juden warnen. Falls man den Juden die verlangten Freiheiten bewillige – warnten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Prager Zünfte –, so würden die Juden alle Mietzinse überzahlen, in Bälde die allerbesten Plätze der ganzen Christenstadt besetzen, daraus die christlichen Handels- und Handwerksleute verdrängen und ihnen Käufer und Kunden abspenstig machen; ganz Prag werde so zu einer großen Judenstadt werden, wo die Christen den Juden Sklavendienste leisten würden. Soll das altehrwürdige Prag zu einem zweiten Jerusalem, zu einem jüdischen Mekka werden? fragten die Prager Gerber. Und in anderen Protesten wurden Vorschläge laut, die Juden sollten aus Böhmen in jene Länder übersiedeln, wo es noch keine gebe, nach Steiermark, Kärnten, Niederösterreich, Krain und Tirol. Überzeugt, daß die Juden niemals mit der übrigen Bevölkerung verschmelzen würden, drohten die Prager Handwerker mit Pogroms und in einem der Proteste erschien sogar die offene Drohung, die Juden würden vielleicht in einigen Jahren gezwungen sein, bei Nacht und Nebel aus der Christenheit zu flüchten. Bis auf ganz geringe Ausnahmen, in denen wir vermutlich Hausbesitzer mit jüdischen Mietern und hohen Mietzinsen zu erblicken haben, warfen die Angehörigen sämtlicher Prager Zünfte den Hausbesitzern eigennützige Voreingenommenheit in der Judenfrage vor, erhoben einmütigen Protest gegen die Lockerung der bisherigen Verbote und forderten auch für die Zukunft Einschränkung der Juden auf die Judenstadt und den erweiterten Judenbezirk. Es kann nicht überraschen, daß neuerdings der Vorschlag auf Verbauung des Judenfriedhofes auftaucht, verbunden mit dem Einfall, die alten jüdischen Grabmäler zur Ausbesserung der Moldauwehre zu verwenden. Vier Zünfte wollten die Zulänglichkeit der Judenstadt aus den Konskriptionsergebnissen vom Jahre 1843 erweisen, denen zufolge gerade die Judenstadt die kleinste Wohndichte je Haus aufwies, nämlich im Durchschnitt nur $24^{20}/_{27}$ Einwohner, während z. B. in der Prager Neustadt auf ein Haus $38^1/_2$ Bewohner entfielen.[38] In den Einwänden wurde auch geltend gemacht, daß auch die christliche Bevölkerung Prags sehr schlecht wohne, namentlich in den Armenvierteln bei St. Peter, im Bischofshofe, am Frantischek, Girchař, am Podskal, Weyton u. a., wo gleichfalls einige Familien in einem einzigen Raume untergebracht seien, und zwar bisweilen in einem solchen, daß man ihn auch für das Vieh als schlecht bezeichnen müsse. Die Fürsprecher für die Wohnfreiheit der Juden – so argumentierten einige Zünfte – seien entweder wohlhabende Bürger, die sich durch unverstandene Philanthropie einen Anstrich von Aufklärung geben wollten, – diese sollten den Juden gegenüber lieber praktische Philanthropie auf eigene Rechnung treiben, oder es seien Hausbesitzer, die von ihren jüdischen Mietern hohe Zinse bezögen; oder schließlich seien es solche, die den Juden auf irgendwelche Weise verbunden und daher gezwungen seien, für sie einzustehen und Unterschriften auf Petitionen zu ihren Gunsten zu sammeln.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Die Prager Kaufmannschaft wies namentlich darauf hin, in Breslau sei den Juden der freie Aufenthalt in der Christenstadt erlaubt und die Folge davon sei, daß es jetzt in der ganzen Stadt keinen einzigen christlichen Schnittwarenhändler gebe, und in nicht zu ferner Zeit werde auch das letzte christliche Geschäft verschwunden sein. Gegen das jüdische Gesuch stimmten in der Enquete auch Handelsleute, deren Namen unverkennbar ihre ehemalige jüdische Herkunft bezeugten. Nur vereinzelt waren die Stimmen, welche die Wohnbeschränkung der Juden aufzuheben geneigt waren; hinsichtlich des Geschäftsbetriebes aber bestanden alle auf der Umquartierung der Juden in den erweiterten Judenbezirk. Die Stadtrepräsentanten, die dem Magistrat ihr Gutachten beischlossen, waren nur zu dem einen Zugeständnis bereit, lediglich gebildeteren Juden den Aufenthalt in der Christenstadt zu erlauben, was zum Teil schon geschehe, und die städtischen Viertelherren bezeugten, daß die öffentliche Meinung der Prager christlichen Bevölkerung ausgesprochen judenfeindlich orientiert sei.

Bei Erstattung seines Gutachtens an das Gubernium begnügte sich der Magistrat mit der Vorlage der obenerwähnten Enquete-Ergebnisse und verwies darauf, die öffentliche Meinung der christlichen Bevölkerung Prags sei aus Konkurrenzgründen gegen die Juden. Das Gubernium konnte dabei jedoch nicht in Abrede stellen, daß auch die Argumente der Judengemeinde Beachtung verdienten. Da aber der Magistrat von der Voraussetzung ausging, der erweiterte Judenbezirk reiche zur Unterbringung der gesamten Prager Judenschaft aus, so empfahl er dem Gubernium, die Judengemeinde mit ihrem Ersuchen um unbeschränkte Wohnfreiheit in der Christenstadt abzuweisen und auf der Allerhöchsten Entschließung vom September 1846 zu beharren. Auch die Stadthauptmannschaft stimmte diesem Antrage rückhaltlos zu und betonte, selbst ein Gesuch der gesamten Prager Hausbesitzer ohne Ausnahme könnte keine Abänderung der erwähnten Allerhöchsten Entschließung begründen, sobald die sonstige Bevölkerung der Hauptstadt dagegen sei. Für das Votum der Stadthauptmannschaft gab freilich den Ausschlag die Befürchtung vor judenfeindlichen Ausschreitungen, falls dem jüdischen Ansuchen entsprochen werden sollte.

Das Votum des Prager Magistrats war aber auch diesmal nicht einheitlich. Bei der Mehrheit waren Befürchtungen vor der Volksstimmung maßgebend und die Überzeugung, die Juden hätten noch nicht jene Zivilisationsstufe erreicht, welche die Gewährung so weitreichender Zugeständnisse rechtfertigen würde. Die Magistratsräte Schütz, Tögl, Duras und Seidl befürworteten jedoch ein gemäßigteres Vorgehen in der Judenfrage; sie verwiesen hiebei auf die Tendenz der bisherigen Regierungsverordnungen, die Juden der übrigen Bevölkerung anzunähern, wie dies der auf

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

eine völlige Emanzipation der Juden von den Christen abzielende Fortschritt der Zeit verlange. Die Befürchtungen wegen der Konkurrenz in Handel und Handwerk suchten die Votanten durch den Hinweis zu widerlegen, es handle sich hier ja nicht um den Betrieb des jüdischen Handels, sondern lediglich um das Wohnen; – übrigens versprachen sie sich vom jüdischen Wettbewerb Nutzen für das kaufende Publikum. In der richtigen Erkenntnis, daß den Gutachten der Prager Zünfte nicht irgendwelche höhere Rücksichten zugrunde lagen, sondern einzig und allein purer Egoismus, konnten sich die humaner denkenden Prager Magistratsräte nicht verhehlen, daß die wirkliche Besetzung des erweiterten Judenbezirkes mit Judenfamilien aus der Christenstadt ebenso wie schon wiederholt früher mit Schwierigkeiten verbunden sein werde. Ihr Minoritätsvotum schlossen sie mit dem Kompromißantrag, wenigstens den wohlhabenderen Juden den Aufenthalt in der Christenstadt zu gestatten. Dem Minoritätsvotum schloß sich auch der damalige Prager Bürgermeister Müller an. Er betonte gleichfalls, die Humanität fordere die Milderung der Gegensätze zwischen Juden und Christen, was nur durch eine gegenseitige Annäherung gelingen könne. Er hielt jedoch die damalige Zeit noch nicht für geeignet, um diesen Gedanken zu verwirklichen, namentlich um der drohenden gegenteiligen öffentlichen Meinung willen. Er begnügte sich darum gleichfalls mit dem Kompromißantrag, das Wohnen in der Christenstadt nur jüdischen Doktoren, den Mitgliedern der Judengemeinde, den Fabrikanten, Manufakturisten und solchen zu erlauben, die über fünfzig Gulden Erwerbsteuer zahlten.

Der Magistrat fand für seinen Eifer, mit dem er die Enquete aller Prager Zünfte veranstaltet hatte, beim Gubernium keine Anerkennung. Denn diesem war die ziemlich überflüssige Aufrollung der Judenfrage vor der breitesten Prager Öffentlichkeit nicht genehm. Es erteilte darum dem Magistrate einen Verweis wegen dieser Überschreitung des erteilten Auftrages, mußte aber mit der Existenz der Gutachten der christlichen Handwerks- und Gewerbetreibenden rechnen, die doch die öffentliche Meinung der Mehrheit der Prager Bevölkerung darstellten. Dem Gubernialreferenten Fürsten Lobkowitz stand also für seine Äußerung reiches Material zur Verfügung, dessen Argumente er auch ausführlich wiedergab. Auch er hielt es nicht für vorteilhaft, den jüdischen Kaufleuten den Handel in der ganzen Christenstadt freizugeben, war aber nicht dagegen, den Juden die Wohnfreiheit in ganz Prag einzuräumen. Er versprach sich hievon eine Hebung der jüdischen Moral und eine Annäherung an die übrige Bevölkerung. Auf den guten Willen der Juden schloß Lobkowitz unter anderm aus der jüngst erfolgten Gründung des jüdischen Vereines zur Hebung von Landwirtschaft und Industrie, in den er große Hoffnungen setzte. Er verschloß die Augen keineswegs vor den Schwie-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

rigkeiten, mit denen eine allgemeine Umquartierung der Judenfamilien aus der Christenstadt in den erweiterten Judenbezirk verbunden wäre, wie übrigens schon die mehrfache Erfahrung aus der Vergangenheit gelehrt habe: die Juden ließen es stets auf das Äußerste kommen, rekurrierten in allen Instanzen, ließen sich gegebenenfalls die Möbel auf die Gasse stellen und behaupteten dann steif und fest, sie hätten keine Wohnung finden können, so daß zuguterletzt die Behörden vor ihrer Zähigkeit kapitulieren mußten. Das Gubernium hatte die Erfahrung gemacht, daß man wegen der Bestechlichkeit der untergeordneten Organe nicht einmal zuverlässig die wirkliche Anzahl der ohne Erlaubnis in der Christenstadt lebenden Judenfamilien erfahren konnte, so daß eine genaue Evidenz einfach ausgeschlossen war. Übrigens war Lobkowitz überzeugt, gegen die strenge Ausquartierung aller Judenfamilien aus der Judenstadt würden auch diejenigen Christen protestieren, die augenblicklich die Juden haßten. Gesetzt aber auch den Fall, es gelänge vielleicht, die Juden in den erweiterten Judenbezirk überzuführen – fuhr Lobkowitz in seinem skeptisch gestimmten aber durch Tatsachen belegten Bericht fort –, in einigen Monaten würden sie wieder zurückkehren, sobald nur die Wachsamkeit der Behörden einigermaßen nachlasse. Sei dies des Schweißes wert? Sei es nicht besser, das Gesetz zu widerrufen, als es nicht zu erfüllen? Die Erweiterung des Judenbezirkes werde hier nicht helfen, da es in Prag nicht möglich sei, die Judenstadt um neue Häuser zu erweitern. Der Referent teilte die Befürchtungen vor einer haufenweisen Einwanderung der Juden in die Christenstadt keineswegs und wies daraufhin, es werde sowohl auf die Hausbesitzer als auch auf die christlichen Bewohner ankommen. Er betonte übrigens, die Juden ersuchten nicht um die Freiheit des Handels, sondern nur um die Wohnfreiheit, die Besorgnisse vor ihrer Konkurrenz seien also überflüssig. Die bloße Anwesenheit der Juden habe noch niemals Ausschreitungen hervorgerufen und werde es auch diesmal nicht tun. Auch um die Kontrolle der jüdischen Geschäfte und Lagerräume war Lobkowitz nicht bange, denn er baute darauf, die zahlreichen Denunzianten würden schon dafür sorgen. Grundsätzlich gegen das System von Ausnahmsbewilligungen beantragte der Referent, allen Juden das Wohnen in der Christenstadt zu erlauben. Sollte jedoch sein Antrag abgelehnt werden, so bestand er auf der konsequenten Ausquartierung aller Judenfamilien; den sonst würden gerade jene Juden aus dem Erfolge einen Nutzen ziehen, die gesetzwidrig, ohne Erlaubnis, in die Christenstadt gezogen waren.

Der ewige Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis bei der Lösung der Judenfrage trat auch jetzt bei der Gubernialberatung über den Referentenantrag zutage.[39] Die Mehrheit der Gubernialmitglieder teilte den menschenfreundlichen Standpunkt Lobkowitzens keineswegs, sie schlossen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sich vielmehr dem ablehnenden Gutachten des Magistrats und der Stadthauptmannschaft an, vor allem aus Besorgnis vor der öffentlichen Meinung. Das Gubernium empfahl daher der Hofkanzlei, die Bestimmung über die Umquartierung der Judenfamilien in den erweiterten Judenbezirk streng durchzuführen und mit Rücksicht auf die gesteigerte geschäftliche Rivalität der christlichen Bevölkerung dem Widerstande der Juden gegen die Wohnverordnungen endlich ein Ziel zu setzen. Das Gubernium gab zwar die Hoffnung nicht auf, daß mit der fortschreitenden Zivilisation auch der Judenhaß schwinden werde, war aber der Meinung, vorläufig müsse man noch damit rechnen, zumal besonders in der letzten Zeit, seit 1844, die Unruhen dessen gefährliche Stärke gezeigt hatten. Die Gubernialmehrheit verharrte daher auf der strengen Durchführung des Wohnverbotes für die Juden in der Christenstadt und auf der restlosen Umquartierung der Judenfamilien in den erweiterten Judenbezirk. Nur zwei Gubernialräte legten in ihrem Minoritätsvotum wenigstens theoretisch ihre Unzufriedenheit mit dieser Lösung nieder. Gubernialrat Janko empfahl die Wohnfreiheit in der Christenstadt für jene Juden, die keinen Handel treiben. Der Rat Halbhuber ging von dem Grundsatz aus, die Wohnbeschränkungen der Judenschaft widersprächen zwar dem Geiste der Zeit, anerkannte aber am Schlusse die Undurchführbarkeit der Wohnfreiheit ohne gleichzeitige Bewilligung der freien Handelstätigkeit; diese könne man jedoch nach seiner Meinung nicht ohne Schädigung des christlichen Handels gewähren. Auch er löste also das Problem durch ein Kompromiß mit dem Antrage auf die restlose Ausquartierung der Judenfamilien aus der Christenstadt.

Gleichzeitig mit diesen Verhandlungen über die jüdische Wohnfrage liefen auch Verhandlungen über die noch unerledigte Aktion, die ausschließlich den jüdischen Handelsbetrieb in der Christenstadt betraf. Weiter oben war bereits von der ablehnenden Entscheidung der Hofkanzlei von Ende April 1845 die Rede, derzufolge die jüdischen Kaufleute auf die noch geltenden Vorschriften zur Einschränkung des Judenhandels auf die Judenstadt und den Tandelmarkt hingewiesen wurden. Der Magistrat stellte im Jahre 1846 fest, daß 76 jüdische Kaufleute damals Lagerräume außerhalb des Judenbezirkes besaßen und diese auch entgegen dem geltenden Verbot als Verkaufsräume benützten. Nach den früheren Bestimmungen war es zwar den jüdischen Kaufleuten gestattet, in der Christenstadt Lagerräume zu halten, aber ohne Zugang von der Gasse und ohne Auslageschränke. Auch dies wurde jedoch Ende Jänner 1846 untersagt. Der Magistrat befand sich damals in einer schwierigen Lage, denn er mußte anerkennen, daß es im Tandelmarkt nicht hinreichend Platz für jüdische Handelslager gab, zumal die Häuser NC. 499 und 501–503 binnen kurzem abgetragen werden sollten. Das Problem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wurde also provisorisch in der Weise gelöst, daß bis zur Beendigung des Umbaues der genannten vier Häuser jüdische Geschäfte in den Häusern NC. 470–475 und 972 und in den, in das anstoßende Gäßchen gerichteten Hintertrakten der Häuser NC. 476–481 und 488 gestattet blieben; alle diese Häuser sollten vorläufig zum Tandelmarkt gezählt werden, da die Mehrzahl schon damals von jüdischen Geschäftsleuten besetzt war. Bis zur endgültigen Regelung des Tandelmarktes sollten auch in der Christenstadt alle bestehenden jüdischen Lager bestehen bleiben, freilich ohne Zugang von der Gasse. Auf die Zeit des Umbaues der erwähnten vier Häuser des Tandelmarktes mußten allerdings die dortigen jüdischen Geschäftsleute irgendwo untergebracht werden; es waren im ganzen 199, und zwar in NC. 499 43, in NC. 501 42, in NC. 502 45 und in NC. 508 69.

Die Durchführung dieses Magistratsantrages hatte nun freilich die Gubernialgenehmigung zur Voraussetzung. Das Gubernium holte wie üblich ein diesbezügliches Gutachten der Stadthauptmannschaft ein. Die judenfeindliche Einstellung dieser Stelle äußerte sich auch diesmal. Die Stadthauptmannschaft mußte zwar anerkennen, daß der Tandelmarkt in keiner Weise mehr dem dort vereinigten Kleinhandel der Juden genügen könne, zumal gerade augenblicklich vier der größten Häuser im Umbau begriffen seien. Die Stadthauptmannschaft war jedoch der Meinung, die kleinen jüdischen Händler würden nicht die neuaufgebauten und sicherlich auch teueren Räume der neuen Tandelmarkthäuser beziehen, da sie sich in den gewohnten alten Häusern heimischer fühlten. Trotzdem hielt es die Stadthauptmannschaft aus Konkurrenzgründen nicht für angezeigt, den jüdischen Kleinhandel in die Christenstadt einzulassen, da er angeblich den völligen Ruin des christlichen Handels nach sich ziehen müßte. Es würde außerdem auch angeblich zu Unruhen führen, da die Volksstimmung in Prag der Annäherung an die Juden nicht geneigt sei. Die Stadthauptmannschaft befürchtete namentlich das eine: im Falle der Freigabe des Judenhandels könnten die zuständigen Behörden in den Verdacht fallen, von der Prager Judenschaft bestochen zu sein. Die Stadthauptmannschaft beantragte daher, im Tandelmarkt weder bauliche noch andere Veränderungen vorzunehmen und alle jüdischen Handelsleute aus der Christenstadt auszuquartieren, sofern sie sich nicht eine besondere Aufenthaltsbewilligung verschaffen. Erst von der endgültigen Lösung der Erweiterung des Judenbezirkes versprach sich die Stadthauptmannschaft auch eine Besserung der Verhältnisse in dieser Hinsicht. Da jedoch inzwischen schon die Entscheidung bezüglich der Erweiterung des Judenbezirkes gefallen war, stellte das Gubernium im Oktober 1846 die Bezugsakten dem Magistrate mit dem Auftrag zurück, alle jüdischen Kaufleute in der Christenstadt festzustellen und ein neues

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gutachten zu erstatten.[40] Auch diesmal geschah jedoch in dieser Frage gar nichts. Der Magistrat machte Ende November 1847 darauf aufmerksam, der Bau der Tandelmarkthäuser NC. 500, 501 und 503 sei zwar schon vollendet, aber der Umbau der Häuser NC. 502 und 499 werde erst mit dem nächsten Jahre fertig werden, so daß man die Lösung der Frage der jüdischen Geschäfte bis dahin aufschieben müsse. Die Stadthauptmannschaft betrieb zwar die restlose und augenblickliche Ausquartierung der Judengeschäfte aus der Christenstadt, aber bevor der Magistrat zu einem Gutachten in dieser endlosen Frage zu bewegen war, kam das Jahr 1848 und damit die mit der Konstitution zusammenhängenden Veränderungen; den Juden aber brachten sie wider Erwarten nicht die ersehnte Befreiung.

Es würde den Rahmen unseres Themas überschreiten, ausführlich die judenfeindlichen Kundgebungen zu schildern, zu denen es im Jahre 1848 in Prag und in der böhmischen Provinz kam,[41] und die zahlreiche judenfeindliche Flugblattliteratur zu beleuchten, die dieser Zeit ihre Entstehung verdankt. Die unter den Prager Zünften im Jahre 1847 veranstaltete Enquete und alle obenerwähnten Proteste der Prager Handels- und Handwerkswelt zeigen deutlich, aus welcher Wurzel die Agitation gegen die Juden hauptsächlich ihre Nahrung zog, und wir hatten Gelegenheit, die Konkurrenzfurcht als Quelle näher kennenzulernen. Auch im Frühjahr des Jahres 1848 war es namentlich der aus solchen Konkurrenzrücksichten entspringende Haß, der in erster Linie zu den antijüdischen Unruhen führte, wie auch daraus hervorgeht, daß es namentlich Wehli war, gegen den sich diese Agitation so scharf richtete, daß sie ihn sogar aus der Christenstadt verdrängte. Die Zähigkeit und der offenbare Erfolg, mit dem sich die Prager Juden und namentlich die Prager Geschäftswelt in der Christenstadt gegen die langjährigen Versuche der Behörden um ihre Ausquartierung aus der Christenstadt zu wehren verstanden, schuf eine Stimmung gegen sie, die sich unverblümt äußern mußte, sobald die Konstitution des Jahres 1848 auch die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift brachte. Dem unkritischen breiteren Publikum und besonders den Prager Handels- und Handwerkskreisen machte der grundsätzliche Zwiespalt zwischen dem Prinzip der neuerrungenen Freiheit, deren sich die Mehrheit des Volkes erfreute, und zwischen der Praxis, mit der man gegen die Juden vorging, keine Skrupeln. Die Prager Judengemeinde wandte sich zwar damals an den Nationalausschuß um Schutz vor den drohenden Unruhen, und der Nationalausschuß schritt tatsächlich auch beim erzbischöflichen Konsistorium ein, aber die judenfeindlichen Ausschreitungen wurden auf diese Weise nicht verhindert. Die Vorwürfe, welche in den zahlreichen antijüdischen Flugblättern jener Zeit laut werden, decken sich im ganzen damit, was wir früher wiederholt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aus den Protesten der Prager Handwerker- und Handelswelt vernommen haben, – nur mit dem Unterschied, daß die nunmehrige Rede- und Pressefreiheit eine viel stärkere und aufreizendere Stilisierung ermöglichte. Auf das Ersuchen der Judengemeinde wurden in den Nationalausschuß auch drei jüdische Vertreter aufgenommen, die Handelsleute D. Frankel, Gottlieb Wehle und der Fabrikant Leopold Epstein. Aber ihr Einfluß in dieser Körperschaft konnte nicht hinreichen, um die feindliche Stimmung zu zerstreuen, die damals gegen die Juden in den breitesten Schichten der Prager christlichen Bevölkerung zutage trat, und zwar nicht bloß in ihrer Unterschicht, sondern auch im Kollegium der Gemeindeältesten, wie wir weiter sehen werden. Während es bisher in der Regel die höheren Staatsbehörden waren, die durch ihr unparteiisches Vorgehen die Juden vor einer einseitigen Lösung der sie betreffenden Fragen schützten, zog der Niedergang des Einflusses der öffentlichen Staatsadministrative in der ersten Hälfte des Jahres 1848 eine wesentliche Verschlechterung der jüdischen Verhältnisse nach sich; für sie bedeutete die Konstitution keineswegs eine Aufhebung der früheren Beschränkungen.

Uns interessiert hier freilich vor allem die Weiterentwicklung der Wohnfrage der Prager Judenschaft. Das Kabinettschreiben vom 8. April 1848 bestätigte zwar auch die freie Ausübung der jüdischen Religion neben der katholischen Staatskirche und setzte fest, daß auf den kommenden böhmischen Landtag die bürgerliche Stellung der Juden in Böhmen der Zeit und den Ortsverhältnissen entsprechend in reife Erwägung gezogen werden solle; aber das war ein überaus unklares Versprechen für die jüdischen Hoffnungen. Und die weiteren Verhandlungen in der alten Wohnungsfrage zeigten deutlich, daß vom Ideenumschwung des Jahres 1848 die rechtliche Stellung der Juden nicht allzusehr berührt wurde.

Die Ereignisse des Sturmjahres 1848 unterbrachen auf eine Zeitlang die Entwicklung der behördlichen Verhandlungen in den obenerwähnten Fragen und das Hofdekret vom 28. April 1848 wies diese Verhandlung ausdrücklich dem kommenden Böhmischen Landtag zu.[41] Aber der Prager Magistrat, in welchem damals die den Juden nicht eben zugetanen Elemente die Oberhand hatten, war nicht geneigt, die Landtagsverhandlung über die Grundfragen der jüdischen Bürgerrechte abzuwarten, mit denen auch die von den Juden geforderte Wohnungsfreiheit auf das engste zusammenhing. Er beschloß daher, nach den Aprilunruhen der Volksstimmung entgegenzukommen, und republizierte am 29. April 1848 die Magistratskundmachung vom 19. November 1846 bezüglich der Erweiterung des Judenbezirkes bis zur Plattnergasse, dem Niklasplatz und der Würfel-, Ziegen-, Langen- und Röhrgasse bis zur Moldau, und verpflichtete die in der Christenstadt wohnenden Juden unter der Strafe von Geldbußen oder Gefängnis, bis zu St. Jakobi in diesen neuen Bezirk zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

übersiedeln.[43] Den eigentlichen Anstoß zur Erlassung dieser Magistratskundmachung gab die beim Magistrat eingelaufene Massenpetition von 199 Prager Bürgern dd. 17. April 1848, deren scharf gegen die Juden zugespitzte Fassung mit den konstitutionellen Grundsätzen der Zeit schlecht harmonierte. Die Bürger, wohl größtenteils Kaufleute, machten den Magistrat auf die allgemeine Unzufriedenheit mit der ständig wachsenden jüdischen Expansion aufmerksam, die sich besonders in der für Handwerk und Handel so schweren Zeit unheilvoll äußere; sie zitierte einen angeblichen Ausspruch Wehlis, er könne bei den Behörden alles durchsetzen; sie wiederholten die uns bereits bekannten statistischen Angaben über die Wohnverhältnisse in der Judenstadt; sie drohten schließlich, die Juden in der Christenstadt nicht länger dulden zu wollen, und forderten entschieden die Durchführung der Kundmachung vom 19. November 1846.

Wenn sich die Magistratskundmachung vom 29. April 1848 darauf berief, das Gubernium habe diesen Schritt mit der Verordnung vom 4. Mai 1847 gebilligt, so stimmte das nicht, denn der zitierte Gubernialerlaß trug dem Magistrat im Gegenteil auf, mit dem Vorgehen gegen die Juden in der Wohnfrage bis zur Allerhöchsten Entscheidung zuzuwarten. Der Gubernialreferent Obentraut verwies zwar in seinem Referat auf diese Unrichtigkeit, in der Gubernialberatung wurde jedoch entschieden, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe von der öffentlichen Kundmachung einer amtlichen Richtigstellung abzusehen und die Sache mit Stillschweigen zu übergehen.

Bevor sich noch die Judengemeinde zu einem Gubernialprotest gegen diesen unerwarteten Schritt des Prager Magistrates aufraffte – sie begnügte sich lediglich damit, bereits am 5. Mai beim Magistrate Einspruch gegen die Übersiedlung zu erheben, ließ sich in der Frage des jüdischen Wohnrechtes der Akademische Senat der Prager Universität vernehmen; er reklamierte für die Mitglieder der medizinischen Fakultät, die Ärzte und die Medizinstudenten, die Feldscher und die Hebammen das Recht, in der Christenstadt zu wohnen, wie ihnen das übrigens angeblich bereits zum Teil mit dem Hofdekret vom Juli 1847 gestattet worden sei. Der Akademische Senat konnte mit Recht betonen, damit werde zugleich auch dem betreffenden Absatze der Studentenpetition vom 2. April 1848 bezüglich der religiösen Gleichberechtigung entsprochen werden. Der Prager Magistrat widersetzte sich jedoch entschieden dem für die damaligen Verhältnisse sicherlich unbedenklichen und bescheidenen Begehren und berief sich auf die entsprechenden Hofdekrete, denen zufolge nur die jüdischen Fabrikanten und Großhandelsleute befugt waren, in der Christenstadt zu wohnen. Bürgermeister Wanka beantragte daher, das Gesuch des Akademischen Senates abzuweisen mit der Begründung, die betreffenden Juden müßten dazu eine besondere Bewilligung erhalten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Es scheint, daß das Gubernium damals diese Frage unentschieden gelassen hat.

Inzwischen entschloß sich jedoch auch die überraschte Judengemeinde, gegen das unerwartet strenge Vorgehen des Magistrates in der jüdischen Wohnungsfrage zu protestieren. In dem am 5. Juli 1848 beim Gubernium eingereichten Gesuche führte sie bitter Beschwerde, statt der Freiheit habe nach der Kundmachung der Konstitution der finstere Geist des Mittelalters sein Haupt erhoben und eine tragische Judenverfolgung habe eingesetzt. Die Position der Judengemeinde in dieser Frage war damals ziemlich leicht. War schon in früheren Jahren der triftigste Einwand gegen die geplante Umquartierung der Juden aus der Christenstadt in den erweiterten Judenbezirk der Hinweis darauf gewesen, es müßte da zunächst die Ausquartierung der hier wohnenden christlichen Bevölkerung vorangehen, so hatte dieses Argument um so tiefere Berechtigung in der damaligen gereizten judenfeindlichen Stimmung, wo die Verdrängung dieser ärmeren christlichen Schichten aus den billigen Wohnungen im erweiterten Judenbezirk unvermeidlich eine Zinssteigerung nach sich gezogen und gewiß ein Aufflammen der antijüdischen Ausschreitungen bedeutet hätte. Mit diesem Argument suchte die Judengemeinde bereits anfangs Mai unmittelbar auf den Magistrat einzuwirken, doch ohne Erfolg; sie begehrte die Einsetzung einer unparteiischen Kommission, welche die Berechtigung dieser Einwände untersuchen sollte. Der Magistrat erklärte damals, er könne von der publizierten Kundmachung nicht lassen, er werde im Gegenteil auf ihre genaue Erfüllung dringen. Der Judengemeinde blieb also nichts anderes übrig, als sich unmittelbar an das Gubernium um Hilfe zu wenden. Und es war wohl der alten jüdischen Taktik zuzuschreiben, daß die Judengemeinde mit diesem Proteste erst im Juli anrückte, kurz vor dem St.-Jakobi-Termin, der nach der Magistratskundmachung die äußerste Übersiedlungsfrist darstellte. Die Prager Juden ersuchten das Gubernium, die Wirksamkeit der Magistratskundmachung bis zum kommenden Landtag zu sistieren, der die ganze Judenfrage grundsätzlich lösen sollte. Bürgermeister Wanka brachte namens des Kollegiums der Gemeindeältesten am 20. Juli 1848 bei dem Gubernium das Gutachten über dieses Gesuch und gleichzeitig über den gleich zu erwähnenden Innenministerialrekurs ein. Er erklärte, die genannte Kundmachung sei unter dem Eindruck des zitierten schriftlichen Protestes der Prager Bürgerschaft entstanden, und betonte, das Prager Volk habe durch die Aprilgewalttaten seinen Willen bekundet, daß die Juden aus der Christenstadt ausquartiert werden sollten. Die von der Judengemeinde beantragte Kommission hielt Wanka für überflüssig, da das Kollegium der Gemeindeältesten auf seiner Entschließung beharre, namentlich aus Besorgnis vor neuen judenfeindlichen Gewalttaten, falls dem jüdischen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Begehren entsprochen würde. Die Animosität des Kollegiums der Gemeindeältesten gegen die Juden äußerte sich in dem Gutachten auch darin, daß es dem ganz anständig abgefaßten Gesuch der Judengemeinde „gewöhnliche jüdische Arroganz" zum Vorwurf machte. Wanka schloß seine gereizte Replik mit der Erklärung, die Konstitution habe die Gesetze nicht geändert, die Juden hätten dadurch noch nicht die Staatsbürgerschaft erlangt und seien auch weiterhin im Lande nur geduldet; dem kommenden Landtage sei es vorbehalten, weitere Entscheidungen in dieser Frage zu treffen; die Konstitution habe den Juden lediglich die Religionsfreiheit gebracht und sie seien verpflichtet, alle gesetzlichen Bestimmungen zu beobachten. Dieses im großen und ganzen formal richtige Gutachten des Kollegiums der Prager Gemeindeältesten erwähnte jedoch nicht, daß in formaler Beziehung also immer noch die Gubernialentscheidung in Kraft stand, derzufolge mit Schritten gegen die Juden in der Christenstadt bis zur Allerhöchsten Resolution bzw. bis zum böhmischen Landtagsschlusse zuzuwarten war.

Die Judengemeinde gab sich jedoch nicht mit dem Gubernialprotest zufrieden; gleichzeitig brachte nämlich ein vierzehngliedriges jüdisches Komitee beim Wiener Innenministerium einen Rekurs ein[44] und führte darin Beschwerde über unerträgliche Bedrückung durch das Kollegium der Gemeindeältesten, die sich namentlich in der erwähnten Kundmachung äußere: sie erinnere mehr an das barbarische Mittelalter und nicht an die Konstitutionszeit und sei eine bittere Ironie auf letztere. Die Judenvertreter klagten über die Unnachgiebigkeit des Kollegiums der Gemeindeältesten, das anfangs Juni neuerdings die strenge Erfüllung seiner Kundmachung angeordnet und im Falle der Weigerung mit der gewaltsamen Ausquartierung der Juden gedroht hatte; namens von 10.000 bedrückten Juden baten sie den Minister, gegen die Willkür des Magistrats einzuschreiten und wenigstens bis zur Entscheidung der Judenfrage den status quo anzuordnen.

Als das ablehnende Gutachten des Bürgermeisters Wanka einlangte, dessen Argumente wir oben angeführt haben, beeilte sich das Gubernium, dem Auftrag des Ministers Doblhoff zu entsprechen. Noch im Juli arbeitete es sein Votum über die Judenbeschwerde aus. Diesmal fiel jedoch das Gutachten des Gubernialreferenten Obentraut ungünstig für die jüdischen Rekurrenten aus. Ohne auf den seinerzeit vom Gubernium gewährten Aufschub Rücksicht zu nehmen, machte der Referent den Juden namentlich zum Vorwurfe, sie hätten der Magistratskundmachung absichtlich nicht entsprochen, sondern erst in zwölfter Stunde vor dem St.-Jakobstermin den Ministerialrekurs eingebracht, um dadurch mehr Zeit zu gewinnen. Obentraut beantragte daher, den jüdischen Rekurs abzuweisen und auf der Ausquartierung der Juden aus der Christenstadt zu beharren.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Der Referent setzte dabei allerdings voraus, der Magistrat müsse wissen, ob die von ihm beantragte Aktion durchführbar sei. Betreffs des oberwähnten Gesuches des akademischen Senates über die Wohnberechtigung der jüdischen Ärzte, Studierenden, Feldscher und Hebammen stellte sich der Referent gleichfalls auf den formal richtigen Standpunkt, es sei da nicht nötig, Ausnahmen von der gültigen Vorschrift eintreten zu lassen, wohnberechtigt in der Christenstadt seien bisher nur die jüdischen Großhandelsleute und Fabrikanten. Gegen das ablehnende Votum Obentrauts erhob sich in der Gubernialberatung nur der Sanitätsreferent Nadherny. Die Mehrheit der Gubernialräte ließ sich bei ihrem ablehnenden Votum vor allem durch die Erwägung bestimmen, die gegenwärtig judenfeindliche Stimmung der Prager Öffentlichkeit sei nicht die geeignete Zeit, um den Juden die Wohnfreiheit in der Christenstadt zu gewähren, zumal da es in der Judenstadt hinreichend Wohnungen gebe. Eine Kompromißlösung beantragte der Rat Kratochwile, indem er für die jüdischen Ärzte Wohnfreiheit begehrte, aber nur auf der Altstadt, nicht auf der Kleinseite.

Die Meinung der Gubernialmehrheit fand jedoch nicht die Zustimmung des damaligen Gubernialpräsidenten Grafen Leo Thun, der gegenüber dem erwähnten Vorwurf des Referenten bezüglich des absichtlich verspäteten jüdischen Rekurses darauf aufmerksam machte, die Judengemeinde habe bereits am 5. Mai beim Magistrate Protest eingelegt, also sofort nach Publikation der Kundmachung; erst als dieser Einspruch erfolglos blieb, habe sie sich an das Gubernium und das Ministerium gewandt. Auch Thun entschied jedoch nicht zugunsten des jüdischen Gesuches, sondern begnügte sich mit dem Antrag, den Juden eine weitere Übersiedlungsfrist zu gewähren; er stimmte auch der Meinung zu, bei den jüdischen Ärzten sollte man hinsichtlich des Wohnverbotes in der Christenstadt keine Ausnahme machen.

Die Lage schien diesmal für die Juden sehr ungünstig. Aber das Ministerium des Innern stellte sich auf einen objektiveren Standpunkt. Mit Berufung auf das Hofdekret vom 28. April 1848, kraft dessen das damalige jüdische Gesuch zum Landtag verwiesen wurde, entschied Minister Doblhoff am 1. August 1848, inzwischen den status quo aufrechtzuerhalten oder von der Ausquartierung der Juden aus der Christenstadt abzusehen und mittlerweile die Wirksamkeit der Magistratskundmachung zu sistieren. Und so scheiterte auch dieser Versuch, mit der Umquartierung der Juden aus der Christenstadt in den erweiterten Judenbezirk einmal Ernst zu machen. Indem das Gubernium diese Entscheidung des Ministeriums dem Magistrat intimierte, behielt es sich nur die Entscheidung über individuelle Gesuche jüdischer Parteien um die Aufenthaltsbewilligung in der Christenstadt vor.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Der böhmische Landtag, der auch die Judenfrage erledigen sollte, trat allerdings nicht zusammen. Und so war es erst die oktroyierte Reichsverfassung vom 4. März 1849 mit der Verkündung der Emanzipation aller Religionsbekenntnisse, die auch die Lage der Juden besserte. Die Ausquartierung der Judenfamilien aus der Christenstadt unterblieb unter den geänderten Verhältnissen, und so schlug auch dieser letzte Versuch einer Erweiterung des Prager Judenbezirkes fehl.

Die Antipathie des Prager Magistrates gegen die jüdischen Emanzipationsbestrebungen äußerte sich auch deutlich anfangs April 1849, als ihm der neue jüdische „Verein zur Förderung gemeinnütziger Interessen der israelitischen Einwohnerschaft Prags" seinen Bestand anzeigte. Seinen Zweck erblickte dieser unpolitische Verein namentlich in der moralischen Einwirkung zur Beseitigung der Mißstände im sozialen Leben der Juden und wollte darin den jüdischen Gemeindevorstand unterstützen. Vereinsmitglied konnte jeder volljährige Prager jüdische Einwohner unbescholtenen Charakters werden, der direkter Steuerträger war und sich verpflichtete, im Sinne des Vereines zu wirken. Als der Magistrat diese formale Anzeige der Statthalterei zur Kenntnis brachte, konnte er sich die Bemerkung nicht versagen, die Existenz dieses Vereines sei namentlich deshalb bedenklich, da er die Änderung der bisherigen jüdischen Gemeindeverfassung im Programme habe, die doch durch das noch immer in Kraft stehende Systemalpatent vom Jahre 1797 gegeben sei. Das Gubernium hatte jedoch im Sinne der geltenden Bestimmungen keinen Anlaß, gegen den Verein einzuschreiten; es begnügte sich daher damit, im Mai 1849 im Wege des Magistrates den Vereinsausschuß aufmerksam zu machen, er solle sich stets vor Augen halten, daß die legale Vertretung der Prager Judengemeinde immer noch in dem gewählten Gemeindevorstand bestehe.[45]

Nach der Verkündung der politischen Gleichberechtigung aller Religionsbekenntnisse war die Existenz einer eigenen Judenstadt in Prag eine Anomalie geworden. So kam es denn bereits im Mai 1849 bei der Prager Statthalterei zu einer Beratung von Vertrauensmänner der Prager Gemeinde, der Judenstadt, Wyschehrads, Smichows und Karolinenthals über die Frage der eventuellen Vereinigung dieser Gemeinden zu einer einzigen Stadt. Der Gedanke, die genannten drei Vorstadtgemeinden zu vereinigen, fiel jedoch sofort infolge Mangels an Interesse; es wurde daher nur über die Verschmelzung der Judenstadt mit dem übrigen Prag weiterverhandelt. Die Verhandlungen drehten sich nicht um das grundsätzliche Für und Wider, sondern nur um die Feststellung der finanziellen Bedingungen, die wir an dieser Stelle nicht näher verfolgen können.[46] Die provisorische Gemeindeordnung für Prag vom 27. April 1850 sah bereits die Vereinigung Prags und der Judenstadt zu einer einzigen Stadt vor,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wiewohl damals die Frage nach der finanziellen Mitgift der Judenstadt noch nicht geregelt war. Das Kollegium der Gemeindeältesten widersetzte sich jedoch auch damals noch dieser Vereinigung und erst nach langen, schwierigen Verhandlungen mit dieser Opposition entschied die Kreisregierung am 22. November 1851 endgültig über den wirklichen und unmittelbaren Anschluß der Judenstadt an Prag. Aber auch dann gab die Prager Autonomie ihren Widerstand nicht auf und der Stadtrat demonstrierte auch dann noch gegen die Entscheidung der Kreisregierung damit, daß er die in der Josefstadt wohnenden Juden, die sich um die Aufnahme in die Prager Gemeinde bewarben, nicht nach Prag, sondern in die rechtlich nicht mehr bestehende Judenstadt aufnahm. Der Kreisregierungspräsident, über diesen Widerstand sehr aufgebracht, erteilte dem Bürgermeister Wanka einen Verweis, beschwerte sich gegen ihn bei der Statthalterei mit der Begründung, er sei machtlos und schwankend, und trug ihm auf, jene Juden entweder in die Prager Hauptgemeinde aufzunehmen oder abzuweisen.[47]

Durch die Angliederung der Judenstadt an Prag war jedoch noch nicht die alte Frage der Handelsberechtigung der jüdischen Kaufleute in der ehemaligen Christenstadt entschieden. Als im September 1851 die Prager Bürger und Kaufleute gegen die jüdischen Kaufleute in der Christenstadt Beschwerde führten und ihre Beschränkung auf die Judenstadt verlangten, stellte sich der Prager Magistrat und die Kreisregierung Mitte September 1851, also noch vor der definitiven Vereinigung der beiden Gemeinden, auf den Standpunkt, die früheren Handels- und Handwerksbeschränkungen bestünden noch zurecht und die jüdischen Kaufleute sollten also aus der Christenstadt ausziehen; erst nach der Vereinigung der Judenstadt mit Prag würden die Juden in ganz Prag handeln dürfen. Die Statthalterei teilte diese Meinung und in ihrem Bericht an das Ministerium konnte sie sich nicht der Befürchtung erwehren, die Freigabe des jüdischen Handels werde sicherlich Handel und Industrie der Christen schädigen. Mecséry verfocht bei dieser Gelegenheit die Anschauung, die verfassungsrechtliche Gleichheit der religiösen Bekenntnisse im Hinblick auf die politischen und bürgerlichen Rechte habe keinen Einfluß auf die Beschränkungen auf dem Gebiete der Handelsberechtigungen der Juden. Der stets gegen Zugeständnisse an den jüdischen Handel eingestellte Prager Magistrat entschloß sich, streng gegen die jüdischen Kaufleute in der Christenstadt einzuschreiten; noch Ende 1851 ließ er behördlich einige dieser Judengeschäfte sperren, trotzdem damals schon der Anschluß der Judenstadt an Prag vollzogen war. Die Folge davon waren nicht bloß individuelle Rekurse der betroffenen jüdischen Kaufleute, sondern auch eine Massenpetition der gesamten jüdischen Handelswelt an das Ministerium. Statthalter Mecséry wurde vom Minister Bach ermächtigt, über den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

eventuellen status quo in dieser Frage zu entscheiden. Er gab Anfang Feber 1852 seine Zustimmung zum Vorgehen des Magistrats gegen die jüdischen Kaufleute in der Christenstadt, aber nur gegen jene, die sich hier nicht schon vor dem Jahre 1848 befunden hatten, und dazu noch mit der Weisung, hiebei die materiellen Interessen der Betroffenen zu wahren. Die Prager jüdischen Kaufleute brachten jedoch neuerdings einen Massenrekurs beim Ministerium ein, indem sie auch bei der Statthalterei zahlreiche persönliche Rekurse gegen die Schließung ihrer Läden überreichten. Vom Minister Bach zur Erstattung eines Gutachtens in dieser grundsätzlichen Frage aufgefordert, blieb Mecséry auch damals seinem Standpunkt treu, die handelsmäßige und industrielle Beschränkung der Juden auf die Judenstadt sei Sache der Handelsgesetzgebung – und die Angliederung der Josefstadt an Prag habe auf diese Frage gar keinen Einfluß. Er empfahl daher, diese Beschränkung solle auch weiterhin in Geltung bleiben und in der Christenstadt sollten nur jene Juden belassen werden, die sich hier schon vor dem Jahre 1848 befunden (ihre Zahl betrug damals etwa 150); die in der Christenstadt aber erst nach dem Jahre 1848 errichteten Judenläden in der Zahl von etwa 58 sollten bis zur endgültigen Entscheidung der Angelegenheit geschlossen bleiben. Die folgerichtige Anwendung dieser Anschauung führte jedoch Mecséry dazu, zu beantragen, daß auch das damalige Gesuch der Prager christlichen Kaufleute, die Juden auch künftighin mit ihrem Handel stets auf die ehemalige Judenstadt zu beschränken, abgewiesen werde. Mecséry verfocht die Anschauung, durch den Anschluß der Josefstadt an Prag sei nicht nur ein Gemeindeganzes, sondern auch ein Industrie- und Gewerbeganzes entstanden, aber man werde diese Frage durch besondere Gewerbevorschriften regeln müssen. Dis dahin beantragte er, die Einschränkungen hinsichtlich der Juden in Geltung zu belassen. Das Ministerium entschied im großen ganzen nach Mecsérys Antrag, milderte nur den von ihm empfohlenen Termin. Mit Erlaß vom 8. November 1852 ordnete das Ministerium in dieser Sache den status quo nach dem Stande von Ende Oktober 1852 an und verbot weitere Sperrungen jüdischer Läden in der Christenstadt. Die definitive Erledigung des Streitfalles sollte der kommenden Handelsgesetzgebung vorbehalten bleiben.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

III.

DIE AMTLICHEN ENQUETEN ÜBER DIE JUDENEMANZIPATION IN BÖHMEN AUS DEN JAHREN 1834 UND 1837

Die Rechtsgrundlage für die Stellung der Juden in Böhmen bildete zu Beginn des 19. Jahrhunderts das jüdische Systemalpatent vom 3. August 1797. Erlassen mit der Tendenz, die Juden nach und nach zur Erfüllung aller für ihre christlichen Mitbürger verbindlichen Pflichten zu erziehen und so den Boden für die endliche Aufhebung des Unterschiedes zwischen jüdischen und christlichen Untertanen zu bereiten, bedeutete das Patent einen merklichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. Es verbürgte den Juden freie Religionsübung, setzte Normen fest für den Unterricht der jüdischen Kinder, ließ die Juden selbst zum Hochschulstudium zu, traf Bestimmungen über die Verwaltung der einzigen wahren Judengemeinde zu Prag, beharrte laut Verordnung v. J. 1789 auf der festgesetzten Zahl von 8600 Judenfamilien in Böhmen mit Beschränkung auf jene Siedlungen, wo sie i. J. 1725 geduldet waren, und unter Aufrechterhaltung der weiteren Beschränkung, daß nur der erstgeborene Sohn gegen eine besondere amtliche Bewilligung berechtigt war, schon zu Lebzeiten des Vaters einen Hausstand zu gründen. Einen Hauptgewinn für die Juden stellte allerdings die Bestimmung des Patentes betreff des Gewerbebetriebes dar. Abgesehen vom Handel, der immer noch den verbreitetsten und beliebtesten jüdischen Erwerbszweig bildete, sollte allen Juden gestattet sein, sich mit jeder Art ehrlichen Hantierung zu ernähren wie die Christen, jene Tätigkeiten ausgenommen, die nach den Worten des Patentes zur Faulenzerei führen, nämlich der Pacht von Schankhäusern, Zehenten und Mühlen. Die Juden durften also herrschaftliche Wirtschaften pachten, aber unter der Bedingung, darauf selbst oder mit Hilfe von ausschließlich jüdischem Gesinde zu wirtschaften, durften Wechselstuben gründen und Großhandlungen, und durften Handel mit Schnitt-, Kaufmanns- und Gemischtware u. dgl. treiben. Es war ihnen der Betrieb aller kommerziellen und städtischen Handwerke erlaubt und sie konnten auch Meister werden und eigene Zünfte bilden. In Prag war ihnen der Hausierhandel nur mit Altware und Kleidern bewilligt. Wer von den Juden sich nicht binnen Jahresfrist für einen dieser erlaubten Berufe entscheiden würde, sollte des Landes verwiesen werden. Der Betrieb von Landwirtschaft und Handwerk sowie der freiwillige Eintritt ins Heer brachte den Juden sogar Gleichberechtigung hinsichtlich der Eheschließung und der Abgaben, freilich nur für ihre eigene Person, nicht aber erblich.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die zweifellosen Vorteile des Patentes erlitten jedoch eine bedeutende Schmälerung durch die weiterdauernden Beschränkungen, namentlich durch die Gebundenheit an die betreffende Herrschaft, wo die Familie ihren Sitz hatte, durch das Verbot, christliches Gesinde, christliche Lehrlinge und Gesellen zu verwenden, und allerdings auch dadurch, daß den Juden auch fürderhin der Ankauf von Häusern und Grundstücken verwehrt blieb, so daß sie immer noch einzig und allein auf die unsichere Miete angewiesen waren. Der Eintritt in Staatsämter blieb den Juden natürlich nach wie vor gesperrt. Wenn also das jüdische Systemalpatent in den folgenden Jahrzehnten nicht zur Gänze den erwarteten Erfolg brachte, so war daran seine Halbheit schuld. Den Juden blieb auch danach nichts anderes übrig, als sich vorwiegend dem Handel zu widmen, der ihren Verhältnissen und freilich auch ihrer alten Tradition am besten entsprach, während die wenigen jüdischen Handwerker, die neben den regelmäßigen Steuern und Gaben auch noch die hohe Judensteuer zu tragen hatten, unter diesen Umständen schlechterdings in ihrem Wettbewerb mit den weniger belasteten christlichen Meistern unterliegen mußten, auf dem Lande sowohl als insbesondere in Prag, wo namentlich die Einengung ihrer Wohnstätten auf die Judenstadt der Entwicklung des jüdischen Handwerks schwere Fesseln anlegte.

All diesen Beschränkungen zum Trotz war jedoch der Wohlstand der Judenschaft des Landes im Aufstieg begriffen, namentlich in Prag, und besonders in der Textilindustrie verstanden es die jüdischen Unternehmer in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Hegemonie und gewissermaßen das Monopol an sich zu reißen. Das durch die Zugeständnisse des Systemalpatentes v. J. 1797 in erster Linie gehobene Kulturniveau der böhmischen Juden steigerte aber auch das Selbstbewußtsein des jüdischen Volkes, zumal es schon damals in den europäischen Nachbarstaaten allmählich zur Emanzipation der Judenschaft und ihrer Gleichberechtigung mit der übrigen Einwohnerschaft kam. Kein Wunder daher, daß auch die böhmischen Juden langsam auf Mittel und Wege sannen, die eine Besserung ihrer sozialen Stellung, vor allem aber die Zuerkennung der vollen Staatsbürgerrechte herbeiführen sollten.

Gelegentlich des Prager Aufenthaltes Kaiser Franz I. i. J. 1833 schien für die böhmischen Juden der geeignete Augenblick gekommen, um die Erlangung der Emanzipation zu versuchen. Am 1. September 1833 überreichten 54 der bedeutenderen böhmischen Juden namens der gesamten Judenschaft Böhmens dem Kaiser eine schriftliche Petition, die nichts Geringeres verlangte als die Gewährung der vollen Staatsbürgerschaft.[1] Sie leiteten ihre Bitte mit der schmeichelhaften Bemerkung ein, unter der Regierung des Kaisers seien die Juden gegenüber früheren Zeiten bedeutend entlastet worden, während jahrhundertelang der bloße

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Name Jude zu jeder Art Bedrückung und Verfolgung berechtigt hätte. Auf das Patent v. J. 1797 übergehend, machten die Bittsteller bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, über 200 jüdische Meister, die nur in Prag allein arbeiteten, hätten wenig Beschäftigung und der Grund hiefür sei vor allem darin zu suchen, daß sie nur auf die Judenstadt und den Tandelmarkt beschränkt seien. Die größte Beeinträchtigung im Verhältnis zur christlichen Bevölkerung erblickten die Petenten in der Wohnbeschränkung, auf dem Lande sowohl als insbesondere in Prag, während es nicht einmal in der Residenzstadt Wien ein besonderes Judenghetto gebe. Die hohe Judensteuer, das Verbot Grundstücke zu kaufen, der Ausschluß der jüdischen Militärinvaliden von den den Christen gebotenen Begünstigungen, die beschränkten Betätigungsmöglichkeiten der jüdischen Intelligenz – das alles bildete nach der Behauptung der Bittsteller Grund genug, weshalb den Juden überall nur eine hoffnungslose Zukunft winke, wiewohl sie alle Steuern und Gaben trügen und überdies noch die Judensteuer und die Beiträge in den jüdischen Domestikalfonds, so daß sie eigentlich doppelt besteuert seien. Unter Betonung ihrer Ergebenheit an das Kaiserhaus und unter Hinweis auf die Zahl ihrer Intelligenz und Unternehmer, die in Prag allein über 5000 Arbeitern den Lebensunterhalt verschafften, suchten die Petenten zu beweisen, wie stark die böhmischen Juden bereits mit der christlichen Bevölkerung verwachsen seien, und reklamierten daher das Recht der vollen Staatsbürgerschaft, wenn nicht für sämtliche 50.000 Juden im Lande, so doch wenigstens für jene, die sich in Wissenschaft, Kunst, Industrie und Landwirtschaft betätigten.

Als dieses Gesuch dem böhmischen Gubernium zur Äußerung übersandt wurde, konnte sich dieses bei dessen Beurteilung zum größten Teil auf sein ausführliches Gutachten beziehen, das es i. J. 1826 bei der Verhandlung über die Revision des Systemalpatentes v. J. 1797 erstattet hatte und das bis dahin noch unerledigt in Wien lag. Der Gubernialreferent, Rat Hartmann, stellte sich in seinem Referate im großen ganzen ziemlich sympathisch zur Forderung, die Rechtsverhältnisse der böhmischen Juden im Geiste der Zeit zu regeln. Aber auch er hatte noch nicht den Mut, zu einem so radikalen Schritte zu raten, wie es die Verleihung der vollen Staatsbürgerschaft an die gesamte Judenschaft des Landes war. Denn die Juden waren nach seiner Meinung für eine so weitgehende Begünstigung noch nicht reif; die Mehrzahl derselben lasse sich nämlich noch zu stark von alten, wenig gebildeten Rabbinern beeinflussen, die bemüht seien, sich diesen Einfluß über sie zu sichern, indem sie ihnen die göttlichen Grundsätze ihrer Religion vorenthielten; was sie aber an deren Stelle als Religion ausgäben, seien dunkle Talmudbräuche, welche die Kluft zwischen Juden und Christen ganz besonders erweiterten. Im

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Geiste der zeitgenössischen Anschauungen suchte der Referent darzutun, die Untertanen hätten kein Recht auf den Eintritt in den Staatsdienst, sondern nur das Recht darauf, gut beherrscht zu werden; es wäre aber nicht schicklich, wenn Christen von Juden beherrscht würden. Zum Ausgangspunkt seiner Beweisführung machte der Referent den nicht eben allzurichtigen Grundsatz, die Juden würden nur insolange eine besondere Nation bilden, als man sie als solche behandeln werde, und der Unterdrückte dürfe sich nur in dem Maße erheben, als der Druck des Mächtigeren es gestatte. Mit Berufung auf das Gubernialgutachten v. J. 1826 beantragte Hartmann die Aufhebung einer Reihe von jüdischen Einrichtungen, u. zw. der Judenstadt in Prag, der Prager Judengemeinde, der Prager jüdischen Hauptschule und der jüdischen Domestikalkasse. Die Hauptschule empfahl er in eine christliche umzuwandeln und die Judenkinder wollte er den nächsten christlichen Schulen zuteilen, damit sie mit der christlichen Bevölkerung mehr verwüchsen. Die jüdische Domestikalkasse sollte mit der Prager städtischen Gemeindekasse vereinigt werden. Allen Prager Juden sollte es nach Aufhebung der Judenstadt inzwischen freistehen, in jenen Teilen der Christenstadt zu wohnen, wo dies bereits damals den jüdischen Großhandelsleuten und Fabrikanten gestattet war, und es sollte ihnen im erweiterten jüdischen Bezirke erlaubt sein, Häuser zu erwerben, wie ihnen dies – freilich nur auf ganz kurze Zeit – bereits i. J. 1812 erlaubt war.[1]

Ein weiteres Hindernis, das am meisten der Annäherung der Juden an die christliche Bevölkerung im Wege stünde, erblickte der Referent in der hohen Judensteuer, zumal die Juden gezwungen würden, ihr Vermögen in Wiener Währung einzubekennen, während ihnen die Steuer in Konventionsmünze bemessen würde; sie zahlten also nicht 13%, sondern 34½% jährlich, aber nicht von ihrem Einkommen, sondern vom Kapital. Die Hauptsteuerlast ruhte daher bei diesem System des festbemessenen Gesamtbetrages der Judensteuer auf den ärmeren Schichten. Denn die reichen Juden fatierten grundsätzlich ihr Vermögen nicht wahrheitsgemäß, und wenn ihnen die Behörden zu Leibe rückten, drohten sie, auszuwandern oder zu einer anderen Religion überzutreten, um die lästige Steuer loszuwerden. Von dem Grundsatz ausgehend, niemand solle um einer geduldeten Religion willen besteuert werden, beantragte der Referent die Aufhebung der ungerechten Judensteuer, zumal die Juden die übrigen Steuern ebenso zahlen müßten wie die christliche Bevölkerung und so gezwungen würden, Wucher zu treiben, um sich die nötigen Geldmittel zu beschaffen. Hinsichtlich des Erwerbungsrechtes von Grundstücken und Häusern konnte der Referent darauf hinweisen, daß bereits i. J. 1826 den jüdischen Bauern der Ankauf herrschaftlicher Grundstücke und Gebäude zu Wirtschaftszwecken erlaubt worden war. Das genügte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

jedoch nach Hartmanns Meinung keineswegs, da man die Landwirtschaft nur auf der eigenen Scholle mit Liebe treiben könne. Er beantragte daher, es solle den jüdischen Landwirten die Erwerbung ganzer Wirtschaften auch von christlichen Untertanen gestattet sein. Den bekannten Einwurf: die Gefahr des finanziellen Ruins der christlichen Untertanen durch den jüdischen Wucher, lehnte der Referent von vornherein mit dem Hinweis ab, das könnten die Juden bereits jetzt tun, – übrigens könne man die beantragte Bewilligung auf jene Wirtschaften einschränken, die von den Juden wirklich bewohnt und bearbeitet würden.

Mochte sich also auch der Referent nicht ganz dem Antrag auf Verleihung der vollen Staatsbürgerschaft an die gesamte Judenschaft angeschlossen haben, so bedeutete sein von fortschrittlichem Geiste getragenes Gutachten doch einen großen Schritt nach vorwärts im Vergleich zum bisherigen Zustand. Man mußte jedoch auch die Meinung der übrigen Gubernialräte hören. Da es nicht anging, in der Sitzung, bei welcher Hartmanns Gutachten gelesen wurde, über eine so schwerwiegende und der Mehrzahl der Gubernialräte weniger vertraute Materie die Debatte zu eröffnen, so wurde die Form einer amtlichen Enquete gewählt: Hartmanns Referat samt den zugehörigen Vorakten, namentlich dem umfangreichen, 76 Bogen zählenden Gutachten v. J. 1826, wurde der Reihe nach allen Gubernialräten mit dem Ersuchen um eine schriftliche Äußerung zugestellt. Das umfangreiche Konvolut lehrt uns daher die verschiedenen Meinungen der Repräsentanten des böhmischen Guberniums über diese hochwichtige Frage kennen. Diese Enquete litt freilich von vornherein an dem Grundübel, daß sich die Räte in ihrer Anschauung zum Teil durch die Meinung des Referenten beeinflussen ließen, zum Teil durch die Reihenfolge, in welcher die Rolle dem einzelnen zukam; die beigeschlossenen vorhergehenden Vota gaben den weniger selbständigen und geistig bequemeren Räten den Ton an. Trotzdem aber geben diese Gutachten ein interessantes Bild von der Stimmung, welche damals im Kollegium des Böhmischen Guberniums bezüglich der Judenfrage herrschte.

Aber schon das erste Enquetevotum zeigte, daß sich die Meinung der Gubernialmitglieder nicht ausnahmslos der Anschauung des Referenten anschloß. Der Hofrat Graf von Lützow legte eine entschiedene Abneigung gegen Hartmanns Gutachten an den Tag. Er behauptete, die Juden stünden größtenteils noch auf einer sehr tiefen Bildungsstufe, der Talmud mache aus ihnen Feinde des Christentums, Schacher und Handel bildeten ihre Hauptbeschäftigung und sie seien daher noch nicht reif für so durchgreifende Begünstigungen. Die Judenemanzipation würde angeblich auch sehr ungünstig auf die Stimmung der christlichen Bevölkerung rückwirken. Lützow befürchtete außerdem, die Juden würden dann ihren

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Druck auf die Landbevölkerung ausdehnen, die nur durch das Verbot christlichen Realitätenbesitzes vorderhand vor ihrem verderblichen Einfluß geschützt sei. Er mußte zwar anerkennen, daß die Besteuerung der Juden übermäßig und unter den gegebenen Umständen eine Konkurrenz mit den Christen im Handwerk ausgeschlossen sei; aber er sprach keineswegs seine Zustimmung zu der beantragten Aufhebung aller Beschränkungen aus, welche hiezu führten. Er befürwortete lediglich ihre steuermäßige Gleichstellung mit den Christen. Namentlich aber solle man auf die Verbesserung des jüdischen Schulwesens und des jüdischen Religionsunterrichtes hinarbeiten und erst nach Maßgabe des Erfolges in den Begünstigungen weitergehen. Das höhere Kulturniveau einiger Juden zugebend, war Lützow geneigt, diese hervorragenden Persönlichkeiten bereits jetzt mit der christlichen Bevölkerung gleichzustellen; er versprach sich hievon eine aufmunternde Wirkung auf die übrigen Juden.

Die Partei der Vorkämpfer für das Recht der böhmischen Juden ergriff rückhaltslos der Gubernialrat Breinl, indem er sich in seiner umfassenden Äußerung gleichfalls auf das Gutachten von 1826 berief und gleich eingangs darauf hinwies, daß bereits auf dem Wiener Kongreß die Gleichberechtigung der Juden erwogen worden sei. Breinl disponierte äußerlich sein Votum nach den sachlichen Kapiteln des Patentes v. J. 1797 und stimmte dem Referenten hinsichtlich des verderblichen Einflusses der jüdischen Rabbiner bei, die es darauf abgesehen hätten, eine unverrückbare Schranke zwischen Juden und Christen aufrechtzuerhalten; er empfahl daher, die jüdischen Gebete von unschicklichen Stellen zu reinigen und in den Synagogen nicht bloß die Gebete, sondern auch die jüdischen Predigten in deutscher Sprache abzuhalten. Er zollte dem Referenten vollen Beifall bezüglich der Anträge auf Aufhebung der Judengemeinde, der Judenstadt und der jüdischen Domestikalkasse in Prag sowie bezüglich der Aufhebung aller Judenschulen des Landes und bezüglich der Einschulung der jüdischen Kinder in die christlichen Schulen; er empfahl eine Lockerung der bisherigen Vorschriften hinsichtlich der festgesetzten Zahl der Judenfamilien auf dem Lande, beantragte für die Juden Freiheit des Wohnens sowohl in Prag als auch auf dem Lande und das Recht, hier Häuser zu erwerben, nahm für jüdische Handwerker das Recht in Anspruch, auch christliche Lehrlinge und Gesellen zu halten, für die jüdischen Landwirte machte er gleichfalls das Recht geltend, sich christlicher Dienstboten zu bedienen, Grundstücke und Gebäude zu erwerben und sogar Mühlen zu pachten. Aus dieser ziemlich restlosen Gleichstellung der Juden mit den Christen ergab sich für Breinl ganz logisch auch die Forderung nach Aufhebung der ungerechten Judensteuer. Unter Hervorhebung des großen Fortschrittes, den die Juden seit Erlassung des Patentes v. 1797 gemacht hätten, versprach sich der Votant von der Durch-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

führung seiner Anträge eine weitere Hebung des Kulturniveaus der jüdischen Bevölkerung und erhoffte damit auch die Möglichkeit zur Gewährung weiterer Zugeständnisse nähergerückt.

Noch schärfer als Lützow sprach sich gegen die jüdischen Forderungen der Gubernialrat Kronenfels aus. Aus seinem scharf stilisierten Votum vernimmt man fast alle Einwände, die in früherer Zeit gegen die Juden erhoben wurden. Die Juden unterschieden sich angeblich wesentlich von den Christen; indem sie sich für das auserwählte Volk Gottes hielten, würden sie sich stets für ein besonderes Volk halten, man müsse daher die Christen vor ihnen schützen; ein völliges Verschmelzen mit der übrigen Bevölkerung sei nirgends geglückt, namentlich deshalb, weil Eheschließungen zwischen Juden und Christen unmöglich seien. Mit Entschiedenheit widersetzte sich Kronenfels der beantragten Aufhebung der Judenstadt in Prag, in der Befürchtung, die reichen Juden würden sich dann die schönsten Wohnungen und Läden in Prag verschaffen, die Zinse hinauftreiben und dadurch die allergrößte Unzufriedenheit bei der christlichen Bevölkerung hervorrufen, namentlich bei den Handelsleuten und Handwerkern. In Prag, wo es 6796 Juden gebe, sei eine Judengemeinde unerläßlich, denn der Magistrat würde die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Polizeiaufsicht über die jüdische Bevölkerung nicht bestreiten. Gegen die Aufhebung der Judenschule brachte der Votant vor, die Juden würden dann lieber ihre Kinder überhaupt in keine christliche Schule schicken, um von ihnen die Gefahr religiöser Schädigung in christlicher Umgebung fernzuhalten. Die Aufhebung der Judenkasse war nach dem richtigen Urteil von Kronenfels erst nach Aufhebung der Judensteuer durchführbar. Von einer Freigabe der jüdischen Eheschließungen besorgte er eine merkliche Benachteiligung der christlichen Bevölkerung; denn nach seiner Schätzung gab es bereits damals in Böhmen nicht bloß die bewilligten 8600 Judenfamilien, sondern mindestens 17.200, da sich die erstgeborenen Judensöhne bereits zu Lebzeiten des Vaters einen Hausstand gründeten. Nach Kronenfels' Schätzung gab es damals bloß auf dem flachen Lande rund 20.000 Judenfamilien, die jüdischen Handwerker und Bauern mit inbegriffen, da sie keiner Ehebeschränkung unterworfen waren. Und diese Menge müsse bei ihrem religiösen und Kastengeist streng im Zaume gehalten werden. Nicht minder entschieden trat Kronenfels auch gegen die Erwerbung von Grundstücken und Gebäuden auch auf dem Lande auf: in einigen Jahrzehnten würde es in Böhmen aussehen wie in Galizien. Nur die Judensteuer hielt auch dieser Votant für wirklich drückend und ungerecht und befürwortete ihre Aufhebung. Auch er war überzeugt, die Juden in Böhmen seien mit ihrer Kulturhöhe – er deutete namentlich auf das tiefe Niveau der jüdischen Rabbiner – noch nicht reif für eine völlige rechtliche Gleichstellung mit den Christen und ließ nur seltene Ausnah-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

men bei einzelnen jüdischen Persönlichkeiten gelten, denen bereits jetzt ausnahmsweise Zugeständnisse gemacht würden. Kronenfels empfahl daher, den gegenwärtigen Stand der Rechtsstellung der Judenschaft aufrechtzuerhalten.

Die Gubernialräte Herget, Willmann, Nadherny, Margelik, Peche und Meißner erklärten sich grundsätzlich mit der Meinung des Rates Breinl einverstanden. Herget machte nur darauf aufmerksam, gegen die augenblickliche Auflassung der jüdischen Hauptschule spreche vor allem der Umstand, daß es in Prag in den Christenschulen nicht einmal für die christlichen Kinder genug Platz gäbe, man müßte daher zunächst hinreichende Räume beschaffen. Bezüglich der ausnahmsweisen Begünstigungen für jüdische Fabrikanten und Großhandelsleute empfahl Herget die Gewährung gleicher Zugeständnisse auch an die jüdischen Künstler, Musiker, Ärzte und die übrige Intelligenz. Der Rat Willmann verwies auf die Haupthindernisse einer Verschmelzung der Juden mit der christlichen Bevölkerung; er sah sie in der Lehre des Talmud, der den Wucher gestatte, Landbau und Viehzucht mißachte, die strengste Absonderung von den übrigen Völkern vorschreibe und den Rabbinern das Recht einräume, über das jüdische Volk zu herrschen. Darum befürwortete auch er den Antrag des Referenten, den jüdischen Gottesdienst in deutscher Sprache abzuhalten, wie dies schon seit Jahren in Deutschland geschehe. Der Rat Meißner wich von der Anschauung des Referenten und des Rates Breinl lediglich in der Frage der Auflassung der Prager jüdischen Hauptschulen ab; er wurde dazu nicht bloß durch den vollständigen Platzmangel in den Christenschulen bewogen, sondern auch durch den Umstand, daß die jüdische Schule außer des Religionsunterrichtes gute Lehrer habe mit einem christlichen Direktor an der Spitze, der auch Deutsch unterrichte.

Sehr umfassend und gründlich war das Gutachten des Gubernialrates Janko angelegt, mit dessen Ausführungen sich auch der Rat Cron völlig einverstanden erklärte. Gleich eingangs betonte Janko, es handle sich jetzt nicht um eine Revision des Patentes v. J. 1797, wie dies 1826 der Fall war, sondern nur um die Frage der Staatsbürgerschaftserteilung an die Juden, und zwar auch noch nicht allgemein, sondern nur an hervorragende jüdische Persönlichkeiten. Durch Analyse des jüdischen Patentes von 1797 deckte Janko überzeugend dessen Unzulänglichkeiten auf, namentlich in bezug auf die jüdischen Bauern und Handwerker, die unter dem Drucke von allerhand Vorbehalten und lästigen Steuern und Gaben mit den Christen unmöglich in Wettbewerb treten könnten. Janko war mit dem Antrag des Referenten völlig einverstanden und machte kein Hehl daraus, daß es seiner Meinung nach schon an der Zeit sei, alle den Christen zugestandenen Rechte wenn nicht allen, so doch wenigstens jenen Juden zuzuerkennen, die sich im Handwerk, in der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Landwirtschaft, beim Militär, in Kunst und Wissenschaft betätigten, und zwar ohne ein besonderes Gesuch. Anderweitig empfahl auch er die Wohnfreiheit, die Aufhebung der Judensteuer, das Erwerbsrecht aller Realitäten außer der tabularen und rustikalen und die Bewilligung christlicher Dienstboten und Hilfsarbeiter.

Während die vorhergehenden Referenten die gestellte Frage mehr vom wirtschaftlichen und vom rechtlichen Standpunkte beurteilten, unterzog der Gubernialrat Václavíček das Problem einer gründlichen Erörterung vom Standpunkte der jüdischen Religionsphilosophie. Er gelangte gleichfalls zur Überzeugung, die Leute seien noch nicht reif für die volle Staatsbürgerschaft. Daß sich die Juden trotz aller Verfolgungen als eigenes Volk unter allen andern Völkern behauptet hätten, erklärte der Votant durch ihr Festhalten an positiven religiösen Grundsätzen, namentlich ihr Festhalten an der Lehre, daß ihr Gott als ausschließlicher Judengott und geistliches und weltliches Oberhaupt der Juden nur die Juden liebe und alle übrigen Völker hasse; um ihrer Sünden willen habe er die Juden in alle Welt versprengt und sie der Willkür ihrer Feinde ausgeliefert, aber es werde der Messias kommen, der seine getreuen Juden nach Palästina zurückführen werde, um dort das alte Gottesreich zu erneuern. Aus dieser Lehre erklärte Václavíček den ganzen Charakter der Juden und die Einstellung der christlichen Bevölkerung ihnen gegenüber. Der gläubige Jude fühle sich daher niemals in seinem Wirtslande heimisch, er anerkenne dessen Herrscher nicht als seinen rechtmäßigen Oberherrn – und daher mache die öffentliche Meinung größtenteils Front gegen die Juden. Es gebe zwar auch unter den Juden einzelne, die sich durch Bildung von dem Aberglauben des Talmud freigemacht und erkannt hätten, daß die jüdischen Ritualgesetze gerade noch für die arabische Wüste und die Verhältnisse Ägyptens und Palästinas gut genug seien; – diese hätten sich mehr ihrer christlichen Umgebung angepaßt. Solcher Theismus und Rationalismus sei zwar bei Einzelpersonen nicht schädlich, aber der Votant betonte, vom staatlichen Gesichtspunkt könne man nicht wünschen, daß diese religiöse Halbheit zum Maßstab des religiösen Fortschrittes der ganzen Nation werde. Das Bemühen, vom Religiösen alles Positive abzustreifen, würde dann die Juden dem christlichen Staate ebenso gefährlich werden lassen, wie sie dies jetzt um ihrer religiösen Besonderheiten halber seien. Solle demnach eine innere und äußere Besserstellung der Judenschaft gelingen – wiewohl sich darum die Menschlichkeit, Klugheit und Gerechtigkeit zweier Jahrtausende vergebens bemüht habe – so sei nach Václavíčeks Meinung der einzige Weg dazu eine zweckmäßige Erziehung und ein positiver Religionsunterricht, gereinigt von dem Talmudschutt, die Hebung der Lehrerbildung und eine bessere Behandlung der Juden überhaupt. Indem Václavíček dem Refe-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

renten und dem Rat Breinl hinsichtlich des jüdischen Schulwesens und Religionsunterrichtes zustimmte, beantragte er, auf die jüdische Hauptschule noch einige christliche Lehrer zu versetzen. Der Votant gab zwar die Möglichkeit einer Aufhebung der Judensteuer und der Bewilligung christlicher Dienstboten zu, er lehnte aber die Erwerbung christlicher Realitäten und Häuser ab, in der Befürchtung, der angeborene jüdische Spekulationsgeist würde darin nur neue Nahrung finden. Gegen die unumschränkte Wohnfreiheit befürchtete Václavíček den Widerstand der unteren Schichten der christlichen Bevölkerung. Für individuelle Verdienste war er geneigt, weitere Ausnahmen zuzugestehen.

Der Gubernialvizepräsident Procházka stimmte zwar grundsätzlich dem Referenten bei, namentlich hinsichtlich des jüdischen Schulwesens, des Religionsunterrichtes und des Gottesdienstes, aber auch er hielt die Juden im ganzen intellektuell und moralisch noch für zu wenig reif für die volle Staatsbürgerschaft. Er empfahl aber eine genaue Durchführung der Bestimmungen des Patentes v. J. 1797 und eine Modifizierung der Judensteuer und erhob keine Bedenken gegen die ausnahmsweise Gewährung der Staatsbürgerschaft an hervorragende Juden, indem er sich hievon einen aufmunternden Einfluß auf die übrige Judenschaft versprach.

Die Enquete über die Judenemanzipation klang demnach nicht sonderlich einheitlich aus, aber im großen ganzen gewann die Meinung des Referenten die Mehrheit. Der Referent fügte am Schlusse der Rolla noch einige weniger wichtige Bemerkungen zu den abweichenden Stimmen einiger Votanten an und am 31. Juli 1834 legte das Gubernium außer der ganzen Rolla auch sein eigenes Gutachten der Hofkanzlei vor, das im wesentlichen nach dem Antrag des Referenten formuliert und durch das Votum Breinls und Jankos ergänzt war, also zugunsten des jüdischen Gesuches. Eine Erledigung war ihm aber nicht beschieden. Wie viele andere wichtige Anträge blieb auch dieser unerledigt in der Hofkanzlei liegen und wurde erst anfangs Juli 1848, also unter völlig veränderten Verhältnissen, dem Gubernium unerledigt zurückgestellt, zugleich mit dem Ergebnis der Enquete v. J. 1837, von der weiter unten die Rede sein wird; es wurde hiebei auf den Reichsrat verwiesen, der sich auch mit der Judenfrage befassen sollte. Die Gleichberechtigung der Juden in Böhmen war eine Forderung, die damals noch nicht dem Zeitgeist entsprach; es sollte noch ziemlich lange dauern, bis sie wenigstens zum Teil erfüllt wurde.

Der Mißerfolg der Petition v. J. 1833 bedeutete aber keinen Rückzug im Kampfe um die Emanzipation. Die Zähigkeit, mit der damals die böhmischen Juden auch in anderen Fragen ihr gutes Recht verlangten, war für die Geduld der damaligen Behörden eine harte Nuß; auch dies-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mal ließen sich die Juden durch den Mißerfolg nicht abschrecken. Es währte in der Tat nicht lange und das Prager Gubernium mußte sich neuerdings mit derselben Frage beschäftigen. Haben wir i. J. 1834 die Meinung der Mitglieder des Böhmischen Guberniums vernommen, so gibt uns die Enquete des Jahres 1837 Gelegenheit, die Anschauungen der übrigen Repräsentanten der öffentlichen Verwaltung kennenzulernen, der Kreishauptleute, des Kammerprokurators und des Prager Bürgermeisters. Waren i. J. 1833 die Vertreter der gesamten Landesjudenschaft mit dem Gesuch um Gleichberechtigung eingekommen, so ging die Initiative zu einem ähnlichen Gesuch des Jahres 1837 von Privatpersonen aus, nämlich von den Prager Fabrikanten Gebrüder Porges.

Die Porges beschäftigten damals in ihren Webereien in Hořitz, Brdo, Raspenau und Braunau, sowie in den Kattunfabriken zu Prag und Smichow insgesamt 5657 Personen. Sie empfanden schwer die aus ihrer religiösen Zugehörigkeit entspringende demütigende gesellschaftliche Stellung. Sie versuchten daher im März d. J. 1837 wenigstens für sich die ausnahmsweise Erteilung der vollen Staatsbürgerschaft zu erlangen. In der Einleitung ihres am 18. März dem Oberstburggrafen Grafen Chotek eingereichten Gesuches wiesen sie auf die Blüte ihrer Betriebe hin, die zu den großartigsten der ganzen Monarchie erwachsen wären, betonten, daß ihre technischen Spezialleistungen einen mächtigen Impuls für die gesamte inländische Kattunindustrie auf dem Wege des Fortschritts und der Solidität abgegeben hätten, rühmten sich der Besuche des Kaisers und der Mitglieder der kaiserlichen Familie in ihren Betrieben und begleiteten das eigentliche Gesuch um Erteilung der Staatsbürgerschaft mit statistischen Einzeldaten über den Umfang und die Einrichtung ihrer Fabriken ein.[4]

Mit Berufung auf den Geist des Jüdischen Patentes v. J. 1797, das eine allmähliche Gleichstellung der Juden mit den übrigen Staatsbürgern bezweckte, legten die Gebrüder Porges in ihrem Gesuche dar, wie überall die Toleranz über die religiöse Unduldsamkeit siege: das Beispiel anderer Staaten, in denen die Judenemanzipation durchgeführt wurde, vom reichen England bis zum armen Preußen, zeige, daß sich die Befürchtungen der Gegner dieses Schrittes nicht erfüllt hätten; Frankreich habe dadurch angeblich nichts von seiner Industrie eingebüßt und Holland nichts von seinem Handel. Im Gegenteil: die Juden seien in jenen Ländern Notabeln ersten Ranges, sei es bei Finanzoperationen, sei es in der Volkswirtschaft, in der Industrie, auf den Schlachtfeldern, auf den Kanzeln, auf den Richterstühlen, in den Krankenhäusern, in der Kunst, der Wissenschaft und Philosophie. Auch in einigen Ländern Österreichs habe das Patent v. J. 1797 wohltätige Wirkungen getan. Ohne indes unter den gegebenen Verhältnissen an die Möglichkeit einer Verwirk-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lichung der vollen Emanzipation der Judenschaft in Böhmen zu glauben, begnügten sich die Gebrüder Porges am Schlusse ihres Gesuches mit einer enger umschriebenen, vielmehr von ihren persönlichen Interessen diktierten Formulierung; sie baten, es möchte in dieser Hinsicht wenigstens bei jenen Juden eine Ausnahme gemacht werden, die sich besondere Verdienste um den Staat erworben hätten, – diesen könnte von Fall zu Fall gnadenweise die Staatsbürgerschaft verliehen werden, ähnlich wie man bereits bei der Verleihung von Adelstiteln vorgehe. Sie versprachen sich hievon in mannigfacher Hinsicht eine günstige Auswirkung: es werde eine gerechte Anerkennung der Verdienste sein, es werde die Regierung moralisch stärken, es werde im Ausland einen guten Eindruck machen, es werde die Loyalität der Juden stützen und sie aneifern, ähnliche Gnadenerweise zu erstreben; ein solches allmähliches Vorgehen werde schließlich vielleicht auch in der christlichen Öffentlichkeit keinen Widerspruch finden. Als Beweis für die Richtigkeit ihrer Ausblicke führten die Bittsteller die Juden in Rußland an, die in kultureller Hinsicht am rückständigsten von ganz Europa gewesen und dennoch verschiedener bürgerlicher Grade gewürdigt worden seien, ja sogar des Ehrenbürgerrechtes, freilich nach Erfüllung gewisser Vorbedingungen; und schon jetzt seien die guten Auswirkungen dieser Reform wahrnehmbar.

Das Vertrauen, mit dem sich die Gebrüder Porges an Graf von Chotek gewendet hatten, voller schmeichelhafter Anerkennung für seine Verdienste und seine fortschrittliche Gesinnung, wurde nicht enttäuscht. Es macht den Anschein, daß der Oberstburggraf keineswegs gegen den Gedanken weiterer Zugeständnisse an die Judenschaft in Böhmen eingenommen war. Davon zeugt sicherlich die Behandlung, die er dem erwähnten Gesuche zuteil werden ließ. Vor allen weiteren amtlichen Schritten holte Chotek zunächst das Gutachten des Gubernialvizepräsidenten Procházka ein. Doch dieses fiel nicht allzu günstig aus. Mit Berufung auf sein oben erwähntes Gutachten vom Mai 1834 ging Procházka von der Voraussetzung aus, die große Masse der Judenschaft, die nur gewinnsüchtigen Schacher treibe und den dunklen Ideen des veralteten Talmudjudentums ergeben sei, sei bisher weder fähig noch würdig, bedingungslos mit den christlichen Staatsbürgern gleichgestellt zu werden. Nur bei Juden, die sich in der Industrie oder in der Wissenschaft ausgezeichnet hätten, gab Procházka zu, daß es möglich und nützlich sei, wenn man ihnen ausnahmsweise die Gleichberechtigung einräume. Er versprach sich von solcher gerechter Anerkennung eine Aufmunterung der übrigen Juden zum Patriotismus und zur Uneigennützigkeit. Unter Hinweis darauf, daß die bisherige Verleihung von Adelstiteln für die Begnadeten keineswegs einen wirklichen bürgerlichen Gewinn mit sich gebracht habe, empfahl Procházka, hervorragenden Juden wirkliche bürgerliche Vorteile

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zu bewilligen, das Erwerbs- und Besitzrecht von Häusern und Grundstücken, die Wahlfreiheit des Wohnsitzes und überhaupt alle Bürgerrechte wie den Christen, allerdings mit Ausnahme des Eintrittes in Staatsämter. Diese Rechte sollten nach dem Gutachten des Vizepräsidenten auch den Familien der Begnadeten zugute kommen, doch mit der Beschränkung, daß sich die politischen Behörden im Laufe einer dreijährigen Probezeit nach Erreichung der Volljährigkeit überzeugen sollten, ob auch die Söhne der Begnadeten würdig seien, die väterliche Staatsbürgerschaft weiterzuführen. Sein in der Gesamtauffassung wenig folgerichtiges Gutachten beschloß Procházka mit der Behauptung, die lauten Klagen der Juden über Bedrückung seien nicht berechtigt.

Das Gesuch der Gebrüder Porges samt der ergänzenden Argumentation Procházkas machte dann Chotek zur Grundlage einer Aktion, zu der er sich aus diesem Anlasse entschlossen hatte. Chotek erstattete vorläufig über das Gesuch keinen Bericht nach Wien, sondern machte es zum Ausgangspunkt einer amtlichen Enquete, die über die Einstellung der berufenen Behörden zur Grundfrage: Angemessenheit der Judenemanzipation Licht verbreiten sollte. Das lithographierte Zirkular, am 30. März 1837 vom Statthaltereipräsidium an den Prager Bürgermeister, an den Kammerprokurator und an alle Kreishauptleute versandt, gab die Gesuchsargumente der Brüder Porges (ohne diese jedoch zu nennen) zusamt den Ergebnissen des Gutachtens des Vizepräsidenten Procházka wieder und forderte die Empfänger auf, ohne Befragen der untergeordneten Stellen sich gutächtlich zur Frage zu äußern, ob es angezeigt und zeitgemäß sei, einigen würdigen Juden die vollen Bürgerrechte einzuräumen. Darauf liefen von Anfang April bis Anfang Juni 1837 beim Präsidium insgesamt elf größtenteils recht umfangreiche Gutachten ein, welche die gestellte Frage recht eingehend vom Standpunkt des Staatsinteresses erörterten. Mochten auch alle diese Gutachten letzten Endes keine ausschlaggebende Bedeutung auf die weitere Amtshandlung haben, so sind sie doch sehr interessant für die Beurteilung der Anschauungen der damaligen einflußreichen Repräsentanten der öffentlichen Verwaltung hinsichtlich dieser Grundfrage. Es wird daher nicht nutzlos sein, ihren Inhalt des näheren zu untersuchen. Von vornherein muß bemerkt werden, daß das Gesamtergebnis der Enquete mit überwiegender Mehrheit auf die Ablehnung der Idee einer grundsätzlichen Gleichstellung aller Juden mit der christlichen Bevölkerung hinauslief.

Das zuerst eingelaufene Gutachten sprach sich jedoch entschieden zu Gunsten der jüdischen Forderungen aus. Der damalige Kammerprokurator Hasner war sein Verfasser. Er spitzte sein umfangreiches Votum von allem Anfang an polemisch zu gegen die nicht zu Ende gedachte und im Kern antisemitische Stellungnahme des Vizepräsidenten Pro-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

cházka. Hasners Votum war klar stilisiert und formal derart angeordnet, daß der Autor zuerst die Einwendungen anführte, die in der Regel gegen eine grundsätzliche Gleichstellung der Juden geltend gemacht werden, um sie auf dem Fuße einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Die erste Gruppe der Einwendungen enthielt Hinweise auf den Nationalitätsunterschied der Juden, den bisherigen jüdischen Separatismus, den Kastengeist, der allen Versuchen um Amalgamierung mit dem christlichen Volke spotte, ihre Abneigung gegen körperliche Arbeit, den mangelnden Patriotismus, den Mangel an Staatsbewußtsein, den Egoismus, die Unterschiede in Lebensanschauung und Lebensweise und schließlich die Einwendung, auch die Bewilligung der Zugeständnisse würde die Juden nicht ändern, aber dem christlichen Volke Schaden bringen. Bevor sich Hasner in die Analyse dieser Einwendungen einließ, erklärte er sie für völlig haltlos. Der jüdische Separatismus entspringe den besonderen Lebensbedingungen der Juden, denen die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Annäherung an die übrige Bevölkerung fehlt, so daß sie auf sich selbst angewiesen bleiben. Die Emanzipation würde sicherlich ihre Moral veredeln und aus ihnen gute Bürger machen. Die Berufung auf angeblich schlechte Erfahrungen mit der Judenemanzipation in manchen Staaten sei nicht berechtigt; in so kurzer Zeit lasse sich das noch nicht beurteilen und die in Frankreich gemachten Erfahrungen seien im Gegenteil ganz günstig. Hasner führte aus, die menschenfreundlichen Tendenzen des jüdischen Patentes v. J. 1797 hätten einen sehr günstigen Einfluß auf den moralischen und materiellen Zustand der Juden geübt: der Haß der Christen gegen sie habe abgenommen, ihre charakteristische Judentracht sei verschwunden, ihre besondere Sprache sei immer mehr in Abnahme begriffen und auch ihr Benehmen passe sich immer besser ihrer Umgebung an. Hasner bestritt auch die Berechtigung einer weiteren Gruppe von Einwendungen, nämlich die Unmöglichkeit der Amalgamierung der jüdischen Anschauungen mit den christlichen und die angebliche Staatsgefährlichkeit der jüdischen Religion. In den religiösen Anschauungen erblickte Hasner kein Hindernis gegen die Bewilligung der Staatsbürgerschaft und wies darauf hin, daß auf dem flachen Lande, wo die Juden unter den Christen wohnen, der Haß gegen sie immer mehr im Schwinden begriffen sei. Gegen den Einwand, die Judenemanzipation werde die christlichen Handwerker, Fabrikanten und Handelsleute ruinieren, führte Hasner an, diese Konkurrenz mache sich doch bereits jetzt geltend und werde sich im Gegenteil durch die Emanzipation bessern; die vernünftige jüdische Sparsamkeit dürfe man doch nicht tadeln, sondern müsse sie vielmehr loben und nachahmen. Übrigens brauchten diese aus persönlichen Rücksichten entspringenden Einwendungen vom Standpunkt des Staates nicht in Erwägung gezogen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zu werden. Am Schlusse seiner grundsätzlichen Erörterungen machte Hasner darauf aufmerksam, daß die in den übrigen europäischen und außereuropäischen Staaten mit der vollen oder teilweisen Judenemanzipation gemachten Erfahrungen, wie in Nordamerika, Frankreich, Holland, England, Rußland, Schweden, Dänemark, Bayern, Preußen, Württemberg und andern deutschen Staaten, durchwegs für die Juden günstig lauteten.

Nachdem also Hasner seine fortschrittlichen Grundsätze in dieser Frage dargelegt, kehrte er sich entschieden gegen die vom Vizepräsidenten Procházka beantragte Halblösung. Wenn schon die ausnahmsweise Emanzipation einzelner hervorragender Juden durchgeführt werden sollte, führte Hasner aus, so müßte sie sich unbedingt nicht bloß auf ihre Person, sondern auch auf ihre Familien beziehen, und zwar ohne irgendwelche nachträgliche Eignungskontrolle der Söhne der Begnadeten. Es würde sich hier doch in der Mehrzahl um alte Leute handeln, die die Früchte dieser Wohltat selbst nicht mehr auskosten könnten, es würde ihnen ja gerade darum zu tun sein, daß ihre hervorragende Lebensarbeit eben ihren Nachkommen die gesellschaftliche Stellung erleichtere. Die praktische Undurchführbarkeit einer behördlichen Prüfung der Qualifikation dieser Nachkommen veranlaßte Hasner, die von Procházka vorgeschlagene dreijährige Karenzfrist zu verwerfen. Hasner war übrigens grundsätzlich kein Freund des Gedankens einer ausnahmsweisen Emanzipation hervorragender jüdischer Einzelpersonen, deren Verdienste um den Staat vielfach nichts mit persönlichen Qualitäten zu tun haben, sondern meistenteils durch ihre finanziellen Mittel ermöglicht sind. Der Kammerprokurator betonte, alle im Zirkular angeführten Beweggründe gälten für die allgemeine Emanzipation aller Juden im Lande, und er führte aus, der Forderung der Zeit und der Gerechtigkeit entspräche es, allen Bürgern des Staates, die gleiche Lasten tragen, auch gleiche Rechte zu geben, also auch den Juden, und zwar ohne Ausnahme. Eine ausnahmsweise Emanzipation würde nicht den erwarteten Erfolg bringen, sie würde vielmehr das Spiel eines glücklichen Zufalls bleiben und bei den übrigen, denen eine dergleichen Begnadung nicht zuteil würde, Neid erregen. Besondere persönliche Verdienste könne man schon jetzt durch Verleihung des Adelstitels belohnen. Am Schlusse seines Gutachtens, welches der geistigen Höhe dieses hervorragenden Juristen sicherlich ein günstiges Zeugnis ausstellt, formulierte Hasner seinen Antrag dahin, es möge eine Kommission ernannt werden, um alle jüdischen Gesetze zu revidieren und zwecks allmählicher Gleichstellung aller Juden im Geiste der Zeit geeignete Abänderungen zu beantragen.

Für die Emanzipation der Juden in Böhmen sprach sich in seinem Gutachten grundsätzlich auch der Bunzlauer Kreishauptmann David

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aus. Er war gegen den Grundsatz, die Staatsbürgerschaft nur reicheren Juden zu erteilen; das widerspreche den Ideen der Humanität und Philanthropie, ganz abgesehen davon, daß nicht der reiche, sondern gerade der arme Jude moralisch auf tiefer Stufe stehe und eine Besserung seiner Verhältnisse brauchen würde. Reiche Judenfamilien hätten bequeme Wohnungen, ließen ihre Kinder sorgfältig erziehen, widmeten sich der Wissenschaft, dem Handel und der Industrie und könnten auch unter den bestehenden Gesetzen sogar den Adelsstand erreichen; die Freiheit der Religionsausübung, die freie Berufswahl und der Zutritt zu akademischen Würden sei ihnen ohnehin gewährleistet. Es sei daher vor allem nur noch um die Erlaubnis zur freien Eheschließung und um den Zutritt zu den Staatsämtern zu tun. Eine ausnahmsweise Verleihung der Staatsbürgerschaft nur nach der Größe des Reichtums würde bei den Ärmeren nur böses Blut machen und würde nur Tür und Tor für allerhand Willkür und Bestechung öffnen, so daß der Schaden größer wäre als der Nutzen. David verweist darauf, daß die Juden gegen das Vorurteil aus grauer Vorzeit ankämpfen müssen; dieses ist gerade in den höheren Ständen verwurzelt, wo die höhere gesellschaftliche Bildung zu Hause ist, und kein Gesetz wird es beseitigen; nur durch vollständige Gleichstellung aller Juden mit den Christen, durch ihre Zulassung zu den Staatsämtern und durch die Bewilligung gemischter Ehen zwischen Juden und Christen würde diesem mittelalterlichen Vorurteil der Nährboden entzogen.

Hasner und David waren aber die einzigen, die den Mut fanden, ihre grundsätzliche Zustimmung zu der unbeschränkten Gleichstellung aller Juden mit der christlichen Bevölkerung auszusprechen. Die übrigen Gutachten verschlossen sich zwar nicht gegen die ausnahmsweise und an verschiedene Bedingungen gebundene Bewilligung größerer bürgerlicher Rechte an hervorragende Juden, wie dies auch das Präsidialzirkular vorsah, aber sonst erachteten sie die böhmische Judenschaft als Ganzes nicht für reif genug, um ihr die Staatsbürgerschaft einzuräumen. Die Argumente, mit denen die Gegner der Judenemanzipation ihre ablehnende Haltung zu begründen suchten, ließen sich auf eine Stammreihe von Einwänden zurückführen; diese wurden schon in den verflossenen Jahrhunderten gegen die Juden ins Treffen geführt und beherrschten noch damals nicht nur die breite christliche Öffentlichkeit, sondern auch die Hauptrepräsentanten der Staatsverwaltung, wie wir dies in der damaligen Zeit übrigens auch in anderen amtlichen Verhandlungen bezüglich dieser Kardinalfrage sehen.

Der Prachiner Kreishauptmann Maschke betonte gleich eingangs – ebenso wie andere Kreishauptleute – man könne bezüglich dieser Sache je nach dem Standpunkt des Beurteilers verschiedener Meinung sein. Nach den einen seien die Juden schädlich, nach den andern wiederum

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nützlich um ihrer Unternehmungslust willen, – einige aber seien gar der Meinung, die Juden sollten in christlichen Ländern überhaupt nicht geduldet werden. Das einfachste Mittel erblickte Maschke in der völligen Gleichstellung der Juden unter der Bedingung, daß sie vorher zur christlichen Religion überträten. Da er sich aber der praktischen Undurchführbarkeit dieses Vorschlags bewußt war, gab er zu, man müsse wenigstens den einen oder andern Versuch machen, um den Juden den möglichst unbeschränkten Genuß der Staatsbürgerschaft zu gewähren, da sie sonst auf ewige Zeiten Fremdlinge unter der christlichen Bevölkerung bleiben müßten, wofür sie sich auch halten, bar jeder Liebe zum Lande, in dem sie leben, und ohne Verlangen, in dieser Lage für das Staatswohl zu wirken. Aber trotz dieser grundsätzlichen Anschauung wagte es Maschke nicht, auf die Gleichstellung der gesamten Judenschaft anzutragen, sondern begnügte sich mit der im Zirkular angeführten Eventualität, nämlich, daß man wenigstens hervorragenden Juden durch Erteilung der Staatsbürgerschaft die moralische Absonderung von der übrigen Masse ihrer Glaubensgenossen ermögliche und sie so für ihr Wirtsland nützlich mache. Das Gros des jüdischen Volkes, das sich durch seine Religion, seine Bräuche und seine Lebensart auffallend von seiner christlichen Umgebung unterscheide, hielt Maschke nicht für hinreichend reif dazu, um ihm unbedenklich unbeschränkten Anteil an allen bürgerlichen Rechten zu gewähren. Er empfahl daher, nur die hervorragenden Juden und ihre qualifizierte Nachkommenschaft gleichzustellen, und zwar auch nur ausnahmsweise und auf Probe, damit man diese Begünstigungen wieder widerrufen könne, wenn sie sich nicht bewähren sollten. Der Staat werde dadurch gewinnen und das Los einer keineswegs bedeutungslosen Klasse werde so erleichtert werden.

Es ist klar, daß die Fassung des Präsidialzirkulars, in der sich der Einfluß des Procházkaschen Gutachtens spiegelte, merklich auch auf die Gutachten der Kreishauptleute abfärbte, die im großen ganzen grundsätzlich nicht gegen angemessene Reformen in der rechtlichen Stellung der Landesjudenschaft waren. Dies zeigt sich auch im Votum des ziemlich fortschrittlich fühlenden Bidschower Kreishauptmannes Hansgirg. Seine Argumentation deckte sich zu einem hohen Grade mit dem Gutachten Maschkes, nur mit dem Unterschiede, daß es Hansgirg nicht für ganz gerecht hielt, mit der Staatsbürgerschaft nur den jüdischen Reichtum zu belohnen und nicht auch in gleichem Maße die Verdienste um die Literatur und um die Menschheit überhaupt. Nur in der Ausübung des Patronatsrechtes erblickte auch Hansgirg ein Hindernis, das sich jedoch nach seiner Meinung dadurch beseitigen ließe, daß der jüdische Herrschaftsbesitzer für diese Agende einen christlichen Kommissär vorschlüge, der unmittelbar dem Kreisamt unterstellt wäre. Auch der Bid-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schower Kreishauptmann bekundete aber seine Zustimmung mit der Anregung des Zirkulars, daß den Nachkommen der Begnadeten bis in das dritte Glied die Staatsbürgerschaft besonders bestätigt würde und erst dann erblich würde. Die freie Eheschließung ohne besondere amtliche Bewilligung konzedierte Hansgirg auch allen Juden mit dem Doktorat, aber keineswegs ihren Kindern. Er beantragte, es solle das Wohnen in christlichen Häusern ausnahmsweise jenen Juden bewilligt werden, die sich außer der Handelstätigkeit einer großzügigeren Beschäftigung widmen, und versprach sich davon eine Aufmunterung der übrigen Juden im Streben nach ähnlichen Begünstigungen.

Die Einseitigkeit der Procházkaschen Anschauung hinsichtlich der Notwendigkeit, mit der Staatsbürgerschaft nur die reicheren Juden zu belohnen, entging auch dem Leitmeritzer Kreiskommissär nicht, der darin gleichfalls viel mehr das Spiel des Zufalls oder fremden Einflusses erblickte, als die Folge persönlicher Verdienste, und deshalb regte er an, man solle auf solche Weise eher die moralische und bürgerliche Haltung und die Gesinnungstüchtigkeit der jüdischen Bittsteller belohnen. Er gab allerdings zu, die zuständigen Behörden würden hiebei auf die Berichte der untergeordneten Stellen angewiesen sein, diese aber böten geringe Gewähr für unparteiische und zutreffende Erledigung, zumal die jüngsten Erfahrungen zeigten, daß es vielen Juden gelungen sei, Ehebewilligungen zu erlangen, die zum Betriebe der Landwirtschaft erteilt worden waren, ohne daß die betreffenden Juden nach dem Wortlaut des Gesetzes die gepachteten Felder selbst oder durch jüdisches Gesinde bebaut hätten. Sollte man nur auf die jüdischen Großunternehmungen und ihre materiellen Erfolge Rücksicht nehmen, so würde dies zu Ungerechtigkeiten führen, da auf solche Weise vielfach ein jüdischer Fabrikant, dem ein geschickter Verwalter das Werk führt, vor einem armen Juden bevorzugt würde, der im Schweiße seines Angesichts seine gepachteten Felder bebaut und genau alle seine Staats- und Gemeindepflichten erfüllt, ohne jedoch die Mittel zu haben, um die zuständigen Behörden auf sich aufmerksam zu machen. Der Leitmeritzer Kreiskommissär empfahl daher nicht die Gewährung von Begünstigungen an hervorragende Einzelpersonen, sondern erblickte einen wirksameren Weg zur Besserung der jüdischen Zivilverhältnisse in dem Versuche, die Rechte der Juden im Geiste der bisherigen Gesetzgebung nach dem Grad ihrer bürgerlichen Bildung und nach Maßgabe der Zeitbedürfnisse zu erweitern, allerdings so, daß dies an vorsichtige Bedingungen geknüpft werde, nach deren Erfüllung jeder Jude ausnahmslos auf jene Begünstigung ein Anrecht haben sollte. Weder das jüdische Hauptpatent noch die späteren Vorschriften kennen persönliche Ausnahmen, sondern sie stecken allen Juden ohne Unterschied die Grenzen ihrer bürgerlichen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Wirksamkeit weiter. Der Votant hielt die damalige Zeit noch nicht für geeignet dafür, um allen Juden den vollen Genuß der staatsbürgerlichen Rechte zu bewilligen, entschieden aber sprach er sich gegen die Zulassung der Juden zum Staatsdienst und gegen den Besitz landtäflicher Güter und der damit verbundenen Jurisdiktion aus.

Durch ein Kompromiß löste auch der Časlauer Kreishauptmann das Problem. Er stellte sich gleichfalls auf den Standpunkt, man dürfe die Fragen nicht aus der Perspektive der Philanthropie und Humanität beurteilen, sondern lediglich aus der Perspektive des staatlichen Vorteils. Seine Argumentation ging den entgegengesetzten Weg als das Gutachten Hasners. Der Kreishauptmann führte zunächst die nach dem Präsidialzirkular bzw. dem Gesuch der Gebrüder Porges scheinbar zugunsten einer Gewährung der Judenemanzipation sprechenden Beweggründe an, um anschließend ihre Widerlegung zu versuchen. Seinen im großen ganzen ablehnenden Standpunkt begründete er mit den damals geläufigen Einwendungen. Die Juden bildeten in Österreich ein Volk im Volke, unterschieden sich wesentlich durch ihre Religion, ihre Sitten und Gebräuche von der christlichen Bevölkerung, und es werde zwischen ihnen so lange eine Kluft gähnen, als sie nicht voll gleichberechtigt seien. Alle Juden aber könne man nicht emanzipieren, wie übrigens auch die Juden selbst anerkennen, und die Gleichberechtigung nur einiger weniger wäre wieder ungerecht. Der Wohlstand zahlreicher Judenfamilien zeige, daß das Juden-Generalpatent vom Jahre 1797 einen durchgreifenden Einfluß auf die Besserung der materiellen Lage der Juden gehabt habe; nichtsdestoweniger habe sie dieses Patent der christlichen Bevölkerung nicht nähergebracht und diese sei ihnen gegenüber immer noch mit Mißbehagen und Vorurteilen erfüllt; man solle also schon aus diesem Grunde die christliche Mehrheit durch die Gleichstellung aller Juden nicht aufbringen. Was das Argument anlangte, die Verwirklichung der Judenemanzipation würde im Ausland das Prestige Österreichs heben, so erklärte der Kreishauptmann zwar loyal, aber nicht zutreffend, Österreich genieße im Ausland einen solchen Ruf, daß es nicht nötig habe, ihn auf solche Weise zu verbessern. Zu den Vorbildern der übrigen europäischen Staaten übergehend, versuchte der Kreishauptmann das in der Eingabe der Gebrüder Porges enthaltene Lob abzuschwächen. Die jüngste Verhandlung dieser Frage in Sachsen habe angeblich gezeigt, daß viele Stimmen dagegen seien; die älteren Beratungen in Württemberg und Preußen hätten gleichfalls bedeutende Schwierigkeiten einer völligen Judenemanzipation zutage gebracht; das russische Beispiel könne für die übrigen Regierungen schon deshalb nicht maßgebend sein, da die Russen im Tauriser Gouvernement neun jüdische Kolonien gegründet, die jetzt gegen 600 Juden zählten; die bürgerlichen Rechte dieser Juden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

könnten also unter diesen Umständen den übrigen Untertanen nicht so nachteilig sein wie in solchen Ländern, in denen die Juden unter der christlichen Bevölkerung versprengt wohnen. Mit Entschiedenheit lehnte der Kreishauptmann die Möglichkeit ab, den Juden die mit der Ausübung des Patronates verbundenen Rechte zu gewähren. Auch er war nicht für den Gedanken, die hervorragenden Juden samt ihrer Nachkommenschaft gleichzustellen, denn würde diese nicht der väterlichen Begünstigungen wert befunden, würde es dann schwer fallen, ihr die erworbenen Güter und sonstigen Gnadenbeweise zu entziehen. Er empfahl daher nur, allen Juden gewisse Zugeständnisse zu machen, wie die Gleichberechtigung in der Besteuerung, die Bewilligung zur Eheschließung und hervorragenden Persönlichkeiten vielleicht auch ausnahmsweise größere Gnaden, das Recht zur emphyteutischen Erwerbung von Baustellen auf Dominikal- und Gemeindegrund mit Ausnahme der Berg- und privilegierten Städte zum Bau von Häusern und Fabriken für solche Juden, die sich nicht mit Handel befassen, desgleichen die Bewilligung zur Erwerbung von Landwirtschaften für solche, die sich ihr widmen wollen.

Der Unterschied zwischen theoretischer Anschauung und politischen Rücksichten in der Praxis trat ebenfalls in dem Gutachten des Königgrätzer Kreishauptmanns Reyl klar zutage. Auch er anerkannte vom weltbürgerlichen Standpunkt das Recht aller Juden auf Gleichberechtigung; die Verleihung derselben würde jedoch aus staatspolitischen Rücksichten noch nicht ratsam sein im Hinblick auf die niedere Kulturstufe, auf der sie der Mehrzahl nach stünden. Reyl behauptete, das Judenpatent vom Jahre 1797 habe die vierzig Jahre her keinerlei günstige Wirkung auf die Juden gehabt; sie hätten sich seine Begünstigungen und Möglichkeiten nicht zunutze gemacht und befänden sich daher auf der gleichen niederen Kulturstufe wie zur Zeit seiner Erlassung. Die verworrenen Talmudbegriffe, die ihnen von Jugend auf von ihren ebenfalls kulturell tiefstehenden Lehrern eingeimpft würden, und allerhand Vorurteile stünden bei der Mehrzahl der Juden dem kulturellen Fortschritt im Wege. Im Bewußtsein ihrer Unterdrückung scheuten sie vor keinem Betruge zu ihrem Vorteil zurück und richteten daher ihr Augenmerk hauptsächlich auf den Schacher. Auch diejenigen, welche den Heiratskonsens ausnahmsweise zur landwirtschaftlichen Arbeit erhalten hätten, übten sie nicht persönlich aus, sondern kehrten wieder zum Handel zurück, sobald sie so ihr Ziel erreicht hätten. Reyl empfahl darum die Fürsorge um die Hebung des Niveaus der jüdischen Religionslehrer in der Weise, daß zu Kreisrabbinern zumindest nur Absolventen der Philosophie bestellt werden dürften und daß auch von den jüdischen Gesangslehrern in den größeren Gemeinden eine höhere Bildung verlangt werde als bisher. Er

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

redete auch nicht einmal der bedingungsweisen Zulassung der Juden zu den Bürgerrechten das Wort, in der Befürchtung, es könnte dies für die Christen üble Folgen haben, namentlich deshalb, weil die Juden dann das Handelsmonopol auf Kosten der Christen an sich reißen würden. Nur für hervorragende Juden ließ er im Geiste des Präsidialzirkulars die Gewährung einzelner Gnaden zu, aber nur persönlich und lebenslänglich, nicht aber erblich für die ganze Familie.

Denselben Standpunkt nahm in seinem Gutachten auch der Kaurimer Kreishauptmann ein. Er schloß alle Juden, wie dies auch im Patent vom Jahre 1797 ausdrücklich geschehen war, aus der Pachtung von Schankstätten, Zehnten und Mühlen aus, von der Patronatsjurisdiktion, vom Zutritt zu den Staatsämtern und vom Salzhandel. Auch er äußerte die Meinung, die Mehrzahl der Juden seien noch nicht reif für die allgemeine Gleichberechtigung mit der übrigen christlichen Bevölkerung.

Umfassend und gründlich war das Votum des Chrudimer Kreishauptmanns Weber angelegt. Gleich eingangs verwies er auf die Schwierigkeit der Beantwortung der gestellten Frage. Man könne nämlich nicht gut voraussehen, welche Folgen die Gleichberechtigung aller Juden im Lande zeitigen könnte. Auch er war sich des doppelten Gesichtspunktes bewußt, von dem aus die Beurteilung des Problems möglich sei. Vom Standpunkt des Weltbürgers gab er zu, die Juden seien samt und sonders wie die Christen Geschöpfe und Kinder ein und desselben Vaters und seiner höchsten Liebe, alle seien Menschen mit gleichen persönlichen Rechten und es gelte von ihnen das Wort aus Lessings „Nathan dem Weisen": „War denn der Mensch früher Christ oder Jud, als er Mensch war?" Dieser Standpunkt zwinge daher entschieden zu einer bejahenden Beantwortung der gestellten Frage. Aber er könne hier nicht maßgebend sein, da der Staat auf das Zusammenleben jedes einzelnen Rücksicht nehmen müsse. Gegen das Argument von der Nützlichkeit der Judenemanzipation für den Staat warf Weber ein, das Beispiel der übrigen europäischen Staaten beweise im Gegenteil die Schädlichkeit eines solchen Schrittes. Wohin sei Frankreich dadurch gekommen? Im Staate solle zwar und müsse die Gerechtigkeit hochgehalten werden, falls sich der Staat behaupten solle, aber es wäre gefährlich, diesen Grundsatz in allen öffentlichen Belangen durchgreifen zu lassen. Das sei auch nicht einmal zur Zeit Kaiser Franz I. geschehen, dessen Wahlspruch lautete: „Justitia regnorum fundamentum!" Jeder Mensch habe im Staat nur die Rechte, die ihm kraft seiner öffentlichen Stellung zukämen — es gebe verschiedene Rechte der Untertanen, der Bürgerschaft, der verschiedenen Adelsgrade — und keiner könne über Ungerechtigkeit klagen, wenn er weniger Rechte genieße als der andere. Ebensowenig hätten die Juden Anlaß zu klagen, da ihre Rechte gleichfalls gesetzlich geregelt seien. Auch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Weber betonte, das jüdische Systemalpatent vom Jahre 1797 habe auf die Juden nicht die erhoffte Wirkung geübt. Die Juden lernten angeblich auch jetzt das Handwerk nicht um des Handwerks wegen, sondern um des damit verbundenen Handels willen, — sie seien Fleischer des Viehhandels wegen, Schuster, Gerber und Kürschner um des Lederhandels wegen, Weber um der Gelegenheit zum Webwarenhandel willen, Landwirte deshalb, um so ausnahmsweise den Ehekonsens zu erlangen und um in der Folge diese Beschäftigung aufzugeben oder um auf den Feldern christliche Lohnarbeiter zu beschäftigen. Nirgends könne man jüdische Burschen als Gehilfen, nirgends einen erwachsenen Juden als Arbeiter, Gesellen oder Knecht sehen. Die Juden hätten im Laufe der vierzig Jahre seit der Erlassung des erwähnten Patentes nicht von ihrem Hang nach Geld gelassen, dem sie versklavt seien. Nur in der fabrikmäßig betriebenen Industrie hätten sich die Juden Verdienste erworben, und zwar deshalb, weil dies eine lukrative Beschäftigung sei, die ihrem Charakter entspreche, keine persönliche Anstrengung beanspruche, sondern nur Kapital erfordere. In keinem Staate sei bisher die Judenemanzipation zur Gänze durchgeführt worden, im Gegenteil, in manchen Staaten würden die früher zugunsten der Juden getanen Schritte widerrufen, da sich die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt hätten. Was Rußland tun werde, sei noch nicht ausgemacht, da dort die Versuche mit der Judenemanzipation noch allzujungen Datums seien. Die Erfahrung zeige, daß sich die Juden in jenen Staaten, in welchen ihnen Begünstigungen gewährt werden, rasch vermehren, und ohne in den Mitteln wählerisch zu sein, zu Reichtum gelangen. Falls man ihrem Ruf nach Gleichberechtigung nachgäbe, so würden sie sicherlich an Zahl und Vermögen das Übergewicht über die Christen gewinnen und diese wären dann zu ihren Diensten gezwungen. Sein im Wesen antisemitisch gefärbtes Gutachten beschloß der Chrudimer Kreishauptmann nur mit dem Zugeständnis, man möge die Staatsbürgerschaft aus Gnade an hervorragende jüdische Einzelpersönlichkeiten zur Belohnung großer Verdienste zulassen, aber auch in diesem Falle nur für die Person, nicht erblich.

Als letzter in der Reihe der Kreishauptleute reichte sein Gutachten der Elbogner Kreishauptmann Karg ein. Es war ebenfalls gegen die Forderung einer Emanzipation aller Juden zugespitzt, die Karg größtenteils noch nicht für reif für eine so wichtige Konzession hielt, und zwar um ihres angebornen Hanges zur Faulheit, zum Betrug, zur List und zum Aberglauben willen, wie dies angeblich die tägliche Erfahrung zeige. Unter Aufzählung der wichtigsten Beschränkungen der Judenrechte im Vergleich zur übrigen christlichen Bevölkerung suchte der Kreishauptmann nachzuweisen, daß auch jetzt kein Anlaß zu irgendeiner Änderung in dieser Hinsicht gegeben sei. Die Juden dürften nicht in den Bergstädten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

wohnen, in Prag hätten sie ihren eigenen Bezirk, auf dem Lande dürfe sich nur eine genau festgesetzte Zahl von Judenfamilien aufhalten und außerhalb des ihnen gestatteten Familiensitzes sei ihnen der Aufenthalt nur dort gestattet, wo sie ein Branntweinhaus, ein Brauhaus oder eine Maut gepachtet haben. Trotz dieser Beschränkungen, deren Notwendigkeit weiterbestehe, verstünden es aber die Juden, sich der Konskription und den Assentierungen zu entziehen, zögen von Ort zu Ort, verlockten das gemeine Volk zu Geschäften, Tauschhandel und Verschwendung. Nach Aufhebung dieser Wohnbeschränkungen würden sie sich zum Schaden der christlichen Bevölkerung über das ganze Land verbreiten. Hinsichtlich ihres Lebensunterhaltes betonte Karg, die bisher geltenden Einschränkungen seien im ganzen geringfügig: untersagt sei ihnen der Pacht von Schankstätten, Zehnten und Mühlen, der Handel mit Salniter und Salz, mit Kirchengeräten und Paramenten und die Ausübung des Apothekergewerbes. Der Votant sah unter den gegebenen Verhältnissen keine zwingende Veranlassung, etwas an diesen Vorschriften zu ändern; denn es sei einmal gegen den Charakter der Juden, sich anders zu nähren als durch Handel und Wucher auf Kosten der christlichen Bevölkerung. Hinsichtlich des Grundbesitzes wiederholte auch Karg die Argumente, die wir schon oben vernommen haben: die Juden täten persönlich keine landwirtschaftliche Arbeit und pachteten Ackergründe nur darum, um den Ehekonsens zu erlangen. Schon jetzt seien viele Juden unter fremden Namen Eigentümer mancher Häuser und Bauerngüter — wie wäre es erst, sobald diese gesetzlichen Schranken einmal gefallen wären! Die Juden würden sich binnen fünfzig Jahren in den Besitz der meisten untertänigen Häuser und Felder setzen, durch Geldleihen, Handel und Schacher, und würden bald Gläubiger des ganzen Dorfes, der ganzen Stadt, denn die ewige Sucht nach Geld und Wucher sei ihnen angeboren. Karg empfahl in dieser Richtung nicht nur keine Zugeständnisse, sondern verlangte im Gegenteil eine Verschärfung der Kontrolle über die Beobachtung der bisherigen Beschränkungen. Auch von der Eheschließungsfreiheit befürchtete der Kreishauptmann eine allzu starke Vermehrung der Judenschaft zum Nachteil der Christen und ließ diesbezüglich nur gewisse Ausnahmen bei hervorragenden Juden zu. Schließlich suchte er zu zeigen, daß auch in Sachsen und Preußen die Juden bisher die Staatsbürgerschaft nicht besäßen und daß hiezu auch in Österreich die Zeit noch nicht gekommen sei.

Der Prager Bürgermeister Sporschil entledigte sich der gestellten Aufgabe am allerbündigsten. Unter Hinweis darauf, daß die Regierung schon jetzt die Verdienste hervorragender Juden durch besondere Gnadenerweise belohne, betonte er, daß eine völlige Gleichstellung der Juden gegen das Landrecht und die Stadtrechte verstoßen würde und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die geeignete Zeit zu diesem Schritte noch nicht gekommen sei. Auch er räumte nur im Sinne des Zirkulars die Verleihung ausnahmsweiser Zugeständnisse ein, die sich jedoch nur auf die Begnadeten persönlich beziehen sollten und nicht auf ihre Familien.

Der Gubernialreferent Auersperg konnte daher bei der Überreichung einer Übersicht über das Gesamtergebnis der Enquete darauf hinweisen, daß so gut wie alle eingelaufenen Gutachten darin übereinstimmten, die Juden in Böhmen seien für eine vollständige Emanzipation noch nicht reif. Das durch die Enquete erzielte Material hielt jedoch der Referent nicht für umfassend und erschöpfend genug, um es zur Grundlage einer motivierten Antwort auf die gestellte Frage zu machen. Es könne sich also nur um Einzelbegünstigungen handeln, wie sie eigentlich von Fall zu Fall Einzelpersonen bereits zuteil würden. Aus dem Auerspergschen Referat sprach die Abneigung, das jüdische Begehren günstig zu erledigen, und der Ton seines Votums war nicht danach angetan, zu einer Fortsetzung dieser Aktion einzuladen. Der Oberstburggraf Graf Chotek erachtete es daher auch nicht für nötig, über das Ergebnis der angestellten Enquete nach Wien zu berichten; die Gutachten wurden ad acta gelegt und mit ihnen auch das Gesuch der Brüder Porges. Erst als am 8. August 1837 die Gebrüder Porges bei Chotek ein neues, wörtlich gleichlautendes Gesuch einbrachten, das diesmal direkt an den Kaiser adressiert war, sah sich Chotek gezwungen, es nach Wien zu senden. Da jedoch damals die Hofkanzlei die Entgegennahme aller Gnadengesuche ablehnte, für deren Einreichung nicht die Allerhöchste Genehmigung erwirkt worden war, so begnügte sich Chotek damit, das Gesuch der Brüder Porges persönlich an den Minister Kolowrat zu schicken, und stellte es seinem freien Ermessen anheim, ob er es dem Kaiser vorlegen wolle. Aber auch bei dieser Gelegenheit verlor Chotek kein Wort über die durchgeführte Enquete.

Choteks Aktion blieb aber trotzdem der Hofkanzlei nicht verborgen. Und die Umstände, unter denen sie hievon Kenntnis erlangte, waren nicht geeignet, Chotek ein Lob der Wiener Kreise einzutragen. Am 9. August 1837, also schon lange nach dem negativen Abschluß der erwähnten Enquete, tauchte im französischen Blatte „Journal des Débats" eine Nachricht über das erwähnte Präsidialzirkular auf, mittels dessen die entsprechenden Stellen zur Einbringung von Gutachten in der Judenemanzipationsfrage aufgefordert worden waren. Die Hofkanzlei, die bis dahin von Choteks Aktion keine Ahnung hatte, geriet durch diese Notiz in Aufregung und forderte anfangs Oktober vom Gubernialpräsidium binnen acht Tagen Aufklärung über diese rätselhafte Information der französischen Presse. Jetzt erst sah sich Chotek bemüßigt anzuzeigen, daß er das erwähnte Zirkular erlassen habe in der Meinung,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

das Gesuch der Brüder Porges werde nicht vereinzelt bleiben, sondern es würden sich auch andere bedeutendere Juden ihrem Beispiele anschließen. Um das Verschweigen des Zirkulars zu entschuldigen, führte Chotek an, er habe gelegentlich einer Vorsprache in Wien dem Minister Kolowrat von dem Zirkular Mitteilung gemacht und dieser habe es gutgeheißen. Nachträglich sandte Chotek auf Ersuchen der Hofkanzlei alle betreffenden Akten nach Wien, also auch alle obengenannten Gutachten. Auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers wurde dann auch eine Untersuchung darüber eingeleitet, wie der Inhalt eines vertraulichen Präsidialzirkulars nicht nur in die Öffentlichkeit dringen, sondern sogar in ein französisches Blatt gelangen konnte. Die Nachforschungen verliefen jedoch erfolglos. Die befragten Kreishauptleute bestritten energisch jede Möglichkeit einer Indiskretion. Nur der Prager Stadthauptmann Hoch äußerte als Privatmeinung den Verdacht, der Fabrikchemiker der Gebrüder Porges, Kreuzberg, könne möglicherweise die Hand im Spiele haben; er sei vordem in Gubernialdiensten gestanden und so mit einigen Gubernialbeamten bekannt. Der Stadthauptmann vermutete, Kreuzberg hätte wahrscheinlich von der Erlassung des erwähnten Zirkulars Kenntnis erhalten und darüber — wohl nicht ohne Vorwissen der Brüder Porges — eine Notiz in das französische Tagblatt eingeschickt.

Choteks Enquete über die Gleichberechtigung der Juden vom Jahre 1837 hatte also keinen positiven Erfolg; sie gab lediglich die Anschauungen der Staatsbehörden in dieser Frage wieder. Anfangs Jänner des Jahres 1838 wandte sich zwar auch der Wiener Freiherr Rotschild mit einem ähnlichen Ersuchen an Chotek,[4] aber aus den Akten ist der Bescheid Choteks nicht ersichtlich; er dürfte in Form eines Privatbriefes erteilt worden sein. Alle Akten bezüglich des Chotekschen Versuches vom Jahre 1837 blieben in der Registratur der Wiener Hofkanzlei bis zum Jahre 1848. Erst damals stellte die Hofkanzlei anfangs Juli alle diese Schriften zugleich mit der Enquete vom Jahre 1834 mit dem Bemerken zurück, über die Judenrechte werde der Reichsrat verhandeln und es sei darum nicht zeitgemäß, sich mit dieser Frage grundsätzlich zu befassen. Mittlerweile waren freilich ganz andere Verhältnisse eingetreten, die denn auch in rascher Folge die jüdischen Forderungen zum größten Teil in Erfüllung gehen ließen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Anmerkungen

I.

DIE VERHANDLUNGEN ÜBER DIE REVISION DES JÜDISCHEN SYSTEMALPATENTES VOM JAHRE 1797

[1] Diese Studie ist auf Grund der Amtsakten des Prager Guberniums gearbeitet, die im Archiv des Min. I. in Prag erliegen, Sign.: Camerale 1826–1835, Fasc. 13/1.

[2] Im Jahre 1820 gab es in Böhmen folgende Rabbiner: Kreisrabbiner (in der Klammer ihr Wohnsitz): für den Königgrätzer und Bidschower Kreis: David Löwit (Hořitz); für den Chrudimer Kreis: Elias Chlumetzer (Hermannměstetz); für den Časlauer Kreis: Samuel Brod (Polna); für den Taborer und Budweiser Kreis: Samuel Kauders (Kolodĕj); für den Prachiner Kreis: Isaak Spitz (Březnitz); für den Klattauer und Pilsner Kreis: Philipp Kohner (Schwihau); für den Elbogner und Saazer Kreis: Josef Lerner (Miecholup); für den Leitmeritzer Kreis: Isaias Löwy (Teplitz); für den Bunzlauer Kreis: Ezechiel Schlesinger (Jungbunzlau); für den Kaufimer Kreis: Lazar Karpeles (Lieben); für den Rakonitzer Kreis: Josef Eman. Deutsch (Raudnitz), insgesamt 11 Kreisrabbiner. – Ortsrabbiner: Im Taborer Kreis: Adam Schwarz (Tabor) und David Wurmfeld (Tutschap); im Klattauer Kreis: Friedmann Opper (Blowitz) und der Rabbiner in Neuern; im Pilsner Kreis: Josef Adler (Radnitz), Löbl Wohl (Kuttenplan), Löwy Heins (Dürrmaul), Salomon Hartmann (Praschno-Augezd), Moises Spitz Tĕnowitz), Salomon Bandiner (Neu-Sedlischt); im Elbogner Kreis: Moises Pereles (Petschau), Jakob Löwit (Schönlinde); im Kaufimer Kreis: Wolf Löw (Karolinental), Jonas Freund (Diwischau); im Berauner Kreis: Salomon Seckendorf (Litten), Juda Manheimer (Wottitz), Josef Kohn (Amschelberg); im Rakonitzer Kreis: Josef Elbogen (Smichow). Die Kreisrabbiner fungierten an ihrem Wohnsitz gleichzeitig als Ortsrabinner.

[3] Die Rabbinergehälter betrugen: Polna 580 fl. W. W., Kolodĕj 550 fl. plus 200 fl., Březnitz 360 fl. C. M., Teplitz 370 fl., Raudnitz 400 fl., Tabor 200 fl., Tutschap 150 fl., Petschau 224 fl., Schönlinde 300 fl., Wotitz 138 fl.

[4] In Böhmen bestanden i. J. 1820 folgende Judenschulen (außer der Prager Hauptschule): im Bidschower Kreis Bidschow und Hořitz; im Königgrätzer Kreis Nachod; im Časlauer Kreis Polna, Goltsch-Jenikau, Humpoletz; im Taborer Kreis Mischkowitz; im Prachiner Kreis Čichtitz, Sedletz, Dub, Wolin, Kundratitz, Chanowitz, Wlachobřezi, Kassejowitz, Mirotitz, Wodnian, Mirowitz, Langendorf, Nezdaschow; im Pilsner Kreis Kuniowitz, Labant, Neu-Sedlischt, Plaß, Praschno-Augezd, Reschohlau, Schönwald, Tĕnowitz; im Saazer Kreis Miecholup, Postelberg, Dobritschan; im Leitmeritzer Kreis Teplitz, Böhmisch-Leipa; im Bunzlauer Kreis Jungbunzlau; im Kaufimer Kreis Kolin, Lieben; im Berauner Kreis 9 Schulen, insgesamt nach den amtlichen Berichten 46 Schulen.

[5] Konzept des Gubernialgutachtens vom 27. Dezember 1826, 76 Bogen stark, in der Sign. 13/1. Der Gubernialberatung wohnten bei: der Oberstburggraf Chotek, die Hofräte Böhm (Referent) und Aehrenthal, die Gubernialräte Kronenfels, Herget, Pötting, Seebald, Willmann, Talatzko, Nadherny, Margelik, Peche, Meisner, Janko, Hahnl.

[6] Das erwähnte Gutachten v. J. 1813 ist in den erhaltenen Amtsakten noch nicht zum Vorschein gekommen, wir müssen uns daher inzwischen nur mit der Wiedergabe im Lichte Böhms begnügen.

[7] Über diese Prager jüdische „Universität" will ich ausführlicher an andrer Stelle handeln.

[8] Im Jahre 1819 kam es zu einem Stritt um den § 33 des Patentes v. J. 1797, demzufolge jene Rabbiner, die ohne Gubernialbewilligung ein jüdisches Brautpaar trauen würden, mit der Verweisung aus den österreichischen Erblanden bedroht wurden. Es zeigte sich damals, daß dieser Paragraph dem § 130 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches widerspreche, bzw. dem § 252 des Straf-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gesetzbuches II. Teil; daher wurde mit Hofdekret vom 9. Dezember 1819 entschieden, es sei in solchen Fällen nach den einschlägigen Paragraphen des Bürgerlichen bzw. Strafgesetzbuches vorzugehen; von einer Landesverweisung könne daher keine Rede sein.

[9] Vom Gesamtausmaß der Judensteuer im Betrage von 243.994 fl. 55¼ kr. C. M. entfielen auf die Vermögenssteuer 130.000 fl., auf die Steuer vom Waisenvermögen 1317 fl. 51 kr., auf die Familiensteuer 40.343 fl. 44¼ kr., auf die Verbrauchsteuer 64.000 fl. und auf die pauschalierten Gebühren 8333 fl. 20 kr. Davon wurden gezahlt: stipulierter Beitrag zum Camerale 216.500 fl., Gemeindeschuldenzinsen 1658 fl. 33 kr., Regie 25.448 fl. 38 kr., Abschläge auf zwei Neophyten und einen Kridatar 1290 fl. 18 kr., insgesamt also 244.897 fl. 29 kr., so daß der Abgang 1310 fl. 7½ kr. betrug. Außerdem zahlten die Prager Juden: Äquivalent auf die Gemeindeauslagen 4800 fl., Gemeindebeiträge 19.629 fl. 13 kr., Konkurrenz auf die Militäreinquartierung 2185 fl. 28¼ kr., zusammen also 26.614 fl. 41¼ kr. W. W.

[10] Bei dem Staatsbuchhaltungsberichte liegt eine Tabelle, die das Vermögen der böhmischen Juden nach dessen Höhe in Gruppen zusammenfaßt. Wir führen hier zur Information nur einige Zahlen an:

auf dem flachen Lande:		in Prag:	
Vermögen in fl.:	Fatenten:	Vermögen in fl.:	Fatenten:
70	1369	70	51
100	731	100	127
150	301	150	27
200	262	200	60
250	105	250	17
300	808	300	47
350	78	400	18
400	113	500	127
450	45	600	30
500	77	700	19
550	23	800	22
600	63	900	5
700	23	1000	18
800	27	1100	5
900	14	1200	9
1000	16	1300	2
1500	9	1500	10
2000	5	1600	2
3000	1	5000	3
5000	2	10.000	3
6000	1	20.000	1
6250 (höchstes Vermögen)	1	30.000 (höchstes Vermögen)	2

(Es handelt sich natürlich nur um die zur Steuer einbekannte Vermögenshöhe, die sicherlich bedeutend niedriger angesetzt wurde, als das Vermögen tatsächlich betrug.)

[11] Die ordentlichen Judensteuern waren: die Vermögenssteuer, die Verbrauchssteuer und die Familiensteuer, die jeder Jude zahlte, der über ein Vermögen von 301 fl. aufwärts verfügte. Die Minimalfassion für die Vermögenssteuer betrug 70 fl. Außerdem gab es noch außerordentliche Steuern: die Klassensteuer, 50% Realitätenzuschlag, 16% Schuldenamortisationssteuer. Im Jahre 1802 betrug die Steuergrundlage des jüdischen Vermögens: 8,281.298 fl. 45 kr.; im Jahre 1818: 2,163.000 fl. 26¼ kr.; im Jahre 1821: 1,921.136 fl. 57⁴/₈ kr. Der Unterschied zwischen den Jahren 1802 und 1818 erklärt sich natürlich durch die Veränderung nach dem Staatsbankrott des Jahres 1811.

[12] Über die Erweiterung der Judenstadt vgl. meinen Artikel weiter unten.

[13] Hofdekret vom 15. Juli 1841 im Abschnitt 1841–55, Fasc. 18/1/5. – [14] Ebenda. – [15] Ebenda.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

II.

DIE VERHANDLUNGEN ÜBER DIE ERWEITERUNG DER PRAGER JUDENSTADT IN DER ERSTEN HÄLFTE DES NEUNZEHNTEN JAHRHUNDERTS

[1] Vgl. Dr. V. Vojtíšek: O rozšíření Židovského města pražského r. 1622–1623 (= Über die Erweiterung der Prager Judenstadt i. J. 1622/3; Kalendář česko-židovský 1915–1916, S. 32–40) und Staré plány Židovského města (= Alte Pläne der Judenstadt; ebenda 1911–1912, S. 28–32). Zur Entwicklung des Ghettos in älterer Zeit vgl. auch Dr. Jar. Prokeš: Der Antisemitismus der Behörden und das Prager Ghetto in nachweißenbergischer Zeit (deutsch von Dr. Anton Blaschka, hist. Jahrb., I). Über die Ghettopläne v. J. 1690 beabsichtigt Dr. Jar. Prokeš gesondert zu handeln. In der vorliegenden Arbeit interessiert uns nur das Ghetto seit dem Beginn des 19. Jhdt.; die vorherige Entwicklung blieb daher außer Betracht.

[2] Die vorliegende Studie ist auf Grund der amtlichen Akten des Prager Guberniums und nach den Prager Magistratsakten gearbeitet; sie erliegen im Archiv des Innenministeriums zu Prag, bzw. im Archiv der Stadt Prag (letzteres im folgenden durch AMP angedeutet). Zur Aktion v. J. 1790 vgl. Publ. 1786–1795, Fasc. 120/48. In der Judenstadt gab es i. J. 1790 38 leere Wohnungen; der Jahreszins für einen Raum betrug 13–30 fl.

[3] Gubernialkundmachung v. 16. Juni 1796, Camerale 1826–1835, Fasc. 13/1.

[4] Camerale 1806–1815, Fasc. 13/3. Hier erliegen auch die Akten zu den weiteren Verhandlungen bis z. J. 1815.

[5] Das Verzeichnis der Häuser Nr. 1–274 der Judenstadt v. J. 1805 erliegt im Camerale 1806–1815, Fasc. 13/3. Es enthält die Rubriken: Konskriptionsnummer, Gasse, Anzahl der Stockwerke („Gaden"), Anzahl der Teilhäuser, Namen des Teilbesitzers, Zahl der heizbaren und unbeheizbaren Zimmer, Kammern, Keller, Küchen und Mansarden („Lauberhütten"). Die Formulare des Verzeichnisses hatte die Stadthauptmannschaft konzipiert und beigestellt; eine Rubrik für die Bevölkerungszahl war nicht vorhanden. An öffentlichen und bedeutenderen Gebäuden sind aus der damaligen Zeit zu nennen: das Rathaus (NC. 250), die Alte Schule (NC. 142), die Hohe Schule (NC. 101), die Neue Schule (NC. 113), die Meisl-Schule (NC. 84), die Pinkas-Schule (NC. 24), die Großhofschule (NC. 200, 201), die Zigeunerschule (NC. 178, 181, 272), das Waisenhaus (NC. 50), die Kinderschule (NC. 230), die jüdische Normalschule (NC. 208), das Spital (NC. 245), das Krankenhaus (NC. 233, 248), das Gefängnis (NC. 248), das neue Schlachthaus (NC. 278), Gemeindehaus mit der Judenschule und dem Gemeindebad (NC. 208), das Steueramt (NC. 121), die jüdische Gemeindekasse (NC. 152), Gemeindehaus (Totenkammer, NC. 274), Begräbnisbruderschaft (NC. 243), Stiftungshäuser: das Egerische (NC. 117), das Elbognische (NC. 222), das Plantische (NC. 239), das Lichtenstadtische, das damals als Wirtshaus für fremde Juden verpachtet war (NC. 152). – Vgl. auch den beigeschlossenen Plan. – Nach dem Magistratsbericht vom 3. II. 1802 (AMP) gab es damals in Prag 1969 Judenfamilien, davon wohnten 1789 in der Judenstadt und 180 in der Christenstadt. Samt Kindern und Gesinde waren es 8289 Personen, davon 7868 in der Judenstadt, 921 in der Christenstadt. Nur 42 Judenfamilien (147 Personen) waren fremd.

[6] Der Bezirk „unter der Schnur" umfaßte folgende Häuser: am Niklasplatz NC. 25–26, in der Karpfengasse NC. 29–40, 42–55, in der Ziegengasse NC. 859, in der Gasse beim Stockhaus NC 860, 909–913, in der Kreuzgasse NC. 861, 862–865, 866, 867, 888, in der Eierklargasse NC. 862–865, am Johannesplatz NC. 882, 883, 886, in der Schießlingsgasse NC. 889, 891–893, am Geistplatz NC. 890, 895–899, in der Schwarzen Gasse NC. 900–908, in der Geistgasse NC. 904, 906–908. – Vgl. den beigeschlossenen Plan.

[7] Die Supplik vom 15. Dez. 1805 mit 89 Unterschriften und die übrigen Akten in Camerale 1806–1815, Fasz. 13/3. Die Supplik der 30 christlichen Hausbesitzer

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

vom 23. Jänner 1806 ebenda. Vorsteher der Judengemeinde waren damals: Markus Salomon Eydlitz, Wolf Moscheles, M. Jurist und Markus Dormitzer.

[8] Der Magistrat an das Gubernium, 4. März 1806, ebenda. In der Christenstadt wohnten damals folgende 14 Großhandelsleute: Moritz Zdekauer, Mich. Keil, Abraham Lederer, Balthasar Lederer, Koppelmann und Beer Porges, Sem Simon Neustadtl, Isaak Schmelkes, Moises Jerusalem, Sim. Lämel, Salomon Przibram, Israel Abraham Löwi, Jonas Fürth und Jonas Porges, Gottl. Joss. Bei jedem Namen ist im Verzeichnis Datum und Geschäftszahl des betreffenden Gubernialkonsenses zum Betriebe des Großhandels angeführt.

[9] Petition an den Kaiser v. 10. März 1806 mit 25 Unterschriften und die Bezugsakten in Sign. 13/3.

[10] Die Formulare enthalten die Rubriken: Konskriptionsnummer, Anzahl der Familien, Name und Zuname, wohin schutzuntertänig, bewohnt wieviel Zimmer, Kammern, Keller, Küchen, Anmerkung. Diese ausführliche Ghettokonskription erliegt in Camerale 1806–1815, Fasz. 13/3. Das Verzeichnis der Einwohner der Judenstadt (NC. 1–278) vom 30. X. 1811, vgl. im AMP.

[11] Einige größere Häuser der damaligen Judenstadt: NC. 12 176 Einw., NC. 223 162 Einw., NC. 207 160 Einw., NC. 192 116 Einw., NC. 30 91 Einw., NC. 124 67 Einw., NC. 6 57 Einw. usw.

[12] Der Situationsplan des Judenfriedhofs, gezeichnet vom Baumeister Alois Palliardi, ist in der Sign. 13/3 erhalten (nunmehr in der Sammlung der Karten und Pläne, Inv. Nr. 1679). Der Friedhof erscheint auf dem Plane in drei Teile geteilt. A: der damals benützte Friedhof; B: die unbenützte Reserve; C: die Abteilung für unbeschnittene Kinder.

[13] Den Judenbezirk unter der neuen Schnur vgl. auf dem beigeschlossenen Plan. Es waren folgende Konskriptionsnummern in der Gasse bei den Barmherzigen: NC. 847–852, in der Ziegengasse: NC. 853, auf dem Johannisplatz NC. 868–871, 873–877, 884–885, auf dem Salniterplatz NC. 872, in der Salnitergasse NC. 878–881. Vgl. die Konskriptionen, AMP, 1840–44, Sign. E 188/2a.

[14] Das Verzeichnis enthält das Stadtviertel, die Konskriptionsnummer, den Namen des jüdischen Handelsmannes und in der Anmerkung nähere Aufklärung über die besagten Geschäftsräume (Sign. 13/3).

[15] Die Konskriptionen vom September 1811 vgl. im AMP. – In der Christenstadt sollten folgende Großhandelsleute verbleiben: Abraham Lederer, Eman. Lemmel, Balthasar Lederer, Michael Keil, Jonas Fürth und Salomon Schmelkes; die Fabrikanten: Koppelmann Porges, Salomon Porges, Simon Brandeis, Ephraim Epstein und Herrschmann Schwabach. In verbotenen Gassen wohnten und sollten daher übersiedeln: die Großhandelsleute Moriz Zdekauer, Israel Lewy, Jonas Porges, Simon Lemmel, Simon Wehle, Markus Dornitzer, Josef und Simon Dormitz, Beermann Porges; die Fabrikanten Abraham Lippmann, Josef Gunst und Aaron Zdekauer.

[16] Zu Beginn des 19. Jhdt. war die eigentliche Judenstadt von der Christenstadt durch sieben Tore abgeschlossen, die nach dem verheerenden Ghettobrande v. J. 1689 erneuert worden waren. Es waren: 1. das Pinkastor bei der Pinkasschule hinter der St.-Valentin-Kirche zwischen den Häusern NC. 55/I und 9/V; 2. das Altschultor bei der Neuen Schule (NC. 113) zwischen der ehemaligen Breiten (Josefstädter) und Schwarzen Gasse, zwischen den Häusern NC. 115 und 124/V; 3. das Guldentor bei der Meislschule in der Engen Gasse, zwischen den Häusern NC. 55/V und 62; 4. das Platztor hinter der St.-Niklas-Kirche, etwa in dem Meislgäßchen (Hintere Dreibrunnengasse), beim Hause NC. 25/V, hinter NC. 71/V; 5. das Tor bei der St.-Salvator-Kirche bei den Bassewihäusern; 6. das Pachtasche Tor am Ende der Rabbinergasse, beim Hause NC. 884/I und 7. das Gumperltor, dem Moldauufer gegenüber, zwischen NC. 214 und 230/V (vgl. den Plan der Judenstadt von Andr. Bernh. Clauser v. J. 1690 im Archiv des Min. I., den Jüttnerschen Plan von Prag v. J. 1811, Teige in Ottův Slovník naučný XX, und Vojtíšek: O rozšíření Židovského města, l. c. S. 32). Diese Tore waren vermutlich größtenteils

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aus Holz. Dies ist uns v. J. 1796 bezeugt. Damals (vgl. Camerale 1796–1805, Fasz. 13/70) erstattete die Prager Judengemeinde beim Gubernium die Anzeige, das Tor am Moldauufer hinter der Kirche der ehem. Kreuzherren mit dem roten Herzen sei schon völlig verfault, da es über 50 Jahre nicht repariert worden sei, und sollte erneuert werden. Der Aufwand war nur auf 34 fl. veranschlagt (zwei Eichensäulen, oben ein Querbalken mit Schindelbedachung, sonst weiches Verbindungsholz und Bretterbekleidung). Das Gubernium ordnete damals die Deckung dieser Kosten aus der jüdischen Kassa und den Verkauf des alten Tores als Brennholz an. Ähnlich wurde i. J. 1799 die Reparatur eines anderen Tores bewilligt, das durch das damalige Hochwasser schwer gelitten hatte; die Reparatur kostete gegen 50 fl. Auch dieses Tor war nach Angabe der Judengemeinde gegen 59 Jahre nicht ausgebessert worden. Auch aus dieser Nachricht ergibt sich, daß die Tore der Judenstadt größtenteils aus Holz waren. Im Jahre 1819 wurde das Pinkastor gelegentlich eines Kanalbaues an dieser Stelle abgetragen und bald danach, ebenfalls noch 1819, verschwand auch das Tor im Hinteren Dreibrunnengäßchen (das sog. Platztor); die Abtragung erfolgte im Hinblick auf seine große Baufälligkeit – zu einer Erneuerung kam es nicht mehr, wiewohl der Wiederaufbau aller dieser beseitigten Judentore versprochen worden war. Als die Erfüllung der Zusage auf sich warten ließ, ersuchten schon anfangs August 1819 die jüdischen Oberjuristen Eleazar Flekeles und Samuel Landau beim Gubernium um die Wiederherstellung der beiden Tore. Als sich die Erledigung verzögerte, wiederholten die Oberjuristen ihr Ersuchen im August 1820 mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit dieser Tore zum Schutze der Judenstadt und zur Aufrechterhaltung der Sittlichkeit darin. Die christliche Jugend lasse sich sonst in der Judenstadt allerhand Zügellosigkeiten zuschulden kommen und auch die jüdischen jungen Leute schwärmten in derselben Absicht in die Christenstadt. Im Oktober 1820 wiederholten die Prager Juden neuerdings ihr Gesuch; die Supplik wies 69 Unterschriften auf. Die Judengemeinde selbst war jedoch in der Frage der Wiederherstellung der Judentore keineswegs einig. In der Zeit, da sich die Prager Juden um die Aufhebung der Wohnbeschränkung auf die Judenstadt bemühten, verwiesen naturgemäß einige Judenälteste (vor allem der Vorsteher Jeiteles und die jüdische Intelligenz) auf die Überflüssigkeit dieser Tore, die unter den geänderten Verhältnissen für die Juden nur eine Schmach darstellten. Eine aus Vertretern des Magistrats und der Stadthauptmannschaft zusammengesetzte Kommission gelangte bei ihrer Beratung zur Anschauung, die Judenstadttore seien nicht mehr erforderlich, weder vom religiösen, noch vom wirtschaftlichen, noch vom polizeilichen Standpunkt. Die Gefahr einer Verschleppung von gestohlenem Gut in die Judenstadt beantragte die Kommission in der Weise zu beseitigen, daß für die Judenstadt besondere Wächter bestellt würden; der Aufwand würde durch Ausfall der bisherigen Erhaltungskosten der Judentore und der daselbst bestellten sieben Nachtwächter leicht gewonnen werden. Diese neuen Wachleute sollten gemeinsam mit der in der Judenstadt einquartierten Militärwache regelmäßige Nachtpatrouillen vornehmen, nicht bloß in den Hauptgassen, sondern auch in den Nebengäßchen der Judenstadt. Für das Drängen der Oberjuristen auf Erhaltung der Tore fand die Kommission die Erklärung darin, daß die Oberjuristen im Interesse der Behauptung ihrer Macht bestrebt seien, die Juden von den Christen und ihrer Kultur fernzuhalten. Der Magistrat empfahl daher übereinstimmend mit der Stadthauptmannschaft dem Gubernium, nicht bloß die zwei abgetragenen Tore nicht mehr zu erneuern, sondern auch die restlichen zu entfernen. Die Erhaltung der sechs vom Magistrat beantragten Wachleute hätte jährlich 1842 fl. erfordert. Auch die Staatsbuchhaltung erachtete die Judentore für überflüssig, als ihr der Antrag des Magistrats zur gutachtlichen Äußerung vorgelegt wurde; denn die Juden wohnten auch bereits außerhalb der Judenstadt und außerdem gebe es schon jetzt aus der Judenstadt mehr unbewachte Ausgänge in die Christenstadt. Nach der Berechnung des Magistrats würde die Abtragung der restlichen fünf Judentore etwa 510 fl. gekostet haben. Aber der Magistrat machte gleichzeitig aufmerksam, es würde

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

vielleicht jemand die Durchführung dieser Arbeit kostenlos übernehmen, um nur das Holz und den Stein der abgetragenen Tore als verwendungsfähiges Material zu gewinnen. Die Judentore bildeten damals eher ein Hindernis als einen Schutz: in der Nacht war immer nur eines geöffnet und überdies war auf die schlechtbezahlten und daher bestechlichen Wächter derselben kein Verlaß. Der Gubernialreferent identifizierte sich völlig mit dem Antrag des Magistrats auf Abtragung der überflüssigen Judentore; er wies darauf hin, daß auch in andern Städten mit Judengassen, wie in Kolin, Jungbunzlau, Bidschow, Lichtenstadt u. a., diese Gassen nicht von der Christenstadt durch Tore abgesperrt seien. Die Zwecklosigkeit der Judentore war besonders augenfällig in der Zeit, da die Judenstadt bereits um den Bezirk unter der alten und neuen Schnur erweitert war, dessen Abtrennung von der Christenstadt durch eine Schnur oder durch Bretter den Juden aus religiösen Gründen freistand. Auch der Gubernialreferent war der Meinung, daß die Judentore nur den jüdischen Sektengeist nährten und die Annäherung der Juden an die Christen erschwerten. Die Mehrheit des Guberniums entschied jedoch gegen den Antrag des Referenten, namentlich aus Gründen der politischen Vorsicht. Die Gubernialmehrheit erhob zwar keine Einwendungen gegen die Beseitigung der Judentore, hegte aber die Befürchtung, ihre plötzliche Abtragung könnte sich auf die christliche Bevölkerung Prags ungünstig auswirken; diese könnte aus der Aufhebung der bisherigen Scheidung zwischen Christen und Juden den Fehlschluß ziehen, daß den Juden auch die vollen Bürgerrechte gewährt seien. Das Gubernium entschied daher, die beiden abgetragenen Tore nicht mehr zu erneuern und die übrigen in ihrem gegenwärtigen Zustande ohne Ausbesserung bis zu ihrem allmählichen Verfall zu belassen. Die fünf Nachtwächter sollten in den verbleibenden Toren auch fernerhin Dienst verrichten und von der Stadthauptmannschaft scharf zur pünktlichen Erfüllung ihrer Pflichten aufgefordert werden. Die beiden jüdischen Oberjuristen machten zwar noch im letzten Augenblicke einen Versuch, die Erneuerung der beiden abgetragenen Tore zu erreichen, indem sie sich erbötig machten, zu diesem Zwecke eine Sammlung unter ihren Glaubensgenossen zu veranstalten, aber sie wurden vom Gubernium mit einer Rüge ababgewiesen. Für die Judenstadt wurden dann am 5. Oktober 1821 vier Polizeiwachleute bestellt, die aus der jüdischen Domestikalkasse besoldet wurden. Auch die übrigen Tore wurden bald darauf entfernt. Auf Grund des Magistratsdekrets vom 19. November 1822, Zl. 28.279, wurde auf Ersuchen des Johann Danzer, Besitzers des Hauses NC. 888/ I das sog. Schöpkestor abgetragen; auf Grund des Magistratsdekretes vom 12. Dezember 1822, Zl. 36.548 wurde das Zigeunertor beseitigt; das Magistratsdekret vom 3. April 1823 kassierte auf Veranlassung des Hausbesitzers von NC. 32/I das letzte Judentor im Goldenen Gäßchen. Als daher im September 1833 die Prager Judengemeinde um Aufhebung der Wohnbeschränkungen ersuchte, konnte sie darauf hinweisen, daß alle ehemaligen Tore der Judenstadt bereits gefallen seien. (AMP, 1832–36, Sign. 40/148.)

[17] Über die Liechtensteinschen Häuser vgl. Vojtíšek l. c. Aus dem Magistratsbericht geht hervor, daß der Vorgang, wie diese Häuser i. J. 1623 an die Judenstadt gekommen waren, vergessen war; auch diese ihre Bezeichnung wird nicht gebraucht. Stolagebühren, von den Juden „Glöckelgeld" genannt, wurden von folgenden, ursprünglich christlichen Häusern der Judenstadt entrichtet: 1. zur Pfarre bei St. Franziskus für die St.-Valentins-Kirche: NC. 1, 2, 5–18, 143; 2. zur Kirche Maria Schnee: NC. 59–61, 63, 67, 69, 71–80, 83–84, 115, 118–121, 123, 169–170; 3. zur Pfarre beim Hl. Geist: NC. 141, 152, 154, 171–173, 179–189, 192, 199, 202–207, 211–213, 215–216, 265 und vom jüdischen Schlachthaus auf dem Johannisplätzchen NC. 883/I. In den Beilagen sind die Ausweise der betreffenden Pfarrämter.

[18] Es waren die Häuser: NC. 603/I, gekauft i. J. 1786, NC. 154/Jud. oder die alte Judenschule in der Altstadt, die schon i. J. 1605 in jüdischen Händen war, NC. 188/Jud., gekauft i. J. 1765, NC. 905/I, gekauft i. J. 1811, und NC. 883/I, gekauft i. J. 1793 für die jüdische Fleischerzunft.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[19] In der Sign. 13/3 hat sich ein ausführliches Verzeichnis dieser Geschäftslokale erhalten. Ganze Häuser hatten ausschließlich für ihre Geschäftszwecke gepachtet: der Großhandelsmann Lämel NC. 559 in der Zeltnergasse, der Galanteriewarenhändler Wolf Zapert NC. 603 auf dem Altstädter Platz, das Engrosgeschäft Keil und Comp. NC. 742 in der Langen Gasse. In der Christenstadt gab es jüdische Geschäfte mit Tuch und Kattun, Leder, Eisen, Wolle, Möbeln, Federn, Branntwein, Leinwand, Schnittware, Papier, Silber, Delikatessen, Seide, Butter, eine Wechselstube und Fabriken.

[20] Seitens der Stadthauptmannschaft wurden folgende Fälle verschleierten Besitzes von Christenhäusern festgestellt: Abraham Löwy (NC. 336 auf dem Kohlmarkt), Moises Jerusalem (NC. 406/I), Julie Bunzl (NC. 63), Moritz Zdekauer (NC. 400), Aaron Zdekauer (NC. 450, 578, 581), Jerusalem (NC. 906), Isaak Schick (NC. 907), Markus Dormitzer (NC. 935 auf dem Altstädter Platz), Simon Lämel (NC. 559 in der Zeltnergasse), Balthasar Lederer (NC. 712 in der Langen Gasse), Salomon Schmelkes (NC. 750 in der Castulusgasse), Austerlitz (NC. 908 in der Geistgasse), Simon Lehmann (NC. 822 auf dem Roßmarkt), Gottl. Mischlis (NC. 55), Wolf Zappert (NC. 56) u. a., im ganzen 17 Fälle. Es wurde damals festgestellt, daß in der Christenstadt 23 jüdische Familien mit Gubernialbewilligung wohnten, daß 12 jüdischen Familien der erteilte Konsens bereits abgelaufen war, und daß 110 jüdische Familien hier überhaupt keine Wohnbewilligung hatten. Ende 1815 lief bei der Wiener Zensur eine anonyme, 71 Seiten zählende Handschrift ein, mit dem Titel: „Einige Bemerkungen über die Juden in Böhmen. Von einem der Wahrheit Ergebenen entworfen bei müßigen Stunden." Autor war ein gewisser Müller, vielleicht derselbe, auf dessen Anzeige hin i. J. 1812 die oben erwähnten Erhebungen über den verschleierten Besitz von Christenhäusern gepflogen wurden. Die Handschrift, erhalten in Camerale 1816–1825, Sign. 13/120, ist ungeachtet ihrer angeblichen Unparteilichkeit eine scharfgehaltene antijüdische Tendenzschrift schlimmster Sorte. Die Handschrift wurde denn auch um ihrer offenkundigen Tendenz willen von der Wiener Zensur abgewiesen und nicht zum Drucke zugelassen. Nichtsdestoweniger sandte Minister Sedlnitzky die Handschrift dem Oberstburggrafen Kolowrat mit dem Auftrag, das Gubernium habe die im Manuskript gegen die Juden erhobenen konkreten Anklagen (verdeckter Besitz von Christenhäusern, Eindringen der Juden in die Christenstadt, Unreinlichkeit, Schleichhandel, Fleischverkauf, verderbliche Beeinflussungen der Jugend u. ä.) zu untersuchen und über das Ergebnis nach Wien zu berichten. Dadurch war der Anstoß zu neuerlichen Verhandlungen über den maskierten Besitz von Christenhäusern gegeben, sie führten aber auch damals zu keinem positiven Ergebnis. Nach den Erhebungen des Stadthauptmanns war es damals um den verschleierten Besitz folgender Häuser zu tun: auf der Altstadt NC. 25, 55–57, 83, 86, 208, 296, 297, 406, 420, 450, 559, 568, 603, 611, 646, 712, 736, 742, 745, 750, 752, 859, 866, 869, 893, 898–900, 906–908, 935 (insgesamt 35 Häuser); auf der Neustadt NC. 734, 736, 578, 581, 1229, 1230, 1231, 1235, 1084 (insgesamt 9 Häuser), zusammen also um 44 Häuser, ausgenommen die Keller in den Kotzen (v Kotcich).

[21] Rekurs der Judengemeinde vom 20. Juni 1812 an den Kaiser, Sign. 13/3. Unterschrieben W. Zdekauer, Großhandelsmann, Jos. Mich. Keil, J. Simon Mann, Großhandelsmann, Simon J. Wehle, Peer Porges, Is. Drosa.

[22] Der Judenbezirk sollte nach dem Antrage vom J. 1826 um folgende Häuser erweitert werden: Am Niklasplatz NC. 16, 24, 27; in der Karpfengasse NC. 28; am Valentinsplatz NC. 58; in der Ziegengasse NC. 854–858, 914; am Ziegenplatz NC. 795, 796; in der Gasse beim Gemeindehof NC. 797–799, 801–805; am Agnesplatz 806, 811–813; zwischen dem Gemeindehof und der Spatzengasse NC. 814; in der Spatzengasse NC. 815–821; im Mauseloch NC. 822–826; in der Salnitergasse an der Moldau NC. 828–831; im Agnesgäßchen an der Moldau NC. 832–839; in der Salnitergasse NC. 840–845. Insgesamt 56 Häuser; vgl. die Konskriptionen im AMP, 1840–44, Sign. E 188/2a. Vgl. auch den beigeschlossenen Plan. – Die bezüglichen Gubernialakten (Camerale 1826–1835, Fasz. 13/8) sind anfangs des 19.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Jhdt. leider skartiert worden. Vgl. auch meinen Artikel über die Revision des jüdischen Systemalpatentes v. J. 1826 in diesen „Beiträgen". Kommissionsprotokoll vom 17. Nov. 1826 im AMP, D 40/29. In der Christenstadt wohnten damals noch immer 284 Judenfamilien, davon 116 ohne behördliche Bewilligung.

[23] Über die Verhandlungen d. J. 1833 vgl. die Akten in Camerale 1826–1835, Fasz. 13/211. Unter 278 Konskriptionsnummern des Ghettos gab es damals 16 öffentliche Gebäude (Rathaus, Steuerverwaltung, Spital, Normalschule, Armenkinderschule, 9 Synagogen, Schlachthaus, Totenkammer); zwei Häuser (Nr. 16 und 17) waren zwecks Raumgewinnung abgetragen. Am kleinsten waren damals in der Judenstadt die Häuser NC. 19, 98 und 266, sie enthielten alle nur einen einzigen Raum. Vgl. auch AMP, 1832–36, Sign. D 40/148. Hier findet sich auch das Gesuch der Judengemeinde an den Magistrat vom 11. September 1833 und die amtliche Konskription der Judenfamilien, die i. J. 1834 in der Christenstadt wohnten (Rubriken: NC., Hauptviertel, Name, Beschäftigung, ob „unter der Schnur" oder dahinter, Anmerkung). In der Christenstadt wohnten damals zusammen 390 Judenfamilien, davon 199 „unter der Schnur" und 191 hinter der Schnur. – Im AMP, Sign. D 40/99 finden sich auch ausführliche Konskriptionen der Häuser und Wohnungen in der Judenstadt und im erweiterten Judenbezirk aus dem Jahre 1836 (Rubriken: NC., Name des Teilbesitzers, Name des Inwohners, Lage der Wohnung, Zahl der Wohnungen, der heizbaren und unbeheizbaren Zimmer, Kammern, Küchen, Keller, Zahl der Familien und Personen, jüd. u. christl., Anmerkung). Die Summarzahlen ergeben:

Bezirk	Häuser	Wohnungen	Zimmer		Kammern	Küchen	Keller	Jüdische		Christliche	
			heizbar	unbeheizbar				Familien	Köpfe	Familien	Köpfe
Judenstadt	278	1289	2126	899	813	1154	293	1335	6303	107	893
„unter der Schnur"	103	874	1235	217	225	771	228	200	1001	756	3232
Zusammen	381	2163	3361	1116	1038	1925	521	1535	7304	863	4125

[24] Darüber vgl. meine Arbeit: „Verhandlungen über die Revision des jüdischen Systemalpatentes v. J. 1797" in diesen „Beiträgen".

[25] Hofdekret v. 15. Nov. 1841, Zl. 21.570 in der Abt. 1841–1855, Sign. 18/1/5. – Die Verhandlungsakten aus der Zeit 1833–1837 im AMP, Sign. D 40/19.

[26] Das Gesuch der Judengemeinde und die Bezugsakten zu den weiteren Verhandlungen in 1841–1855, Sign. 18/70/7.

[27] Die vereinigten Prager christlichen Handelsleute an das Gubernium den 21. Juli 1843 und die Akten über die Wehlische Affäre in 1841–1855, Sign. 18/70/17.

[28] Es waren die jüdischen Handelsleute Gottl. Wehle, A. B. Bächer, Herm. Jeiteles, J. Pick, Isaak A. Wiener, S. Ludw. Bunzl, Efraim Löwit, Jonas C. Kisch und Hirschmann Eger. Vgl. die Bezugsakten in 1841–1855, Fasz. 18/70/7.

[29] Orig.-Petition mit 374 eigenhändigen Unterschriften in Sign. 18/70/7. Es waren die Vertreter folgender Zünfte: Hutmacher, Zuckerbäcker, Zinngießer, Feinzeug- und Stahlarbeiter, Klempner, Buchbinder, Schwertner, Drechsler, Schuster, Riemer, Handschuhmacher, Kürschner, Sattler, Glaser, Kesselschmiede Gürtler, Schneider, Binder, Schlosser, Schleifer, Posamentierer, Töpfer, Pfefferküchler, Gelbgießer, Hufschmiede, Tischler, Wachszieher, Büchsenmacher, Steinmetzer, Gewandschneider, Nadler, Seiler, Uhrmacher, Schmiede und das chirurgische Gremium. Von der Prager Intelligenz und von bekannteren Persönlichkeiten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

war niemand vertreten. Unter den Unterzeichnern ist auch Marco Berra und der Buchdrucker Thom. Thabor. Alle Unterschriften, bis auf eine, sind deutsch. Den Namen nach zu schließen, waren unter den Petenten auch Personen jüdischer Abstammung.

[30] Unter 279 Häusern der eigentlichen Judenstadt waren 12 öffentliche Gebäude, 4 Häuser waren abgetragen, 36 lagen in Trümmern oder waren baufällig, 120 waren in gutem Bauzustand, die andern in minder gutem oder schlechtem. Damals wohnten im Ghetto nurmehr ärmere Judenfamilien. – Der Plan der Judenstadt und des Tandelmarktes wurde dem Magistrate zurückgestellt.

[31] Vgl. die betreffenden Akten im Fasz. 18/70/7. Im AMP, Sign. E 188/2a, 1840–1844, vgl. den amtlichen Ausweis über die Judenzahl in Prag in den Jahren 1819–1843. Wir führen daraus nur Daten aus einzelnen Jahren an (die Konskriptionsangaben hinsichtlich der Juden sind in dieser Zeit nicht ganz verläßlich):

Jahr	Wohnparteien	Jüdische Männer	Jüdische Frauen	Insgesamt Juden
1819	2005	3710	4156	7866
1826	1922	3620	4287	7907
1837	1855	3539	3658	7197
1843	1997	3626	3798	7424

[32] Seit 1837 waren in der Judenstadt von Grund aus folgende Häuser neu gebaut worden: NC. 2, 4–8, 21, 27–29, 41, 47, 53–55, 61, 67, 69, 78, 82–84, 94, 100, 105, 114, 128, 131, 140–142, 144, 145, 147–149, 158–164, 170, 181, 183, 186, 187, 192, 195, 202, 203, 206, 209, 211, 212, 214, 216, 221, 224, 230, 231, 234, 235, 242, 244, 251, 266, 270, 275, 279, 280, insgesamt 72 Häuser. – Im AMP, 1845–1854, Sign. N 1/41 erliegen die Konskriptionen der in der Christenstadt wohnhaften Juden aus d. J. 1846 und 1847. Im J. 1847 wohnten in der Altstadt 170, in der Neustadt 35, auf der Kleinseite 3 Judenfamilien, größtenteils ohne behördliche Bewilligung.

[33] Teilweise umgebaut waren die Häuser: NC. 9, 13, 24–26, 56, 59, 60, 63, 64, 76, 77, 103, 115, 116, 118–120, 122, 123, 267, 271, zusammen 22 Häuser. Das Haus NC. 245 war anfangs Feber 1846 noch im Bau, die eingerissenen Häuser NC. 226, 233, 236, 237 sollten noch im Laufe des Jahres 1846 aufgebaut werden.

[34] Vgl. den beigeschlossenen Plan.

[35] Magistratskundmachung v. 19. Nov. 1846, deutscher Druck in Sign. 18/70/7. Dem erweiterten Judenbezirk wurden damals also endgültig folgende Häuser zugeschlagen: Niklasplatz NC. 15, 16; Saazer Gasse NC. 41; Valentinplatz NC. 56–58, 96, 61–67; Valentingasse NC. 59, 60, 93, 98; Granatgasse NC. 68–70, 86; Tummelplatz NC. 71, 983, 79–83; Salnitergasse NC. 72–77, 959, 985, 78, 773, 945, 774, 841–846, 878–881; Kreuzherrengasse NC. 84–85; Untere Plattnergasse NC. 87–92; Marienplatz NC. 100, 101; Obere Plattnergasse NC. 103, 104, 106, 108, 110, 112, 113, 115, 117, 119, 121, 123–126; Geistgasse NC. 905, 906; Lange Gasse NC. 725, 727–737, 739–745, 922–924; außerhalb der Langen Gasse NC. 761; Röhrgasse NC. 738; Ziegengasse NC. 746, 747, 916–921; Ziegenplatz NC. 748, 795, 796, 914, 915; Castulusgasse NC. 749–754, 944, 787–794; Lichtgasse 755–760; Basteigasse NC. 726, 762–769; Aufschwemmplatz 770–772; Basteiplatz NC 775; Schneckengasse 776–784; Castulusplatz NC. 785, 786, 943; Gemeindehof NC. 797–

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

805; Agnesplatz NC. 806–813; Untere Gasse beim Gemeindehof NC. 814–821; Schrankengasse NC. 822–826; an der Moldau NC. 827–831; Agnesgasse NC. 832–838; Barmherzigengasse NC. 847–853; Untere Ziegengasse NC. 854–859; am Punzhaus NC. 860, 912, 913; Kreuzgasse NC. 863, 866, 867, 871; Johannesplatz NC. 869, 870, 873–877, 884–886, 974; Salniterplätzchen NC. 872.

[36] Das Gesuch v. 28. Dez. 1846, eigenhändig unterschrieben von 102 Besitzern 114 christlicher Häuser in der Alt- und Neustadt und auf der Kleinseite, erliegt in der Abt. 1841–1855, Fasz. 18/70/7, wo auch die übrigen Bezugsakten zu finden sind.

[37] Die Gutachten der Prager Zünfte im Originale dortselbst. Vertreten sind (in Klammer die Zahl der Unterschriften, ausgenommen jene Fälle, wo nur die Zunftvorsteher oder 2 bis 3 Älteste unterzeichnet waren): Klempner (die Zunft umfaßte 41 Mitglieder), Gärtner (30), Seifensieder, Nadler, Neustädter Fleischer (25), Altstädter Fleischer (22), Zinngießer (7), Bruderschaft der Schankwirte (237, unter ihnen auch Peter Faster), Kleinseitner Bäcker, Binder (44), Stahlschneider (16), Wagner (20), Sattler (29), Riemer (15), Büchsenmacher und Büchsenschifter (11), Wollweber (12), Strumpfwirker (10), Taschner und Goldendrahtzieher (10), Zimmerleute, Glaser, Rotgerber (18), Weißgerber, Uhrmacher (10), Tuchmacher und Deckenmacher (6), Seidenfärber, Neustädter Schneider (183), Altstädter Schneider (216), Kleinseitner Schneider (172), Neustädter Bäcker (18), Altstädter Bäcker, Gürtler, Hutmacher (23), Töpfer (17), Schwertfeger, Kammacher (13), Baumeister und Maurer, Kürschner (die Zunft hatte 29 Mitglieder), Tischler (79), Gewandschneider, Kaminfeger, Neustädter Schuhmacher, Altstädter Schuhmacher, Kleinseitner Schuhmacher, Perückenmacher (31), Mälzer und Bierschröter (40), Fuhrleute (8), Erzeuger von Gold-, Silber- und Galanterieware (die Zeche umfaßte 72 Mitglieder), Steinmetzer, Hufschmiede, Müller, Buchbinder (38), Handschuhmacher, Dachdecker, Wachszieher (10), Pfefferküchler (7), Posamentierer (die Zunft hatte 13 Mitglieder), Färber Schwertner, Handelsleute (365), Stadtrepräsentanten, Viertelherren. Insgesamt 59 Zünfte und rund 1800 Unterschriften.

[38] Nach der Konskription v. J. 1843 betrug die Zivilbevölkerung ganz Prags in 3279 Häusern insgesamt 115.576, und zwar:

Altstadt	34.651	Einw.	in	971	Häusern,	Hausdurchschnitt	$35^{2}/_{3}$	Einw.
Neustadt	50.769	„	„	1319	„	„	$38^{1}/_{2}$	„
Kleinseite	18.360	„	„	525	„	„	$34^{51}/_{52}$	„
Hradschin	4947	„	„	187	„	„	$26^{1}/_{2}$	„
Judenstadt	6849	„	„	277	„	„	$24^{20}/_{37}$	„

An Zinssteuer entfiel in den Prager Stadthäusern nach dem Zinssteuererträgnis v. J. 1843:

						auf 1 Einw. durchschnittlich
auf der Altstadt	auf	34.651	Einw.	58.790 fl.	46 kr. CM.	1 fl. $141^{3}/_{8}$ kr.
„ „ Neustadt	„	50.769	„	112.298 „	16 „ „	2 „ $12^{3}/_{5}$ „
„ „ Kleinseite	„	18.360	„	40.745 „	12 „ „	2 „ 13 „
„ dem Hradschin	„	4947	„	3632 „	34 „ „	0 „ 44 „
in der Judenstadt	„	6849	„	11.302 „	32 „ „	1 „ 39 „

[39] Das Gubernium an die Hofkanzlei, 23. Sept. 1847, Sign. 18/70/7. Gegenwärtig waren: Gr. Salm, Hofrat Kiwisch Ritter v. Rotterau, die Gubernialräte Janko, Živna, Halbhuber, Kratochwíle, Kanonikus Jaksch, Fürst Lobkowitz (Referent) und Helversen.

[40] Vgl. die Akten in Sign. 18/70/7.

[41] Vgl. Roubík: Na českém venkově r. 1848 (= Auf dem böhmischen Flachland i. J. 1848; Časopis pro dějiny venkova 1928) und Český rok 1848 (= Das Jahr 1848 in Böhmen; Prag, Kuncíř, 1931, S. 220). Vgl. auch die judenfeindliche Zuschrift des Bürgerschaftsausschusses Netolitz an den Prager Gewerbeverein v. 4. April 1848 (Arch. d. Min. I. in Prag, Registratur der Nationalausschüsse X, 9), die Relation der Gutsverwaltung Milin an den Nationalausschuß v. 10. Mai 1848 (dortselbst X, 126) und den Rekurs des Holitzer Juden Abraham Adler zum Nationalausschuß v. 2. Juni 1848 (dortselbst X, 213).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[42] HD v. 28. April 1848 in Sign. 18/70/7.

[43] Magistratskundmachung v. 29. April 1848, deutsch-tschechischer Druck, ebenda. Mit der Kundmachung des Magistrats v. 5. Mai 1848 wurde nachträglich publiziert, daß zum erweiterten Judenbezirk auch das Haus NC. 99/I in der Plattnergasse gehöre, das in der ursprünglichen Kundmachung irrtümlicherweise ausgefallen war. – Die Petition der Prager Bürger an den Magistrat vom 17. April 1848 mit 199 Unterschriften erliegt im AMP, 1845–1854, Sign. N 1/41, wo sich auch sonstige Verhandlungsschriften finden. Hier ist auch noch eine andere Petition v. April 1848 mit 54 Unterschriften, inhaltlich mit der Bittschrift v. 17. April übereinstimmend.

[44] Promemoria des Jüdischen Komitees an das Innenministerium vom 7. Juli 1848, ebenda. Unterschrieben: M. J. Landau, E. Epstein, M. Kubiath, D. B. Frankl, D. W. Wessely, Markus Karenbach, Soliman Edler v. Hönigsberg, Acher Merores, Kallmus, Pick, Feigl; zwei Unterschriften unleserlich.

[45] Der jüdische Verein an den Magistrat, den 8. April 1849, und die Bezugsakten im AMP, 1845–1854, N 13/21. Im Ausschuß befanden sich MUDr. Jak. Neustadtl, M. B. Teller, Philipp Reach, Schriftführer war Eman. Fanta.

[46] Darüber vgl. die Broschüre: Der Anschluß der Josefstädter Gemeinde an die Prager Hauptgemeinde. Mit Urkunden u. Beil. Prag 1851, Friedrich Ehrlich, Druck K. Gefabek. Nach der Revision der Volkszählung v. J. 1851 gab es damals in Prag: 7386 einheimische und 1156 fremde Juden unter einer Gesamtbevölkerung von 124.131 Einwohnern.

[47] Die Kreisregierung an die Statthalterei dd. 3. Juli 1852 und weitere Akten über die jüdischen Kaufleute in Sign. 18/70/7.

III.

DIE AMTLICHEN ENQUETEN ÜBER DIE JUDENEMANZIPATION IN BÖHMEN AUS DEN JAHREN 1834 UND 1837

[1] Die Akten über diese Aktion erliegen im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, Camerale 1826–1835, fasc. 15/200. Das Majestätsgesuch war eigenhändig von folgenden Großhandelsleuten unterschrieben: Leop. v. Lämel, Jos. J. Polak, J. Taussig, A. B. Przibram, Joach. Epstein, Alex. Goldschmid; ferner die Fabrikanten: Salomon Brandeis u. Sohn, L. Epstein, Ign. Epstein, Leop. Dormitzer, Gebrüder Porges, Gabr. Wehle-Lippmann, Wiener Söhne, Angelus Porges, Ant. Drosa, Ph. Dr. Aron Rosenbacher, Schik Lederer, Lippmann Söhne, Marcus Thorsch Söhne, Isak Taubeles, Salomon Tedesca, D. G. Fischel, Dormitzer & Jeiteles, Jak. S. Goldschmid, Kapelmann Porges, Brüder Taussig, Jak. M. Jerusalem, Aron Dormitzer, Jak. Sim. Wehle, J. Mauthner; die Drucker: M. J. Landau und M. Schmelkes; die jüdischen Gemeinderepräsentanten: Salomon Neustadtl und Marcus Mendl, Ph. Dr. Z. Frankl; der Leitmeritzer Kreisrabbiner; die Ärzte: Hermann und Adolf Wehle und J. Jeiteles; der Apotheker Benj. Jeiteles; der k. k. geschworene Briefsammler Nathan Enoch Hönig und der Goldschmied Mich. Goldschmid. Ohne Berufsangabe sind unterschrieben: Jos. Winternitz, Leop. Jerusalem, J. Pessler, Nathan Dormitzer, Sam. Pollak, W. A. Pansorg (?) Sohn, Isak G. Wehle, W. Flekeles, J. Wiener, J. L. Zappert. Zwei Unterschriften lassen sich nicht entziffern, da sie mit dem oberen Rand des Gesuches abgeschnitten wurden.

[2] Vgl. des näheren darüber meine Studie über die Prager Ghettoerweiterung in den vorliegenden „Beiträgen".

[3] In der Gesuchsbeilage verbreiteten sich die Gebrüder Porges ausführlich über ihre Industrieunternehmungen. Wir heben wenigstens folgende interessante Gesamtzahlen heraus: In den Webereien zu Hořitz, Brdo, Raspenau und Braunau arbeiteten damals, i. J. 1837, insgesamt 2343 Stühle und 5086 Personen und erzeugten 28.309 Stücke à 150 Ellen. Der Weberlohn belief sich damals auf 146.881 fl.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

20 kr. Die Kattunfabrik in Smichow beschäftigte damals 385 Personen und die Kattunfabrik in Prag 153 Personen, Kanzlei, Lager und Appretur 33 Personen, insgesamt also 5657 Personen. Die Kommerzialausgaben betrugen zur gleichen Zeit: an Zoll 16.880 fl. 50 kr., an sonstigem Zoll und Porto 19.480 fl. 44 kr., Gehälter und Löhne 230.274 fl. 15 kr., Material 186.419 fl. 35 kr., zusammen also 453.055 fl. 24 kr. Beigeschlossen war auch eine genaue Beschreibung der Smichower und Prager Manufaktur samt einem Verzeichnis aller Maschinen. – Die amtlichen Akten der böhmischen Statthalterei über die Enquete v. J. 1837 erliegen im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, Praesidiale 1836–1840, fasc. 1/87. Die Gutachten der befragten Stellen erliegen daselbst, Praesid. 1846–1849, fasc. 7/8.

[4] Am 4. Jän. 1838 wandte sich Frh. Rotschild an Chotek mit einem Privatbrief, in welchem er um die vorläufige Information ersuchte, ob ein eventuelles Gesuch um Bewilligung zur Teilnahme an der Staatsgüterlizitation in Böhmen Aussicht auf Erfolg hätte. Er und seine Brüder trachteten schon lange nach der Berechtigung, Liegenschaften in den kaiserlichen Ländern zu erwerben. Die Familie sei zahlreich, verfüge über hinreichende Mittel, es fehle ihr nur noch diese Berechtigung. Familienangehörige in andern Ländern besäßen schon wertvolle Realitäten, nur in Österreich erhöben sich gesetzliche Hindernisse, von denen nur der Kaiser dispensieren könne. Die Rotschilds seien schon über 200 Jahre in Verbindung mit dem Kaiserhause, sie hätten schon viele wichtige Kreditoperationen vollzogen, dem Staate im In- und Auslande große finanzielle Dienste erwiesen und sich große Verdienste um die Industrie erworben. Sie hätten also wohl Anspruch auf eine kaiserliche Gnade. Er habe sich darum an den Minister Kolowrat mit der Anfrage gewandt, ob er eine günstige Erledigung seines Majestätsgesuches erwarten könne, wenn er sich als Käufer an der Staatsgüterlizitation in Böhmen beteiligen wolle. Kolowrat habe ihm zwar seine Unterstützung zugesagt, jedoch Bedenken geäußert, ob dieses Gesuch nicht in Böhmen auf Schwierigkeiten stoßen würde, die mit der Landesverfassung und dem Krönungseid zusammenhingen. Er habe darum Rotschild geraten, in dieser Sache zuerst vertraulich bei Chotek anzufragen, der am besten die Verfassung und die Personen kenne und ihm mitteilen werde, ob sich die Hindernisse irgendwie beseitigen ließen. Rotschild machte sich erbötig, selbstverständlich alle Patronatspflichten zu übernehmen, für die er einen eigenen Fonds anlegen wolle, und auch in der Jurisdiktion sei er entschlossen, sich alle nötigen Beschränkungen aufzuerlegen, wiewohl er sich zu ihrer Ausübung für ebenso fähig halte wie irgendein Grundbesitzer. Mit der Bitte an Chotek, ihm Gelegenheit zu bieten, sich dankbar zu erweisen, bemerkte Rotschild am Schlusse seines Briefes, er würde auch einen negativen Bescheid dankbar begrüßen, da er ihn in den Stand setzen würde, einer Fehlbitte auszuweichen, die ihm sehr nahegehen würde (Orig. des Rotschildschen Briefes in Praesidiale 1836–40, sign. 1/87).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zur Geschichte der Juden von Prag unter König Wenzel IV.

Von Emanuel Schwartz

In einer hebräischen Dissertation,[1] die im Jahre 1927 zu New York erschienen ist, hat Jehuda Kaufmann sich mit dem Leben und den Schriften von Lipmann-Mühlhausen (so wird er gewöhnlich genannt) befaßt und durch gründliche Forschung besonders über die Schriften Lipmanns unsere Kenntnis bereichert. Der Persönlichkeit Lipmanns hat schon Grätz[2] seine Aufmerksamkeit zugewandt und er nennt ihn „den ersten und vielleicht auch einzig gebildeten deutschen Juden im Mittelalter" und zwar deshalb, weil Lipmann neben dem Talmud sich auch noch mit der Bibel befaßte und sogar das neue Testament in der lateinischen Übersetzung (Vulgata) verstand. Daneben kannte er auch das ganze rabbinische Schrifttum.[3] Das Hauptwerk Lipmanns, Nizzachon (Der Sieg),[4] enthält einen längeren Passus, der sowohl für die Lebensgeschichte Lipmanns selbst, als ganz besonders für die Geschichte der Juden, unter welchen er gelebt hat, von Wichtigkeit ist. Er erzählt, daß die Juden der Stadt oder des Ortes, in dem er lebte, gezwungen wurden, zum Christentume überzutreten, und zwar sei dies am 4. Elul 5159 (=3. Aug. 1399) geschehen; daß ein getaufter Jude, der früher Pessach geheißen hatte, und seit der Taufe den Namen Peter führte, das Volk gegen die Juden aufreizte und daß Lipmann gerufen wurde, um die Menge zu beschwichtigen; er erzählt uns weiter, daß er mit Pessach-Peter ein Religionsgespräch hatte und gibt auch die einzelnen Beschuldigungen gegen die Juden und deren Widerlegung durch ihn wieder. Ein Jahr nach der Zwangstaufe, nämlich am Neumondstag des Monats Elul 160 hätten „siebenundsiebzig Personen zur Heiligung des göttlichen Namens" den Tod gefunden und am 21. Tag desselben Monats (Elul) hätten drei weitere Personen den Feuertod erlitten.

Lipmann, der das alles berichtet, bemerkt zum Schluß dieses Abschnittes, er selbst sei ohne sein Verdienst durch die Gnade Gottes gerettet worden.

Wo haben sich diese Ereignisse, die Zwangstaufe der Juden und der Tod von achtzig (77 + 3) derselben, weil sie „den göttlichen Namen heiligten", zugetragen? Wo hat Peter-Pessach, von dem Lipmann erwähnt, daß er auch eine Schrift gegen die Juden verfaßt habe, sein Unwesen getrieben und wo hat das Religionsgespräch zwischen ihm und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Lipmann stattgefunden? Grätz[5] und Jehuda Kaufmann[6] nehmen an, daß Prag gemeint sei. Kaufmann führt zwei Dokumente dieser Zeit an, durch die der Aufenthalt Lipmanns in Prag bezeugt wird. Das eine ist allerdings nicht datiert, gehört jedoch dem Ende des 14. oder Anfang des 15. Jahrhunderts an und erzählt, daß „ein Scheidebrief geschickt" wurde, „von Regensburg in die Hand des Lipmann Mühlhausen, damit er ihn überreiche der Frau in seiner Stadt".

Das zweite Dokument dagegen ist datiert und zwar stammt es aus Prag aus dem Jahre 1413, eine religionsgesetzliche Entscheidung der Dajanim „Jom-tov Sohn Salomon genannt Lipmann-Mühlhausen", „Menachem Sohn Jakob Schalem" und „Avigdor Sohn des Märtyrers Isaak Karo".[8]

Auf einen anderen Zeugen für den Aufenthalt Lipmanns in Prag hat Grätz hingewiesen.[9] Es ist der etwa ein Jahrhundert später lebende Naphtali Treves, der in der Einleitung zu seinem kabbalistischen Gebetbuche erwähnt, daß Lipmann in Prag gelebt habe.

Aber Grätz hat auch schon auf eine Nachricht aufmerksam gemacht, welche Lipmann-Mühlhausen in Krakau nennt. Das eben genannte Werk Nizzachon Lipmanns ist von dem im XV. Jahrhundert lebenden Bischof Bodecker in einer eigenen Schrift bekämpft worden. Über den Autor des Nizzachon sagt Bodecker: „Jüngst trat ein Jude im Königreich Polen in der Stadt Krakau um das Jahr 1420 auf, der sich Rabbi Lipmann nennt, der ... zu den alten Lästerungen neue bringt. Vom Latein weiß er wenig." Es liegt auf der Hand, daß diese Angabe nicht im Widerspruch mit den früheren steht. Lipmann konnte ganz wohl 1420 in Krakau „aufgetreten" sein und vorher (1413 und noch früher) in Prag gewesen sein. Es wäre daher ganz gut möglich, daß Lipmann sich bereits 1399 und 1400 in Prag aufgehalten hat und dann würde sich seine Erzählung von der Zwangstaufe usw. auf die Juden in Prag beziehen.

Gegen diesen Schluß spricht jedoch ein gewichtiges Argument. In den böhmischen Geschichtsquellen,[10] die bisher bekannt sind, ist von den Vorgängen, die im Nizzachon geschildert werden, nicht eine Spur zu finden. Es muß also vorläufig dahingestellt bleiben, ob die genannten Vorgänge in Prag oder anderswo sich ereignet haben. Aber die Erzählung Lipmanns ist unter allen Umständen wertvoll und sie möge deshalb in deutscher Übersetzung[11] hier folgen.

Hundert Jahre blieb Lipmann-Mühlhausen ohne Denkmal. Vielleicht auch, weil sein Sohn vom alten Väterglauben abgefallen war, wie fremde Quellen es wissen wollen. Vor zehn Jahren erst ist dem Verfasser

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

des Nizzachon ein Zeichen dankbaren Gedenkens gesetzt worden in Amerika. Eine Doktordissertation in hebräischer Sprache, die von der Universität in Philadelphia angenommen wurde, hat den Vergessenen ausgegraben und im stattlichen Bande auch dessen Sefer Haeschkol nebst der kleinen Schrift über die Andacht beim Gebete erstmalig herausgebracht. Soviel über den Verfasser, dem wir nun das Wort überlassen zu seinem Berichte über die Religionsdisputation mit dem Renegaten Peter:

„Verherrlicht sei der Name des Königs aller Könige, der mir geholfen hat, meine Gedanken zu den 24 Büchern der heiligen Schrift niederzulegen, zur Erstarkung unseres Glaubens und zur Widerlegung unserer Widersacher und ihrer christologischen Schriftdeutung. Dank und Lob seien die Worte meiner Lippen angesichts des großen Unheils, das uns getroffen hat. Am 4. Tage des Monates Elul im Jahre 5159 (1399) wurden wir zur Bekehrung gezwungen. Zu diesem Zwecke kam zu uns der Ketzer Pesach, der als Apostat den Namen Peter führte und predigte lügenhaftes Zeug über uns, ohne zu bedenken, daß sein Erfolg null und nichtig sein wird. Auf ihn ist das Psalmwort[12] zu beziehen: ‚Der Frevel spricht im Innern des Frevlers, Gottesfurcht ist nicht bei ihm.' Um die erregte Volksseele zu beruhigen, wurde ich genötigt, auf seine Ketzereien zu erwidern. ‚Der Gott meines Vaters war meine Hilfe und rettete mich vor dem Schwerte' des Aufruhrs.[13]

Das sind die Worte des Frevlers. Er schließt sich selbst aus aus unserer Gemeinschaft und wird zum Ketzer, wenn er spricht: Ihr betet in dem Schlußgebet, daß die andern Eitles und Nichtiges anbeten. Der Zahlenwert in ‚und Nichtiges' entspricht aber dem Zahlenwert in dem Worte Jesu (וריק = ישו). Dann saget ihr: Und sie beten zu einem, der nicht helfen kann. Endlich sprechet ihr im Gebete, daß die Greuel von der Erde schwinden und die Götzen vernichtet werden mögen. Soweit seine eigenen Worte. Darauf antwortete ich: Du wirst doch zugeben, daß die Figuren aus Holz und Stein, die ihr anbetet, nur Symbole sind und nichts wesentliches bedeuten. Auch wirst du zugeben, daß es Frauen, Kinder und einfache Leute vom Dorfe gibt, die nicht wissen, daß die Figuren nur Symbole sind und glauben, daß sie in Wirklichkeit eure Gottheit sind. Und er mußte mir beipflichten. Dann fuhr ich fort: Du hast alle Stellen aus dem Schlußgebet vorgebracht, die du beanstanden zu müssen glaubtest. Nun, wir beten nicht: Uns obliegt es, den Herrn des Alls zu preisen, weil er uns nicht gemacht hat wie die Völker. Vielmehr heißt es da: Uns obliegt es, den Herrn des Alls zu preisen, weil er uns nicht gemacht hat wie die Völker der verschiedenen Länder, und weil

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

er uns nicht gleichgesetzt hat den Familien der Erde. Und das sind die einfachen Leute vom Dorfe, die mit der Natur verbunden sind, das sind die Familien, welche die Erde bearbeiten. Sie kennen keinen Glauben und meinen, daß die Figuren aus Holz und Stein in Wirklichkeit eure Gottheit sind. Das aber ist das große Übel, von dem es im Propheten Jesaja heißt[14]: Sie beten zu einem Gotte, der nicht zu helfen vermag. Diese Figuren verursachen die Irrtümer, von denen wir im Gebete sprechen. Darum warnt die Lehre in dem Zehnwort: Du sollst dir kein Bild machen von irgend einer Gestalt.[15] Demnach sprechen wir es im Gebete nur der Thora und den Propheten mit Recht nach.

Wenn du aber sagst, daß der Zahlenwert im Worte Jesu dem Zahlenwert im Worte „und Nichtiges" entspricht, so habe ich zu erwidern, daß die Christen ihren Gott nicht Jesu sondern Jesus nennen, und in unserer Sprache heißt er Josua. Mit dem Zahlenwert ist es also nichts. Ganz recht, meinte er. Manche von euch nennen ihn Josua. Und das mit Recht, weil er sie vor dem Höllentod gerettet hat. Da erwiderte ich: Deine Rede verrät, daß du nichts verstehst. ישועה und מנוחה haben eine und dieselbe Form. Und wie du nicht מָנוֹחַ von מנוחה ableiten kannst, so auch nicht יֵשׁוּעַ von ישועה (Hilfe). Wohl findet sich in der Chronik die Bezeichnung יֵשׁוּעַ, aber nur als Eigenname, wie viele andere Namen auch, ohne nähere Bedeutung[16]. Und diese Antwort bezieht sich auf alle Schmähungen, die im Talmud in Verbindung mit Jesu erwähnt werden. Sage den Leuten, daß dort nicht Jesus gemeint sei. Auch die Weisen, die an der Religionsdisputation in Paris teilgenommen haben, erklärten, daß es zwei verschiedene Jesus gab. Der Jesus, an den die Menschen glauben, lebte zur Zeit der Königin Helene, wie ich es im Abschnitt 332 meines Nizzachon zu Daniel auseinandergesetzt habe. Die Königin Helene aber war eine Zeitgenossin Hillels, wie wir es gelernt haben im Nasir, was auch im ersten Abschnitt des Traktates Sabbat erwähnt wird. Der Jesus im Talmud hingegen lebte in den Tagen des Rabbi Josua ben Perachja. So ist es vermerkt im Abschnitt Chelek und im Traktat Sukka. Hillel aber wirkte viele Generationen nach Rabbi Josua ben Perachja, wie es in den Sprüchen der Väter zu ersehen ist.

Ferner sagte ich zu ihm: Nachdem du gekommen bist mit der Absicht, seinen Namen zu deuten, ist es dir zweifellos bekannt, daß er auch der Nazarener genannt wird. Dieser Name deutet darauf hin, daß er gebildet, erschaffen wurde, was von unserem Gotte nicht behauptet werden darf. Über die weitere Deutung seines Namens vergleiche Abschnitt 256 dieses Werkes zu Habakuk.

Auf Grund der obigen Worte sagte ich zu ihm: Steht es nicht geschrieben in eurem Neuen Testamente[17], daß Jesus nicht gekommen ist,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Lehre aufzuheben, sondern um sie zu erfüllen? Sieh auch meine Erklärung zu den Psalmen im Abschnitt 293 meines Werkes.[18] Und mit diesen Figuren übertretet ihr das Zehnwort. Vergleiche auch meine Ausführungen im Abschnitt 58. Und noch mehr! Die Abbildungen, in denen ihr die Gottheit darstellt, sind falsch, weil kein Mensch eine genaue Darstellung von Gott geben kann. So heißt es in Jesaja:[19] Und mit wem wollet ihr Gott vergleichen, was für Gestalt ihm geben? Darauf wußte Peter nichts zu erwidern.

Noch sprach Peter: Ihr betet, daß den Getauften keine Hoffnung blühe und daß alle Ketzer im Augenblick verschwinden mögen. Damit meint ihr die Priester der Kirche. Und außerdem betet ihr: Alle Feinde deines Volkes, gar bald sollen sie vertilgt werden, und die Herrschaft des Frevels entwurzele, o Herr, schleunigst und zerschmettere sie. Darauf antwortete ich auf das erste zuerst und dann auf das andere. Den Getauften blühe keine Hoffnung. Das sagen doch die Christen unisono. Wer sich einmal getauft hat, darf ja nie wieder Jude werden. Darum haben die Freunde und Verwandten eines Getauften keine Hoffnung, daß der Verlorene je wieder reuevoll zu ihnen zurückkehren werde. Das ist der Sinn der Worte: den Getauften blühe keine Hoffnung. Und wenn wir beten, daß alle Ketzer gar bald verschwinden mögen, so sind damit nicht die Priester der Kirche gemeint. Wir hätten sonst den Ausdruck „Priester" gebraucht, wie er sich im 2. Königsbuche findet,[20] oder wir hätten die Bezeichnung benutzt, wie wir sie im Mosisbuche haben.[21] Wir sprechen aber von Ketzern. Diese Bezeichnung gilt von einer Menschengattung, die zwischen dem Glauben der Juden und dem der Völker hin- und herschwankt. Diese Menschengattung kann ruhig verschwinden, sie gehört nicht zu den Juden und nicht zu den Noachiden. Solche Menschen nennt man zu deutsch: Zweifler, Ketzer. Auf den Vorwurf, daß wir auf alle „Feinde deines Volkes" die Strafe Gottes erflehen, entgegnete ich: Du wirst doch zugeben, daß jeder, der am ewigen Leben Anteil hat, in die Gemeinschaft des Gottesvolkes gehört? Nun behaupten wir, daß alle Menschen, welche die sieben noachidischen Gebote beobachten, am ewigen Leben Anteil haben. Die sieben noachidischen Gebote sind: Raub, Unzucht, Mord, Götzendienst, Gotteslästerung, Tierquälerei, Gerechtigkeit. Jeder, der diese Gebote hält, zählt zur Gemeinschaft Israels. Darum sprechen wir im Gebete nicht von allen unseren Feinden, sondern von allen Feinden deines Volkes, im Hinblick auf Gott. Und das sind die Sünder und Zweifler, die Feinde des frommen Gottesvolkes. Ob sie nun Juden, ob sie andere sind, wir beten, daß sie aufhören. Aber auch von ihnen sagen wir nicht, daß sie sterben, nur daß sie aufhören, das heißt, daß der Haß aus ihren Herzen schwinden möge. Das ist das Aufhören der Feinde, ihre Feindschaft höre auf. Wenn wir noch beten,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

daß Gott die Herrschaft des Frevels entwurzele und zerschmettere, dann bedenke doch, daß uns in den Sprüchen der Väter, welche unsere Weisen nach der Tempelzerstörung verfaßt haben, geboten wurde, für das Wohl der Regierung zu beten, unter deren Schutz wir leben.[22] Auch ermahnte der Prophet Jeremia:[23] Betet für das Heil der Stadt, denn in ihrem Heile liegt auch euer Heil. Wie sollten da die Verfasser unserer Gebete, die Männer der großen Versammlung angeordnet haben, daß wir unsern Herrschern im Gebete fluchen? Beachte noch eines! Im Gebet heißt es nicht: Die Könige der Völker entwurzele oder die Könige der Christen, sondern die Herrschaft des Frevels. Gemeint sind diejenigen, die nicht vom königlichen Stamme sind und aus eigener Machtvollkommenheit zu Regenten sich aufwerfen, in ihrem Frevelmut gegen die richtigen Könige sich stellen, um sie unmöglich zu machen, ihre Reiche und Länder zu verderben. Darum sprechen wir von einer Herrschaft des Frevels. Und da ist doch das Gebet am Platze, daß eine solche Herrschaft ein Ende nehme.

Noch fügte er zu seiner Sünde Frevel, wenn er sprach: Am Versöhnungstage betet ihr, daß Gott die Völker Aimim, Samsumim, Kedar und Edom vernichten möge. Ich aber sagte, daß er den Sinn des Gebetes mißverstehe. Nicht von einem Gebete kann da gesprochen werden. Wir beten doch nicht: O Herr vernichte sie! Die Rede ist von einem historisch Gegebenen und bezieht sich auf das Vorangegangene. Das vorangegangene Stück schließt: Die Anklage überlasse ich den frommen Betern, die heute bußfertig an deine Türen pochen. Darum beten wir, daß Gott auf unsere Anklage höre und sie beachte. Welcher Art diese Anklage ist, darüber schweigt der synagogale Dichter in dem voraufgehenden Poëm. Erst im folgenden gibt er ihre Erklärung. Die Völker Aimim, Samsumim, sprechen von uns zueinander: Vernichte sie! Darum erflehen wir von Gott Schutz gegen solches Ansinnen. Das Ganze ist eine Nachbildung des Wortes im Propheten Jeremia:[24] „Ihr Sitzen und ihr Stehen schaut an, ich bin ihr Spottlied".

Doch nicht nur das hat Peter gegen uns unternommen. Er verfaßte auch eine Schrift unter dem Namen „Die Juden", in der er die weiter unten angeführten Redewendungen verzeichnet, um uns für sie büßen zu lassen. Die Redewendungen sind folgende:

תלוי Gehenkter. Ich hörte eine Erwiderung. Danach bedeutet der Ausdruck etwa im Zweifel sein, in der Schwebe sich befinden. Ähnlich: „Dein Leben wird dir vorschweben".[25] Ein Glaube, der nicht von der ganzen Menschheit geteilt wird, wie der Glaube an Jesus und Mohammed, ist ein Ding, das in der Schwebe ist und in der Luft hängt. Hingegen ist der jüdische Glaube von einem Gotte, der Himmel und Erde geschaffen hat, ein wahrer Glaube, zu dem sich jeder Denkende bekennt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

לחם טמא. Unreines Brot. Darauf ist zu erwidern. Es muß doch zugegeben werden, daß im 4. Buche Mosis geschrieben steht: „Wenn ein Mensch im Zelte stirbt, dann wird jeder, der in das Zelt kommt, unrein, ebenso auch alles, was im Zelte sich vorfindet. Wer an eine Leiche rührt oder an einen Teil des Toten, oder an ein Grab, wird unrein. Ihr aber verwahrt euer Brot in euren Bethäusern, auch begrabet ihr dort eure Toten. Darum sagen wir, daß ihr gegen die Vorschrift unserer Lehre handelt, wenn ihr Brot an einem Platze haltet, der verunreinigt.[26]

זבל טמא. Unreiner Mist. Darauf ist zu erwidern. In der ganzen Bibel heißt זבל nicht Mist, sondern Wohnung. So zum Beispiel: „Siehe, ich habe dir ein Wohnhaus gebaut.[27] Wir wollen nun zum Ausdruck bringen, daß euer Heiliges neben Unreinem wohnt. So habe ich es erklärt in Abschnitt 851 dieses Werkes.

לחם מנואל. Verächtliches Brot.[28] Darauf ist zu erwidern: Die Christen rühmen von ihrem Brot (Hostie), daß es den Leib Christi symbolisiere. Von Christus aber behaupten sie, daß er sie vom Höllentod errettet habe. Darum sprechen sie nach unserer Ansicht von dem Brot des Erlösers. In der Bibel wenigstens heißt מנואל: Erlöser. So steht geschrieben: „Der Mann ist unser Verwandter, er wird unser Erlöser sein.“[29]

In seiner lügenhaften Rede fuhr Peter zu freveln und uns zu beschuldigen fort, indem er sprach: „Von jedem Teig, den die jüdische Hausfrau bereitet, verbrennt sie ein Stück, um damit den Gott der Christen zu schmähen. Auch am Rüsttage des Pessachfestes, zur Passionszeit also, verbrennt ihr Brot (den Leib des Herrn).“ Solche Reden sind nichts als Lüge, mit der er das allgemein Bekannte zu entstellen trachtet. Es heißt doch: „Das erste eures Teiges gebet dem Priester.“[30] Der Teig nun, den wir absondern, ist eine heilige Hebe, die nicht in Unreinheit gegessen werden darf. Wenn eine Frau zur Zeit ihrer Menstruation den Teig geknetet hat, verunreinigt sie diesen durch ihre Berührung, wie geschrieben steht:[31] „Wer an ihr Lager rührt, wird unrein.“ Um wieviel mehr das, was sie direkt berührt. Selbst wenn die Frau rein ist, durch ihren Mann kann sie unrein werden. So heißt es:[32] „Die Frau, der ihr Mann sich zugesellt, wird unrein. Auch wenn die Frau keinen Mann hat und rein ist, verunreinigt sie den Teig; denn es ist ausgeschlossen, daß sie nie in ihrem Leben unrein geworden wäre. Sie bedurfte demnach der Reinigung durch Besprengung seitens des Priesters. Da dies in unserer Zeit nicht angeht, wird der Teig in Unreinheit hergestellt. Weil wir ihn nicht in Reinheit erhalten können, haben wir die Pflicht, ihn zu verbrennen. So finden wir, daß alles Geheiligte verbrannt werden mußte, nachdem es zum Essen sich nicht geeignet hatte, entweder weil es über die zulässige Zeit hinaus zurückgeblieben oder weil es unrein geworden war. Ja, das Brot selbst wurde uns geboten, zu verbrennen, wie geschrie-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ben steht:[33] „Was in den sieben Tagen der Weihe übrig geblieben ob Fleisch ob Brot, verbrennen sollet ihr es." Mithin lohnt es gar nicht zu antworten auf den nichtigen Einwurf wegen des Verbrennens von Gesäuertem am Rüsttage des Pessachfestes. Nachdem wir Gesäuertes am Pessach nicht essen dürfen, verbrennen wir es am Rüststage des Pessachfestes. Wenn das Geheiligte verbrannt werden mußte, um wieviel mehr dürfen wir unser Brot verbrennen, dem wir eine Heiligkeit nicht beilegen.

So möge denn auch seine Seele verbrennen im ständigen Feuer. Ich aber wollte wandeln in den Bezirken des Lebens und fortleuchten im Lichte des ewigen Lebens. Und siehe, wegen unserer vielen Sünden kam vom Frevler Frevel. Siebenundsiebzig Personen fielen zur Heiligung des göttlichen Namens am Neumondstag Elul im Jahre 160 (1400). Nachher am einundzwanzigsten Tage dieses Monates fanden noch drei Personen den Märtyrertod im Feuer. Der Bösewicht aber werde ausgeschaltet von dieser und von der zukünftigen Welt. Ich nun, der ich ohne mein Verdienst gerettet wurde, ich will Gott loben und preisen. Sein Tun ist ohne Fehl und seine Wege sind Gerechtigkeit. Danket dem Herrn, denn er ist gütig, denn ewig währet seine Gnade.

למנצח על חמנוחות מזמור
רקיימני הנצחון לגמור.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Anmerkungen

1

יהודה קיסטנק. ר' יום טוב ליפמן מיהלהריין בעל הנצחון החיקר והמקיפל חלק ראשון: חייו, תירתי שפיבלה. חלק שני: ספר האשכול אשר היה נדפס לבני עד עכשו רק בשמו, נעתק מכתביד יחיד בבית מדרש הרבנים (Jewish Theological Seminary) בניויורק. ייצא לאור עם מביא, הגהות יחערות. וביאספה עלמי: ספר כוונת התפלה נעתק גם הוא מכתביד יחיד באיבסטרד ויוצא לאור עם הקדמה והגהות נייויורק תרס"ו.

[2] Geschichte der Juden, Bd. 8, 1864, S. 76 fg.

[3] Er kannte die Schriften des Rabbenn Chanael, des Alfasi, des Rabbi Nathan, des Rabbi Salomo Jarchi, der Tosafisten, des Maimonides, des Moses aus Koucy, des Rabbi Meir aus Rothenburg, des Rosch, des Isak Orserna, des Juda Hachasid, des Rokeach, des Rabbi Simcha, die er in seinem Schriftchen Alfa Beta erwähnt. Vertraut sind ihm auch die Religionsphilosophen Hai Gaon, Kreskas, Bachia, sein Liebling Maimonides und der Historiker Abraham ibn Daud, die er in seinem Nizzachen zitiert.

[4] Es ist ein hebräischer Kommentar zu den meisten Abschnitten des Pentateuch und zu vielen christologisch gedeuteten Stellen der Propheten und Hagiographen. Das Werk, das in 354 Abschnitte (entsprechend der Zahl der Tage des jüdischen Mondjahres) zerfällt, sollte, wie Grätz sagt, „das rabbinische Judentum gegen alle Angriffe von philosophischer, ketzerischer (karäischer) und christlicher Seite rechtfertigen".

[5] a. a. O. S. 77. – [6] Kaufmann a. a. O. S. 13 u. 15.

[8] Teschuboth u Minhagim des Mehariel Jakob ha-Levi Mulin, der zwischen 1365 und 1427 lebte. S. Kaufmann a. a. O. S. 2. – [9] a. a. O. S. 77 A.

[10] Es wird genügen, auf das grundlegende Werk Tomeks, Dějepis města Prahy, III, Prag 1893, hinzuweisen.

Vielleicht darf man die Urkunde König Wenzels IV. v. 1400, durch die den Juden in Böhmen eine Steuerbefreiung für drei Jahre gewährt wird, weil sie dem König eine „erhebliche Geldhilfe darreichten" (B. D. II., Nr. 1041) hier erwähnen. Aus ihr kann man doch nicht auf eine Verfolgung der Juden wegen ihres Glaubens schließen.

[11] Liber Nizachon Rabbi Lipmanni, Conscriptus anno à Christo nato MCCCXCIX dinq; desideratus; necita pridem, fato singulari, è Judaeorum manibus excessus, oppositus Christianis, Sadducais atque aliis, Editus typis Academicis Curante Theodorico Hackspan, Vinariensi, Linguae Sanctae Professore Altdorfino. Noribergae. Anno MDCXLIV.

[12] Psalm 36, 2. – [13] Exod. 18, 4. – [14] Jes. 45, 20. – [15] Exod. 20, 4; Deut. 5, 8. – [16] Chron. 24, 11. – [17] Math. 5, 17. – [18] Psalm 115, 2. – [19] Jes. 40, 18. – [20] II. Reg. 23, 5. – [21] Hen. 47, 22. – [22] Spr. der Väter, III. 2. – [23] Jer. 29, 7. – [24] Thren. 3, 63. – [25] Deut. 28, 66. – [26] Num. 19, 14. – [27] I Reg. 8, 13. – [28] Mal. 1, 12. – [29] Ruth, 2, 26. – [30] Ezech. 44, 30. – [31] Lev. 15, 21. – [32] Lev. 15, 18. – [33] Lev. 8, 32.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Die Privilegien für Gerson Impressor und seine Söhne

Von Jaroslav Rokycana

—

Im Archiv der Prager israelitischen Kultusgemeinde fand sich ein Faszikel notariell beglaubigter Kopien von drei Urkunden aus den Jahren 1527, 1545 und 1598 vor; die letzterwähnte ist von besonderem Interesse. Die ersten zwei, es sind königliche Urkunden, sind uns aus anderen Quellen bereits bekannt, und zwar:

1527. 10. April. Urkunde König Ferdinands. Erteilt dem Heřman žid z Prahy das Privileg, jüdische und hebräische Bücher zu drucken. Datiert „v Brně, ve středu po neděli postní, jenž slove Judica, léta XXVII°". – Das Original erliegt im Archiv der böhm. Statthalterei (Majestalien v. J. 1527–1534 III, 5, B.-Dv. I–377, desgl. bei Dr. S. H. Lieben „Die Juden in Prag", S. 94.

Zu dem Namen „Heřman" bemerkt Dr. S. H. Lieben: „Daß die Gleichung Heřman gleich ‚Gerson' ist, glaube ich richtig erklärt zu haben in der Monatsschrift f. Gesch. u. Wissensch. d. Judentums 1907, 627."

1545. Urkunde König Ferdinands. Erneuert dem Mojžiš, Sohn des verstorbenen Heřman žid z Prahy das vorerwähnte Privileg. Datiert „ve Vídni, ve středu, den po sv. Alžbětě léta 45 a království našich Římského 15, Uherského 19, a Českého 20".

Das Original erliegt im Archiv der böhm. Statthalterei, Missiva 35, Fol. 53, B.-Dv. I–520, desgl. bei Dr. S. H. Lieben, S. 95.

Das dritte Stück – vom Jahre 1598 – ist eine Urkunde Rudolfs II., durch welche hiemit den Söhnen des verstorbenen Mojžiš, Sohn des Hermann Impressor, Šalamoun a Yzák, židé z Prahy, das Buchdrucker-Privileg erneuert wird. Die Urkunde ist datiert „na hradě Pražském v sobotu v den Památky Stětí sv. Jana léta 1598. A království našich Římského 23, Uherského 26 a Českého 23ho." – Die Abschrift dieser Urkunde ist notariell beglaubigt, u. zw.:

„Za předstojící vejpis se svým mně níže psanému předloženým originálem slowa od slowa se srownává; to po bedlivém collationirování tuto dotvrzuji vi officy requsiti, Actum v Praze, dne 5. July Ao 1752, Judct. Com 15.

Jan Kašpar, Auth. Pont. ao. cs. Rg. Bohemia
Notaris public. jurata in fidem."

L. S. Siegel.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die Abschriften dieser drei Privilegien dürften aller Wahrscheinlichkeit nach einem Gesuch um Erneuerung einer Buchdruckereilizenz beigelegt worden sein; das Privileg Rudolfs II. ist bisher nicht veröffentlicht worden. Dr. S. H. Lieben, der sich mit dem hebräischen Buchdruck befaßte, hat dieses Dokument lange und vergeblich gesucht. Er schrieb darüber folgendes:*

„Im Jahre 1598 erteilte Rudolf II. den Gersoniden-Söhnen des Moses Impressor die Bestätigung der Privilegien ihres Großvaters und Vaters, bei Strafe von 10 Mark Gold sollte kein Jude einen Eingriff in diese machen. Die Mitteilung Wolfs in Hamaskir VIII, S. 55, ist oft nachgeschrieben worden. Das Privileg, das ich bisher vergeblich gesucht habe, kann sich aber unmöglich auf die Söhne Moses beziehen, da Moses, der Inhaber des Privilegium vom Jahre 1545, nach 1556 nicht mehr als Buchdrucker tätig ist, seine Söhne aber als Drucker gar nicht nachweisbar sind, Moses, der Sohn Bezallels, der zweite Moses unter den Gersoniden, erst 1592 auftritt. Es bleibt also nur eine Korrektur übrig. Das Privileg Moses von 1545, daß ja nicht von ihm allein, sondern auch, u. zw. in bedeutend größerem Umfange, von seinem Bruder Mardochai verwertet wurde, wird bei den Enkeln Mardochais, nämlich den Söhnen Bezallels, Gerson und Moses, erneuert."

Ich lasse hier den Wortlaut des vermißten Dokumentes folgen:

1598. „My Rudolf druhý, z Boží milosti volený římský císař, po všechny časy rozmnožitel říše atd. atd. – Oznamujeme tímto listem všem, jakož jest dobré a slavné paměti císař Ferdinand, Pán náš nejmilejší z možnosti své jakož král český, někdy Heřmanovi Židu Pražskému listem svým obdarování, aby knihy židovský neboližto hebrajský do živnosti své tisknouti mohl, tak jakž list od téhož Pána děda Našeho jemu na to vydaný, jehož datum v městě Brnu ve středu po neděli postní, jenž slove Judica, léta tisícího pětistého dvacátého sedmého v sobě šířej obsahuje a zavírá, milostivě dáti, po smrti pak dotýčného Heřmana žida, synu jeho Mojžišovi, téhož listu potvrditi milostivě ráčil. I poněvadž jest týž také Žid Mojžiš umřel a dva syny Šalamouna a Yzáka po sobě pozůstavil, prošeni jsme jménem týchž synuov Mojžišových Šalamouna a Yzáka, abychom je při tom zůstaviti a toho obdarování potvrditi a na ně je přenésti ráčili. Na jejichžto poníženou prozbu a prohlídajúc k snažným přímluvám, kteréž jsou za ně k Nám dali, svrchu psanou Milost jsme týmž Židuom Šalamounovi a Yzákovi bratřím vlastním, dědicům jich jak i předešle dědu a otci jejich, již jmenovaný Pan děd Náš učinil, učiniti a na ně to všecko převésti, i také týchž obdarování jim potvrditi ráčili a tímto listem s dobrým rozmyslem

* Dr. S. H. Lieben „Geschichte des jüdischen Buchdruckes in Prag im 16. Jahrh." in der Festschrift der Loge „Praga", Prag 1927.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Našim jistým vědomím s radou věrných Našich milích mocí královskou v Čechách činíme a to všecko převozujeme, i takových obdarování a listuov ve všech jejich znění, položení, punktech, klauzulích, tak jakoby slovo od slova do tohoto listu vepsáni byli potvrzujeme, tak aby vejšpsaný Šalamoun a Yzák židé Pražští a dědicuov jich do svých živností podle této milosti Naší a to pod pokutou desíti hřiven zlata, kteréžby žid jim takovou (živnost) sahal a v tom jim překážku činil, propadni. Protož přikazujeme všem obyvatelům a poddaným Našim ze všech stavuov království Našeho Českého, nynějším a budaucím, věrným milím a zvláště všem židuom, abyste svrchu psané Šalamouna a Yzáka židy i dědicuov jich při této milosti naší jměli, držili a neporušitedlně na budoucí časy zachovali, žádných jim v tom překážky nečiníce, ani komu jinému činiti dopouštíce ač se chcete pokuty svrchu psané uvarovati.

Tomu na svědomí pečet naší menší císařskou k tomuto listu jsme přitisknouti ráčili. – Dán na hradě Pražském v sobotu v den Památky Stětí sv. Jana, léta devadesáte osmého, a království Našich Římského 23, Uherského 26, a Českého též 23ho.

Rudolph m. p. L. S. Ad mandantum Sacra Cos. Mtis proprium."

Die Brüder Salamon und Isak führten den Titel „Impressor" nicht etwa als Familiennamen, sondern sie übten ihr Buchdruckergewerbe auch tatsächlich aus. Wenn auch Dr. Lieben ihre Namen in keinem hebräischen Werke nachweisen konnte, so konnten sie sehr wohl die Produzenten und Buchdrucker zahlreicher Drucksorten, Geschäfts- und Amtsbücher, Passierscheine, Bolleten usw., wie sie in großer Zahl aus jener Zeit erhalten sind, sein. Für die Drucklegung von größeren hebräischen Werken fehlte ihnen wohl das nötige Kapital, wie wir aus einer im Wiener Reichsfinanzministerium aus dem Jahre 1614 aufbewahrten Urkunde (B.-Dv. I–1074) erfahren:

1614. „Isak Buchdrucker Jud in Prag, bittet die Repräsentanz und Cammer des Kgr. Böhmen wegen dero 229 Mark Silber und den güldenen Ketten von 442 Ducaten, welche pfandweise bei einer Person umb 3000 Thalern versetzt, aber in einer Truhen verschlossen und mit der Herrn Verwaltern Petschir besiegelt und bis dato unverletzt verwahrt werden." – Er ersucht um Auslieferung dieses Pfandes.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main